

Wiederaufbau des ländlichen Raumes unter den besonderen Bedingungen der Krise in Kurdistan / Irak



Dissertation zur Erlangung des akademischen Grades
Doktor rerum politicarum (Dr. rer. pol.)
an der Fakultät Raumplanung der
Technischen Universität Dortmund

Vorgelegt von
Dipl.-Ing. Hasan Sinemillioglu

August 2011

Wiederaufbau des ländlichen Raumes unter den besonderen Bedingungen der Krise in Kurdistan / Irak

Dissertation zur Erlangung des akademischen Grades
Doktor rerum politicarum (Dr. rer. pol.)
an der Fakultät Raumplanung der Technischen Universität Dortmund

Vorgelegt von
Dipl.-Ing. Hasan Sinemillioglu

Promotionskommission:

Gutachter: Univ. Prof. Dr. Volker Kreibich
Univ. Prof. Dr. Einhard Schmidt-Kallert
Prüfer: Univ. Prof. Dr. Günter Kroës

Ich versichere, dass ich diese Arbeit selbständig verfasst habe und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt habe.

Hasan Sinemillioglu
Dortmund, August 2011

Danksagung

Bei der Entstehung dieser Arbeit haben mich viele Menschen unterstützt.

Allen voran gilt mein Dank Prof. Dr. Volker Kreibich und Prof. Dr. Günter Kroës. Diese Arbeit wäre nicht entstanden, wenn sich diese bei den Aktivitäten der Dortmunder Initiative für den Wiederaufbau zerstörter Dörfer in Kurdistan und für die Kooperation mit den dortigen Universitäten nicht engagiert hätten.

Prof. Dr. Volker Kreibich und Prof. Dr. Einhard Schmidt-Kallert ermutigten mich zum Schreiben und waren äußerst engagierte Berater und Begleiter.

Jürgen Hoppe hat viel Zeit und Geduld mitgebracht und mich bei der sprachlichen Überarbeitung äußerst kompetent unterstützt und zu einer verständlichen Formulierung beigetragen.

Auch Dr. Oscar Frohne hat mir bei der sprachlichen Überarbeitung einiger Kapitel wertvolle Hilfe geleistet.

Ich bekam Unterstützung von DhK-Mitarbeitern aus Kurdistan. Haliz Berwari, die Projektkoordinatorin der lokalen NGO KURDS, übersetzte mir die Dokumente des Parlamentes. Die Bauern von Berwari Bala haben mir ihre Geschichte erzählt, die eine der wesentlichen Quellen dieser Arbeit darstellt. Der technische Direktor der Stadtverwaltung von Shela Dize stellte Informationen über diese Zwangssiedlung zu meiner Verfügung.

Melanie Halfter hat geholfen, die Arbeit für den Druck vorzubereiten.

Meine Familie hat mir verziehen, wenn ich durch Überlastung für sie nicht zur Verfügung stand. Meine Frau Antje hat zudem die Vorkorrekturen übernommen und geduldig mit mir diskutiert, wohl wissend, dass Deutsch weder meine Mutter- noch meine Schulsprache ist. Aufgrund meiner östlichen Wurzeln entstammenden Art und Weise des verschachtelten Denkens konnten einige Gedanken in dieser Arbeit erst durch geduldiges Zuhören und Änderungsvorschläge von Antje verständlich formuliert werden.

Allen bin ich zu hohem Dank verpflichtet.

Hasan Sinemillioglu
Dortmund, August 2011

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis	ix
Liste der Abkürzungen	x
Fotoverzeichnis.....	xiii
Kartenverzeichnis	xiv
Tabellenverzeichnis.....	xv
Zusammenfassung	xvi
1 Das Thema, Hintergrund und Aufbau der Arbeit	1
1.1 Einleitung.....	1
1.2 Ziele der Arbeit	2
1.3 Aufbau der Arbeit.....	5
1.4 Datengrundlage und Literatur	7
1.5 Deutsche Schreibregelung und Zitate	8
2 Kurdistan – Geschichte und Gesellschaft	9
2.1 Geschichte und Gesellschaft: An der Grenze von zwei Kultursphären	9
2.1.1 Die Entwicklung im irakischen Teil.....	14
2.1.2 Nationalitäten-Konflikt, Modernisierung und die kurdische »shattered society«.....	26
2.1.3 Kurdische Gesellschaft und Außen-Einflüsse	28
2.2 Bevölkerung, Geographie und Klima	31
2.3 Das Gebiet Berwari Bala	32
2.4 Verwaltungsstruktur und Planungsinstitutionen	33
3 Wiederaufbau – die Krise überwinden?	
Eine besondere Phase gesellschaftlicher Entwicklung	37
3.1 Krisen – soziale Prozesse mit Zerstörungspotential	38
3.1.1 Konflikte, Krisen, Katastrophen	39

3.1.2	Krise als »Katharsis« - Wegbereiter zur Reinigung für einen Neuanfang?	41
3.2	Instabile Übergangsphase nach der Krise.....	46
3.2.1	Theoretische Betrachtungen zum sozialen Wandel: Modernisierung der Gesellschaften	50
3.2.2	»Liminalität und Communitas« - undefiniertheit und Instabilität im Modernisierungsprozess.....	59
3.2.3	Wiederaufbau und sozialer Wandel: Kontinuitäten und Diskontinuitäten im gesellschaftlichen Veränderungsprozess	61
3.3	„Evolutionäre Universalien“ als gemeinsame Träger?.....	66
3.4	Wiederaufbau und Zielformulierung: Zusammenspiel externer und interner Einflussfaktoren	68
3.4.1	Exogene Kräfte und Wiederaufbau	69
3.4.2	Endogene Dynamik und Potentiale.....	70
3.4.3	Sozio-kulturelle Neuorientierung und die politischen Rahmenbedingungen	72
4	Wiederaufbau in Krisenregionen: Beispiele zur Rolle der externen Einflussfaktoren.....	74
4.1	Westdeutschland 1945 – 1949	74
4.1.1	Deutschland nach dem zweiten Weltkrieg.....	75
4.1.2	Die Politik der Alliierten	80
4.1.3	„Die alliierten Architekten und deutsche Bauleiter“.....	84
4.2	Kosovo.....	87
4.3	Timor-Leste (Osttimor)	88
4.4	Schlussfolgerung: konstruktive Zusammenarbeit interner und externer Kräfte im Wiederaufbauprozess.....	89
5	Forschungsfragen und Methodik	91
5.1	Forschungsfragen.....	91
5.2	Theoretischer Rahmen und Vorgehensweise.....	92
5.3	Methodik.....	96

6	Entwicklung in Kurdistan nach dem Kuwait-Krieg von 1991	97
6.1	Krise von 1990-1991 im Irak: Die Politik der Alliierten und die Selbstbestimmung der Bevölkerung in den kurdischen Gebieten	97
6.1.1	„State failure“ im Irak und Machtvakuum in den kurdischen Gebieten	99
6.1.2	UNO und die „Memorandums of Understanding (MOU)“ mit dem Irak.....	100
6.1.3	Folgen der Fluchtbewegung und des Machtvakuum: Zusammenbruch der Verwaltung, Plünderung des öffentlichen Eigentums und Migration der Fachkräfte	102
6.2	Antworten auf die Herausforderungen in der kurdischen Region: UNO und internationale Hilfswerke.....	104
6.3	Die demokratischen Schritte und die Entstehung der kurdischen Verwaltung	106
6.3.1	Die Phase des Zerfalls der staatlichen Institutionen und die Plünderungen des öffentlichen Eigentums	107
6.3.2	Die Wahlen von 1992 und die Legitimierung der kurdischen Verwaltung	109
6.4	Wiederbesiedlung des ländlichen Raumes	112
6.4.1	Die Datengrundlage	112
6.4.2	Der Prozess des Wiederaufbaus der neuen Siedlungen	114
6.4.3	Die verborgenen Herausforderungen im Wiederaufbauprozess	116
6.4.4	Die Koordination.....	121
7	Charakteristika und Defizite des Wiederaufbaus in Kurdistan	124
7.1	Die Rahmenbedingungen des Wiederaufbaus	124
7.1.1	Machtvakuum und die Politik der Alliierten-Kräfte	125
7.1.2	Rolle der Vereinten Nationen (UNO)	128
7.1.3	Hilfsorganisationen und ihre Grenzen.....	131
7.1.4	Das Programm der kurdischen Politik und die Parallelstrukturen	131
7.2	Fehlende Orientierung und Maßnahmen	133
7.2.1	Knappe Finanzressourcen und fehlende wirtschaftliche Rahmenbedingungen: Häuserbau, Landwirtschaft und Maßnahmen zu sozialen Dienstleistungen und zum Infrastrukturaufbau	135

7.2.2 Siedlungsstruktur und die Politik der „Auflösung von Zwangssiedlungen“: das Beispiel »Shela Dize«	137
7.2.3 <i>Siedlungsstruktur</i> und die Zuteilung von Grundstücken in den Städten	139
7.3 Rückkehrer im Spannungsfeld von Land und Stadt	140
7.3.1 Wiederaufbau als Wirkungsraum verschiedener Aktore.....	141
7.3.2 Wiederaufbau als Wirkungsraum von Identitäten und Lebensentwürfen.....	142
7.3.3 Rückkehr der »Rückkehrer« und Teilung der Familien.....	145
7.4 Schlussfolgerungen	146
7.4.1 Zwischenbilanz: 2500 Dorf-Neugründungen und offene Fragen	147
7.4.2 Fehlende »Alliierte Architekten« und unerfahrene »Kurdische Bauleiter«	148
7.5 Exkurs: Balinesisches Balinda	153
8 Die Entwicklung in der Region Berwari Bala	156
8.1 Eine kurze Geschichte des Gebietes	156
8.2 Begründung zur Auswahl der Region	159
8.3 Wiederentstehung der Dörfer	160
8.3.1 Ausgangsbedingungen, Aktore und finanzielle Ressourcen	160
8.3.2 Planung und Vorgaben für Siedlungsgründungen	162
8.3.3 Dorfgründungen	163
8.3.4 Infrastruktur und soziale Dienstleistungen	164
8.4 Bäuerliche Tätigkeitsfelder, Existenzgründungen und Landrechte	166
8.5 Anspruch und Wirklichkeit: Berwari Bala heute	169
8.5.1 Erwartungen der Rückkehrer und ihre Möglichkeiten.....	169
8.5.2 Rückkehr der »Rückkehrer« und Teilung der Familien	171
9 Lehren aus dem ländlichen Wiederaufbau in Kurdistan.....	174
9.1 Politische Rahmenbedingungen	177
9.2 Kommunale Selbstverwaltung und regionale Identitätsbildung.....	178
9.3 Fragen der Raumordnung und der Stadt-Land-Beziehungen.....	181
9.4 Sektorale Zielsetzung.....	182

9.5	Infrastruktur und Kommunikation	184
9.6	Raumplanerische Instrumente und Methoden zur Umsetzung	185
10	Ein anderes Berwari Bala: Möglichkeiten und Orientierungen für den Wiederaufbau	188
10.1	Potentiale des Gebietes	189
10.1.1	Bevölkerungsstruktur	189
10.1.2	Natürliche Ressourcen: Klima, Wasser und Land, Sonne und Wind	190
10.2	Tragende Säulen des bäuerlichen Lebens: Existenzgründungen und soziale Dienstleistungen	191
10.2.1	Sicherung der bäuerlichen Existenzgründungen	192
10.2.2	Aufbau und Entwicklung der Dienstleistungen im Gesundheits- und Bildungswesen	193
10.3	Die Rolle des Wohnungsbaus	193
10.3.1	“An Englishman’s home is his castle” – die kurdische Familie und ihr Haus: Status und Lebensqualität	194
10.3.2	Potential oder Problem: Lokale Ressourcen und Bautätigkeit	196
10.4	Notwendige finanzielle Rahmenbedingungen: ein Kreditwesen für Wohnungsbau, Landwirtschaft, ländliche Dienstleistungen	196
10.5	Die lernende Region	197
10.5.1	Das Dorf als Einheit im »Netzwerk Region«	198
10.5.2	Diversifizierung der Tätigkeitsfelder und Beschäftigungsstruktur: Selbstversorgung, Kleinunternehmertum und Marktorientierung, Erholungsraum und Umweltschutz	200
11	Veränderungsprozesse, Diskontinuitäten und Chancen in ländlichen Regionen Kurdistans	202
11.1	Wiederaufbau und Modernisierung in Kurdistan – Bauern als Partner	202
11.2	Steigerung der Organisationskapazität: Selbstverwaltung stärken	203
11.2.1	Tradition der Dorfverwaltung: Dorfältestenfunktion zwischen Stammesleitung und Staat	204
11.2.2	»Bottom-up« entwickeln, »top-down« zähmen	204

11.2.3 Beispiel »Welati Jeri«: Gebietskomitee als Entwicklungsmanager und Ressourcenverwalter.....	205
11.2.4 »Change agent« - ein Entwicklungszentrum als Strukturhilfe: Mediator und Koordinator	206
11.3 Institutioneller Wirkungsrahmen der internationalen Gemeinschaft beim Wiederaufbau in Krisenregionen	207
11.4 Forschungsbedarf zum Thema.....	211
11.5 Fazit und Ausblick	212
Quellenverzeichnis.....	213
Anhang.....	235

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1 : Aufbau der Arbeit.....	7
Abbildung 2 : Die Kurve der Funktion $f(x) = x^2 - 1/x^2$	42
Abbildung 3 : Wiederkehr der Krise	44
Abbildung 4 : Krise überwinden.....	45
Abbildung 5 : Wiederaufbau als Wirkungsfeld von altem Bestand und neuer Orientierung.....	65
Abbildung 6 : Konzeptionelle Bezugsrahmen der Krise und Nachkrisenperiode.....	95
Abbildung 7 : Wiederentstehender sozialer Raum als Spannungsfeld	96
Abbildung 8 : Grundriss eines typischen Shelters.....	115
Abbildung 9 : Parallelstrukturen: Die internationalen und die lokalen Instanzen im Prozess des Wiederaufbaus	122
Abbildung 11 : Zusammenspiel von bestehenden Modellen und zukünftigen Leitbildern	175
Abbildung 12 : Zielformulierung des Wiederaufbaus	176
Abbildung 10 : Rahmenbedingungen endogener Entwicklung	187
Abbildung 13 : Stützen bäuerlicher Produktion in Berwari Bala	192
Abbildung 14 : Mögliche Netzwerke im Kreis Kani Mase (Regionalzentrum)	199
Abbildung 15 : Wechselwirkung von »Intervention« und »Akzeptanz«	208
Abbildung 16 : Dialog zwischen Rückkehrern und Institutionen	210

Liste der Abkürzungen

Abb.	Abbildung
AdA	Anmerkung des Autors
AdV	Anmerkung des Verfassers dieser Arbeit
Anm.	Anmerkung
Autor	Autor einer genannten Quelle
BB	Das Gebiet Berwari Bala
Bd.	Band
BIP	Bruttoinlandprodukt
Bizonia	British and American Zones
BMZ	Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
bpb	Bundeszentrale für politische Bildung
bzgl.	Bezüglich
bzw.	beziehungsweise
ca.	circa
CP-METU	City Planning of Middle East Technical University
DAAD	Deutscher Akademischer Austauschdienst
ddAh	durch den Autor hervorgehoben
ddVh	durch den Verfasser dieser Arbeit hervorgehoben
DFID	UK Department for International Development
DhK	Dortmunder helfen in Kooperation e.V. (bis 2004: Dortmunder helfen Kurden e.V.)
ebd.	ebenda, ebendort, ibid.
ERP	European Recovery Program
ESCWA	United Nations Economic and Social Commission for Western Asia
Et al.	And others
etc.	et cetera
EZ	Entwicklungszusammenarbeit
FAO	UN-Organisation für Ernährung und Landwirtschaft
FRP	Fakultät Raumplanung der Universität Dortmund
GfbV	Gesellschaft für bedrohte Völker
GTZ	Deutsche Gesellschaft für technische Zusammenarbeit GmbH
HDI	Human Development Index / Index des menschlichen Entwicklungsstandes
Hrsg.	Herausgeber
HRW	Human Rights Watch
Ibid	ibidem; ebenda; ebendort, ebd.
ID	Irakischer Dinar, Währungseinheit, 1 ID = 1000 Fils
IDP	Internal Displaced Person
IHDP	International Human Dimensions Programme on Global Environmental Change
ILO	International Labour Organisation
INTERFET	International Force for East Timor

InWEnt	Internationale Weiterbildung und Entwicklung gGmbH
IRCU – NI	Iraq Relief Coordination Unit – Northern Iraq
IWRM	Integrated Water Ressource Management / Integriertes Wasserressourcen-Management
KDP	Kurdische Demokratische Partei
MCC	Military Coordination Centre
MDG	Millenium Development Goals
MOU	Memorandum of Understanding
NGO	Non goveral organisation
NIC	Newly Industrializing Countries / Schwellenländer
NRO	Nichtregierungsorganisation
Off	UN-Oil for Food Programme
o.g.	oben genannte/r/s
PKE	Prokopfeinkommen
PKK	Kurdische Arbeiterpartei (Partiya Kargeren Kurdistan)
Pl.	Plural
PPP	Purchasing Power Parities – Kaufkraftparität
PUK	Patriotische Union Kurdistans
S.	Seite
s.	siehe
s.o.	siehe oben
SA	Südafrika
Sg.	Singular
sog.	Sogenannte/r/s
SPRING	Spatial Planning for Regions in Growing Economies
SP-TUHH	Studiengang Stadtplanung der Technischer Universität Hamburg-Harburg
SR660	Sicherheitsratsbeschluss-Nr. SR660 vom 2. August 1990, der die Besetzung Kuwaits verurteilte und den sofortigen Rückzug Iraks verlangte.
SR661	Sicherheitsratsbeschluss-Nr. SR661 vom 6. August 1990, mit dem
gegen	Irak ein Wirtschaftsembargo verhängt wurde.
SR678	Sicherheitsratsbeschluss-Nr. 678 vom 29. November 1990 erlaubte gegen Irak einen Krieg zu führen.
SR688	Sicherheitsratsbeschluss-Nr. 688 vom 5. April 1991, wodurch für die kurdischen Flüchtlinge eine Schutzzone errichtet wurde.
u.U.	unter Umständen
UN IRCU-NI	UN-Iraq Relief Coordination Unit – Northern Iraq
UN/VN	United Nations / Vereinte Nationen
UNAMET	United Nations Mission in East Timor
UNESCO	UN-Organisationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur
UNHCR	UN-Flüchtlingsorganisation
UNHPI	United Nations Humanitarian Programme for Iraq
UNHUCs	UN Humanitarian Centres
UNICEF	UN-Kinderhilfswerk
UNO	UN-Organisationen
UNOHCI	UN Office of the Humanitarian Coordinator for Iraq

UNTAET	United Nations Transitional Administration for East Timor
usw.	und so weiter
Verfasser	Verfasser dieser Arbeit
vgl.	vergleiche
WB	World Bank
WHO	UN-Gesundheitsorganisation
z. B.	zum Beispiel
z. T.	zum Teil
z. Zt.	zur Zeit

Fotoverzeichnis

Foto 1: Zerstörtes Dorf - Rest einer Bombe in Kirchenruine, Keschkawa, Nahle, 1993.	25
Foto 2: Nur im Sommer genutzt - Häuser im Dorf Mayi, BB, März 2011	31
Foto 3: Rückkehrer in Bile, Barzan, November 1991	102
Foto 4: Schulunterricht - Steine ersetzen Schulbänke, Diyana, November 1991	107
Foto 5: Zerstörte Ambulanz in Cem Seyida, 2007	117
Foto 6: Tirwanis, Berwari Bala, März 2011, leer stehende Siedlung, gebaut 2002 für Rückkehrer durch die UN.....	121
Foto 7: Selbstgebaute Notunterkunft in Sarke, Zebar, 1991	123
Foto 8: Zwangssiedlung Begova, BB, 2009.....	157
Foto 9: Qumri, BB, 2009	159
Foto 10: Schulkinder mit Lehrer in Baz, BB, 2009	165
Foto 11: Verwilderte Bewässerungsanlage in Baz, BB, 2008	167
Foto 12: Verlassenes Haus in Cem Seyida, BB, 2008	172
Foto 13: Wasser, eine wichtige Ressource, Adine, BB, 2008.....	191
Foto 14: DhK - Cidide, BB, wieder aufgebaut,2002.....	195
Foto 15: Community Development Centre (Entwicklungszentrum) als Initiator und Mediator	201

Kartenverzeichnis

Karte 1: Naher Osten und kurdische Gebiete	11
Karte 2: Naher Osten und Kurdisches Selbstverwaltungsgebiet.....	12
Karte 3: Irak und die kurdischen Verwaltungsbezirke Dohuk, Erbil, Sulaimania bzw. die Verwaltungsbezirke mit kurdischer Bevölkerung Mosul, Kirkuk, Diyala.....	16
Karte 4 : Irak und das Selbstverwaltungsgebiet der Kurden mit geänderten Grenzen der Verwaltungsbezirke	17
Karte 5 : Gebiet der zerstörten Ortschaften auf kurdischem Gebiet.....	18
Karte 6: Die UN Schutzzone und die wichtigen Orte für diese Arbeit.....	19
Karte 7: Projektstandorte des DhK e.V.	21
Karte 8: Berwari Bala, Kreis Kani Mase, Distrikt Amadiya.....	22
Karte 9: Ehemalige Zwangssiedlung Shela Dize, 2009	138

Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Flüchtlingsbewegungen aus und in die kurdischen Gebiete	98
Tabelle 2: Entscheidungen des Kurdischen Parlamentes im Jahre 1992 nach seiner Konstituierung.....	111
Tabelle 3: Bevölkerungsverteilung auf die Siedlungen, März 1996	113
Tabelle 4: Siedlungen, März 1996	113
Tabelle 5: Rückkehrer mit unterschiedlichen Voraussetzungen	115
Tabelle 6: Zerstörte und wiederaufgebaute Dörfer im Gebiet Berwari Bala.....	157
Tabelle 7: Bedingungen zur Existenzgründungen in Berwari Bala	168

Zusammenfassung

Wiederaufbau ist eine räumlich soziale Tätigkeit, die meist einem Krieg oder einer Naturkatastrophe folgt. Kriegerische Auseinandersetzungen verursachen räumliche Zerstörungen; darüber hinaus stellen sie meist eine Zäsur in der Entwicklung einer Gesellschaft dar. Diese Zäsur bedeutet eine komplexe Veränderung nicht nur im Hinblick auf die räumliche Struktur. Auch die soziale Struktur der betroffenen Gesellschaften wird starken Veränderungen unterworfen. Die anschließende Zeitperiode ist durch eine Suche gekennzeichnet, die äußerst kompliziert verlaufen kann. Dabei überlagern sich viele Prozesse, die sich aufgrund der weggebrochenen Herrschaftsstrukturen (Weber, *Politik und Gesellschaft*, 2006) nicht selten widersprechen. Diese Anomie (Parsons, *the structure of social action*, 1969), mit anderen Worten *der Kampf aller gegen alle*, bezeichnet die Periode eines undefinierten Überganges, eine liminale Phase (Turner, *das Ritual*, 2005) im Leben der betroffenen Gesellschaften nach der Krise.

Diese Liminalitätsperiode stellt bezüglich der gesellschaftlichen Entwicklung eine große Herausforderung für die Gesellschaft dar; insbesondere das Fehlen der Herrschaftsstrukturen erschwert die räumliche Gestaltung, weil die Orientierungen (*policies*) entweder unvollständig sind oder ganz fehlen. Bei Nachzügler-Gesellschaften (Bendix, 1969) ist die Krise ein Beschleuniger des sozialen Wandels (*social change*); wenn die Gesellschaften vom Traditionellen in die Moderne streben und dabei kriegerische Auseinandersetzungen erleben, entstehen Unklarheiten bei der Herausbildung neuer Strukturen, die oft durch eine Kulturdiffusion (Parsons) aber auch durch direkte Interventionen beeinflusst werden.

Die Entwicklung in den kurdischen Gebieten im Nordirak ist ein Beispiel dafür. Die gesellschaftliche Entwicklung wurde durch massive Eingriffe von außen in einer Weise beeinflusst, dass diese Gesellschaft eine Zwangsmodernisierung erleben musste, in deren Folge ihre angestammte soziokulturelle Lebenswelt (Habermas) fast vollkommen zerstört wurde. Diese Zwangsmodernisierung schuf eine neue Lebenswelt, die wiederum durch Eingriffe von außen eine radikale Veränderung erfuhr. Noch die Erfahrungen aus ihrer alten Lebenswelt in Erinnerung, aber doch mit einer unverkennbaren Akzeptanz ihrer neuen Lebenswelt, kehrten mehrere hunderttausend Menschen in ihren zerstörten früheren Lebensraum zurück. Im Spannungsfeld dieser traditionellen und modernen Lebenswelten wurde ein Wiederaufbau begonnen, der klare Orientierungshilfen und Entscheidungen verlangte, die aber aufgrund der zusammengebrochenen Herrschaftsstrukturen (*state failure*) fehlten.

Die Rückkehr der ehemals Deportierten in ihre vollkommen zerstörten Heimatgemeinden wurde durch die internationale Gemeinschaft auf die Art begleitet, dass zwar die Grundversorgung sichergestellt wurde, die politischen Strukturen jedoch unbeachtet blieben und so sich selbst überlassen wurden. Dies hatte den Fortbestand

der charismatisch-traditionalen Herrschaft im Irak zur Folge, während in den kurdischen Teilen des Landes der Aufbau einer demokratisch orientierten Herrschaftsstruktur angestrebt wurde. Dieser Dualismus schuf eine besondere Konstellation, die beispiellos ist und die Frage aufdrängt, wie in ein und demselben Herrschaftsgebiet sich widersprechende Herrschaftsstrukturen gleichzeitig existieren können?

Eine weitere Besonderheit ist, dass der Prozess des ländlichen Wiederaufbaus durch diesen Versuch, auch eine demokratisch legitimierte Herrschaft aufzubauen, überlagert wurde. Da diese Herrschaft eigentlich den Rahmen für den Wiederaufbau hätte liefern sollen, aber dazu nicht imstande war, fand letzterer buchstäblich in einem leeren, ja fast strukturlosen Herrschaftsraum statt. So hat der ländliche Wiederaufbau seinen eigenen Weg gesucht, indem die Rückkehrer ihre Strategie des kurzfristigen Überlebens fortgesetzt haben. Die neu entstandenen Ortschaften waren damit keine überlebensfähigen Siedlungen und nicht Bestandteile übergreifende Strukturen. Das nach der Krise entstandene Machtvakuum, „die Suspendierung des Alltagslebens“ (Dahrendorf), stellt eine besondere Konstellation der sich überlagernden Prozesse nach der Krise in Kurdistan 1991 dar. Insbesondere der soziale Übergang vom Traditionellen zur Moderne (Aufbau einer modernen Autonomie) und der Neuaufbau des ländlichen Raumes (Wiederaufbau der Dörfer) fordern die beteiligten externen (Alliierten-Kräfte, UN-Organisationen, internationale Hilfswerke) und einheimischen (kurdische Politik) Akteure heraus: Wie kann eine zukunftsfeste räumliche Neugestaltung aussehen und woher sollen die dafür notwendigen Orientierungsentscheidungen stammen? Dies ist die eigentliche Untersuchungsfrage und damit der Schwerpunkt dieser Arbeit. Das Gebiet, auf das sich diese Untersuchung bezieht, umfasst die Gebiete Amadiya Ost, Barzan, Berwari Bala, Nahle, Welati Jeri und Zebar. Das bergige Gebiet bietet mit seinen fruchtbaren Tälern, Almen und vielen Wasserquellen eine gute Grundlage für eine bäuerliche Tätigkeit.

Der Wiederaufbauprozess der ländlichen Regionen beinhaltet auch die Chance, dass die ehemals Vertriebenen, getragen von Elan und Motivation der Rückkehr, ihre Potentiale entfalten und durch Steigerung der Selbstorganisation den Wiederaufbau in die Hand nehmen. Eine partizipative Planung bei der Entwicklung der Regionen könnte so möglich werden, vorausgesetzt, der Organisationsgrad der Rückkehrer kann gesteigert werden und so konkrete Formen annehmen. Die Arbeit des Dortmunder Vereins DhK zeigt, wie diese Chancen auf regionaler Ebene genutzt werden können und wie aus der traditionell starken Identität der Gebietszugehörigkeit regionale Managementstrukturen herausgebildet werden können. Diese Gebietszugehörigkeit bot die Grundlage für die Bildung einer Vertretung der Region (Gebietskomitee), die DhK initiieren konnte. Damit wurde eine Plattform zum *kommunikativen Handeln* (Habermas, 1995) mit den Rückkehrern geschaffen.

Unter den oben geschilderten Bedingungen konnten jedoch diese Möglichkeiten nicht zufriedenstellend und nicht in allen Regionen genutzt werden.

Die Überwindung des Machtvakuaums, die Periode der Anti-Struktur, verlangt eine

gezielte Unterstützung von Seiten der internationalen Akteure, weil den einheimischen Kräften für die Bewältigung der Transformation und des gleichzeitigen Aufbaus von modernen Staatsfunktionen Know-how und Kapazitäten fehlen. Solange eine strukturelle Orientierung nicht gegeben ist, kann der Wiederaufbauprozess der ländlichen Regionen nicht zukunftsweisend gestaltet werden. Der Entfaltung der Potentiale und der Umsetzung von raumplanerischen Konzepten werden damit Grenzen gesetzt, wie die Entwicklung im Gebiet Berwari Bala zeigt. Insbesondere den Diskontinuitäten der Besitzverhältnisse und den Kontinuitäten der traditionellen Werte der Vergangenheit müssen neue Orientierungen entgegengesetzt werden.

Ein wesentliches Merkmal der Entwicklung in Kurdistan ist, dass sich die Strukturierung eines völligen Neuanfangs von einem Prozess der Wandlung bestehender Strukturen grundsätzlich unterscheidet. Der Neuanfang, wie in Berwari Bala, bietet größere Chancen – er bedarf aber auch eines entschieden intensiveren Einsatzes von materiellen, also sozialen und finanziellen (Weber), Ressourcen. Zur Entwicklung von sozialen Ressourcen braucht es klare Vorstellungen über die »Modelle für Wirklichkeit« (Geertz, 1987) und die Bereitstellung der notwendigen finanziellen Ressourcen.

Basierend auf den theoretischen Betrachtungen über den sozialen Wandel wurde die Entwicklung in den wiedererstehenden Gebieten analysiert. Dabei wurde die Rolle der Kulturdiffusion (exogene Anleihen) für den Wandel im Allgemeinen und die Rolle der exogenen Kräfte im Besonderen für Kurdistan untersucht. Die Entwicklung im Nachkriegsdeutschland, im Kosovo und in Timor-Leste wurde als Beispiel für eine mögliche Herangehensweise und Assistenz durch externe Akteure betrachtet.

Neben der Notwendigkeit fehlender Assistenz ist hervorzuheben, dass die *Communitas* nach der Krise in Kurdistan, hier die Rückkehrer, unorganisiert und damit nicht in der Lage sind, die Entwicklung mitzubestimmen. Daher ist die Entfaltung eines kommunikativen Handelns nicht möglich.

Ein grundsätzliches Problem der räumlichen Entwicklung entsteht durch die geringe Größe vieler wiederaufgebaute Siedlungen. Die Vernetzung der verschiedenen Produktions- und Versorgungsstrukturen kann die Schwächen der Kleinteiligkeit der Siedlungen überwinden. Dies setzt voraus, dass Selbstverwaltungsstrukturen auf „Nahiye“-Ebene, einem Kreis, der mehrere Dörfer umfasst, entwickelt und gestärkt werden. Das ist auch im Sinne von gesicherten eigenen finanziellen Ressourcen.

Die oben beschriebene Phase der Nachkrisenperiode stellt eine enorme Herausforderung für alle Akteure einer räumlichen Gestaltung dar, bietet aber auch große Chancen und Handlungsmöglichkeiten, die noch weitgehend unerforscht sind. Die besonderen Bedingungen des verdichteten sozialen Wandels dieser Periode wären ein äußerst lohnender Gegenstand eines umfassenden Forschungsvorhabens.

1 Das Thema, Hintergrund und Aufbau der Arbeit

1.1 Einleitung

Seit der Krise im Irak von 1991 ist in den kurdischen Gebieten eine neue Entwicklung im Gang, die zu Beginn die ganze Welt beschäftigt und eine große internationale Nothilfetätigkeit ausgelöst hat. Auch eine Gruppe von Menschen aus Dortmund hat sich dorthin begeben, um zu helfen. Diese Gruppe war klein und hat nicht über große finanzielle Mittel verfügt. Doch ihr Anspruch war desto größer. Die Tätigkeit der Dortmunder Gruppe hat sich rasch in eine Richtung entwickelt, die durch raumplanerische Konzepte der Dortmunder Schule beeinflusst war. Über die konkrete humanitäre Hilfe hinaus sollten Konzepte geliefert werden, die es ermöglichten, in Kurdistan Raumplanung zu etablieren. Die vorliegende Arbeit ist diesem Wunsch entsprungen.

Der Krise von 1991 waren zwei regionale Kriege in den Jahren 1980 und 1990 vorhergegangen, die durch das Saddam-Regime des Iraks losgetreten worden waren; vorausgegangen war außerdem der innerstaatliche Konflikt mit den Kurden, der gewaltsam ausgetragen wurde, und von 1975 an mit der weitgehenden Kontrolle des Bagdader Baath-Regimes über die kurdischen Gebiete endete. Im Laufe dieser konfliktreichen und für die Menschen in der Region schmerzhaften Zeit wurden in den Jahren 1975 bis 1988 die meisten Dörfer des kurdischen Siedlungsgebietes im Norden und Nordosten des Landes zerstört (Sinemillioglu, 2001: 36ff). Die Landbevölkerung dieser Dörfer wurde deportiert und in Zwangssiedlungen¹ untergebracht. Ein beträchtlicher Teil der Menschen aus diesen Dörfern hat vor oder nach der Deportation das Land verlassen und ist in die Nachbarländer Iran und Türkei geflohen. Der ländliche Raum war nach dieser Zeit fast vollkommen zerstört und menschenleer.

Während des Kuwait-Krieges von 1991 kam es zu bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen den Kurden und Schiiten auf der einen und den Truppen der Zentralregierung auf der anderen Seite. Im Rahmen dieser Auseinandersetzung flohen weitere ca. eineinhalb Millionen Kurden aus den Städten und Zwangssiedlungen in die Nachbarländer Iran und Türkei. Als die alliierten Streitkräfte 1991 die irakische Besetzung von Kuwait beendet hatten, mussten sich die Armeen der Bagdader Zentralregierung auch aus den meisten kurdischen Gebieten zurückziehen. Um die Kurden nicht der Rache des Saddam-Regimes auszusetzen, haben die UN für die Kurden im Norden des Irak eine Schutzzone errichtet, (siehe Karte 6 auf Seite 19) Im Anschluss daran konnte die Rückkehr der ca. eineinhalb Millionen Menschen aus den Nachbarländern Iran und der Türkei beginnen. Dieser Völker-Rückwanderung musste die Repatriierung von Flüchtlingen aus den Jahren zwischen 1975 bis 1988 folgen. Das Ausmaß von Zerstörung

¹ Vor Ort werden die »Zwangssiedlungen« „Tecemme“ bzw. „Mucamma“ genannt. In der Literatur werden die Begriffe „collected town“ oder „collected village“ im Englischen bzw. meistens „Sammeldorf“ im Deutschen gebraucht.

und Fluchtbewegung verursachte eine humanitäre Katastrophe, die eine großangelegte humanitäre Hilfe ausgelöst hat. Diese Hilfe musste ca. dreieinhalb Millionen Menschen mit dem Notwendigsten versorgen. Die Hilfsorganisationen sahen sich zusätzlich mit einer beispiellosen Obdachlosigkeit konfrontiert: die meisten Flüchtlingen, die zwischen 1975 und 1988 geflohen waren, die seitdem im Iran und in der Türkei z.T. in Flüchtlingslagern lebten, waren Deportierte aus den früheren Dörfern und hatten nun kein Zuhause mehr. Die Antwort auf die Obdachlosigkeit dieser Menschen war, sie in ihren zerstörten Dörfern wieder anzusiedeln und ihnen mit sogenannten »Sheltern« ein Obdach zu gewähren². Damit begann die räumliche Rückeroberung der zerstörten Dörfer durch die früheren Landbewohner. Der Wille der vertriebenen Menschen, zu ihren ursprünglichen Dörfern zurückzukehren, wurde durch unzählige HelferInnen aus der ganzen Welt unterstützt; und das geschah unter der Anleitung von UN-Organisationen. Diese Aktion wurde Wiederaufbau genannt. Der Aufbau der neuen Siedlungen erwies sich jedoch als kompliziert und erreichte bei weitem keine schnelle Beseitigung der Obdachlosigkeit.

Diese Entwicklung geschah während eines weltgeschichtlich bemerkenswerten Wendepunktes. Durch den Zusammenbruch des Warschauer Paktes und den Systemzusammenbruch der sozialistischen Staaten Osteuropas löste sich die bipolare Welt auf. Diese Entwicklung von der „bipolaren zur instabilen Weltordnung“ wurde von vielen krisenhaften regionalen und innerstaatlichen Auseinandersetzungen begleitet. (Messner & Scholz 2005a: 16f). Viele Weltregionen wurden zu Schauplätzen der Interventionen und internationalen Anstrengungen durch NATO-Staaten bzw. die UNO. Vielerorts hat sich auch diese Auseinandersetzung mit der Linderung der Not der Menschen beschäftigt, ohne dass die Frage gestellt wurde, wie es nach der Überwindung der unmittelbaren Not weiter gehen kann? Diese Frage aber spielt für die räumliche Entwicklung und Planung eine entscheidende Rolle: Wie muss Wiederaufbau nach einer Krise gestaltet werden?

1.2 Ziele der Arbeit

Diese Frage um den Wiederaufbau hat nicht nur historischen Wert. Denn Wiederaufbau ist immer wieder erneut aktuell, in Kurdistan und auch anderswo. Die Interventionen in Kurdistan (1991), in Somalia (1992), im Kosovo (1999) und in Osttimor (1999) zeigen über den „state failure“ hinaus, dass in den Regionen, wo keine staatlichen Strukturen existieren, wie in Kurdistan, im Kosovo und in Osttimor, sich die internationale Gemeinschaft besonderen Herausforderungen stellen muss. In all diesen Fällen sind die Entscheidungsstrukturen unklar und chaotisch, so dass die Antworten auf die Fragen nach dem Wiederaufbau meist unbeantwortet bleiben. Deshalb bleiben die

² Das Wort „shelter“ bedeutet „Schutz, Schutzhütte, Zuflucht“ – (Duden-Oxford 1999). Im Englischen bedeutet es „the fact of having a place to live or stay, considered as a basic human need“ – (Oxford 2000). Für den Gebrauch in dieser Arbeit scheint »die Unterkunft« am treffendsten.

Zielsetzungen des Wiederaufbaus offen und damit auch mögliche Wege zur Gestaltung der ländlichen Regionen im Dunkel.

Die Herausforderungen resultieren nicht nur aus den fehlenden Strukturen, sondern auch daraus, dass in diesem völlig neuen Aktionsfeld Erfahrungen fehlen, aufgrund derer Antworten entwickelt werden könnten. Vielleicht auch deshalb, weil „learning by doing is increasingly difficult, as past lessons are less and less applicable to current problems“. (Ostrom in: Messner, Scholz 2005: 26). In den Krisenregionen, wo sich die Probleme der sozialen und wirtschaftlichen Entwicklung mit der Problematik der Menschenrechte im Allgemeinen und der der Minderheiten im Besonderen vermischen, scheinen die Erfahrungen aus der Vergangenheit unter den Bedingungen der Globalisierung nicht weiter zu führen.

Damit stehen der raumplanerische Anspruch und die Fragestellung im Raume, wie ein Wiederaufbau in diesen ländlichen Regionen zu verstehen und zu gestalten ist. Mögliche Antworten auf diese Fragen zu diskutieren ist das Ziel dieser Arbeit. Doch wird die Arbeit nicht ausschließlich diese Problematik diskutieren. Die hier gestellte Frage geht von der folgenden Hypothese aus: in einem Entwicklungsland wie Kurdistan ist es notwendig, eine balancierte, eine gleichgewichtige, Siedlungsstruktur anzustreben. Wie noch zu erklären sein wird, ist in Kurdistan der Entwicklungsgrad der Humanressourcen nicht hochdifferenziert. Das gleiche gilt für die Beschäftigungsstruktur. Kurdistan ist ein Agrarland gewesen und seine Bevölkerung ist das Produkt der traditionellen ländlichen Tätigkeiten. Daher ist es nötig, den ländlichen Raum neu zu strukturieren – die Ausgangsbedingungen des Wiederaufbaus bieten exzellente Rahmenbedingungen hierfür. D.h., dass eine derart fundamentale Krise wie die in Kurdistan eine Chance bietet, beim Neuanfang die ländlichen Regionen neu zu strukturieren.

Doch was ist Wiederaufbau? Über die begriffliche Erklärung hinaus wird die Arbeit die Antwort auf diese Frage für die ländlichen Regionen in Kurdistan suchen. Jedoch kann diese Frage nicht beantwortet werden, wenn der krisenhafte historische Hintergrund nicht verstanden wird. Darum wird sich die Arbeit zuerst allgemein mit der Frage der „Krise und Nachkrise“ beschäftigen, um die Ausgangsbedingungen nach der Krise verstehen zu können. Die Erkenntnisse daraus werden für die Analyse der Nachkrisenzeit in Kurdistan zugrunde gelegt.

Die Arbeit versucht, die Krise im Rahmen des sozialen Wandels (social change) zu behandeln. Die räumliche Entwicklung wird diesem Rahmen untergeordnet. Der soziale Wandel wird deshalb als Rahmen gesetzt, weil hier von der folgenden Annahme ausgegangen wird: in Kurdistan zeigt die Gesellschaft starke Einflüsse der traditionellen Agrarstrukturen (Agrargesellschaft) auf; und sie strebt andererseits Modernität an. Diese Gesellschaft durchlebt also den Übergang von traditionellen hin zu modernen Strukturen. Dieser Übergang, diese bestimmte Periode des Wandels, wird gleichzeitig durch eine Krise überlagert, die den Wandelprozess besonders verdichtet und die Orientierung der kurdischen Politik und Gesellschaft zusätzlich herausfordert. Dieser Wandel bestimmt natürlich auch die räumliche Entwicklung. Hier entstehen Fragen,

bezogen darauf, wie dieser Wandel gemeistert werden soll. Die Antworten setzen dem Prozess des Wiederaufbaus und der Gestaltung des ländlichen Raumes einen Rahmen.

Die Krise in Kurdistan wird als Resultat aber auch als Phase des sozialen Wandels verstanden. Dieser Wandel durchläuft einen komplexen Prozess. Viele Aspekte des Wandels überlagern sich. Ein wichtiger Aspekt ist der meist gewaltsame Einfluss von außen. Dieser Einfluss kann als Reaktion auf die Identitätssuche der kurdischen Gesellschaft definiert werden. Diese Identitätssuche ist wiederum eine Reaktion auf die von außen geübte Einflussnahme. Die wesentlichen Akteure dieser Auseinandersetzung sind die leitenden Schichten der kurdischen Gesellschaft und die herrschende Zentralgewalt im Irak. Die Auseinandersetzung dieser beiden Seiten hat maßgeblich den sozialen Wandel in der kurdischen Gesellschaft bestimmt.

Auch die räumliche Entwicklung musste sich diesem Wandel unterordnen und wurde zum Sinnbild der Zerstörung von herkömmlichen sozialen Stammesstrukturen – einschließlich der auf Dorfgemeinschaften und kleinen Städten als Markt- und Verwaltungsplätzen beruhenden Siedlungsstrukturen. Die alte Siedlungsstruktur wurde fast völlig zerstört, die Bauernschaft in die Moderne katapultiert – und dies per Dekret. Die vorliegende Arbeit will diesen „äußeren“ Einfluss im Rahmen des „sozialen Wandels“ verstehen und die Folgen dieser Entwicklung analysieren.

Diese Entwicklung muss auch unter Modernisierungsaspekten betrachtet werden, denn die treibende Kraft des sozialen Wandels ist die Modernisierung, die auch als ein wichtiger Faktor der exogenen Einflussnahme verstanden wird. Dafür gibt es im Wesentlichen zwei Anhaltspunkte. Erstens: dass sich die Politik der kurdischen Elite die „Modernisierung“ auf ihre Fahnen schreibt. Zweitens: dass die Politik des zentralen irakischen Staates ihre Eingriffe ebenso mit „Modernisierung“ begründete. Dass die beiden Konfliktparteien „Modernisierung“ auf ihre Fahnen schreiben, stellt keinen Widerspruch dar, sondern beschreibt lediglich die eigene Einschätzung beider Seiten. Dies ist ein Beleg dafür, wie unterschiedlich die Modernisierung verstanden bzw. interpretiert wird. Dass diese beiden Seiten miteinander konkurrieren und daraus ein Konflikt resultiert, ist der eigentliche Gegenstand der Entwicklung in der Region Kurdistan – letztlich die Ursache des Konfliktes³.

Die Einflussnahme von außen hat in Kurdistan ganz allgemein und in Irak-Kurdistan im Besonderen eine gewisse Kontinuität, wenn auch seit 1991 unter anderen Vorzeichen. Seit dem Machtverlust der irakischen Zentralregierung 1991 in Teilen der kurdischen Gebiete und insbesondere seit dem Sturz der Diktatur 2003 bestimmen dort ausländische Mächte das Geschehen. Diese neue Entwicklung wird letztlich auch durch

³ Ob dieser Konflikt der Ausdruck eines widersprüchlichen Modernitätsverständnisses der beiden Parteien ist, kann als Frage geltend gemacht werden. Dennoch muss diese Frage nicht zwingend mit „ja“ beantwortet werden, weil die beiden Seiten einen Konflikt haben.

die UN getragen⁴, was bedeuten könnte, dass diese Einflussnahme von außen eine gewisse Legitimität erfährt.

1.3 Aufbau der Arbeit

Um die Lage besser einzuordnen, wird die historische Entwicklung der gesamtkurdischen Gesellschaft kurz umrissen. Anschließend wird ein kurzer geschichtlicher Überblick der Krise in Kurdistan / Irak von 1990 bis 2003 gegeben. Es folgen die Darstellung des Gebietes Berwari Bala und der dortigen planungsrelevanten Verwaltungsstrukturen. Diese beiden Themenbereiche bilden Kapitel 2.

Kapitel 3 behandelt den theoretischen Rahmen der Arbeit. Hier werden die Begrifflichkeiten definiert und es wird versucht, die Ausgangsbedingungen des Wiederaufbaus im Allgemeinen zu analysieren. Zuerst werden die Krise und Nachkrisenperiode untersucht. Die Krise wird im Kontext des sozialen Wandels definiert. Modernisierungs- und Entwicklungstheorien sollen den sozialen Wandel verstehen helfen. Insbesondere wird das Zusammenspiel von exogenen und endogenen Faktoren untersucht und es wird der Frage nachgegangen, welche Bedeutung die exogene Einflussnahme in Kurdistan hat.

Kapitel 4 beschreibt die Nachkriegszeit in Deutschland von 1945 – 1949. Hier wird die Rolle der West-Alliierten, insbesondere die der Vereinigten Staaten näher betrachtet, um die Rolle der externen Kräfte bei der Umgestaltung der Gesellschaft nach der Krise zu verstehen. Es ist nicht beabsichtigt, das Geschehen nach dem Krieg in Deutschland im Detail wiederzugeben. Es wird auch nicht die Entwicklung in der sowjetisch besetzten Zone in Betracht gezogen. Vielmehr wird anhand der neueren Untersuchungen die Periode vom Mai 1945 bis zum Mai 1949 – von der Kapitulation bis zur Verkündung des Grundgesetzes und damit der Gründung der Bundesrepublik Deutschland – beschrieben. Die Ergebnisse der Handlungen der Alliierten nach der Krise in Deutschland sowie in anderen Ländern werden zusammengefasst, um das Zusammenspiel der externen wie internen Kräfte (das Zusammenspiel der exogenen und endogenen Einflussfaktoren) zu beschreiben. Hier wird zwischen Einflussfaktoren und Aktionsfeldern unterschieden. Darauf aufbauend soll die Darstellung der Aktionsfelder den Rahmen der Wiederaufbau-Tätigkeit und eine integrierte Herangehensweise an diese Aktionsfelder beschreiben.

Kapitel 5 beschäftigt sich mit der Methodik der Arbeit und mit den Forschungsfragen.

Kapitel 6 beschreibt den Wiederaufbauprozess in Kurdistan nach der Krise von 1991. Hier werden der Prozess und die Akteure⁵ in diesem Prozess dargestellt, das Zusammenspiel von internen (endogenen) wie externen (exogenen) Kräften

4 Die Annahme „Einflussnahme von außen hat in Kurdistan Kontinuität“ basiert auf der historischen Tatsache, dass Kurdistan seit dem Zerfall des Osmanischen Reiches (Erster Weltkrieg) unter vier Staaten geteilt wurde. Die Teilung bestand auch vor diesem Krieg zwischen Osmanen und Iran. Auf diesen Punkt wird im Kapitel 2 näher eingegangen.

5 Anlehnend an Jürgen Habermas wird in dieser Arbeit der Begriff »Aktor«, Sg., bzw. »Akteure«, Pl., benutzt – anstelle von Akteur bzw. Akteure. Siehe Habermas (1995a: 126ff).

wiedergegeben und die treibenden Hintergrundmuster, die die Handlungen dieser Kräfte bestimmt haben, gezeigt.

Kapitel 7 analysiert den Wiederaufbauprozess in Kurdistan. Hier wird versucht, die wesentlichen Merkmale des Wiederaufbaus herauszuarbeiten und die Rolle der beteiligten Akteure zu beschreiben. Insbesondere wird die Rolle der Besatzer im Lande untersucht – hier wird die Umkehrung der externen Einflüsse im Gegensatz zu dem bisherigen externen Einfluss hervorgehoben. Es wird die Frage gestellt, ob die durch die Krise dargebotene Chance wirksam wahrgenommen wurde. Waren sich die externen Kräfte der durch die Krise dargebotenen Chance bewusst? Wurden daraus die nötigen Schlüsse gezogen und die Einflussnahme zur Umgestaltung der kurdischen Gesellschaft genutzt? Hat die kurdische Politik aus der neu entstandenen Lage Nutzen gezogen? Die Erörterung dieser Fragen soll Licht in die Handlungen um den Wiederaufbauprozess bringen. Kann die Entwicklung im Allgemeinen und der soziale Wandel in einem Entwicklungsland im Besonderen in einer zunehmend globalisierten Welt ohne exogene Kräfte verstanden und gestaltet werden? Die Antwort auf diese Frage scheint für den Wiederaufbauprozess in Kurdistan entscheidend zu sein. Diese Frage wird auch mit der Feststellung in Verbindung gebracht, dass in Kurdistan die externen Einflüsse kontinuierlich waren und sind. Daraus ergibt sich die Frage, wie die externen Einflüsse für ein Entwicklungsland institutionell gestaltet werden können.

Kapitel 8 unternimmt den Versuch, Lehren aus dem Wiederaufbauprozess in Kurdistan zu ziehen. Hier wird auch begründet, warum diese Lehren aus dem Wiederaufbau in Kurdistan noch immer so aktuell sind wie am Anfang des Jahres 1991.

Dabei sind die Anfangsbedingungen von 1991 und von 2003 teilweise unterschiedlich. Dennoch wird davon ausgegangen, dass die Instabilität in der Region weiterhin die Einflüsse externer Kräfte erfordert und in diesem Zusammenhang die Aktivität der internationalen Institutionen weiterhin benötigt wird. Gezeigt wird, warum der ländlichen Entwicklung noch immer größte Aufmerksamkeit geschenkt werden muss. In diesem Zusammenhang wird die Rolle der Landwirtschaft hervorgehoben. Die räumliche Entwicklung in Kurdistan wird in diesem Rahmen erörtert. Hier wird diskutiert, warum eine integrierte Entwicklungsplanung angestrebt werden soll. Auch die Institutionen der Planungstätigkeit werden hier thematisiert.

Kapitel 9 beschäftigt sich mit der Entwicklung in der Region Berwari Bala nach 1991. Es werden Antworten auf die Fragen „wie entwickelte sich der Wiederaufbauprozess im Gebiet Berwari Bala im Besonderen?“ und „Was sind die Stärken und Schwächen der Region Berwari Bala?“ gesucht und diskutiert. Die Interviews mit den Rückkehrern und Bewohnern bzw. früheren Bewohnern von Zwangssiedlungen werden dem zugrunde gelegt.

Kapitel 10 beschäftigt sich mit der Entwicklung der Region Berwari Bala. Diskutiert wird der Wiederaufbau der Region im Lichte der Lehren, die aus der Analyse des Wiederaufbaus in Kurdistan zu ziehen sind. Auch werden die Möglichkeiten der endogenen Kräfte herausgearbeitet, die der Entwicklung der Region dienen. Insbesondere

wird versucht zu ergünden, wie die Elemente der partizipativen Entwicklung und die der dezentralen Versorgungssysteme mit den zentralgesteuerten Maßnahmen in Einklang gebracht werden können. Neben der Notwendigkeit, die Landwirtschaft zu rehabilitieren, wird zu zeigen versucht, dass z.B. der Wohnungsbau als ein Potential genutzt werden kann, um die lokale wirtschaftliche Tätigkeit anzukurbeln. Die Rolle der zentralen Verwaltung der kurdischen Autonomie wird dabei wieder thematisiert, um zu zeigen, was anders hätte gemacht werden müssen. Dennoch muss der allgemeinen Erwartungen an den Staat durch die Bevölkerung Rechnung getragen werden. Hier wird gezeigt, dass ein „bottom-up approach“ Zeit und eine institutionelle Begleitung braucht. Wie eine solche Begleitung aussehen kann, wird hier am Beispiel eines durch den Verein DhK im Aufbau befindlichen Entwicklungszentrums diskutiert.

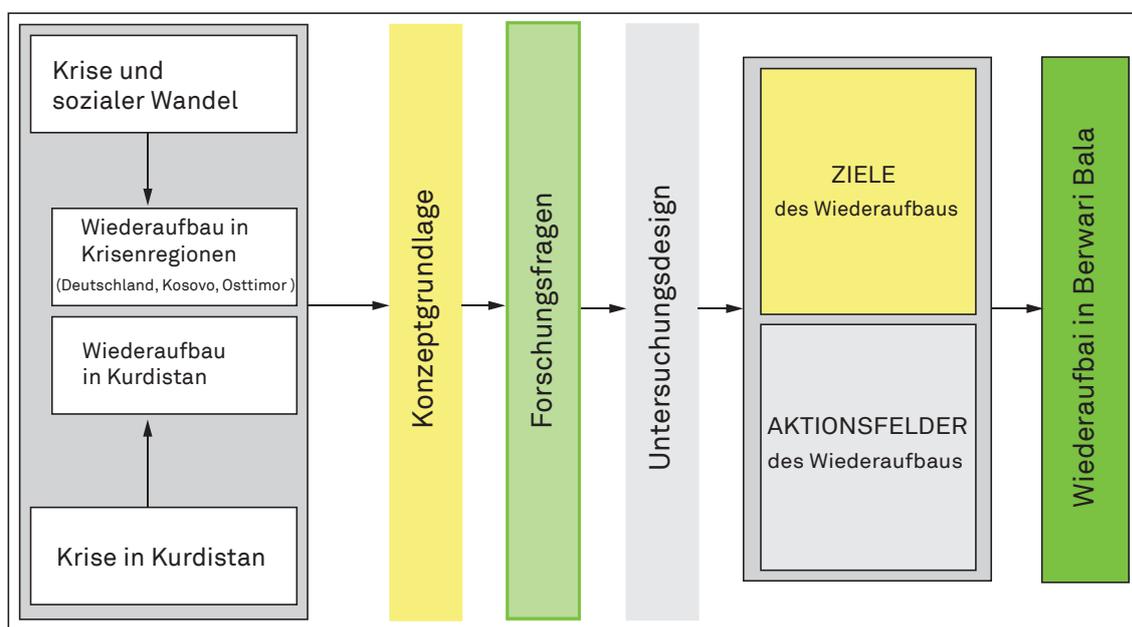


Abbildung 1 : Aufbau der Arbeit

Quelle: Eigene Darstellung

Im Kapitel 11 schließlich werden die Ergebnisse der Arbeit zusammengefasst.

Die Ergebnisse werden auch den Forschungsbedarf insbesondere im Bereich der Rolle der internationalen Institutionen bei der Entwicklung und dem sozialen Wandel in den Krisenregionen thematisieren. Die Abbildung 1 auf dieser Seite beschreibt den Aufbau der Arbeit.

1.4 Datengrundlage und Literatur

Über die ländlichen Regionen bzw. für die gesamte Region, in der nach dem Rückzug der irakischen Armee eine kurdische Selbstverwaltung entstand, gibt es keine gesicherte Datengrundlage. Die Daten, die in der Arbeit benutzt werden, stammen meist aus Unterlagen der Hilfstätigkeit der UN-Organisationen und verschiedener NGOs. Eine dieser Organisationen, der Dortmunder Verein »Dortmunder helfen in Kooperation

e.V. (DhK)⁶« stellt die gesamten Daten seiner Arbeit zur Verfügung. DhK arbeitet seit September 1991 in der Region im Bereich des Wiederaufbaus von zerstörten Dörfern. In den Gebieten Diyana, Barzan, Nahle, Zebar, Deste Zee (östliches Amadiya), Dohuk und Berwari Bala (nördliches Amadiya), siehe „Karte 7: Projektstandorte des DhK e.V.“ auf Seite 21.

Die Daten über Berwari Bala stammen außerdem auch aus den Interviews mit den Rückkehrern, die teilweise noch immer keine Möglichkeit fanden, zu ihren Dörfern zurückzukehren (siehe Dokument 1 im Anhang).

Die Gespräche mit der Stadtverwaltung von Schela Dize dienten der Beschreibung von Entwicklungen in den Zwangssiedlungen (Dokument 2 im Anhang).

Die Karten sind bis auf die Karten 1 und 2 frei zugängliche UN-Dokumente, die überarbeitet wurden. Die Quellenangaben sind im Original eingebaut und werden nicht zusätzlich angegeben.

1.5 Deutsche Schreibregelung und Zitate

Die neue Schreibregelung stellt soweit ein Problem dar, als Texte zitiert werden, die nach alter Sprachregelung verfasst sind. Grundsätzlich wurden die Texte getreu der originalen Abfassung wiedergegeben. Bei den Zitaten werden Anmerkungen vom Verfasser dieser Arbeit in eckigen Klammern wiedergegeben. Die durch den Verfasser dieser Arbeit hervorgehobenen Textteile in den Zitaten werden mit „ddVh“ (durch den Verfasser hervorgehoben) in eckigen Klammern gekennzeichnet.

⁶ Der Verein DhK hat bis 2004 den Namen „Dortmunder helfen Kurden e.V.“ getragen. Der Verfasser dieser Arbeit war als Projektkoordinator und als Vorort-Leiter für den Verein tätig. Für mehr Informationen über die Arbeit des Vereines siehe www.dhk-ev.de.

2 Kurdistan – Geschichte und Gesellschaft

Kurdistan ist ein Oberbegriff für die Gebiete, in denen mehrheitlich Kurden wohnen. Diese Gebiete liegen in folgenden Staaten: der Türkei, dem Iran, dem Irak und Syrien. Über die kurdischen Gebiete und die Bevölkerungszahl gibt es keine eindeutigen und zuverlässigen Angaben. Die Gründe hierfür sind vielfältig. So haben die betreffenden Staaten kein Interesse an genauen Abstammungsangaben der Bevölkerung in den Gebieten mit einer Minderheit oder gar mit einer Mehrheit von Bewohnern kurdischer Herkunft. Im kurdischen Teil des Irak gibt es seit 1991 eine kurdische Verwaltung; dieser Teil ist seit 2005 verfassungsrechtlich ein föderaler Teilstaat des Irak. In den übrigen drei Staaten hat die kurdische Bevölkerung keine Selbstverwaltungsrechte.

Karte 1 auf Seite 11 zeigt das Gebiet in dem die Kurden heute mehrheitlich leben.

Trotz magerer Quellen wird im folgenden Abschnitt eine kurze Skizze der geschichtlichen Entwicklung in den kurdischen Gebieten vorgenommen, um das Geschehen in den kurdischen Gebieten des Irak tiefer zu begreifen. Anschließend werden Informationen über Bevölkerung und Geographie im Allgemeinen und speziell über das Gebiet Berwari Bala sowie über Planungsinstitutionen im Einflussbereich der kurdischen Autonomie gegeben.

2.1 Geschichte und Gesellschaft: An der Grenze von zwei Kultursphären

Kurdistan ist als Begriff eher eine Metapher. Diese Metapher umfasst Land und Leute; Unterdrückung und Beherrschung durch Mächte von außen; Kultur und Sprache und vieles mehr. Allein die Tatsache, dass Kurden in mindestens vier Staaten des Nahen Ostens leben, erschwert eine eindeutige Zuordnung, was Kurdistan ist und wo Kurden leben. Dies ist auch aus der Literatur abzulesen. Die Quellen befassen sich oft mit einem Teil der kurdischen Bevölkerung bzw. Kurdistans; sie schweifen dennoch ab und behandeln meist die Gesamthematik, nämlich die Metapher Kurdistan. Das ist auch Ausdruck dessen, dass die vorhandenen Quellen Kurdistan als ein Problem darstellen und sich meist mit dem historischen Streit um Kurdistan befassen. Über die innere Entwicklung und Sozialstruktur, über die Raum-, Wirtschafts- und Siedlungsstruktur gibt es nur eine Handvoll Quellen, die auch meist nicht aus Kurdistan selbst stammen.

Zweifelsohne ist dies auch Folge der Isolierung, aber auch der Unterdrückung von Kurdistan. In einem Land, in dem es keine eigene Bildungs- und Selbstverwaltungsstrukturen gibt, ist es beinahe unmöglich, ein differenziertes Bild über das vielseitige Gesellschaftsleben geliefert zu bekommen. Die meisten Quellen behandeln die geschichtliche Entwicklung um Kurdistan, aber nicht in Kurdistan. Sehr wenige Quellen befassen sich mit der sozialen Struktur in Kurdistan. Quellen, die sich mit der wirtschaftlichen Lage und mit der Siedlungsentwicklung beschäftigen, sind kaum vorhanden. Diese Quellenlage ist ein Ausdruck dessen, wie stark Kurdistan abgekapselt war und wurde.

Die historische Entwicklung in und um Kurdistan ist in ihren Anfängen nicht gut belegt. Es ist nicht nachweisbar, ob die Kurden dauerhaft die Gebiete bewohnt haben, die sie jetzt mehrheitlich bewohnen, wie Jwaideh notiert:

„Despite the fact that the Kurds speak dialect akin to Persian, they are by no means a purely Iranian people. The area they occupy today has from the earliest times been the scene of a ceaseless ebb and flow of various peoples. Successive waves of conquerors, imperial armies, and savage hordes swept across these lands, and each left behind a trace, however faint, on the racial, linguistic, and cultural character of the inhabitants.“ (Jwaideh 2006: 11; vgl. auch Lawrence 2009: 11f)⁷.

Sicher ist, dass die Osmanen, „die den Safawiden im Jahre 1516 Mosul und Kurdistan entrissen hatten“ (Sluglett & Farouk-Sluglett 1991: 11), und dass der Iran Kurdistan bis zum Ersten Weltkrieg beherrschten. Damit war das Osmanische Reich zerfallen.

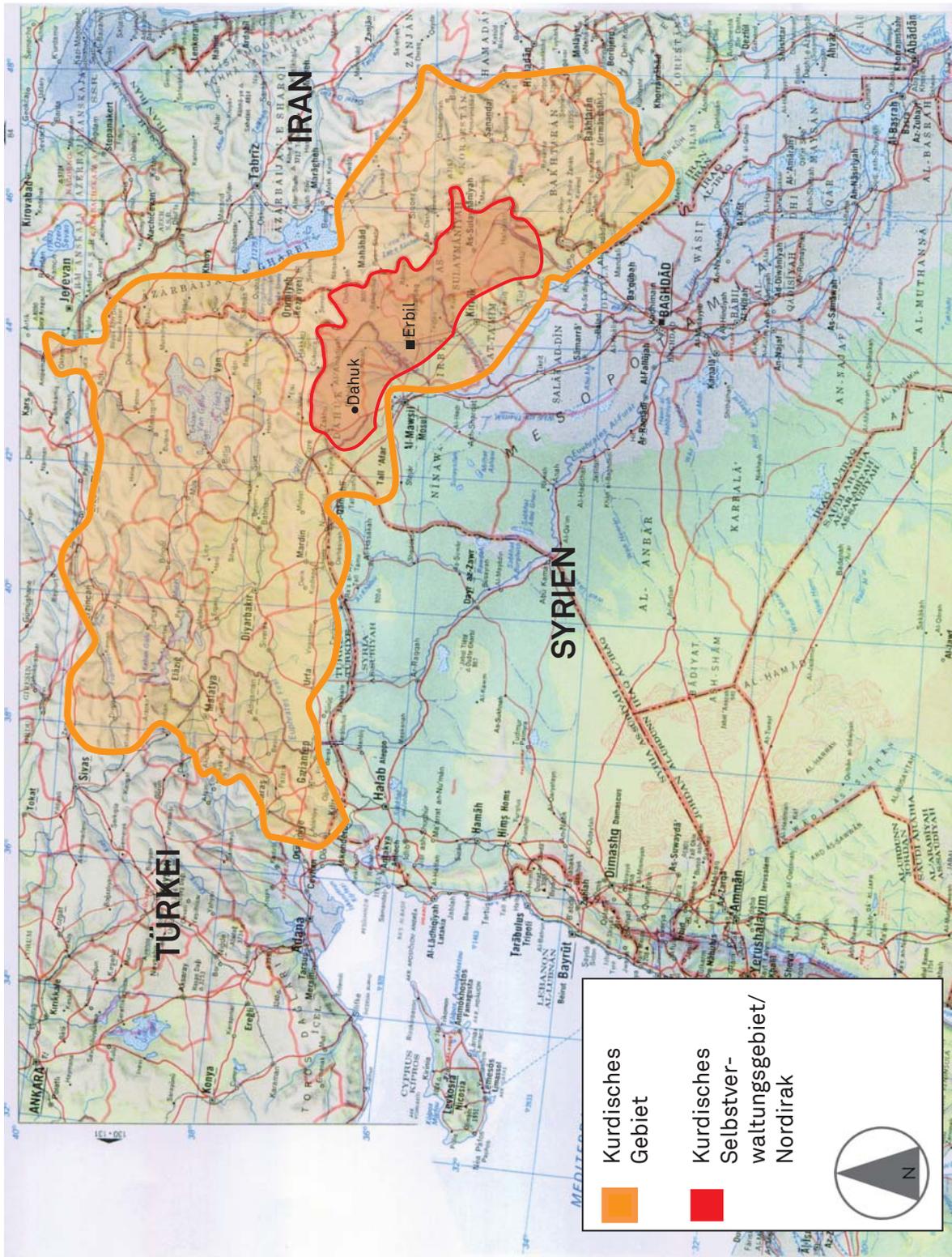
„Die Geschichte Kurdistans vom ausgehenden Mittelalter bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts“ sei geprägt durch das Osmanische Reich und Herrschaften im iranischen Raum, meint M. Strohmeyer. (Strohmeyer & Yalçın-Heckmann 2010: 59). Durch den Zusammenbruch des Osmanischen Reiches entstanden neue Staaten: zuerst unter der englischen bzw. französischen Herrschaft neben anderen Irak im Jahre 1932 und Syrien im Jahre 1946⁸. Diese bekamen einen Teil Kurdistans ihrem Staatsterritorium zugeschlagen. (Chaliand 1988, Kendal 1988a, Kendal 1988b, Vanly 1986, Sluglett & Farouk-Sluglett 1991, Bruinessen 1989: 253ff).

In den früheren Jahrhunderten hatte es offensichtlich nie eine politische Einheit Kurdistans oder in Kurdistan gegeben. Jedoch gab es viele Fürstentümer, die nach innen herrschten und nach außen den beiden großen Mächten, den osmanischen bzw. iranischen Herrschern, Gehorsam leisten mussten. Diese Eigenschaft der Fürstentümer, in ihren inneren Angelegenheiten Freiheit zu genießen, ging endgültig verloren, als nach dem ersten Weltkrieg aus den Ruinen des osmanischen Reiches moderne nationale Staaten entstanden⁹.

7 Vergleiche auch Sinemillioglu 1991. Hier meint der Autor, dass Kurdistan an der Grenze von zwei Kultursphären liegt: im Süden die Semitische und im Norden bzw. Osten die Indo-Europäische. Diese beiden verursachten Reibungen, die Kurdistan mit geformt haben.

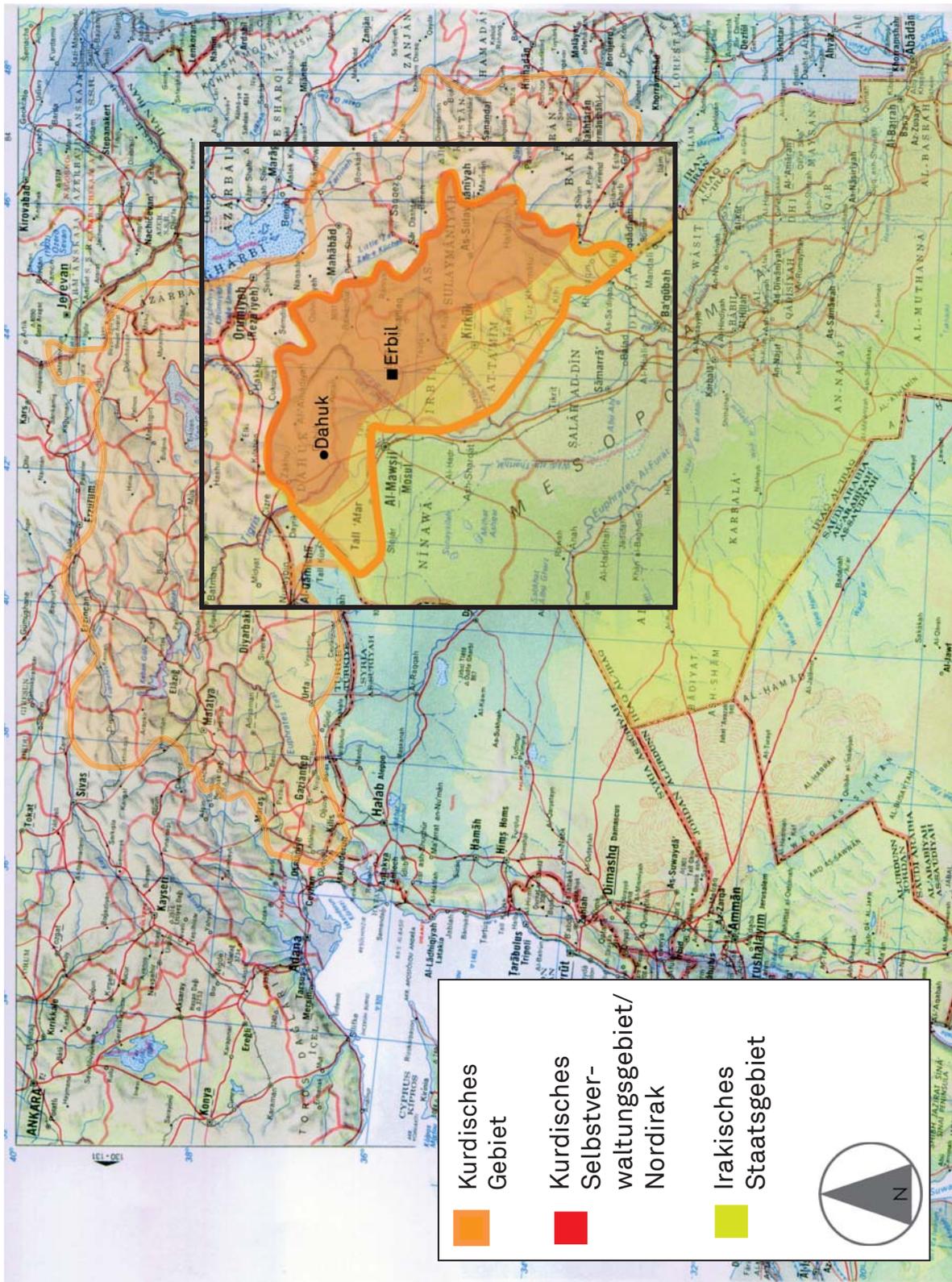
8 Weitere Staaten sind Trans-Jordanien und Libanon.

9 Die Osmanen haben unter der Einflussnahme der europäischen Mächte Reformen eingeführt, insbesondere zwischen 1839 bis 1876, die »Tanzimat«-Reformen, die zum Ziel hatten, das Staatswesen zu reformieren, darunter die Diskriminierung der Nicht-Muslime zu beenden, und „previously autonomous Kurdish districts were brought under direct central control.“ (Meiselas 2008: 2). Nach dem Tanzimat haben die Kurden weitere Aufstände organisiert, die erfolglos blieben.



Karte 1: Naher Osten und kurdische Gebiete

Quelle: Britannica Atlas. Encyclopædia Britannica, Inc. Cleveland, William A. (Herausgeber), Chicago 1984. Maßstab: 1:6,000,000. Überarbeitet durch den Verfasser



Karte 2: Naher Osten und Kurdisches Selbstverwaltungsgebiet

Quelle: Britannica Atlas. Encyclopædia Britannica, Inc. Cleveland, William A. (Herausgeber), Chicago 1984. Maßstab: 1:6,000,000. Überarbeitet durch den Verfasser

Die Idee einer kurdischen nationalen Identität breitete sich seit der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts aus, wie Sluglett und Farouk-Sluglett anmerken, (Sluglett & Farouk-Sluglett 1991, 34). Bemerkenswerterweise fällt die Tanzimat-Ära¹⁰ der Osmanen auch in diesen Zeitraum. Daraus gingen verschiedene nationale Bewegungen hervor. Die Herrscher des jeweiligen Staates, in denen Kurden lebten, sind meistens diesen Bewegungen der Kurden mit Gewalt begegnet. Daraus entstanden immer zerstörerische Auseinandersetzungen, die nach dem Zerfall des osmanischen Reiches zunahmen und bis heute andauern. Mit dem Vertrag von Sevres von 1920 war das Ende des osmanischen Reiches quasi besiegelt, sein Einfluss radikal beschnitten¹¹. „Diesem Vertrag zufolge sollte (...) [es] zu unabhängigen Staaten in Armenien und Kurdistan führen.“ (ibid., 36). Die einige Jahre danach unter Mustafa Kemal entstandene »Republik der Türkei« akzeptierte allerdings dieses Abkommen nicht. Das Erbe der Osmanen wurde endgültig mit dem Vertrag von Lausanne¹², 1923, zwischen der neuen Türkischen Republik und den Westalliierten geregelt. Mit diesem Vertrag wurde die Teilung Kurdistans besiegelt und international auch anerkannt. (Chaliand 1988: 28, Kreiser 2008: 175 - 182). Außer der Türkei behielten Großbritannien und Frankreich Mandatsrechte über kurdische Territorien und das Vorhaben, einen kurdischen Staat zu gründen, wurde international stillschweigend aufgegeben.

Bei Sluglett und Farouk-Sluglett ist zu lesen, dass nach dem Zerfall der osmanischen Herrschaft »ein kurdischer Staat« oder eine »kurdische Autonomie« „(...) geeignete Repräsentanten unter den Kurden“ erforderte. (Sluglett & Farouk-Sluglett 1991: 35f). Vieles deutet darauf hin, dass die Kurden in der Tat keine Vertretung mit einer eindeutigen politischen Haltung und einer charismatischen Persönlichkeit zustande bringen konnten. Der Zustand der gesellschaftlichen Organisation der Kurden in dieser Zeit, eine traditionelle Sippen- und Stammesorganisation, bot offensichtlich keine Grundlage für die Bildung einer einheitlichen Vertretung und Politik.

Das Abkommen von Sèvres, 1920, schien die Teilung des osmanischen Reiches durch die Westalliierten, hauptsächlich durch Frankreich und Großbritannien zu besiegeln; das Abkommen von Lausanne, 1923, machte partiell diese Teilung zugunsten der neuen Republik Türkei wieder rückgängig. Dass sich die Kurden nicht „auf Gedeih und Verderb mit den Briten (...) verbinden“ (Sluglett & Farouk-Sluglett 1991: 35) wollten, weil es unklar gewesen sei, ob die Briten überhaupt im Gebiet blieben, scheint ein weiterer Grund zu

10 Reformperiode im Osmanischen Reich zwischen 1839 bis 1876. Diese Reformen endeten mit einer konstitutionellen Verfassung und einem Parlament, das beschränkte Rechte ausüben durfte. (Sluglett & Farouk-Sluglett 1991: 16; Strohmeyer & Yalçın-Heckmann 2010: 251).

11 Das Abkommen von Sèvres, einem Vorort von Paris, wurde als Ergebnis der Friedenskonferenz, bei der u.a. die Vertreter der Armenier und der Kurden anwesend waren, am 10. August 1920 zwischen den Westalliierten und dem Osmanischen Reiche vereinbart. (Bruinessen 1989: 391; Khalil 1990: 22f; Kendal 1988a: 72ff).

12 Das Abkommen von Lausanne regelte die Grenzen der neuen türkischen Republik. Es wurde am 24. Juli 1923 unterzeichnet. Die Unterzeichner waren fast mit denen, die das Abkommen von Sèvres unterschrieben hatten, identisch. Die türkische Seite vertrat jedoch anstatt des osmanischen Sultanats die neue türkische Republik in Ankara. (Kendal 1988b: 106ff).

sein, dass Mustafa Kemal Atatürk die Kurden an sich binden und in seine türkisch-nationale »Befreiungsbewegung« integrieren konnte. (Meiselas 2008: 64). Alle späteren Versuche aus Kurdistan, die nationalen Rechte der Kurden durch die neue türkische Republik anerkennen zu lassen, scheiterten. In Worten von Kendal heißt es:

„Die Reaktion Kurdistans, Opfer seines mangelnden Weitblicks und vor allem seiner fehlenden politischen Führung, erfolgte schnell, heftig und einmal mehr ungeordnet; das kurdische Land wurde Schauplatz ständiger Revolten, die bis zu ihrer totalen Niederschlagung 1939 dauerten.“ (Kendal 1988b: 104).

Ähnliches wurde dem kurdischen Gebiet im Iran zuteil. Unter dem Einfluss der Sowjets, die im Laufe des Zweiten Weltkrieges den Nordwesten Irans besetzt hatten, gründeten die Kurden im Januar 1946 die Republik Mahabad, die nur 11 Monate existierte. „What undid the Mahabad Republic first is not clear – the internal divisions or the fact that the Soviets withdrew their support in the spring of 1946, under pressure as the former Allied powers lined up behind the shah of Iran, (...)“. “By the next year [1947] the Mahabad Republic was a smoking ruin and hundreds of KPDI [Kurdistan Democratic Party of Iran] were hanging from gallows, (...). Iraqi Kurdish leaders were sent back to Baghdad, where many of them also swung, charged with treason for creating a Kurdish state even across the border in Iran.” (Lawrence 2009: 17). In den Kurden nahestehenden Quellen herrscht die Annahme vor, dass der Rückzug der Sowjets es erst ermöglicht habe, dass die persische Herrschaft die Republik Mahabad mit Gewalt beseitigte. (Khalil 1990: 39f). Abdul Rahman Ghassemlou¹³, der Vorsitzende von KDPI, weist auf ein Abkommen zwischen Sowjets und dem Iran hin, wonach die Sowjets die Nutzungsrechte zur Förderung von Öl im Norden Irans bekamen, womit die sowjetische Unterstützung für die Kurdenrepublik beendet worden sei. (Ghassemlou 1988: 207). Nach Roosevelt¹⁴ (Roosevelt 1988) haben die kurdischen Stämme Qazi Muhammed, den Präsidenten der Republik, alleingelassen und sich auf die Seite der Regierung in Teheran geschlagen.

2.1.1 Die Entwicklung im irakischen Teil

Nach dem Abkommen von Lausanne hat im Irakeine lange währende Auseinandersetzung zwischen Kurden und der Mandatsmacht Großbritannien stattgefunden. Diese Auseinandersetzung basierte auf der Erwartung der Kurden, die Mandatsmacht würde die kurdische Selbständigkeit anerkennen. Doch hatte Großbritannien eine Autonomie innerhalb des Königreichs Irak vorgesehen, die bei den kurdischen Fürsten auf Ablehnung stieß. Der durch die britische Mandatsmacht im Verwaltungsbezirk Sulaimani

¹³ Ghassemlou wurde am 13. Juli 1989 in Wien durch den Geheimdienst Irans ermordet. Offiziell lud der Iran Ghassemlou zu Verhandlungen über die kurdische Frage im Iran ein. Dies ist nicht ein Einzelfall: Sein Nachfolger Dr. Sadegh Scharafkandi wurde ebenfalls am 17. September 1992 in Berlin erschossen (Mykonos-Attentat).

¹⁴ Archie Roosevelt Jr. war zu dieser Zeit US-Militärattaché in Teheran. Er hat auch Mahabad besucht und sich vor Ort über die Ereignisse informiert.

eingesetzte Kurdenfürst Scheich Mahmud „lehnte jede Form irakischer Oberhoheit ab“. (Sluglett & Farouk-Sluglett 1991: 36f).

Der Konflikt zwischen beiden Seiten endete damit, dass die Kurden keine Rechte zur Selbstverwaltung bekamen und ihr Territorium durch die entstehende Zentralgewalt in Bagdad zusammen mit den Briten regiert wurde. „In der Zeit des Mandats [von Großbritannien] und der Monarchie wurden die Belange der Kurden nie berücksichtigt.“ (Sluglett & Farouk-Sluglett 1991: 90).

Auch unter der neuen Regierung der durch den Putsch vom 14. Juli 1958 ausgerufenen Republik Irak änderte sich nichts an der Situation. Zwar nahm die neue Regierung mit den Kurden Gespräche auf, holte den Kurdenführer Barzani aus dem sowjetischen Exil ins Land und war sogar bemüht, die Kurden in die neue Regierung einzubinden. Doch stets war auch dem neuen Regime daran gelegen, die kurdischen Kräfte zu spalten und die Forderungen der Kurden zu ignorieren. Die Gespräche zwischen beiden Seiten weckten oft die Hoffnung der Menschen, die unbefriedigende Situation der Kurden könne durch eine kurdische Autonomie überwunden werden. Im Wesentlichen gab es zwei Versuche, die die Autonomie der kurdischen Gebiete vorgesehen haben.

Den ersternsthafte Versuch gab es 1966 durch den irakischen Ministerpräsidenten al-Bazzaz, den bis dahin einzigen zivilen Ministerpräsidenten des Landes. Durch militärische Auseinandersetzungen wurde er zur Verkündung der Deklaration vom 29. Juni 1966 bewegt, die den »binationalen Charakter des irakischen Staates« anerkannte. Sluglett und Farouk-Sluglett merken an:

„Al-Bazzaz' Weitsichtigkeit und die Aufrichtigkeit bei der Verkündung der Deklaration standen außer Zweifel. Weniger sicher war jedoch, ob er [Al-Bazzaz] in der Lage sein würde, sie in die Praxis umzusetzen. Einflussreiche Teile der Armee standen jeder Verhandlungslösung feindselig gegenüber, (...) [und so] wurde al-Bazzaz wenige Wochen später gestürzt, und mit ihm kam auch die Deklaration zu Fall. Die Opposition der Offiziere erwies sich als unüberwindbares Hindernis.“ (Sluglett & Farouk-Sluglett 1991: 116f).

Nach dem Scheitern von al-Bazzaz hat die Folgeregierung unter Naji Talib versucht, die Opposition innerhalb der KDP (...) gegen Barzani zu bewaffnen und damit den kurdischen Widerstand zu brechen, was ihm nicht gelingen sollte:

„Barzani konsolidierte seine Position mit iranischer (und möglicherweise israelischer) Hilfe, (...)“ (ibid.: 117).



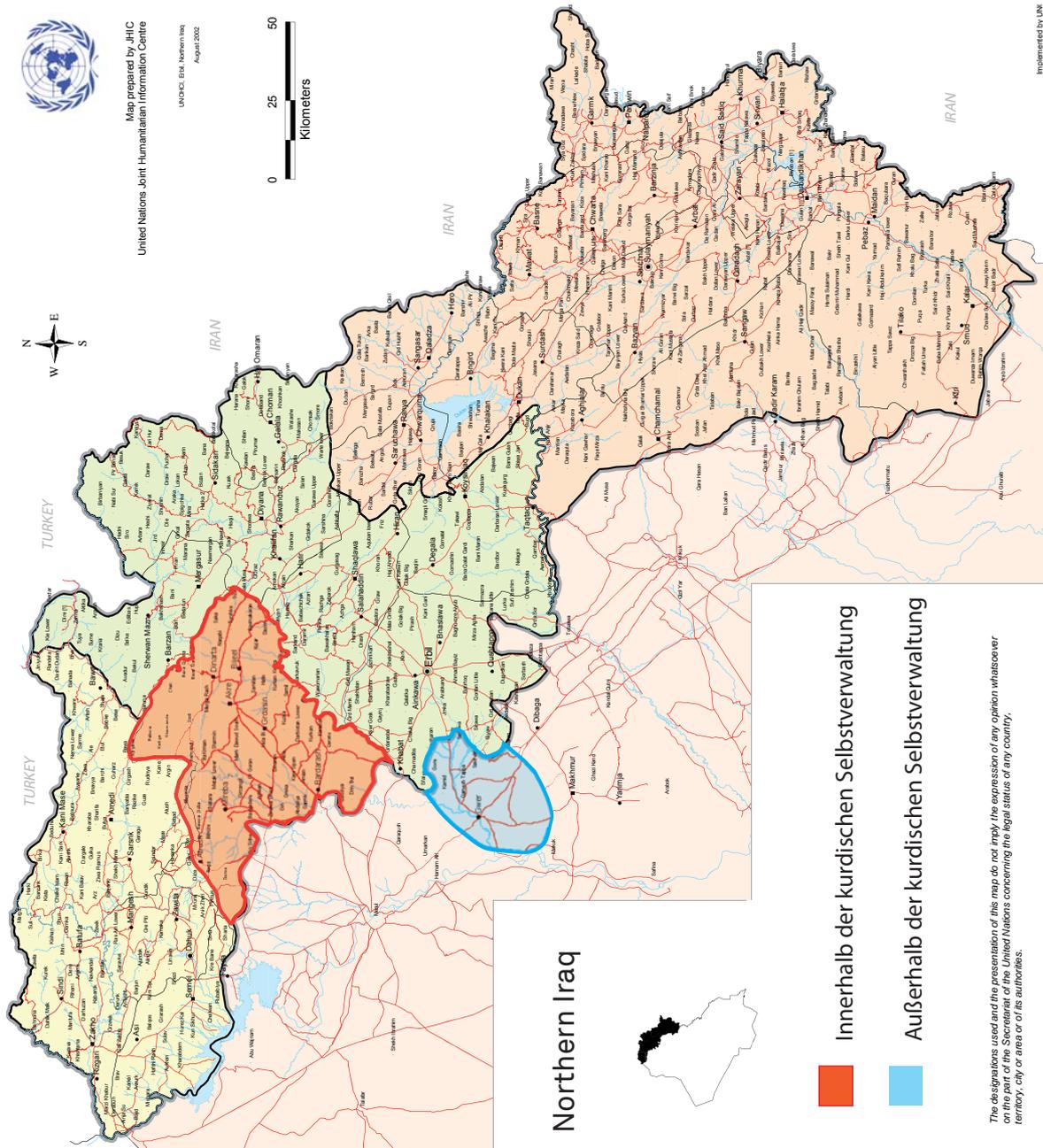
Map No. 3835 Rev. 4 UNITED NATIONS
January 2004

Department of Peacekeeping Operations
Cartographic Section

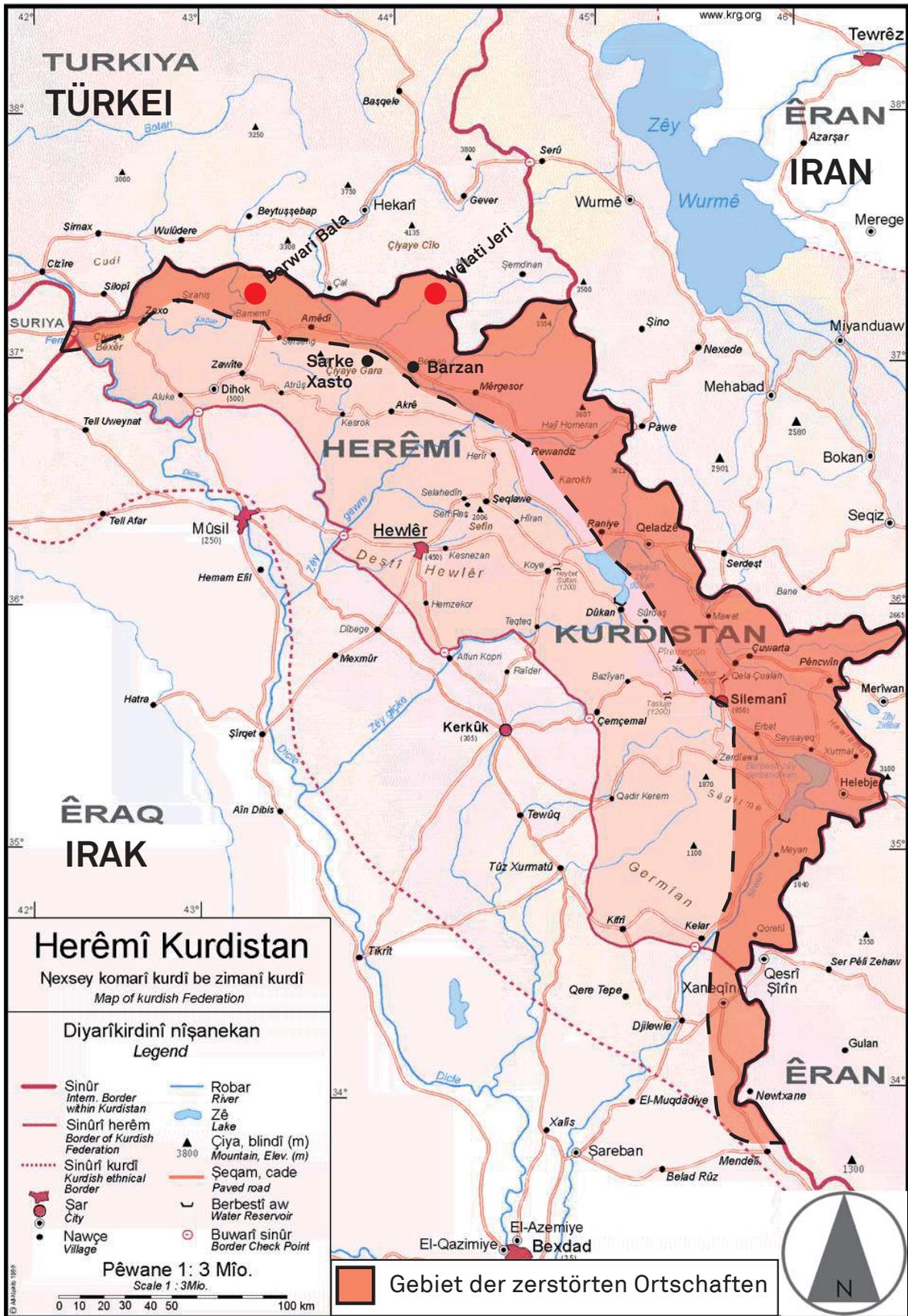
 Provinzen mehrheitlich kurdischer Bevölkerung	 UN Schutzzone, Dahuk Provinz
 Provinzen mit kurdischer Bevölkerung	 Flugverbotszone Nördlich der Linie
 Selbstverwaltungsgebiet der Kurden (nordwestlich der Linie)	

Karte 3: Irak und die kurdischen Verwaltungsbezirke Dohuk, Erbil, Sulaimania bzw. die Verwaltungsbezirke mit kurdischer Bevölkerung Mosul, Kirkuk, Diyala

Quelle: United Nations. Überarbeitet durch den Verfasser

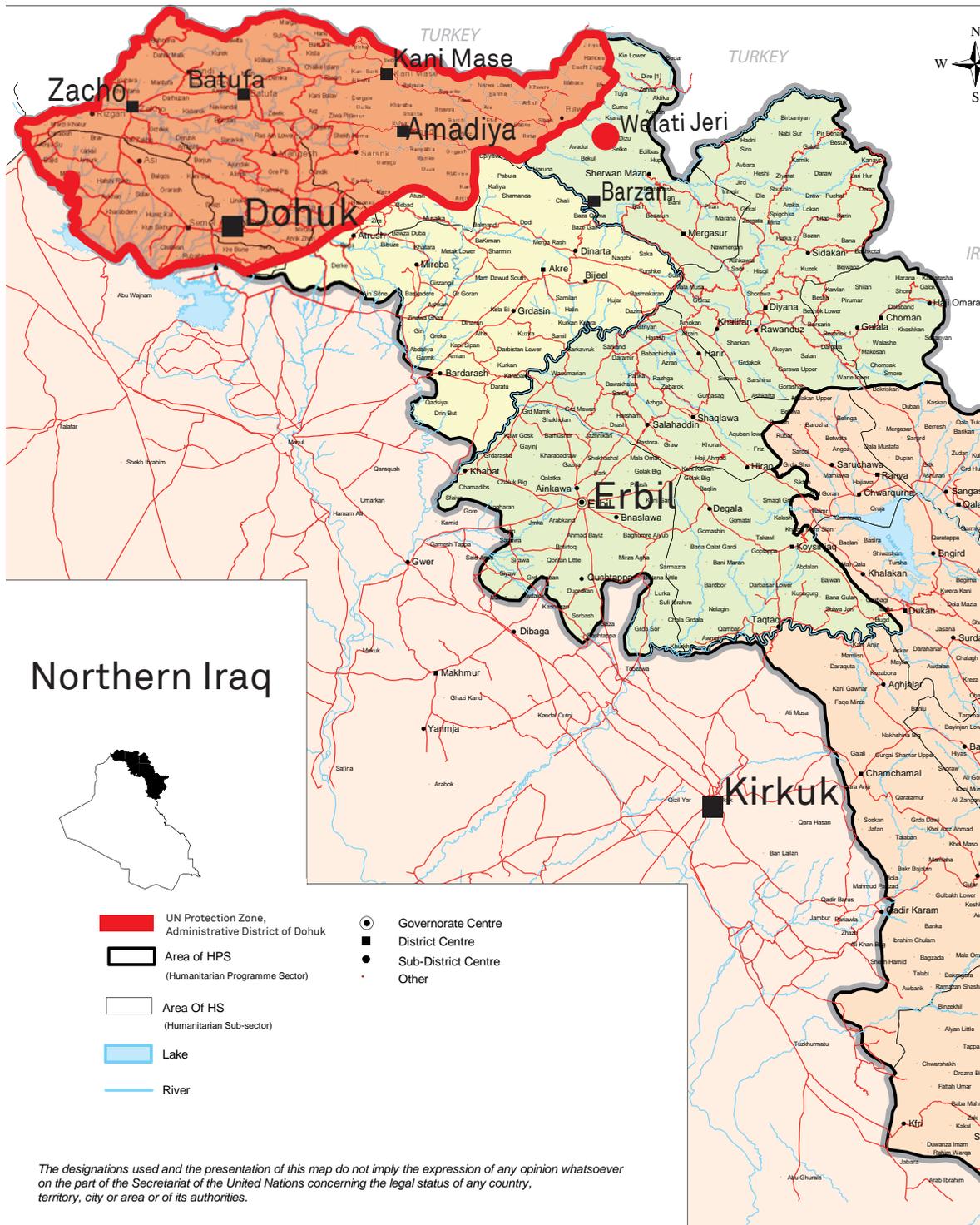


Karte 4 : Irak und das Selbstverwaltungsgebiet der Kurden mit geänderten Grenzen der Verwaltungsbezirke
Quelle: United Nations. Überarbeitet durch den Verfasser



Karte 5 : Gebiet der zerstörten Ortschaften auf kurdischem Gebiet

Quelle: Sinemillioglu 2001: 14



Karte 6: Die UN Schutzzone und die wichtigen Orte für diese Arbeit.

Quelle: United Nations. Überarbeitet durch den Verfasser

Den zweiten Versuch gab es 1970:

„Nach vielen Kämpfen haben die Kurden und die irakische Zentralregierung am 11. März 1970 ein Autonomieabkommen unterzeichnet: Die Existenz und Identität der Kurden wurde anerkannt, in die Verfassung des Irak aufgenommen und die Kurden sollten ihre eigene Verwaltung bekommen. Mit den Durchführungsbestimmungen ist für die Klärung einiger heikler Punkte, beispielsweise die Grenzen der kurdischen Verwaltung, ein Zeitraum von 4 Jahren festgelegt worden.“ (Sinemillioglu 2001: 31f. Siehe auch: Bruinessen 1989: 46ff, Sluglett 1991: 154ff, Jawad 1982: 49ff).

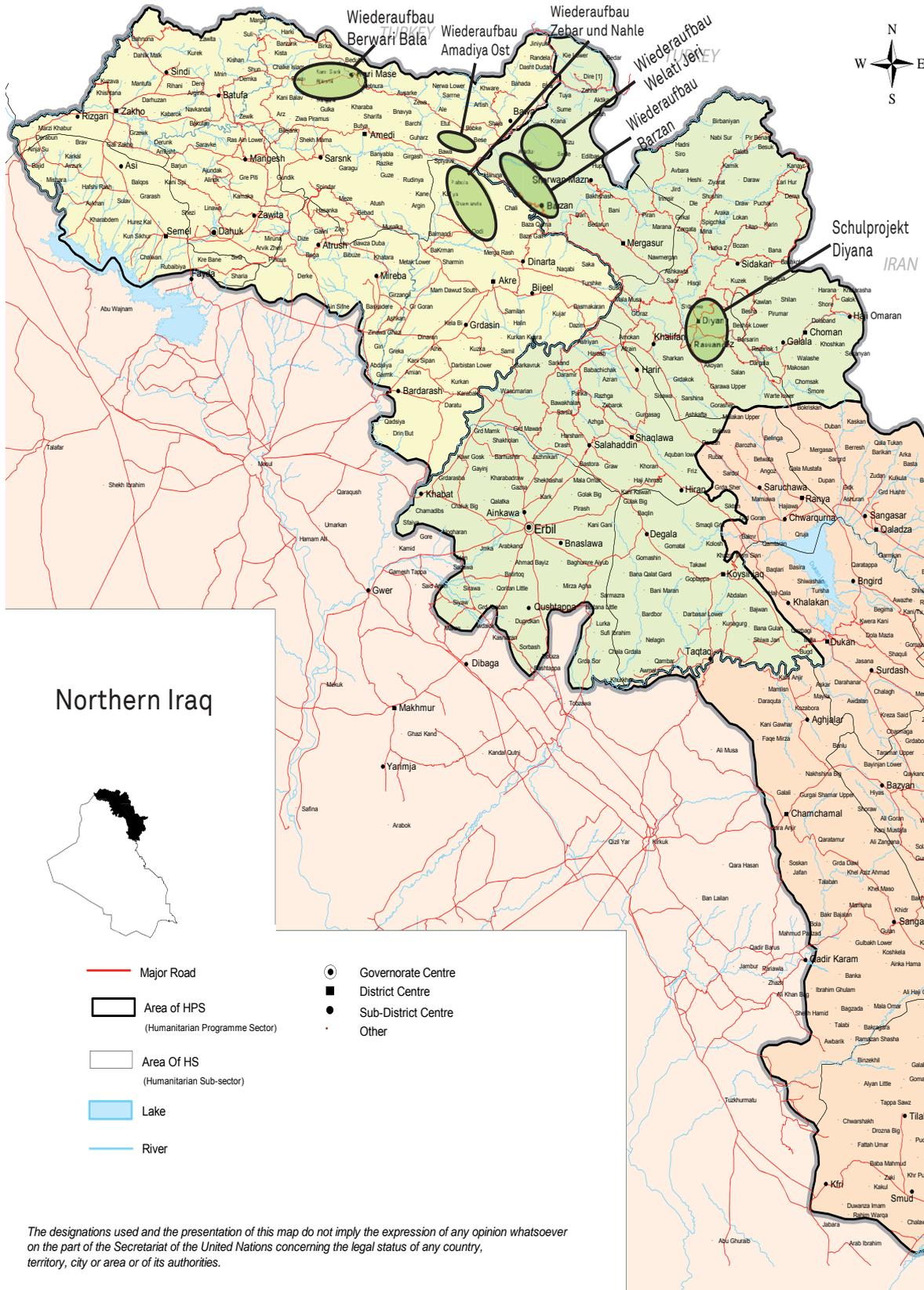
Eine vorläufige Verfassung wurde im Juli 1970 verabschiedet, in der die Rechte der Kurden sowie der anderen Minderheiten wie folgt festgelegt wurden, wie Sluglett und Jawad notieren:

„Das irakische Volk setzt sich aus zwei großen Nationalitäten zusammen, der arabischen Nationalität und der kurdischen Nationalität. Die Verfassung erkennt die nationalen Rechte des kurdischen Volkes und die legitimen Rechte aller Minoritäten im Irak an.“ (Sluglett & Farouk-Sluglett 1991: 155).

„The [Iraqi] government promised Kurds full recognition of their nationality and autonomy within four years. The Kurdish language was made the primary language in the Kurdish areas, and also an official language which would be taught in addition to Arabic throughout Iraq.“ (Jawad 1982: 50)

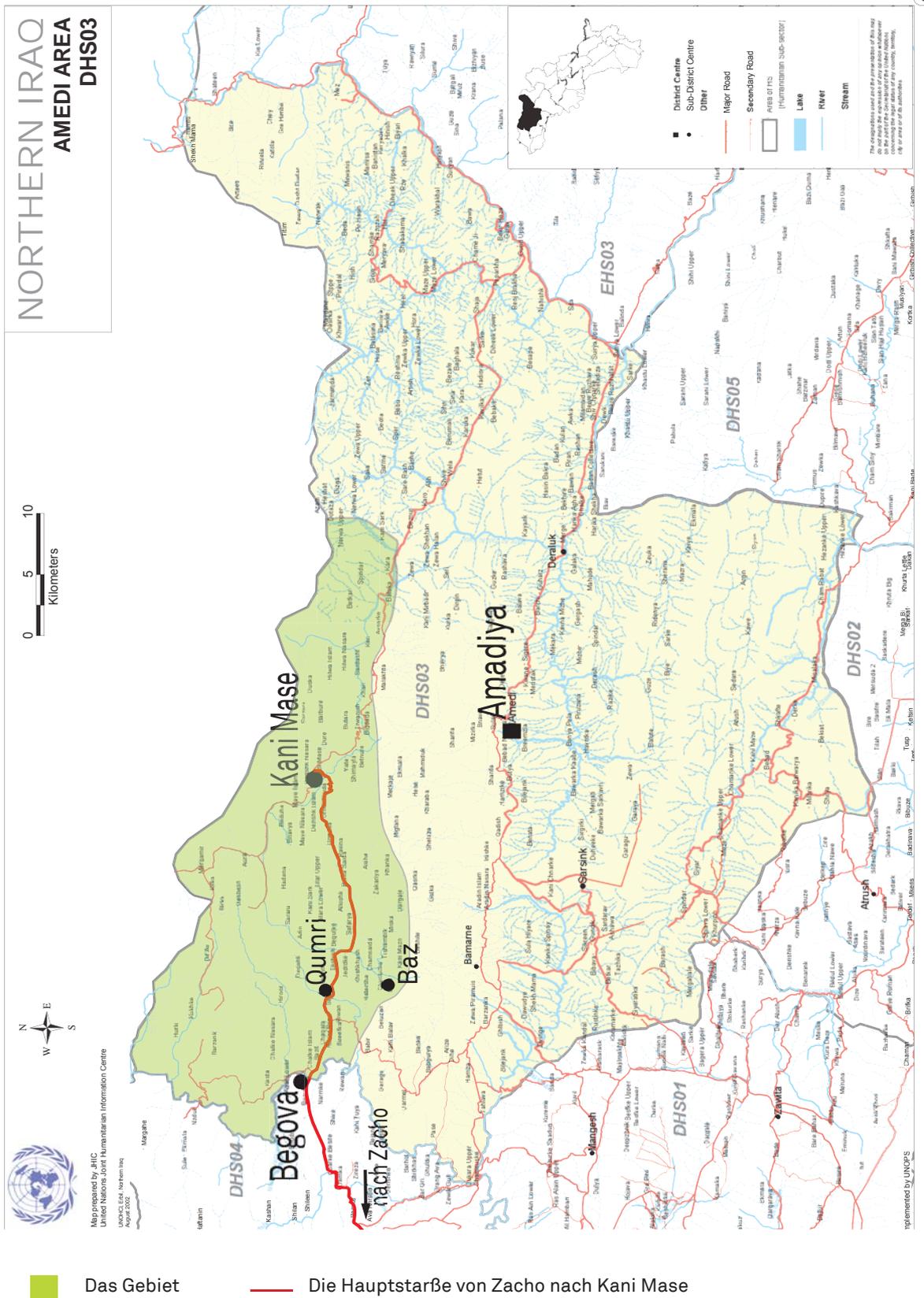
Vier Jahre später hat die irakische Seite am 11. März 1974 einseitig ein Autonomiegesetz erlassen, da sie mit der Vertretung der Kurden, der KDP, keine Einigung erzielen konnte. Das wurde seitens der KDP als ungenügend betrachtet. Es brachen wieder Kämpfe aus. Die Entwicklung zu diesem Autonomiegesetz zeigt exemplarisch, dass die kurdische Seite keine selbständige Bewegung hervorbringen konnte und vielmehr von vielen Mächten der Region abhängig war. Dies ist die einhellige Meinung von vielen Autoren. (Bruinessen 1989: 58-50; Jawad 1982: 55-58; Sluglett & Farouk-Sluglett 1991: 181f; Vanly 1988a: 331-348). Das folgende Zitat von Peter Sluglett und Marion Farouk-Sluglett soll stellvertretend die Lage der Kurden im Irak in den 1970er Jahren verdeutlichen helfen:

„Anfang 1975 (...) hatte sich der Konflikt so zugespitzt, daß er kurz davor war, sich zu einem regelrechten Krieg zwischen Iran und Irak auszuweiten. Ein Ende war auch nicht in Sicht, weil die iranische Militärhilfe, einer kurdischen Analyse zufolge, immer dann unzureichend war, sobald die Kurden selbst in die Offensive gingen, während der Iran seine Unterstützung für die Kurden verstärkte, wenn die irakische Armee in die Offensive ging. Der Schah hatte also nicht die Absicht, die Kurden so stark werden zu lassen, daß sie die irakische Armee hätten besiegen können, denn das hätte den iranischen Kurden, bei denen der Krieg ohnehin schon für genug Aufruhr gesorgt hatte, zu viel Auftrieb gegeben.“



Karte 7: Projektstandorte des DhK e.V.

Quelle: United Nations. Überarbeitet durch den Verfasser



Karte 8: Berwari Bala, Kreis Kani Mase, Distrikt Amadiya
 Quelle: United Nations. Überarbeitet durch den Verfasser

„Allerdings war Barzani nunmehr völlig von iranischer Hilfe abhängig, eine Abhängigkeit, die er verzweifelt durch Appelle und Versprechungen gegenüber den Vereinigten Staaten zu lockern suchte¹⁵. Barzani wie dem irakischen Regime war klar, daß der Widerstand zusammenbräche, wenn der Schah zur Aufgabe seiner Hilfe für die Kurden bewegt würde. Zusätzlich zu den unterschiedlichen Interessen der drei direkt in den Konflikt verwickelten Parteien gab es andere Mächte, die an einer akzeptablen Lösung oder wenigstens an der Eindämmung des Konflikts interessiert waren. Die Bemühungen der Sowjetunion seit 1973, zwischen der inzwischen an die Macht gekommenen Bath-Regierung unter Saddam Hussein und den Kurden und zwischen Iran und Irak zu vermitteln, waren fehlgeschlagen. Nach dem Gipfel von Rabat im Oktober 1974 gelang es aber König Husain von Jordanien, Gespräche zwischen den Vertretern des Iran und des Irak zu arrangieren. Auf diese Kontakte folgten im Januar in Istanbul Treffen der beiden Seiten auf Ministerebene und getrennte Unterredungen zwischen Sadat [gemeint ist Saddam – vermutlich Folge eines Tipp-Fehlers] und Boumedienne.“

“Ergebnis dieser Verhandlungen war Anfang März [1975] das Abkommen von Algier zwischen Saddam Husain und dem Schah, mit dem die Feindseligkeiten in Kurdistan beendet und der Weg für eine schnelle und dauerhafte Festlegung der strittigen Grenze zwischen Irak und Iran geebnet wurde. Innerhalb von 48 Stunden nach Unterzeichnung des Abkommens zogen die Iraner ihre 155-mm-Kanonen ab, und der kurdische Widerstand brach zusammen. Die Iraner drohten sogar damit, sich mit den Irakern zu einem gemeinsamen Angriff auf die Kurden zusammenzutun, falls letztere sich weigerten, die Bedingungen des Abkommens zu akzeptieren.“ (Sluglett & Farouk-Sluglett 1991: 181f).

Durch das Zusammenbrechen des kurdischen Widerstandes gab es die erste Fluchtwelle der Kurden aus dem Irak, die im Iran und teilweise auf illegalen Wegen in der Türkei bis zum Krieg von 1991 gelebt haben. Die Zahl dieser Flüchtlinge wird nur geschätzt. Nach einigen Quellen waren es 100 bis 200tausend. (siehe auch „Die Datengrundlage“ auf Seite 112).

15 Die Abhängigkeit Barzanis von äußeren Mächten beschreibt Quil Lawrence in seinem Buch „Invisible Nation“ mit folgenden Worten: „No guerilla commander of the twentieth century – not Ernesto „Che“ Guevara, not Afghanistan’s Ahmed Shah Masoud, not Sudan’s Dr. John Garang – fought over more years than Mulla Mustafa Barzani. He may also hold the dubious record for the number of countries he took aid from over the decades: the Soviets, the government in Baghdad, the Shah of Iran, the Israelis, the Jordanians, the British, and finally the Americans.“ (Lawrence 2009: 15).

Irak, Iran, Jordanien, Türkei, Algerien, etc. sind die regionalen Akteure, die bestimmt haben, mit Wissen und Einwilligung der Großmächte USA und Sowjetunion, was mit den Kurden im Irak geschehen sollte¹⁶. Diesen Aktivitäten der Regionalmächte folgten die intensiven Interventionen des Saddam-Regimes in den kurdischen Gebieten mit der fast vollkommenen Zerstörung des ländlichen Raumes und der kompletten Deportation der Dorf- Bevölkerung.

Errichtung eines „Cordon Sanitaire“

Das Saddam-Regime erließ im März 1974 einseitig ein Autonomiegesetz für die Kurden. Das autonome Gebiet umfasste nur knapp die Hälfte der kurdischen Region. Vor allem wurde das an Öl reiche Gebiet um Kirkuk vom autonomen Gebiet ausgeschlossen. (Sluglett & Farouk-Sluglett 1991: 199; Bruinessen 1989: 48f). Gleichzeitig begann die zwangsweise Umsiedlung der Bevölkerung. Aus Kirkuk wurden die Kurden systematisch vertrieben, während in den Grenzgebieten zur Türkei und zum Iran ein ‚Cordon Sanitaire‘ errichtet wurde, „um »die Infiltration zu verhindern«“. Sluglett und Farouk-Sluglett merken weiter an:

„Ende 1975 und Anfang 1976 wurden viele Familien zusammengetrieben, auf Lastwagen verladen und in den Südirak gebracht, wo sie in Gruppen von bis zu fünf Familien auf arabische Dörfer verteilt wurden. Die kurdischen Dörfer wurden anschließend zerstört oder von irakischen und ägyptischen Arabern besiedelt. Abgesehen davon, daß nur wenige der Deportierten arabisch sprachen, war ihnen auch die flache und öde Landschaft des arabischen Südens fremd, und sie wurden durch die Zerstörung ihrer Gemeinschaften aus ihrer traditionellen Lebensweise gerissen. (...) Im Zuge der Cordon Sanitaire-Politik wurden viele Bewohner der Grenzgebiete in eigens zu diesem Zweck errichtete und mit Stacheldraht eingezäunte Dörfer am Rande der Städte oder der Landschaften in Südkurdistan und den kurdischen Ebenen »umgesiedelt«. Ironischerweise stellte die Regierung diese Siedlungen und die höheren Regierungsausgaben im Norden als Beweis ihres Bemühens dar, die »autonome Region« zu »modernisieren«. Welche Annehmlichkeiten die neuen Siedlungen auch immer gehabt haben mögen, diejenigen, die in ihnen leben mußten, konnten ihr traditionelles Leben als Bauern oder Hirten jedenfalls nicht mehr fortsetzen.“ (Sluglett & Farouk-Sluglett 1991: 199f).

Nach verschiedenen Quellen wurden im Zuge der Zerstörung der Dörfer mehr als 4000 kurdische und assyrische Dörfer bzw. kleine Städte zerstört (siehe „Karte 5: Gebiet der zerstörten Ortschaften auf kurdischem Gebiet“). (Sinemillioglu 2001, Saidi 1993).

¹⁶ Hierzu siehe auch Lawrence, insbesondere das ‚first chapter‘ und ‚second chapter‘, (Lawrence 2009: 8-41).

Die UNO geht von 3886 zerstörten Dörfern aus¹⁷ (siehe „Tabelle 4: Siedlungen, März 1996“). Die Bewohner wurden nach den Deportationen in zu diesem Zweck errichteten Zwangssiedlungen untergebracht. Diese wurden »Teceme« bzw. »Mucamma«, d.h. Sammelorte, genannt. Die Bewohner wurden enteignet und hatten in den Zwangssiedlungen, die streng bewacht wurden, keine Arbeitsmöglichkeiten.

Es ist bisher nicht erforscht, wie viele Menschen deportiert worden sind. Es ist jedoch davon auszugehen, dass zwischen 600.000 und einer Million Menschen deportiert wurden. Aus der Annahme, dass die 4000 Dörfer durchschnittlich 30 Familien hatten, und dass eine Familie durchschnittlich auf 6 Personen geschätzt wird, ergibt sich eine Zahl von 720 000 Menschen. Abgesehen von der Anzahl der Deportierten steht fest, dass dieser Willkürakt die wirtschaftliche, soziale und räumliche Struktur der kurdischen Gebiete nachhaltig verändert, ja zerstört hat.



Foto 1: Zerstörtes Dorf - Rest einer Bombe in Kirchenruine, Keschkawa, Nahle, 1993.

Quelle: Sinemillioglu, 1993

Eine für die kurdische Bevölkerung folgenreiche Entwicklung war der Krieg zwischen dem Irak und dem Iran. Nach Einschätzung eines offiziellen Dokuments der US-Regierung war der Krieg für den Irak, insbesondere für die Kurden, verheerend:

“The Iran-Iraq war (1980-88) devastated the economy of Iraq. Iraq declared victory in 1988 but actually achieved a weary return to the status quo antebellum.

17 Siehe Sinemillioglu (2001), Dokument 1 im Anhang.

The war left Iraq with the largest military establishment in the Gulf region but with huge debts and an ongoing rebellion by Kurdish elements in the northern mountains. The government suppressed the rebellion by using weapons of mass destruction on civilian targets, including a mass chemical weapons attack on the city of Halabja that killed several thousand civilians.” (US-GOV 2009: History)

Im Schatten dieses Krieges konnte das Saddam-Regime seine Cordon-Sanitaire-Politik unbehelligt fortsetzen. Am Ende des Krieges hat es eine großangelegte Kampagne gegen die Kurden gegeben. Die Kampagne wurde nach einer Sure des Koran „Anfal“ benannt, in deren Verlauf nach Schätzungen von verschiedenen Quellen 100 bis 300 Tausend Kurden ermordet sein sollen (Meiselas 2008: 308). Aufgrund der „Anfal“-Operationen gab es ab März 1988 eine erneute Fluchtbewegung aus den kurdischen Gebieten in die Türkei und in den Iran. Die Zahl der Flüchtlinge wird hier ebenfalls auf bis zu 300 Tausend Menschen geschätzt.

2.1.2 Nationalitäten-Konflikt, Modernisierung und die kurdische »shattered society«

Ein Grund für die Auseinandersetzung zwischen der Zentralgewalt der Osmanen und des Irans und den kurdischen sogenannten „aufständischen Kräften“ liegt darin, dass sich die kurdischen Regionalfürsten gegen die totale Kontrolle gewehrt haben. Diese hatten „bis ins frühe 19. Jahrhundert (...) ihre eigene Gerichtsbarkeit; ...“ (Bruinessen 1989: 83). Die Modernisierung des Staatswesens im osmanischen Reich begann etwa Anfang des 19ten Jahrhunderts (siehe Fußnote 9 auf Seite 10), und die des Persischen Reiches Ende des gleichen bzw. Anfang des 20ten Jahrhunderts¹⁸. Die Bemühungen in dieser Richtung führten in den kurdischen Gebieten mit den herrschenden Fürstentümern zu Konflikten, da sie auf die Durchsetzung der zentralen Kontrolle zielten und damit die innere Autonomie der kurdischen Gebiete in Frage stellte. Daraus entstanden zerstörerische Auseinandersetzungen zwischen Kurden und den zentralen Gewalten sowohl im Iran und im Osmanischen Reich als auch in den Folgestaaten auf dem östlichen Territorium der Osmanen, also in der Türkei, im Irak und in Syrien. Diese Staaten haben eine Reihe von Maßnahmen ergriffen, die, neben der gewaltsamen Unterdrückung der kurdischen Aufstände, tief in die gesellschaftliche Entwicklung der Kurden hinein wirkten.

Eine Fülle von Maßnahmen, die in der Türkei, im Iran, in Syrien und auch im Irak durch die Zentralregierungen ergriffen wurden, zielte auf die Assimilierung der Kurden bzw. die Veränderung der Sozialstruktur der kurdischen Gesellschaft ab. Das folgte dem Kalkül, dass dadurch die politische Identitätssuche der Kurden geschwächt würde. Eine dieser Maßnahmen war die Landreform. Land ist traditionell Gemeinschaftsbesitz eines Stammes. Der Ackerbau bildet die Ausnahme; hier wird durch die langjährige Nutzung der Besitz für die Familie durch die Gemeinschaft auf Dorfebene und damit auf

¹⁸ „In the early years of the twentieth century, Iran – or Persia, as the country was then known abroad – went through its first modern revolution, which in 1906 gave it a constitution and a parliament.” (Meiselas 2008: 96).

Stammesebene anerkannt. Dieser Teil des Landes ist vererbbar. Das übrige Land, d.h. die Weide und Alm, das Wasser im Allgemeinen und der Wald stehen zur Nutzung aller Gemeinschaftsangehörigen zur Verfügung. Durch die Landreform haben die Regierungen die soziale Struktur verändern wollen. Die Mechanisierung der Landwirtschaft hat das Ihre dazu getan. Der größte und früheste Eingriff war die Einführung eines Katasters, der im Zuge der Modernisierung staatlicher Strukturen den Landbesitz in Kurdistan grundlegend verändert hat. (Bruinessen 1989: 394). Sinemillioglu schreibt dazu folgendes:

„Das [Stammes]System erfuhr durch die moderne Art der Kontrolle des Zentralstaates eine zuerst unmerkliche Änderung. Dies geschah am Ende des 19. bzw. am Anfang des 20. Jahrhunderts. Das Osmanische Reich hatte mit dem Beginn der stärkeren Kontrolle in Kurdistan das Katastrieren des Landes eingeführt. Da der Stammesvertreter oder das Stammesoberhaupt jeweils Ansprechpartner war, wurden sämtliche Ländereien eines Stammes auf seinen Namen registriert.“ (Sinemillioglu 2001: 41)

Durch diese Maßnahme wurde aus dem Stammesbesitz ein Individualbesitz, meist zugunsten der einflussreichen Agas bzw. Stammesführer, wie Niblock anmerkt:

„... the realities of social custom and local political power ensured that large tracts were registered in the names of tribal leaders“. (Niblock 1982: 2).

Damit griffen diese Staaten tief in die Landbesitzverhältnisse der Kurden ein und haben für weite Teile der Landbevölkerung die Lebensgrundlagen entzogen.

Eine weitere Maßnahme war die Alphabetisierung, die streng in der offiziellen Sprache des jeweiligen Landes durchgeführt wurde, nicht aber in der kurdischen Sprache, abgesehen von begrenzten Ausnahmen im Irak, insbesondere im Verwaltungsbezirk Sulaimania, wo in den Grundschulen Kurdisch erlaubt wurde. Dadurch wurde die kurdische Kultur stark zurückgedrängt, die kurdische Schriftsprache und Literatur konnte sich nicht weiter entwickeln.

Infrastruktur- und weitere Verwaltungsmaßnahmen haben die Kontrollen in den kurdischen Gebieten perfektioniert. Damit wurde eine Maschinerie der Fremdherrschaft errichtet, die weitestgehend die Entwicklung in Kurdistan bestimmt hat. Die weitere Entwicklung in der Wirtschaft, die Forcierung der Industrialisierung, die Mechanisierung der Landwirtschaft und die Verbreitung von Schule hat die typische Landflucht, die in der Türkei in den 50er Jahren und im Iran in den 60er Jahren begonnen hat, begünstigt. Dadurch wurde die kurdische traditionelle Lebensweise mehr und mehr verdrängt.

Zu diesen vielseitigen und tiefgreifenden Eingriffen kommen die Deportationen und Zwangsumsiedlungen hinzu. Für den Iran merkt Martin van Bruinessen folgendes an:

„The measures that most affected the Kurds were the forced settlement of nomadic tribes, a policy that began in the 1930s, and the banishing of leading families, away from their tribes and other dependents.” (in Meiselas 2008: 96).

Für die Türkei schreibt der selbe Autor über die Aktionen des türkischen Staates in Dersim vom 1937/38 folgendes:

„In the mid-1930s, the government concentrated its »modernizing« and »civilizing« efforts (...). Villages were torched, thousands of people killed. (...) A large proportion of the survivors were deported to western Turkey.“ (in Meiselas 2008:118).

All die beschriebenen Entwicklungen und Eingriffe haben aus der kurdischen Gesellschaft eine „shattered society“ produziert, wie der Report von Human Rights Watch es bezeichnet:

„The Kurds profited from the ensuing stalemate, busily rebuilding their shattered society and infrastructure and creating a self-governing political entity.” (HRW 1993: Iraq).

2.1.3 Kurdische Gesellschaft und Außen-Einflüsse

„Die Kurden haben immer um ihre Identität gekämpft“ ist der Tenor von Aussagen der kurdischen nationalistischen Bewegung. Damit wird die Einmischung von Außen beklagt und die fehlende Eigenständigkeit dieser Gesellschaft. Auch wenn über die Kurden, ihr Land und ihre Kultur nicht viel geschrieben wurde, die vorhandene Quellenlage erlaubt es zu sagen, dass diese Behauptung der kurdischen Nationalisten eher die Zeit der Abenddämmerung und des schliesslichen Zerfalls des Osmanischen Reiches betrifft. Das ist gleichzeitig die Zeit der Verbreitung des modernen Nationalismus-Gedankens, der, von der französischen Revolution ausgehend, den Nahen Osten erreichte. Alle Quellen gehen davon aus, dass vor dieser Periode die Kurden innere Autonomie besessen haben oder einfach in ihrer Stammesstruktur in einer Art und Weise gelebt haben, die nach außen weitgehend verschlossen war. Auch hier gibt es keine genauen Untersuchungen, die beschrieben hätten, wie diese innere Autonomie organisiert war. Das kann dennoch diese Schlussfolgerung erlauben: dadurch, dass die kurdischen Stämme durch eine äußere Macht eingeschlossen waren – externer Einfluss der Osmanischen und der Iranischen Herrschaft – konnten sie ihre Identität konservieren und auf diesem Wege lange bewahren. Den Rahmen dazu lieferte die Stammesstruktur.

Diese These kann insbesondere für die kurdischen Stämme im Irak geltend gemacht werden. Nach der Gründung des irakischen Staates hat es lange gedauert, bis die kurdischen Stämme kontrolliert werden konnten. Dies gelang auch nicht ohne Zerstörungen, d.h. die kurdischen Stämme haben sich lange gewehrt und mit der zentralen Regierung Kriege geführt. Diese Kriege aber sind auch ein Ausdruck des

Wunsches der modernen kurdischen Nationalbewegung, die kurdische Identität im traditionellen Sinne fortzusetzen. Dem stand der arabische Nationalismus gegenüber, der die Selbständigkeit der Kurden nicht akzeptieren wollte. Daraus kann folgende zweite Schlussfolgerung gezogen werden: Die Auseinandersetzung der Kurden mit ihren Nachbarn – den Türken, den Arabern (Irak), den Persern (Iran) – beschleunigte den Zerfall ihrer Stammesstruktur und dadurch teilweise den Verlust ihrer Identität.

Hier muss unterstützend hinzugefügt werden, dass die neuen Staaten Irak und Türkei bzw. der persische Staat Iran auch unter dem Einfluss des Nationalismus standen, eine eigene Identität zu bilden. (Kreiser 2008, beschreibt dies tiefgründig für die Türkei).

Damit kann die dritte Schlussfolgerung formuliert werden: die Kurden und ihre Nachbarn strebten nach einer „Modernisierung“, die für alle die gleiche Bedeutung hatte. Dieser Modernisierungswunsch hat den Kurden keinen Staat gebracht – im Gegenteil. Ihre Lebensgrundlagen wurden zerstört, wie Sluglett und Farouk-Sluglett für den Gesamtirak feststellen:

„Die Geschichte Iraks seit der Revolution von 1958, (...), ist eine Tragödie, die Anfang 1991 in der völligen Zerstörung des Landes kulminierte.“ (Sluglett & Farouk-Sluglett 1991: 9).

Die Kurden blieben damit dauerhaft den alles bestimmenden Außeneinflüssen ausgesetzt – sie sind es weiterhin. Dies konkretisiert sich auch teilweise in der Einflussnahme der Anrainerstaaten auf die kurdischen politischen Organisationen. „Die KDP [im Irak] ist weitgehend von iranischer Unterstützung abhängig; (...) Die IKDP (und die Komele) [beide gehören den Kurden im Iran] sind, was die finanzielle und logistische Seite betrifft, vom Irak abhängig.“ (Bruinessen 1989: 57¹⁹). Diese Einflussnahme beschränkt sich keineswegs auf die Verbindungen der politischen Organisationen zu den Nachbarstaaten, wie van Bruinessen treffend hervorhebt:

„Im Irak war die Zentralregierung jederzeit in der Lage, genauso viele oder sogar mehr Kurden gegen die kurdische Bewegung zu mobilisieren.“ (ibid.: 58).

Auch Martin van Bruinessen (1989) weist darauf hin, dass mindestens so viele Kurden an der Seite der Zentralregierung gegen wie für die aufständischen Kurden gekämpft haben. Das gleiche gilt für die Türkei, die in den kurdischen Dörfern eine paramilitärische Armee von „Korucus“, d.h. Dorfschützern, aufgestellt hat, die gegen die PKK kämpfen.

Wie kommt es dazu, dass die Außeneinflüsse in der kurdischen Gesellschaft so einen starken Widerhall finden? Hier werden unterschiedliche Faktoren genannt. Kurdistan liegt geographisch an der Grenze zweier großer Kultursphären, die sich gegenseitig beeinflusst, aber auch kriegerisch bekämpft haben: im Norden die indo-europäische und im Süden die semitische. Hier wird insbesondere darauf hingewiesen, dass der iranische Kulturraum und der semitische Kulturraum sich gegenseitig beeinflusst haben

19 Der Autor beschreibt hier die Lage in den 80er Jahren des vergangenen Jahrhunderts. (ibid.: 56ff)

– wenn es auch viele kriegerische Auseinandersetzungen gegeben hat. Ein weiterer Faktor ist, dass diese Gegend geo-strategisch zum Schauplatz vieler zerstörerischer Auseinandersetzungen wurde, da Kurdistan im Durchzugsgebiet von West nach Ost liegt, das im Norden vom Kaspischen Meer und im Süden vom Persischen Golf begrenzt wird. (Stein 1981, Benevolo 1983, Weizäcker 1988, Sinemillioglu 1991).

In diesem Zusammenhang liefert das Konzept der „segmentären Opposition und Allianz“ eine mögliche Erklärung. (Bruinessen 1989: 90ff). Nach dem Autor funktionierte dieses Prinzip auf der gesamtkurdischen, nationalen Ebene nicht, was bedeutet, dass größere Einheiten nicht funktionieren konnten. Ein Grund war, dass die Außeneinflüsse erst möglich wurden, weil die kleinen Einheiten zu leicht gegeneinander ausgespielt werden konnten. Bruinessen geht sogar weiter und behauptet, dass die kurdischen Stämme eine Kreation ihrer Nachbarn wie etwa der Osmanen seien. (Bruinessen 1989: 16ff).

Viele Ereignisse und Einflussnahmen von außen verstärkten das Wirken dieses Konzepts. Ein gutes Beispiel in diesem Sinne ist der Golfkrieg 1991, der die Antwort auf die Invasion von Kuwait durch den Irak bedeutete. Lawrence merkt an, dass, „the first accidental liberator of Kurdistan“ der Präsident der USA George Bush Senior war. „At the outset of his 1991 Gulf War, Bush had no intention of becoming the protector of the Kurds – or the Iraqis, for that matter.“ (Lawrence 2009: 3). Die vielleicht sogar unerwünschte Folge war jedoch die quasi Befreiung der Kurden im irakischen Teil von Kurdistan – ganz im Sinne der van Bruinessenschen „segmentären Opposition“.

Bruinessen fasst das zusammen, wenn er versucht die »Dichotomie in der sozialen Gesamtheit« in der kurdischen Gesellschaft im Irak, bezogen auf ihre politische Orientierung, zu beschreiben:

„Es gab nie eine Strategie, die auf einer Revolutionstheorie oder einer Theorie der nationalen Befreiung beruht hätte, es gab nur Taktiken und Versuche, Einheiten dieses Umfeldes von der einen Seite auf die andere zu ziehen.“ (Bruinessen 1989: 96).

Der selbe Autor weist darauf hin, dass mindestens so viele Kurden an der Seite der Zentralregierung gegen wie für die aufständischen Kurden gekämpft haben. Ein anderer Autor, Wadie Jwaideh, hält folgendes über die Kurden fest:

„Separated by impossible mountain barriers, divided by linguistic and sectarian differences, rent by narrow tribal loyalties, and split up by international frontiers, they yearn to be what other more fortunate peoples are – a nation state.“ (Jwaideh 2006: xi).

Insbesondere scheint der späte Modernisierungsgedanke bei den Kurden, eine Nation zu bilden, eine so große Rolle gespielt zu haben, dass sie in die Zange der Außeneinflüsse gerieten.

Dazu merkt Bruinessen an:

„(...) it is the tragedy of the Kurds and of the people among whom they live that they awakened to a sense of nationalism belatedly. Turks, Persians, and Arabs had preceded them, and the regimes of the states that incorporated part of Kurdistan after World War I had embarked on programs of nation building. The Kurds had become citizens, though newer fully equal, of Turkey, Iran, Iraq and Syria, and any effort on their part to establish a nation-state of their own would necessarily bring them up against more numerous Turks, Persians, and Arabs and against the armies of modernizing states.” (in Jwaideh 2006: xi).

Diese Erklärungsversuche sind noch nicht vollkommen. Noch haben die Kurden selbst über die Entwicklung ihrer Gesellschaft nicht viel geschrieben - die „shattered society“ der Kurden versucht nun im Irak auf eigenen Beinen zu stehen. Das könnte dazu beitragen, die Erklärungsversuche zu vertiefen und das ganze Geschehen unter einem anderen Licht zu sehen.

2.2 Bevölkerung, Geographie und Klima

Aus den Statistiken jüngeren Datums kann die Bevölkerungszahl der kurdischen Gebiete nicht abgelesen werden. Nach Schätzungen von UN-Organisationen leben in dem



Foto 2: Nur im Sommer genutzt - Häuser im Dorf Mayi, Berwari Bala, März 2011

Quelle: Sinemillioglu, 2011

durch die Kurdische Regionalregierung (KRG) kontrollierten Selbstverwaltungsgebiet im Nordirak etwa 17% der ca. 22 Millionen im Irak lebenden Bevölkerung. Wie viele Kurden insgesamt im Irak leben, ist ungewiss. Viele Quellen vermuten, dass sie ca. 20% der Bevölkerung ausmachen. Wenn tatsächlich 17% der Bevölkerung des Iraks im Selbstverwaltungsgebiet leben, muss die Einwohnerzahl der Kurden weit über 20% der Bevölkerung sein, da in den Verwaltungsbezirken Kirkuk, Mosul und Diyala, die außerhalb des Selbstverwaltungsgebietes liegen, eine beträchtliche Zahl von Kurden lebt. (Siehe Karte 2 auf Seite 12). Dies ist auch ein Dauerstreitpunkt zwischen der Bagdader Zentralregierung und der kurdischen Regionalregierung.

Die Bevölkerung ist sehr jung - sowohl im Gesamtirak wie auch in den kurdischen Gebieten. 43% der Bevölkerung ist unter 15 Jahre und 6% ist 60 oder älter²⁰, (UN 2011a). Ca. 70% der Bevölkerung leben in den Städten, wobei eine Ortschaft ab einer Einwohnerzahl von 2000 als Stadt (Belediye) bezeichnet wird. In kurdischen Gebieten beherbergen die Städte Erbil, Sulaimania und Dohuk fast die Hälfte der Bevölkerung.

Die kurdischen Gebiete bilden im Irak einen Halbmond, der sich vom Nordwesten zum Südosten des Landes erstreckt. Die drei nördlichen Verwaltungsbezirke Dohuk, Erbil und Sulaimania, die das Territorium der Selbstverwaltung bilden, nehmen zusammen 36 347 qkm Fläche der 438 317 qkm des gesamten Irak ein²¹, was in etwa der Größe Nordrhein-Westfalens entspricht. Das grenznahe Gebiet im Norden und Osten ist bergig, mit sehr fruchtbaren Tälern; allerdings ist das Anbauland ein sehr knappes Gut.

In diesen Teilen sind die Winter relativ kalt und nass. Es gibt mehr als 700 mm Niederschlag, der jedoch zwischen November und Mai fällt und damit nur für Trockenanbau ausreicht. Im Sommer kann der Gemüse-, Obst- und Reisanbau nur mit Hilfe von Bewässerung betrieben werden. Durch die Jahrtausende alte Nutzung der Böden bzw. die Zerstörung der Wälder für Brenn- und Nutzholz hat die Bodenerosion große Ausmaße erreicht und die Berge sind weitgehend kahl.

Nach Süden bzw. Westen nimmt die Niederschlagsmenge ab und stellt den Trockenanbau in den Ebenen, insbesondere in Dürre Jahren, vor starke Probleme. Durch Bewässerung sinkt der Grundwasserspiegel ab, was wiederum die Landwirtschaft vor neue Probleme stellt.

2.3 Das Gebiet Berwari Bala

Das im Zentrum dieser Arbeit stehende Gebiet Berwari Bala gehört zum Kreis Kani Masê. Der wiederum gehört zum Distrikt Amadiya im Verwaltungsbezirk Dohuk. Berwari Bala liegt nördlich von Dohuk und grenzt im Norden an die Türkei. Im Westen zieht der Fluss Habur die Grenze zwischen Berwari Bala und dem Gebiet der Guli- und Sindi-Stämme, die dem Kreis Batufa im Distrikt Zacho angehören. Im Osten grenzt das Gebiet an die Stammesgebiete von Nirve und Rekan, Kreis Derelok im Distrikt Amadiya, während nach

²⁰ Zum Vergleich: in Deutschland sind die gleichen Zahlen 13% bzw. 30%. (Nach der gleichen Quelle).

²¹ Siehe dazu Bundesamt 1988: 10ff.

Süden die „ciyaye metin“ (Bergkette Metin) das Gebiet vom Doski-Stamm trennen. Der Doski-Stamm lebt im Kreis Serseng, der ebenso zum Distrikt Amadiya gehört.

Das Gebiet ist bergig, mit warmen und trockenen Sommern und kalten Wintern mit viel Niederschlag. Die fruchtbaren Täler ermöglichen Anbau von Obst und Gemüse. Es gibt auch Trockenanbau von Getreide und Hülsenfrüchten, wenn auch in begrenztem Ausmaß. Die Subsistenzwirtschaft existiert weiterhin, ist aber stark rückläufig. Die Viehhaltung ist Teil der Subsistenzwirtschaften, dennoch wird nicht mehr die frühere Tradition gepflegt, wonach Dorfhirten viele Herden weideten. Diese Tradition scheint als Folge der Deportationen verloren gegangen zu sein. Das Gebiet ist heute während der Trockenzeit gut erreichbar. Während der Wintermonate bzw. im Frühling, in Abhängigkeit von Niederschlagsmengen, sind die Straßen teilweise unbefahrbar. Die Kommunikation scheint durch ein breit angelegtes Mobilfunknetz gut zu funktionieren.

Berwari Bala umfasste vor der vollkommenen Zerstörung 69 Dörfer, von denen 13 assyrische, 45 kurdische und 11 gemischt bewohnte Dörfer waren. Heute sind 46 Dörfer, davon 12 assyrische, 26 kurdische und 8 gemischte Dörfer, wieder aufgebaut. Viele von diesen wieder aufgebauten Dörfern beherbergen wenige Familien, da das Gebiet stark unter dem Konflikt zwischen der Türkei und der PKK leidet. (Vergleiche Kapitel 8). Es fehlen Daten über die Bevölkerungszahl und Beschäftigung im Gebiet. Nach eigenen Berechnungen leben im Gebiet ca. 1200 Familien mit etwa 8000 Einwohnern. Im Sommer erhöht sich die Zahl der Einwohner mindestens auf das Doppelte, da viele Familien im Winter in den Städten wohnen und im Sommer in das Dorf ziehen, um Wintervorrat anzulegen, bzw. die Felder und Gärten zu bewirtschaften.

2.4 Verwaltungsstruktur und Planungsinstitutionen

Die Verwaltungsstruktur in der kurdischen föderalen Region ist ein Abbild der zentralistisch aufgebauten irakischen Verwaltungsstruktur. Im Mittelpunkt steht ein Kabinett mit einem starken Ministerpräsidenten an der Spitze und mit Fachministerien. Die weiteren Strukturen nach unten sind mit der territorialen Unterteilung des Landes verbunden. Irak ist in 18 Verwaltungsbezirke²² unterteilt. Diese Bezirke sind prinzipiell ein Abbild der zentralen Regierung mit Sitz in Bagdad, in den kurdischen Bezirken der föderalen Regierung mit Sitz in Erbil. Sie üben die Exekutive aus. Die kurdische föderale Region umfasst drei der 18 Verwaltungsbezirke: Dohuk, Erbil und Sulaimani. Zusätzlich gehören der kurdischen Föderalen Region einige Distrikte der Verwaltungsbezirke Ninive (früher Mosul), Kirkuk und Diyala an. Ein Verwaltungsbezirk ist in mehrere Distrikte, genannt Qaza, und ein Distrikt in mehrere Kreise, genannt Nahiye, unterteilt. Ein Kreis besteht aus mehreren Ortschaften, in der Regel sind es Dörfer. Die Ortschaften mit

²² In manchen Quellen wird anstatt Verwaltungsbezirk, im Irak »Muhafaza« genannt, die Provinz oder das Gouvernement benutzt. Analog dazu wird in der englischsprachigen Literatur der Begriff Province oder Governorate gebraucht, z.B. in den UN-Dokumenten. In Deutschland wird dafür der Begriff Regierungsbezirk gebraucht. Analog dazu wird in dieser Arbeit der Begriff Verwaltungsbezirk benutzt.

eigener Verwaltung sind in Stadtviertel, genannt Mahalle, unterteilt. Das Dorf bzw. das Stadtviertel sind die untersten Verwaltungs- bzw. Siedlungseinheiten.

Die Verwaltungsbezirke haben ein Zentrum, in der Regel die größte Stadt in den Grenzen des jeweiligen Bezirkes, wo ein Gouverneur²³ die Regierung repräsentiert und damit das höchste Amt in einem Bezirk bekleidet. Die Fachministerien unterhalten in diesen Zentren ihre Direktorate und agieren über diese. Jede Ortschaft ist einer dieser Verwaltungseinheiten zugeordnet. So ist z.B. die Stadt Dohuk Zentrum des gleichnamigen Verwaltungsbezirkes. Sie ist gleichzeitig Sitz des Distriktes »Zentrum«, d.h. »Qeza Merkez«. Der Verwaltungsbezirk Dohuk hat insgesamt fünf Distrikte: Markaz, Amadiya, Zacho, Sumail und Aqre²⁴. Der Distrikt Amadiya umfasst mehrere Kreise, darunter auch Kani Mase, der 69 Dörfer im Gebiet Berwari Bala umfasst. Die Distrikte sind Verwaltungseinheiten, in denen wenige Ministerien ihre Vertretungen unterhalten, die den Direktoraten dieser Ministerien in den Verwaltungsbezirken untergeordnet sind. Die Kreise bestehen in der Regel nur aus den Kreisverwaltungen und den Einwohnermeldeämtern, »Nüfus Daire« genannt, die als Registerämter für alle Einwohner der dem Kreis zugehörigen Ortschaften arbeiten.

Alle Verwaltungsämter in den Verwaltungsbezirken und in den unteren Ebenen werden durch die Regierung ernannt. Seit der Verwaltungsreform von 2009 (basierend auf dem Gesetz vom 2008, siehe Box 1 auf Seite 35) werden die Gouverneure direkt gewählt. Es wird auf der Ebene des Verwaltungsbezirks auch ein Rat, eine Art Bezirksparlament, durch Wahlen bestimmt, der eher eine beratende Funktion erfüllt als eine Entscheidungsinstanz ist.

In den Siedlungen werden die Verwaltungsinstanzen durch Wahlen bestimmt. In den Dörfern und Stadtvierteln wird ein Bürgermeister, »Mughtar« genannt, durch geheime Wahl von der Dorf- bzw. Stadtviertelgemeinschaft gewählt. In den größeren Siedlungen wird ein Bürgermeister, »Reis Belediyeye« genannt, und ein Stadtrat, »Meclis Belediyeye« genannt, ebenfalls durch geheime Wahlen bestimmt. Die Stadt Dohuk hat z.B. den Status »Belediyeye« und damit ihre eigene Verwaltung, die durch einen direkt gewählten Bürgermeister und einen ebenfalls gewählten Stadtrat geleitet wird. Diese Stadtverwaltungen haben in der Regel die Aufgabe, die technischen Dienstleistungen, etwa die Müllentsorgung zu organisieren sowie Wasser- und Stromversorgung sowie die Umsetzung von Stadtplänen zu beaufsichtigen. Die Stadtverwaltung als Institution ist dem Ministerium für Gemeinden, genannt »Wezare ye Belediyat«, untergeordnet, wenn auch die leitenden Gremien durch Wahlen bestimmt werden. Das Budget der Stadtverwaltung wird durch dieses Ministerium zur Verfügung gestellt, während ein kleiner Anteil der Einnahmen durch die Gebühren vor Ort beglichen wird.

23 Etwa ein Regierungspräsident wie in Deutschland

24 Aqre gehörte bis 1991 zum Verwaltungsbezirk Ninive. Nach der Krise blieb Aqre unter der kurdischen Verwaltung und wurde dem Verwaltungsbezirk Dohuk zugeordnet.

The 2008 “Law of Governorates not Incorporated into a Region”⁷ provides an initial platform for the empowerment of local governance institutions: However it does not provide comprehensive guidance towards the establishment of an effective and efficient decentralized system. Despite a consecrated devolution of power through the Constitution and the Provincial Powers Act, local councils continue to have very limited power. In particular, the law presents the following shortcomings:

- It devolves responsibility for the strategic direction and associated planning instruments to governorate councils, and it stipulates that budget allocations from the central government will support strategic plans. But it does not give governorate councils any leverage to influence the planning and resource allocation of line ministries through which the vast majority of services are provided. Technical departments that provide basic services such as water, electricity, health, sanitation and the like continue to receive their directives and budgets allocations from their respective ministries in Baghdad.
- The law stipulates that local councils at all levels have a responsibility for monitoring and oversight of line ministry services. However, no enforcement mechanisms are defined. Local councils have no managerial controls over service provision. They can identify problems, but are unable to take action to address identified issues; rather, they must rely upon a third party to initiate a response.
- There is no provision for systematic planning or resource allocation below the governorate level.
- No criteria have been defined to ensure equitable distribution of services and resources.

⁷ Law No. 21, Provincial Powers Act, 19 March 2008. Annotated English text available at <http://www.lgp-iraq.org/publications/index.cfm?CatId=73&domainStartNode=73&showStartNode=1>

Box 1: Das neue Gesetz zur Dezentralisierung für die Verwaltungsbezirke, die keiner Region angehören

Aus: THE IRAQ BRIEFING BOOK, December 2010 (UN 2011: 21)

Die Planungsinstitutionen

Grundsätzlich wird sektoral geplant, d.h. die Fachministerien bestimmen ihre Pläne selbst. Eine Koordination findet auf der Ministerialebene statt. Auf der Siedlungsebene gibt es Bebauungspläne, die jedoch nur für die Städte entwickelt werden. Für die ländlichen Regionen oder auf regionaler Ebene gibt es keine Planungsinstitutionen bzw. Planungsvorgaben wie z.B. Landnutzungspläne oder Entwicklungspläne. Auch für die Dörfer existieren Pläne nicht.

Für die Bebauungspläne ist das Ministerium für Gemeinden²⁵ zuständig, ebenso wie für die gesamten Belange der Städte. Dennoch sind für Wasser-, Strom-, und Gesundheitsversorgung bzw. für die Bildungseinrichtungen und den Straßenbau die jeweiligen Fachministerien zuständig.

Nach den Wahlen von 1992 wurde in Erbil ein Ministerium für den Wiederaufbau und für Humanitäre Hilfe eingerichtet. Dieses wurde später in Ministerium für Wiederaufbau und Entwicklung, Ministry for Reconstruction and Development, umbenannt. Seine Aufgaben wurden neu definiert. Das Ministerium übernahm die Koordination des Wiederaufbaus der ländlichen Regionen. Dieses Ministerium wurde nach dem Krieg vom 2003 abgeschafft und in das Ministerium für Bau- und Wohnungswesen [Ministry for Construction and Housing] integriert.

Für die Infrastruktur sind verschiedene Ministerien zuständig. Soziale Infrastruktur bzw. Dienstleistungen werden durch die Ministerien für Gesundheit bzw. für Bildung übernommen.

Ein wichtiges Planungsinstrument wird seit 2009 durch die Politik der Dezentralisierung angestrebt, wonach die regionale Verwaltung gestärkt werden soll und auf dieser Ebene eine Koordinierung aller Verwaltungstätigkeit erfolgen soll, (siehe Box 1). Diese Politik ist in der Verfassung von 2005 verankert und umfasst das Recht der Verwaltungsbezirke, sich zusammenzuschließen und neue Regionen zu bilden. Dieses Prinzip gilt auch für die Kurdische Regionalregierung.

25 Auf Englisch „Ministry of Municipalities“.

3 Wiederaufbau – die Krise überwinden? Eine besondere Phase gesellschaftlicher Entwicklung

Wiederaufbau ist ein mehrdeutiger Begriff, dessen Nutzung über seine Wortbedeutung hinaus weit mehr umfasst. Das Wort »Wiederaufbauen« ist etwas einschränkendes, da es sich, mit Geertz gesprochen, nach dem »Modell von Wirklichkeit« (Geertz 1987: 51), d.h. nach dem alten, vorher Bestandenen und nach dessen Muster richtet. In diesem engen Sinne des Wortes geht es um das Wiederherstellen dessen, was einst bestanden hat, und, aus welchem Grunde auch immer, zerstört wurde oder verloren ging. Hier geht es nicht um einen Neuanfang, im Geertzschen Sinne um ein »Modell für Wirklichkeit« (ibid.), das nach einem Plan für die zukünftige Entwicklung strebt. Das Konzept »Wiederaufbau« beinhaltet die Elemente von beidem und damit hat es einen dualen Charakter. Dieser Doppelcharacter erzeugt naturgemäß eine Konkurrenz der beiden »Modelle«. Diese begriffliche undefiniertheit ist im Englischen ähnlich konstruiert: »reconstruction« oder »rebuilding« sind genauso unscharfe Begriffe wie »Wiederaufbau« im Deutschen. Auch die Kurden im Nordirak begannen nach dem Kuwaitkrieg, „(...) rebuilding their shattered society and infrastructure and creating a self-governing political entity.“ (HRW 1993). Dieses »rebuilding« oder dieser „Wiederaufbau“ stieg rasch zum Symbol der Befreiung von der Saddam-Diktatur auf und entwickelte sich zu einem großangelegten Gesellschaftsprojekt, das ein Paradebeispiel für den Doppelcharakter des Konzeptes Wiederaufbau ist.

Die Kriege verursachen nicht nur in Kurdistan eine »shattered society«, die sich mit dem Wiederaufbau konfrontiert sah. Wiederaufbau scheint nicht nur eine Aufgabe in der Folge von Kriegen zu sein: auch tiefe gesellschaftliche Umbrüche wie in Osteuropa seit 1989²⁷ oder der Tsunami 2004 im Fernen Osten sind zwei Beispiele von betroffenen Gesellschaften, die mit einem Wiederaufbau konfrontiert waren, der oft als ein »Neubeginn« bezeichnet wird. Offensichtlich schafft der Wegfall von vorhandenen Herrschaftsstrukturen (Ostblockstaaten: Dahrendorf 2004: 34ff) oder die tiefgreifende Zerstörung durch Naturgewalt (Indonesien) ähnliche Bedingungen wie nach Kriegen, nämlich „die Suspendierung des Alltagslebens“ (Dahrendorf 2004: 21). Diese Bedingungen sind Ausdruck des Zusammenbruchs von tragenden Strukturen: sozial, physisch wie psychisch. Zerstörung und menschliche Verluste drohen sich zu vermehren, denn neue Strukturen sind noch nicht entstanden oder sie sind noch so schwach, dass sie kaum wirken bzw. wahrgenommen werden.

Diese Bedingungen beschreiben eine Phase der Unordnung (Anomie) und Unbestimmtheit mit einem ungewissen Ausgang. Im weitesten Sinne des Wortes sind die alten Strukturen verschwunden oder greifen nicht mehr, und die neuen sind nicht in Sicht oder bestenfalls im Entstehen begriffen. Diese Phase wird Liminalität genannt

²⁷ Die Unruhen in Polen – die Solidarnosz-Bewegung 1980, oder die Machtübernahme durch Gorbatschow in der Sowjetunion, 1985, können als Beginn dieser Umwälzungen in den sogenannten Ostblock-Ländern definiert werden. Jedoch kamen die tatsächlichen Veränderungen in den Machtstrukturen erst mit und nach dem Fall der Berliner Mauer zustande.

(siehe Abschnitt 3.2.2), ein Begriff aus der Ethnologie, der den Übergang (d.h. eine liminale Phase) vom Alten (d.h. einer »Struktur«) zum Neuen (d.h. einer »Anti-Struktur«) beschreibt. (Turner 2005).

Kriege oder das Entstehen tiefgreifender Veränderungen sind keinesfalls plötzliche Erscheinungen. Ihnen geht ein Prozess der Unstimmigkeiten bzw. Unbestimmtheiten voraus, die Krise genannt wird. Deshalb wird die Krise meist als Begleiterscheinung des gesellschaftlichen Entwicklungsprozesses, des sozialen Wandels, dargestellt. (Clausen, Geenen und Macamo 2003; Marshall und Gurr 2003; Flaig 2007). Da auch in Kurdistan die Krisen weitgehend die Entwicklungen bestimmt haben (siehe Kapitel 2), wird in diesem Kapitel auf diese Problematik näher eingegangen.

Im folgenden Abschnitt 3.1 wird die Krise im Allgemeinen erörtert, um die Nachkrisenperiode besser verstehen zu können. Darauf folgend werden die Besonderheiten der Nachkrisenperiode im Abschnitt 3.2 thematisiert. In diesem Abschnitt wird Wiederaufbau begrifflich erörtert und in Verbindung zum sozialen Wandel, insbesondere unter dem Aspekt von Kontinuitäten bzw. Diskontinuitäten in der gesellschaftlichen Entwicklung thematisiert. Die Zielrichtung des sozialen Wandels wird im Abschnitt 3.3 hinterfragt, in dem Parsonssche »evolutionäre Universalien« diskutiert werden. Im letzten Abschnitt 3.4 wird schließlich die Rolle der exogenen und endogenen Kräfte im Hinblick auf die Zusammenarbeit bei der Gestaltung des Wiederaufbaus diskutiert.

3.1 Krisen – soziale Prozesse mit Zerstörungspotential

Krisen sind ein alltäglicher Begleiter unserer vernetzten Welt geworden. Jeden Tag hören und lesen wir in verschiedenen Medien Berichte über Krisen und Krisenregionen: natürliche Katastrophen wie ein Tsunami, eine Flut oder ein Vulkanausbruch und in Zukunft vermutlich vielseitige Folgen der Klimaerwärmung; wirtschaftliche und ethnisch-soziale Krisen, die oft mit einer kriegerischen Auseinandersetzung enden, sind Gegenstand solcher Meldungen. Beispiele gibt es endlos viele, auch aus der Gegenwart: Ruanda 1994, Dauerkonflikt in Darfur/Sudan, Kongo 2000 - 2007, Tsunamis 2004 in Indonesien und 2011 in Japan; oder Kolumbien, Nepal, Sri Lanka, Palästina und viele andere. Wie Boin, Kofman-Bos und Overdijk anmerken, waren Krisen immer ein fester Bestandteil der humanen Gesellschaften, und werden es auch in Zukunft sein:

„Crises and disasters have always been with us. Their names and dates mark eras; their impacts have changed societies and cultures. They form an integral part of history and will no doubt be a distinctive trait of our future.“ (Boin u.a. 2004:379).

Krisen können enorme physische, soziale und psychische Zerstörungen hervorrufen. Besonders schwerwiegend sind die Zerstörungen durch Kriege, die einer Krise folgen, die durch wirtschaftliche, soziale, ethnische oder eine Mischung von diesen Faktoren

hervorgerufen werden und mit friedlichen Mitteln nicht überwunden werden können (Bollnow 1966). Diese Zerstörungen bringen nicht nur Not und Elend für Mensch und Natur, sondern kreieren ein Umfeld der Unsicherheit, deren Überwindung vielfach neue Fragen aufwirft: wie sollen zerstörte Siedlungen – Städte wie Dörfer – aufgebaut werden; woher sollen die nötigen Mittel dafür kommen? Was wird wieder hergestellt, worauf wird verzichtet? Wer soll die neuen Aufgaben organisieren? Ist ein Neuanfang nötig – oder soll die vor der Krise herrschende Ordnung fortgesetzt werden? Und, wie kann man neue Konflikte vermeiden, wenn es darum geht, wer die Verursacher der Zerstörung sind und was mit ihnen geschehen soll?

Die Krisen, Katastrophen und Konflikte werden als Alltagsbegriffe benutzt, die oft miteinander vermischt werden. Boin u.a. bemerken, dass "The term crisis is often used as a catchall concept that encompasses all types of 'unness' events. In this perspective, the term crisis applies to all situations that are unwanted, unexpected, unprecedented, and almost unmanageable, causing widespread disbelief and uncertainty." (Boin u.a. 2004: 379). Es ist daher notwendig, diese Begriffe näher zu betrachten.

3.1.1 Konflikte, Krisen, Katastrophen

Im deutschen Sprachgebrauch (wie auch im Englischen) werden die drei Begriffe »Konflikt (conflict)«, »Krise (crisis)« und »Katastrophe (disaster)« meist zusammenhängend gebraucht. Während Konflikt und Krise unmittelbare Verbindungen aufweisen, kann ein Konflikt durch eine Katastrophe ausgelöst werden, die wiederum in eine Krise münden kann (die Flüchtlingskatastrophe in Darfur/Sudan führte zu einem Konflikt zwischen Tschad und Sudan). Eine Katastrophe kann auch als Folge der Naturgewalten zustande kommen, die direkt zu einer Krise, einem Engpass in der Versorgung einer ganzen oder von Teilen einer Gesellschaft führen kann (Flut-Katastrophe in Sachsen 2002, Erdbeben Japan 2011). „Eine Epidemie, ein Tsunami, ein Erdbeben stoppen die routinemäßigen sozialen Prozesse völlig ab oder lenken sie in eine ganz andere Richtung.“ (Flaig 2007: 42). In diesem Sinne ist eine Krise als Folge einer Katastrophe durch Naturgewalt oder einen sozialen Konflikt zu verstehen.

Anders herum kann eine Krise, die aufgrund eines ungelösten und meist andauernden (»protracted«, Ben-Yehuda/Sandler 2003: 272) Konfliktes zustande kommt, zu einer Katastrophe führen (wie in Kurdistan oder in Palästina). Die Krise nach einer Katastrophe durch Naturgewalt und die Krise nach einem sozialen Konflikt werden grundsätzlich durch Menschen wie durch die Gesellschaft unterschiedlich wahrgenommen und bewertet. Während bei dem ersteren Fall eine allgemeine Betroffenheit in der Gesellschaft die Grundlage der Hilfsbereitschaft bilden kann und damit verbindend wirkt, wirkt beim letzteren Fall die Krise spaltend. Diese Spaltung verursacht Spannungen, die letztlich die Krise in eine Katastrophe führen können. Insofern scheint die Katastrophe bzw. der Katastropheneintritt das Entscheidende zu sein, denn wenn eine Krise zu keiner Katastrophe führt, ist die Krise überwunden. Dennoch bleibt auch in diesem Fall unklar, ob der der Krise zugrunde liegende Konflikt gelöst worden ist.

Der Begriff »Krise«

Das Wort Krise stammt vom griechischen Begriff Krisis – „Entscheidung, entscheidende Wendung“. (Wahrig 2001). Seinen Ursprung hat der Begriff Krise in der Medizin. „Er bezeichnet dort die Phase, in welcher der Arzt die Entscheidung über Leben und Tod des Kranken diagnostizieren kann.“ (Weizsäcker 1988: 66). In der Literatur gibt es eine breite Diskussion um die Begriffe Krise, Krisenprävention und Krisenmanagement. Doch scheint dies bisher kein systematisches Thema der Gesellschaftsforschung, etwa in der Soziologie, zu sein. (Clausen, Geenen und Macamo 2003: 2). Auch G. J. Schenk, Universität Stuttgart, unterstützt diese Aussage: „Disasters have always accompanied human history. Historical research on disasters is, however, a recent trend“. (Schenk 2007: 9). Eine ähnliche Kritik der theoretischen Konzeption rund um »die Krise« kommt von Forsberg und Pursiainen mit folgenden Bemerkungen:

“Although Hermann’s definition is widely shared as a starting point, the concept of crisis remains elastic. By the same token, studies on crisis decision-making do not form a neatly separable tradition. (...) Hermann’s (1963) work and Allison’s (1971) study on the Cuban missile crisis form nodal points for the study of crisis decision-making, and Roberts (1988), Janis (1989), Holsti (1989) and Brecher (1993) all cover this wide space by linking central themes, but otherwise most studies on crisis decision-making are only vaguely connected. (...) Moreover, much research on crisis decision-making is conducted by historians and thus focuses on only one or two particular crises rather than on testing theoretical models.” (Forsberg / Pursiainen 2006: 235f).

Auch wenn eine krisentheoretische Grundlage bemängelt wird, sind die Krisendefinitionen zahlreich. Die „klassische Definition der Krise“ von Hermann (1963) gibt drei Aspekte an, wie Forsberg und Pursiainen hervorheben:

“Firstly, there is a threat to the essential goals or core values of an actor. Secondly, there is a perceived time pressure or even a deadline. Finally, an aspect of surprise or a lot of uncertainty regarding the background and future development of the situation, and thus the likely outcome of the decisions made.” (Forsberg/Pursiainen 2006:235).

Bei Boin und Kollegen lesen wir, »grundlegendes Fundament (normative foundation)« der “Crises are invariably considered as negative events”; sie vertreten die folgende Krisendefinition:

“Crises are then seen as »a serious threat to the basic structures or the fundamental values and norms of a social system, which—under time pressure

and highly uncertain circumstances—necessitates making critical decisions« (Rosenthal, Charles, & 't Hart, 1989, p. 10). Crises are thus perceived as occasions for urgent decision making.» (Boin u.a. 2004: 380).

Und Pierre Bourdieu spricht von „(...) Krisensituationen, in denen die bislang herrschenden Orientierungspunkte und Denkmuster infrage gestellt sind (...)“ (Bourdieu 1987: 682).

All diese Definitionen beschreiben Entwicklungen, die in einer Region, in einem Land oder zwischen zwei oder mehr Nationen bzw. Staaten beobachtet werden können. Viele Institutionen und Autoren beschäftigen sich mit den »Internationalen Krisen (international crisis)«. Beardsley, Quinn, Bidisha and Wilkenfeld verweisen auf die Krisendefinition von „International Crisis Behavior (ICB)“ und notieren, dass Krisen aufgrund der steigenden feindseligen verbalen oder physischen Störungen mit einer möglichen militärischen Auseinandersetzung in den Beziehungen der Staaten das internationale System(e) herausfordern. (Beardsley u.a. 2006:59). Internationale Krisen können zwischenstaatlichen oder inner-staatlichen Charakter haben, (Ben-Yehuda/Sandler 2003:275), d.h. es können interne Konflikte in einem Land internationale Krisen auslösen, wie z. B. im Falle von Darfur. In Irak und Kurdistan sind beide Konfliktarten, die eine Krise hervorriefen, national wie international, gleichzeitig vorhanden – wenn auch in anderer Form: sowohl bei dem Konflikt zwischen Irak und Iran von 1980 bis 1988, als auch bei dem zwischen Irak und den USA, der 1990 mit dem Kuwaitkrieg begann und bis 2003 andauerte, wurde gleichzeitig der Konflikt zwischen Kurden und der Zentralregierung in Bagdad ausgetragen. Hinzu kam der Konflikt innerhalb der kurdischen Region zwischen den beiden regierenden kurdischen Parteien KDP und PUK, der zwischen 1994 und 1998 zu einer kriegerischen Auseinandersetzung führte. Die Autoren Ben-Yehuda und Sandler, hinweisend auf Gurr, Moore und Harff, unterscheiden zwei unterschiedliche Verhaltensweisen von ethnischen Minderheiten:

„Gurr & Harff (1994: 15) distinguish between two main kinds of ethnic groups and minorities in world politics: collectives that demand representation within the state they live in, and separatists or people who demand autonomy from the state that rules over them.“ (ibid.: 273).

Nach dieser Unterscheidung gehören die Kurden im Irak eindeutig zu den „collectives“, die innerhalb des irakischen Staates eine Autonomie anstreben.

3.1.2 Krise als »Katharsis« - Wegbereiter zur Reinigung für einen Neuanfang?

Ist eine Krise also auch eine Situation, in der nach Neuem gesucht wird? Jedenfalls zwingt eine Krise zu »critical decisions«. Mit Bourdieu gesprochen, wenn in Krisensituationen die »herrschenden Orientierungspunkte und Denkmuster infrage gestellt sind«, müssen die Antworten darauf zumindest in Teilen neue »Orientierungspunkte und Denkmuster« hervorbringen. Wenn es so ist, dann wird diese Suche von einem Durcheinander, einem

Chaos begleitet, in dem verschiedene Richtungen eine Dominanz anstreben, um das Neue zu ihren Gunsten zu gestalten. Entscheidend ist, wie dieses Bestreben vonstatten geht. Wird Gewalt als Mittel eingesetzt, kommt es zu Zerstörungen in ungewissem Ausmaß. Neben diesen vielfältigen Erklärungen und Definitionen ist es wichtig, abgesehen von der Art der eingesetzten Mittel, eine Antwort auf die folgende Frage zu finden: ist die Krise eine Etappe, wenn auch eine außerordentliche, von gesellschaftlicher Entwicklung? Oder stellt die Krise eine Diskontinuität der gesellschaftlichen Entwicklung dar? Ist also die Krise ein totaler Bruch mit dem Vorhergegangenen?

Hier müssen zwei Aspekte der Krise unterschieden werden: erstens, wie die Krise sich entwickelt bzw. wie sie als Geschehen funktioniert und zweitens, was die Krise in Bezug auf sozialen Wandel bedeutet. Hier könnte ein Vergleich mit einer mathematischen Funktion Abhilfe schaffen, wie Weizsäcker anmerkt: „Mathematisch drückt es sich in der Nichtlinearität der das Geschehen beschreibenden Differential-Gleichungen aus (...)“, indem es „unstetige Grenze kontinuierlich“ darstellt. (Weizsäcker 1988: 67). Als Beispiel könnte die Funktion $f(x) = x^2 - 1/x^2$ dienen (Abbildung 2). Diese Funktion ist an dem Punkt „0“ unterbrochen. Sie ist an diesem Punkt nicht definiert. Dennoch sind sowohl die linke Funktionskurve, als auch die rechte Funktionskurve und der Punkt »(0; undefiniert)« Teile dieser Funktion als einer Einheit. Der Funktionswert für $x=0$ ist durch die Funktion beschrieben, wenn auch die Funktion hier als unstetig gilt.

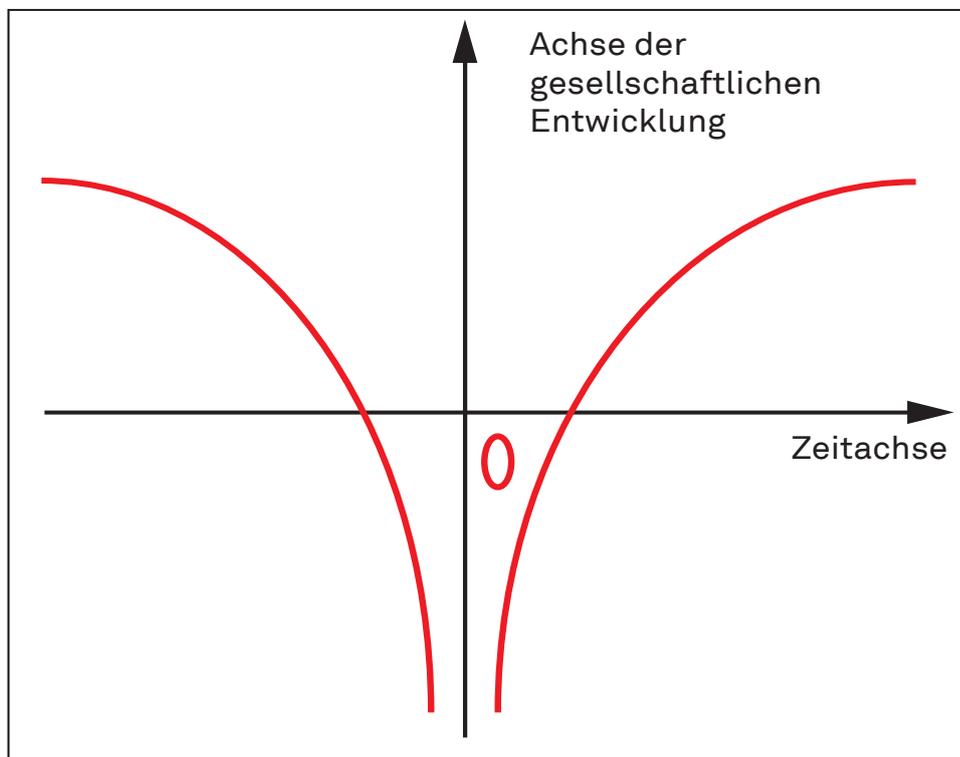


Abbildung 2 : Die Kurve der Funktion $f(x) = x^2 - 1/x^2$

Quelle: Eigene Darstellung

Die Krise hat eine Vorgeschichte, die, im Sinne von Abwärts oder Negativ, eine Entwicklung „nach Unten“ beschreibt und mit dem Punkt „undefiniert“ endet. Die in Abbildung 2 beschriebene Funktion würde die krisenhafte Entwicklung zeigen. Vor der Krise eine Entwicklung ins Negative und nach der Krise eine Entwicklung ins Positive würde das idealtypische Gesamtbild zutreffend wiedergeben. Wenn dieser Vergleich zulässig ist, kann man die Krise in der gesellschaftlichen Entwicklung »(Stunde Null; Ungewissheit)« mit dem Punkt »(0; undefiniert)« der Funktion gleich setzen. Dies veranschaulicht, dass die Krise als ein Bestandteil der gesellschaftlichen Entwicklung zu verstehen ist. In der Tat sind viele Elemente der Vorkrisenzeit auch in der Nachkrisenzeit zu finden (Siehe dazu Abschnitt 3.2.3).

Die ordnende Macht im Chaos der Krisensituation

Die Krise ist ein instabiles Phänomen oder Gebilde. Daher droht die Gefahr der Wiederholung, eine quasi *Wiederkehr* - *recurrence* der Krise. In dieser Situation sind viele *Geschichten* der Krise möglich:

- Die *Wiederkehr* der Krise führt zu der Erschöpfung der Beteiligten;
- Ein fauler Kompromiss, der im Grunde eine versteckte Version 1 darstellt;
- Die sich wiederholende Krise wird durch eine *ordnende* Macht durchbrochen.

Bei all den oben erwähnten Regionen der Welt verfolgen wir Entwicklungen, die nach einem gleichbleibenden Muster verlaufen: einer Krise folgt eine Katastrophe, die die Bevölkerung und Umwelt in Not bringt. Anschließend gibt es eine Phase, in der Maßnahmen zur Überwindung der Not der Bevölkerung ergriffen werden. Diese Phase der Notmaßnahmen ist oft als Übergangsperiode zur Normalität zu verstehen, sie ist also vorübergehend (siehe Liminalität, Abschnitt 3.2.2). Doch ist sehr oft diese Notlage mit der Frage verbunden, wie es weitergehen soll und kann. Offensichtlich ist eine Antwort auf diese Frage dann erschwert, wenn die Gesellschaft als Ganzes nicht auf die Krise vorbereitet ist.

Wie oben erwähnt, verursacht die Zerstörung durch Kriege unbeschreibliches Leid und eine Not durch fehlende oder ungenügende Versorgung der Bevölkerung. Die Versorgungssysteme funktionieren nicht oder sie sind erheblich beeinträchtigt. Der Wirtschaftskreislauf bricht zusammen, soziale Dienstleistungen können nicht den Bedarf befriedigen, „Parallelwirtschaften“ wie ein Schwarzmarkt treten in den Vordergrund, und somit wird die Lenkung der Wirtschaftsleistung zusätzlich erschwert; Kriminalität steigt. Migration, Flucht und Bevölkerungsverschiebungen wie im Nachkriegsdeutschland²⁸ sind weitere Folgen.

²⁸ Die Besonderheit der Bevölkerungsverschiebungen in Deutschland nach dem Krieg wird im Kapitel 4 näher beschrieben. Aktuelle Beispiele wie Kosovo, Afghanistan oder wie in Darfur/Sudan zeigen ähnliche Merkmale. Dennoch unterscheiden sie sich vom Fall Deutschlands im Wesentlichen darin, dass in den Fällen Kosovo und Afghanistan die Migranten zu ihren ursprünglichen Ländern zurückkehren konnten. In Darfur dauert die Krise noch an, mit ungewissem Ausgang, wobei hier auch berücksichtigt werden muss, dass die Flüchtlinge in einem Nachbarland aufgenommen worden sind und deren Verbleib dort womöglich nicht von Dauer sein wird wie im Falle Kurdistans, wie im Kapitel 6 näher beschrieben wird.

Das System, das vor der Krise Bestand hatte, ist zusammengebrochen, die Wünsche der Menschen bleiben bestehen. Der Wunsch nach einem besseren Leben, die Müdigkeit und Enttäuschung breiter Bevölkerungsschichten, also die Unzufriedenheit mit den Lebensbedingungen, schafft aber auch eine Grundlage für die Suche nach Auswegen. In diesem Sinne bringt die Not auch gewisse Chancen mit sich. Die Not bindet Menschen zusammen. Es entsteht eine gewisse Offenheit neuen Wegen und Vorschlägen gegenüber, die auch unpopulären und einschneidenden Maßnahmen zur Akzeptanz verhelfen. Diese allgemeine Bereitschaft weiter Bevölkerungsschichten schafft also eine breite Basis, einen Konsens, um Wege in die Zukunft zu suchen – um Ziele zu formulieren und einen gemeinsamen Weg dorthin zu finden.

Dies ist sowohl in Deutschland nach dem Krieg 1945 wie auch in Kurdistan nach dem Krieg 1991 der Fall gewesen. Ähnliches ist auch in vielen Krisenregionen zu beobachten, wo die Nach-Krisen-Lage die Bevölkerung, die Politik und die internationalen Akteure zum Umdenken zwang. Dieser Zwang kann Früchte tragen und über die Nothilfe hinaus Maßnahmen entwickeln helfen, um die Krise zu überwinden. Gelingt dies nicht, tritt die Gefahr ein, dass diese Krise sich in anderer Form wiederholt – es tritt die »Wiederkehr (recurrence)« der Krise ein. Diese Art von Konflikten können als „protracted conflicts“ definiert werden. Ein Beispiel hierfür ist der arabisch-israelische Konflikt, der seit fast einem Jahrhundert andauert, (Ben-Yehuda/Sandler 2003); das jüngste Beispiel ist die Entwicklung in Afghanistan.

Oft aber ist es schwierig zu bestimmen, wann eine Krise endet – und im Zusammenhang damit, wann zukunftsweisende Maßnahmen umgesetzt werden können. Hier kann man oft keinen bestimmten Punkt definieren, da die verschiedenen Prozesse parallel stattfinden. Dies hängt offensichtlich u.a. mit der Akzeptanz der »Kulturmuster von außen« zusammen, die im Abschnitt 3.4.1 diskutiert wird. Man kann diese beiden Verlaufspfade einer Krise schematisch zusammenfassen. (Abbildung 3 und Abbildung 4).

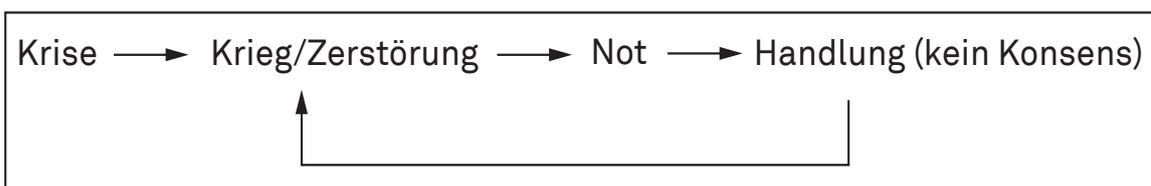


Abbildung 3 : Wiederkehr der Krise

Quelle: Eigene Darstellung

Bei der Wiederholung oder der Wiederkehr der Krise wird der Zerstörungsprozess weitergehen (Abbildung 3). Dieser „Teufelskreis“ wird sich fortsetzen, solange kein Konsens erreicht ist, d.h. die externen wie internen Kräfte es nicht schaffen, das Zerstörungspotenzial abzubauen.

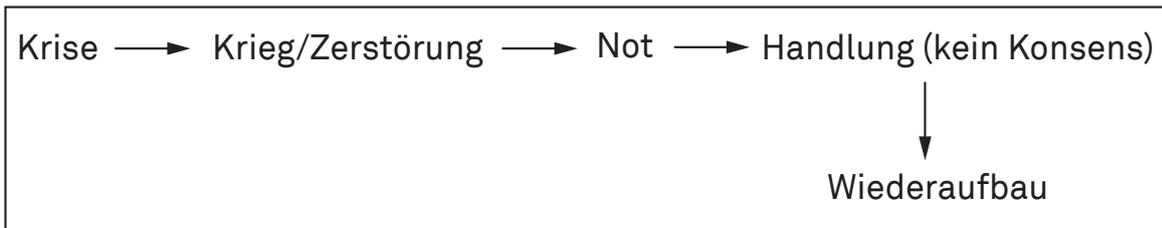


Abbildung 4 : Krise überwinden

Quelle: Eigene Darstellung

Abbildung 4 demonstriert den Durchbruch. Hier gibt es die Möglichkeit, die Zeit nach der Krise zu gestalten. Sie impliziert eine breite Basis für einen Neubeginn. Dennoch reicht eine breite Basis allein nicht, um neue Wege zu beschreiten. Man kann hier annehmen, dies ist ein „kommunikativ erzielter Konsensus“, der, wie J. Habermas auf J. Piaget hinweisend anmerkt, dem „kombinierte[n] Modell der *gesellschaftlichen Kooperation*, demzufolge mehrere Subjekte ihre Eingriffe in die objektive Welt über kommunikatives Handeln koordinieren“ (Habermas 1995a: 33), entspricht. Hier kommt es auch darauf an, wie der Organisationsgrad und das Potential zur Selbsthilfe der betroffenen Gesellschaft beschaffen sind. Beispielsweise unterscheiden sich die gesellschaftlichen Strukturen in Deutschland und in Kurdistan grundlegend voneinander. Deutschland war bereits vor dem Krieg eine Industriegesellschaft mit einem hohen Organisations- und Bildungsgrad, während Kurdistan überwiegend eine Agrar- und Bauerngesellschaft war und in mancher Hinsicht noch ist. Hier muss die Frage gestellt werden, inwieweit diese Voraussetzung, also eine breite Konsensbereitschaft in der jeweiligen Gesellschaft, vorhanden ist und ob die Entscheidungsträger in der Lage sind, die richtigen Maßnahmen zu entwickeln, und ob das Umfeld für die Umsetzung dieser Maßnahmen vorbereitet ist.

Die Krise schafft eine neue Umwelt, in der vieles aus der Vergangenheit in Frage gestellt wird. Dies wirft die Frage auf, welche Eigenschaften und Institutionen aus der Vergangenheit übernommen werden könnten? Und in welchen gesellschaftlichen Bereichen eine Kontinuität und in welchen ein Bruch, eine Diskontinuität, angestrebt werden kann und muss. Zur Erörterung der Frage der „Kontinuität bzw. Diskontinuität“ (Abschnitt 3.2.3) ist es notwendig, die Krise tiefer zu beleuchten. Sie tritt auf, wenn die bestehenden gesellschaftlichen Strukturen nicht mehr in der Lage sind, die gesellschaftlichen Verhältnisse zu tragen. In diesem Sinne ist *die Krise eine verdichtete Phase des gesellschaftlichen Veränderungsprozesses*. Die gesellschaftliche Veränderung besteht ohnehin aus einem Bündel von komplexen Prozessen. Doch diese Prozesse können kontrolliert ablaufen, wenn genügend Zeit und notwendige Anstrengungen vorhanden sind. Insofern ist die Krise eine unkontrollierte Entwicklung mit Zerstörungspotential; und in diesem Sinne ist sie eine negativ zu deutende Entwicklung. Dieses Negativsein ist ambivalent. Auf der einen Seite bedeutet Krise Zerstörung und damit verbundenes Elend der breiten Bevölkerungsschichten. Auf der anderen Seite bedeutet es die Negierung der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse, d.h. eine

Art „Katharsis“ – eine „Reinigung“ wie der Begriff im Griechischen heißt, die mit den verworrenen Verhältnissen aufräumt und für einen Neubeginn Platz schafft.

Die Frage ist: „Wie kann nach der Krise der Veränderungsprozess organisiert werden?“ Um sie zu beantworten, ist es notwendig, die Nachkrisen-Periode näher zu betrachten.

3.2 Instabile Übergangsphase nach der Krise

Die Krise verdichtet die Problemlagen. Aber sie führt, wie bereits beschrieben wurde, zum Zusammenbruch der vorhandenen sozialen wie physischen Strukturen. Dieser Zusammenbruch verlangt einen vielfachen Neubeginn, der nach dem 2. Weltkrieg intensiv diskutiert wurde; in vielen Ländern wurde dieser Neubeginn als „Stunde Null“ bezeichnet, insbesondere in Deutschland (Gerhardt, Weizsäcker u.a.; siehe auch Kapitel 4). Uta Gerhardt bezeichnet die Entwicklung in Deutschland als

„Systemwechsel von der charismatisch-traditionalen Herrschaft, die im Nationalsozialismus bestand, zum rational-legalen Herrschaftstypus, der in der Bundesrepublik entstand, (...)“ (Gerhardt 2005: 15).

Über diesen Systemwechsel in Deutschland sind in jüngster Zeit neue Untersuchungen vorgelegt worden, die den Wiederaufbau in Deutschland aus der Perspektive des sozialen Wandels betrachten: Rupieper (1993); Gerhardt (1995); Braun, Gerhardt und Holtmann (2007). Die letztgenannten Autoren meinen sogar, dass „(...) die Perspektive einer »langen Stunde Null« – also eines von Gesellschaftsbereich zu Gesellschaftsbereich unterschiedlichen Zusammenspiels von exogenen Vorgaben und endogenen Kräften im gesellschaftlichen Wandel nach 1945 – noch nirgends explizit in ein analytisches Programm umgesetzt worden“ sei. (Braun, Gerhardt, Holtmann 2007: 10)²⁹. Uta Gerhardt meint dazu:

„Man muss sehen, dass der Systemwechsel von der Diktatur zur Demokratie ein eigenes Thema ist. (...) Das Thema (...)“ sei „die Besatzungsherrschaft als Transformationsperiode der Gesellschaftsgeschichte zu verstehen. (...) Der Wechsel vom Führerstaat zur parlamentarischen Demokratie, von der staatlich dominierten Wehrwirtschaft zur sozialen Marktwirtschaft und von der Weltanschauungsdiktatur zur Meinungsfreiheit (...) war das Geschehen, das die Metapher *Stunde Null* charakterisieren sollte.“ (Gerhardt 2005: 15f).

Nachkriegsdeutschland unterscheidet sich von Irak und Afghanistan grundlegend. Und auch wenn ein Vergleich dieser Länder nicht das Thema dieser Arbeit ist, stellt sich die Frage: ob in Kurdistan trotz des Sturzes von Saddam Husains Regime ein rational-legaler Herrschaftstypus entstehen wird – wie es in Nachkriegsdeutschland als erwiesen

²⁹ Auch wenn diese Autoren davon ausgehen, dass »aus deutscher Sicht die Untersuchung des historischen Fallbeispiels von Deutschland im Jahr 1945 noch längst nicht abgeschlossen« sei, (ibid.: 12) – die angestoßene Diskussion liefert viel Material, das dem Zwecke dieser Arbeit genügt.

gilt? Der Wiederaufbauprozess muss aus dieser Perspektive betrachtet und analysiert werden. Die Analyse muss die Einflussfaktoren zum Wechsel enthalten, d.h. die Rolle der endogenen und exogenen Faktoren, und den Inhalt des Wechsels, d.h. welche Strukturen des alten Systems überwunden und welche neuen Träger etabliert werden bzw. werden können, um das neue System zu gestalten. Hier muss die gesellschaftliche Entwicklung als Ganzes betrachtet und die Fragen der Modernisierung und des sozialen Wandels berücksichtigt werden. Wie kann die kurdische »shattered society«, nach all den Eingriffen des charismatisch-traditionalen Regimes, ihre neue Ordnung definieren?

Fragen

Die Autoren Braun, Gerhardt und Holtmann (2007: 7ff) und Gerhardt (2005: 51ff) weisen darauf hin, dass die »Transformationsperiode« für Nachkriegsdeutschland in Verbindung mit Weberscher Herrschaftssoziologie³⁰, auch gestützt auf den Beitrag von Talcott Parsons³¹, diskutiert werden muss. Hier werden die Fragen des sozialen Wandels, bezogen auf den Transformationsprozess, diskutiert. Parsons, sich auf Weber stützend, verstehe den »Nationalsozialismus als charismatische Herrschaft«.

„Dabei wurde ihm [Parsons] bewusst, dass die Transformation des charismatischen in ein rational-legales Herrschaftssystem ein weitgehend ungelöstes Problem soziologischer Theorie war.“³² (Gerhardt 2005: 52f).

Dennoch wird dazu eine Erklärung geliefert:

„*The structure of social action*, Parsons' erstes Hauptwerk, erwies die doppelte Struktur gesellschaftlicher Handlungssysteme im Spannungsfeld zwischen – auf der einen Seite – Anomie oder *Kampf aller gegen alle* und – auf der anderen Seite – Integration oder *rechtsstaatlicher gesellschaftlicher Ordnung* [ddVh]. Der Nationalsozialismus, ein System der Anomie, entsprach der einen Systemalternative, nämlich dem Junktim aus Gewalt, Betrug und blindem Glauben. Die angelsächsischen Demokratien, System der Integration, verkörperten das Junktim aus Recht, Sicherheit und nicht-utilitaristischer Rationalität, also die andere Alternative der Systemorganisation.“ (Gerhardt 2005: 53).

30 Siehe »Die Typen der Herrschaft«, Weber (2008a), pp. 157-222

31 Über den Beitrag des amerikanischen Soziologen Talcott Parsons für Entwicklung in Nachkriegsdeutschland siehe Kapitel 4.

32 Vergl. Dahrendorf über Parsons: „(...) als Talcott Parsons 1937 eine gewisse Konvergenz in den soziologischen Theorien von Alfred Marshall, Emile Durkheim, Vilfredo Pareto und Max Weber feststellte, meinte er nicht mehr die Analyse sozialen Konflikts: ihm schwebte der Versuch vor, mit einem Organon zusammenhängender Kategorien das Problem der Integration sogenannter »sozialer Systeme« zu bewältigen. Die neue Frage hieß: »Was hält Gesellschaften zusammen?« – nicht mehr: »Was treibt sie voran?« Der Einfluß der Parsonsschen Fragestellung auf die neuere (und keineswegs nur die amerikanische) Soziologie läßt sich schwerlich überschätzen“ (Dahrendorf 1969: 108).

Wenn die Veränderung im Irak von 2003 analog zu der Beschreibung – also weg vom Saddam-System der Anomie, hin zu dem System der Integration, die durch die neue Verfassung vom 15. Oktober 2005 angestrebt wird – angenommen wird, ist eine Erklärung für die Entwicklung in den kurdischen Gebieten zwischen 1991 und 2005 noch immer offen. Dabei tauchen grundsätzliche Probleme auf:

1. Der Veränderungsprozess der kurdischen Gesellschaft, wie er im Kapitel 2 behandelt wurde, weist starke Einflüsse von außen auf. Diese Einflüsse – ausgehend von den Interessen der einflussnehmenden externen Kräfte – lösen in der kurdischen Gesellschaft vielschichtige Reaktionen aus, von der radikalen Ablehnung (bewaffneter »Freiheitskampf« als Antwort auf den Identitätsverlust) bis hin zur passiven Anpassung (Duldung von Assimilierung als Hinnahme des Identitätsverlustes). Es gibt also *kein Zusammenspiel* der »Kulturmuster von außen« und »inneren Spannungen«, die den Wandel der Gesellschaft bestimmen.
2. Was sind die möglichen neuen Herrschaftsstrukturen nach dem Wegfall der bisherigen charismatischen Herrschaftsstruktur in Kurdistan im Irak nach dem Machtverlust des Herrschers 1991? Kann überhaupt eine Gesellschaft wie die Kurdische ohne Mitwirkung externer Kräfte ein rational-legales Herrschaftssystem aufbauen?
3. Kann ohne eine klare Antwort auf die neuen Herrschaftsstrukturen die Entstehung neuer räumlich-sozialer Strukturen beherrschbar sein? Mit anderen Worten: Es muss geklärt werden, wie sich »die Modernisierung« der kurdischen Gesellschaft organisieren lässt.

Diese Fragen implizieren, dass, wenn die soziale Struktur der kurdischen Gesellschaft nicht analysiert bleiben sollte, die Antworten auf die gestellten Fragen im Rahmen der Spekulation bleiben müssen. Die oben gestellte 2. Frage setzt jedoch voraus, dass ein »rational-legales Herrschafts-System« für Kurdistan erwünscht wäre. Die politische Entwicklung in den kurdischen Gebieten nach der Krise 1991 könnte darauf Hinweise geben, ob dieses Ziel tatsächlich angestrebt wurde. Sollte dies der Fall sein, muss geklärt werden, was die Rolle der exogenen (d.h. der Kulturmuster von außen im Allgemeinen und der Alliierten-Kräfte im Besonderen) und der endogenen Kräfte war, um dieses Ziel umzusetzen. Ist die Modernisierung das inhaltliche Ziel des angestrebten rational-legalen Herrschaftssystems? Wenn das der Fall ist: Wie wurde dies institutionell begleitet – d.h.: welche institutionellen Rahmenbedingungen, im Sinne von »controlled institutional change« (Parsons) wurden eingeleitet?

Diese Vorgehensweise wird jedoch ohne eine befriedende Antwort auf die erste Frage nicht funktionieren. Im Zusammenhang damit ist die grundsätzliche These zu hinterfragen: die Diskussion um die Herrschaftsstrukturen in Bezug auf den sozialen Wandel thematisiert die Gesellschaften innerhalb eines Staates. Das Werk von Max Weber »Wirtschaft und Gesellschaft« beginnt mit Erläuterungen der soziologischen Grundbegriffe. Dort hat er den Staat als »politischen Verband« definiert:

„*Politischer* Verband soll ein Herrschaftsverband dann und insoweit heißen, als sein Bestand und die Geltung seiner Ordnungen innerhalb eines angebbaren geographischen Gebiets kontinuierlich durch Anwendung und Androhung *physischen* Zwangs seitens des Verwaltungsstabes garantiert werden. *Staat* soll ein politischer *Anstaltsbetrieb* heißen, wenn und insoweit sein Verwaltungsstab erfolgreich das *Monopol legitimen* physischen Zwanges für die Durchführung der Ordnungen in Anspruch nimmt.“³³ (Weber 2008: 39).

Ohne den Staat als Rahmen des Herrschaftsgebietes, oder wie Dahrendorf es bildhaft ausdrückt »Nationalstaat als Gefäß für die Herrschaft des Rechts« (Dahrendorf 2004: 51), wird die ganze Diskussion keinen Sinn ergeben. Mit den Worten von Jochen Hippler „ist der Nationalstaat inzwischen zum fast allgemein akzeptierten Modell politischer Entwicklung avanciert, auch in der Dritten Welt.“ (Hippler 2005:4). Hier liegt die Betonung eher auf *Staat* als Struktur denn auf ‚Nation‘ oder ‚national‘. Wichtig ist eine Struktur, die innerhalb bestimmter Grenzen dem Recht Geltung verschafft. Dass innerhalb dieser Grenzen Menschen verschiedener Nationalitäten zusammen leben, muss nicht zwangsweise einen Widerspruch zum Begriff ‚Nationalstaat‘ darstellen.

Der *Staat* aber ist für Kurdistan (im Irak von 1991) der große Unbekannte, in dem Sinne, dass der irakische Staat als Repressionsquelle durch die breiten Bevölkerungsschichten abgelehnt wird und die Gründung eines eigenen Staates, stets aufgrund externer Einflüsse, nicht möglich ist. Hier wird deutlich, dass die kurdische Politik nach dem Wegfall der Herrschaft aus Bagdad keine klare Orientierung haben konnte: sie suchte eifrig den Kontakt mit dem Saddam-Regime³⁴. Auch wenn „die kurdischen nationalen Identitätsrechte“ wie auch Autonomiebestreben im Mittelpunkt der Verhandlungen mit Bagdad standen: die Bereitschaft zu den Verhandlungen konnte nur die Bedeutung haben, dass die kurdische Politik bereit war, das charismatisch-traditionale Regime Iraks anzuerkennen. Spätestens durch die Parlamentswahlen in den kurdischen Gebieten von 1992 wurde klar, dass eine Parallelstrategie gewählt wurde. Es wurde eine »Modernisierung« angestrebt, die im Kapitel 6 »*Dualität der Machtverhältnisse*« genannt wird: in den kurdischen Gebieten einen Systemwechsel anstreben, während im Irak das vorhandene System fortexistiert.

Mit dieser Parallelstrategie versuchte die kurdische Politik die Legitimierung ihrer Herrschaft zu definieren. Die Wahlen sollten eine Demokratie, also eine *rational-legitime Herrschaft* begründen. Eine weitere Handlung der kurdischen Politik war die Übernahme der Bürokratie des irakischen Staates. Die bei der Verwaltung dieser Bürokratie vorhandene Form ist das Abbild irakischer Staatsstrukturen – nämlich eine strikte Ministerialhierarchie, die darauf getrimmt ist, die Befehle von oben – letztlich die des „Führers“ auszuführen. Darüber hinaus blieb die ökonomische Orientierung im

33 Vollständigkeitshalber sei erwähnt, dass Weber an der gleichen Stelle den Staat als politischen Verband anmerkt: „Es ist nicht möglich, einen politischen Verband – auch nicht: den »Staat« – durch Angeben des Zweckes seines Verbandhandelns zu definieren.“ (ibid.).

34 Siehe dazu Lawrence 2009: 61, 79.

institutionellen Rahmen des irakischen Staates, wie z. B. den Dinar ohne jede Diskussion als Währung des Landes beizubehalten.

Diese Doppelstrategie der kurdischen Politik ist einmalig, denn sie strebt eine eigene Staatsgründung nicht an – in dieser Hinsicht ist sie realitätsbewusst, d.h. sie trägt der Tatsache Rechnung, dass ein solcher Schritt durch die *Außeneinflüsse* zum Scheitern verurteilt ist. Kurdistan bleibt ein Teil des Iraks. Auf der anderen Seite strebt sie eine Modernisierung an. Grund dafür sind zwei wesentliche Faktoren: einerseits ist ihre Identitätssuche grundsätzlich mit der Politik der charismatisch-traditionalen Herrschaft in Bagdad nicht vereinbar, andererseits drängt die Politik der alliierten Kräfte (Teile der externen Kräfte) auf eine Modernisierung. Der Widerspruch dieser Doppelstrategie ist offensichtlich und damit konfliktträchtig. Trotz der neuen Verfassung gibt es zwischen der Zentralregierung in Bagdad und der Kurdischen Regionalregierung (KRG) weiterhin starke Spannungen³⁵.

Daher muss vor dem Hintergrund konflikttheoretischer Betrachtungen in Verbindung mit Modernisierungstheorien der soziale Wandel erläutert werden, um die Entwicklung in Kurdistan einordnen und verstehen zu können.

3.2.1 Theoretische Betrachtungen zum sozialen Wandel: Modernisierung der Gesellschaften

Sozialer Wandel ist eines der wichtigsten Themen bei der Entwicklung von Gesellschaften. Insbesondere in den Gesellschaften mit starken traditionellen Strukturen tauchen Barrieren auf, die die Modernisierung erschweren. Dies ist eines der Themen der entwicklungstheoretischen Abhandlungen bezüglich dieser Gesellschaften. Oft wird diskutiert, warum in diesen Gesellschaften die Entwicklung nicht vorangeht, wobei meist die wirtschaftliche Entwicklung gemeint ist³⁶. Vieles deutet darauf hin, abgesehen von dieser Einseitigkeit des Entwicklungsverständnisses, dass mit der »Entwicklung« eine Modernisierung nach dem Vorbild der westlichen bzw. nördlichen Industriegesellschaften gemeint ist.

Der Begriff „sozialer Wandel“ wird erst 1922 durch Wilhelm F. Ogburn benutzt³⁷. Seitdem „hater [sozialer Wandel] die Kategorien, mit denen die Klassiker gesellschaftliche Veränderungen analysiert haben – soziale Dynamik, Transformation, Umwälzung, Evolution, Differenzierung, Zirkulation, Fortschritt, Untergang – sehr rasch ersetzt oder subsummiert.“ (Zapf 1969: 11). Nach Zapf bedeutet sozialer Wandel die Veränderung »sozialer Strukturen«. Zur Überwindung dieser »relativ stabilen Zustände« der sozialen Strukturen bedarf es Kräften, die die Kräfte des Beharrens überwiegen. Bei den

³⁵ Die Grenzen der kurdischen Region sind weiterhin strittig und insbesondere das Ölfördergebiet Kirkuk ist ein Zankapfel.

³⁶ Der Entwicklungstheoretiker Gilbert Rist kommentiert Human Development Reports mit folgenden Worten: "It is often said that 'development' is not the same as economic growth, but this is by no means certain. (...) It is easy to see that in practice, economic growth is what is pursued, in the name of 'development'". (Rist 2002: 19).

³⁷ „Ogburn, Wilhelm F., Social Change: With respect to Culture and Original Nature, New York 1922“ (Zapf 1969: 31, Endnote Nr. 1)

Faktoren oder Ursachen, die diese Kräfte zur Überwindung freisetzen, hätten sich nach Zapf „die exogenen und endogenen Faktoren eingebürgert; exogene Faktoren werden zumeist als »Daten«³⁸ behandelt, als selbst nicht mehr zu erklärende Einwirkungen »von außen«; als endogene Faktoren gelten die innerhalb der Einheiten selbst produzierten Wandlungskräfte“. (ibid.: 17).

Sozialer Wandel, also gesamtgesellschaftlicher Wandel, wird auch als Begriff der „Modernisierung“ bezeichnet, wobei Zapf hier zwei Gruppierungen innerhalb der Modernisierungsdiskussion sieht: die erste Gruppe bewege sich im Rahmen der systemtheoretischen Überlegungen. Hier würde die Modernisierung als kumulative Erhöhung von »Kapazitäten«, d.h. Anpassungskapazität, Selbststeuerungsfähigkeit, Eigenständigkeit und Autonomie verstanden. Parsons wird als einer der wichtigsten Theoretiker in dieser Gruppe erwähnt, insbesondere wird auf seinen Beitrag zu »evolutionären Universalien« hingewiesen (siehe Abschnitt 3.3). Die zweite Gruppe verwende „eher katalogartige Aufzählungen von Eigenschaften oder Dimensionen traditionaler, transitionaler und moderner Gesellschaftstypen beziehungsweise Systeme.“ (ibid.: 17ff). Hier geht es eher um Teilaspekte der Entwicklung: wie etwa von arm und reich, Herrschern und Beherrschten, Städtern und Landbevölkerung. Demnach sei „Modernisierung als ein interdependentes System von Wandlungsprozessen“ zu begreifen. (ibid.: 23).

Nach Scheuch ist die Grundvorstellung der Modernisierung (oder der Moderne), wie auch bei den Klassikern wie Weber und Simmel, die Individualisierung und Auflösung des Traditionellen. (Scheuch 2009: 122).

Der soziale Wandel wird als ein Transformationsprozess beschrieben, und die Entwicklungsziele dieses Prozesses werden als Demokratie, Wachstum und Wohlfahrt bezeichnet. „Sie werden“ durch die Transformationsgesellschaften „zu erreichen versucht durch Übernahme bzw. Nacherfindung der Basisinstitutionen der [entwickelten westlichen] Vorbildgesellschaften.“ (Zapf 1996: 67).

Diese »Vorbildgesellschaften« haben den Weg vorgezeichnet:

„Unter Modernisierung verstehe ich einen Typus des sozialen Wandels, der seinen Ursprung in der englischen Industriellen Revolution, von 1760 bis 1830, und in der politischen Französischen Revolution, von 1789 bis 1794, hat.“ (Bendix 1969: 506).

Die Bedeutung, wie und auf welchen Wegen sozialer Wandel zustande kommt, ist mindestens genauso wichtig wie die Bedeutung des sozialen Wandels selbst. Wenn Modernisierung im Sinne des sozialen Wandels das Ziel ist, wird viel darüber gestritten, wie dieses Ziel zu erreichen ist – insbesondere bezogen auf die sogenannten *Nachzügler*-Gesellschaften. Sozialer Wandel wird im Sinne des Prozesses als

³⁸ Zu den exogenen »Daten« siehe das Abschnitt 3.4, insbesondere die Rolle der Weberschen „Kulturmuster“. (Geertz 1987: 51).

Modernisierungsprozess, also »Steigerung der gesamtgesellschaftlichen Anpassungs- und Selbststeuerungskapazität« (Zapf), verstanden. Hier wird den Veränderungen im Herrschaftssystem (im Sinne von Max Weber) große Bedeutung beigemessen. Und als Zielrichtung des gesamtgesellschaftlichen Veränderungsprozesses werden »Differenzierung, exogener und endogener Wandel des obersten Wertsystems« (im Sinne von Talcott Parsons) thematisiert.

Differenzierung scheint einer der wichtigsten Begrifflichkeiten zu sein. „Differenzierung ist“ nach Shmuel N. Eisenstadt:

„ähnlich wie Komplexität und Spezialisierung, zunächst ein klassifikatorischer Begriff. Er beschreibt, wie sich wichtige soziale Funktionen oder zentrale gesellschaftliche Institutionsbereiche voneinander trennen, sich an spezialisierte Gruppen und Rollen ketten und sich – innerhalb des einen institutionellen Systems – in relativ spezifischen und autonomen symbolischen Strukturen organisieren.“ (Eisenstadt 1969: 76).

Im gleichen Aufsatz merkt Eisenstadt an:

„Die wichtigste Implikation des Differenzierungsbegriffs ist die Feststellung, dass auf jeder höheren Differenzierungsstufe immer wieder Integrationsprobleme entstehen.“ (ibid.: 78).

Damit wird deutlich, dass sozialer Wandel einen Veränderungsprozess der Strukturen, oder im gewissen Sinn der Institutionen, eines sozialen Systems darstellt, wobei die alten Strukturen entweder durch neue ersetzt werden oder verschwinden oder sich wandeln, d.h. sich der neuen Umwelt anpassen. Das »soziale System« beschreibt Parsons als „jeweils bestimmte Muster (pattern) der *institutionalisierten normativen Kultur*; sie sind in sich sowohl *funktional* als auch hinsichtlich des Grades der *Spezifizierung* und *Segmentierung* ihrer Einheiten differenziert.“ (Parsons 1969a: 36).

Parsons geht ausführlich auf »die Quellen des Strukturwandels« ein und schreibt:

„Die Quellen eines potentiellen Strukturwandels sind sowohl exogen wie endogen – gewöhnlich eine Kombination beider. (...) Eine besonders wichtige Quelle des exogenen Wandels sind Wandlungen anderer sozialer Systeme. Für die politisch organisierte Gesamtgesellschaft sind natürlich die anderen politisch organisierten Gesellschaften am bedeutsamsten. Wenn wir Wandlungsprozesse in diesem Kontext analysieren wollen, müssen wir die betreffende Gesellschaft als Einheit eines noch größeren (internationalen) Systems behandeln. (...) Prozesse der Kulturdiffusion, exogene »Anleihen« bestimmter kultureller Errungenschaften, werden durch die Beziehungen zwischen Gesellschaften vermittelt.“ (ibid.: 37f).

Parsons nennt die inneren »Spannungen« (strain) als die Quelle der endogenen Wandlungskraft:

„*Spannung* bezieht sich hier auf die *Beziehung* zwischen zwei oder mehreren strukturellen Einheiten (z.B. Subsysteme eines Systems), die die Tendenz hat, einen Druck in Richtung auf den Wandel dieser Beziehung auszuüben, eine Veränderung, die mit dem Gleichgewicht des betreffenden Systemteils unvereinbar wäre. Wenn die Spannung groß genug wird, können die Kontrollmechanismen die Konformität mit den normativen Erwartungen, die den Bestand der Struktur garantieren, nicht mehr aufrechterhalten. Eine Spannung ist eine Tendenz zum Ungleichgewicht in der Input-Output-Bilanz zwischen zwei oder mehreren Systemeinheiten.“ (ibid.: 38).

Parsons setzt das »gesamtgesellschaftliche Wertsystem« in den Mittelpunkt des sozialen Wandels. Er unterscheidet zwei Haupttypen des gesamtgesellschaftlichen Wandels:

„Beim ersten Typus handelt es sich um einen Wandel, bei dem das neue Modell in seinen wesentlichen Komponenten nicht in der betreffenden Gesellschaft selbst entwickelt, sondern von außerhalb bezogen wird. Das gilt, wie bereits angedeutet, für die heutige unterentwickelte Welt. In gewissem Maße galt es für alle Industrialisierungsprozesse nach der britischen industriellen Revolution einschließlich des amerikanischen Falles.“ (ibid.: 50).

Dies ist für den Wiederaufbauprozess eine wichtige Feststellung. Sie stimmt mit den Effekten der Globalisierung überein, d.h. die Globalisierung stärkt und beschleunigt nur die bisher vorhandene Rolle der externen Kräfte³⁹. Dies ist ein wichtiger Teil der Parsonsschen Erklärung des gesellschaftlichen Wandels. Im folgenden Abschnitt erklärt Parsons, dass die bedeutendsten »Inputwirkungen« politisch und kulturell sind:

„Wir definieren einen Wandel der Struktur eines sozialen Systems als Wandel seiner normativen Kultur. Wenn wir die oberste Ebene sozialer Systeme betrachten, handelt es sich um Wandel des gesamtgesellschaftlichen Wertsystems. (...) Die heutigen unterentwickelten Länder sind ein wichtiges Beispiel. Betrachten wir die Wirtschaftsentwicklung im Sinn der Industrialisierung als den entscheidenden Inhalt der Wandlungsprozesse dieser Länder: wir werden feststellen, dass die beiden wichtigsten Inputwirkungen auf die unterentwickelten Gesellschaften politisch und (im Sinn des Wertsystems) kulturell sind, nicht aber im üblichen analytischen Sinn ökonomisch. Beide betonen vor allem die Beziehungen

³⁹ Diese Annahme wird von Jochen Hippler in seinem Essay „Failed States und Globalisierung“ mit folgenden Worten unterstützt: „Insofern stellt die Globalisierung nicht die einzige oder auch nur zentrale Ursache [ddAh] der Fragmentierung von Gesellschaften und des Zusammenbruchs staatlicher Strukturen dar, bildet aber einen höchst wichtigen Faktor, der bereits bestehende Strukturschwächen und Konfliktpotentiale entscheidend verschärfen kann.“ (Hippler 2005: 5).

der unterentwickelten Gesellschaften zu den wirtschaftlich entwickelten Gesellschaften.“ (Parsons 1969a: 43)

Parsons weist für den zweiten Haupttypus auf „Webers berühmte Kategorie der charismatischen Innovation“ (ibid.: 51) hin, mit der der Wandel insbesondere in England und gewissermaßen auch in den westeuropäischen Ländern erklärt wird:

„Der zweite Haupttypus eines gesamtgesellschaftlichen Wertwandels ist dadurch gekennzeichnet, daß das Kulturmodell nicht von einer exogenen Quelle übernommen werden kann, sondern – soweit wir uns an den Bezugsrahmen des sozialen Systems halten – innerhalb der Gesellschaft entwickelt werden muß.“ (ibid.: 51).

Dennoch wird die Rolle der »charismatischen Herrschaften« in manchen »unterentwickelten Ländern«, (was z. B. für den Irak einen Hinweis liefern könnte), nicht thematisiert. Die Unterscheidung zwischen diesen beiden Haupttypen, d.h. zwischen dem Wandel in den entwickelten und unterentwickelten Ländern, im Sinne von gesamtgesellschaftlichem Wandel, wird an anderer Stelle deutlicher. Hier stellt Parsons fest, dass in den Entwicklungsländern

„die wirtschaftliche Entwicklung, die *rein instrumental*, als Hilfsmittel der politischen Macht (und als Symbol der kollektive Anstrengungen) betrachtet wird; und in Richtung auf Wandlungen derjenigen Teile des Wertsystems, die für politische Macht und wirtschaftliche Produktivität *funktional* (funktionsorientiert) sind. Demgegenüber aber werden die obersten gesamtgesellschaftlichen Werte (die Werte der obersten Systemebene) nach wie vor betont von den Werten derjenigen Gesellschaften, die als Modell der politischen und gesellschaftlichen Entwicklung dienen, abgesetzt.“ (ibid.: 43f).

Diese Problematik weist in der Entwicklung auf einen Konflikt mit Sprengkraft hin. Wie ist es möglich, dass »funktionsorientierte Werte« übernommen werden ohne „die höchsten Werte des [traditionalen] Systems zu zerstören“? (ibid.: 44). Hier tauchen grundlegende Probleme auf. Reinhard Bendix thematisiert diese Problematik und weist auf die „Konsequenz der »Lücke«, die der ökonomische und politische Durchbruch im 18. Jahrhundert aufgerissen hat“, hin (Bendix 1969: 507):

„Die »Lücke« zwischen entwickelten Gesellschaften und Nachzögern, die Versuche, diese Lücke zu schließen, sowie die mehr oder weniger ad hoc erfolgende Übernahme einzelner Errungenschaften der Moderne – dies zusammen produziert in vielen Fällen die Hindernisse, die der erfolgreichen Modernisierung (einer bestimmten Spielart) im Wege stehen.“ (ibid.: 509).

Es scheint, dass der Wandel mit kultureller Aufnahmefähigkeit, im Sinne von Verinnerlichung von Veränderungen einhergeht, wie Bendix anmerkt:

„Nachzügler-gesellschaft (...) muß die Anziehungskraft der entwickelten Gesellschaften mit den Werten in Übereinstimmung bringen, die ihren eigenen Traditionen innewohnen“. (ibid.: 511).

Ralf Dahrendorf schreibt über Institutionen und die Bindung der Menschen in den »neuen Demokratien⁴⁰«, dass die „Welt der Köpfe der Menschen mit der ihrer Herzen zu verknüpfen“ beinahe ungelöst bleibt:

„Institutionen kann man allenfalls verpflanzen. (Auch sie unterliegen dabei allerlei Mutationen). Die tieferen Bindungen, in denen sie verankert sind, bleiben indes noch im Fall der erfolgreichen Transplantation auf der Strecke. Für den institutionell gesonnenen Sozialwissenschaftler (...) ist das eine schmerzhaft Entdeckung. (...) Die Sorge der Sozialwissenschaftler lässt sich allenfalls verschmerzen. Schwieriger ist es mit der Erfahrung der Bürger. Wenn sie eine demokratische Verfassung, die Herrschaft des Rechts und die Marktwirtschaft haben, fehlt doch noch etwas, und zwar etwas möglicherweise Entscheidendes. Auch als mündige Bürger brauchen sie Halt, und diesen Halt liefert ihnen die Verfassung der Freiheit alleine nicht. Selbst die ersten Spuren des Wohlstandes zeigen in dieser Hinsicht wenig Wirkung.“ (Dahrendorf 2004: 42).

Dahrendorf meint: „Wenn vertraute Strukturen sich auflösen, wird die Suche nach Sinn und nach Halt hektischer, und Menschen sind nur allzu bereit, dem Reiz uralter Zugehörigkeiten nachzugeben.“ Solange die neuen »Tiefenstrukturen«, die er »Ligaturen« nennt, nicht vorhanden sind, seien

„Chancen unvollständig, solange sie bloße Optionen bleiben. (...) Warum suchen sie [die Bürger] die Arkadien des Stammes, der homogenen Nation? Weil die neuen Optionen ohne Tiefenstrukturen der Zugehörigkeit wenig Verbindlichkeit geben und wenig Sinn zu vermitteln scheinen“ (ibid.: 51).

40 Gemeint sind die früheren Länder des Warschauer Pakts.

Modernisierung, Staatlichkeit und politischer Wandel

Die Staatlichkeit ist ein Mantel, in dem die Modernisierung erst definiert werden kann. Dahrendorf sieht den „Nationalstaat als Gefäß für die Herrschaft des Rechts“ - somit kann die Modernisierung der Gesellschaft nur einen Sinn ergeben, wenn diese Gesellschaft einem Staat zugeordnet werden kann. Insofern ist es höchst problematisch, z. B. über die Modernisierung der kurdischen Gesellschaft in der Türkei oder im Irak zu sprechen. Jedenfalls fand die Frage der Modernisierung in Bezug auf Territorialität, zumindest in den Gesellschaften wie der kurdischen, bisher keine Beachtung. Kreckel, hinweisend auf Habermas' Überlegungen, meint, dass „die den Mitgliedern eines Staates zugeschriebene kollektive Identität eine territorial begrenzte, partikulare Identität“ sei und zu den komplexen, modernen Gesellschaften nicht passen könne. (Kreckel 1991: 371). Kreckel fährt aber fort:

„Die heutige Weltgesellschaft ist als eine Welt von souveränen Einzelstaaten konstruiert. (...) Das heißt, der Nationalstaat ist der wichtigste institutionelle Garant des weltweiten Systems *territorialer Ungleichheit*.“ (ibid.: 376).

Und Ulrich Beck hinterfragt den Begriff »Gesellschaft« im Zusammenhang der Europäisierung und fragt:

„Der Begriff „Gesellschaft“ setzt klare nationalstaatlich kontrollierte Grenzen voraus. Wie jedoch ist eine europäische „Gesellschaft“ mit variablen Grenzen und damit variablen Innen-Außen-Verhältnissen zu begreifen?“ (Beck 2005: 3).

Was Beck für Europa in Frage stellt, kann durchaus, diesmal in umgekehrter Reihenfolge, für Kurdistan gelten.

Hier gibt es einen Widerspruch, der aber im Rahmen dieser Arbeit nicht behandelt werden kann. Dennoch steht fest, dass die Modernisierung der kurdischen Gesellschaft in den vier Staaten mit kurdischer Bevölkerung nicht zusammenhängend betrachtet werden kann. Der Grund ist der Nationalstaat, genauer gesagt: sind vier Nationalstaaten, die über ein viergeteiltes Kurdistan herrschen.

Auch der politische Wandel, ein wichtiger Bereich des sozialen Wandels, wird in Verbindung mit dem Begriff des Staates behandelt. (Almond 1969, Rokkan 1969, Merrit 1969). Almond definiert den politischen Wandel als Entwicklung von Kapazitäten, die ein politisches System vorher nicht besaß. (Almond 1969: 216). Er nennt vier Bereiche, in denen dies geschieht: »Integrations- und Mobilitätskapazitäten«, »internationale Anpassungskapazitäten«, »Beteiligungskapazitäten«, sowie »Wohlfahrts- und Umverteilungskapazitäten«, (ibid.: 216f). Dabei kennzeichnen die ersten beiden die Bildung von gemeinsamen Identitäten, d.h. Staaten, die letzten beiden dann den weiteren Wandel in Richtung »Moderne«. Schließlich definiert er sieben Formen der politischen [Staats]-Systeme – von »traditionalen« bis hin zu den »stabilen Demokratien«. (ibid.: 221).

Auch bei Rokkan und Merritt wird »Staaten- und Nationenbildung« als politischer Wandel thematisiert. Rokkan beschreibt drei Phasen, die jeweils in Verbindung mit Krisen bzw. Herausforderungen – bestimmten Entwicklungsphasen – behandelt werden: „State-building, Nation-building, Consolidation of System“. (Rokkan 1969: 233f).

In dieser Kategorisierung kann eine Gesellschaft wie die kurdische kaum Platz finden.

Entwicklung und Krisenhaftigkeit

Diese allgemeine Verbindung von Wandel und Staatlichkeit ist in der Tat ein Problembereich, der im Falle Kurdistans deutlich wird. Gesellschaftlicher Wandel ist offensichtlich krisenhaft bzw. die Krise offenbart die Probleme der Transformation der traditionellen Gesellschaften, also auch Kurdistans. Dahrendorf unterscheidet zwei Typen der Konflikte, analog zu den »Quellen des Wandels«, die „von außen (...) heran- (oder in sie hinein-) getragene, *exogene Konflikte*, und (...) in [ihr] selbst erzeugte, *endogene Konflikte*.“ (Dahrendorf 1969: 109). Im Allgemeinen sei der „Ursprung sozialer Konflikte in den Herrschaftsverhältnissen“ zu suchen. (ibid.: 114). Nach Dahrendorfs »Modell der Konflikttheorie« gibt es in Herrschaftsverbänden positive und negative »Quasigruppen«, die sich in *Interessengruppen* organisieren. Der Konflikt entstehe zwischen diesen positiven - Erhaltung des Status quo - und negativen - Veränderung des Status quo - Kräften. (ibid.: 116). Mit dem Hinweis auf die Ereignisse in der ehemaligen DDR (17. Juni 1953) und in Ungarn 1956 schreibt Dahrendorf, dass in »totalitären Staaten« der soziale Konflikt unterdrückt wird:

„Unter dem Gesichtspunkt der Bedingungen des Strukturwandels heißt dies, daß politische Konflikte in totalitären Staaten mehr und mehr auf die vollständige und plötzliche Ersetzung der herrschenden Klassen abzielen.“ (ibid.: 119 f).

In Kurdistan besteht die Krisenhaftigkeit darin, dass die traditionellen Strukturen, die weitgehend zerstört oder zusammengebrochen sind, nicht schnell genug durch Neues ersetzt werden. Ein zusätzliches Problem taucht hier besonders auf: Der Charakter der neuen Strukturen – sind sie demokratisch oder charismatisch oder doch noch traditionell? Die weitgehende Zerstörung der traditionellen Strukturen kann auch in Verbindung von Nationenbildung und krisenhaftem Wandel betrachtet werden. Hinweise darauf geben die Entwicklungen in vielen europäischen Ländern wie Finnland, der Schweiz, der Tschechoslowakei vor der Teilung Ende 1992 oder wie in Schottland (Großbritannien) und in Indien.

Rokkan weist auf das von Karl Deutsch entwickelte Modell hin, das Erklärungen zur kulturellen und territorialen Integration liefert. (Rokkan 1969: 231f). Bei diesem Modell handelt es sich um Mobilisierungs- bzw. Assimilationsraten in der Form, dass je mehr in diesen beiden Kategorien Fortschritte erzielt wurden, desto mehr die Integration der betreffenden Gruppe (z. B. die Kurden im Irak) erreicht wird. Rokkan weist in diesem Zusammenhang auch auf die Forschungen von Almond und Pye hin und berichtet von

sechs »Entwicklungskrisen«, mit denen „(...) Jede Elite, die ein politisches System stabilisieren will“, konfrontiert ist. Diese sind in drei aufeinander folgende Phasen unterteilt: Penetration und Integration (Staatenbildung), Identitätsbildung und Legitimität (Nationenbildung), politische Beteiligung und Umverteilung (Konsolidierung). Hier wird darauf hingewiesen, dass diese Sequenzierung, anders als in Europa, in den nach der französischen Revolution bzw. nach der Kolonialzeit entstandenen Staaten „sichtbar anders als die früheren Sequenzen“ war, und zwar „in der Regel folgten sie in kumulativer Form in kurzen Abständen aufeinander“⁴¹. (ibid.: 233ff).

„Ein Desiderat des Verständnisses ganzer Gesellschaften ist, diese Thematik Individuum-Gesellschaft (Staatsbürger-moderne Industriegesellschaft) in die Debatte einzubeziehen.“ (Gerhardt 2005: 62).

Was Gerhardt als Problem einer westlichen Gesellschaft (Deutschlands) thematisiert, muss auch als eines der großen Defizite der Nahostgesellschaften bzw. Kurdistans betrachtet werden.

Wandel und Privilegien

Der Wandel bedeutet auch die Überwindung von *Privilegierung wegen Abstammung* – ersetzt wird dies durch das Leistungsprinzip (Parsons). Das Thema Privilegien und Modernisierung behandelt Reinhard Bendix mit folgenden Worten:

„Wo immer die Modernisierung stattgefunden hat, ist sie aus sozialen Strukturen hervorgegangen, deren Ungleichheiten auf Verwandtschaftsbindungen, erbten Privilegien und traditionaler Herrschaft unterschiedlicher Stabilität beruhten. Die vorindustriellen Gesellschaften sind durch die Hierarchie erbter Positionen gekennzeichnet; hier liegen ihre gemeinsamen Elemente. Die Zerstörung dieser Merkmale der alten Ordnung und die anschließende Ausdehnung der Gleichheit betrachten wir heute als ein Gütezeichen der Modernisierung.“ (Bendix 1969: 505)

Es fällt den Eliten wahrlich schwer, auf ihre bisher gesicherten Privilegien zu verzichten, was in Folge zu Spannungen führt. Hinweisend auf die »Modernisierung«, die durch das Eindringen von „Ideen und Techniken von entwickelten Gesellschaften in die Nachzüglergesellschaften“ beschleunigt wird, betont Bendix, dass der Graben zwischen den Gebildeten und den Ungebildeten breiter wird. (ibid.: 507 ff).

Eine allgemeine Grundlage zur Überwindung dieser Situation scheint die Erweiterung der Allgemeinbildung zu sein. Es wird angenommen, dass je mehr das Analphabetentum verschwindet, desto mehr eine soziale Differenzierung möglich ist. Diese Annahme liegt auch dem Konzept der »Millennium Development Goals (MDG)« zugrunde⁴². Dennoch ist

41 Diese Feststellung könnte eine Erklärung dafür liefern, dass die Entwicklung der Kurdenproblematik in der Türkei und im Iran anders verlaufen ist als im Irak. Die Türkei (als Nachfolger des Osmanischen Reiches) und der Iran sind sehr alte Staaten, während Irak erst nach dem Ersten Weltkrieg entstand.

42 MDG – “United Nations Millennium Declaration” vom 8. September 2000 – (UN 2000).

dieser Versuch nicht ganz unproblematisch. Bendix weist auf die Ambivalenz ähnlicher Versuche hin:

„Für rückständige Länder ist es gleichermaßen typisch, daß sie große Bildungsinvestitionen vornehmen, um die Entwicklungslücke zu überbrücken, und daß die Intelligenz intensiv damit beschäftigt ist, Auswege aus der Rückständigkeit zu finden. Typischerweise ist diese Suche ambivalent: die Ambivalenz besteht darin, daß der überkommene Charakter der eigenen Kultur bewahrt und gestärkt und gleichzeitig die Lücke geschlossen werden soll, die durch die fortgeschrittene Entwicklung der Bezugsgesellschaft(en) geschaffen wurde.“ (ibid.: 510).

Diese Ambivalenz beschreibt Schlumberger für die wirtschaftliche Entwicklung in den Nahostgesellschaften, insbesondere für die arabischen Staaten, als „patrimonialer Kapitalismus“. Als eine wichtige Eigenschaft dieser Gesellschaften würden die »informellen Werte« und die »formellen Regeln« konkurrieren, anstatt in »wechselseitig sich verstärkendem Zusammenhang« zu stehen. Dies lasse eine wirtschaftliche Entwicklung im Sinne der »Marktwirtschaften westlicher Prägung« nicht zu, denn diese brauche formelle Regeln und Gesetze. Schlumberger interpretiert dies „als logische Konsequenz (...) eines patriarchalischen Gesellschaftsgefüges“. (Schlumberger 2005: 369ff).

3.2.2 »Liminalität und Communitas« - undefiniertheit und Instabilität im Modernisierungsprozess

Victor Turner, der berühmte und einflussreiche schottische Ethnologe, beschreibt in seiner Aufsatzsammlung »The Ritual Process, Structure and Anti-Structure« einen Schwellenzustand der gesellschaftlichen Riten, die er »Liminalität« nennt. Diesen Begriff, oder die Begriffe »präliminal, liminal und postliminal⁴³« übernimmt er von Arnold van Gennep, einem französischen Ethnologen:

„Zur Bezeichnung der rituellen Phasen bediente er [Van Gennep] sich hauptsächlich der Begriffe *Trennungs-*, *Schwellen-* und *Angliederungsphase*; zur Bezeichnung räumlicher Übergänge hauptsächlich der Begriffe präliminal, liminal und postliminal.“ (Turner 2005: 159).

Turner wandte „(...) das Konzept der Liminalität (...) auf Rituale postindustrieller Gesellschaften, auf politisch-historische Umbruchszeiten, auf soziale Außenseiter (...) an.“ (ibid.:198)⁴⁴. Turner beendet sein Buch mit der folgenden Bemerkung:

43 Der Begriff »Liminalität« stammt aus dem Lateinischen »limen«, Schwelle.

44 In »Nachwort« von Sylvia M. Schomburg-Scherff, Seiten 198-206.

„Gesellschaft (societas) scheint eher ein Prozeß als eine Sache zu sein – ein dialektischer Prozeß mit aufeinanderfolgenden Struktur- und Communitasphasen.“ (ibid.:193).

Der Begriff Liminalität beschreibt also eine Zwischenphase eines gesellschaftlichen Prozesses, in dem die herrschende bzw. vorhandene Struktur ausgesetzt ist. Bezeichnend ist, dass nach dieser Phase die vorher gültige Struktur von einer anderen, einer neuen Struktur ersetzt wird. In „the ritual process“ von Turner zählt das Kind nach dem Ritual zu den Erwachsenen; indem die Person aus ihrem kindlichen Status in den Status des Erwachsenen überwechselt, gelten vor und nach dem Ritual für diese Person unterschiedliche Regeln. Während des Rituals herrschen weder die Regeln des Kindseins noch die des Erwachseneins. Damit wurde die Struktur durch die Anti-Struktur negiert, um eine neue Struktur herbei zu führen. Person(en) oder der Personenkreis wird von Turner ‚communitas‘ genannt, die das Feld der Anti-Struktur betritt und am Ende ihren Status wechselt. Für die Zwecke der Erklärung der Nachkrisenphase sind diese beiden Begriffe *Liminalität* und *Communitas* von großer Bedeutung. Turner schreibt dazu:

„Die Eigenschaften des Schwellenzustands (der „Liminalität“) oder von Schwellenpersonen („Grenzgängern“) sind notwendigerweise unbestimmt, da dieser Zustand und diese Personen durch das Netz der Klassifikationen, die normalerweise Zustände und Positionen im kulturellen Raum fixieren, hindurch schlüpfen. Schwellenwesen sind weder hier noch da; sie sind weder das eine noch das andere, sondern befinden sich zwischen den vom Gesetz, der Tradition, der Konvention und dem Zeremonial fixierten Positionen.“

„(...) Es ist, als ob hier zwei Haupt-»Modelle« menschlicher Sozialbeziehungen auftauchen, die nebeneinander bestehen und einander abwechseln. Das erste Modell stellt Gesellschaft als strukturiertes, differenziertes und oft hierarchisch gegliedertes System politischer, rechtlicher und wirtschaftlicher Positionen mit vielen Arten der Bewertung dar, die die Menschen im Sinne eines »Mehr« oder »Weniger« trennen. Das zweite Modell, das in der Schwellenphase deutlich erkennbar wird, ist das der Gesellschaft als unstrukturierte oder rudimentär strukturierte und relativ undifferenzierte Gemeinschaft, *comitatus*, oder auch als Gemeinschaft Gleicher, die sich gemeinsam der allgemeinen Autorität der rituellen Ältesten unterwerfen. (...) Ich ziehe das lateinische Wort »Communitas« dem Wort »Gemeinschaft« vor, weil ich diese Form der Sozialbeziehung vom »Bereich des Alltagslebens« unterscheiden möchte.“ (Turner 2005: 95ff).

Dieser Zustand der Unklarheiten beschreibt sowohl das Machtvakuum nach der Krise, z.B. den Schwellenzustand im Irak, wie auch die Betroffenen dieser Periode, insbesondere die Rückkehrer aus dem Exil. Machtvakuum ist kennzeichnend für das »zweite Modell – *comitatus*« von Turner, das weitgehend unstrukturiert ist und

durch keine gesellschaftlichen Institutionen maßgeblich gesteuert wird. Rückkehrer, Vertriebene, Obdachlose etc. sind »communitas« in der Liminalitätsphase. Ihr Status ist nicht definiert und damit der Status ihres Lebensraumes auch nicht! Solange dieser Status von *Communitas-Sein* nicht verändert oder überwunden ist, wird die Neu-Strukturierung (z.B. des ländlichen Raumes in Kurdistan) nicht möglich sein.

Auf der anderen Seite ist, „sie [die Kraft der »Communitas«] der Ursprung aller Struktur“, (Turner 2005: 204, Nachwort von Sylvia M. Schomburg-Scherff). Hier entstehen auch die verbindenden Elemente unter den Betroffenen, die in dieser Phase die Grundlage für eine Konsensbildung sind, die die Bildung von neuen Strukturen ermöglicht. Liminalität bzw. Liminalitätsphase beinhaltet *die nötige Kraft für den Wiederaufbau*. Hier ist der Enthusiasmus der Rückkehrer (Sinemillioglu 2001) ein Beleg dafür; d.h. er bietet die besten Voraussetzungen und Energien dafür, neue Strukturen aufzubauen. Die Frage ist, wie dafür gesorgt werden kann, dass diese Strukturen zukunftsorientiert sind. Die Antworten auf diese Frage dürften für manche Nachkriegsgesellschaften – auch für die kurdische Gesellschaft – nicht einfach sondern sehr komplex sein. Denn diese Gesellschaften durchleben offensichtlich einen ‚Dauerzustand des »communitas«-Seins‘, wenn z.B. die Entwicklung in Kurdistan oder in Palästina im letzten Jahrhundert betrachtet wird, die ein treffendes Beispiel für die Beschreibung von Turner ist:

„Zu den auffallenderen Erscheinungsformen der *Communitas* zählen die sogenannten millenarischen religiösen Bewegungen, die dort entstehen, wo, wie Norman Cohn (1961) schreibt, es »entwurzelte und hoffnungslose, am Rand der Gesellschaft [d.h. der strukturierten Gesellschaft] [diese Anmerkung gehört Turner – AdV] oder wo ehemalige Stammesgesellschaften unter die Fremdherrschaft komplexer Industriegesellschaften geraten.“ (Turner 2005: 109).

Tatsächlich entspricht die kurdische Gesellschaft dieser These, auch wenn die Aussage von Turner – wie im Folgenden umformuliert – die Lage in Kurdistan besser beschreiben würde: „... wo ehemalige Stammesgesellschaften unter die Fremdherrschaft komplexer Gesellschaften geraten“, darunter auch Industriegesellschaften, wie die Englische im Irak, insbesondere in der Periode nach dem Zerfall des Osmanischen Reiches, das ebenso eine komplexe Organisationform hatte.

3.2.3 Wiederaufbau und sozialer Wandel: Kontinuitäten und Diskontinuitäten im gesellschaftlichen Veränderungsprozess

Am Beginn dieses Kapitels wurde die Dualität des Begriffes Wiederaufbau thematisiert und in diesem Zusammenhang wurde auf die Konzepte von Geertz' »Modell von Wirklichkeit« und »Modell für Wirklichkeit« hingewiesen. Was ist also Wiederaufbau? Die Semantik des Wortes ist *neuer Aufbau* (Wahrig, 2001). Doch, was ist mit diesem „neuen Aufbau“ gemeint? Duden-Oxford übersetzt das Wort Wiederaufbau mit „reconstruction, rebuilding“ ins Englische (Duden-Oxford 1999). Das Oxford Dictionary erklärt den Begriff *reconstruction* folgendermaßen:

“(1) the process of putting sth [something] back into the state it was in before
(2) the activity of building again sth that has been damaged or destroyed” (Oxford 2000).

Der “Wiederaufbau“ bedeutet also etwas *wieder herstellen*. Hier drängt sich die Frage auf, ob der Begriff *Wiederaufbau* in diesem engeren Sinn die Antworten für die Zukunft beinhalten kann? Denn die Krise hat neue Sichtweisen bewirkt, neue Bedürfnisse verursacht und neue Voraussetzungen geschaffen, die sich von den materiellen Bedingungen und menschlichen Vorstellungen der Vorkrisenzeit erheblich unterscheiden. Kann also Wiederaufbau nur die Wiederherstellung des Standes der Vorkrisenzeit bedeuten? Wird alles so funktionieren, wie es war, wenn lediglich die Straßen und Gebäude repariert oder wiederhergestellt, also in den einst bestandenen Zustand versetzt werden?

Um diese Frage zu beantworten, ist es hilfreich, die Diskussion um den Begriff „Wiederaufbau“ über die Zeit von 1945 bis 1949 in Deutschland zu reflektieren. Günter Schulz beschreibt die Problematik mit folgenden Worten:

„Wiederaufbau‘ ist ein schillernder Begriff. Er bezeichnet die originalgetreue Wiederherstellung älterer Verhältnisse und Strukturen – etwa den Wiederaufbau einer zerstörten Kirche nach den alten Plänen. (...) Im weiteren Sinne jedoch (...) bezeichnet ‚Wiederaufbau‘ auch die Wiederherstellung der Funktionsfähigkeit eines Systems im Allgemeinen, ohne die Einzelheiten zu präjudizieren.“ (Schulz 1994: 19)

H.-J. Rupieper beschreibt die Demokratisierungsversuche der Nachkriegszeit in Deutschland als »eine Neuorientierung der Gesellschaft nach zwölf Jahren Diktatur«. (Rupieper 1993: 16). Marita Krauss benutzt den Begriff „»konstruktive« Transformation“, um die Nachkriegsperiode in Deutschland am Beispiel der amerikanischen Politik in Bayern zu beschreiben. Diese Autorin gibt die verschiedenen Meinungen über diese Periode mit den Begriffen wie „Aufbruchszeit“, „Inkubationszeit des Neuen“ oder „Übergang in die neue Zeit, die Umkehr, die Katharsis“ wieder. (Krauss 2007: 59ff). Zilleßen beschreibt diese Periode als „ein Neubeginn mit Vergangenheit in mindestens zweifacher Weise: ein Neubeginn mit Menschen (...) [und] in materieller Hinsicht“. (Zilleßen 1986:13). „Wiederanfang“, „Neubeginn“ und „Stunde Null“ sind beherrschende Begriffe, die für Deutschland benutzt werden.

Vor allem „Die Stunde Null“ ist ein Begriff, der über die Nachkriegsperiode hinaus in Deutschland zu einem festen Begriff wurde. „Die Stunde Null?“ ist der Obertitel eines Symposiums „im Rahmen der Ossietzky-Tage ’85 am 3. Mai 1985“ an der Universität Oldenburg. „Soziologie der Stunde Null“ oder „Die lange Stunde Null“ sind Buchtitel von der Professorin Uta Gerhardt und Co-AutorInnen. (Kraiker 1986; Gerhardt 2005; Braun u.a. 2007). Die Diskussion um diese Metapher zeigt, dass keineswegs Einigkeit über seinen Inhalt herrscht.

Z. B. lehnt Abelshauer ab, von der „Stunde Null“ zu sprechen, wenn es um die wirtschaftliche Entwicklung geht mit folgender Bemerkung:

„Die Kontinuität der wirtschaftlichen Entwicklung, (...), verbietet es, die Wirtschaftsgeschichte der Bundesrepublik Deutschland in einer Stunde Null beginnen zu lassen.“ (Abelshauer 2005/1: 22).

Hier wird klar, dass, auch wenn unter dem Begriff Wiederaufbau sehr viel Unterschiedliches verstanden wird, es im Wesentlichen um eine Neuorientierung in der gesamtgesellschaftlichen Entwicklung geht. Gerhard Kraiker benennt drei Bereiche für Nachkriegsdeutschland, in denen sich ein Neuanfang abspielte: (1) das Ingangsetzen der Industriebetriebe durch die Belegschaft oft auch ohne Firmenleitung; (2) die herausragende Rolle der Frauen im Wirtschaftsprozess entgegen der nationalsozialistischen Ideologie; und (3) die Tatsache der »personellen Kontinuität bzw. Diskontinuität der Machtelite«, z.B. an den Universitäten⁴⁵. (Kraiker 1986: 9). „Es war aber eine Stunde nahe Null in materieller Hinsicht“ heißt es in dem Beitrag von Dr. H. Zilleßen an dem o.g. Symposium, und eine Reihe der Zerstörungen wird aufgelistet. (Zilleßen in Kraiker, 1986:13). Zilleßen merkt an:

„... Es war tatsächlich ein Neubeginn mit Vergangenheit in mindestens zweifacher Weise: ein Neubeginn mit Menschen [ddVh], deren politisches Weltbild stark durch Wertorientierungen geprägt war, die den Nationalsozialismus heraufgeführt und getragen hatten. Es war aber auch, wie Thomas Mann es am 10. Mai 1945 formuliert hat, die Rückkehr Deutschlands zur Menschlichkeit, d.h. die Anknüpfung an geistige und moralische Traditionen, die der Nationalsozialismus nicht hat vernichten können, auch wenn er viele ihrer Träger – wie Carl von Ossietzky – ermordet hat.“ (ibid.)

Der Wiederaufbau im Sinne von „Neubeginn“ hat demnach mit zwei Sphären zu tun: *mit Menschen*, die die zerstörerische Krise durchgemacht haben, und auch durch die Krise bzw. durch die Leitbilder während der Krise zumindest teilweise, geprägt sind und *das materielle Umfeld*, das beinahe vollkommen oder teilweise zerstört ist.

Beim näheren Betrachten der Sphäre ‚Mensch‘ fällt auf, dass das Wirken der Leitbilder aus der Vergangenheit viel komplizierter ist, als es zu sein scheint. Diese Leitbilder stellen eine Sehnsucht nach den „guten alten Zeiten“ dar. Sie sind:

- a. nicht konform mit der aktuellen Orientierung – Besatzer haben das Sagen und sie bestimmen das Geschehen– Fall Deutschland oder
- b. wieder im Trend, also konform mit der aktuellen Orientierung – Fall Kurdistan.

Bei der Sphäre Mensch kann also von einer absoluten „Stunde Null“ nicht die Rede sein, da die Menschen vielfältige Werte und Verhaltenstendenzen mit sich tragen⁴⁶,

45 „Daß die von jüdischen und kritischen Wissenschaftler ‚gesäuberten‘ Universitäten ... (teilweise über 60 Prozent) der Professoren, die im Zuge der Entnazifizierung des Amtes zumindest vorläufig enthoben.“

46 Man könnte fast sagen „mitschleppen“!

die ihre Orientierung beeinflussen. Der Grad dieses Einflusses ist durch die Faktoren bestimmt, die beim Neubeginn die Zielrichtung definieren. Dabei kommt es auf die Gestaltung bzw. Orientierung der Institutionen des politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens an, wie sie sich die Alliierten-Kräfte für Deutschland vorgenommen hatten (siehe auch Abschnitt 3.4). Dahrendorf schreibt über die Kontinuitäten in Großbritannien Folgendes:

„In der Tat ist die Kontinuität das Kernstück der Ligaturen, die der Bürgerschaft und der offenen Gesellschaft in Großbritannien zugrunde liegen. Ein Verfassungsprinzip wie die «Souveränität der Königin im Parlament» bringt das gut zum Ausdruck: es gibt noch den Souverän, aber er oder sie hat großmütig zugelassen, dass ihre Vorrechte von einem gewählten Parlament ausgeübt werden. Britanniens brilliantester Beitrag zur sozialen und politischen Geschichte könnte durchaus in der Verbindung alter Institutionen mit neuen Erfordernissen liegen.“ (Dahrendorf 2004: 53).

Die Krise bringt diese Ligaturen durcheinander, dadurch wird es notwendig, in den oben genannten gesellschaftlichen Bereichen die »Ligaturen« zu erfassen und neu zu ordnen.

Kontinuität und räumliche Wahrnehmung

Hinsichtlich des materiellen Umfeldes wird von einer beinahe vollkommenen Zerstörung ausgegangen (vergl.: Kraiker 1986, Kassel 1946, Schildt 2003, Zolling 2005). Dennoch bedarf diese Annahme näherer Betrachtung. Es steht außer Frage, dass das Ausmaß der Zerstörung in Deutschland unermesslich war. Nicht nur die Ruinen in den Siedlungen, sondern ganze Versorgungs- und Infrastrukturbereiche lagen in Schutt und Asche. Die Fakten machen deutlich, dass die totale Zerstörung nicht wörtlich gemeint ist. Die Straßen, der Wohnraum, Fabriken, der Untertagebau von Kohle etc. waren schwer beschädigt – waren aber weiterhin existent. Zwei Karten über die Nutzungsräume vor und nach der Zerstörung würden sich nicht wesentlich voneinander unterscheiden. Dieses Beispiel macht deutlich, dass die Zerstörung im Wesentlichen die Objekte betrifft – weniger, im Sinne des o.g. Beispiels, die räumlichen Strukturen.

Eigentumsverhältnisse stellen einen wichtigen Bereich der gesellschaftlichen Ordnung dar, wenn es sich um die Frage der Kontinuitäten bzw. Diskontinuitäten nach der Krise handelt. Haben Krise und Zerstörung die Eigentumsverhältnisse verändert? Die Antwort auf diese Frage für Deutschland, d.h. das Gebiet der amerikanischen, britischen und französischen Zone, ist eindeutig:

„Die Eigentumsverhältnisse veränderten sich nach Kriegsende kaum. Das noch vorhandene Privateigentum blieb erhalten und wurde gefördert.“ (Ambrosius, 1977: 9).

Dies gilt, auch wenn in bestimmten Bereichen die Eigentumsfrage neu geregelt werden musste⁴⁷ (Adamsen 1981:15).

Für Kurdistan scheint es auf diese Frage keineswegs eine klare Antwort zu geben. Hier spielt die Dualität der Machtverhältnisse eine entscheidende Rolle. Ist Kurdistan Teil von Irak, dann muss die Frage geklärt werden, wie mit den Enteignungen während der Deportationen umzugehen ist. Hier liegen Tendenzen vor, Stammesrecht erneut geltend zu machen, was dem jetzt noch geltenden Recht widerspricht.

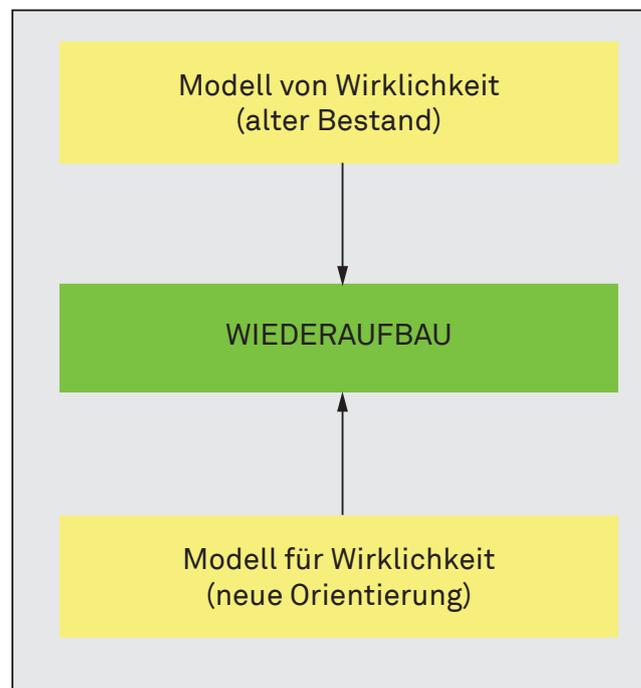


Abbildung 5 : Wiederaufbau als Wirkungsfeld von altem Bestand und neuer Orientierung.

Quelle: Eigene Darstellung

Abbildung 5 demonstriert potentielle Einflussmöglichkeiten der Vorkrisen-„Ordnung“ (Modelle von Wirklichkeit - alte, bestehende Kulturmuster), die prinzipiell davon abhängt, wie viel Neues (Modelle für Wirklichkeit – neue, verändernde Kulturmuster für die Zukunft) entgegengesetzt wird. (Geertz 1987: 51). Dies bedeutet, dass die Kontinuitäten-Frage auch davon abhängt, wie sich – in Kurdistan und ähnlichen Regionen, wo das Staatsgebilde undefiniert ist oder sich im Umbruch befindet – die exogenen Kräfte verhalten. Es ist im Falle Deutschlands bewiesen, dass die exogenen Kräfte massiv eingegriffen haben, die Gesellschaftsordnung neu zu definieren. (siehe Kapitel 4).

⁴⁷ Adamsen merkt an: „Noch immer war die Eigentumsfrage [bis 1952] in der Eisen- und Stahlindustrie und im Kohlenbergbau ungeklärt.“ (Adamsen 1981:15).

Zu dieser Feststellung bemerkt auch Ambrosius: „Wirtschaftsdemokratische Grundsätze wurden nur in der Montanindustrie verwirklicht und das Problem der Marktordnungen löste man durch die Rückkehr zu den Prinzipien einer wettbewerblichen Marktwirtschaft.“ (Ambrosius 1977: 9)

3.3 „Evolutionäre Universalien“ als gemeinsame Träger?

Die im Abschnitt 3.2.1 diskutierten Bedingungen des Wandels zeigen, dass in Kurdistan exogene Faktoren eine wesentliche Rolle spielen, was im Einklang mit den Ergebnissen aus Kapitel 2 steht. Exogene Entwicklungsfaktoren setzen die Nachzügler-Gesellschaften unter Druck, weil diese die Lücke zu den entwickelten Gesellschaften zu schließen versuchen – sie sind also unter Modernisierungsdruck. Daraus entwickelt sich eine komplexe Konfliktsituation, die dadurch gekennzeichnet ist, dass die traditionellen Strukturen überwunden und gleichzeitig umfassend „modernisiert“ werden. Die Modernisierung ist gekennzeichnet, nach Talcott Parsons, durch »evolutionäre Universalien«; d.h. gesellschaftliche Anpassungskapazität auf hohem Niveau anzustreben. (Parsons 1969b).

Parsons nennt die vier Merkmale der »primitiven« Stufe der gesellschaftlichen Entwicklung, nämlich Religion (als Träger von Tradition, Ritualen und Kulturmustern), Sprache (als Kommunikationsmedium), Verwandtschafts-Ordnungen (als soziale Organisation) und Technologie (als Mittel zu Anpassungsleistungen), die „Grundvoraussetzungen der Evolution von Kultur und Gesellschaft“. (ibid.: 57f). Auf diesem Grundzustand fußen nach Parsons sechs Universalien, die wie eine Leiter in Richtung moderner Gesellschaft führen.

Die nächsten zwei evolutionären Universalien, die soziale Schichtung (Beginn der Differenzierung) und die Legitimierung (politische Funktion), charakterisiert Parsons als Aufbruch aus dem primitiven Zustand der Gesellschaft:

„Schichtung und Legitimierung sind die evolutionären Universalien, die im Zusammenhang des Problems die askriptiven Verwandtschaftsbindungen und die »traditionalisierte« Kultur aufzubrechen, entwickelt werden.“ (ibid.: 62).

Nach der Herausbildung dieser beiden Universalien kristallisieren sich zwei weitere heraus, nämlich die »Bürokratie (Macht)« bzw. »Geld und Marktorganisation«. Sie bilden das rational-legale Herrschaftssystem.

„Ein Amt verlangt die Differenzierung der Rolle des Amtsinhabers von seinen anderen Rollenbezügen, insbesondere von seinen Verwandtschaftsrollen. Solange eine Funktion durch die Verpflichtungen des ererbten Verwandtschaftsstatus definiert ist, kann sie kein Amt in diesem Sinne sein.“ (ibid.: 63).

Geld und Marktorganisation sicherten die Mobilität der Ressourcen, indem sie Zwänge wie »Du gehorchst, oder...« politische Requirierung bzw. »als einer von uns ist es Deine Pflicht...« ethnische und religiöse Mitgliedschaften überwinden. (ibid.: 64).

Die letzten zwei evolutionären Universalien sind (a) »generelle universalistische Normen« Rechtsstaatlichkeit und (b) die »demokratische Assoziation« allgemeines Wahlrecht. Parsons sagt,

„daß die Entwicklung des generellen universalistischen Rechtssystems – mehr noch als die industrielle Revolution selbst – die moderne Ära der sozialen Evolution eingeleitet hat.“ (ibid.: 66).

Er fügt hinzu:

„Das Common Law und seine Übernahme und Fortbildung in der überseeischen englischsprachigen Welt begründete nicht nur die am weitesten entwickelte universalistische normative Ordnung, sondern war wahrscheinlich die entscheidende Erfindung der Moderne. Der universalistische Typus der Rechtsordnung ist meiner Meinung nach das wichtigste Einzelmerkmal der modernen Gesellschaft.“ (ibid.: 68).

Zu der demokratischen Assoziation bemerkt Parsons, dass eine nur allgemeine Legitimierung in hochdifferenzierten Gesellschaften nicht ausreicht:

„In dieser Hinsicht ist die entscheidende Funktion des Systems demokratischer Assoziation: die Beteiligung der Mitglieder bei der Auswahl der Führer und der Formulierung der Grundlinien der Politik zu regeln; zu sorgen für die Möglichkeit, sich Gehör zu verschaffen, Einfluss auszuüben und eine echte Wahl zwischen Alternativen zu haben.“ (ibid.: 70).

In der Parsonsschen Definition durchbricht die »soziale Schichtung« die verwandtschaftlichen Zuschreibungen und „die kulturelle Legitimierung entwickelt Institutionen, die sich aus der diffusen religiösen Tradition herauslösen. Die vier anderen Komplexe bilden die Grundlage der Struktur moderner Gesellschaften.“ (ibid.: 71f).

Der Vollständigkeit halber muss noch erwähnt werden, dass mit der Modernisierung westlicher Art noch mindestens zwei Konzepte konkurrieren. Das eine ist der sogenannte »Chinesische Weg«, das andere sind islamistische Experimente verschiedener Richtungen, allen voran die Praxis der »Iranisch-Islamischen Republik«⁴⁸. Für Irak und für Kurdistan/Irak sind die letzteren Konzepte von großer Bedeutung. Irak ist mehrheitlich schiitisch und die wichtigsten Heiligtümer des Schiitentums liegen im Irak (Karbala und Nejed). Es gibt schiitische Kräfte, die das Modell Irans zu übernehmen versuchen und die durch den Iran auch unterstützt werden. Die beiden Staaten sind nicht nur Nachbarn, es gibt auch, und dies ist für Kurdistan wahrscheinlich besonders wichtig, im Iran eine kurdische Bevölkerungsgruppe von beachtlicher Größe (siehe Kapitel 2). Der Iran wird nicht so leicht hinnehmen wollen, dass in Kurdistan/Irak das westliche Modell erfolgreich praktiziert wird, denn die kurdische Bevölkerung im Iran wird dadurch nicht unerheblich beeinflusst.

48 Die jüngsten Ereignisse während der Präsidentschaftswahlen im Iran zeigen erneut, dass das Thema hochaktuell ist; aber auch die Diskussionen anlässlich des 20sten Jahrestages der Ereignisse auf dem Tiananmen-Platz in China verdeutlichen die Konkurrenz der drei Konzepte.

Der »Chinesische Weg« ist dadurch gekennzeichnet, dass die sogenannte »sozialistische Marktwirtschaft« mit der strikten politischen Kontrolle der Einheitspartei gepaart ist. (Zapf 1994: 190f; Senghaas 1996: 78ff). Auch wenn in China die Einheitspartei das Adjektiv »kommunistische« trägt, ist die »Einheitspartei« für viele – auch nicht sozialistische – Länder in einer gewissen Übergangsphase fast typisch. Die wesentliche Tendenz dieser »Einheitsparteien« ist, dass sie Entwicklung und Wandel strikt unter ihrer Kontrolle gestalten wollen. Die Baath-Parteien in den arabischen Ländern oder die Regierungspartei CHP⁴⁹ in der Türkei sind typische Beispiele dafür. Dieses Modell unterscheidet sich von dem westlichen Entwicklungsmodell im Wesentlichen dadurch, dass hier das Element des Pluralismus, verbunden mit den Individualrechten, fehlt.

Was daraus folgt ist, dass die Konkurrenz der drei Modelle für Kurdistan im Irak von großer Bedeutung ist. Wenn man der Parsonsschen Beschreibung der Moderne durch die »evolutionären Universalien« Folge leistet, muss also noch geklärt werden, wo die kurdische Gesellschaft steht und ob Kurdistan in der Lage ist, die notwendigen Reformen durchzuführen, um an das Projekt »Moderne« im Sinne der pluralistischen Demokratie anzuschließen.

3.4 Wiederaufbau und Zielformulierung: Zusammenspiel externer und interner Einflussfaktoren

Wiederaufbau im Sinne von Überwindung und Beseitigung von Folgen der Krise braucht Konzepte, also Modelle für Wirklichkeit, zur gesellschaftlichen Neuorientierung. Diese umfassende Aufgabe braucht Ziele und Orientierungsleitfäden, die nur durch ein Zusammenwirken der exogenen wie der endogenen Kräfte erarbeitet werden können. Der *Wiederaufbau* ist in diesem Sinne das Konzept des gesellschaftlichen *Transformationsprozesses*. Dieses Konzept muss die Antworten auf die Modernisierung und Demokratisierung geben. Hier müssen viele Fragen beantwortet werden und vor allem, im Bezug auf die konkurrierenden drei Entwicklungsmodelle, muss die Rolle des Staates im Wandlungsprozess geklärt werden. Dies scheint der Kernpunkt des Prozesses eines Wandels zu sein. In der westlichen Staatsphilosophie seit der industriellen Revolution hat der Staat im gesellschaftlichen Leben eine möglichst geringe Rolle zu spielen. Insbesondere im Bereich Wirtschaft ist die Rolle des Staates neu definiert, z. B.: „Die Fusion zwischen Staat und Wirtschaft ist aufzuheben“ (Parsons in Gerhardt 2005: 227). So war die Orientierung für die Reorganisation des Wirtschaftslebens im Nachkriegsdeutschland, während die Rolle des Staates im Irak – so auch in Kurdistan – völlig anders definiert ist: Es wird geschätzt, dass in Kurdistan 68% der Beschäftigten Staatsbedienstete sind⁵⁰. (Sinemillioglu 2008).

Im Bezug auf die Entwicklung in Kurdistan gibt es eine weitere Besonderheit, die oben als *Dualität der Macht* beschrieben wurde. Diese dualen Machtverhältnisse im

49 »Cumhuriyet Halk Partisi«, Republikanische Volkspartei. (Kreiser 2008: 208f).

50 Dies ist mit größter Wahrscheinlichkeit auch im übrigen Irak der Fall.

Staat sind aufzuheben, denn hier liegen erhebliche Gefahren für den gesellschaftlichen Transformationsprozess. Vor allem, wenn es sich um den Nationalitäten-Konflikt handelt, droht eine Wiederkehr der Krise, die zu einem instabilen Staatswesen führt und damit die Entwicklung und Anpassung von Rahmenbedingungen erschwert. (Siehe Abbildung 3 auf Seite 44). Die Aufhebung dualer Machtverhältnisse kann durch die endogenen Kräfte in solchen Konfliktsituationen oft nicht allein geleistet werden. Dafür gibt es Beispiele wie Kosovo und Osttimor, wo externe Interventionen Lösungen herbeiführen konnten (siehe auch Kapitel 5); oder wie Somalia und Palästina, wo die Wiederkehr der Krise nicht verhindert werden konnte. Damit diese umfassenden Aufgaben in allen Fällen bewältigt werden können, muss die Rolle der exogenen Einflussfaktoren und die der endogenen Potentiale sorgfältig miteinander verknüpft werden.

3.4.1 Exogene Kräfte und Wiederaufbau

Wiederaufbau bedeutet die Überwindung der liminalen Phase der gesellschaftlichen Entwicklung, in der vieles neu zu definieren ist. Diese Phase ist dadurch gekennzeichnet, dass die endogenen Kräfte, zumindest teilweise, nicht in der Lage sind, den Neuanfang zu gestalten. Diese Kräfte sind wie in Kurdistan geschwächt und zerstritten; sie fehlen ganz oder sie müssen erst formiert werden wie in Nachkriegsdeutschland.

Es muss unterschieden werden zwischen exogenen Kräften und exogenen Faktoren. Die exogenen Kräfte können hier als die Intervenierer (Interventionsmächte oder –kräfte) verstanden werden – das gilt für die Alliierten in Deutschland, die Alliierten zusammen mit den UN-Organisationen in Kurdistan und die UNO-Mandate in Kosovo bzw. in Osttimor. Dagegen wird der Begriff der exogenen Faktoren sehr weit gefasst und im Allgemeinen als die „Prozesse der Kulturdiffusion / exogene »Anleihen« bestimmter kultureller Errungenschaften“ (Parsons) definiert. (Siehe 3.2.1 auf Seite 51).

Hier geht es ganz konkret um die aktive Gestaltung der »Anleihen« durch die Alliierten. Die kulturellen Errungenschaften der entwickelten Gesellschaften (im Sinne von »evolutionären Universalien«) haben eine konkrete und direkte Möglichkeit, die Prinzipien der zukünftigen Entwicklung zu beeinflussen. Hier geht es nicht um die Frage, ob dies geschieht; vielmehr geht es um die Frage, wie bewusst und zielgerichtet dies gestaltet wird oder werden kann. Denn die Kulturdiffusion findet unter allen möglichen Umständen und ungleichmäßig statt. Ein gutes Beispiel ist das Überschwappen der Technologien, die vielfältige Folgen mit sich bringen, z. B. der Traktor in der Landwirtschaft, oder, im Sinne von Nagib Machfus, die westlichen Kulturmuster, die den

„Durchschnittsmoslem“ durcheinander bringen⁵¹.

Dabei stellt sich die viel diskutierte Frage, ob diese Interventionen berechtigt sind. Dennoch finden die Interventionen aus unterschiedlichen Gründen statt, ohne auf die Frage der *Berechtigung* eine Antwort zu suchen. Das Regelwerk, das im Rahmen der UN-Charta behandelt wird, ist sehr kompliziert. Hier gibt es vermehrt Stimmen, die Interventionen für unumgänglich halten, jedoch hinzufügen, dass diese durch eine gestärkte UNO erfolgen sollen⁵². (vergl. Radermacher 2008, Evans 2008). Die kurdische Politik findet die amerikanischen Interventionen im Irak berechtigt, das gleiche gilt für die Kosovaren oder für Osttimor, die jeweils die Interventionen von außen willkommen hießen. Es gibt auch Meinungen, die die Interventionen von Außen strikt ablehnen. Die offizielle Meinung in China ist dagegen, z.B. in Birma zu intervenieren, wie Gareth Evans, Präsident der ‚International Crisis Group‘ in Brüssel, notiert:

„Im vergangenen Jahr [2007], als das brutale Vorgehen des Regimes in Birma gegen die protestierenden Mönche seinen Höhepunkt erreicht hatte, wurde ein bekannter chinesischer Universitätsprofessor aus Shanghai in einer amerikanischen Zeitung mit folgendem Satz zitiert: ‚China hat Panzer eingesetzt, um die Menschen am Platz des Himmlischen Friedens zu töten. Auch die birmanischen Herrscher haben das Recht, ihre eigenen Leute zu töten.‘“ (Evans 2008).

Auch wenn die Frage der „Berechtigung“ keine eindeutige Antwort findet, gilt für die Kurden, Kosovaren und die Bewohner von Osttimor eine große Akzeptanz gegenüber der Intervention von außen. Diese Akzeptanz bildet die Grundlage für eine wirksame Gestaltung von Kulturmustern durch die Intervenierer. (siehe auch Kapitel 11).

3.4.2 Endogene Dynamik und Potentiale

Der Wiederaufbauprozess ist eine enorme Herausforderung für die Gesellschaft in allen Bereichen des Lebens. Die materiellen Nöte, die psychischen Belastungen, die Verschiebung der Bevölkerungsstruktur und weitere Defizite im Alltagsleben sind große

51 „Der Autor Nagib Machfus hat in einem Artikel auf bildhafte Weise die Verwirrung und Verunsicherung eines typischen Bewohners von Kairo geschildert. Nolens volens ist dieser Muslim mit den alltäglichen Absurditäten und Paradoxien konfrontiert, die sich aus dem langen historischen Prozess der Verweltlichung ergeben und die für die meisten Beobachter nur indirekt, wie durch eine blinde Glasscheibe zu erkennen sind. ‚Er führt ein modernes Leben. Das Zivil- und Strafrecht, das er zu beachten hat, kommt aus dem Westen; zugleich nimmt er teil an einem undurchschaubaren Gemenge von Handlungen des sozialen und wirtschaftlichen Austauschs, von denen er nie weiß, in welchem Ausmaß sie mit seinem Glauben, dem Islam, im Einklang stehen. Das Leben geht seinen Gang, er lässt sich treiben und vergisst sein Unbehagen eine Weile, aber dann, eines Freitags, hört er die Predigt des Imams oder schlägt die Religionsseite in der Zeitung auf – und plötzlich wird sein Unbehagen zu einer Art von Angst. Er begreift, dass ihm diese neue Gesellschaft eine Persönlichkeitsspaltung eingetragen hat. Eine Hälfte seines Wesens ist gläubig, betet, fastet und geht auf Pilgerschaft. Die andere Hälfte macht diese Werte zunichte, ob in der Bank, vor Gericht oder auf der Straße, im Kino und im Theater – oder sogar zu Hause, in der Familie, vor dem Fernsehapparat.“ (Al-Azm, 1999).

52 Dass dieses Feld äußerst umstritten ist, kann man aus der Diskussion um die Entwicklungen in Ruanda, Darfur, Irak, Kosovo, Osttimor u.a. entnehmen.

Hindernisse für die Überwindung der Folgen der Krise. Viel gravierender noch ist die fehlende Orientierung, denn die Krise war Ausdruck der Unfähigkeit der vorhandenen Strukturen, für den Fortbestand des nun zusammengebrochenen Systems zu sorgen. Dennoch schafft die liminale Periode zwei Voraussetzungen für die weitere Entwicklung:

Erstens ist diese Periode dadurch gekennzeichnet, dass breite Bevölkerungsschichten zu neuen Wegen bereit sind. Die grundsätzliche Annahme ist, mit Pierre Bourdieu gesprochen, dass in Krisensituationen „die bislang herrschenden Orientierungspunkte und Denkmuster infrage gestellt“ werden (Bourdieu 1987: 682), – eine Art Katharsis, eine Reinigung.

Zweitens, in Verbindung mit *Erstens* gibt es eine Steigerung der Aufnahmefähigkeit, die im Sinne von Kulturdiffusion die Aufnahme neuer Ideen und Verhaltensmuster ermöglicht. Dies schafft die Voraussetzungen zu strukturellen Veränderungen bzw. zur Entwicklung neuer Strukturen.

Diese Aufnahmefähigkeit schafft die Bedingungen für die Zusammenarbeit mit den exogenen Kräften – d.h. die Akzeptanz der Intervention ist hoch. Darin liegen jedoch bestimmte Tücken und Gefahren. Trotz der neuen Bereitschaft der Gesellschaft sind die alten Orientierungs- und Verhaltensmuster nicht verschwunden; sie wirken, wenn auch im Stillen, weiter. Dies schafft einen gewissen Widerstand gegen Veränderungen. Eine weitere Gefahr liegt darin, dass die neuen Kulturmuster oft nicht verstanden und als Folge dessen nur kopiert werden. Das Kopieren birgt die Gefahr, dass die neuen Strukturen nicht an die Gegebenheiten angepasst sind und deshalb nicht funktionieren. Sie sind folglich nicht in der Lage, die vorhandenen lokalen Potentiale zu entfalten.

Aufgrund dieser Gefahren kommt der Rolle der exogenen Kräfte eine besondere Bedeutung zu. Dabei ist die Frage, ob die exogenen Kräfte zusammen mit den endogenen Kräften eine funktionierende Umgebung schaffen können, in der es möglich ist, Veränderungen zu erreichen. Die endogenen Kulturmuster der traditionellen Gesellschaften sind nach innen gewandt, d.h. sie verhalten sich wie geschlossene Systeme.

An dem folgenden Beispiel wird deutlich, dass alte Traditionen und zwischenfamiliäre Konflikte im Stillen wirken und dass die Nutzung und Entfaltung der lokalen Potentiale dadurch erschwert, sogar verhindert werden. An diesem Beispiel wird auch die undefinierte Phase in der liminalen Phase deutlich: das Bodenrecht des Saddam-Regimes ist weggebrochen und ein neues Recht ist noch nicht vorhanden. Genau in dieser Nische der Undefiniertheit, des Machtvakuum, entfaltet Tradition ihren entwicklungshemmenden Einfluss. So scheiterte das aus Sicht der Wiederaufbauhelfer so sinnvolle und zukunftsweisende Teilprojekt „Bewässerungsanlage für Balinda“ an Konflikten, die noch aus der Vergangenheit fortwirkten sowie an der Rückbesinnung auf die alten Traditionen in der Liminalitätsphase. Auch auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene Irak-Kurdistan existiert dieser Widerspruch, dass die Traditionen, die mit den Deportationen zerschlagen wurden, nach der Rückkehr der Bevölkerung wieder unangefochtene Gültigkeit erlangt haben, während die kurdische Politik den Einfluss

und das tatsächliche Wirken dieser Tradition unbeachtet lässt und versucht, zielstrebig moderne Verwaltungsstrukturen aufzubauen. (siehe auch Abschnitt 3.2.2).

3.4.3 Sozio-kulturelle Neuorientierung und die politischen Rahmenbedingungen

Der Wiederaufbau braucht eine neue Orientierung in allen gesellschaftlichen Bereichen, denn die Krise ist allumfassend und stellt alles Vergangene in Frage. Insbesondere spielt die Identitätsfrage bei den Krisen, die aufgrund der ethno-sozialen Konflikte entstehen, eine dominierende Rolle.

„Die eigentlich ausschlaggebenden materiellen (sozialen und finanziellen) Probleme des Neuaufbaus liegen ja noch so ungeklärt im Schoße der Zukunft, daß vorerst nur unverbindliche Rahmen-Konstruktionen staatstechnischer Art möglich sind.“ (Weber 2006: 494).

Diese Worte hat Max Weber, unmittelbar nach der Gründung der Deutschen Republik vom 9. November, am 15. Dezember 1918 geschrieben. Ein *Neuaufbau* also braucht zuerst „Rahmen-Konstruktionen staatstechnischer Art“. An gleicher Stelle merkt Weber an, dass „(...) die politisch ungeschulte Nation vor der Aufgabe“ stehe, „an die Stelle von Bismarcks Werk etwas anderes zu setzen“. Auch wenn dieser Vergleich, etwa Deutschland nach dem ersten Weltkrieg mit Kurdistan im Irak, höchst problematisch ist, kann man durchaus die Wertung „die politisch ungeschulte Nation“ auch für Kurdistan nach dem Kuwaitkrieg übernehmen. Die politisch Handelnden standen vor der Aufgabe, auch in Kurdistan den Rahmen des politischen Handlungsraums zu definieren und *an die Stelle von Saddams Werk etwas anderes zu setzen*. Dieser Handlungsraum braucht Entscheidungsstrukturen bzw. Institutionen, deren Bildung für den Wiederaufbauprozess entscheidend ist.

Da der Staat Irak als Partner der UNO seine Souveränität unangetastet behielt, stand die Frage im Raume, wer für die kurdischen Gebiete zuständig sein sollte. Die kurdische Politik hat diese Aufgabe übernommen und durch die externen Kräfte stillschweigend hingenommen. Diese faktische Macht der Kurden stand jedoch im juristischen Niemandsland. Die Alliierten-Kräfte und die UNO haben die kurdische Politik geduldet, sie aber offiziell nicht anerkannt.

Nach der Krise bestand die kurdische Politik aus im Wesentlichen auf Bauernmilizen gestützten paramilitärischen Organisationen, die aber keinerlei politische Institutionen besaßen. Hier stellte sich die Frage, wie die anstehenden Aufgaben befriedigend gelöst werden könnten und wo die Chancen und Möglichkeiten der Zusammenarbeit zwischen der kurdischen Politik und den »externen Kräften« liegen.

Bei Beantwortung dieser Fragen müssen drei Bereiche berücksichtigt werden. Der erste Bereich betrifft »exogene Anleihen« im Sinne einer Kulturdiffusion. Die kurdische Politik hat sich durchaus für die Modernisierung entschieden. Auch wenn zur Erreichung dieses Zieles nicht viel Konkretes festgelegt wurde, steht fest, dass sich die kurdische Gesellschaft und ihre Vertreter aus pragmatischen Gründen für die Modernisierung

entschieden haben. (Siehe Kapitel 2). Damit wurde die Möglichkeit zur Einflussnahme durch externe Kräfte geschaffen. Der zweite Bereich betrifft die Aktivitäten der Alliierten-Kräfte, der UNO und der NGO's als externe Aktore. Die externen Kräfte haben hier sowohl im »Materiellen«, also dem sozialen und finanziellen Gebiet, als auch in politischer und kultureller Hinsicht einen enormen Einfluss ausüben können.

Während einer Nachkriegsperiode besteht die Chance, dass eine Zusammenarbeit zwischen den exogenen und endogenen Kräften entsteht. Ob diese Chance wahrgenommen wird hängt meistens in erster Linie von der Bereitschaft der exogenen Kräfte ab, während die endogenen Kräfte in ihrer Notlage fast immer dazu bereit sind. Es bleibt aber die Frage offen, wie der Rahmen beschaffen sein muss, in dem diese Zusammenarbeit gestaltet wird. Dies ist der dritte Bereich, der die Gestaltung der Kommunikation zwischen den exogenen und den endogenen Kräften betrifft; eine Kommunikation oder einen Dialog, der ein zielführendes Handeln erst ermöglicht.

Hier jedoch zeigen sich grundlegende Probleme. „(...) Soziale Handlungen sind an kulturellen Werten orientiert“ wie Jürgen Habermas schreibt. In einer Gesellschaft, in der die traditionell orientierten Werte noch die sozialen Handlungen bestimmen, dürfte es für die externen modernen Aktore nicht leicht sein, Zugang zu dieser Gesellschaft zu finden. Ein weiteres Problem kann im Organisationsgrad der betroffenen Gesellschaft nach der Krise liegen. Liegt hier ein nur geringer Organisationsgrad vor, dürfte es schwierig werden, einen Dialog zu gestalten, weil der entsprechende Gesprächspartner fehlt. Ein Dialog im Sinne von Habermas' kommunikativem Handeln braucht Aktore, die eine gemeinsame Sprache sprechen:

„Kommunikatives Handeln stützt sich auf einen kooperativen Deutungsprozeß, in dem sich die Teilnehmer auf etwas in der objektiven, der sozialen und der subjektiven Welt *zugleich* beziehen (...).“ (Habermas 1995b: 184).

Ohne diesen „kooperativen Deutungsprozeß“ werden die exogenen und endogenen Aktore kaum die Möglichkeit haben, einen fruchtbaren Dialog zu gestalten und damit droht die Gefahr, dass die Beteiligten jeweils eigene Wege einschlagen, die zu keinem gemeinsamen Ziel führen.

4 Wiederaufbau in Krisenregionen: Beispiele zur Rolle der externen Einflussfaktoren

Krisen und darauffolgende Katastrophen sind für Menschen und Gesellschaften schmerzhaft Erfahrungen, dennoch sind sie auch Schnittpunkte im gesellschaftlichen Leben, aus denen meist Neuerungen hervorgehen. Diese Neuerungen prägen bedeutende Wandelperioden, die im letzten Jahrhundert, insbesondere seit dem Zweiten Weltkrieg, zunehmend durch exogene »Anleihen« (Parsons) beeinflusst werden. Diese »Kulturdiffusion« auf Weltmaßstab, die im Allgemeinen als »Globalisierung« bezeichnet wird, wird seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs auch institutionell begleitet: die UN-Organisationen haben seit ihrer Gründung im Jahre 1945 (UN 2009) zunehmend diesen Prozess der Kulturdiffusion begleitet und mitgestaltet. Dies geschah in fast allen Bereichen der gesellschaftlichen Entwicklung, auch bei der Gründung von neuen Staaten. Zwei Beispiele der jüngeren Geschichte sind die Gründungen der Staaten Osttimor und Kosovo. Doch ist die Entwicklung in Deutschland von 1945 – 1949 beispiellos. Hier gibt es eine historische Auseinandersetzung von externen und internen Einflussfaktoren um den gesellschaftlichen Wandel, wie die Autoren Braun, Gerhardt und Holtmann betonen:

„Es geht um die Wechselwirkung zwischen exogenen Vorgaben (vor allem den Politikperspektiven der westlichen Besatzungsmächte) und endogenen Kräften (also den in den Wandel eingebundenen oder hineingezogenen Deutschen der Nachkriegszeit) im epochalen gesellschaftlichen und politischen Umschwung nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus.“ (Braun u.a. 2007: 8).

Im Folgenden werden die drei Beispiele kurz erörtert, um das Zusammenspiel der externen und internen Einflussfaktoren zu demonstrieren.

4.1 Westdeutschland 1945 – 1949

Dass nach dem Zweiten Weltkrieg in Deutschland zwei völlig entgegengesetzte politische Systeme installiert wurden und folglich zwei Staaten auf deutschem Boden entstanden sind, und dass die Bedingungen im sog. »Kalten Krieg«, ein Ergebnis „völlig entgegengesetzter Gesellschaftsordnungen und –Philosophien“ (Hartwich 1977: 64), das Geschehen in Deutschland beeinflusst haben, ist hinreichend bekannt. Dennoch wird nicht in Frage gestellt, dass die Politik der Westalliierten vor und nach dem Kalten Krieg im Wesentlichen kontinuierlich war und die Grundorientierung der amerikanischen und britischen Politik aus langer Hand vorbereitet wurde – d.h. der Kalte Krieg hatte im Wesentlichen keinen Einfluss auf die Grundorientierung der Westmächte, bezogen auf Deutschland. Näher betrachtet wird im Folgenden die Entwicklung nach dem Krieg in den Westzonen, insbesondere in den durch die Vereinigten Staaten von Amerika (USA) und durch das Königreich Großbritannien (GB) besetzten Gebiete, im Folgenden

amerikanisch-britische Zone⁵³ oder »Bizone« genannt.

Die Zerstörung und andere Folgen des Krieges werden hier nicht thematisiert. Insbesondere wird die US-Amerikanische Politik behandelt, denn es ist offensichtlich, dass eine „Predominanz der amerikanischen Besatzungsmacht (...) gegenüber den anderen beiden westlichen Besatzungsmächten“ bestanden hat. (Hartwich 1977: 64f). Uta Gerhardt schreibt in der Schlussbemerkung ihrer Studie „Soziologie der *Stunde Null*“ über die amerikanische Politik Folgendes:

„Langfristig war geplant [ddVh], die Deutschen in das Programm der Umwandlung der Gesellschaft in eine rechtsstaatliche Demokratie einzubinden und sie schließlich allein – ohne Kontrollaufsicht – Verantwortung übernehmen zu lassen.“ (Gerhardt 2005: 287).

Die Betonung des vorliegenden Abschnitts liegt darauf, dass diese Politik *geplant* war. Wie war es möglich, mit dem schweren Erbe der NS-Zeit die Umwandlung der Gesellschaft in Richtung einer rechtsstaatlichen Demokratie zu erreichen? Wer sind die Akteure dieses Ergebnisses? War das eine selbstverständliche Entwicklung nach der NS-Zeit, die durch innerdeutsche gesellschaftliche Kräfte herbeigeführt wurde? Oder wurde dies durch externe Einflussfaktoren erreicht? Wenn die Kräfte von außen eine wesentliche Rolle gespielt haben, wie wurde dieser Einfluss gestaltet? Wie konnten aus Besatzern Freunde werden, wie in den Medien oft zu hören und zu lesen ist?

4.1.1 Deutschland nach dem zweiten Weltkrieg

Zum besseren Verständnis ein kurzer Umriss der Ereignisse nach dem Krieg in chronologischer Reihenfolge⁵⁴:

1945 Nach der Kapitulation Deutschlands am 8.5.1945 wird am 5.6.1945 die Übernahme der Regierungsgewalt in Deutschland durch die Besatzungsmächte proklamiert. Der Alliierte Kontrollrat übt ab dem 30.8.1945 die Regierungsgewalt aus. Deutschland wird in vier Besatzungszonen, Berlin in vier Sektoren aufgeteilt. Die Besatzungsmächte sind Frankreich, Großbritannien, die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten.

Die Besatzungsmächte verständigen sich auf die sogenannten Vier-D: Denazifizierung, Demilitarisierung, Dekartellisierung, Demokratisierung.

53 Die amerikanische und britische Regierung haben durch das Abkommen vom 2.12.1946 ihre Verwaltungszonen vereint. Danach gab es eine einheitliche und abgestimmte Politik der beiden Regierungen gegenüber Deutschland. Die französische Regierung hat sich weitgehend dieser Politik gefügt, auch wenn in verschiedenen Bereichen Unterschiede bestanden. Das im Abkommen der amerikanischen und englischen Regierungen gesetzte Ziel „The aim of the governments is the achievement by the end of 1949 of a self-sustaining economy for the area.“ (zitiert in Hartwich 1977: 71) wurde später auch für die französische Zone übernommen. (vergl. Hartwich 1977: 64 ff).

54 Folgende Quellen wurden für diesen Abschnitt verwendet: Artz 2007: 10 – 18; Kleßmann 1986: Zeittafel, S. 535 – 540.

Im September 1945 führen die USA in ihrer Zone Verwaltungsgebiete, die Länder, ein: Bayern, Hessen und Württemberg-Baden.

1946 Die Kontrollratsdirektive vom 12. Januar schafft den Rahmen für De- bzw. Entnazifizierung. Am 5. März tritt das „Gesetz zur Befreiung von Nationalsozialismus und Militarismus“ in der US-Zone in Kraft.

Im Januar 1946 finden in der US-Zone, erstmals in Deutschland seit 1933, Gemeindewahlen statt. Frankreich und Großbritannien führen im August 1946 in ihren Zonen auch Länder ein.

In der amerikanischen Zone finden am 1. Dezember Landtagswahlen statt.

1947 Die Amerikanisch-britische Wirtschaftszone, kurz »Bizone«, entsteht. Im April, durch den Eintritt der französischen Zone, entsteht dann die »Trizone«, die die gesamten Westgebiete wirtschaftlich eint.

Landtagswahlen finden in den britischen und französischen Zonen statt.

Am 5. Juni schlägt der amerikanische Außenminister Marshall ein wirtschaftliches Aufbauprogramm für Europa vor⁵⁵.

1948 Der „Parlamentarische Rat“, der das Grundgesetz erarbeitet, wird am 1. September ins Leben gerufen.

1949 Am 3. Mai wird das Grundgesetz verabschiedet, am 23. Mai 1949 wird es durch die Westalliierten genehmigt. Damit entsteht die Bundesrepublik Deutschland (BRD).

Es sind von der Kapitulation bis zur Verabschiedung des Grundgesetzes vier Jahre vergangen, die eine Periode des Überganges darstellen und die für die spätere Entwicklung von größter Bedeutung war. Über Nachkriegsdeutschland wurde viel geschrieben, meist mit der Betonung auf der *wirtschaftlichen* Entwicklung. Das »deutsche Wunder« wird meist in diesem wirtschaftlichen Sinne verstanden, was neuen materiellen Wohlstand und wirtschaftliche Stärke meint. „Deutsche Geschichte ist seit 1945 vor allem Wirtschaftsgeschichte.“ so schreibt z.B. Werner Abelshäuser, (Abelshäuser 1975: 11) und hebt hervor:

„Die Wirtschaftspolitik der Militärregierungen und die Effizienz der alliierten und deutschen Lenkungsbehörden werden daher zu entscheidenden Faktoren.“ (ibid.: 65).

⁵⁵ Die USA führen das nach Marshall genannte Programm zwischen 1948 und 1952 durch. Von den rund 12,5 Mrd. Dollar umfassenden US-amerikanischen Hilfen bekommen die Westzonen Deutschlands etwa 1,5 Mrd. (Für mehr Informationen über den Marshallplan siehe Buchheim, 1993)

Derselbe Autor beschreibt in seinem Werk "Deutsche Wirtschaftsgeschichte seit 1945" die Rolle der Alliierten mit folgenden Worten:

„In dem von den alliierten Armeen besetzten Gebiet, (...), wurden auf der Basis bestehender kriegswirtschaftlicher Einrichtungen der unteren Ebene einheitliche Voraussetzungen geschaffen, um die ökonomischen Grundfunktionen des öffentlichen Bereichs wie Strom-, Wasser- und Gasversorgung, Nahverkehr und Nahrungsmittelverteilung auf lokaler Ebene aufrecht zu erhalten bzw. wieder in Gang zu setzen.“ (Abelshausen 2005: 61).

Diese Grundorientierung bei der Beschreibung der Entwicklung in Deutschland nach dem Krieg ist durchweg in fast allen Quellen früheren Datums zu finden. Der Schwerpunkt ist die wirtschaftliche Entwicklung und nicht das Zusammenspiel der »exogenen« und »endogenen« Faktoren bei der Entwicklung in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen, auch wenn bei einigen früheren Untersuchungen deutliche Hinweise darauf gegeben sind. Braun, Gerhardt und Holtmann meinen dazu, dass „die Perspektive einer »langen Stunde Null« - eines von Gesellschaftsbereich zu Gesellschaftsbereich unterschiedlichen Zusammenspiels von exogenen Vorgaben und endogenen Kräften im gesellschaftlichen Wandel nach 1945 – noch nirgends explizit in ein analytisches Programm umgesetzt worden“ sei (Braun u.a. 2007: 10).

Bei neueren Untersuchungen werden die bisher geltenden Annahmen vielfach hinterfragt und der Schwerpunkt auf das »*Interregnum*«, „eine Zeitspanne bzw. Übergangsphase gesellschaftlichen Wandels“ (Gerhardt 2005: 16), gelegt. Dieses *Interregnum* bedeutete für Deutschland das Gelingen eines Transformationsprozesses bzw. eines Systemwechsels, „von der charismatisch-traditionalen Herrschaft, die im Nationalsozialismus bestand, zum rational-legalen Herrschaftstypus, der in der Bundesrepublik entstand“ (ibid.: 15).

Im Nachkriegsdeutschland von 1945 ist es in hohem Maße problematisch, über die Wahrnehmung des Krieges und der Zerstörung, der Besatzung und des Besiegtseins bzw. des Wiederaufbaus danach ein einheitliches Bild zu entwerfen. Für viele bedeutet es eine Befreiung, für vermutlich die Mehrheit der Bevölkerung zweifelsohne eine Besatzung. Es ist von „Tendenzen in der Bevölkerung“ die Rede, die Demokratisierung habe keine große Basis in der Bevölkerung. Rupieper berichtet von Meinungsumfragen vom Oktober 1948,

„(...), daß rd. 41% der Befragten die ‚Machtergreifung‘ der Nationalsozialisten 1933 befürwortet hatten. 57% waren drei Jahre nach Kriegsende immer noch der Auffassung, daß es sich beim Nationalsozialismus um eine ‚gute Idee gehandelt habe, die nur schlecht ausgeführt worden sei‘. Autoritäre Grundpositionen, die Befürwortung einer starken politischen Führung, eine geringe Meinung vom Parlamentarismus und ein nicht unbeträchtliches Maß an Antisemitismus (...) gehörten zum politischen Klima der Nachkriegszeit (...).“ (Rupieper 1993:14).

Axel Schildt formuliert: „Über der ‚Zusammenbruchgesellschaft‘ (Christoph Kleßmann) der unmittelbaren Nachkriegszeit hatte ein Nebel sozialer Unübersichtlichkeit gelegen.“ (Schildt 2003a: 4). Der Begriff der »Zusammenbruchgesellschaft«⁵⁶ (Kleßmann 1986: 37) von Christoph Kleßmann fasst die Lage in Deutschland zu dem Zeitpunkt treffend zusammen. Deutschland war ein besiegtes Land und keine „befreite Nation“. Dennoch bedeutete dieses *Besiegtsein* weit mehr, auch für Deutschland. In Worten von Kleßmann:

„Niederlage und militärische Besetzung bedeuteten aber auch Befreiung vom nationalsozialistischen Regime. Als solche ist das Ende des Dritten Reiches sicher nur von einer Minderheit der Bevölkerung verstanden worden. Dennoch sollte diese Perspektive im Urteil über 1945 nicht fehlen. Für Tausende von deutschen Widerstandskämpfern, politischen Häftlingen und Gegnern des Regimes und Millionen von ausländischen Kriegsgefangenen, Zwangsarbeitern und KZ-Insassen bedeutete die militärische Besetzung eine politische Befreiung. Die Gewichtung der beiden Komponenten Besetzung und Befreiung hängt somit zweifellos vom jeweiligen politischen und sozialen Standort ab, erst beide zusammen ergeben eine zutreffende Kennzeichnung der Ausgangslage.“ (Kleßmann 1986: 37).

Diejenigen, die gegen die Diktatur gekämpft oder in den KZs eingesperrt überlebt hatten, nahmen die „Neuorientierung“ für sich in Anspruch. Als Beispiel soll das ein Zitat von Kurt Schumacher⁵⁷ verdeutlichen:

„...wir, die wir gegen... den Faschismus gekämpft haben,... haben als einziges Vorrecht die Aufgabe, am stärksten für die Umwandlung Deutschlands zu arbeiten.“ (zitiert in Rupieper 1993:15).

Es gab eine vielschichtige, bewegte und komplizierte Haltung vor allem der Bevölkerungsteile, die gegen den Nationalsozialismus gestimmt, gekämpft und auch unter ihm gelitten haben. Dies erkennt man in der Diskussion um den Wiederaufbau Deutschlands, die um die Metapher der Stunde Null deutlich wird. Bei Kleßmann lesen wir:

„Auch die viel zitierte Formel von der ‚Stunde Null‘ entspricht diesen beiden Komponenten. Sie beinhaltet sowohl die Vorstellung vom totalen Zusammenbruch und der Infragestellung der bisherigen historischen Entwicklung Deutschlands als auch die Hoffnung auf einen mit diesem radikalen Kontinuitätsbruch verbundenen völligen Neuanfang. Daß es kein totaler Neubeginn war, daß vielmehr über die weltpolitische Zäsur 1945 hinweg vielerlei politische und

⁵⁶ Vgl. mit „shattered society“ von HRW über Kurdistan im Kapitel 2.

⁵⁷ Kurt Schumacher hat die NS-Zeit in einem KZ verbracht. Er hat nach dem Krieg die Neugründung der SPD (West) mit organisiert und die Partei bis zu seinem Tod (1952) geleitet.

gesellschaftliche Kontinuitätslinien bald wieder wirksam wurden und bis zu einem gewissen Grade zweifellos auch werden mußten, ist heute schon beinahe ein Gemeinplatz.“ (Kleßmann 1986: 37).

Kleßmann übernimmt ein Zitat von Niethammer, das zeigt, wie der Wiederaufbau von vielen gesehen wurde:

„Es gab keine Stunde Null; es war eine Stunde des improvisierten Wiederaufbaus, der verschämten Reparatur diskreditierter Kontinuität.“ (Kleßmann 1986: 37).

Bernhard Schulz' Zitat von Otto Bartning ist ähnlich ablehnend, wenn auch hier die Betonung mehr auf dem Inhalt als auf der politischen Ebene liegt:

„Wiederaufbau? technisch, geldlich nicht möglich, sage ich Ihnen; was sage ich? – Seelisch unmöglich! Schon das Wörtchen >wieder< gefällt mir nicht. Es klingt nach >wiederholen<, >wieder herbeiholen<!“ (Schulz 2002: 17).

Weiter berichtet Schulz von der Diskussion um die Wiedererrichtung des Goethehauses in Frankfurt, das im Krieg zerstört wurde und gibt ein Zitat des Publizisten Walter Dirks in den »Frankfurter Heften« von 1947 wieder:

„Es hatte seine bittere Logik, dass das Goethehaus in Trümmer sank. Es war kein Versehen, das man zu berücksichtigen hätte, keine Panne, die der Geschichte unterlaufen wäre: Es hat seine Richtigkeit mit diesem Untergang. Nur eines ist hier angemessen und groß: Den Spruch der Geschichte anzunehmen, er ist endgültig.“ (Schulz 2002: 17).

Die Gemütslage der Zeit hatte vielseitige Folgen und verfehlte auch im Bereich des Städtebaus ihre Wirkung nicht:

„Aber auch den heute wenig geschätzten fünfziger Jahren fehlte die Sensibilität für die historisch gewachsene Stadt. In jener Zeit ging es um eine doppelte Befreiung von der Geschichte. Geschichte wurde verdrängt, denn man scheute die Auseinandersetzung mit der jüngsten Vergangenheit, der Diktatur des Nationalsozialismus. Darüber hinaus stand die Geschichte, gespiegelt in ihren städtebaulichen und architektonischen Zeugnissen, als unzeitgemäß und unhygienisch am Pranger.“ (Bollerey 2002: 37).

Dieses, nämlich „die Auseinandersetzung mit der jüngsten Vergangenheit“ gescheut zu haben, ist ein fester Bestandteil der Geschichte Nachkriegsdeutschlands, der jedoch lange die „past beating“, die Vergangenheitsbewältigungsdebatte beherrscht hat. Vielleicht war es auch ein Ausdruck dessen, wie A. Schildt hervorhebt, dass in diesen Jahren Ruhe und Sicherheit verlangt wurde:

„Die fünfziger Jahre waren ein Zeitraum, in dem die Menschen, denen der Krieg noch ‚in den Knochen steckte‘, vor allem Ruhe und Sicherheit erstrebten. Es war zudem der Abschluss einer Epoche, die etwa um die Wende zum 20. Jahrhundert begonnen hatte. Die Erwerbsstruktur mit einem hohen Anteil landwirtschaftlicher und sonstiger manueller Arbeit, ein geringer Anteil an höherer Bildung, autoritäre Wertmuster in Ehe, Familie und Schule lassen uns diese Zeit als weit entfernte Geschichte erscheinen. Andererseits zeigen sich die fünfziger Jahre in vielem als der Beginn der heutigen modernen Gesellschaft: Aufstieg des Fernsehens, Anfänge des Automobilbooms, des Massentourismus und der Teenagerkultur mögen als Stichworte ausreichen. Zwischen der Abschaffung der Lebensmittelkarten 1950 und dem ersten Auftritt der ‚Beatles‘ (in Hamburg) 1960 scheint jedenfalls weit mehr als ein Jahrzehnt zu liegen.“ (Schildt 2003a: 3).

Diese Periode der Nachkriegszeit beschreibt U. Gerhardt mit folgenden Worten: „So entstand in der Nullphase der Gesellschaft Deutschlands eine *Communitas* der Deutschen.“ (Gerhardt 2005: 132). Diese *Communitas* hat sich auf die Suche gemacht, für Teile der Bevölkerung „unter Bedingungen der Besatzung“ und für andere Teile „mit dem Gefühl der Befreiung“, einen Neuanfang zu wagen, bei dem beiden Lagern mächtige Wegweiser zur Seite standen. Im Folgenden wird die Haltung dieser Wegweiser diskutiert.

4.1.2 Die Politik der Alliierten

Die Besatzung Deutschlands wurde von langer Hand vorbereitet. Naturgemäß war dies zuerst ein »feindlicher« Akt, der gegen die Naziherrschaft in Deutschland gerichtet war. Die Allianz gegen die Naziherrschaft geht auf die Atlantik-Charta⁵⁸ vom 14. August 1941 zurück, als die USA noch keine Kriegspartei waren. Diese Acht-Punkte-Erklärung wurde zwischen Roosevelt und Churchill vereinbart und beschrieb, verkürzt, die Prinzipien der wirtschaftlichen Zusammenarbeit bzw. Sicherung des Friedens nach der »endgültigen Vernichtung der Nazityrannei«. (Kleßmann 1986: 19f).

Der nächste Meilenstein ist die Konferenz von Casablanca zwischen Roosevelt und Churchill, Januar 1943, wo die Bedingung von »unconditional surrender« aufgestellt wurde. Stalin wird sich später den gestellten Bedingungen anschließen.

Die nächsten wichtigen, ja entscheidenden Stationen der Alliierten-Vereinbarungen vor dem Ende des Krieges sind die Konferenzen von Teheran, Dezember 1943, und Jalta, Februar 1945. Diese beiden Konferenzen bringen die USA, Großbritannien und die Sowjetunion, anscheinend endgültig zusammen und bereiten die Besatzung Deutschlands vor. Diese Zusammenarbeit beschränkt sich keineswegs auf die militärischen Ziele; sie umfasst intensive Beratungen und Verabredungen für und über die Zeit nach der Kapitulation der Naziherrschaft in Deutschland.

⁵⁸ In dieser Arbeit können die Dokumente bezüglich dieses Kapitels nicht im Detail erörtert werden. Eine Übersicht für die Dokumente ab 12. Januar 1945 (Erklärung von Jalta) liefert die Arbeit von C. Kleßmann „Die Doppelte Staatsgründung – Deutsche Geschichte 1945 – 1955“, (Kleßmann 1986).

Schließlich haben sich die drei Mächte ein weiteres Mal in Potsdam zu der gleichnamigen Konferenz vom 17. 7. bis 2.8.1945, getroffen, wo sie die vorerst letzten Vereinbarungen über Deutschland erzielt haben.

Trotz aller unterschiedlichen Interessen von Großbritannien, den USA und der Sowjetunion dienten die Überlegungen von Henry Morgenthau Jr., dem damaligen Finanzminister der USA, zunächst als Grundlage für die Politik der Alliierten gegenüber Nazideutschland. Der in diesem Zusammenhang oft erwähnte Morgenthau-Plan von 1944 schlug eine Deindustrialisierung und Reagrarisierung Deutschlands vor. Zu dieser Zeit „waren das Sicherheitsbedürfnis und die Verhinderung einer künftigen erneuten Aggression Deutschlands ein bestimmendes Motiv bei allen Alliierten“. (Kleßmann 1986: 19f; s. auch Rupieper 1993: 9ff). Dies fand seinen Ausdruck in einer „Directive to SCAEF⁵⁹“ mit folgenden Worten:

„Die Deutschen müssen sehen, dass alle notwendigen Schritte unternommen werden, um ihnen einen dritten Versuch, die Welt zu erobern, unmöglich zu machen.“ (Gerhardt 2005: 71).

Das auf dieser Orientierung basierende Programm der Besatzung hieß 4-D, Denazifizierung, Demilitarisierung, Dezentralisierung, und Dekartellisierung, wie Nicholas Balabkins feststellt:

„The Allied powers had concentrated on reversing the economic and political bases of Third Reich. Industrial disarmament, sweeping decentralization, demilitarization, and denazification were some of the more specific policy objectives; these were all designed to prevent Germany from waging future wars.“ (Balabkins 1964: iv).

Die Planung, Deutschland auf diese Art zu bändigen, ist dann nach der Kapitulation Gegenstand intensiver Auseinandersetzungen geworden. Großbritannien und die USA kamen im Laufe dieser Auseinandersetzung zu dem Schluss, dass die Politik der Deindustrialisierung Deutschlands nicht funktionieren kann. Diese beiden Alliierten, später auch Frankreich, haben entschieden, doch Deutschland zu erlauben, seine Industrie aufzubauen und dies in den Prozess des Wiederaufbaus von Europa einzubetten. Dazu notieren die Autoren Diefendorf, Frohn und Rupieper folgende Zeilen:

“The founding of the Federal Republic of Germany, the recovery that came to be called the Economic Miracle, and West Germany’s integration into Western Europe (...), there can be little doubt that West European integration, ..., has been a dominant force in shaping domestic and international relations during the past forty years.” (Diefendorf u.a. 1993: vii).

59 SCAEF – Supreme Commander Allied Expeditionary Force.

Dies ist eines der wichtigsten Merkmale des Wiederaufbaus der Bundesrepublik Deutschland nach dem zweiten Weltkrieg. Die anderen zwei Bereiche der Vereinbarungen der alliierten Kräfte, nämlich die Demilitarisierung und Denazifizierung haben auch starke Modifikationen⁶⁰ erfahren, aber erst nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland. Die Dezentralisierung wurde strikt verfolgt und zu einem wichtigen Merkmal der demokratischen Entwicklung Westdeutschlands.

Es wurden zwanzig Bereiche (Sektionen) des gesellschaftlichen Lebens bestimmt, die neu zu ordnen waren, nach der Interim Directive for Military Government of Germany, die am 10. September 1944 durch den SCAEF erlassen wurde. (Vergl. mit Gerhardt 2007: 40 ff). Diese Bestimmungen wurden später in das „Handbook for Military Government for Germany“ aufgenommen.⁶¹

Im Bereich der Justiz: „Das Ende nationalsozialistischer Justiz hieß Abschaffung der im Nationalsozialismus erlassenen Gesetze und Verordnungen sowie Wegfall der Sondergerichte und vorübergehend auch Schließung der Oberlandesgerichte und Verwaltungsgerichtsbarkeit, wobei nun die Militärregierungsgerichte zeitweise allein für Recht und Ordnung zuständig waren. Erst nach Monaten durften Amts- und Landgerichte – ohne nationalsozialistisch belastete Richter – wieder arbeiten.“ (Gerhardt 2005: 128).

Die Schaffung von „Production Control Agency“ mit ihren mobilen Teams, bestehend aus 1400 Offizieren und Tausenden von Mitarbeitern, war eine der wichtigsten Grundlagen für das Ankurbeln der wirtschaftlichen Tätigkeit in Deutschland (Gerhardt 2007: 51). Sie hatte die Aufgabe, die Industrieunternehmen zu erfassen und deren Umwidmung für friedliche Produktion zu erkunden.

Einer der Orientierungsanker der amerikanischen Deutschlandpolitik war die sogenannte *Reeducation*. Auch diese Politik war von langer Hand vorbereitet worden. Uta Gerhard meint hierzu:

„Der Psychiater Richard Brickner hatte seit 1941 an der Idee gearbeitet, das therapeutische Verfahren der *Reeducation*, ..., für die politische Umgestaltung Deutschlands nutzbar zu machen.“ (Gerhardt 2005: 40).

Auch der Übergang von *Reeducation* zur *Reorientation* ist Beleg dafür, dass die Besatzer, in diesem Fall die Amerikaner, eine gezielte Wiederaufbaupolitik verfolgt haben. Gerhardt meint dazu, man könne „der Besatzungsmacht bei der Neugestaltung (West)Deutschlands nach 1945 eine wichtige Funktion attestieren. Zu den Wurzeln der westdeutschen Nachkriegsdemokratie gehörte auch die Konzeption des *Gesunde-Anteile-Stärkens*, worin die kulturelle, politische und wirtschaftliche Transformation

60 Diese Modifikationen spiegeln in starkem Maße die Züge des Ost-West-Konflikts wieder, der hier nicht thematisiert wird. Dazu gibt es viele Veröffentlichungen, u.a. Abelshauer 1975 und 2005, Balabkins 1964, Diefendorf 1993, Rupieper 1993, Zolling 2005.

61 Nach Gerhardt wurde dieses Handbook durch eine Arbeitsgruppe von Experten, darunter berühmte Historiker und Ökonomen, erstellt. Die Arbeitsgruppe „wurde durch die German Country Unit (ein Gremium der EAC) betreut, und ihre Koordination übernahm das Londoner Office of Strategic Services (OSS) in Zusammenarbeit mit der britischen Psychological Warfare Executive.“

Deutschlands entworfen wurde.“ (Ibid.: 43)

Die deutsche Öffentlichkeit für eine neue Politik zu gewinnen, die auch zu der Gesamtpolitik passte, war notwendig. Das wurde auch seitens der amerikanischen Politiker vertreten. (Vergl. Gerhardt 2007: 56) Damit war die Grundlage geschaffen, um die deutsche Politik mit der Politik der Alliierten in Einklang zu bringen. Die Politik der *Reeducation* soll auch in diesem Rahmen betrachtet werden.

Erwähnt werden muss, dass über die Politik der USA kontrovers diskutiert wird, ob diese Politik als *punitiv*, also als Herrschaft ohne Beteiligung der Deutschen zu bewerten ist. Uta Gerhardt weist auf drei Erklärungsversuche hin, die sie als (1) „Imposition“ – vertreten durch den Historiker Marshall M. Knappen, (2) „Modernitätseffekte des NS-Regimes“ – vertreten durch den Soziologen Ralf Dahrendorf, und (3) „Reeducation“ – vertreten durch Klaus-Dieter Henke bzw. Hermann-Josef Rupieper, deutet. (Gerhardt 2005: S. 25 – 43). Nachdem sie ausführlich die Bestimmungen der amerikanischen Besatzungspolitik analysiert hat, schlussfolgert Uta Gerhardt: „Man kann sagen: Eine punitive Politik lag in diesen Bestimmungen, ..., allemal *nicht*.“ (Gerhardt 2007: 47). Diese Politik war, wie schon oben beschrieben, parallel zum Verlauf des Krieges vorbereitet worden, sodass die amerikanische Militärregierung in Deutschland detaillierte Vorgaben hatte, so der Tenor bei Gerhardt.

Eine wichtige Anmerkung von neueren Untersuchungen zu diesem Thema ist, dass die amerikanische Deutschlandpolitik durch den Soziologen und Theoretiker des sozialen Wandlungsprozesses, Talcott Parsons, intensiv beraten wurde. Parsons schrieb folgende Bemerkung nieder, die zum besseren Verständnis auch in Englisch notiert wird:

„Ich bin fest davon überzeugt, dass man Industrie und Handel in Deutschland wieder aufbauen muss und dass eine solche Politik mit der wirtschaftlichen Abrüstung zu vereinbaren ist. ... Integration [der deutschen Wirtschaft] in die Wirtschaft Europas könnte jedenfalls die militärische Nutzung Industrieller Ressourcen unmöglich machen und die Konzentration auf die deutschen Binnenmärkte überwinden, was mir die beste Entwicklungsperspektive zu sein scheint.“

„I feel very strongly that Germany should not be prevented from industrial and commercial development, but should be encouraged in those lines which are compatible with the policy of economic disarmament. ... The integration with the economy of Europe, which guides attention away from possible military uses of industry and away from national self-sufficiency, seems to be the best direction of development.“ (beide Zitate in: Gerhardt 2007: 49).

Die Bundesrepublik Deutschland bekam ihre Selbstbestimmung durch das Besatzungsstatut vom 8. April 1949. Es „(...) hatte in Art. 1 den Deutschen die Selbstbestimmung gewährt und den Ländern und der Bundesregierung die volle legislative, exekutive und judikative Macht zugestanden.“ (Rupieper 1993: 38). Mit

dem Besatzungsstatut haben die Westalliierten in den Bereichen „Entmilitarisierung, Kontrolle des Ruhrgebiets, Überwachung der verbotenen Industrien, Auswärtige Angelegenheiten, Zuständigkeit für Displaced Persons (DP's) und Flüchtlinge ..“ und einigen anderen wichtigen Bereichen Reservatsrechte, wie Rupieper anmerkt, für sich behalten. Dazu gehörte auch das Recht, „... jederzeit zur Aufrechterhaltung der demokratischen Regierungsform zu intervenieren.“ (ibid.). Diese Rechtslage wurde mit dem „Petersberger Abkommen“ für die deutsche Regierung verpflichtend⁶².

4.1.3 „Die alliierten Architekten und deutsche Bauleiter“

Die Politik der Besatzungsmächte kann in folgende drei Kategorien zusammengefasst werden:

1. Eine starke Kontrolle und die Schließung der Institutionen in den 20 wichtigsten Bereichen des gesellschaftlichen Lebens, zunächst ohne zeitliche Begrenzung. Dies diente zur Vorbereitung von Maßnahmen, um die 4-D-Politik zu verfolgen und umzusetzen – insbesondere die Gestaltung der Dezentralisierung in der Form der Konstituierung von Bundesländern. Dies musste später in die Konstituierung der Bundesrepublik Deutschland einmünden, als die Einheit Deutschlands damals für nicht mehr möglich gehalten wurde.
2. Die Organisation von untersten Verwaltungseinheiten in den Städten und Gemeinden. „Die Civil Administration sollte unter der Militärregierung mit unbelasteten Amtsträgern möglichst bald wieder arbeiten.“ (Gerhardt 2005: 113). Die nicht geschlossenen Institutionen, meist die öffentlichen Versorgungseinrichtungen, konnten weiterarbeiten, um das Alltagsleben und die Versorgung des Militärs der drei Westmächte und der Bevölkerung zu stützen. Die Vertriebenen- und Flüchtlingsarbeit wurde ebenso in die einheimischen Hände gelegt. Zu den Aufgaben, die die Einheimischen übernehmen sollten, gehörten das Transportwesen einschließlich der Wiederherstellung des Straßennetzes sowie der Schutz des öffentlichen Eigentums. Alles andere, soweit es von Kontrollen nicht betroffene Bereiche waren, blieb in deutscher Hand.
3. Festlegung der Regeln und Standards, die zu befolgen waren, z. B. Verbot von Diskriminierung, Rationierung usw.

Die drei Punkte zeigen, dass die Besatzung Deutschland in einen Liminalitätszustand versetzte und die Besatzer die neue Orientierung nicht dem Zufall überließen. Diese liminale Phase oder auch »Nullphase« genannt, bedeutete „Zerstörung aller nationalsozialistischen Elemente der Institutionen.“ (ibid.: 129). Weil die deutsche Gerichtsbarkeit zuerst außer Kraft gesetzt worden war, bedeutete dies einen klaren Bruch mit dem Nationalsozialismus. Mit den Worten von U. Gerhardt bedeutete das Ende nationalsozialistischer Justiz die

62 „Petersberger Abkommen“ wurde am 22. November 1949 unterzeichnet.

„Abschaffung der im Nationalsozialismus erlassenen Gesetze und Verordnungen sowie Wegfall der Sondergerichte (...). Erst nach Monaten durften Amts- und Landgerichte – ohne nationalsozialistisch belastete Richter – wieder arbeiten.“ (Gerhardt 2005: 128).

In der Zwischenzeit übernahmen die Militärgerichte die Gerichtsbarkeit. Über die Orientierung nach dem Krieg gibt es insbesondere um die Thematik Kontinuität und Diskontinuität eine Diskussion, die die Rolle der endogenen Kräfte verdeutlicht. Beispielhaft: „die Rückkehr [...] zum Strafgesetzbuch, wie es bis zum Januar 1933 galt,“ sei „ein Stück Diskontinuität nach dem Nationalsozialismus – ein Stück Kontinuität allerdings zur Weimarer Zeit, als der Rechtsstaat noch gegolten hatte“ (Braun u.a. 2007: 15). Dies passt zu der allgemeinen Orientierung, denn wie in den vorangegangenen Abschnitten dieses Kapitels erläutert wurde, galt es, die Folgen der Naziherrschaft zu überwinden. Das Beispiel zeigt, Westdeutschland konnte an das anknüpfen, was durch die Nazidiktatur unterbrochen worden war. Richard von Weizsäcker schreibt in seinem Buch „Drei Mal Stunde Null“:

„Der Publizist Walter Dirks löste 1950 eine heftige Debatte mit einem Aufsatz aus, den er unter dem Titel »Der restaurative Charakter der Epoche« schrieb. Eugen Kogon, zusammen mit Dirks Herausgeber der »Frankfurter Hefte«, unterstützte ihn durch scharfe Angriffe auf die Ära Adenauer. Ihre gemeinsamen Ziele waren eine radikale Veränderung der privaten und wirtschaftlichen Eigentumsverhältnisse, eine gründliche Reform des öffentlichen Dienstes, eine Umkehr der gesellschaftlichen Machtstellungen zu Lasten der »reaktionären Kräfte«. Der Vorwurf der Restauration lautete also: unerträgliche Kontinuität anstelle eines erlösenden Neubeginns.“ (Weizsäcker 2001: 55).

Diese Diskussion deutet auf eine tiefgreifende Auseinandersetzung in der Nachkriegsgesellschaft Westdeutschlands hin. „Das Stichwort Restauration hatte auf Anhub einen Nerv getroffen“ bemerkt Weizsäcker weiter (ibid.). Weizäckers Urteil geht dahin, dass „mit dem Rechtsstaat und der föderalistischen Ordnung“ eine Kontinuität geschaffen sei, „weil alte Länder ihre Einheit und Eigentümlichkeit“ wiedergefunden hätten. Negativ ist sein Urteil über den Umgang mit der Nazizeit:

„Wenig eindrucksvoll war demgegenüber die Folgenlosigkeit, mit der man rasch über eine schwer belastende Vergangenheit in der Gesellschaft hinwegging. Bald wuchs eine neue Generation heran, die sich später daran nachhaltig und unüberhörbar stieß.“ (Weizsäcker 2001: 59).

Auch die Werte wie „das Bedürfnis nach Sauberkeit, Fleiß, Disziplin und Bescheidenheit“ waren der Gesellschaft erhalten geblieben – wie Braun, Gerhardt und Holtmann bemerken:

„diese so genannten Sekundartugenden (...) als ein dauerhaftes Element traditioneller deutscher Sozialkultur (...) waren also nicht im Chaos des Verbrechersystems untergegangen.“ (Braun u.a. 2007: 19)

Für viele schien es das Beste, diesen „Schandfleck“, die Periode der Naziherrschaft, zu vergessen. Das ist auch in der Tat für viele Jahre der Fall gewesen. Diese pragmatische Verdrängungshaltung, die dazu beitrug, in die Zukunft blicken zu können, war erst dadurch möglich geworden, dass auf eine demokratische Tradition vor der Naziherrschaft zurückgegriffen werden konnte. Dies ist nicht nur im Bereich der Justiz der Fall gewesen. Vor allem im Bereich des wirtschaftlichen Wiederaufbaus ist Kontinuität ein wesentliches Merkmal. Auch hier wurde das Ziel verfolgt, eine demokratische Entwicklung herbeizuführen, wie Hans-Hermann Hartwich auf die Direktive »ICS 1779 vom 11. Juli 1947« der amerikanischen Besatzung verweisend schreibt:

„Der wirtschaftliche Hauptgesichtspunkt – neben den bisherigen Aspekten der Vernichtung der Kriegs- und Rüstungsindustrie sowie der Reparationsleistungen – war jetzt den Deutschen den Wiederaufbau eines Staates zu ermöglichen, der friedlichen Zielen folgt und in die Wirtschaft Europas integriert ist. (Hartwich 1977: 69)

In der genannten Direktive wurde das Tun der Besatzer wie folgt beschrieben:

„(...) to take measures which will bring about the establishment of stable political and economic conditions in Germany and which will enable Germany to make a maximum contribution to European recovery.“ (Zitat in Hartwich 1977: 68)

Das zeigt deutlich, wie sehr die amerikanische Besatzung darum bemüht war, die Entwicklung in Deutschland zu lenken und dies aber in Zusammenarbeit mit den Einheimischen zu tun. Die Diskussion um die Kontinuität bzw. Diskontinuität nach der NS-Zeit zeigt auf der einen Seite die Rolle der Besatzungsmächte: Bruch mit der NS-Zeit durch den Entwurf eines neuen Gesellschaftsbildes und die kritische Begleitung seiner Verwirklichung. Die Kontinuitäten hingegen zeigen sowohl die Wirkung gesellschaftlicher Werte vor der Zeit des Nationalsozialismus, allen voran die humanistischen und die republikanischen Werte, als auch eine kontinuierliche Basis von Wirtschafts- und Gesellschaftsstrukturen. Dass die deutsche Gesellschaft nach dem Zweiten Weltkrieg durch die Vorgaben der Alliierten eine neue Orientierung suchen musste, steht außer Diskussion. Diese Orientierung war im westlichen Teil durch das Demokratie- und Gesellschaftsverständnis der drei Westalliierten geprägt. Die deutsche Gesellschaft hat sich in diesem Rahmen neu erfunden, durch Verinnerlichung und eigenständiges Umsetzen dieser Vorgaben.

4.2 Kosovo⁶³

Der Kosovo stand bis 1912 unter osmanischer Herrschaft. Danach gehörte er zu Serbien. Ab 1918 war er Teil Jugoslawiens bis auf das Intermezzo während des Zweiten Weltkriegs, als er Albanien einverleibt war. 1974 wurden die zuvor bestehenden Autonomierechte erheblich erweitert. Während der sogenannten „Antibürokratischen Revolution“ von 1989 unter Slobodan Milosevic wurden diese Rechte weitestgehend aufgehoben. Dies führte zum Widerstand der Kosovaren bzw. zu Migrationen in die anderen europäischen Länder. Die Auseinandersetzung zwischen beiden Seiten endete in einer humanitären Katastrophe. Daraufhin griffen die NATO-Länder in das Geschehen ein, zuerst ohne UNO-Mandat. Anschließend wurde dieses UNO-Mandat erteilt: „The UN Interim Administration Mission in Kosovo (UNMIK)“ wurde „vom Sicherheitsrat am 10. Juni 1999 (Resolution 1244) als UNO-Friedensmission für die Wiederherstellung und den Wiederaufbau des Kosovo eingerichtet“ (UNMIK 2010).

Die Republik Kosovo entstand formell am 17. Februar 2008, nachdem das Parlament in Priština, der Hauptstadt, die Unabhängigkeit Kosovos von Serbien proklamiert hatte. Auch wenn bisher erst 71 der 192 UN-Mitgliedstaaten die *Republik Kosovo* anerkennen, hat der Internationale Gerichtshof (IGH) am 22. Juli 2010 in einem Gutachten festgestellt, dass die formale Unabhängigkeitserklärung des Kosovo nicht gegen das Völkerrecht verstoße. Die Entstehung der Republik Kosovo ähnelt der Entwicklung in Osttimor (siehe nächsten Abschnitt). Ohne das Mandat der UNO und das vorhergegangene Eingreifen durch die NATO wäre die heutige Entwicklung in der Balkanrepublik nicht möglich gewesen. Dies beschreibt die folgende Feststellung, die auch zeigt, wie neu und einzigartig diese Aufgabe ist:

„Im Kosovo steht die UNO vor einer Aufgabe, die an Umfang und Komplexität kein Beispiel in der Geschichte hat. Erstmals sind andere multilaterale Organisationen als vollberechtigte Partner unter Führung der Vereinten Nationen in dieser Mission tätig.“ (ibid.).

Der Sicherheitsrat hat dem UNMIK die höchste Gesetzgebungs- und Exekutivgewalt übertragen. UNMIK beschreibt die Aufgaben des UNO-Einsatzes im Wesentlichen in den folgenden Bereichen: Zivile Verwaltung, Humanitäre Hilfe, Demokratisierung, Aufbau der Institutionen und Wiederaufbau. Auch wenn die Sezession des Landes von Serbien nicht explizit erwähnt wird, ist es deutlich, dass die Bestrebungen zur Unabhängigkeit nicht unterbunden werden, vorausgesetzt, die Mehrheit der Bevölkerung würde nicht gegen die Sezession votieren. In der Tat hat die Bevölkerung Kosovos die Unabhängigkeit gewünscht und dies wurde durch die UNO auch angenommen.

Die Entwicklung im Kosovo ist ein lehrreiches Beispiel, wie die internationale Gemeinschaft Kriegen und Katastrophen in Krisengebieten begegnen kann.

⁶³ Für die Informationen in diesem Abschnitt wurden die UNO-Dokumente von UNMIK recherchiert. Für Details siehe „UNMIK 2010“ bzw. „Wiki_Kosovo 2010“.

Die Sicherstellung eines funktionierenden Rahmens (hier eines Staates) ist die Voraussetzung für eine zukunftsorientierte und nachhaltige gesellschaftliche Entwicklung. Wie das Beispiel Kosovo zeigt, muss die Neuorientierung im Sinne gesellschaftlicher Wandelprozesse in Krisenregionen durch das Eingreifen der exogenen Kräfte mitgestaltet werden. Offensichtlich sind die endogenen Kräfte in vieler Hinsicht nicht in der Lage, einen Neuanfang zu wagen, da die äußeren Rahmenbedingungen sie hindern.

4.3 Timor-Leste (Osttimor)⁶⁴

Demokratische Republik Timor-Leste, oder Osttimor, ist ein Inselstaat in Südostasien und laut seiner Verfassung ein säkularer Staat mit Religionsfreiheit. Osttimor wurde im 16. Jahrhundert durch die Portugiesen kolonisiert. 1974 änderte die Nelkenrevolution in Portugal die politischen Verhältnisse und 1975 sollte die Kolonie für die Unabhängigkeit vorbereitet werden. Nach Machtgerangel zwischen den osttimoresischen Parteien rief die stärkere Partei am 28. November 1975 die Unabhängigkeit aus. Nach nur neun Tagen jedoch annektierte Indonesien das Land. Während der 24 Jahre indonesischer Besatzung gab es ständige bewaffnete Auseinandersetzungen; bis zu 183.000 Tote unter den 800.000 Einwohnern waren zu beklagen. Diese Unruhen ließen die UNO auf den Plan treten. Die Verhandlungen zwischen Indonesien und Portugal unter der Schirmherrschaft der UNO führten zu einem Referendum vom 30. August 1999, in dem eine Mehrheit für die Unabhängigkeit Osttimors stimmte. Die UNAMET (the United Nations Mission to East Timor) wurde eingerichtet.

Die UNO musste mit der Friedenstruppe (INTERNational Force for East Timor - INTERFET) eingreifen, da der Rückzug der indonesischen Armee gewalttätig verlief. Die UNO stellte das Land unter ihre eigene Verwaltung (Resolution 1272 vom Sicherheitsrat vom 25. Oktober 1999). Die „United Nations Transitional Administration in East Timor (UNTAET)“ legte dann am 20. Mai 2002 die Regierungsgeschäfte in die Hände der Regierung von Osttimor. Am 27. September 2002 wurde Osttimor als 191. Mitglied in die Vereinten Nationen aufgenommen. Es war der erste Staat, der im 21. Jahrhundert unabhängig wurde.

Osttimor wurde bis heute durch die internationalen Organisationen beim Aufbau des Staates und der dazugehörigen Institutionen unterstützt. Als 2006 die inneren Unruhen ausbrachen, hat die UNO mit der Gründung der „United Nations Integrated Mission in Timor-Leste (UNMIT)“ geantwortet und damit den Zerfall des Staates verhindert. Osttimor ist eines der ärmsten Länder – auf dem Human Development Index 0,489 steht es an der 162. Stelle. Nach der Volkszählung von 2004 arbeiten 78 % der Beschäftigten

⁶⁴ Für die Informationen in diesem Abschnitt wurden die UNO-Dokumente „UNO-SR_Osttimor 2010, UNO_S/Inf/55 1999, UNO-SR_Osttimor 2010, UNO-SR_Osttimor 2007“ und „WB_Osttimor 1999“ bzw. „Wiki_Osttimor 2010“ benutzt. Um den Textfluss nicht zu beeinträchtigen, wurde auf die einzelnen Hinweise verzichtet.

in der Land- und Forstwirtschaft und in der Fischerei und nur 1% im Bereich Bergbau, Ölgewinnung, Elektrizität und im Baugewerbe. 2006 lebten allein in der Hauptstadt Dili 30.000 Menschen in Flüchtlingslagern, weitere 70.000 verstreut in anderen Distrikten des Landes – insgesamt 100 000 Menschen, knapp 10% der Bevölkerung. Dazu wird Osttimor als eine „Gesellschaft, die auf Gerüchten basiert“ (rumor-based society) bezeichnet⁶⁵, was eine Folge der Traumatisierung durch die gewaltreiche Vergangenheit ist.

Die UNO-Mission wird von anderen internationalen Institutionen begleitet und arbeitet in den folgenden Bereichen, wie im Dokument „UNO-SR_Osttimor 2007“ festgehalten wird:

1. National reconciliation and democracy
2. General security situation and security sector reform
3. Capacity-building
4. Justice and the rule of law
5. Human rights
6. Socio-economic development

Auch die World Bank richtet ihre Arbeit in dieser Richtung aus (WB_Osttimor 1999):

1. Building institutions and policies.
2. Rehabilitating infrastructure
3. Restoring social services
4. Community reintegration and reconstruction
5. Restarting economic activity

Diese Orientierung demonstriert, wie die exogenen Kräfte die exogenen Anleihen in Zusammenarbeit mit den endogenen Kräften für Osttimor umsetzen. Wie die endogenen Anleihen in diesem Prozess die Entwicklung beeinflussen, ist eine interessante Fragestellung, kann aber hier nicht behandelt werden.

4.4 Schlussfolgerung: konstruktive Zusammenarbeit interner und externer Kräfte im Wiederaufbauprozess

Drei Länder, drei unterschiedliche Entwicklungspfade – aber drei Geschichten mit Parallelen: in allen dreien gibt es eine Krise mit katastrophalen Folgen, die eine Intervention von außen benötigt, um einen Neuanfang wagen zu können. In allen drei Beispielen ist ein Wandel vom charismatischen Herrschaftssystem zu einem demokratisch legitimierten Herrschaftssystem – von Anomie zu einer rechtstaatlichen Ordnung – vollzogen worden, wenn auch über die Dauerhaftigkeit der Demokratien

⁶⁵ Im Mai 2009 sah sich der stellvertretende Polizeikommandant Alfredo de Jesus gezwungen, die Bevölkerung in Radio und Fernsehen aufzufordern, nicht dem Gerücht zu glauben, eine Hexe namens Magareta würde nächstens über Dili fliegen.

im Kosovo und in Osttimor erst in Zukunft entschieden wird. Dieser Systemwechsel bedurfte in allen drei Beispielen der Einflussnahme exogener Kräfte.

In allen drei Beispielen gab es große Bevölkerungsverschiebungen, mit der Besonderheit in Deutschland, dass die Vertriebenen in ihre Heimatorte nicht zurückkehren durften. Während die Integration der Vertriebenen in die westdeutsche Gesellschaft eine schwierige Aufgabe war (Schildt 2003a), ging es in den Ländern Kosovo und Osttimor vor allem um die Rückführung von Flüchtlingen. Die Bevölkerungsverschiebungen gehörten damit zu den größten Problemen in allen drei Beispielen. Auch die Zerstörung der Infrastruktur, der Siedlungen und der Produktionsanlagen waren in allen drei Beispielen ähnlich. Eine weitere Ähnlichkeit bestand in der schwierigen Versorgungslage nach der Krise.

Die entscheidende Gemeinsamkeit ist jedoch der Zusammenbruch der gesellschaftlichen und staatlichen Institutionen und die individuelle wie die kollektive psychische Belastung. Hier entsteht eine liminale Phase der gesellschaftlichen Entwicklung, in der die Unsicherheit, die Rechtlosigkeit, und die Ungewissheit über die Zukunft die Oberhand gewinnen. In dieser Phase herrscht Orientierungslosigkeit, und in allen drei Beispielen spielen offenbar die Kräfte von außen eine wesentliche Rolle.

Doch diese exogenen Kräfte können nur in Verbindung mit den endogenen Kräften eine Orientierung bewirken. Hier wirken die exogenen Anleihen und die endogenen Potentiale zusammen – und vieles hängt davon ab, ob die endogenen Anleihen den exogenen Anleihen widerstehen und wie weit die endogenen Potentiale entwickelt sind.

Die in diesem Kapitel beschriebene Rolle der Alliierten in Deutschland und die der UNO im Kosovo oder in Osttimor zeigen, dass die Zusammenarbeit der exogenen und endogenen Kräfte notwendig ist, um einen Systemwechsel zu bewirken, der für einen Neuanfang notwendig ist. Erst dann kann der Wiederaufbau zukunftsorientiert und nachhaltig gestaltet werden.

5 Forschungsfragen und Methodik

Wiederaufbau ist eine räumlich-soziale Aktivität, die nach einer Krise/Katastrophe einsetzt. Wiederaufbau ist nicht nur die Wiederherstellung der physischen Welt; er ist, da nach der Krise, eine Summe von Aktivitäten, die im Sinne vom sozialen Wandel bzw. im Rahmen des sozialen Wandels verstanden werden muss, wie im Kapitel 3 beschrieben wurde.

Es sind drei Themenkomplexe, mit denen sich die Arbeit beschäftigt.

1. die allgemeinen Fragen der Kulturdiffusion: die exogenen Einflüsse beim sozialen Wandelprozess; ihre Rolle zur Bewältigung der Nachkrisen-Periode und die Instrumente für das Zusammenwirken der exogenen und endogenen Kräfte;
2. die speziellen Fragen zur Entwicklung in Kurdistan: die Rolle der externen Kräfte, die Krise und die Zerstörung insbesondere des ländlichen Raumes; die Besonderheiten der liminalen Phase sowie
3. mögliche Wege zur Überwindung der liminalen Phase im Nordirak, insbesondere im Hinblick auf den Wiederaufbau der ländlichen Regionen.

5.1 Forschungsfragen

Was sind die Merkmale der liminalen Phase in Kurdistan nach der Krise von 1991? Wie wurde die Frage „Systemwechsel oder System-Wieder-Herstellung“ nach dem Systembruch im Nordirak beantwortet? Wie ist die Rolle der Auseinandersetzung der alten und neuen Leitbilder (Kulturmuster – Geertz) im Kontext der Entwicklung in Kurdistan zu verstehen? Und: was sind die Kontinuitäten und Diskontinuitäten im Bezug zu dieser Konkurrenz der Leitbilder beim Wiederaufbau in dieser Teilgesellschaft des Iraks? Wie können die externen Einflüsse konstruktiv eingesetzt werden, um den Prozess des Wiederaufbaus zu gestalten – welche Aktore sind im Spiel und welche Instrumente stehen ihnen zur Verfügung, um die äußeren Einflüsse umzusetzen? Gibt es länderübergreifende Muster zur Gestaltung der externen Einflüsse, externe Kräfte wie rechtliche Instrumente, die auch im Wiederaufbauprozess in Kurdistan zur Geltung kommen?

Da ohne das Wirken der endogenen Kräfte der Wiederaufbau nicht möglich ist: wie muss das Zusammenspiel der externen und internen Kräfte in Kurdistan gestaltet werden?

Ein wichtiger Aspekt der liminalen Phase ist die Art des Verständnisses der Nothilfemaßnahmen. Kann die Diskussion um das Konzept „Linking Relief, Rehabilitation and Development (LRRD)“ (VENRO 2006) im Kontext der Krise im Irak dazu beitragen, die Nothilfemaßnahmen in den Wiederaufbau-Prozess einzubinden?

Welche Rolle spielen die externen Einflüsse in Kurdistan? Wie entwickelte sich die Krise von 1991 und was waren ihre Folgen – insbesondere im Hinblick auf die Rückkehrer-Bewegung, die durch eine externe Intervention zustande kam? Wie hat sich der Wiederaufbau-Prozess gestaltet und was sind die wesentlichen Merkmale des

Wiederaufbaus in Kurdistan nach 1991? Welche Spannungsfelder beherrschten das Zusammenspiel der externen Kräfte und der kurdischen Politik?

Die Antworten auf diese Fragen bestimmen die Richtung der räumlichen Entwicklung und die Bedeutung der ländlichen Regionen für die zukünftige Entwicklung des Landes. In diesem Rahmen werden die Fragen zum Wiederaufbau der ländlichen Regionen erörtert. Insbesondere werden hier zwei Themenkomplexe hinterfragt:

- Wo liegen die Interessen der Rückkehrer in diesem Zusammenspiel von externen und internen Kräften und was sind die Erwartungen und Möglichkeiten der Rückkehrer?
- Welche planerischen Instrumente können beim Wiederaufbau eingesetzt werden; in einer Region, wo noch weitgehend die Tradition die Lebenswelt (Habermas) steuert und dennoch die früheren Bauerngesellschaften nicht mehr rekonstruiert werden können?

Was sind die institutionellen Rahmenbedingungen zur Gestaltung einer effektiven Zusammenarbeit der endogenen und exogenen Kräfte beim Wiederaufbau? Wie kann der Wiederaufbau-Prozess als Instrument zur Modernisierung (d.h. Ausdifferenzierung der gesellschaftlichen Strukturen im Sinne von „evolutionären Universalien“ – Parsons –) in Kurdistan beitragen?

Eine wichtige Frage ist die folgende: Wie groß ist der Forschungsbedarf zum Thema Wiederaufbau in Krisenregionen?

5.2 Theoretischer Rahmen und Vorgehensweise

Dieser Bereich erfordert raumplanerischen Anspruch und die Antwort auf die Frage, wie der Aufbau der ländlichen Regionen zu bewerten und zu gestalten ist. Die Fragestellung geht von der folgenden Hypothese aus: in einem Entwicklungsland wie Kurdistan ist es notwendig, eine balancierte und gleichgewichtige Siedlungsstruktur anzustreben. In Kurdistan ist der Entwicklungsgrad der Humanressourcen nicht hochdifferenziert und die Beschäftigungsstruktur ebenfalls nicht. Kurdistan ist ein Agrarland gewesen und seine Bevölkerung ist das Produkt der traditionellen ländlichen Tätigkeiten. Daher ist es nötig, den ländlichen Raum neu zu strukturieren – die Ausgangsbedingungen des Wiederaufbaus bieten exzellente Voraussetzungen hierfür an; die Krise bietet eine Chance, beim Neuanfang die ländlichen Regionen neu zu strukturieren.

Die Arbeit versucht, die Krise im Rahmen des sozialen Wandels (social change) zu behandeln. Die räumliche Entwicklung wird diesem Rahmen untergeordnet. Der soziale Wandel wird deshalb als Rahmen gesetzt, weil hier von der folgenden Annahme ausgegangen wird: in Kurdistan zeigt die Gesellschaft starke Einflüsse der traditionellen Agrargesellschaft; und sie strebt Modernität an. Diese Gesellschaft durchlebt also den Übergang von traditionellen hin zu modernen Strukturen. Dieser Übergang, diese bestimmte Periode des Wandels, wird gleichzeitig durch eine Krise überlagert, die den Wandlungsprozess besonders verdichtet und die Orientierung der kurdischen Politik und Gesellschaft zusätzlich herausfordert. Dieser Wandel bestimmt natürlich auch die

räumliche Entwicklung. Da stellen sich Fragen, bezogen auf die Bewältigung und die Art und Weise der Umsetzung dieses Wandels. Die Antworten darauf setzen dem Prozess des Wiederaufbaus und der Gestaltung des ländlichen Raumes einen Rahmen.

Die Krise in Kurdistan wird als Resultat aber auch als Phase des sozialen Wandels verstanden. Dieser Wandel durchläuft einen komplexen Prozess. Viele Aspekte des Wandels überlagern sich. Ein wichtiger Aspekt ist der (meist gewaltsame) Einfluss von außen. Dieser Einfluss erzeugt eine Identitätssuche als Reaktion darauf. Die wesentlichen Akteure dieser Auseinandersetzung sind im Irak die leitenden Schichten der kurdischen Gesellschaft und die herrschende Zentralgewalt. Die Auseinandersetzung dieser beiden Seiten („strain“ im Sinne von Parssons) hat maßgeblich den sozialen Wandel in der kurdischen Gesellschaft bestimmt.

Auch die räumliche Entwicklung musste sich diesen Veränderungen unterordnen und wurde zum Sinnbild der Zerstörung von herkömmlichen sozialen Stammesstrukturen – einschließlich der auf Dorfgemeinschaften und kleinen Städten als Markt- und Verwaltungsplätzen beruhenden Siedlungsstrukturen. Die alte Siedlungsstruktur wurde fast völlig zerstört, die Bauernschaft in die Moderne katapultiert – per Dekret. Die vorliegende Arbeit will diesen *äußeren* Einfluss im Rahmen des „sozialen Wandels“ verständlich machen und die Folgen dieser Entwicklung analysieren.

Dies leitet zu der Frage über, welche Kräfte den sozialen Wandel in Kurdistan beeinflussen: Sind die externen Einflüsse (exogene Kräfte) oder die interne Dynamik (endogene Kräfte) maßgeblich? Die Frage wird mit Hilfe von Parsonsschen Definitionen über den sozialen Wandel diskutiert. Dazu werden die Modernisierungstheorien zu Hilfe geholt. In einem Entwicklungsland wie Kurdistan, das dazu durch Identitätssuche geplagt wird, kommt auf die externen Kräfte eine besondere Rolle zu. Um diese Behauptung zu untermauern, werden Beispiele aus Krisenregionen untersucht und die Nachkriegszeit von 1945 in Deutschland anhand neuerer Untersuchungen zu Rate gezogen. Dass ein Vergleich an sich problematisch ist, und dass insbesondere Deutschland von 1945 und Kurdistan in den 1990er zwei völlig verschiedene Entwicklungsstufen aufweisen, liegt auf der Hand. Dennoch, um die Rolle der externen Kräfte zu verstehen, sind die Ereignisse im Nachkriegsdeutschland äußerst aufschlussreich. Es ist hier nicht bezweckt, Deutschland und Kurdistan zu vergleichen, sondern anhand der Entwicklung in Deutschland die Rolle der exogenen Kräfte besser verstehen zu können.

Die Frage „was ist Wiederaufbau?“ wird im Lichte der Modernisierung und des sozialen Wandels analysiert. Wiederaufbau ist ein Prozess, der einer Krise folgt. Die Krise kann durch eine soziale Auseinandersetzung oder durch eine Naturkatastrophe hervorgerufen sein. In beiden Fällen können die Folgen schwerwiegend sein und dementsprechend die Kräfte des Wiederaufbaus herausfordern. In dieser Arbeit wird der Wiederaufbau in Kurdistan behandelt, wo es nach inneren und internationalen Spannungen in und um den Irak kriegerische Zerstörungen gab. Um den Prozess des Wiederaufbaus zu verstehen, muss die Periode nach der Krise untersucht werden. Diese Periode ist in vieler Hinsicht sensibel, brüchig und undefiniert. Die Zerstörung durch die

Krise und der Versuch, den Wiederaufbau zu organisieren, stellen eine Einheit dar. Diese instabile Phase wird *Liminalität* genannt.

Liminalität wird in Verbindung mit dem sozialen Wandel betrachtet und soll die Krise in Kurdistan beschreiben und verstehen helfen. Da die Krise nicht nur physische Zerstörung verursacht, sondern auch die gesellschaftlichen Strukturen durch sie zusammenbrechen, wird die Verbindung der Krise mit den sozialen Veränderungen untersucht. Daraus ergibt sich die Analyse der Nachkriegsperiode in Kurdistan.

Ein wesentlicher Bestandteil der Analyse dieser liminalen Phase nach der Krise ist die Frage der Kontinuitäten. Was bleibt übrig nach der Krise? Die Antwort auf diese Frage ist nicht nur auf eine Bestandsaufnahme der physischen Zerstörung beschränkt. Das ist für die ländlichen Gebiete in Kurdistan irrelevant. Denn hier wurde alles zerstört, physisch blieb nichts mehr übrig. Die Frage zur Kontinuität bzw. Diskontinuität ist hier von zentraler Bedeutung. Welche Kräfte, Werte, Gewohnheiten und Regeln aus der Vorkrisenzeit wirkten weiter?

Die Antwort verlangt die genaue Untersuchung der Lage der Rückkehrer. Hier wird die *dichte Beschreibung* angewandt, eine Methode aus der Ethnologie. Diese Methode, entwickelt und angewandt von Clifford Geertz (Geertz 1987), beschreibt den kulturellen Kontext, mit dessen Hilfe eine Gesellschaft beschrieben und verstanden wird. *Dichte Beschreibung*, ein Begriff, den Clifford Geertz von Gilbert Ryle entliehen hat, beschäftigt sich mit der Deutung von Kulturmustern: „Ihre Untersuchung ist (...) eine interpretierende, die nach Bedeutungen sucht.“ Die „Analyse [der gesellschaftlichen Ausdrucksformen] ist also das Herausarbeiten von Bedeutungsstrukturen (...) und das Bestimmen ihrer gesellschaftlichen Grundlage und Tragweite.“ (Geertz 1987: 10ff).

Diese Analyse wird Ausgangsbedingungen für den Wiederaufbauprozess liefern. Das ist die eine Seite der Liminalität.

Die Frage zur Überwindung der Liminalität ist damit verbunden, in welchem Umfang es potentielle Gestaltungskräfte gab. Diese Kräfte werden in zwei Kategorien untersucht: exogene und endogene Kräfte. Hier wird die These aufgestellt, dass in Kurdistan die Rolle der exogenen Kräfte eine wesentliche Rolle gespielt hat. Das Zusammenspiel der dominierenden exogenen und der endogenen Kraft stellt die andere Seite der Liminalität dar. Zur Überwindung dieser brüchigen Phase wird die Zusammenarbeit dieser beiden Kräfte vorausgesetzt. Sie wird auch anhand verschiedener Beispiele aus den Krisenregionen belegt.

Folgendes Schaubild (Abbildung 6) beschreibt die Einheit der Krise und des Wiederaufbauprozesses. Hier wird davon ausgegangen, dass die Krise nicht rekursiv ist. Denn wenn die Krise rekursiv wäre, könnte die Phase der Liminalität nicht beendet werden und damit wäre ein Wiederaufbau nicht möglich.

Die Bedeutung der exogenen Kräfte für die Region Berwari Bala wird zuerst im Allgemeinen, im gesamt-kurdischen Zusammenhang, untersucht. Hier wird die Region im Spannungsfeld von Außeneinflüssen (Einflüsse durch exogene Kräfte) und innerer Dynamik (Dynamik der endogenen Kräfte) betrachtet. Eine Differenzierung der exogenen

Einflüsse ist notwendig. Abbildung 7 stellt dieses Spannungsfeld dar. Es beschreibt die Landschaft in einem sensiblen Krisengebiet, wo die Krise in der Region Berwari Bala als ein Teil der größeren Spannung mit vielen Einflussfaktoren erkennbar wird. Hier wird die Besonderheit der Region im Spannungsfeld dieser Kräfte hervorgehoben, vor allem vor dem Hintergrund, dass es in Berwari Bala zu Beginn des Wiederaufbaus keine Strukturen gab. Diese besondere Ausgangslage unterscheidet sich von einem Gebiet, wo bereits räumlich-physische wie räumlich-soziale Strukturen bestehen. In diesem Fall würde die Aufgabe darin bestehen, die vorhandenen Strukturen zu verändern.

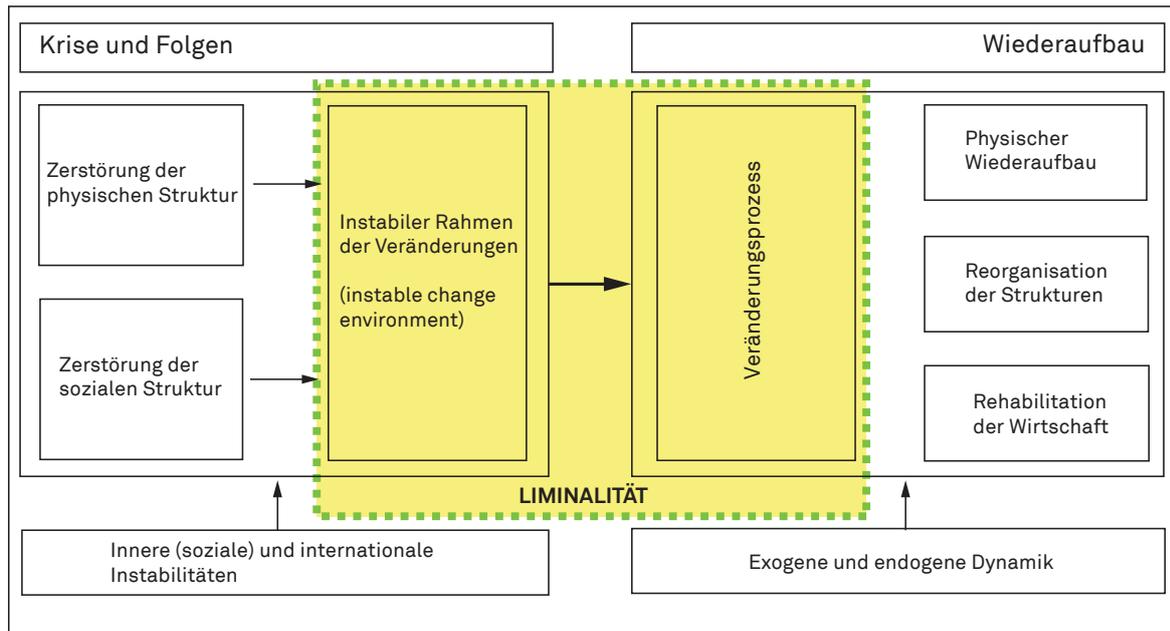


Abbildung 6 : Konzeptionelle Bezugsrahmen der Krise und Nachkrisenperiode.

Quelle: Eigene Darstellung

Zielformulierung

Raumplanerische Konzepte wie partizipative Planung, Flächennutzungsplan, Integrierte Entwicklungsplanung u.a. können Hinweise liefern, wenn eine ernst zu nehmende Assistenz vorhanden ist, die sich um die Entwicklung von institutionellen Rahmenbedingungen kümmert. Darum wird im Kapitel 9 der Versuch unternommen, einen Rahmen zu entwerfen, der die Zielformulierung im Kontext der Zusammenarbeit zwischen den exogenen und endogenen Kräften beschreibt. Die Zielformulierung kann nur zielführend formuliert werden, wenn die Akteure für die Gestaltung von Wiederaufbau in einem Dialog stehen. Hier werden Elemente der Theorie des Kommunikativen Handelns zu Hilfe geholt, um zu zeigen, dass bei der Entwicklung in Kurdistan nach der Krise von 1991 die Akteure „ihre Eingriffe in die objektive Welt“ nicht „über kommunikatives Handeln“ gestaltet haben, da die Rückkehrer keine organisierte Entität waren (Habermas 1995a: 33).

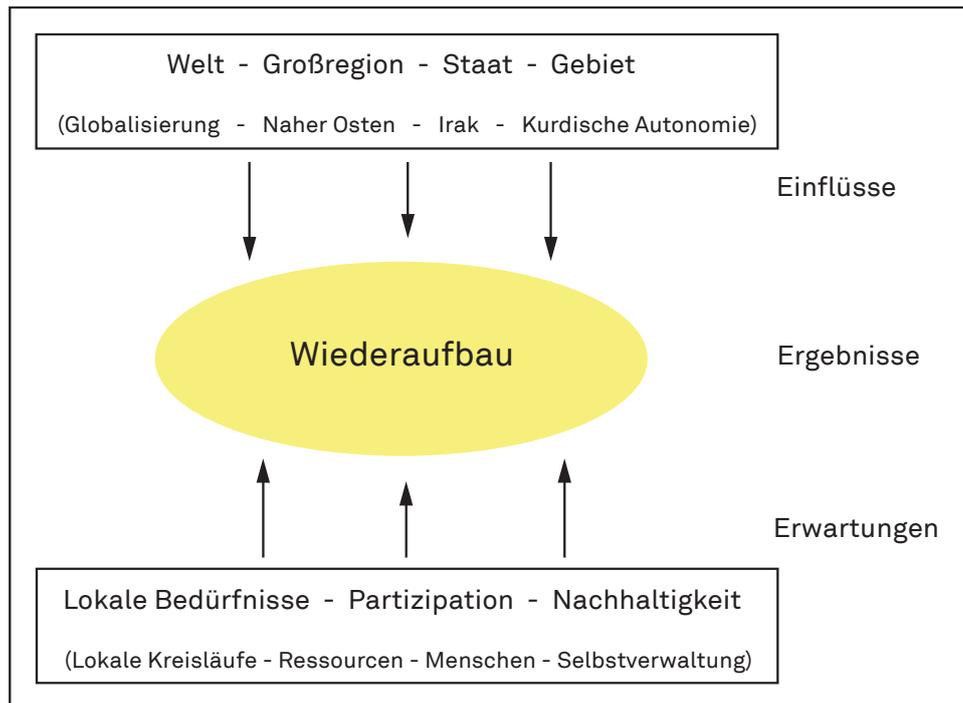


Abbildung 7 :Wiederentstehender sozialer Raum als Spannungsfeld

Quelle: Eigene Darstellung

5.3 Methodik

Die Tätigkeit des DhK in den Gebieten Barzan, Zebar, Welati Jeri, Amadiya-Ost und Amadiya-Nord (Berwari Bala) liefert die Grundlage für diese Arbeit, wenn auch das Gebiet Berwari Bala als case study area behandelt wird (siehe Karte 7). In all diesen Gebieten wurden von der Zerstörung der Dörfer bis hin zu Rückkehr der Familien und dem Wiederaufbau der Dörfer die gleichen Entwicklungsmuster beobachtet. Deshalb wurde aus den Gründen, die im Abschnitt 8.2 erläutert sind, Berwari Bala als stellvertretend für die ländlichen Regionen ausgewählt. Da die Tätigkeit des DhK nicht alle Dörfer von Berwari Bala umfasste und auch nicht die Lage der nicht zurückgekehrten Deportierten aus dem Gebiet zum Ziel haben konnte, musste durch gezielte Interviews die Lage im gesamten Gebiet von Berwari Bala erhoben und untersucht werden (Dokument 1, Anlage).

Für die gesamte Entwicklung in den kurdischen Gebieten liefert die Tätigkeit von DhK ebenfalls eine Informationsbasis. Dazu wurden die Beobachtungen des Verfassers während seiner Tätigkeit als DhK-Koordinator vor Ort ausgewertet. Während dieser Arbeit für DhK konnte der Verfasser mit den lokalen Verwaltungsbeamten und mit den politischen Entscheidungsträgern sowie mit den Vertretern der internationalen Hilfsorganisationen einschließlich der UNO umfassende Gespräche führen. Diese Gespräche und der umfassende Erfahrungsaustausch ermöglichten einen tiefen Einblick in das Gesamtgeschehen. Da die Entwicklung in den Zwangssiedlungen für die Siedlungsentwicklung von großer Bedeutung war und ist, wurden die Erkenntnisse zusätzlich durch ein Interview mit der Stadtverwaltung von Shela Dize untermauert (Dokument 2).

6 Entwicklung in Kurdistan nach dem Kuwait-Krieg von 1991

Die Krise im Irak, 1991, war für die kurdischen Deportierten und Flüchtlinge voller Überraschungen. Die Fluchtbewegung vom März bis Mai 1991 im Norden (Kurden) und im Süden (Schiiten) vom Irak zwang die internationale Gemeinschaft zu handeln. Für die kurdischen Flüchtlinge wurde eine Schutzzone errichtet, um diese zur Rückkehr zu bewegen, da etwa eineinhalb Millionen Menschen an den Grenzen zum Iran und zur Türkei mit großen Versorgungsproblemen zu kämpfen hatten (Karte 6 auf Seite 19). Durch die Errichtung der Schutzzone begann die Rückkehr der geflohenen Menschen – jedoch nicht nur von diesen zumeist an den Grenzen zur Türkei und zum Iran konzentrierten Flüchtlingen. Da die andauernden Kämpfe und Auseinandersetzungen in der Vergangenheit zwischen Kurden und der Zentrale in Bagdad dauerhaft Flüchtlinge produziert hatten, die im Iran und in der Türkei Zuflucht suchten, wollten die Regierungen dieser beiden Nachbarländer Iraks bei dieser Gelegenheit auch die Flüchtlinge aus den Jahren 1975 und 1988 (im Folgenden »Flüchtlinge (1975/1988)« genannt) in ihre Heimat zurückkehren lassen. Zwischen diesen und den Flüchtlingen von 1991 (im Folgenden »Flüchtlinge (1991)« genannt) muss unterschieden werden, um das Geschehen nach der Errichtung der Schutzzone richtig einzuordnen:

1. Obwohl die meisten Flüchtlinge (1991) nach der Errichtung der Schutzzone in ihre Herkunftsorte zurückkehren konnten, selbst wenn diese erheblich zerstört waren, war das mehreren Hunderttausend von ihnen nicht möglich, weil deren Siedlungen weiterhin durch die Zentralregierung kontrolliert wurden.
2. Die Flüchtlinge (1975/1988) mussten als Obdachlose in den Irak zurückkehren, weil sie weder in den Städten noch in den Zwangssiedlungen Häuser oder Wohnungen besaßen. Diese Flüchtlinge hatten seit ihrer Flucht in den dafür errichteten Flüchtlingslagern in der Türkei und an verschiedenen Orten meist in den kurdischen Gebieten im Iran gelebt. Als die Regierungen dieser Länder aber 1991 diese Flüchtlinge zur Rückkehr zwangen, mussten sie in ihre früheren Dörfer zurückkehren.

Tabelle 1 (nächste Seite) gibt eine Übersicht über die Flüchtlingsbewegungen vor und nach der Errichtung der Schutzzone.

6.1 Krise von 1990-1991 im Irak: Die Politik der Alliierten und die Selbstbestimmung der Bevölkerung in den kurdischen Gebieten

Am 2. August 1990 marschierte die irakische Armee in Kuwait ein, „um es anschließend zu annektieren.“ (Sluglett 1991: 289). Der UNO-Sicherheitsrat antwortete am gleichen Tag mit der Resolution »SR660« auf die Annektierung von Kuwait, weitere Resolutionen folgten, die dazu führten, dass ein Militäreinsatz gegen diese Annektierung beschlossen wurde:

“Resolution 660 of August 2, 1990, condemning Iraq’s invasion of Kuwait and demanding the immediate withdrawal of Iraqi military forces, and Resolution 678 of November 29, 1990, authorizing the use of force after January 15, 1991 to end the Iraqi occupation.” (HRW 1992; Harttung 1991: 504).

FLÜCHTLINGS-ZEITRAUM	HERKUNFT	FLUCHTZIEL	RÜCKKEHRZIEL
Flüchtlinge -1975/1988	Aus Dörfern in den kurdischen Gebieten, insbesondere aus den Verwaltungsbezirken: <ul style="list-style-type: none"> • Dohuk, Erbil und Sulaimania; • wenige aus den Verwaltungsbezirken Kirkuk, Ninive und Diyala 	<ul style="list-style-type: none"> • Türkei • Iran. • Ein Teil später aus diesen Ländern nach Europa und Nordamerika 	<ul style="list-style-type: none"> • Frühere Dörfer, die im autonomen Gebiet liegen. • Eine Gruppe bleibt als IDPs* in den Städten oder in Zwangssiedlungen bzw. in Flüchtlingslagern
Flüchtlinge -1991	Aus den <ul style="list-style-type: none"> • Städten und • Zwangssiedlungen 	<ul style="list-style-type: none"> • Türkei und • Iran. 	<ul style="list-style-type: none"> • Siedlungen im autonomen Gebiet, die schon vor der Flucht bestanden. • Als IDPs in die Flüchtlingslager, da ihre Siedlungen weiterhin durch das Bagdader Regime kontrolliert werden.

Tabelle 1: Flüchtlingsbewegungen aus und in die kurdischen Gebiete .

Quelle: Eigene Darstellung *IDPs = Internal Displaced Persons

Dem ersten Beschluss folgte die »Resolution 661 (1990)« des Sicherheitsrates vom 6. August 1990 (im Folgenden »SR661« genannt), mit dem ein Wirtschaftsembargo gegen den Irak verhängt wurde, (Harttung 1991: 505). Der Beschluss setzte einen Ausschuss ein, der die Bestimmungen des Embargos überwachen sollte (Ziffer 6 des Beschlusses)⁶⁶. Der Sicherheitsrat verabschiedete am 29. November 1990 die Resolution Nr. 678, mit dem die „Mitgliedsstaaten, die mit der Regierung Kuwaits kooperieren“, ermächtigt wurden, „alle erforderlichen Mittel einzusetzen, um die Resolution 660 (1990) und allen dazu später verabschiedeten Resolutionen Geltung zu verschaffen und sie durchzuführen“, für den Fall, dass Irak bis zum 15. Januar 1991 Kuwait nicht verlässt. (Harttung 1991: 525f). Die USA haben, basierend auf diesen Beschlüssen des Sicherheitsrates, eine Allianz von 17 Staaten gebildet (im Folgenden »Alliierten-Kräfte« genannt), die am 17. Januar 1991

66 Das Embargo dauerte bis nach dem Krieg vom 2003.

gegen den Irak eine Militäraktion begonnen hat. Die Besetzung Kuwaits wurde beendet und die Alliierten-Kräfte marschierten in den Irak ein. Diese Militäraktion der Alliierten-Kräfte gegen das Saddam-Regime hat weitreichende Folgen, die die Welt noch immer beschäftigt.

6.1.1 „State failure“ im Irak und Machtvakuum in den kurdischen Gebieten

Eine der Folgen dieses Krieges ist die jüngste Entwicklung in Kurdistan. Der Krieg um Kuwait brachte den Machtverlust Iraks über weite Teile des kurdischen Gebietes. Die Herrschaft des Saddam-Regimes über ein kleines kurdisches Teilgebiet, basierend auf dem Beschluss vom 5. April 1991 des Sicherheitsrates (im folgenden SR688 genannt), wurde durch die Alliierten-Kräfte ausgesetzt, (Karte 6 auf Seite 19). Die Alliierten-Kräfte haben für die Rückführung der Flüchtlinge im Nordirak, im Verwaltungsbezirk Dohuk, eine Schutzzone errichtet. Der dadurch entstandene Machtverlust Bagdads bedeutete einerseits das Ende einer Schreckensherrschaft in diesem Teilgebiet ; andererseits führte es zu einer Machtlücke, die als undefiniert, unbestimmt, freiheitlich-chaotisch oder als lähmende Stagnation und als „state failure“ bezeichnet werden kann. Kurdistans »Stunde Null« begann.

Der Versuch der kurdischen Politik, durch die Errichtung der Schutzzone ermutigt, in den kurdischen Gebieten einen Prozess zur Selbstbestimmung in die Wege zu leiten, bedeutete eine Zäsur für die kurdische Gesellschaft im Irak und damit für die räumliche Entwicklung in den kurdischen Gebieten. Diese Entwicklung wurde von vielen Faktoren begleitet, auf die die kurdische Politik kaum Einfluss hatte. Dennoch haben die Alliierten-Kräfte stillschweigend die Machtübernahme durch die Kurden *geduldet*. Dies bedeutete jedoch nicht, dass die Alliierten-Kräfte bereit gewesen wären, diese Eigenmächtigkeit der Kurden in jedem Fall zu unterstützen⁶⁷ oder nach einem Plan zu handeln, nach dem Muster der „ehemaligen UNO-Treuhandgebiete“ Kosovo oder Timor-Leste (Ost-Timor), der eine neue „UNO-Ordnung“ im Irak nach dem Krieg hätte etablieren können. Die *Duldung* bedeutete vielmehr, dass eine Schwächung Saddams erwünscht war, seine Macht über Irak jedoch nicht in Frage gestellt wurde. (Kramer 2002: 6).

Die Zeitspanne vom Beginn des Kuwait-Krieges bis zum Beschluss der Resolution SR688 ist eine kritische Phase, in der die Macht von Saddam Hussein fragil war. In dieser Zeit gab es Versuche der kurdischen Politik, sich mit dem Regime in Bagdad zu einigen. Diese Versuche scheiterten jedoch. Als die Kriegshandlungen gegen Irak beendet waren, kam es zu einem Aufstand in den schiitischen und kurdischen Gebieten,

67 Bereits am 7. April 2001 formulierte der US Außenminister Baker seine Zurückhaltung: „..., Secretary Baker, on April 7 in Turkey, spoke of the “utter brutality” of the Iraqi government and emphasized “Saddam’s savage and indecent use of force.” He said that “Iraq’s forces are killing, threatening, and committing crimes against the Iraqi people.” But Baker ruled out any more active effort to stop the slaughter: “We are not prepared to go down the slippery slope of being sucked into a civil war. We cannot police what goes on inside Iraq, and we cannot be the arbiters of whom shall govern Iraq.... We repeatedly said that could only be done by the Iraqi people.” (HRW 1992).

nicht zuletzt aufgrund einer Ansprache des US-Präsidenten Bush (Senior). Die war von den Aufständischen als Aufforderung interpretiert worden, sich zu erheben und das Saddam-Regime zu stürzen⁶⁸. Nach einhelliger Meinung von Berichterstatern dieser Zeit haben die Alliierten-Kräfte und vor allem die USA kein Interesse am Sturz der Herrschaft des Saddam-Regimes gezeigt, da sie im Süden eine „pro-Iranian theocracy“ und im Norden die Teilung Iraks durch die Kurden fürchteten. (Galbraith 2006: 268). Es gelang dem Regime in Bagdad, die Aufstände niederzuschlagen⁶⁹. Dies führte zu einer Massenflucht von Kurden und Schiiten.

Die Alliierten-Kräfte haben nicht den Versuch unternommen, den Status der Kurden zu definieren⁷⁰; Sie waren an einem Systemwechsel im Irak nicht interessiert, denn schließlich war das wichtigste Kriegsziel erreicht: die irakische Besetzung Kuwaits war beendet worden.

In Folge dieser Entwicklungen ist es in den kurdischen Gebieten zu einem Systembruch gekommen, während die »charismatisch-traditionale Herrschaft« Saddam Husseins im übrigen Irak weiter existierte. Hier liegt eine besondere Konstellation der Machtverhältnisse vor, weil die kurdische Politik weiterhin innerhalb Iraks eine politische Lösung anstrebte, d.h. eine Lösung, die das vorhandene Herrschaftssystem nicht ausschloss⁷¹. Diese *Dualität der Machtverhältnisse* – in den kurdischen Gebieten einen Systemwechsel anstreben, während im Irak das vorhandene System fortexistiert – war hoch komplex und verstärkte die Instabilität der Nachkriegszeit nicht nur für die kurdischen Gebiete.

6.1.2 UNO und die „Memorandums of Understanding (MOU)“ mit dem Irak

Nachdem die Besetzung Kuwaits beendet worden war, befasste sich die UNO mit den Folgen des Krieges. Unter den Bedingungen der Flüchtlingskatastrophe und des andauernden Wirtschaftsembargos verschlechterte sich die Versorgungslage der Bevölkerung dramatisch. UN-Organisationen leiteten humanitäre Maßnahmen ein, die durch zwei Memoranden zwischen der UNO und der Regierung des Irak geregelt wurden:

- Das „Memorandum of Understanding between the Government of Iraq and the United Nations concerning humanitarian assistance, Baghdad, 18 Apr. 1991“ (im

68 „There’s another way (...), and that is for the Iraqi military and the Iraqi people to take matters into their own hands and force Saddam Hussain, the dictator, to step aside.“ So Bush. (Lawrence 2009: 45)

69 „The Shi’a paid a horrendous price for America’s betrayal. Saddam’s Republican Guards and security services massacred upward of 300,000 Shi’a (...).“ (Galbraith 2006: 268).

70 Es ist unbestritten, dass die USA und ihre Verbündete erhofft hatten, dass die irakische Armee Saddam Hussein beseitigen würde und die Kontrolle über das Land nehmen würden. Quil Lawrence beschreibt die Haltung der USA in seinem Buch „Invisible Nation“ mit folgenden Worten: „Washington wanted a kinder, gentler Sunni Arab general to blow off Saddam’s head and then put Iraq and its oil back on line for the world.“ (Lawrence 2009: 45). Der Premier von Großbritannien, John Major, antwortete auf die Fragen bezüglich einer humanitären Intervention mit folgenden Worten: „I don’t recall asking the Kurds to mount this particular insurrection. There is a civil war going on... We hope very much that the military in Iraq will remove Saddam Hussain.“ (Lawrence 2009: 54).

71 Sowohl während als auch nach dieser Phase hat die kurdische Politik nach dem Motto „Demokratie für Irak, Autonomie für Kurdistan“ gehandelt. Diese Linie wird weiterhin offiziell vertreten.

Folgenden MOU-1991 genannt) regelt die Arbeit von „United Nations sub-offices and Humanitarian Centres (UNHUCs)“, (Artikel 4, siehe Dokument 4 im Anhang).

- Das „Memorandum of Understanding between the Secretariat of the United Nations and the Government of Iraq on the implementation of Security Council Resolution 986 (1995)“ vom 20. Mai 1996⁷² (im Folgenden MOU-1996 genannt), regelte die Umsetzung des Beschlusses 986 des UNO-Sicherheitsrates vom 14. April 1995 (im Folgenden »SR986« genannt), bekannt als »Öl für Lebensmittel«, »Oil for Food« (im Folgenden »OfF-Programm« genannt).

Kurdistan wird in diesen Memoranden mit keinem Wort erwähnt. Es ist die Rede von „the three northern Governorates of Arbil, Dihouk [Dohuk] and Sulaimaniyeh“ (Section II/paragraph 7 des MOU-1996). Im »Annex I« dieses MOUs steht „the Iraqi Governorates of Arbil, Dihouk and Sulaimaniyeh“ mit dem Hinweis auf die Resolution SR986. Bemerkenswert ist, dass die beiden MOUs mit keinem Wort auf den Wiederaufbau hinweisen. In »Section VII, (paragraphs 36 to 41)« vom MOU-1996 werden die Bereiche der „humanitarian supplies“ aufgezählt. Hier findet man keine Bemerkung zu dem Wiederaufbau der zerstörten kurdischen Dörfer.

In „Section I / General Provisions“ dieses MOUs wird festgehalten:

„3. Nothing in the present Memorandum should be construed as infringing upon the sovereignty or territorial integrity of Iraq.“

Und im »Section II« steht:

“6. (...), the prevailing needs and humanitarian conditions in the various Governorates of Iraq shall be taken into consideration with due regard to the sovereignty of Iraq and the national unity of its population.“

Damit wird klargestellt, dass die politische Entwicklung in den kurdischen Gebieten in keiner Weise gegen den Willen von Bagdad unterstützt wird.

Das MOU-1996 ist in Verbindung mit dem Embargo (SR661) gegen Irak zu verstehen. In diesem Beschluss wie auch in den späteren Beschlüssen gibt es auch keine Hinweise auf die Lösung der kurdischen Problematik. Im Beschluss SR688 vom 5. April 1991, auf dessen Basis die Alliierten-Kräfte die Schutzzone in Dohuk errichtet haben, wird im »Paragraph 4« lediglich auf das Leiden der kurdischen Bevölkerung hingewiesen:

„... the plight of the Iraqi civilian population, and in particular the Kurdish population, suffering from the repression in all its forms inflicted by the Iraqi authorities;“ (Dokument 2 in »Sinemillioglu 2001: 163«).

Der Irak wurde als repressiv getadelt, dennoch wurde er als Partner akzeptiert. Als UNO-Mitglied hat Irak das Recht auf seine territoriale Integrität. Eine darüber hinaus

72 Siehe Dokument 5 in »Sinemillioglu 2001: 166ff«.

gehende Haltung der UNO hätte andere Initiativen verlangt. Die UNO selbst war nicht die Gestalterin des Kuwait-Kriegs gegen den Irak. Sie hat lediglich das Vorgehen der Alliierten-Kräfte unter der Führung der USA legitimiert. Die Alliierten-Kräfte und vor allem die USA hatten damals kein Interesse, das Saddam-Regime zu stürzen – im Gegenteil, sie wollten es erhalten, wenn auch kontrolliert und geschwächt.



Foto 3: Rückkehrer in Bile, Barzan, November 1991

Quelle: Sinemillioglu, 1991

6.1.3 Folgen der Fluchtbewegung und des Machtvakuum: Zusammenbruch der Verwaltung, Plünderung des öffentlichen Eigentums und Migration der Fachkräfte

Infolge des Rückzugs der irakischen Sicherheitskräfte und der Armee hat der irakische Staat in Kurdistan seine sämtlichen Funktionen verloren; der Verwaltungsapparat ist buchstäblich zusammengebrochen. Die Beamten, insbesondere die des gehobenen Dienstes im Verwaltungsapparat, mussten Kurdistan verlassen⁷³. Damit waren die meisten Stellen der gehobenen und mittleren Ebene vakant geworden, was die Funktionsfähigkeit der Verwaltung erheblich einschränkte. Die Fluchtbewegung und das anschließende Machtvakuum in den kurdischen Gebieten hatte auch zur Folge,

⁷³ Peter W. Galbraith, ein US-Diplomat und Jurist, der sich zurzeit der Massenflucht auf Nordirakischem Gebiet aufhielt und mit den fliehenden Massen sich Richtung Türkei auf den Weg machte, meint, dass Saddam den Kurden gegenüber seine Taktik geändert hat und versucht hat „to starve the Kurds into submission. He withdrew his administration, along with the Iraqi military, from Erbil and Sulaimania.“ (Galbraith 2006: 269). Es ist also anzunehmen, dass das Saddam-Regime als Teil seiner Strategie versucht hat, die kurdische Politik unter Druck zu setzen, damit sie das Bagdader Regime akzeptiert.

dass Fachkräfte das Land verließen und viele von ihnen nicht mehr zurückkehrten⁷⁴. Diese Fachkräfte, Teile der Elite der Gesellschaft, meist Ärzte, Ingenieure und Hochschulangehörige, blieben in der Türkei und im Iran, um später nach Europa oder in die USA zu emigrieren. Das Machtvakuum und die Flucht der Massen bewirkten den Zusammenbruch der vorhandenen Strukturen.

Es gibt keine veröffentlichten Untersuchungen über die Folgen dieser Entwicklung. Jedoch bestätigen UN-Organisationen und Hilfsorganisationen die o.g. Aussagen. Eine weitere Migrationsart bestand in der Fluktuation der Fachkräfte von der Verwaltung hin zu den UN- und Hilfsorganisationen, eine Art »Fachkräfte-Migration«. Die neu entstehende kurdische Verwaltung war nicht in der Lage, die Fachkräfte im Verwaltungsapparat zu beschäftigen, geschweige denn gebührend zu bezahlen. Die Hilfsorganisationen dagegen brauchten diese Kräfte, um ihre Hilfstätigkeit durchzuführen. Die UN- und Hilfsorganisationen waren weit zahlungskräftiger und die meisten Ingenieure, Übersetzer, Handwerker wurden umworben und angestellt, auch wenn sie nicht immer entsprechend ihrer Qualifikation eingesetzt wurden⁷⁵.

Das Ausmaß der Zerstörungen war unübersehbar. Die Auseinandersetzungen zwischen den kurdischen Aufständischen und den irakischen Streitkräften hatte eine erhebliche Verwüstung des Landes verursacht. Als sich die irakische Armee aus den kurdischen Gebieten zurückgezogen hatte und die Kurden allmählich die Verwaltung übernahmen, waren die Versorgungsstrukturen vollkommen zusammengebrochen. Die irakische Armee hatte während ihres Rückzuges aus den kurdischen Gebieten die zurückgelassenen Ortschaften niedergebrannt und die öffentlichen Einrichtungen geplündert. In dem bestehenden Machtvakuum konnte die Plünderung des Staatseigentums alle Bereiche des öffentlichen Lebens betreffen; das galt auch für die einheimische Zivilbevölkerung. Für das geplünderte Staatseigentum bot der Iran einen beinahe perfekten Absatzmarkt, der wegen der Zerstörungen während des Krieges mit dem Irak von 1980 bis 1988 einen enormen Bedarf an allem, insbesondere an Baumaschinen hatte. Nach den Beobachtungen des Verfassers waren die Maschinen aus dem Baugelände des Bexhme-Staudammvorhabens, dessen Weiterbau nach dem Krieg nicht fortgesetzt wurde, in einem privaten Maschinenpark in Diyana zwischengelagert; nach den Berichten von Zeugen wurden sie nach Reparaturarbeiten in den Iran verschoben⁷⁶.

74 Dies gilt auch für die übrigen Teile des Landes. Tausende von gebildeten Fachkräften verließen das Land und suchten Beschäftigung im Ausland und in den Nachbarländern, insbesondere in den arabischen Staaten Jordanien, Jemen, Syrien, Saudi Arabien und Ägypten.

75 So wurden z. B. Ingenieure als Übersetzer oder gar als Fahrpersonal eingesetzt. Viele von diesen »Fachmigranten« verließen später aufgrund der Krise von 1996 das Land; als Saddam-Truppen Erbil besetzten, worauf mehrere Tausend Fachkräfte, die mit den Hilfsorganisationen zusammenarbeiteten, aus Angst vor zu erwarteten erneuten Repressionen in die USA oder nach Europa immigrierten.

76 Z. B. sollte 1991 aus dem oben genannten Maschinenpark ein Bulldozer ausgeliehen werden um im Auftrage des DhK beim Bau von Straßen eingesetzt zu werden. Der Aufseher des Maschinenparks, ein Vertreter des Inhabers, lehnte den Vorschlag mit der Begründung ab, die Maschinen seien nicht brauchbar.

6.2 Antworten auf die Herausforderungen in der kurdischen Region: UNO und internationale Hilfswerke

Mit der Resolution SR688, die zur Errichtung einer Schutzzone durch die Alliierten-Kräfte führte, begegnete die UNO der humanitären Katastrophe in den kurdischen Regionen. Nachdem die Alliierten-Kräfte zusammen mit dem Iran und der Türkei Hilfsmaßnahmen eingeleitet hatten und anschließend die Schutzzone errichtet worden war, übernahm der „United Nations High Commissioner for Refugees (UNHCR)“ am 7. Juni 1991 die Verantwortung für die Rückführung der Flüchtlingen in die kurdischen Gebiete⁷⁷. Von diesem Zeitpunkt an waren die UN-Organisationen für den Alltag in den kurdischen Gebieten zuständig. Die USA, Großbritannien, Frankreich und die Türkei (im Folgenden die »Vier-Mächte«) vertraten die Alliierten-Kräfte bei der Überwachung der Schutzzone⁷⁸. Die militärischen Kräfte der Vier-Mächte waren in der Türkei stationiert und ihre Aufgabe bestand darin, die Armee des Saddam-Regimes aus der oben beschriebenen Schutzzone fernzuhalten. Diese Zuständigkeiten verfolgten darüber hinaus keine erkennbaren Ziele außer „einer schmerzlindernde Alltagsbewältigung“ und Rückführung der Flüchtlinge aus dem Iran und der Türkei.

Die UNO definierte ihre Aufgabe als die *Linderung der Not* der Bevölkerung (Nothilfemaßnahmen). Ausgangspunkt war der *Alt-Zustand vor dem Krieg*. Dies ist nie explizit zum Ausdruck gebracht worden. Jedoch gilt der UNO-Grundsatz, dass die Tätigkeiten der UN-Organisationen in den Krisenregionen nur auf der Basis von Sicherheitsrats-Resolutionen durchgeführt werden können. Dazu muss die Einwilligung des Mitgliedsstaates vorliegen⁷⁹. Damit war die Tätigkeit der UNO im Irak auf die *Herstellung der Vorkriegslage* beschränkt. Der »Wiederaufbau der Dörfer« in den kurdischen Gebieten war also kein Gegenstand der Tätigkeit der UNO, weil diese Siedlungen als vor dem Kuwait-Krieg bereits nicht mehr existent galten, wie im Abschnitt 6.1.2 beschrieben wurde. (Siehe auch 7.1.2, Seite 128).

Die Nothilfemaßnahmen wurden durch verschiedene UN-Organisationen und durch die internationalen nichtstaatlichen Hilfsorganisationen (NGOs), durchgeführt. Die Koordination lag bei den UN-Organisationen; Anfänglich hat der UNHCR diese Aufgabe übernommen. Später wurde diese Aufgabe durch die für Irak eingerichtete „UN Office of the Humanitarian Coordinator for Iraq (UNOHCI)“⁸⁰ (UN-Iraq-Mission) übernommen. In den *drei nördlichen Verwaltungsbezirken* (UNO-Bezeichnung) d.h., Dohuk, Erbil und Sulaimania hatte UNOHCI ihre Büros. Das Büro in Erbil koordinierte die Tätigkeit der

77 „On June 7 [1991], responsibility for relief operations in the zone was transferred to the United Nations High Commissioner for Refugees, and allied troops began to leave.“ (HRW 1992).

78 Das Militär der Vier-Mächte unterhielt in der Grenzstadt Zacho ein Verbindungsbüro „Military Coordination Centre (MCC)“. MCC war oft eine Anlaufstelle für die vielen internationalen Organisationen, insbesondere in Sicherheitsfragen.

79 Dies wird durch die UNO-Charta vorgeschrieben. Artikel 2, Ziffer 1 dieser Charta stellt fest: „Die Organisation beruht auf dem Grundsatz der souveränen Gleichheit aller ihrer Mitglieder.“ Artikel 25 sieht vor: „Die Mitglieder der Vereinten Nationen kommen überein, die Beschlüsse des Sicherheitsrats im Einklang mit dieser Charta anzunehmen und durchzuführen.“ (Harttung 1991: 530).

80 Siehe Dokument 4 im Anhang.

UN-Organisationen in diesen drei Verwaltungsbezirken. Die Koordination der Aufgaben beschränkte sich auf die Festlegung des Mengengerüsts und der territorialen Aufteilung der Gebiete, um u.a. zu versuchen, mehrfache Hilfen zu verhindern. Viele internationale Hilfswerke waren in zahlreichen Bereichen tätig; Überschneidungen und mehrfache Hilfeleistungen konnten dadurch nicht ganz vermieden werden.

Der Wiederaufbau der Dörfer konnte nur im Rahmen dieser humanitären Hilfeleistungen stattfinden. Die UNO hat hier kein gestalterisches Ziel verfolgt, um die Rückkehrer beim Wiederaufbau der Dörfer zu unterstützen. Lediglich wurde die Tätigkeit der Rückkehrer, sich in ihren zerstörten Dörfern anzusiedeln, stillschweigend hingenommen (*Duldung der Fakten*), auch wenn die zerstörten Ortschaften nach geltendem irakischem Recht nicht wiederaufgebaut werden durften. Ein Problem war deshalb, dass die Dörfer spontan, ohne Aufsicht und ohne Planung wiederaufgebaut wurden. Damit wurde der Communitas-Charakter der Rückkehrer verstärkt, weil diese sich in einem rechts- und perspektivlosen Raum befanden.

Die Aufgabenbereiche, die aus dem UNO-Auftrag hervorgingen und politischer Natur waren, waren finanziell auf folgende Punkte begrenzt:

- a. Versorgung der Bevölkerung im Allgemeinen,
- b. Wiedererrichtung des Schul- und Gesundheitswesens sowie der Lebensmittelversorgung,
- c. Wiederinstandsetzen der vorhandenen Infrastruktur,
- d. Versorgung der obdachlosen Langzeitflüchtlinge, die aus dem Exil in die Umgebung der Standorte ihrer früheren Dörfer gebracht worden waren.

Da das Saddam-Regime aufgrund des entstandenen Machtverlustes nicht mehr für die kurdischen Gebiete zuständig war, konnten die Reserven und Mittel der Zentralregierung nicht in Anspruch genommen werden. Auch hier haben weder die UNO noch die Alliierten-Kräfte irgendeinen Versuch unternommen, die Geldmittel des irakischen Staates für die Kurdengebiete anzuzapfen. Die Rückkehrer und die ansässige Bevölkerung verfügten über keine funktionierenden Verwaltungsstrukturen und keine finanziellen Mittel. Hinzu kam: der Winter stand unmittelbar bevor.

Auch die internationalen Hilfswerke (NGOs) verstanden ihre Tätigkeit als humanitäre Hilfe, obwohl sie nicht an die Vereinbarungen zwischen der irakischen Regierung und der UNO gebunden waren und teilweise ihre Aufgabe damit verbanden, den Wiederaufbauprozess zu unterstützen und damit die Kurden gegen das Saddam-Regime zu stärken. Der Beitrag der NGOs war willkommen, auch weil die Alliierten-Kräfte auf diese Aufgabe nicht vorbereitet waren. Dazu merkt Quil Lawrence treffend an:

„By April 16 the United States finally came on board with Britain and France, agreeing to reenter Iraq and create a safe haven for the Kurds. (...) U.S. soldiers and British marines entered the Iraqi city of Zakho unopposed on April 20. (...) By the end of May the coalition effectively recaptured the city of Dohuk on behalf of the Kurds. Humanitarian organizations took over the lion's share of the relief work, coordinated by the United Nations High Commission for Refugees. They

were strange bedfellows. The military viewed the civilians as save-the-whales, ‘Kumbaya’ dreamers; the postconflict aid workers felt uneasy alongside the practitioners of war. But the military needed the NGO’s expertise, and the NGOs needed the army’s helicopters and incredible resources.” (Lawrence 2009: 58f).

Bezeichnend ist auch, dass die Vier-Mächte keine Maßnahmen ergriffen haben, um die Verwaltungsstrukturen zu unterstützen. Da die vorhandenen Strukturen nicht funktionsfähig waren, hatten die UN-Organisationen keinen Ansprechpartner. Sie haben deshalb in den kurdischen Verwaltungsbezirken weitgehend selbständig agiert – ebenso die NGOs. Lokale Strukturen haben deshalb beim Wiederaufbauprozess zu Beginn nicht nennenswert mitgewirkt. Sie waren damals erst im Entstehen. Im nächsten Abschnitt wird diese Entwicklung im Einzelnen beschrieben.

6.3 Die demokratischen Schritte und die Entstehung der kurdischen Verwaltung

Die Einrichtung der Schutzzone führte zur Übernahme der Verwaltung durch die kurdische Politik. Nachdem die Alliierten-Kräfte zusätzlich eine „No-Fly-Zone“ nördlich des 36. Breitengrades errichtet hatten (Karte 3 auf Seite 16), konnte die irakische Armee in den Kämpfen keine Flugobjekte, vor allem keine Hubschrauber mehr einsetzen. So konnte sich die sehr geschwächte irakische Armee in den kurdischen Gebieten nicht mehr halten. Die Verwaltung und damit die politische Verantwortung wurden Ende Juli in den Verwaltungsbezirken Dohuk und Sulaimania, Ende September auch in Erbil und in Teilen der Verwaltungsbezirke Ninive und Kirkuk durch die kurdischen politischen Parteien übernommen. Diese waren in „Berei Kurdistan“ – Kurdistan-Front⁸¹, eine 1988 durch sieben kurdische politische Parteien ins Leben gerufene Koalition, organisiert. Die Kurdistan-Front übernahm bis zu den Wahlen im Mai 1992 die politische Macht und leitete die Neubesetzung aller gehobenen bzw. vakant gewordenen Ämter der Verwaltung durch Kurden ein. Dabei wurde die Struktur des vorhandenen Verwaltungsapparates im Wesentlichen beibehalten.

Die Kurdistan-Front agierte wie ein Rat mit der Kraft eines gesetzgebenden Organs. Dennoch wurden die meisten Gesetze des Iraks nach wie vor respektiert; durch Erlasse wurde das öffentliche Leben geregelt. Ausschlaggebend ist hier der ursprünglich militärische Charakter der Kurdistan-Front, die seit ihrer Gründung faktisch als Koordinierungsinstanz des Widerstandes gegen das Bagdader Regime agierte. Bei der Arbeit der Kurdistan-Front waren die zwei großen Parteien, Kurdische Demokratische Partei (KDP) und Patriotische Union Kurdistans (PUK) mit Masud Barzani und Jalal Talabani an der Spitze, tonangebend.

81 Vergleiche mit (HRW 1993)

6.3.1 Die Phase des Zerfalls der staatlichen Institutionen und die Plünderungen des öffentlichen Eigentums

Zwischen der Errichtung der Schutzzone am 16. April 1991 und den ersten freien Wahlen am 19. Mai 1992 gab es praktisch keine Verwaltungstätigkeit der staatlichen Institutionen. Die Kurdistan-Front agierte als oberste Entscheidungsinstanz und die regionalen Parteiapparate und deren Gebiets- und Regionalkomitees von KDP und PUK waren die Instanzen für die Regulierung des Alltags. Im Wesentlichen bestand diese Tätigkeit aus zwei Funktionen:

- Gewährleistung der inneren Sicherheit und
- Kommunikation mit den internationalen Hilfsorganisationen.

In dieser Zeit wurde das öffentliche Eigentum fast vollkommen zerstört oder geplündert. Dies geschah durch:

- die kriegerischen Auseinandersetzungen zwischen Einheiten der Kurdistan-Front und der irakischen Armee,
- die unmittelbaren Zerstörungen und Plünderungen durch die irakische Armee, als diese sich zurückzog und
- die Plünderungen durch die Bevölkerung.

Die Kurdistan-Front war nicht in der Lage, die Plünderungen zu verhindern. Im Gegenteil: manche Kräfte in den politischen Parteien und Angehörige von Stämmen waren an diesen Plünderungen maßgeblich beteiligt.



Foto 4: Schulunterricht - Steine ersetzen Schulbänke, Diyana, November 1991

Quelle: Sinemillioglu, 1991

Nach internen Informationen von NGOs waren die Plünderungen von öffentlichen Einrichtungen neben Einzeltaten eine beinahe organisierte Tätigkeit verschiedener Kreise der Gesellschaft, einschließlich der politischen Parteien⁸². Nicht zuletzt durch die Plünderungen nahm die Not immer mehr zu. Kaum ein öffentliches Gebäude war mehr funktionsfähig. Schulen, Krankenhäuser, der Maschinenpark verschiedener Ministerien und vieles mehr waren zerstört oder leer geräumt. Dies zeigt auch die feindliche Haltung der kurdischen Bevölkerung gegenüber dem irakischen Staatsapparat und die in den Nahoststaaten weit verbreitete Haltung, dass Staatseigentum nicht als schützenswert gilt⁸³.

Als die kurdische Politik die Folgen dieser Plünderungen begriff, war es bereits zu spät. Erst durch einen Parlamentsbeschluss vom 4.10.1992: „Preventing exporting machines and vehicles to outside the borders of Iraqi Kurdistan region“ (siehe Dokument 3 im Anhang), wurde darauf reagiert – fast eineinhalb Jahre nach Gründung der Schutzzone. Auch deshalb wurden die Funktionen des öffentlichen Lebens faktisch von den UN-Organisationen und den internationalen Hilfswerken übernommen. Diese haben die Strukturen in den bereits vorhandenen Siedlungen und Städten mit einfachsten Mitteln unterstützt, womit die öffentlichen Funktionen wie Schulunterricht, Krankenpflege, Müllsammlung, Wasserversorgung u.a. in Gang gesetzt werden konnten. Dass sie dies geschafft haben, hat den UN-Organisationen und den internationalen Hilfswerken eine besondere Anerkennung und Autorität verliehen. Die Aufgaben dieser Organisationen und die der Verwaltung griffen ineinander, womit die Verwaltung vollkommen von den UN-Organisationen und den internationalen Hilfswerken abhängig wurde. Der Wiederaufbau in den ländlichen Gebieten wurde praktisch nur durch Hilfswerke geleistet: alles musste *neu* entstehen.

Die kurdische Politik hat den Wiederaufbau der Dörfer mit Wohlwollen verfolgt, ihn aber nicht aktiv unterstützt. Die Kurdistan-Front war mit der Errichtung der politischen Macht beschäftigt und griff in das öffentliche Geschehen kaum ein. Sie verfügte nur über sehr geringe finanzielle Mittel und die einzelnen Parteien versuchten, ihre eigene Partei-Miliz auszubauen, um ihre Machtbasis zu stabilisieren⁸⁴. Die Kurdistan-Front war eine lose Organisation, deren Beschlüsse einstimmig getroffen werden mussten. Diese Beschlüsse sollten dann durch jede Partei in ihrem Einflussbereich umgesetzt werden. Damit lag die wahre Macht bei den beiden großen Parteien, die die meisten Gebiete kontrollierten.

82 Namo Aziz, ein kurdischer Schriftsteller schreibt dazu: „Plündern ist fast schon wie eine neue Kultur unter den Kurden geworden. (...) Auch vor medizinischen Geräteschaften machte man nicht Halt, in der festen Überzeugung, dadurch die irakische Regierung empfindlich zu treffen. Der Gouverneur von Arbil zeigt mir eines der vielen leegeräumten Krankenhäuser.“ (Aziz 1997: in der FAZ vom 25. August 1997).

83 In der Türkei besagt ein Sprichwort: „devletin mali deniz, yemeyen domuz!“ – sinngemäß bedeutet es: „Staatseigentum ist wie ein Meer, wer sich dort nicht bedient ist dumm!“ – (Saraçbasi & Minnetoglu 2002: 143).

84 Jahre später, 1996, während des Höhepunktes der innerkurdischen Krise, gab ein hoher Funktionär von einer der großen Parteien in Dohuk auf die Frage „wie ist die allgemeine Lage?“ folgende Antwort: „Meiner Partei geht es prächtig, aber dem Volk geht es beschissen!“ Das Gespräch fand während der Reise des Verfassers im November 1996 in Dohuk statt.

6.3.2 Die Wahlen von 1992 und die Legitimierung der kurdischen Verwaltung

Die kurdische Politik versuchte trotz des unklaren Status der Region ihre Macht zu etablieren. Die Kurdistan-Front hat jedoch nicht den Versuch unternommen, eine gemeinsame Regierung der Parteien zu bilden und die Milizen der einzelnen Parteien zu einer Einheit zusammenzulegen. Damit konnten die Parteien als semi-militärische Organisationen weiter bestehen. Jede Partei behielt ihre Milizen und konnte damit auch ihren Machtanspruch untermauern. Unter diesen Voraussetzungen wurden am 19. Mai 1992 allgemeine Parlamentswahlen abgehalten. Die Wahlen sollten helfen, die Lage zu stabilisieren und die Grundlagen für eine legitime Verwaltung zu schaffen.

Diese Wahlen fanden in einer Atmosphäre der Destabilisierungsversuche durch das Saddam-Regime, aber auch durch die Anrainerstaaten statt. Die Menschenrechts-Organisation Human Rights Watch (HRW) beschreibt diese Versuche mit folgenden Worten:

„But as 1992 closed, there were increasing signs of hostility from all of the enclave’s neighbors – Iran, Turkey, Syria, and the rump Iraqi state – to the de facto creation of a Kurdish state in their midst. The hostility was manifested through sabotage inside the region, credibly attributed to both Iran and Iraq, and through constant Turkish pressure on the Iraqi Kurdish authorities. Between June 25 and July 19 alone, 12 attacks on international agencies were recorded. Even after the new mou was signed in October, Western relief agencies were subjected to frequent assaults, involving car bombs, grenades and roadside shootings.” (HRW 2003)

Die besagten Attacken, insbesondere gegen die internationalen Hilfswerke, hatten den Zweck, die Situation zu destabilisieren und die Hilfsorganisationen zum Einstellen ihrer Arbeit zu bewegen, weil die Arbeit der Hilfsorganisationen neben der der UN-Organisationen, die Basis für die Normalisierung des Lebens in den kurdischen Gebieten war.

Existenziell wichtig war die politische Bedeutung durch die Anwesenheit der UN- und der Hilfsorganisationen. Sie gaben den Menschen das Gefühl, die internationale Gemeinschaft werde sie nicht im Stich lassen. Ohne diese Zuversicht und das Vertrauen wären die Flüchtlinge nicht bereit gewesen, aus dem Exil zurückzukehren. Dennoch war die undefinierte Lage der Region sowohl den Menschen wie auch den Politikern bewusst. Vieles basierte auf absurden Annahmen. Wie die HRW in ihrem »World Report 1993« anmerkt, „they [die Kurden] ironically were counting on the continuation of Saddam Hussein in power in Baghdad“, erwarteten sie, dass solange Saddam an der Macht ist, der Schutz der Alliierten-Kräfte fortbestehen wird.

Als Folge „their fragile enclave – an undeclared and unrecognized state – would continue“ (ibid.).

Das gleiche Gefühl war auch bei den Rückkehrern zu beobachten.

Der Verfasser dieser Arbeit hat mit vielen Rückkehrern darüber Gespräche geführt. Folgendes notierte er in seinem Tagebuch:

„Gespräch mit den Bauern von Balinda: die Männer umringten mich während einer Teepause beim Häuserbau und stellten folgende Frage: »Sag mal, warum baut ihr uns Häuser? Wir haben bisher viele Male unsere Häuser wieder und wieder neu aufgebaut. Sie wurden jedes Mal wieder zerstört. Ob wir dieses Mal Glück haben werden? Deutschland kann nicht erst für uns Häuser bauen, um uns danach allein zu lassen, oder?« Offensichtlich meinten sie, DhK arbeite im Auftrage des deutschen Staates. Auf ihre Frage konnte ich keine Antwort geben.“ (Sinemillioglu, in Balinda, 5. April 1992).

Diese neuen Bauern und die übrigen Bewohner der kurdischen Gebiete bereiteten sich mit großem Elan und der Überzeugung, sie könnten von nun an mitbestimmen, auf die Wahlen vor. Es sollte das erste demokratische Parlament auf kurdischem Boden gewählt werden. Die Kurdistan-Front organisierte die Wahlen mit Hilfe einiger westlicher Staaten, darunter auch Deutschlands (NRW 1992a, NRW 1992b). Es gab keine »Einheitsliste« der Kurdistan-Front – die einzelnen Parteien stellten eigene Kandidaten auf und führten ihren Wahlkampf. Dieser verlief friedlich und am 19. Mai fanden die Wahlen statt. (KRG 2010). Der Verfasser dieser Arbeit war als Wahlbeobachter anwesend.

Die beiden großen Parteien KDP und PUK gingen aus den Wahlen als Sieger hervor. Keine der übrigen Parteien konnte die 7%Hürde nehmen, die vorher durch die Kurdistan-Front festgelegt worden war. (Sinemillioglu 2001: 49). Es wurden insgesamt 105 Volksvertreter gewählt, 5 Sitze waren für die assyrisch-christliche Minderheit reserviert. Diese Minderheit hatte ihre 5 Vertreter am Wahltag separat gewählt. (ibid.). Die übrigen 100 Sitze wurden zwischen den beiden großen Parteien schließlich mit 50 und 50 geteilt. Bemerkenswert ist, dass die religiösen Parteien die 7%-Grenze nicht erreichen konnten. Auch wenn die Ergebnisse die beiden großen Parteien KDP und PUK bestätigt hatten und die Wahl als demokratische Errungenschaft gefeiert wurde, brach schon bald eine Auseinandersetzung zwischen diesen beiden Parteien um die Vorherrschaft aus.

Übereinstimmende Meinung der Wahl-Beobachter war, dass die KDP einen kleinen Vorsprung hatte. Dennoch ging die Auseinandersetzung weiter und am Ende, 1993, auch durch Intervention der Alliierten-Kräfte, teilten sich KDP und PUK die Regierungsmacht. Nach dem Prinzip 50% - 50% bei der Parlamentsbildung wurde eine Einheitsregierung gebildet (Siehe Martin van Bruinessen in »Meiselas 2008: 378«), die aber erst am 25. April 1993 ihre Geschäfte aufnehmen konnte. Durch die Regierungsbildung ging die Ära der Kurdistan-Front zu Ende, auch wenn sie formell weiter fortbestand.

Das Parlament und die Regierungsarbeit bis 1994

Das kurdische Parlament nahm seine Arbeit im August 1992 auf. Zweifelsohne war dieses Ereignis eines der bedeutendsten in der Geschichte Kurdistans. Auch in der

Praxis wurde es mit großen Hoffnungen verknüpft. Die Parlamentsbeschlüsse von seiner Konstituierung bis Ende des Jahres 1992 haben Themen behandelt, die sich im Wesentlichen mit dem Aufbau der Parlamentarischen Gremien und der Gründung von Ministerien der Lokalregierung befassen (siehe Dokument „Laws enacted for the year 1992“, Dokument 3 im Anhang). In diesem Dokument sind insgesamt 51 Gesetze und sonstige Entscheidungen aufgelistet. Zwei von diesen sind durch die Kurdistan-Front angenommen worden, die erste davon war das Wahlgesetz, wonach die Parlamentswahlen organisiert worden waren. Die verbliebenen 49 Entscheidungen verteilen sich wie in der Tabelle 2 unten dargestellt.

INHALTE DER ENTSCHEIDUNGEN	ANZAHL
1. Zur Regierungsgründung, Gründung von Ministerien oder ähnliches	11 Entscheidungen
2. Parlamentsinterne Entscheidungen	10 Entscheidungen
3. Sicherheit	4 Entscheidungen
4. Rückkehrer	1 Entscheidung
5. Verhinderung, Maschinen und Fahrzeuge ins Ausland zu verkaufen – (und später eine Modifizierung dieser Entscheidung)	1 Entscheidung
6. Wiedergutmachung	4 Entscheidungen
7. Wirtschaft	5 Entscheidungen
8. Gründung der Universitäten Dohuk und Sulaimania	2 Entscheidungen
9. Anderes	10 Entscheidungen
Anzahl der Entscheidungen insgesamt	49 Entscheidungen

Tabelle 2: Entscheidungen des Kurdischen Parlamentes im Jahre 1992 nach seiner Konstituierung.

Quelle: Eigene Darstellung basierend auf dem Dokument 3 im Anhang.

Keiner der Beschlüsse thematisiert die Besitzverhältnisse, insbesondere die Enteignungen unmittelbar nach den Deportationen. Keiner der Beschlüsse beinhaltet Maßnahmen zur Herstellung des staatlichen Gewaltmonopols. Lediglich der Beschluss „Connecting check points and internal security forces to the ministry of interior in the region“ vom 15.07.1992 befasst sich mit den Straßenkontrollen, die einheitlich geregelt werden sollen. KDP, PUK und die anderen kleineren Parteien bleiben weitgehend paramilitärische Organisationen mit eigenen Strukturen.

Für den Wiederaufbau ländlicher Regionen gibt es keine Entscheidungen. Es gibt lediglich eine: „Assigning the ministry of construction and development the process of accelerating providing the needs of IDPs and Returnees“ vom 18.8.1992. Aus der Arbeit von DhK ist bekannt, dass später für die Rückkehrer das Ministerium für Humanitäre

Hilfe und Kooperation (Ministry for Humanitarian Aid and Cooperation) zuständig war. Die Aufgabe dieses Ministeriums war Begleitung humanitärer Hilfe der NGOs und vor allem der UN-Organisationen. 1997 wurde das neu gegründete Ministerium für Wiederaufbau und Entwicklung (Ministry for Reconstruction and Development) mit der Aufgabe betraut. Diese beiden Ministerien wurden nach dem Krieg von 2003 wieder aufgelöst.

6.4 Wiederbesiedlung des ländlichen Raumes

Als die Rückführung der Flüchtlinge anlief, stand die Frage im Raume, wie und wo die Rückkehrer angesiedelt werden sollten. Die Antwort der kurdischen Politik war in dieser Frage klar definiert. Sie entsprach auch den Wünschen der Deportierten: die Wiederbesiedlung der ländlichen Regionen. UNHCR hat die Flüchtlinge direkt in die Nähe ihrer früheren Dörfer zurückgeführt. Damit begann der Wiederaufbau der zerstörten Dörfer.

6.4.1 Die Datengrundlage

Über die Zahlen der Flüchtlinge bzw. der Rückführungen insgesamt gibt es keine belastbaren Angaben und es fehlen bisher genaue Untersuchungen. Die HRW geht z.B. von 2 Millionen Rückkehrern aus:

„(...) as some two million Kurds displaced by the abortive March 1991 uprising returned to their homes” (HRW 2003).

Diese Aussage ist zu ungenau, weil es die Flüchtlinge (1991) von den Flüchtlingen (1975/1988) nicht unterscheidet. Dennoch kann angenommen werden, dass die Flüchtlinge (1991) fast vollständig in den Irak zurückkehrten, wobei nicht alle in ihre ursprünglichen Orte zurückkommen konnten, weil ihre Ortschaften auch weiterhin von der Zentralregierung kontrolliert wurden, (siehe Karte 3 auf Seite 16). Deshalb musste eine Gruppe von schätzungsweise 300 000 Flüchtlingen (1991) als »internally displaced persons – IDPs« in den für sie errichteten Auffanglagern untergebracht werden.

Über die Flüchtlinge (1975/1988) gibt es ebenfalls unterschiedliche Annahmen. Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) geht von 250 000 für 1975 und 300 000 für 1988 aus (Vanly 1988a: 328). Sluglett jedoch schreibt: „Ende 1974 befanden sich mindestens 110 000 irakische kurdische Flüchtlinge in provisorischen Lagern im Iran.“ (Sluglett 1991: 180). Sa’ad Jawad spricht von 50 000 Menschen, die 1975 in den Iran flohen. (Jawad 1982:57). Fadel Khalil merkt an, dass „(...) ihre Zahl mit etwa 100 000 angegeben wird.“ (Khalil 1990:181). Der HRW nennt für 1988 eine Zahl von über 100 000 (HRW 1992).

Sicher ist, dass die Grenzen zur Türkei und zum Iran nicht kontrollierbar waren. Wenn auch viele Grenzgebiete durch Verminung unpassierbar waren, hat die Bagdader Regierung zu keiner Zeit absolute Grenzkontrollen einrichten können. So waren Grenzübertritte jederzeit möglich und die Flucht der Kurden fand auch kontinuierlich

statt, denn zwischen beiden Seiten wurde ständig gekämpft und die Verfolgung der kurdischen Bevölkerung fand permanent statt. Es ist vollkommen unklar, wie viele Kurden bis zum Beginn des Kuwait-Krieges aus dem Irak geflohen sind und wie hoch ihre Zahl im Ausland tatsächlich war, als der Krieg ausbrach.

Nach UN-Angaben wurden bis zum März 1996 von zerstörten 3886 Dörfern 2472, knapp 64%, wieder aufgebaut.

Diese Quelle gibt die Zahl der Dorfbewohner mit 442 856, etwa 13% der Bevölkerung, an; wie viele von diesen jedoch in den wiederaufgebauten Dörfern wohnten, bleibt unklar, (siehe Tabellen 3 und 4).

GOVERNORATE	CITIES/TOWNS	COLLECTIVE TOWNS	VILLAGES	TOTAL
Dohuk	470,000 (63%)	180,000 (24%)	95,000 (13%)	745,000 (23%)
Erbil	694,764 (62%)	275,262 (25%)	147,094 (13%)	1,117,120 (34%)
Suleimaniyah	926,267 (65%)	291,121 (19%)	200,762 (14%)	1,418,150 (43%)
Total	2,091,031 (64%)	746,383 (22%)	442,856 (13%)	3,280,270 (100%)

Tabelle 3: Bevölkerungsverteilung auf die Siedlungen, März 1996

Quelle: UN – Department of Humanitarian Affairs, IRCU – NI (siehe Dokument 5 im Anhang)

GOVERNORATE	CITIES/TOWNS	COLLECTIVE TOWNS	TOTAL VILLAGES	DESTROYED VILLAGES	RESETTLED VILLAGES
Dohuk	14	35	1,200	867 (72%)	600 (69%)
Erbil	22	28	1,238	1,025 (83%)	868 (85%)
Suleimaniyah	41	15	2,021	1,994 (99%)	1,004 (50%)
Total	77	78	4,459	3,886 (87%)	2,472 (64%)

Tabelle 4: Siedlungen, März 1996

Quelle: UN – Department of Humanitarian Affairs, IRCU – NI (siehe Dokument 5 im Anhang)

Nach diesen Tabellen kann angenommen werden, dass ein Dorf durchschnittlich 145 Einwohner hat. Demnach müssen in die bis 1996 neu besiedelten 2472 Dörfer ca. 358 440 Menschen zurückgekehrt sein. Wie viele von diesen aus den Zwangssiedlungen, wie viele aus den Städten stammen, ist ebenso unbekannt. Auch die Zahl der Rückkehrer aus dem Exil, die in ihren früheren Dörfern nicht angesiedelt werden konnten, ist ungewiss.

Dazu kommt die wichtige Tatsache, dass die Zahl der Menschen, die die wiederaufgebauten Dörfer aufgrund der Deportationen verlassen haben, offenbar mit der Zahl der Rückkehrer nach 1991 nicht übereinstimmt. Dies belegen Beobachtungen

der DhK-Arbeit in den Gebieten Barzan, Welati Jeri, Zebar und Berwari Bala⁸⁵. Das bedeutete, dass die Ansiedlung für mehr Menschen berücksichtigt werden musste, falls ein Dorf wieder errichtet wurde.

6.4.2 Der Prozess des Wiederaufbaus der neuen Siedlungen

Der formelle Ablauf der Entstehung der neuen Siedlungen war nicht kompliziert, da es hier keine Bestimmungen und Vorschriften gab. Die praktische Umsetzung war umso problematischer. Die Rückführung hatte erst ab August 1991 begonnen und der Transport der Familien konnte wegen der fehlenden Kapazitäten nicht schnell organisiert werden. Die Rückführung der Flüchtlinge (1975/1988) musste teilweise auf die Rückführung von Flüchtlingen (1991) warten. Dies kostete zusätzlich Zeit. Die nahenden Wintermonate erschwerten die Unterbringung der Rückkehrer zunehmend.

Als die Rückkehrer zu ihren Dörfern transportiert worden waren, verfügten sie über keinerlei Ressourcen. Wie bereits angemerkt, konnte die entstehende kurdische Verwaltung keine materielle Hilfe zur Verfügung stellen. Die UN-Organisationen und internationale Hilfswerke waren die einzige Quelle zur Finanzierung der Wiederansiedlung. Die »Returnees«, wie die Rückkehrer in UN- und Helfer-Jargon heißen, konnten oft nicht zu den Standorten ihrer früheren Dörfer gebracht werden, denn es führten keine Straßen dorthin. Für diesen Fall gab es drei Möglichkeiten:

- Die Rückkehrer wurden in der Nähe ihrer Dörfer auf dem Dorf-Gemeinschaftsbesitz angesiedelt, sofern es dorthin eine Straßenverbindung gab.
- Temporäre Zeltlager wurden errichtet. Von dort sollten die Rückkehrer später zu ihren Dörfern transportiert werden.
- Die Rückkehrer wurden in Städten oder in Zwangssiedlungen untergebracht. Auch hier sollten die Rückkehrer später zu ihren Dörfern transportiert werden.

Zu den Rückkehrern gehörten auch Familien aus Zwangssiedlungen oder aus den Städten. Diese teilten von Anfang an ihre Familien und behielten ihre Haushalte in den Zwangssiedlungen und Städten bei. Teile der Familien gingen in die Dörfer, um dort ein neues Leben vorzubereiten. Tabelle 5 gibt eine Übersicht über die Rückkehrer mit unterschiedlichen Voraussetzungen.

Die dringlichste Aufgabe bestand darin, die Rückkehrer in den Dörfern mit Wohnraum zu versorgen. Vordringlich war auch, die Trinkwasserversorgung in den neu entstehenden Dörfern sicher zu stellen. So wurde ein »Shelter«-Programm⁸⁶ aufgelegt, das den Bau von kleinen Unterkünften vorsah, um möglichst rasch die Rückkehrer vor den Unbilden des Winters schützen zu können. Den Shelterbau gab es erstmals 1991 im Rahmen der

85 Das Problem begleitete die Arbeit von DhK kontinuierlich, da in den wiederaufgebauten Dörfern die Rückkehrer viel mehr Familien angegeben haben als ihre ursprüngliche Anzahl, wie diese berichteten. Dies trifft in allen Dörfern zu, in deren Wiederaufbau DhK involviert ist. Der Grund dafür liegt vermutlich im Bevölkerungswachstum aufgrund verbesserter Lebensbedingungen. Es muss davon ausgegangen werden, dass die Zahl der Rückkehrer erheblich größer war, als die Zahl der Flüchtlinge in den Jahren zwischen 1975 bis 1988.

86 Das englische Wort »shelter« kann mit Unterkunft, Schutzraum oder Hütte übersetzt werden.

RÜCKKEHRER	BESITZVERHÄLTNISSE	ANDERE BESONDERHEITEN
Aus dem Exil	Mittellos	Völliger Neubeginn Fehlende soziale Dienstleistungen
Aus Zwangssiedlungen	Wohnmöglichkeit, meist im Besitz von einem Haus pro Großfamilie	Haushalt in Zwangssiedlung behalten Soziale Dienstleistungen in den Zwangssiedlungen teilweise intakt
Aus Städten	Wohnmöglichkeit, einige im Besitz von Häusern	Haushalt in der Stadt behalten Soziale Dienstleistungen in den Städten intakt

Tabelle 5: Rückkehrer mit unterschiedlichen Voraussetzungen

Quelle: Eigene Darstellung

Nothilfe, für jede Familie wurden knapp bemessene Baustoffe zur Verfügung gestellt. Die Familien mussten ihre Shelter selbst bauen. Das Material bestand aus einer halben Tonne Zement, 12 Balken und 10 Wellblech-Stücken. Durch den verstärkten Einsatz der NGOs wurde 1992 der Shelterbau neu geregelt. Das Material für eine Familie wurde auf 2 Tonnen Zement, 20 Balken und 10 Wellblech-Stücke erweitert; zuzüglich gab es 100 US-Dollar. Fast sämtliche Baustoffe wurden aus dem Ausland, meist aus der Türkei, teilweise auch aus dem Iran herbeigeschafft. Ein Shelter bestand gewöhnlich aus zwei kleinen Zimmern mit einem Zwischenraum. Von diesem Flur aus konnte man zu beiden Zimmern gelangen (Abbildung 8).

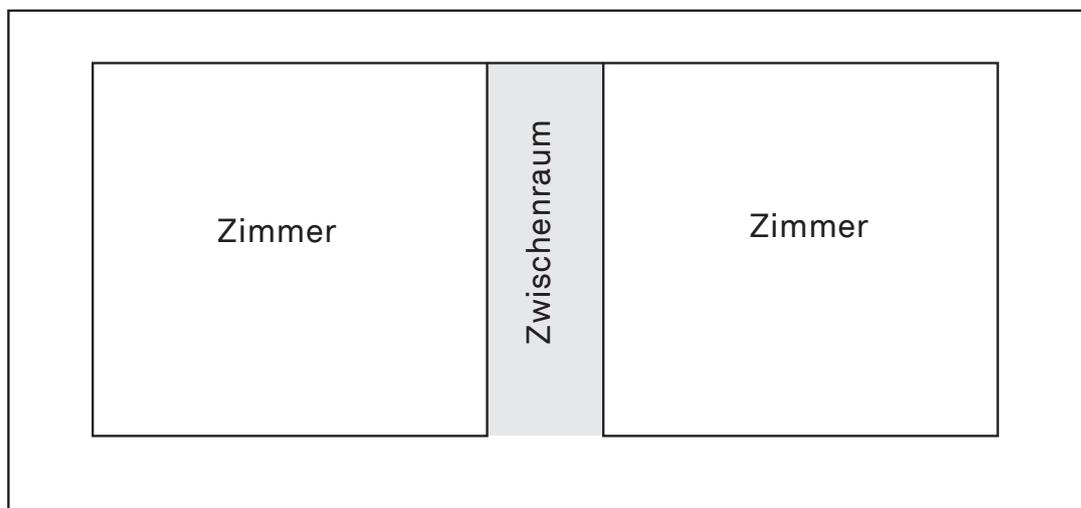


Abbildung 8 : Grundriss eines typischen Shelters

Quelle: Eigene Darstellung

Einzelpläne für die entstehenden Ortschaften oder allgemeine Richtlinien für die neu entstehenden Siedlungen gab es nicht. Um die Familien zu registrieren, bereisten die Mitarbeiter des UNHCR und der Hilfsorganisationen die Dörfer und erstellten Familienlisten. Diese Listen dienten als Datengrundlage, die zu einem wichtigen Faktor der weiteren Siedlungsgestaltung wurde. In diesen Listen wurde die Kernfamilie zum Maßstab. Das hatte zu Folge, dass die Großfamilien aufgespalten wurden⁸⁷.

Die räumlich-gestalterische Bedeutung dieser Aufspaltung der Familien blieb am Anfang der Rückkehraktion noch im Verborgenen. In den neuen Standorten bildeten die Shelter-Reihen, dem Verlauf der Straße folgend, lange Baublöcke, wie zum Beispiel im Dorf Balinda im Barzan-Gebiet. Großfamilien hatten sich einen Vorteil verschafft; dadurch bekamen sie mehr Hilfe. Diese Strukturen unterscheiden sich erheblich von den früheren Dörfern, die meist ineinander greifende Häusergruppen aufwiesen, in denen mehrere Großfamilien einer Sippe wohnten.

In den von Straßenverbindungen fern liegenden Dörfern war die Entwicklung völlig anders. Hier haben die Familien selbst bestimmt, wie ihre Häuser gebaut werden, wie z.B. in Babsefa im Gebiet Welati Jeri oder in Cem Seyida in Berwari Bala. Die Siedlungsstruktur in diesen Dörfern war erheblich durch die früheren Standorte der Familienhäuser beeinflusst worden. In solchen Dörfern wurden auch die früheren Baumeister tätig, doch die knappe Zeit kurz vor dem Winter und knappe Baumaterialien waren erhebliche Hindernisse.

6.4.3 Die verborgenen Herausforderungen im Wiederaufbauprozess

Ab dem Frühjahr 1992 hat sich die Situation relativ entschärft; der Winter war vorbei und weitere Familien kamen in die Dörfer. Das Shelter-Programm wurde fortgesetzt. Noch waren der Wille und der Enthusiasmus, in die Dörfer zurückzukehren, nicht gebrochen. Dennoch gab es erste Anzeichen für unlösbare Probleme des zukünftigen Dorflebens. Die Fragen der Beschäftigung und der sozialen Dienstleistungen sowie der Infrastruktur traten stärker in den Vordergrund. Für die Rehabilitierung der Landwirtschaft als Hauptbeschäftigungsfeld fehlten selbst die einfachsten Geräte und die Haustiere. Die Bewässerungskanäle waren zerstört, die Felder mussten erneut urbar gemacht werden, Saatgut fehlte.

Hinzu kamen zwei weitere Besonderheiten: Die Witwenfamilien, d.h. Familien, deren männliche Mitglieder im Laufe der jahrzehntelangen Verfolgung gestorben waren, konnten keine Landwirtschaft betreiben. Diese Familien hatten zwar manchmal auch Söhne, die traditionell diese Tätigkeit hätten übernehmen können, jedoch waren diese

⁸⁷ Diese Problematik ist eng mit der Definition der »Familie« verbunden, wie sie die UN-Organisationen und die internationalen Hilfswerke festlegen und wie sie bei den Kurden verstanden wird. Für die Ersteren ist die Familie die »Kernfamilie«, d.h. ein Eltern-Paar meist mit bis zu zwei Kindern. Bei den Kurden wird unter der Familie die traditionelle »Großfamilie« verstanden, wenn auch die Mitglieder der Kernfamilie in Kurdistan zahlreicher sind; eine Familie hat dort in der Regel mehr als zwei Kinder (vergl. mit Bruinessen 1989:62f).

noch nicht angelernt.

Die unendlichen Aufgaben der Wiederansiedlung ließen kaum Raum für existenzbildende Tätigkeiten, wenn sich auch die Lage etwas entspannte, sobald eine Familie eine Unterkunft gebaut hatte.

Es gab weder Entschädigungen noch Kreditprogramme oder Regierungshilfen. Die Rückführung führte die Menschen in die Arbeitslosigkeit. Weitere Probleme ergaben sich in den Bereichen des Schul- und Gesundheitswesens.



Foto 5: Zerstörte Ambulanz in Cem Seyida, 2007

Quelle: Sinemillioglu, 2007

Schwieriger war die Schulversorgung, da jedes Dorf eine Grundschule benötigte. Nur in den größeren Dörfern wurden Grundschulen gebaut; viele Dörfer hatten aber weniger als 20 Familien, weshalb dort keine Grundschulen gebaut wurden. Ein größeres Problem bestand darin, dass schlicht Fachkräfte fehlten. Aufgrund der im Abschnitt 6.1.3 angesprochenen Migration bzw. Fachmigration standen wenige oder gar keine ausgebildeten Kräfte zur Verfügung; außerdem wollten solche Kräfte ungern in den neu-entstandenen Dörfern arbeiten, z.B. als Lehrer oder als Fachkräfte im Gesundheitssektor.

Schulen mit Sekundarstufe standen überhaupt nicht zur Verfügung. Dieser Mangel stand im Laufe des Jahres 1992 im Vordergrund. Mit dem Beginn des neuen Schuljahres im September 1992 konnten viele Kinder, die in die Sekundarstufe gekommen waren, keinen Unterricht erhalten. Oder aber die Familien mussten sich aufteilen. Die Familien aus den Zwangssiedlungen und den Städten waren in diesem Fall im Vorteil, verglichen mit denen, die aus dem iranischen oder dem türkischen Exil gekommen waren. Denn sie hatten bereits Haushalte in den parallel bewohnten Zwangssiedlungen

und Städten und konnten so ihre Kinder weiterhin zur Schule schicken und sich die relativ intakte Gesundheitsversorgung dort zunutze machen. Die UNICEF hatte zwar Gesundheitszentren gebaut, die mehrere Dörfer zu versorgen hatten, doch genügte das den Anforderungen nicht.

Die Versorgung der von den Straßenverbindungen fern liegenden Dörfer wurde schlicht ignoriert. In diesen Dörfern wurden weder Schulen noch Gesundheitszentren gebaut, auch wurde keine Trinkwasserversorgung sichergestellt.

Der Bau fehlender Straßen konnte erst im Rahmen des Off-Programms, also nach 1996, geplant werden.

Die Lage bis 1994

Trotz dieser Hürden waren die Rückkehr-Bewegung und der Wiederaufbauprozess bis 1994 ungebrochen. Dafür gab es im Wesentlichen zwei Gründe:

1. Die kurdische Politik wollte die Zwangssiedlungen auflösen. Die grundsätzliche Haltung der kurdischen Politik war, alle Zwangsmaßnahmen durch das Saddam-Regime rückgängig zu machen. Diese Haltung fand breite Unterstützung bei der Bevölkerung, die auch bereitwillig in die zerstörten Dörfer zurückkehrte.
2. Die große Wohnungsnot aufgrund der Fluchtbewegung. Mehrere hunderttausende von Flüchtlingen (1975/1988) kamen im Laufe der Jahre. Dazu gab es ebenso Hunderttausende von Flüchtlingen (1991), die in den kurdischen Gebieten untergebracht werden mussten. Die einzige Möglichkeit, der Obdachlosigkeit zu entgehen, war, in die Dörfer zurückzukehren.

Infolge dieser komplizierten Lage dauerte die Rückkehr-Phase an. In vielen Gebieten entstanden neue Dörfer und die Lage in diesen neuen Siedlungen stabilisierte sich allmählich. Grundsätzliche Probleme von Beschäftigung und sozialen Dienstleistungen blieben jedoch bestehen.

Das Problem der IDPs (Internally Displaced Persons)

Dennoch kam in vielen Gebieten der Wiederaufbauprozess nur langsam oder gar nicht voran. Hier sind drei Problembereiche bezeichnend:

1. Machtvakuum und die Schwäche der kurdischen Parteien, ihr Territorium wirkungsvoll zu kontrollieren. Wegen der Aktivitäten der PKK⁸⁸, einer kurdischen paramilitärischen Gruppierung aus der Türkei, entlang der türkischen Grenze gab es ständige türkische Militäreinsätze. In vielen Gebieten konnte es deshalb keine Wiederansiedlung geben.
2. Fehlende Infrastruktur. Viele Gebiete waren nicht durch Straßen erschlossen, weswegen die Rückkehrer nicht in der Lage waren, mit dem Wiederaufbau ihrer Dörfer zu beginnen. In einigen Gebieten in der Nähe von Straßen haben die Rückkehrer zwar mit dem Wiederaufbau begonnen, doch ging auch in solchen

88 „Partiya Kargeran Kurdistan (PKK)“ – Arbeiterpartei Kurdistans

Fällen die Arbeit nur schleppend voran. Da die UN- und Hilfsorganisationen keine Transporte jenseits der befestigten Straßen unterstützten, mussten in solchen Fällen alle notwendigen Güter zum Bau von Shelters von den Betroffenen selbst, hin und wieder mit Hilfe von Lasttieren, zu den Standorten ihrer Dörfer transportiert werden. Dazu kam, dass die Versorgungsgüter ebenfalls durch die Rückkehrer transportiert werden mussten.

3. Verminte Gebiete. Aufgrund der kriegerischen Auseinandersetzungen in den letzten Jahrzehnten waren viele Gebiete, insbesondere entlang der Grenzen zur Türkei und zum Iran vermint. Auch wenn einige Organisationen bemüht waren, die Minenfelder zu räumen, war es nicht möglich, in solchen Gebieten die Rückkehr zu ermöglichen.

Die Folge war, dass viele der Rückkehrer in Flüchtlingslagern untergebracht werden mussten. Diese Rückkehrer wurden als IDPs behandelt und solange sie nicht in ihre ursprünglichen Ortschaften gebracht wurden, mussten sie in diesen Lagern versorgt werden⁸⁹.

Die innerkurdischen Spannungen 1994

Aufgrund von wirtschaftlichem Verfall und finanzieller Not haben sich die innerkurdischen Spannungen verschärft⁹⁰ (Sinemillioglu 2001: 49f). Die KDP beherrschte die Grenze zur Türkei, während die PUK Teile der Grenze zum Iran kontrollierte. Unstimmigkeiten über die Aufteilung von Zolleinnahmen, die lang andauernden Rivalitäten der Vergangenheit und nicht zuletzt die ungeklärten Landbesitzverhältnisse lösten schließlich den Konflikt aus. (Vergl.: Martin van Bruinessen in Meiselas 2008: 308). Dadurch stockte der Wiederaufbauprozess erheblich. So wie im Falle Welati Jeri mussten hunderte von Dörfern erneut verlassen werden. Nach UNO-Angaben gab es 1999 allein im Verwaltungsbezirk Dohuk 57 995 IDPs, von denen fast 60% aufgrund der Aktivitäten der PKK und der türkischen Militärs ihre Dörfer verlassen mussten. (Sinemillioglu 2001: 165, Dokument 4).

⁸⁹ Ein hierfür typisches Beispiel ist die Lage der IDPs aus dem Gebiet Welati Jeri. Die 10 Dörfer dieses Gebietes wurden 1991 durch die eigene Initiative der Rückkehrer wiederaufgebaut. An dem Prozess hat sich DhK ab 1992 mit einem umfassenden Programm beteiligt. Aufgrund dieser Kooperation konnte die Rückkehrerzahl erheblich anwachsen – durch zusätzliche Familien aus den Zwangsansiedlungen in Coctepe, ca. 15 km südlich von Erbil. Bis 1995 gab es in diesen Dörfern ein stabiles, auf Subsistenz basierendes Bauernleben mit starker partizipativer Planung. 1995 wurden die Dörfer durch den innerkurdischen Parteienkrieg zwischen PKK und KDP erneut zerstört und die Rückkehrer zum Verlassen des Gebietes gezwungen. Diese IDPs leben nun noch immer im Barzan Gebiet zwischen Balinda und Baz in einfachen Shelters. Von hier aus emigrieren die jüngeren nach und nach in die Städte und nach Möglichkeit in westeuropäische Länder.

⁹⁰ Es gab Kämpfe zwischen KDP und PUK und zwischen KDP und PKK. Es gab Allianzen zeitweise zwischen PKK und PUK gegen die KDP. Diese Kämpfe erreichten ihren Höhepunkt 1996 als die KDP das Saddam-Regime gegen die anderen beiden Parteien zu Hilfe rief und diese auch bekam. Im Anschluss daran besetzten die Truppen der KDP kurzzeitig auch Sulaimania und Umgebung, mussten jedoch nach kurzer Zeit dieses Gebiet an die PUK zurückgeben. Die in Erbil herrschende PUK-Regierung wurde durch die KDP-Regierung ersetzt.

Diese innerkurdischen Spannungen dauerten faktisch bis zu dem Krieg von 2003 an. Seinen Höhepunkt erreichte der Konflikt im August 1996 als irakische Truppen Erbil besetzten. Offensichtlich sah sich die KDP in Bedrängnis, sodass sie Saddam-Truppen zu Hilfe rief. Dieser Konflikt entwickelte sich zu einem Flächenbrand, den Lawrence in seinem Buch mit der Kapitel-Überschrift „Burning down the house“ bezeichnet⁹¹.

Diese innerkurdische Auseinandersetzung produzierte eine Vielzahl von IDPs und verhinderte den Wiederaufbau hunderter Dörfer. Da genauere Untersuchungen darüber fehlen, können auch hier keine Zahlen genannt werden.

Durch diesen Konflikt entstanden zwei Verwaltungszonen innerhalb des autonomen kurdischen Gebiets: eines unter KDP- und eines unter PUK-Führung. Die ohnehin sehr fragile Lage der kurdischen Gebiete wurde dadurch erheblich belastet. Aufgrund dieser neuen Situation konnte die Arbeit der NGOs nicht wie vorher fortgesetzt werden – viele NGOs haben deshalb allmählich ihre Arbeit eingestellt und das Land verlassen, darunter viele Organisationen aus Deutschland, unter anderen Caritas, ASB und Save the Children, um einige zu nennen.

Das Off-Programme ab Dezember 1996

Wie im Abschnitt 6.1.2 erwähnt, hat der Sicherheitsrat durch seinen Beschluss SR986 vom 14. April 1995, bekannt als Oil for Food, den Versuch unternommen, die kritische Versorgungslage im Irak zu überwinden. Die Umsetzung wurde durch MOU-1996 vom 20. Mai 1996 geregelt. Das Öl konnte jedoch erst im Dezember 1996 exportiert und die Lebensmittel im März 1997 geliefert werden⁹².

Durch die Umsetzung des Off-Programms entspannte sich die Versorgungslage insbesondere in den kurdischen Gebieten. Ein wichtiges Ergebnis dieses Programms war, dass für die Versorgung keine Nothilfe mehr benötigt wurde.

Eine weitere Konsequenz war, dass die kurdischen Verwaltungen nun die Unterbringung der Rückkehrer im begrenzten Maße aus den Mitteln des Off-Programmes bezahlen lassen konnten. Dabei kam es zu großen Spannungen, weil durch diese neuen Mittel einige der Rückkehrer mit Zement gebaute Häuser bekamen. Das erweckte bei vielen Rückkehrern ähnliche Erwartungen, die aber nicht erfüllt werden konnten. Für die Rückkehrer hat die kurdische Seite bei der UN-Verwaltung den Bau von Sammeldörfern durchgesetzt, in der Annahme, dadurch könnten viele Rückkehrer in der Nähe ihrer Dörfer angesiedelt werden. Diese Sammeldörfer ähnelten von der Grundstruktur her den Zwangssiedlungen. Sie sollten die Rückkehrer aus mehreren Dörfern aufnehmen. Die Häuser in den Siedlungen sollten schlüsselfertig an die Rückkehrer übergeben

91 Während dieser Intervention wurden Teile der irakischen Opposition, die in Kurdistan ihren Widerstand organisiert hatten, durch den irakischen Geheimdienst beseitigt. Quil Lawrence hat in seinem Buch „Invisible Nation“ ein ganzes Kapitel diesem Konflikt gewidmet. (Lawrence 2009: chapter four, Seiten 63 – 87).

92 “Although established in April 1995, the implementation of the programme started only in December 1996, after the signing of the Memorandum of Understanding (MOU) between the United Nations and the Government of Iraq on 20 May 1996 (S/1996/356). The first Iraqi oil under the Oil-for-Food Programme was exported in December 1996 and the first shipments of food arrived in March 1997.” (<http://www.un.org/Depts/oip/background/index.html>, 23.10.2010)

werden. Es sollten Schulen und Gesundheitszentren gebaut werden, was auch geschah. Doch diese Häuser waren nicht für das Dorfleben konzipiert, es waren keine Ställe in der Nähe der Siedlungen erlaubt und die Felder lagen teilweise sehr weit von der neuen Siedlung entfernt.

Diese damals gebauten Siedlungen sind heute kaum mehr bewohnt, obwohl für sie enorme Summen ausgegeben worden sind.



Foto 6: Tirwanis, Berwari Bala, März 2011, leer stehende Siedlung, gebaut 2002 für Rückkehrer durch die UN
Quelle: Sinemillioglu, 2011

6.4.4 Die Koordination

Der Wiederaufbau war eine spontane selbstlaufende Aktivität, nachdem die Rückkehr durch die Errichtung der erwähnten Schutzzone möglich geworden war. Auch wenn Obdachlosigkeit ein wichtiger Grund war, so muss es doch tiefere Beweggründe gegeben haben, in die Dörfer zurückzukehren. Die alles in allem reibungslose Rückkehr zeigt auch, dass die traditionellen Bindungen der Familien und der Dorfgemeinschaften weiterhin zumindest teilweise erhalten geblieben sein müssen. Insofern kann nicht von einer Koordinierung des Wiederaufbauprozesses durch UNO- und Hilfs-Organisationen, es muss vielmehr von einer technischen Hilfeleistung bei der Umsetzung von Wiederansiedlungen in den einzelnen Dörfern die Rede sein.

Diese klar definierte Zielrichtung der Rückkehrer bildete die Grundlage für die Handlungen von UN- und Hilfsorganisationen. Die kurdische Politik war damit zufrieden gestellt. Sie hat weitgehend den Hilfsorganisationen bei ihren Aktivitäten freie Hand gelassen. Die praktische Umsetzung der Rückkehraktion verlangte eine hohe

organisatorische Kompetenz, die die kurdische Politik ohnehin nicht bieten konnte. Diese Kompetenz haben die UN- und Hilfsorganisationen zur Verfügung gestellt. Dass die UN- und Hilfsorganisationen bei ihrer Arbeit völlige Freiheit genossen, schuf naturgemäß die Voraussetzung für die direkte Zusammenarbeit mit den Rückkehrern. Administrative Hürden existierten kaum; damit wurde die schnelle Umsetzung der Maßnahmen ermöglicht.

Die kurdische Administration bestand 1991 aus Regionalkomitees der Kurdistan-Front, die weitgehend nur für die innere Sicherheit gesorgt haben. Im Laufe der Zeit wurde der Verwaltungsapparat reaktiviert, so dass die Gouverneure, Distriktverwalter und Direktorien⁹³ der Ministerien allmählich ihre Arbeit aufnahmen. Die Verwaltung konnte jedoch erst mit der Regierungsbildung in August 1993 ihre hierarchischen Strukturen vervollständigen, wenn auch wegen des fortexistierenden Geld- und Fachkräftemangels ihre Tätigkeit ineffizient blieb.

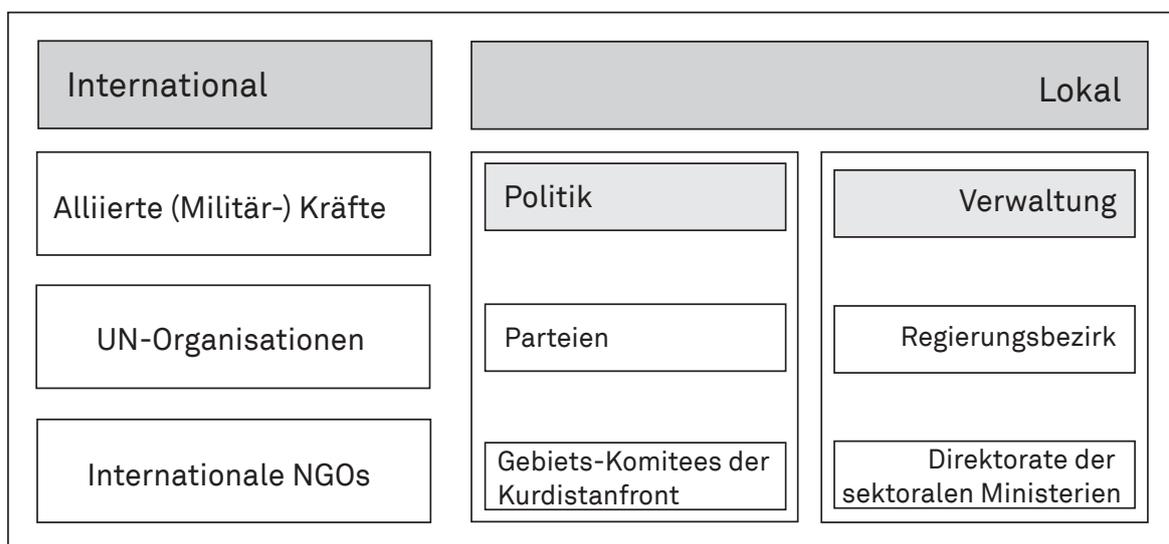


Abbildung 9: Parallelstrukturen - die internationalen und die lokalen Instanzen im Prozess des Wiederaufbaus

Quelle: Eigene Darstellung

Damit agierten zwei Entscheidungsstrukturen parallel. Abbildung 9 zeigt diese Parallelstrukturen zu Beginn des Wiederaufbaus. Die Alliierten-Kräfte haben keine praktischen Aufgaben für den Wiederaufbau übernommen. Sie hatten durch ihr Verbindungsbüro in Zacho (MCC) lediglich Logistikhilfe zur Verfügung gestellt.

Die UN- und Hilfsorganisationen haben die Wiederaufbauarbeit mit Hilfe eigener Strukturen umgesetzt. Sie agierten selbständig und unabhängig voneinander. Oft gab es Parallel-Aktivitäten, weil mehrere Organisationen in demselben Gebiet mit gleichen Aufgaben betraut waren. Das wurde im Laufe der Zeit auch durch die lokalen Behörden bemängelt. Die internationalen Organisationen seien selbstherrlich und

93 Zu der Verwaltungsstruktur siehe Kapitel 2 bzw. »Sinemillioglu 2001:88ff«.

würden die Belange der lokalen Behörden nicht berücksichtigen. Zwar haben die UN- und Hilfsorganisationen bei praktischen Aufgaben mit den lokalen Komitees zusammengearbeitet, jedoch nicht bei Entscheidungsfindungen. Bei den UN-Organisationen waren die operativen Strukturen durch diverse Memorandums of Understanding (MOUs) vorgegeben. Für die NGOs gab es keine klaren Entscheidungsstrukturen darüber, welche Organisation in welchem Gebiet zu welchem Zweckarbeiten sollte. Diese Entscheidung war diesen Organisationen selbst überlassen.

Bezeichnend ist, dass die kurdische Politik zwar die gehobenen Ebenen der Verwaltung besetzt hat; die Migration der kurdischen Fachkräfte hatte jedoch den Möglichkeiten von kurdischer Verwaltung und Politik starke Grenzen gesetzt. Auch nach dem Entstehen der Fachministerien im Anschluss an die Regierungsbildung von 1993 änderte sich diese Lage wenig. Die hohen Ämter sind durch die zur Verfügung stehenden besten Kräfte besetzt, auf der operationalen Ebene kaum Fachpersonal zur Verfügung stand und steht.

Das hatte zur Folge, dass die Entscheidungskompetenz für den Wiederaufbauprozess bei den UN- und Hilfsorganisationen blieb, weil bei ihnen auch die finanziellen Möglichkeiten lagen. Das war insbesondere nach dem innerkurdischen Konflikt zu beobachten. Die UN-Organisationen hatten das Off-Programm in eigener Machtvollkommenheit für den Norden des Irak organisiert und dessen Ergebnisse der geteilten kurdischen Verwaltung lediglich mitgeteilt.



Foto 7: Selbstgebaute Notunterkunft in Sarke, Gebiet Zebar, 1991

Quelle: Sinemillioglu, 1993

7 Charakteristika und Defizite des Wiederaufbaus in Kurdistan

Durch die Errichtung der Schutzzone wurde eine nachhaltige neue Phase in der Geschichte der irakischen Kurden eingeleitet. Der im Kapitel 6 beschriebene Wiederaufbau der Dörfer war zum einen die Antwort auf die Obdachlosigkeit. Zum anderen bedeutet der Wiederaufbau die Neugestaltung der Machtverhältnisse in den kurdischen Gebieten des Irak. In diesem Zusammenhang überlagern sich im Wesentlichen zwei Prozesse:

- Der Prozess der Wiederbesiedlung der Dörfer und
- der Prozess des Neu-Aufbaus der kurdischen Selbstverwaltung.

Der Wiederaufbau der Dörfer war eine Massenbewegung, die eine enorme Veränderung der Gesellschaft mit sich brachte. Es wurden ca. 2500 Dörfer wiederaufgebaut und damit mindestens 350 000 Menschen neu angesiedelt. Diese gesellschaftliche Anstrengung war aus der Not hervorgegangen: die Flüchtlinge (1975/1988) hätten in den Städten oder in Flüchtlingslagern nicht versorgt werden können. Diese Notlage wurde durch die Bereitschaft und den Willen der Betroffenen zur Rückkehr in ihre Dörfer begleitet. Diese beiden Faktoren führten zum Wiederaufstehen der Dörfer. Die Entstehung der Dörfer stand damit im Mittelpunkt des Wiederaufbaus, der als Konzept weder definiert noch vorbereitet war. Die auslösenden Akteure dieses Ereignisses, die Alliierten-Kräfte und die UN-Organisationen, haben den Prozess lediglich begleitet und geschehen lassen, was nicht verhindert werden konnte. Der *Rahmen*, in dem der Wiederaufbau der Dörfer platziert werden sollte, blieb undefiniert. Die bestimmenden Instanzen und Kräfte, die im Kapitel 6 beschrieben wurden, haben sich mit dieser Frage nicht öffentlich auseinandergesetzt. Es bleibt eine Tatsache, dass die kurdischen Gebiete, am Anfang ohne eine ordnende Macht, sich selbst überlassen wurden.

Das Problem der Analyse ist, dass beide Prozesse kaum voneinander getrennt betrachtet werden können. Denn welche Instanzen hätten die Zielrichtung und Leitlinien für den ländlichen Raum bestimmen können, wenn diese selbst nicht vorhanden oder erst im Entstehen waren. Darin liegt das Dilemma des Wiederaufbaus in Kurdistan. Es macht sich auch dort bemerkbar, wo die Hauptaktore aus unterschiedlichen Standpunkten heraus gehandelt haben: die internationalen Aktore haben ihr Eingreifen mit der Not der Bevölkerung definiert, während die kurdischen Aktore ihre Handlungen aus politischen Überlegungen abgeleitet haben. In diesem Kapitel werden diese Standpunkte der genannten Aktore und die Auswirkungen auf den Wiederaufbauprozess diskutiert.

7.1 Die Rahmenbedingungen des Wiederaufbaus

Die Alliierten-Kräfte haben in Kurdistan die Herrschaft einer Diktatur, die Diktatur des Saddam-Regimes, beseitigt. Insofern kann die Zeit nach dem Errichten der Schutzzone in »Nordirak« als der Beginn einer Übergangsperiode – als die »Stunde Null« Kurdistans bezeichnet werden. Dies ist ein, wenn auch ein nicht gewollter aber ein erzwungener Eingriff von außen, der den Prozess des Wiederaufbaus erst ermöglicht hat.

Der Wiederaufbau in Kurdistan beschreibt einen Einschnitt, eine Zäsur in der

Geschichte Kurdistans, die in der nordirakischen kurdischen Gesellschaft einen Prozess ausgelöst hat, der alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens umfasst. Schmidt-Kallert und Sinemillioglu beschreiben dies mit folgenden Worten:

„Since 1991, various efforts at re-populating the rural regions in Kurdistan have been made. However, when taking a closer look it is obvious that the whole process in Kurdistan can be seen as a comprehensive reconstruction process, encompassing many action areas, i.e. the establishment of a free society in all areas.” (Schmidt-Kallert / Sinemillioglu 2008: 5)

Die Autoren beschreiben den ländlichen Wiederaufbau als einen Bestandteil dieses Prozesses. In der Tat betraf die Rückführung von mehreren hunderttausend Menschen in die »Nordprovinzen« nicht nur die ländlichen Regionen. Die Wiederansiedlung betraf auch die Städte und die Zwangssiedlungen, womit die gesamte Raumstruktur in den kurdischen Gebieten betroffen war. Wie im vorhergegangenen Kapitel beschrieben (Kap. 6), wo vor dem Krieg weniger als drei Millionen Menschen lebten, erhöhte sich innerhalb von wenigen Monaten die Bevölkerungszahl der durch die Kurden kontrollierten Gebiete um ein Viertel, also fast um etwa 750 000 Menschen. Darüber hinaus fielen die Kontrollen des irakischen Staates über den Wohnzwang weg und die Wanderungen nahmen in die vor allem drei großen Städte Dohuk, Erbil und Sulaimania zu. All das hat die gesamte Raum- und Siedlungsstruktur massiv und nachhaltig verändert.

7.1.1 Machtvakuum und die Politik der Alliierten-Kräfte

Das im Kapitel 6 beschriebene Machtvakuum ermöglichte es der kurdischen Politik, nach der Macht zu greifen, um in den kurdischen Gebieten eine Autonome Region einzurichten. Diese Machtübernahme war eine spontane Entwicklung, die aber die Machtverhältnisse im Irak auf den Kopf stellte, auch wenn weder über diese Machtgestaltung in den kurdischen Gebieten noch über ihren Status Handlungen der Alliierten-Kräfte bekannt sind. Die Errichtung der Schutzzone in Verbindung mit der Flugverbotszone scheint, wie Thomas von der Osten-Sacken anmerkt, lediglich »Flüchtlingsabwehrmaßnahmen«, (Osten-Sacken 2002: 15), gewesen zu sein – mehr nicht.

Diese Politik des *Nichtstuns* ist darauf zurückzuführen, dass die USA, die treibende Kraft der Alliierten, lediglich darauf zielte, das Saddam-Regime zu schwächen, wie im Kapitel 6 beschrieben. Die Bedingungen rund um Kurdistan und die darauf basierende Wahrnehmung durch die internationale Gemeinschaft, die in den Kapiteln 2 und 6 beschrieben wurden, kommen hier zur Geltung, sodass die Entwicklung in den kurdischen Gebieten nach der Kuwaitkrise wenig Beachtung fand. Es ist daher festzustellen, dass die Alliierten-Kräfte zur »Schaffung von Anfangsinstitutionen und -Regeln« keine Anstrengungen unternommen haben, weil weder die Zukunft Iraks noch der Status der Kurden im Irak in den internationalen Gremien ein Thema war.

Diese Politik des Nichtstuns bedeutete für den Wiederaufbauprozess Unsicherheit. Die Alliierten-Kräfte leisteten lediglich den militärischen Schutz gegen das Saddam-

Regime. Die Rede von Colonel R.M. Naab am „War College“ in Virginia, 1994, ist in dem Sinne recht aussagekräftig:

„Operation Provide Comfort was a complete success in terms of encouraging Kurds to return to their homes. We relocated approximately 400,000 people from the north in a short period of time. We arranged for them to return to their abandoned villages, and begun to help the NGOs address the serious problems with resettlement. Once we got them all back, we had major problems getting the needed support and materials because they no longer fit in the UN definition of refugee status.“ (Meiselas 2008: 342).

Das ist die genaue Beschreibung dessen, dass die politische Orientierung im Sinne eines geregelten Wiederaufbaus fehlte. Das Militär der Amerikaner war nicht auf den Wiederaufbau vorbereitet, sondern daran interessiert, rasch das militärische Operationsgebiet wieder zu verlassen:

“I thought from the very beginning about the Vietnam Syndrome: we had to get rid of this “Tar Baby.” At every high-level meeting, the military wanted to make this go away as quickly as possible, without getting bogged down in Iraqi and Kurdish politics in the north.“ (ibid.).

Die Politik der UNO und der Alliierten-Kräfte bestand im Wesentlichen aus zwei Leitlinien:

- *erstens* die territoriale Integrität des irakischen Staates zu bewahren und
- *zweitens* die Schwächung des Saddam-Regimes herbei zu führen.

Die Versuche der kurdischen Politik, in den kurdischen Gebieten die entstandene Machtücke zu füllen, wurden deshalb geduldet, weil es zur Schwächung des Saddam-Regimes beitrug und, vor allem, weil eine andere Alternative nicht vorhanden war. Diese Unklarheit und dieses Desinteresse sind auch darin zu erkennen, dass die USA sich wenig mit den Wahlen in kurdischen Gebieten befasst haben. Auch hier sind die Worte des Colonels aufschlussreich:

“In May 1992, Iraq was having an election. I said, „What is this going to solve?“ And in fact, while Kurds participated in it very actively, the U.S. gave very little help officially. It didn’t make the problem of the rivalry between two major parties go away. I mean Jalal and Massoud are still at it. It still goes hot and then cold for a while. It gives people in the West the opportunity to say, “Well, there they go again. They’re all tribal. They can’t manage their own affairs. They’re killing each other. That’s too bad for the Kurdish people.”

“I don’t know whether we now have a U.S. policy toward Iraqi Kurdistan. I know we did not at the time. We never had a Kurdish expert. It was always some junior state department officer who worked in Iraq. Or the Turkish desk, which had the

Ottoman Empire view from the guy in Ankara who saw Kurds as a problem for Turkey.” (ibid.).

Diese treffende Beschreibung der Politik der USA gegenüber Kurdistan zeigt, wie wenig der Krieg gegen das Saddam-Regime politisch durchdacht war, zumindest bzgl. der Kurdenfrage.

Nicht nur blieb der politische Rahmen im Unklaren – auch die Beschäftigungs- und Wirtschaftsentwicklung blieb sich selbst überlassen. Das Wirtschaftsembargo gegen den Irak bedeutete auch die Isolation der kurdischen Gebiete von der Außenwelt. Zusätzlich war die Region einem Energie- und Wirtschaftsembargo durch das Saddam-Regime ausgesetzt. Auch hier gab es keine Anstrengungen oder Initiativen, die kurdischen Gebiete aus den Sanktionen heraus zu nehmen oder gar gezielt zu fördern. Die Alliierten-Kräfte haben keine Versuche unternommen, die Plünderungen der öffentlichen Einrichtungen und die fast vollkommene Zerstörung der Infrastruktur zu unterbinden⁹⁴. Die Errichtung der Schutzzone hätte die Möglichkeit geboten, zum Zweck des Schutzes des öffentlichen Eigentums mit den kurdischen Kräften zu kooperieren, die jedoch nicht genutzt wurde. Damit wurde der Nachkriegszeit eine enorme Last aufgebürdet⁹⁵.

Dementsprechend waren die Ausgangsbedingungen für den Wiederaufbau alles andere als klar definiert. Es ist entscheidend, dass dieses undefiniertsein des Herrschaftssystems in den kurdischen Gebieten keine Atmosphäre der Zuversicht und des Vertrauens hervorbringen konnte. Im Gegenteil: aufgrund dieser Lage haben die kurdische Politik wie auch die Rückkehrer in keine klare Zukunft blicken können; eine Unklarheit, die der Hoffnung und dem Optimismus keinen Raum ließ. Offensichtlich ist die gleiche Frage, die die Rückkehrer in Balinda an DhK gestellt haben (Kapitel 6.3.2), woanders auch aufgetaucht. Dazu wieder Colonel Naab:

“The Kurds often ask what would happen if the Iraqis would attack Erbil? And they get silence from senior military officials. I’m not sure what the allies would do, frankly because, after all, it’s not a violation of anything we laid down in terms of our exit agreement or in terms of safe havens. If there is a ground attack to the north, what will we do about it? Who will respond?” (Meiselas 2008: 342).

In der Tat musste diese Frage beantwortet werden, als Saddams Truppen im August 1996 Erbil besetzten. Die Antwort der Alliierten-Kräfte war, schnell das Land zu verlassen und auch die Fachkräfte, die bei den UN-Organisationen und NGOs arbeiteten, aus dem

94 U. Gerhardt bezogen auf Irakkrieg vom 2003: “Sie [die Besatzungstruppen] verhinderten nicht, dass die Infrastruktur des Landes zerstört wurde: Ministerien und die Universitäten einschließlich der Bibliotheken und Laboratorien wurden geplündert und niedergebrannt (nur das Ölministerium erhielt den Schutz amerikanischer Truppen). Museen wurden ausgeraubt, und Kunstwerke verschwanden auf einem weltweiten Schwarzmarkt. Diese Geschehnisse der unmittelbaren Nachkriegszeit waren mit Deutschland im Jahr 1945 nicht zu vergleichen.“ (Gerhardt 2005: 293)

95 Es gibt viele Einzelbelege und Berichte über die Zerstörungen bzw. Plünderungen, jedoch keine Untersuchungen darüber, wie viel öffentliches Gut zerstört und geplündert wurde.

Land herauszuholen – jene Fachkräfte, die für den Wiederaufbauprozess dringend benötigt wurden.

7.1.2 Rolle der Vereinten Nationen (UNO)

Die UNO hat mit ihren Entscheidungen und insbesondere mit den Resolutionen des Sicherheitsrates den Handlungsraum für die Interventionen in den Irak definiert, den den militärischen Einsatz der Alliierten-Kräfte in die Wege leitete und die humanitären Einsätze ermöglichte. Die UN-Organisationen selbst waren nicht ein Teil der militärischen Interventionen, z.B. in Form von Blauhelm-Friedenseinsätzen. Das Wesen der Arbeit von UN-Organisationen, wie im Kapitel 6 erläutert, basiert im Allgemeinen auf der Zusammenarbeit mit den Mitgliedsstaaten, wie die UNO-Charta vorschreibt (Artikel 2 bzw. Artikel 25). Insbesondere Ziffer 1 des Artikels 2 ist bestimmend. Darin heißt es:

„Die Organisation beruht auf dem Grundsatz der souveränen Gleichheit aller ihrer Mitglieder.“ (UN 1945: Kapitel I).

Da die Beschlüsse des Sicherheitsrates keine politische Neugestaltung des irakischen Staates vorsahen, mussten die humanitären Einsätze strikt nach diesem Prinzip mit der irakischen Regierung verhandelt werden. Das bedeutete, dass auch die Hilfen und Tätigkeiten in den kurdischen Gebieten mit der Zentralregierung in Bagdad abzustimmen und im Rahmen der humanitären Tätigkeit im Gesamt-Irak einzubetten waren. Dies wurde in Vereinbarungen zwischen UNO und der Regierung des Irak festgehalten. Die erste dieser Vereinbarungen dieser Art ist das MOU-1991. Es stellt im ersten Absatz fest, dass der Irak die SR688 ablehnt. Ziffer 3 des Memorandums regelt die Frage der Rückkehrer wie folgt:

„(...) return and normalization of their lives in their places of origin“.

Ziffer 4 regelt die Organisationsform mit „UN Humanitarian Centres – UNHUCs“ und bestimmt den Inhalt der Arbeit mit folgenden Worten:

„Government of Iraq agrees to cooperate with UN to have a humanitarian presence in Iraq“.

Damit ist den UN-Organisationen nicht erlaubt, außer humanitärer Hilfe andere Veränderungen zu unterstützen oder gar selbst Veränderungen herbeizuführen. Durch die Ziffer 3 des MOU-1991 ist der UNO ein Gebot, passiv zu bleiben, auferlegt worden, womit die zerstörten Dörfer nicht wiederaufgebaut werden durften. Mit der Bestimmung von „places of origin“ ist der unmittelbare Wohnort der Flüchtlinge (1991) gemeint, denn der politische Hintergrund der Verhandlungen war die Lage unmittelbar vor und nach dem Kuwaitkrieg. Die Rückkehr der Flüchtlinge (1975/1988) wird in dieser Vereinbarung nicht angesprochen und folglich auch nicht geregelt.

Auch wenn die Lage der Flüchtlinge (1975/1988) nicht geklärt war, haben die Anrainerstaaten, der Iran und die Türkei, die Krise dazu benutzt, diese Flüchtlinge zur Rückkehr zu zwingen. Die UNO hat dies stillschweigend hingenommen, ohne darüber offen zu verhandeln. Jedenfalls sind keine öffentlichen Belege darüber bekannt, die die Rückkehr dieser Flüchtlinge thematisieren oder gar geregelt hätten. Auf diesem Hintergrund muss angenommen werden, dass die Rückkehr der Flüchtlinge (1975/1988) in den Rahmen der Errichtung der Schutzzone eingebettet wurde. Die UN-Organisationen haben in diesem Rahmen eine Hilfe bei der Rückkehr dieser Flüchtlinge organisiert, einschließlich des Baus von Notunterkünften, den sogenannten Shelters. Die Fragen der Standorte, wo diese Notunterkünfte gebaut werden sollten oder ob diese in den bereits zerstörten Dörfern gebaut werden dürften, wurden nicht geregelt. Die UN-Organisationen stellten die Hilfe dort zur Verfügung, wo sich die Rückkehrer selbst ansiedeln wollten. Dies wirft die Frage auf, ob diese Haltung der UNO mit den Bestimmungen von MOU-1991 zu vereinbaren war. Zweifel ist angebracht. Daraus lässt sich schlussfolgern, dass die Rückkehr und die Wiederansiedlung der Flüchtlinge (1975/1988) in einem *rechtlich undefinierten Rahmen* vonstattengingen.

Ein weiteres Feld, das nicht bearbeitet wurde, ist der Status der Kurden im Irak (siehe vorangegangenes Kapitel). Dies zeichnet sich in den weiteren Beschlüssen des Sicherheitsrates ab. In der Erklärung nach seiner Sitzung am 31. Januar 1992⁹⁶ wird die Lage im Irak mit folgenden Worten beschrieben:

„Unter der Führung der Vereinten Nationen ist es der internationalen Gemeinschaft im vergangenen Jahr gelungen, Kuwait in die Lage zu versetzen, seine Souveränität und territoriale Unversehrtheit, die es infolge der irakischen Aggression verloren hatte, zurückzugewinnen. Die vom Rat verabschiedeten Resolutionen sind für die Wiederherstellung von Frieden und Stabilität in der Region nach wie vor von entscheidender Bedeutung und müssen voll durchgeführt werden. Gleichzeitig bereitet den Ratsmitgliedern die humanitäre Situation der unschuldigen Zivilbevölkerung Iraks Sorge.“ (UN 1994: 72).

Wie diese Erklärung zeigt, wird die Lage der Kurden und die Bestrebungen der kurdischen Politik, im Nordirak eine Autonome Region zu schaffen, nicht behandelt, auch wenn indirekt auf einen „Schuldigen“ hingewiesen wird. Diese Haltung konnte keine Sicherheit für die zukünftige Entwicklung bieten. Die Unklarheit führte auch dazu, dass viele Staaten kein offizielles Engagement in den kurdischen Gebieten gewagt haben, da dies weder staatsrechtlich noch völkerrechtlich abgesichert war. Bis zum endgültigen Krieg gegen das Saddam-Regime 2003 blieb die unbestimmte politische Lage in den kurdischen Gebieten bestehen. Der Wiederaufbau der Dörfer war nicht legitimiert und damit ungesichert. Die kurdische Politik konnte weitgehende Teile Kurdistans im Irak beherrschen, jedoch war das Land weiterhin von der Außenwelt abgeschnitten und

96 Die Sitzung fand auf der Ebene der Staats- und Regierungschefs statt. (UN 1994: 71)

hing politisch am Tropf der Alliierten-Kräfte sowie wirtschaftlich am Tropf des OfF-Programms.

Das wirtschaftliche Embargo und die politische Unbestimmtheit (uncertainty) bedeuteten für die *de-facto*-Selbstbestimmung in den kurdischen Gebieten eine starke Einschränkung in allen Lebensbereichen. Die fehlenden Mittel, gepaart mit den Bedingungen des Embargos, haben zum Verfall der öffentlichen Einrichtungen und der Verbreitung von Armut geführt. Die Lage zwang die UN, ein Programm zu entwickeln, wonach das irakische Öl kontrolliert verkauft, die Einnahmen unter UN-Aufsicht für die Versorgung der Bevölkerung eingesetzt werden.

Basierend auf diesen UN-Beschlüssen können folgende Schlussfolgerungen gezogen werden:

1. Internationale Beziehungen: Die Bevölkerung und die kurdische Administration hatten keine völkerrechtlich gesicherte Möglichkeit, internationale Beziehungen wahrzunehmen und zu gestalten. Für die Bevölkerung war es nur möglich, das Land illegal zu verlassen wie auch zu betreten, da das zentrale irakische Pass- und Meldewesen für sie nicht zugänglich war.
2. Destabilisierungs-Aktivitäten: Bis zum Krieg von 2003 gab es ständige Destabilisierungsversuche durch die Zentral-Regierung in Bagdad. Deshalb hat die kurdische Politik ihre ohnehin knappen Mittel vor allem in Aufrüstung investiert, um die Sicherheit ihres Gebietes zu gewährleisten. Auch die Anrainerstaaten, Türkei und Iran, führten Destabilisierungs-Aktionen durch, die sie vor allem mit PKK-Aktivitäten begründeten.
3. Embargo: Das internationale Embargo gegen den Irak traf die kurdischen Gebiete besonders hart. Das Embargo wurde für die kurdischen Gebiete zusätzlich durch das Energie-Embargo von Bagdad verschärft. Energielieferungen waren nur illegal möglich. Das erschwerte den Wiederaufbauprozess erheblich. Es bewirkte hohe Energie- und Transportkosten, was den Abfluss eines beträchtlichen Anteils der Hilfsgelder in die Kassen des Bagdader Regimes bedeutete.
4. OfF-Programme: Das OfF-Programm (SR986) hat der kurdischen Landwirtschaft erheblich geschadet. Die Landwirtschaft in den wiederaufgebauten Dörfern konnte sich praktisch nicht entwickeln.
5. Wirtschaftliche Entwicklung: Durch das Embargo mussten alle notwendigen Waren für die Versorgung der Bevölkerung importiert werden. Dies verhinderte die Entwicklung der lokalen Wirtschaft und die Stabilisierung des lokalen Marktes. Die lokale Wirtschaft war auf die Verteilung der Versorgungsgüter (Verwaltung der Verteilung) und eine beschränkte Handelstätigkeit reduziert.

Die kurdische Politik hatte keine Möglichkeiten, dieser Politik entgegen zu wirken. Das Geschehen lag gänzlich in den Händen der Kräfte von außen. Das OfF-Programm bedeutete überwiegend die Sicherung der notwendigen Lebensgrundlagen (Grundnahrungsmittel und medizinische Grundversorgung). Das Embargo ließ keine eigenständige Entwicklung in den gesellschaftlichen Lebensbereichen zu.

7.1.3 Hilfsorganisationen und ihre Grenzen

Die NGOs spielten eine wichtige Rolle bei der Versorgung der Bevölkerung sowohl in den Städten als auch in den neu entstehenden Dörfern – insbesondere in der Zeit von 1991 bis zur Umsetzung des Off-Programmes 1996. Fast in allen Bereichen der Hilfstätigkeit während der Krise waren die NGOs vertreten: bei der Minenräumung, bei der Lebensmittel- und der Gesundheitsversorgung, beim Bau von Notunterkünften (den sog. Shelters), bei der Rückführung der Flüchtlinge, bei der Errichtung von Straßen usw. Das Dokument 6 im Anhang gibt einen Überblick zu den vor Ort tätigen NGOs und deren Abstammungsländern. Einige Länder waren durch ihre staatlichen Entwicklungsdienste vertreten, wie z. B. Schweden mit seinem Sida (Swedish International Development Cooperation Agency, Sida - im Dokument QANDIL). Die NGOs haben einen großen finanziellen Beitrag geleistet. Da aber darüber keine Zahlen vorliegen, kann hier keine Quantifizierung der Arbeit der NGOs vorgenommen werden. Bis zum Beginn des Off-Programms 1996 waren die NGOs und die UN-Organisationen UNICEF und UNHCR die Hauptträger der Versorgung der Bevölkerung und für den Shelterbau zuständig.

Den Hilfsorganisationen wurde eine große Akzeptanz und Dankbarkeit durch die kurdische Bevölkerung und durch die kurdische Politik entgegen gebracht. Dadurch konnten die NGOs relativ ungehindert arbeiten. Es gab keine Beschränkungen und Richtlinien durch die Verwaltung. Das gab den NGOs eine große Flexibilität bei ihrer Arbeit, wodurch sie schnell entscheiden und die Entscheidungen zügig umsetzen konnten. Dieser Flexibilität war es zu verdanken, dass die flächendeckende Nothilfe schnell und reibungslos durchgeführt werden konnte.

Diese Handlungsfreiheit und Flexibilität hatten auch ihre Schattenseiten. Eine Koordination war fast unmöglich, da jede Instanz zur Koordinierung fehlte. Entscheidend war auch, dass selbst allgemeine Vorgaben und Richtlinien fehlten. Für welches Tätigkeitsfeld welche Maßnahmen erforderlich sind, war unklar. Es gab keine Standards für die Bautätigkeiten und Infrastrukturmaßnahmen. Diese Bedingungen führten dazu, dass die Tätigkeiten der NGOs im Bereich der Nothilfe blieben und zur Schaffung von dauerhaften Strukturen nicht viel beitragen konnten.

Die NGOs konnten die Erarbeitung von mittel- und langfristigen Entwicklungszielen für die kurdischen Regionen nicht übernehmen. Damit entzogen die fehlenden Rahmenbedingungen die Grundlage dafür, die Möglichkeiten der NGOs in eine konsistente Arbeit zum Wiederaufbau zu integrieren. Insbesondere die ungeklärten Fragen um Landbesitz waren oft ein unüberwindbares Hindernis. Das Beispiel »Balinesisches Balinda« (siehe Exkurs zum Schluss dieses Kapitels) zeigt diese Problematik und die Grenzen der NGOs.

7.1.4 Das Programm der kurdischen Politik und die Parallelstrukturen

Die tragende Plattform der politischen Entscheidungen war bis zu den Wahlen 1992 die Kurdistan-Front. Der Zusammenschluss der zwei bedeutendsten Parteien (KDP und PUK)

sowie der vielen kleineren Parteien zeigte deutlich, dass die kurdische Politik einheitlich handelt. Für Rückkehrer wirkte dies ermutigend. Das änderte sich auch nicht wesentlich, nachdem im Mai 1992 ein Parlament gewählt und die Kurdistan-Front faktisch aufgelöst wurde. Dieser politisch sehr bedeutende Schritt zu den Parlamentswahlen hat dennoch die Parallelstrukturen (Kapitel 6, Abbildung 9 auf Seite 122) nicht aufgelöst.

Mehrere Faktoren haben diese Parallelstrukturen hervorgerufen, besonders die nicht voll funktionsfähige staatliche Verwaltung. Der Zusammenbruch hatte ein Machtvakuum hervorgerufen, das nicht so schnell wieder gefüllt werden konnte. Die kurdische Politik war zum Zeitpunkt der Errichtung der Schutzzone nicht imstande, auf die neue Machtkonstellation adäquat zu reagieren und das Machtvakuum zu füllen. Dafür gibt es zwei Gründe:

1. Die kurdische Politik war auf die Krise nicht vorbereitet. Sie war durch die im Kapitel 2 beschriebene Anfal-Kampagne des Saddam-Regimes geschwächt und hatte den ländlichen Raum faktisch verloren. Außerdem verfügte sie über keine zivilgesellschaftlichen Institutionen;
2. Die programmatischen Vorstellungen der kurdischen Politik waren nur von allgemeinem Charakter. Diese beschrieben kein zukünftiges Gesellschaftsbild, sondern waren nur zu allgemeinen Aussagen fähig, die im Wesentlichen das Selbstbestimmungsrecht für die Kurden verlangten und den Kampf dafür heraufbeschworen.

Die Politik der UNO hat auch gezeigt, dass sie prinzipiell von der Einheit des irakischen Staates ausging, die über kurz oder lang wiederhergestellt werden würde. Da die kurdische Verwaltung nicht funktionsfähig war, haben UN-Organisationen ihre eigenen Verwaltungsstrukturen aufgebaut, um die humanitären Hilfen durchführen zu können. Es gab also keine Instanz, die in den kurdischen »drei Nordprovinzen« eine vorübergehende Verwaltung aufbauen half, um einen Übergang zu organisieren und später den Status dieses Gebietes zu definieren, wie z.B. im Kosovo oder in Osttimor (siehe Kapitel 4). Dies ist Ausdruck der dualen Machtverhältnisse der liminalen Phase im Nordirak.

Verlagerung der Entscheidungskompetenzen

Die kurdische Politik hat sich faktisch daran orientiert, die früheren, d.h. vor den Deportationen bestehenden Verhältnisse zu rekonstruieren, ohne konkrete Vorstellungen und Leitbilder für die neuen zukünftigen Strukturen zu haben. Der Wiederaufbau der Dörfer bedeutete in diesem Rahmen den Rückgewinn des verlorenen Territoriums, indem die Flüchtlinge in ihre zerstörten Dörfer wieder zurückkehren konnten. Für die zukünftigen Strukturen der ländlichen Regionen hatte die kurdische Politik kein Konzept – aus Sicht der kurdischen Politik war dies auch nicht notwendig; denn das „Modell von Wirklichkeit“ war zu dieser Zeit die bestimmende Orientierung der kurdischen Politik. Dieses Modell entstand aus dem früheren traditionellen Dorfleben.

Der kurdischen Politik fehlten Zukunftskonzepte, wie dieses „Modell für Wirklichkeit“ faktisch aussehen könnte.

Die kurdische Politik legte großen Wert darauf, die vorhandenen Verwaltungsstrukturen mit eigenen Kräften zu besetzen. Es waren aber nicht genug erfahrene Verwaltungskräfte verfügbar. Damit entstanden einerseits die lokale Verwaltung der Kurden und andererseits die UNO-Verwaltung, die parallel zueinander, aber ohne planerischen Kontakt existierten. Da die kurdische Verwaltung über keine eigenen finanziellen Ressourcen verfügte, blieb die Entscheidungs- und Gestaltungsmacht faktisch in den Händen der UN-Organisationen und teilweise der internationalen NGOs.

Maßnahmen des alten Regimes rückgängig zu machen, wurde damit zur zentralen Orientierung der kurdischen Politik. Da es an Zukunftskonzepten fehlte, verlief die Wiederansiedlung im höchsten Maße widersprüchlich. Die folgenden drei Beispiele im folgenden Abschnitt zeigen diese widersprüchliche Haltung:

- die Frage der Existenzgründungen in den wieder entstehenden Dörfern
- die Entwicklung in den Zwangssiedlungen am Beispiel Shela Dize und
- die Verteilung von Grundstücken in den Städten.

7.2 Fehlende Orientierung und Maßnahmen

Die nicht voll funktionsfähigen Staatsinstitutionen und die durch die Massenflucht entstandene große Not schufen chaotische Zustände – eine Zeit der Anomie, in der größte Unsicherheit herrschte. Wie bereits dargestellt, hatten die Alliierten-Kräfte einen Schutz gegen das Saddam-Regime etabliert und UN-Organisationen hatten die größte Not der Menschen gelindert. Dennoch haben diese beiden Kräfte keinen Plan verfolgt, im kurdischen Nordirak eine alternative Ordnungsmacht, im Sinne Parsonsscher »rechtsstaatlicher gesellschaftlicher Ordnung«, herzustellen. Die Einheit des Irak sollte nicht gefährdet werden. Es ist aber auch nicht zu erkennen, dass diese beiden Kräfte zwischen dem Saddam-Regime und der kurdischen Politik vermittelt hätten. Das hätte belegen können, dass den intervenierenden Kräften daran gelegen war, den Zustand von Anomie zu verhindern.

Die erwähnten Kräfte haben auch gegen die Versuche der kurdischen Politik, einen Systemwechsel herbeizuführen, nichts unternommen. Dieser Systemwechsel ist in vielfacher Hinsicht problematisch. In den kurdischen Gebieten kam es zu einem Systembruch, während die »charismatisch-traditionale Herrschaft« Saddam Husains im Irak weiter existierte. Hier liegt eine besondere Konstellation der Machtverhältnisse vor, da die kurdische Politik weiterhin innerhalb Iraks eine Lösung anstrebte, die Saddam Hussein mit einschließen würde oder die zumindest das vorhandene Herrschaftssystem nicht ausschloss. Diese Dualität der Machtverhältnisse – in den kurdischen Gebieten einen Systemwechsel anzustreben, während im Irak das vorhandene System fortexistiert – vertieft die Instabilität der Nachkriegszeit, und zwar nicht nur für die kurdischen Gebiete. Hier reicht es nicht aus, wie Uta Gerhardt für Deutschland anmerkt, nur „eine »Zusammenbruchgesellschaft« zu schildern“. Auch wenn in Kurdistan die

Besatzungsherrschaft der Alliierten-Kräfte sich in wesentlichen Zügen von der in Westdeutschland unterscheidet, gibt es eine Gemeinsamkeit: in Deutschland wie in Kurdistan haben die Alliierten-Kräfte die Herrschaft einer Diktatur beseitigt. Und auch im Falle Kurdistans (bzw. Iraks) ist es notwendig, das »Zusammenspiel von exogenen Vorgaben und endogenen Kräften im gesellschaftlichen Wandel« (Gerhardt) zu analysieren, um die Entwicklung der Nachkriegsgesellschaft in Kurdistan zu verstehen.

Was sind die Eigenschaften dieser Periode? „Der Zusammenbruch der charismatisch-traditionalen Regime in Afghanistan [2001] und im Irak [1991 bzw. 2003] im Nachgang kriegereischer Intervention der USA fordert zum Vergleich mit den vierziger Jahren in Deutschland heraus.“ (Gerhardt 2005: 20). Diese Aussage deutet darauf hin, dass die Zeit nach der Beseitigung von Herrschaftsstrukturen mit großen Unsicherheiten verbunden ist. 2003 wurde die Ära »Irak ohne Saddam« begonnen. Damit wurde zuerst einmal die *Dualität* der Machtverhältnisse für die kurdischen Gebiete und für den Irak beendet. Dennoch wurde noch keine Antwort darauf gegeben, ob die Entwicklung in Kurdistan in der neuen Machtkonstellation im Irak einen Platz finden würde. Die Antwort wurde erst mit der Annahme der neuen Verfassung für den Irak am 15. Oktober 2005⁹⁷ formell gefunden. Damit hat die Übergangsphase für Kurdistan, vom April 1991 bis Oktober 2005, 14 Jahre gedauert⁹⁸. 14 Jahre lang spielten die exogenen Faktoren die entscheidende Rolle, und der Wechsel, d.h. welche Strukturen des alten Systems überwunden und welche neuen Träger etabliert werden und werden sollten, blieben undefiniert. Die Fragen der Modernisierung und des sozialen Wandels wurden nicht berücksichtigt.

In dieser Anomie, mit eingrenzenden Worten »das Fehlen von Staatsstrukturen«, konnte natürlich keine Orientierung zum Wiederaufbau gegeben werden, um die dafür nötigen Maßnahmen in die Wege zu leiten. Für den Prozess des Wiederaufbaus hat das schwerwiegende Folgen gehabt, wie in den folgenden Abschnitten beschrieben wird. Es hat keine erkennbaren Vorgaben und Richtlinien für die Neugestaltung des ländlichen Raumes gegeben. Die Aufgabe des Wiederaufbaus der Dörfer wurde nicht als eine ganzheitliche Entwicklung der ländlichen Regionen verstanden. Eine Aufgabe, die die Fragen der Wirtschaftlichkeit, der Beschäftigung und der Nachhaltigkeit miteinander verknüpfen musste und die bäuerliche Tätigkeit als Grundlage der Existenzgründungen verstanden hätte. Die Rückkehrer in ihrem „Communitas-Dasein“ wurden in die Shelter gesteckt und wussten nicht, wie es weiter gehen sollte.

97 Die neue Verfassung wurde durch ein Referendum am 15. Oktober 2005 angenommen. „Die Verfassung bestimmt, dass Irak ein demokratischer, föderaler und parlamentarisch-republikanischer Staat ist.“ In Artikel 114 der Verfassung wird Kurdistan-Irak als föderale Region anerkannt. Siehe http://www.auswaertigesamt.de/DE/Aussenpolitik/Laender/Laenderinfos/Irak/Innenpolitik_node.html#doc341994bodyText2 vom 6. Juni 2009.

98 Auch in Afghanistan gibt es eine neue Verfassung seit 2004 und eine durch die Wahlen legitimierte Regierung. Dennoch dauern noch immer sowohl im Irak als auch und vor allem in Afghanistan die Unsicherheiten an. Damit ist noch kein Ende der Zusammenbruchgesellschaft in Sicht.

7.2.1 Knappe Finanzressourcen und fehlende wirtschaftliche Rahmenbedingungen: Häuserbau, Landwirtschaft und Maßnahmen zu sozialen Dienstleistungen und zum Infrastrukturaufbau

Die entstehende kurdische Verwaltung verfügte über keinerlei gesicherte finanzielle Quellen. Sie stand vor der enormen Aufgabe, die Staatsbediensteten des übernommenen Verwaltungsapparates und die eigenen militärischen Kräfte zu bezahlen. Finanzielle Mittel vom Zentralstaat standen weder für die Unterhaltung des Staatsapparates noch für den Wiederaufbau zur Verfügung. Das vorhandene, aus dem Ausland stammende Geld stand überwiegend für die Nothilfe zur Verfügung und wurde von der UNO und von NGOs bereitgestellt. Die oben beschriebene Anomie erlaubte es nicht, diese Mittel in einem Gesamtbudget zu bündeln. Außerdem fehlte eine Bedarfsanalyse – auch gab es keine solide Datengrundlage; über die Zahlen der Rückkehrer und der Obdachlosen gab es keine Angaben. Das Wirtschafts- und vor allem das Energieembargo gegen kurdische Gebiete durch das Bagdader Regime trieb die Preise für Kraftstoff in die Höhe, was enorme finanzielle Mittel verschlang⁹⁹. Und das Embargo gegen den gesamten Irak in Verbindung mit dem OfF-Programm führte zu Lebensmittel-Importen, die die Anstrengungen zur Entwicklung der Landwirtschaft erschwerten.

Lebensmittel und der Bau von Notunterkünften in den entstehenden Dörfern benötigten enorme Geldmittel. Für die Bereiche der Existenzgründungen und der sozialen Dienstleistungen konnten kaum Mittel zur Verfügung gestellt werden, abgesehen davon, dass dies nach den MOUs ohnehin nicht erlaubt war. Die Infrastrukturmaßnahmen beschränkten sich auf den Bau von Straßenverbindungen, um möglichst viele Rückkehrer in ihre Dörfer transportieren zu können. Dies war umso schwieriger, als Maschinen und Baumaterial fehlten, unter anderem auch wegen der Plünderungen. Deshalb entstanden viele Dörfer entlang der bereits vorhandenen Straßen. Diese Dörfer entwickelten eine Struktur, die sich an den Möglichkeiten der Hilfe orientierte.

Die sich ohne jegliche Planung entwickelte Wiederansiedlung der Dörfer ließ die Fragen der Siedlungsgröße, der sozialen Dienstleistungen und der wirtschaftlichen Tätigkeit der Bewohner offen. Die vorhandenen lokalen Kapazitäten konnten für den Wiederaufbau nicht eingesetzt werden. Zusätzlich wurden die Reparaturen der zur Verfügung stehenden Gerätschaften durch das Fehlen von Ersatzteilen wegen des Embargos massiv eingeschränkt. Erst nachdem das OfF-Programm 1996 umgesetzt worden war, hat sich die Lage entspannt.

Bau von Notunterkünften

Die Bautätigkeit in den neuen Dörfern stand unter keinerlei gesetzlichen Regelungen oder Verordnungen. Wie schon im Kapitel 6 beschrieben wurde, erhielten die Familien

⁹⁹ “The military-backed blockade of the Kurdish-held enclave, where approximately 3.5 million people were living, continued during 1993. As a consequence of the blockade, fuel prices in Iraqi Kurdistan were usually twenty times higher than in government-controlled parts of the country, imposing considerable hardship.” (HRW 2004)

nur knapp bemessenes Baumaterial. Für das neue Dorf gab es keine Richtlinien, wonach die Bau- und Siedlungsstruktur des Dorfes bestimmt worden wäre – wo die Familien ihre Shelter¹⁰⁰ bauten, war ihnen überlassen. Hier tendierten die kurdische Politik und die lokalen Hilfsorganisationen dazu, die Häuser überwiegend mit Zement zu bauen, mit der Begründung „unsere Menschen möchten moderne Häuser“. Dennoch wurde dieser Tendenz bis zur Umsetzung des Off-Programmes wegen knapper Mittel nicht gefolgt.

Häuserbau könnte durchaus mit Existenzgründungen und der Errichtung sozialer Dienstleistungen verbunden werden, wie die Praxis von DhK demonstrieren konnte. DhK entschied wegen der ohnehin knappen Ressourcen, für den Häuserbau möglichst wenig Mittel auszugeben, um auch Gelder für andere Bereiche bereitstellen zu können. Aus diesem Grund wurden interne Richtlinien für den Häuserbau erarbeitet, um die Rückkehrer in allen Bereichen möglichst effektiv unterstützen zu können. Die Idee der Wirtschaftlichkeit und der Nachhaltigkeit sowie der Versuch, die traditionelle Bauweise mit modernen Elementen zu kombinieren, fand bei der kurdischen Politik und den meisten lokalen Hilfsorganisationen keine Beachtung. DhK war zu klein, um die allgemeine Orientierung mitzubestimmen.

Landwirtschaft und Existenzgründungen

In der Landwirtschaft gab es die größten Potenziale, aber auch erhebliche Defizite. Es standen zur Rehabilitierung der Landwirtschaft schlicht keine Mittel zur Verfügung. Die Rückkehrer hatten naturgemäß gehofft, ihre Felder bestellen und Viehwirtschaft betreiben zu können. Diese Tätigkeiten sollten die Grundlagen der Existenzgründungen bilden. Jedoch mussten sie feststellen, dass ihre Felder verwildert, ihre Obstgärten vertrocknet und die landwirtschaftliche Infrastruktur vollkommen in Trümmern lag: es gab keine Bewässerungsanlagen, keine Nutz-, Last- und Zugtiere, keine Vermarktungsmöglichkeiten. Diese Defizite hätten als Chance begriffen werden können, um die landwirtschaftliche Tätigkeit grundlegend zu modernisieren. Anstatt Ochsenpflug modernes Bodenbearbeitungs-Gerät, moderne Bewässerungstechniken, neue Techniken zur Vermarktung, Kühlanlagen für Obst und Gemüse und anderes hätte zum Einsatz kommen können. Natürlich wäre das nur dann auch partiell möglich gewesen, wenn dafür Konzepte und finanzielle Mittel verfügbar gewesen wären.

Maßnahmen zur Infrastruktur und zu den sozialen Dienstleistungen

In den neu entstehenden Dörfern mussten Trinkwasser-, Gesundheits-, Schul- und Transportsysteme errichtet werden. Diese Aufgaben waren umso notwendiger, als die Rückkehrer all diese Dienstleistungen bereits kannten und ohne diese keine Zukunftsperspektive für ihr Leben in den neuen Dörfern sahen. Hier wird das Dilemma deutlich, dass die Rückkehrer, obwohl sie nach ihren „Modellen von Wirklichkeit“

100 Der Begriff »Shelterbau« wurde ab 1992 zunehmend durch den Begriff »Häuserbau« ersetzt, der sicherlich besser zu dem Konzept des Wiederaufbaus passte.

handelten, dennoch feststellen mussten, dass diese Modelle für den Wiederaufbau nicht genügten. Zudem gab es neben den knappen finanziellen Ressourcen auch ein Defizit an qualifizierten Fachkräften wie Lehrer und Medizinpersonal.

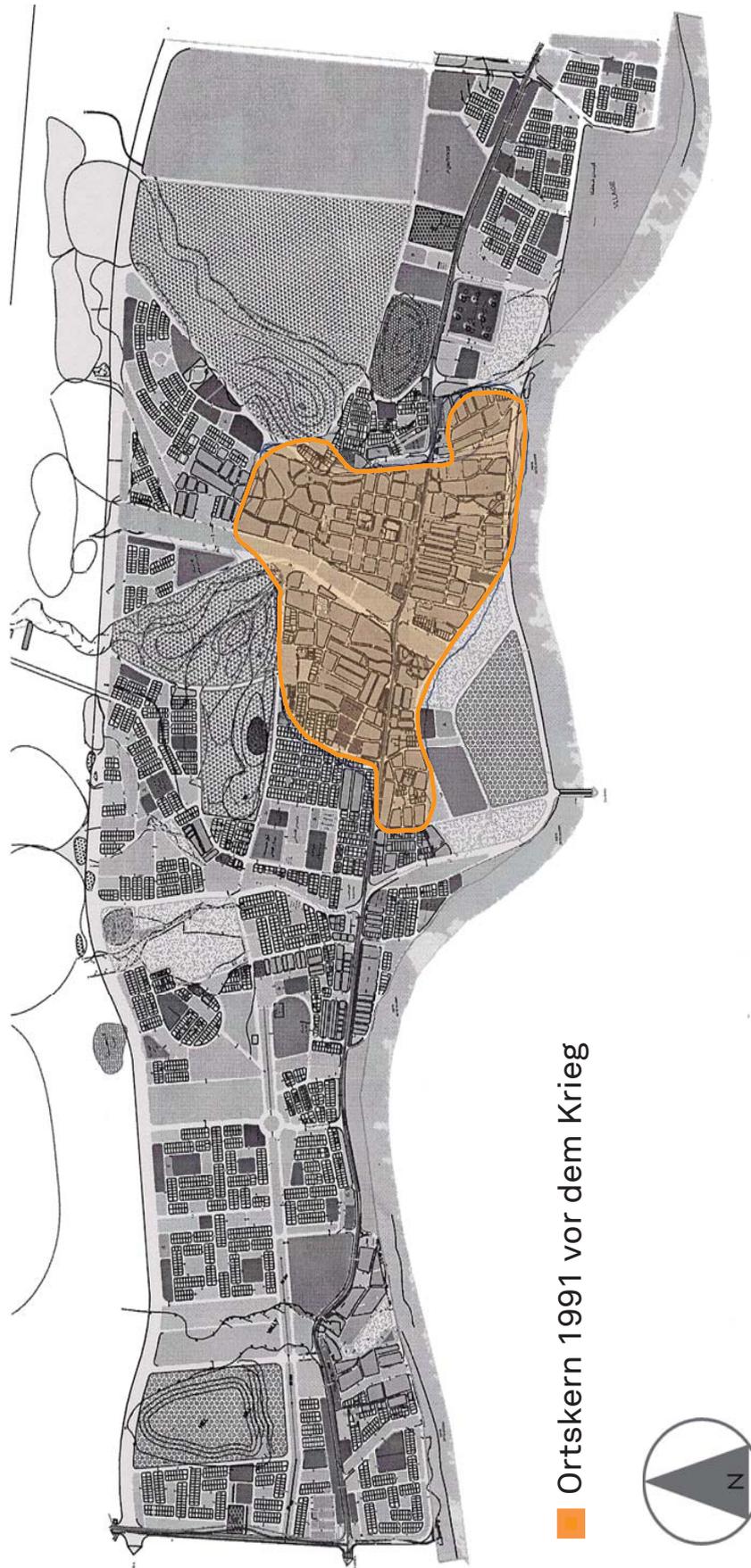
Die Arbeiten in diesen Bereichen konnten erst allmählich in Angriff genommen werden. Doch, wenn auch Grundschulen entstanden, fehlten immer noch weiterführende Schulen; Gesundheitszentren konnten den Bedarf bedingt flächendeckend befriedigen.

7.2.2 Siedlungsstruktur und die Politik der „Auflösung von Zwangssiedlungen“: das Beispiel »Shela Dize«

Wie im Kapitel 2 erläutert, war die frühere Siedlungsstruktur durch die Deportationen zerstört worden. Die historisch gewachsenen Regionalzentren wie Amadiya (Karte 8 auf Seite 22) verloren ihre Bedeutung. Diese Zentren wurden ihrer Funktion als Handelsplätze beraubt, sie wurden wie Amadiya zu einfachen Verwaltungszentren degradiert. Die Zwangssiedlungen trugen das Potential zu neuen Zentren in sich, da sie die Bewohner von bis zu dreißig Dörfern aufgenommen hatten und damit größer waren als die herkömmlichen Regionalzentren. Dazu kam, dass viele Flüchtlinge (1975/1988) aus der Türkei und aus dem Iran in diesen Zwangssiedlungen angesiedelt wurden, weil diese nicht in ihre zerstörten Dörfer zurückkehren konnten. Die kurdische Politik aber wollte die Zwangssiedlungen auflösen (siehe Kapitel 6).

Auch wenn diese Politik durch die Bevölkerung mitgetragen wurde, konnte sie in vielen Orten nicht umgesetzt werden, wie das Beispiel Shela Dize zeigt. Shela Dize ist ein altes Dorf am nördlichen Ufer des Großen Zab-Flusses (Karte 8 auf Seite 22), es liegt ca. 40 km östlich von Amadiya. Eine asphaltierte Straße führt von Dohuk über Amadiya nach Shela Dize. Das Dorf wurde 1982 zu einer Zwangssiedlung umgewandelt. Etwa 30 Dörfer der Stämme Doski und Rekan wurden dorthin deportiert, wie verschiedene Gespräche mit den Ortsbewohnern belegen¹⁰¹. Bis 1991 hat die Siedlung unter der Kontrolle der Zentralregierung gestanden. Die Bewohner des Ortes flohen im Frühjahr 1991 vor den Truppen Saddams in die Türkei. Nach der Errichtung der Schutzzone kehrten sie zurück und nahmen ihre Häuser wieder in Besitz. Da Shela Dize gut zu erreichen ist, haben sich viele Flüchtlinge (1975/1988), die aus den naheliegenden Gebieten Barzan, Zebar, Doski und Rekan stammten, in dem Ort niedergelassen. Viele Familien hatten gehofft, zu ihren Dörfern zurückkehren zu können. Jedoch erwies sich das als unmöglich, weil die Stammesgebiete durch die Aktivitäten der PKK unzugänglich geworden waren. Auch wenn die Hoffnung blieb, sind diese Rückkehrer-Familien bis heute (Stand: Dezember 2009) in Shela Dize geblieben. Der Ort ist ständig weiter gewachsen und die Einwohnerzahl hat sich mehr als verdreifacht, wie N. Muhemmed Eshed dem Verfasser gegenüber erklärt hat.

101 Das letzte Gespräch wurde im Interview am 2. Dezember 2009 im Verwaltungsgebäude der Stadtverwaltung von Shela Dize geführt (Dokument 2 im Anhang).



Ortskern 1991 vor dem Krieg

Karte 9: Ehemalige Zwangssiedlung Shela Dize, 2009

Quelle: Ortsverwaltung Shela Dize. Überarbeitet durch den Verfasser.

„Heute hat der Ort ca. 22 000 Einwohner. Shela Dize zählte unmittelbar vor dem Krieg von 1991 ca. 8 000 Einwohner mit etwa 1200 Haushalten.“ (siehe Dokument 2 im Anhang)

Dieses Wachstum ergibt sich aus dem stetigen Zustrom von Rückkehrern, von Inlandsflüchtlingen (IDPs)¹⁰² und dem natürliche Bevölkerungswachstum¹⁰³. Shela Dize hat heute damit weit mehr Einwohner als Amadiya, das ca. 6 000 Einwohner zählt. Wie die Karte 9 zeigt, ist der Ort mehr als dreimal so groß wie der Originalzustand 1991 vor der Errichtung der Schutzzone war.

Die weitere Entwicklung in Shela Dize kann nicht vorhergesagt werden. Der Ort ist mittlerweile zu einer kleinen Stadt angewachsen, die weitgehend von staatlichen Zuwendungen, vor allem von Lebensmittelhilfen, abhängig ist.

Wie aus den Tabellen (im Kapitel 6, Tabelle 3 und Tabelle 4 auf Seite 113) hervorgeht, beherbergen diese ehemaligen Zwangssiedlungen knapp ein Viertel der Bevölkerung. Im Regierungsbezirk Dohuk leben viel mehr Menschen in solchen Siedlungen als in den traditionellen Kleinstädten. Was hier exemplarisch für Shela Dize beschrieben wurde, gilt für die meisten früheren Zwangssiedlungen, deren perspektivische Bedeutung und Rolle noch unklar ist.

7.2.3 Siedlungsstruktur und die Zuteilung von Grundstücken in den Städten

Die kurdische Politik versuchte Wege zu finden, um die Staatsbediensteten und die »bedürftigen Familien«¹⁰⁴ zu entschädigen, da es an Geldmitteln fehlte. Als Entschädigung wurden Grundstücke in allen Städten – vor allem in Dohuk, Erbil und Sulaimani – an »bedürftige Familien« und an Staatsbedienstete verteilt. Allein in Erbil wurden zwischen 1992 und 2004 130 Tausend neue Grundstücke vergeben. (Sinemillioglu 2009: 200). Viele dieser Familien, die ursprünglich aus den zerstörten Dörfern stammten, wurden durch diese Maßnahme ermutigt, in diesen Städten Häuser zu bauen und dauerhaft dort zu bleiben.

Durch diese Maßnahme wurde ein starker Anreiz geschaffen, der die Bautätigkeit in den Städten enorm steigerte. Dies führte zur Erweiterung der Stadtgebiete, die weitere Infrastrukturmaßnahmen wie Straßenbau, Wasser- und Stromversorgung sowie soziale Dienstleistungen erforderte.

102 Insbesondere die Inlandsflüchtlinge aus dem Gebiet Welati Jeri, die im Dezember 1995 aufgrund der Kämpfe mit der PKK ihre Dörfer verlassen mussten. Aus den wiederaufgebauten 10 Dörfern wurden, nach DhK-Angaben, 370 Familien vertrieben, von denen ca. die Hälfte in Shela Dize Zuflucht fand.

103 Der Ort verliert beträchtliche Einwohner an die Städte, vor allem an Dohuk und ins Ausland. Die Bevölkerungszunahme ist trotz dieser Verluste erheblich.

104 Der Begriff »bedürftige Familien« ist eine wichtige Kategorie des Sprachgebrauchs der kurdischen Politik. Während der Deportationen und der kriegerischen Auseinandersetzungen mit den Kräften der Zentralregierung haben viele Familien ihre Angehörigen verloren. Nach der Machtübernahme wurde die Erwartung groß, diese Familien zu entschädigen. Im kurdischen Sprachgebrauch »Aile ye Pehîdan«, wörtlich „die Familien der Märtyrer“, die zigtausend Familien umfasste. Diese Familien hatten meist ihre männlichen Ernährer verloren und waren mittellos.

Damit entstand ein Zwang, der riesige Finanzmittel band, und in der Folge den Wiederaufbauprozess in ländlichen Regionen stark beeinträchtigte (siehe Abschnitt 7.3).

Für die Fragen des Wohnungswesens, insbesondere in den ländlichen Regionen, hatte die Regierung kaum Orientierung gebende Maßnahmen getroffen. Die Regierung versuchte, durch ein Wohnungsbauprogramm in den Dörfern diese Frage zu lösen. Beispielsweise wurde geplant, im Jahr 2008 in der Provinz Dohuk 300 neue Häuser zu bauen¹⁰⁵. Der Bau erfolgte durch den Staat, die Häuser wurden schlüsselfertig an die Einwohner übergeben.

Da es keine Bedarfsanalyse gab, war also vollkommen willkürlich, warum 300 Häuser gebaut wurden und nicht z. B. 500 oder 250 Häuser. Auf die Frage, warum die Bauern nicht selbst die Häuser bauen, gab es keine Antwort.

Diese widersprüchlichen Maßnahmen und Fehlorientierungen konnten den Rückkehrern keine nachhaltigen Perspektiven bieten.

7.3 Rückkehrer im Spannungsfeld von Land und Stadt

Mit der Wiederansiedlung erhielten hunderttausende Menschen ein Zuhause, womit ihr Flüchtlings-Status beendet war, wurde von der kurdischen Politik aber negiert, dass sie über keinen Besitz verfügten, weil sie de facto durch die Deportation alles Hab und Gut verloren hatten. Ende ihres Flüchtlingsstatus und völlige Armut waren die Triebfedern, die die massenhafte Rückkehr in die zerstörten Dörfer ermöglichte. Der erste Aspekt entsprach den Wünschen der Anrainerstaaten und der internationalen Gemeinschaft. Sie haben die Flüchtlinge zurückgeführt. Der zweite Aspekt war eher problematisch. Er war nicht vereinbar mit dem MOU zwischen UNO und dem irakischen Staat. Aber er deckte sich mit dem Hauptziel der kurdischen Politik im Irak, der Rückgewinnung ihres verlorenen Territoriums.

Dass sie über ihren verlorenen Besitz wieder verfügen konnten, ist jedoch nur bedingt richtig. Die zerstörten Häuser, der verlorene Besitz von Haus- und Nutztieren und von landwirtschaftlichen Geräten konnte nicht mehr rückgängig gemacht werden. Die Felder waren verwildert, die landwirtschaftliche Infrastruktur wie etwa die Bewässerungsanlagen nicht mehr brauchbar. Die in wenigen Dörfern vorhandenen Schulen oder Gesundheitszentren waren ebenfalls zerstört, wie auch die Gotteshäuser der Gläubigen, die Moscheen und Kirchen. Die zerstörten Dörfer waren keine bewohnbaren Orte mehr – vom sozialen Raum blieb also nichts mehr übrig.

Zu diesem materiellen Verlust kam auch noch der Verlust von Know-how. Die Deportationen und Vertreibungen waren im Großen und Ganzen 1988 abgeschlossen. Die im Exil aufgewachsenen Kinder der Deportierten haben das Dorfleben nicht gekannt. Die Neugeborenen der Deportierten von 1975 sind als 17jährige in die Dörfer zurückgekehrt.

¹⁰⁵ Gespräch mit Jameel Dandoo, dem Regionaldirektor von MOCAH (Ministry of Construction and Housing) am 19.4.2008 in Dohuk.

Wenn man davon ausgeht, dass erst ein 16jähriges Kind das Know-how des Dorflebens vollkommen erfasst¹⁰⁶ hat, dann hat der Bevölkerungsanteil, der zwischen den Jahren 1959 (für die Deportierten von 1975) und 1967 (für die Deportierten von 1983) geboren wurde, kein Know-how vom ländlichen Leben. Demnach hatte ein erheblicher Teil der Rückkehrer keine geistigen oder handwerklichen Fähigkeiten, die ein Dorfleben nun einmal erfordert. Diese jungen Generationen sind entweder im Exil, in diesem Fall meist in einer städtischen Umgebung, oder in den Zwangssiedlungen und den Städten des Iraks aufgewachsen. Sie haben einen Lebensstil entwickelt, der sich weitgehend vom ländlichen unterscheidet¹⁰⁷. Auch wenn viel aus der Tradition übernommen wurde, wie Familienbindung, Status der Frau, die patriarchalen Strukturen, ändert es nichts an der Tatsache, dass die sozio-ökonomische Umgebung eine völlig andere war als in den ursprünglichen Dörfern.

Ein weiterer Verlust betrifft die soziale Ordnung und die damit verbundenen Strukturen. Da der ursprüngliche soziale Raum nicht mehr existierte, stellt sich die Frage, welche Strukturen die neuen Dorfgemeinschaften tragen sollten. Bei der Entstehung der Dörfer benannten die neuen Gemeinschaften rasch ihre Dorfältesten. Das deutet darauf hin, dass die früheren Bindungen nicht ganz verlorengegangen waren. Dennoch waren die früheren, gewohnten Gemeinschaften über eine längere Zeit zusammengewachsene Gebilde, die auf Subsistenzwirtschaften basierten und feste soziale Traditionen pflegten. Die Mitglieder dieser Gemeinden hatten keine gewachsenen Bindungen zur Außenwelt. Ihr Tun und Können war mit ihrem sozialen Raum, mit dem Dorfleben, verankert. Hingegen pflegten die neuen Mitglieder der neu entstehenden Dörfer starke Bindungen zur Außenwelt. Diese Bindungen boten ihnen die Möglichkeit, im Zweifelsfall die neue Dorfgemeinschaft auch wieder zu verlassen.

In den folgenden Abschnitten wird der neu entstehende soziale Raum in den zerstörten Dörfern diskutiert.

7.3.1 Wiederaufbau als Wirkungsraum verschiedener Akteure

Die Entstehung des sozialen Raums in den ländlichen Regionen wurde von vielen Gruppen, Institutionen und von verschiedenen Interessen begleitet. Die Wirkungsart und -weise der Akteure dabei war unterschiedlich, da auch ihre Interessen und ihre Wahrnehmungen höchst unterschiedlich waren. Diese Akteure können zuerst in zwei Gruppen eingeteilt werden:

- Die internationalen Hilfsorganisationen (internationale NGOs und die UN-Organisationen) sowie

106 Z. B. endet in Deutschland die Schulpflicht in der Regel mit Vollendung des 16. Lebensjahres. Hier gibt es mit Sicherheit Diskussionsbedarf. Dennoch: ob ein etwa 14jährige(r) Jugendliche(r) das nötige Know-how im Kontext der geltenden Lebensbedingungen beherrscht oder erst ein(e) 18jährige(r) ist eine quantitative Aussage und kann in diesem Zusammenhang vernachlässigt werden.

107 Dieser Lebensstil umfasst zweifelsohne viele Elemente der Moderne. Ob dieser Lebensstil als „urban“ bezeichnet werden kann, birgt Diskussionsbedarf. Die Zielgruppe der Rückkehrer wurde unter Zwang mit der Moderne konfrontiert. Wie weit die neuen Lebensbedingungen in den Zwangssiedlungen schon als „urban“ bezeichnet werden können, erscheint weniger wichtig und kann hier nicht beantwortet werden.

- die lokalen und regionalen Organisationen und Institutionen (Politische Parteien, Verwaltungsapparat, Großgrundbesitzer, religiöse Institutionen, Bagdader Regime).

Die Wahrnehmung der Hilfsorganisationen und der UNO stand in Zusammenhang mit der „Katastrophe“ und den damit verbundenen Nothilfemaßnahmen und war deshalb begrenzt¹⁰⁸. Bei den internationalen Hilfswerken bestimmte diese Wahrnehmung auch ihre Interessen: nämlich möglichst effektiv die Hilfe zu organisieren. Da handelte es sich also um das punktuelle Ereignis „Katastrophe als Unterbrechung der Normalität“ (siehe Kapitel 3). In diesem Fall ist das Interesse auf die Bekämpfung der Symptome begrenzt – d.h. die Wiederherstellung der Normalität anstreben, ohne, im Falle Kurdistans, die Frage zu stellen, „was die Normalität ist?“. Diese Haltung ist die natürliche Folge der Grundeinstellung der UNO: wird das Herrschaftssystem grundsätzlich nicht in Frage gestellt, wird die mit dem zusammengebrochenen Herrschaftssystem in Verbindung stehende Normalität auch nicht in Frage gestellt.

Anders bei den einheimischen Akteuren – ihre Haltung muss differenziert betrachtet werden. Auch hier ist die Frage nicht geklärt, „was die Normalität ist“. Das Herrschaftssystem ist zusammengebrochen – weshalb auch die mit dieser Herrschaft verbundene Normalität in Frage gestellt wird. Hier betreten die Akteure Neuland. Fragen über Kontinuitäten tauchen auf, vor allem im Zusammenhang mit Landbesitz. Die Entstehung des ländlichen Raumes steht damit unter dem Vorbehalt von nicht klar definierten Interessen und Regeln. Hier gab es große Unsicherheiten für die Rückkehrer.

Politische Parteien haben die Rolle des Staatsapparats übernommen, indem ihre Gebietskomitees als Entscheidungsträger fungieren. Die politischen Parteien sind auch Ansprechpartner der Hilfsorganisationen. Die Rückkehrer wurden indes zu Empfängern nicht nur der Hilfsgüter, sie hatten auch die Entscheidungen der Akteure zu akzeptieren, auf deren Handlungen sie keinen Einfluss haben konnten.

Der Verwaltungsapparat kann noch keine bestimmende Rolle spielen, jedoch sind die Institutionen der Verwaltung zunehmend aktiv und versuchen, die Regeln aus der Zeit vor der Krise zu reaktivieren.

Einige dieser Akteure haben keine direkten Verbindungen zu den Rückkehrern. Großgrundbesitzer jedoch versuchen, Verbindungen herzustellen und ihren Einfluss verstärkt geltend zu machen.

Das Bagdader Regime versucht, die Entwicklung des ländlichen Raumes zu behindern, hat aber immer geringere Einflussmöglichkeiten.

7.3.2 Wiederaufbau als Wirkungsraum von Identitäten und Lebensentwürfen

Der Wiederaufbau stand unter der Spannung von unterschiedlichen Leitbildern dieser Akteure. Über die Erwartungen der Rückkehrer gibt es bis heute keine Forschungsergebnisse und vieles bleibt im Verborgenen. Tatsache ist, dass den im Exil

¹⁰⁸ Vergl. mit „Die Sicht des Not- und Katastrophenhilfeapparates“ und „Die Sicht der lokalen Bevölkerung“, bezüglich der Flutkatastrophe im Jahr 2000 in Mosambik. (Macamo 2003: 172)

und in Zwangssiedlungen lebenden Menschen urplötzlich die Möglichkeit zur Rückkehr in ihre früheren Dörfer gegeben war. Die Rückkehr war keine vorbereitete Aktion – sie war *ein spontaner Aufbruch in eine ungewisse Zukunft*. Ein Aufbruch, der zum Beginn der Bewegung die Identitätssuche in den Mittelpunkt stellte: die deportierten Bauern waren wieder mit ihrer früheren Identität konfrontiert.

Das englische Wort »id« beschreibt den Inhalt dieser Identität treffend:

„the part of the unconscious mind where many of a person's basic needs, feelings and desires are supposed to exist.“ (Oxford 2000).

Diese »feelings and desires« haben die deportierten Bauer ständig in sich getragen. Als ihnen die Möglichkeit geboten wurde, in ihre alten Dörfer zurückzukehren, bildete diese Gemütslage die Grundlage ihrer enthusiastischen Aktion. Aus diesem »id« leiteten die Rückkehrer ihre Erwartungen ab.

Dennoch ist es nötig, diese Identitätswahrnehmung differenziert zu betrachten. Die Deportierten lebten 10 bis 16 Jahre lang in einer völlig neuen räumlichen wie sozialen Umgebung. Ihr Leben in dieser neuen Umgebung unterschied sich grundlegend von ihrem früheren traditionellen Dorfleben. Ihre Subsistenzwirtschaft war größtenteils durch Marktwirtschaft und Lebensmittel-Hilfe, ihre Stammesstruktur wurde durch die Regeln eines repressiven Staates ersetzt. Ihr in die Natur eingebetteter Dorf-Raum wurde durch eine kontrollierte Zwangssiedlung mit modernen Elementen ersetzt.

Aus diesen Veränderungen folgt eine veränderte Identitätswahrnehmung der älteren Menschen, die das frühere Dorfleben bewusst erlebt hatten, anders als die Jüngeren, deren bewusste Wahrnehmung sich erst nach den Deportationen in dem neuen Lebensraum herausgebildet hatte. Sinemillioglu beschreibt in seiner Diplomarbeit diese unterschiedliche Wahrnehmung und unterscheidet fünf Gruppen, (Sinemillioglu 2001: 52ff):

- Gruppe 1: die jüngere Generation, die nach den Deportationen aufgewachsen ist und deshalb keine konkrete Vorstellung davon hat, wie das Leben in den neuen Dörfern organisiert sein wird. Diese Gruppe ist jedoch durch das moderne Leben geprägt und empfindet die Rückkehr als Verlust von Lebensqualität,
- Gruppe 2: die ältere Generation, die ihrem früheren Dorfleben nachhängt und die treibende Kraft der Rückkehrbewegung ist,
- Gruppe 3: die Gruppe der Stammesführung, die die alten Stammesstrukturen wiederbeleben will, worin ihre Macht eingebettet war,
- Gruppe 4: die Gruppe der Gebildeten, die kein Interesse an einer Rückkehr zeigt, weil sie für sich in der neuen Umgebung keine Arbeitsmöglichkeiten sieht,
- Gruppe 5: die Gruppe der Politiker, die nun an der Macht ist und die Rücksiedlung als Triumph feiert.

Die Wünsche dieser Gruppen unterscheiden sich erheblich voneinander. Wichtig ist, dass die Rückkehrer meist den ersten beiden Gruppen angehören. Diese waren, abgesehen von der oben beschriebenen Gemütslage, durch ihre Lebenssituation

gezwungen, zu ihren Dörfern zurückzukehren. Ihre Wünsche resultieren aus dieser Lebenslage. Deshalb können diese Wünsche der ersten und zweiten Gruppe in zwei Kategorien zusammengefasst werden:

- *Die Rückgewinnung der gefährdeten Identität und des verlorengehabten Besitzes.* Diese Wünsche wurden durch die Rückkehr *teilweise* und *bedingt* verwirklicht. Bedingt, weil ihre zukünftige Identität aufgrund der unklaren politischen Rahmenbedingungen ungewiss war. Teilweise, weil die Familien zwar ihren Landbesitz in Anspruch nehmen konnten. Sie konnten aber die sonstigen materiellen Verluste wie Haus, Landwirtschaftsgerät und Haustiere nicht zurückerlangen.
- *Die Gestaltung des neuen Lebensraums.* Die Rückkehrer haben erwartet, alles zu bekommen, was sie benötigen. Diese Erwartung war begründet durch ihre Mittellosigkeit. Jedoch waren die Wünsche weder definiert noch strukturiert. Die Wünsche der Rückkehrer waren eine Mischung aus *Anknüpfen* an das frühere Dorfleben (Gruppe 2) und *Beibehalten* der Standards ihres jetzigen Lebens (Gruppe 1).

In diesen beiden Kategorien waren die Rückkehrer passive Mitläufer. Sie lebten in einer Situation, die darauf basierte, dass sie weder organisiert noch auf die plötzliche Veränderung der politischen Lage vorbereitet waren. Hier würde die Metapher »Freie Gefangene« eine Erklärung liefern. Gefangene sitzen im Gefängnis ihre Strafe ab. Wenn sich plötzlich die Gefängnis-Tore öffnen, sind die Gefangenen zwar »frei«, sie sind aber zuerst einmal schockiert und können mit der plötzlichen Freiheit nicht viel anfangen. Der Mauerfall vom August 1990 in Deutschland liefert in gewisser Hinsicht ein ähnliches Beispiel. Bei diesem Beispiel war die Alternative zu dem eigenen »Unvorbereitetsein« klar definiert: die Strukturen und das Leben in der Bundesrepublik Deutschland. Ein *ähnliches Glück oder ein ähnlicher Zufall* wurde den nordirakischen Kurden nicht zuteil.

Die Möglichkeiten der Rückkehrer

Wie im Kapitel 6 beschrieben wurde, steht den Rückkehrern von den Carney'schen fünf »capital assets« nur das »natural capital« zur Verfügung (vergl. mit Dalal-Clayton u.a. 2003: 16); und dies nur bedingt, da sie dieses erst zum »natural capital« umwandeln müssen. Die Felder müssen noch urbar gemacht werden und noch ist unklar, wie viel Land pro Kopf bzw. pro Familie zur Verfügung steht. Das »social capital« basiert weitgehend auf der Identität, die sie als Dorf- und Stammeszugehörigkeit empfinden. Doch dies ergibt noch keine organisierte Struktur, aus der sie für die zukünftige Entwicklung schöpfen können. Diese Identität ist im Sinne von sozialem Wandel noch nicht tragfähig.

Das »human capital« ist noch nicht weit entwickelt. Hierfür gibt es drei wesentliche Gründe. Erstens sind die Kenntnisse und Fähigkeiten der Gruppe 1 nicht aus dem ländlichen Leben erwachsen. Diese Gruppe muss in diesem Raum ihre Kenntnisse und Fähigkeiten noch entwickeln. Zweitens basieren die Kenntnisse und Fähigkeiten

der Gruppe 2 auf den Subsistenzwirtschaften in den früheren traditionellen Dörfern. Diese Kenntnisse und Fähigkeiten sind bedingt geeignet für die Erfordernisse des neu entstehenden sozio-kulturellen Raumes. Drittens bleibt die Gruppe 4, die Gruppe der Gebildeten, in den Städten. Dadurch fehlen den Rückkehrern moderne Kenntnisse, Fähigkeiten und Anregungen.

Das »physical capital«, die Infrastruktur (Transport-, Kommunikations- und Wohnungswesen, Trinkwasser- und Energieversorgung, Bewässerungsanlagen) und Produktionsmittel (Landwirtschaftsgeräte bzw. Haustiere) fehlen fast vollkommen – nur die Hauptstraße existiert.

Das »financial capital« fehlt ebenso fast völlig, da durch die Fluchtbewegung die Rückkehrer ihr Hab und Gut verloren haben und durch das Zusammenbrechen der Staatsstruktur Geld- und Kreditwesen nicht mehr funktionsfähig war. Die Rückkehrer aus den türkischen und iranischen Lagern waren mittel- und besitzlos.

7.3.3 Rückkehr der »Rückkehrer« und Teilung der Familien

Die Besiedlung der Dörfer begann mit dem Bau von Shelters. Anschließend begannen die neuen Dorfgemeinschaften, die landwirtschaftliche Tätigkeit aufzunehmen. Diese Tätigkeit war am Anfang auf den Feld- und Ackerbau begrenzt, da die neuen Bauern noch keine Tiere hatten. Durch die Lebensmittelverteilung wurde jedoch die Voraussetzung zum profitablen Getreideanbau erheblich erschwert. Die Arbeit der Bauern war auf die Bewässerung ihrer Felder konzentriert, soweit ihnen dies möglich war – denn die früheren unbefestigten Bewässerungsanlagen waren zerstört oder verfallen.

Die Tierhaltung hat sich erst später und sehr langsam entwickelt. Immer noch ist der Bestand an Haus- und Nutztieren sehr gering. Den Bauernfamilien fehlen die finanziellen Möglichkeiten, einen Tierbestand aufzubauen. Auch deshalb konnte ein Brauch aus dem früheren Dorfleben, die extensive Tierhaltung, also Tierherden mit Hirten als Aufpassern, nicht wiederbelebt werden. Und auch die intensive Tierhaltung konnte nicht entwickelt werden, da diese Kapital, Know-how und nicht zuletzt Infrastruktur benötigt.

Für die jüngere Generation gab es keine Fortbildungsmöglichkeiten, weil Schulen fehlten. UNICEF und andere Hilfswerke unterstützten zwar den Aufbau von Grundschulen. Jedoch nahm dies Zeit in Anspruch. Ein zusätzliches Problem bestand darin, Lehrpersonal zu finden. Schulen der Sekundarstufe waren überhaupt nicht vorhanden. Eine umfassende Gesundheitsversorgung war ebenso nicht gewährleistet. Gesundheitszentren konnten nicht flächendeckend gebaut werden, weil die Mittel dafür fehlten und die Kapazität zum Bau von Zentren unzureichend war. Auch hier stand nicht genügend qualifiziertes Personal zur Verfügung. In den entlegenen Dörfern konnte die Versorgung insbesondere der Kinder, der Alten und der werdenden Mütter nicht gewährleistet werden.

All diese Probleme sorgten für Ernüchterung. Der neue ländliche Raum hatte noch erhebliche funktionale Defizite. Die Familien haben darauf eine kreative wie praktische

Antwort gefunden: die Teilung der Familien. Die Rückkehrer versuchten, einen Teil ihrer Familien in die Städte zu schicken. Dies hatte folgende Gründe (siehe auch Kapitel 8):

- *Arbeit und Beschäftigung*: In den neuen Dörfern fehlten finanzielle Verdienstmöglichkeiten. Das konnte in den Städten durch Gelegenheitsjobs und durch Handel kompensiert werden.
- *Schulische Bildung*: Sie konnte in den neuen Dörfern noch nicht gewährleistet werden. In den Städten war schulische Bildung möglich.
- *Gesundheit*: Die Gesundheitsversorgung in den Dörfern war unzureichend. In den Städten war ein Mindestmaß gewährleistet.
- *Wohnen*: Der Shelterbau konnte den Wohnbedarf der Großfamilien nicht decken. Daher war die Teilung der Familien eine natürliche Folge des fehlenden Wohnraumes in den Dörfern.

Auch wenn diese Entwicklung durch die neue kurdische Verwaltung nicht gern gesehen wurde und die Wohn-Situation in den Städten äußerst angespannt war, fanden die Familien doch Möglichkeiten, sich in den Städten anzusiedeln. Hier halfen Familienbindungen. Viele nahmen auch schlechte Wohn- und Lebensbedingungen in den Städten in Kauf. Viele Familien aus den Zwangssiedlungen hatten dort ihre Wohnungen behalten und einen Teil ihrer Familie wohnte immer noch dort.

Damit entstand ein Geflecht von drei Siedlungsräumen:

- Dörfer (nicht zerstörte wie neu entstandene)
- Frühere Zwangssiedlungen
- Städte.

Diese vielfältige *Rückkehr der Rückkehrer* war eine Antwort auf die Erfordernisse des modernen Lebens, die die Rückkehrer nach den Deportationen in Erfahrung gebracht hatten – in den Zwangssiedlungen oder auch im Exil außerhalb des Landes. Dieser Prozess dauert noch an, da vor allem die Arbeits- und Beschäftigungs-Möglichkeiten weiterhin sehr begrenzt sind. Die Lebensmittelverteilungen werden fortgesetzt. Die Vermarktung der bäuerlichen Produkte funktioniert deshalb alles andere als gut.

Und weit wichtiger: Der Wohnungsbestand stammt aus der akuten Krisenperiode von 1991 bis 1996. In dieser Periode entstanden die meisten Shelter, die mit wenig Material, sehr einfach und instabil gebaut worden waren. Viele von diesen Häusern sind bereits verfallen und ihre Besitzer hatten keine andere Möglichkeit, als in die Städte zu ziehen. Der Verfallsprozess des dörflichen Wohnungsbestandes dauert an.

Damit wird die „Rückkehr der Rückkehrer“ in die Städte beschleunigt.

7.4 Schlussfolgerungen

Aus den bisher geführten Erläuterungen geht hervor, dass die nach dem Kuwaitkrieg entstandene Krise die Fortsetzung der vor dem Krieg bereits vorhandenen innerirakischen Krise war. Vor dem Krieg basierte die innerirakische Krise auf einem Nationalitäten-Konflikt. Auch nach dem Krieg währte diese Krise, wenn auch in anderer Form fort: es

entstand eine Krise um einen Systemwechsel, bei dem die internationale Gemeinschaft als zusätzlicher Akteur ins Spiel kam, jedoch ohne ein klares Konzept zu haben.

Dies belegt auch der 2003-Krieg der USA gegen das Saddam-Regime, der dieses Regime beseitigte und damit den Systemwechsel in den Mittelpunkt stellte.

Schließlich beendete die Landesverfassung von 2005 die Phase der Liminalität in den kurdischen Gebieten – zumindest, was den Untersuchungsgegenstand dieser Arbeit betrifft.

Diese fast 16 Jahre lang dauernde Übergangsphase hat den Wiederaufbauprozess bestimmt. In ihm fehlte eine klare Orientierung, mit Dahrendorf gesprochen fehlte ein »Gefäß für die Herrschaft des Rechts«; folglich brachte auch das Wirken von *externen Anleihen* (Parsons) keine klaren Strukturen hervor. Interne Kräfte waren sowieso nicht imstande, eine adäquate Orientierung zu geben, also den Erfordernissen der liminalen Übergangsperiode zu genügen.

Der Wiederaufbauprozess wurde durch sich widersprechende Maßnahmen belastet. In den folgenden Abschnitten wird ein Resümee gezogen.

7.4.1 Zwischenbilanz: 2500 Dorf-Neugründungen und offene Fragen

Seit dem Beginn des Wiederaufbauprozesses sind mindestens 2472 Dörfer wiederaufgebaut worden. Aufgrund der fortbestehenden Probleme der ländlichen Regionen bleibt die Frage, ob der ländliche Raum in der entstandenen Form Bestand haben kann.

Wo gibt es Schwächen? Basierend auf der vorhergegangenen Analyse werden in den folgenden drei Bereichen Antworten auf diese Frage gegeben, die Handlungsmöglichkeiten für eine Neuorientierung liefern können:

- *Funktion der neuen Siedlungen.* Der Wiederaufbauprozess verlief spontan, zerstückelt und ohne eine klare Zielsetzung. Die neu entstandenen Dörfer wie die früheren Zwangssiedlungen haben überwiegend die Funktion von Wohnsilos. Diese sind überwiegend noch immer keine funktions- und überlebensfähigen Siedlungseinheiten, die in die Regionen eingebunden sind.
- *Die Akteure und ihre Handlungen.* Die Handlungen der internationalen Akteure beschränkten sich auf Nothilfemaßnahmen. Die politischen wie wirtschaftlichen Herausforderungen wurden nicht angenommen. Die einheimischen Akteure hatten keine klare Orientierung, da diese im entstandenen Machtvakuum nicht über die erforderlichen Strukturen, das Know-how und die notwendigen Programme verfügten. Weder die internationalen noch die inländischen Kräfte haben den Wiederaufbauprozess in einen Gesamtrahmen eingebunden. Damit sind wichtige Bereiche wie Besitzverhältnisse, Infrastruktur und Verwaltungsausbau ungeklärt.
- *Zustand der Dörfer.* Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen in den neuen Dörfern bleiben weiterhin unklar. Die Landwirtschaft steht vor enormen Herausforderungen, auch weil die Ausgabe von Lebensmitteln weiterhin läuft. Die lokal erzeugten Produkte können nicht mit den importierten

Produkten aus den Nachbarländern konkurrieren. Es gibt keine Programme für Existenzgründungen. Wohnungsnot wird zunehmend zu einer Belastungsprobe für die ländliche Bevölkerung. Die sozialen Dienstleistungen sind unzureichend. Infrastrukturprobleme sind weiterhin nicht gelöst.

Dieser kurze Umriss der Lage verdeutlicht die Komplexität der Schwierigkeiten in den neuen ländlichen Regionen.

Dabei ist die Teilung der Familien ein wichtiger Indikator. In den ländlichen Gebieten ist die Tendenz zu beobachten, dass sich die Familienspaltung verfestigt. Die geteilte Familie ist offensichtlich eine Möglichkeit, das Familienleben im Dorf zu unterstützen und damit gegebenenfalls zu stabilisieren.

Es ist dennoch anzunehmen, dass Neugründungen in einem kleineren Rahmen weiter existieren werden. Dafür sprechen verschiedene Gründe:

- Die Politik der Kurdischen Regionalregierung (KRG) ist weiterhin darauf ausgerichtet, Neugründungen zu unterstützen;
- die Aufnahmekapazität der Städte ist an ihre Grenzen gestoßen und
- die Familienspaltung zwischen Stadt und Land wird fortbestehen, weil die Lebensbedingungen in den Städten das Bleiben von Teilen der Familien in den Dörfern weiterhin erforderlich macht.

Ein weiterer Faktor der Unsicherheit ist der schlechte Zustand der Häuser in den neuen Dörfern: fast der gesamte Häuserbestand muss kurzfristig erneuert werden. Das wahrscheinliche Scheitern dieser Aufgabe wird den Migrationsdruck erhöhen und die Migration beschleunigen.

Bei der Lösung der Aufgaben sind die partizipativen Ansätze sehr schwach entwickelt. Das gängige Verständnis, für alle Aufgaben sei der Staat zuständig, ist weiterhin sehr weit verbreitet. Offensichtlich ist diese Erwartungshaltung in der kurdischen Kultur tief verwurzelt. Die Erwartungen der Landbevölkerung an den Staat sind sehr groß, so dass sie ihre eigenen Kräfte nicht entfalten können und wollen.

7.4.2 Fehlende »Alliierte Architekten« und unerfahrene »Kurdische Bauleiter«

Wie im Eingang des Abschnitts 7.2 hingewiesen wurde, „fordert die Intervention der USA im Irak zum Vergleich mit den vierziger Jahren in Deutschland heraus“ (Gerhardt). Die Rolle der Alliierten-Kräfte beim Wiederaufbau Deutschlands wurde im Kapitel 4 ausführlich diskutiert. Das Resümee dazu findet man in den Worten von Gisela Framke am Beispiel »Wiederaufbau Dortmunds«:

„Wie andernorts fehlte es zunächst an allem: an Material, an Konzepten, an einem neuen Baustil, einer neuen Weltanschauung. (...). Die Empfehlungen der westlichen Alliierten für eine moderne Baukultur waren Teil eines groß angelegten Umerziehungsprogramms in allen Bereichen der Gesellschaft und ihren Lebensformen. (...) Speziell die amerikanische Militärregierung richtete bei der »Information Services Division« eine eigene Abteilung ein, die mehrere

große Wanderausstellungen zu den Themen Planen, Bauen und neue Architektur, Wohnen und modernes Hausgerät durch die westlichen Besatzungszonen auf die Reise schickte.“ (Framke 2002: 9)

Trotz aller Unterschiede zwischen Deutschland und Kurdistan kann hervorgehoben werden, dass die Alliierten-Kräfte in beiden Ländern eine entscheidende Rolle gespielt haben: in beiden Ländern wurde die Befreiung durch diese Kräfte herbeigeführt. Aber hier endet auch schon die Gemeinsamkeit. In Deutschland haben die Alliierten-Kräfte die Nachkriegsentwicklung entscheidend mit gestaltet, (Kapitel 4). Der Wiederaufbau in Westdeutschland wurde am Anfang konzeptionell und institutionell begleitet.

In Kurdistan haben die Alliierten-Kräfte nach dem Krieg die Menschen bei der Gestaltung ihrer Zukunft sich selbst überlassen. Es könnte das Argument entgegen gesetzt werden, dass nach dem 2. Weltkrieg die UNO noch gar nicht existierte¹⁰⁹ – diese wurde erst 1945 gegründet – und folglich mussten die Alliierten die Rolle der UNO übernehmen. Im Jahre 1991 war die UNO eine Organisation, die die einstige Rolle der Alliierten-Kräfte in Deutschland nun für Kurdistan hätte übernehmen können. Dies ist auch in vielen anderen Fällen auf der ganzen Welt geschehen – was an den Beispielen Osttimor und Kosovo im Kapitel 4 dargestellt wurde. Wer also sollte diese begleitende Rolle nach der Krise im Irak für den Wiederaufbau übernehmen – die Alliierten-Kräfte oder die UNO? Es steht fest, dass weder die UNO noch die Alliierten-Kräfte eine vergleichbare Rolle, wie am Anfang in den westlichen Besatzungszonen Nachkriegsdeutschlands oder in Osttimor, in Kurdistan gespielt haben. Wie im Kapitel 6 und in diesem Kapitel beschrieben wurde, hat sich die UNO auf das Management der humanitären Hilfe beschränkt.

Die kurdischen politischen Kräfte standen unerfahren und ohne Konzepte vor der Aufgabe, ihre »shattered society« (HRW) neu aufzubauen. Nicht einmal der politische Status in den kurdischen Gebieten war definiert: „Leider bleibt die Fortexistenz Kurdistans so in hohem Maße von externen Faktoren und Akteuren abhängig. (Epd 2002: 15). Darüber hinaus waren die Grenzen zu den Nachbarländern nicht gesichert, so dass die Aktivitäten der Anrainerstaaten unter dem Vorwand der „Terrorismusbekämpfung“¹¹⁰ viele Gebiete unzugänglich machten. Die kurdischen Kräfte waren zur Sicherung ihrer Grenzen nicht in der Lage. Dies endete damit, dass ein beträchtlicher Teil der Rückkehrer als IDPs weitab von ihren ursprünglichen Dörfern angesiedelt werden musste.

Diese politische undefiniertheit wurde durch wirtschaftliche Sanktionen begleitet. Eine Maßnahme, die dies durch die UNO hätte ausgleichen können, wäre eine Entschädigung der Deportierten gewesen. Dies hätte die Finanzierung des

109 UNO (United Nations Organization, UNO, Vereinte Nationen, VN) wurde 1945 als Nachfolgeorganisation des Völkerbunds von 51 Staaten auf der Konferenz von San Francisco gegründet. Am 24. Oktober 1945 wurde die UNO offiziell ins Leben gerufen. Heute hat die UNO 192 Mitglieder. (<http://www.un.org/en/aboutun/index.shtml>, 23.05.2009)

110 Die Türkei kämpfte gegen die PKK und der Iran gegen die kurdischen Parteien aus dem Iran. Diese Kämpfe fanden entlang der Grenze zum jeweiligen Land statt und hinderten die Rückkehrer, in ihre Dörfer zurückzukehren.

Wiederaufbaus der Dörfer erleichtert, ohne dass gegen das MOU mit dem Irak verstoßen worden wäre. Diese Art von Entschädigungen wurden z. B. für Kuwait gewählt (Siehe Kapitel 4). Das Off-Programm hätte den Rahmen für eine solche Entschädigung liefern können. Doch war das Gegenteil der Fall, wie von Sponeck¹¹¹ über die Lage im Nordirak schreibt:

„Je länger die Wirtschaftssanktionen bestehen bleiben, je größer die negativen Auswirkungen des einseitigen Öl-für-Nahrungsmittel-Programms. Die Sanktionsbestimmungen erlauben keine Bereitstellung von Geldern für Ausbildung. Ebenso können Kosten für Verwaltung und Personal des öffentlichen Dienstes nicht aus dem Budget des Öl-für-Nahrungsmittel-Programms bestritten werden. *Dies ist ein besonders schwerwiegender Nachteil für den kurdischen Norden, da sich die Lokalstrukturen dort noch im grundsätzlichen Aufbau befinden* [ddVh].“ (Hans-Christof von Sponeck in: Epd 2002: 39).

Der „grundsätzliche Aufbau“ dieser »shattered society« hat keine konzeptionelle und institutionelle Unterstützung durch die UNO oder durch die Alliierten-Kräfte erfahren. Unter diesen Bedingungen war der *Wiederaufbau des ländlichen Raumes* im Wesentlichen auf den Bau von Häusern beschränkt. Dessen Ziel war nicht, einen funktionierenden sozialen Raum zu schaffen, sondern für die obdachlosen Flüchtlinge Unterkünfte zu bauen. Den kurdischen politischen Kräften reichte es aus, das Territorium der zerstörten Dörfer zurückzugewinnen. Hier wird deutlich, dass die kurdische Politik sich nach wie vor von früheren, vor den Deportationen geltenden, traditionellen Leitbildern hat leiten lassen. Erst im Laufe der Jahre von 1991 bis 1995 wurde allmählich klar, dass diese Art von Wiederaufbau in den Dörfern nur schlecht funktioniert.

Es ist symptomatisch, dass die UN-Organisationen selbst bei der Beschaffung des Wohnraums keine neuen Konzepte entwickelten, die den Bedingungen von Kurdistan entsprachen. Die UN-Organisationen, wie auch die internationalen Hilfswerke, haben ihre Hilfe *mit Hilfe* der kurdischen Ingenieure gestaltet. Die betroffenen Rückkehrer wurden jedoch *nicht* in die Gestaltung der Hilfsaktivitäten mit einbezogen. Die Antwort der kurdischen Ingenieure für den Bau der Häuser konzentrierte sich auf die Nutzung von Zement. Das führte dazu, dass ein erheblicher Anteil der ohnehin knappen finanziellen Mittel zur Beschaffung von Zement ausgegeben werden musste. Die Zementnutzung bestimmte im Wesentlichen die Gestaltung der Häuser, die den klimatischen Erfordernissen nicht entsprachen. In sehr wenigen Orten, denen die Hilfsorganisationen aufgrund der fehlenden Straßen fernblieben, entstanden von den Rückkehrern gebaute Häuser, die ein anderes Bild liefern.

Dennoch wurden wichtige Synergie-Effekte durch die Aktivitäten von NGO- und UN-Organisationen erzielt. Politisch hat die Präsenz der UNO eine starke Symbolkraft ausgestrahlt, ohne die das Engagement der internationalen Hilfswerke nicht vorstellbar gewesen wäre. Die Präsenz der UNO hat auch die kurdische Politik und die kurdische

111 Hans-Christof von Sponeck war bis 2000 Leiter des » Öl-für-Nahrungsmittel-Programms« der UNO.

Bevölkerung ermutigt, ihre neue Freiheit intensiv zu nutzen. Diese Wahrnehmung durch die Bevölkerung gab ihnen die Zuversicht, einen Neubeginn zu wagen. Durch den Zusammenbruch der staatlichen Strukturen hatten viele Menschen ihre Arbeit verloren. Viele dieser Menschen konnten bei den NGOs eine neue Arbeit zu finden; die Arbeitslosigkeit konnte dadurch reduziert werden.

Die Arbeit der Hilfsorganisationen war ganz im Sinne von Kulturdiffusion, also dem Austausch von Kultur im Allgemeinen, von großer Bedeutung. Insbesondere brachte sie in den Bereichen Arbeits- Organisations- und Managementtechniken und im Bereich der partizipativen Entscheidungsstrukturen viele neue Elemente ins Land. Die Arbeitskultur der NGOs war für die einheimischen Fachkräfte neu und erfrischend. Ein wichtiges Element des kulturellen Austauschs war die Gründung von lokalen NGOs, die als erste Elemente der zivilgesellschaftlichen Institutionen unter dem Einfluss der internationalen NGOs gegründet wurden, auch wenn sie keine programmatische Orientierung hatten, sondern im allgemeinen Trend mit schwammen¹¹².

Auch die einheimische Bevölkerung konnte dadurch erfahren, dass nicht immer alles »von Oben« verordnet wurde, sondern vieles im Austausch mit ihnen entschieden wurde. Es gibt einige Beispiele, die belegen, dass die partizipative Planung erfolgreich praktiziert werden konnte. Um das zu demonstrieren, sollen zwei Beispiele aus der Arbeit von DhK hier kurz skizziert werden¹¹³.

Das erste Beispiel kommt aus dem Dorf Soreywan. Anfang November 1991 fand im Ort Bile ein Treffen mit den Flüchtlingen aus dem Dorf Soreywan statt. Die Beteiligten waren die bereits aus dem iranischen Asyl zurückgekehrten Vertreter des Dorfes und zwei Dortmunder Vertreter von DhK¹¹⁴. Die Vertreter von DhK stellten folgende Frage: »Wie können wir Ihnen helfen?«. Die Rückkehrer gaben die Antwort: »Mit Saatgut!«. Die Dortmunder waren verblüfft, da sie sich kaum vorstellen konnten, mitten im Flüchtlingschaos landwirtschaftliche Arbeit zu finden. Zudem war es kurz vor dem Winter und es schien unmöglich zu sein, Saatgut in die Erde zu bringen. Die Bauernvertreter klärten auf: »Es sei gerade die richtige Zeit zu säen. Denn es habe gerade geregnet, die Erde sei nun gelockert und die ortsübliche Wintersaat werde nach diesem Herbstregen eingebracht«. Aufgrund dieser entscheidenden Information, die nur von den Einheimischen geliefert werden konnte, haben die Vertreter von DhK entschieden, den Wunsch der Bauern zu prüfen. Andere Quellen bestätigten die Sachlage und der Vorschlag der Bauern wurde angenommen und umgesetzt. Die Umsetzung war nicht unproblematisch – jedoch aus anderen Gründen. Saatgut war kaum vorhanden, Traktoren

112 Wiederaufbau war für diese das Ziel, ohne dieses Ziel näher zu beschreiben. Es gilt für die kurdischen NGO's Häuser zu bauen, damit die Dörfer neu entstehen. Da die kurdischen NGOs keine eigenen finanziellen Möglichkeiten hatten, waren sie von den Mitteln der internationalen Hilfswerke abhängig. Von diesen lokalen NGOs sind nach der Etablierung des Off-Programmes wenige übriggeblieben, da eine breite zivilgesellschaftliche Basis nicht vorhanden ist. Dies ist eines der Probleme bei der Etablierung einer partizipativen Entwicklung.

113 Die Beispiele sind aus den unveröffentlichten Tagebüchern des Verfassers entnommen. Die Tagebücher dienten der DhK-Vereinsarbeit für den Wiederaufbau der Dörfer.

114 Diese waren Pfarrer Bernd Neuser und Hasan Sinemillioglu aus Dortmund.

brauchten Ersatzteile und Kraftstoff; Transport von Gütern war durch die fehlenden Fahrzeuge und auch wegen des teuren Kraftstoffes kaum möglich. All diese Probleme konnten durch die einheimischen Kräfte überwunden werden und neben Soreywan wurden weitere 8 neu entstehende Dörfer mit Saatgut versorgt und Wintersaat in diesen 9 Dörfern eingebracht¹¹⁵.

Das zweite Beispiel stammt aus dem Gebiet »Welati Jeri«. Im Frühjahr 1992 weitete DhK seine Arbeit auf das Gebiet Welati Jeri aus. Hier haben die Rückkehrer mit dem Wiederaufbau von 10 Dörfern begonnen, die Arbeit ging jedoch langsam voran. Die Straßenverbindung zum Gebiet endete am Fluss Resin. Es fehlte eine Brücke zum Überqueren des Flusses. Auch konnten nur Tragtiere als Transportmittel eingesetzt werden. Hier wurde von Anfang an das Gebiet als Ganzes betrachtet. Dies war auch der Wunsch der Vertreter aller 10 Dörfer, die ein Dorfkomitee bildeten, das sich regelmäßig mit den Vertretern von DhK traf und gemeinsam über die Wiederaufbauarbeit im Gebiet entschieden hat. Die Entscheidungen wurden einstimmig getroffen. Durch die gemeinsamen Entscheidungen entstanden eine Flussbrücke (1994), eine Landambulanz für das Gebiet (1993) und zwei Wassermühlen (1994 und 1995). Außerdem wurden mehr als 100 Maulesel für den Güter- und Menschentransport gekauft und an die Dörfer verteilt. 30 Jungbullen wurden in die Dörfer gebracht, die nach der Kastrierung als Zugtiere in der Landwirtschaft eingesetzt wurden. Diese Infrastrukturmaßnahmen wurden durch Existenzgründungen ergänzt. Das Gebiet entwickelte sich rasch, die Zahl der Rückkehrer erhöhte sich im Laufe der Jahre 1992 bis 1995 um ein Vielfaches.

1995 wurde gemeinsam mit dem Dorfkomitee die Gründung von fünf Dorfschulen beschlossen. Außerdem wurde mit dem Bau von 150 neuen Häusern zur Linderung der Wohnungsnot begonnen. Auch wurde mit dem Bau einer Straße in diesem Gebiet begonnen, um die Erreichbarkeit zu verbessern und den Einsatz von Landmaschinen und Traktoren zu ermöglichen¹¹⁶.

Diese beiden Beispiele zeigen, wie wichtig die enge Zusammenarbeit mit den Bauern und die Beteiligung der Bevölkerung ist. Bemerkenswert ist, dass bei dieser Zusammenarbeit nur wenige Mittel zur Verfügung standen und die Rückkehrer ihre eigene Arbeitskraft erfolgreich einsetzten. Die Erfahrung von DhK zeigt aber auch, dass allein durch die Arbeit der NGOs der Wiederaufbau nicht zu schaffen ist. Die Arbeit von DhK ist ein Einzelfall, für den *zufällig* Konzepte der Raumplanung bereitgestellt werden konnten. Die Rolle dieser zufälligen Arbeit kann aber nur hilfreich sein, wenn vor Ort Strukturen bildende Instanzen vorhanden sind, die solche Aktivitäten würdigen und sie als Orientierungshilfen wahrnehmen sowie diese in laufende Entscheidungen einfließen lassen.

Diese strukturell notwendige Orientierung hätte durch höhere Instanzen, durch UN und Alliierten-Kräfte in die Wege geleitet werden können.

115 Die Dörfer sind: Rezan, Bile, Soreywan, Hevindka, Raziyan, Hemdila, Aliya, Baz, und Balinda.

116 Das Gebiet wurde durch die Forderungen der PKK an die Bevölkerung stark belastet und nach dem anschließenden Konflikt zerstört. Die Rückkehrer wurden als IDPs in ein anderes Gebiet gebracht, wo sie noch immer ein Exilleben im eigenen Land führen.

7.5 Exkurs: Balinesisches Balinda

Wie komplex sozialer Wandel ist, soll hier anlehnend an das Beispiel der balinesischen Hahnenkämpfe, die Clifford Geertz untersuchte, erörtert werden. Geertz stellt einen engen Zusammenhang zwischen den rituellen Hahnenkämpfen der Balinesen und deren gesellschaftlichen Hierarchie her:

„Was also den balinesischen Hahnenkampf »tief« macht, (...) ist: die Überführung der balinesischen Statushierarchie in den Hahnenkampf. (...) Zunächst wird das Dorf von vier großen patrilinearen, zum Teil endogamen Abstammungsgruppen dominiert, die miteinander in beständigem Wettbewerb stehen und die wichtigsten Parteien des Dorfes bilden. (...) Die konkrete Situation ist also wie überall auf Bali eine ganz besondere, aber das allgemeine Prinzip einer geschichteten Hierarchie von Statusrivalitäten zwischen strikt korporativen, doch unterschiedlich konstituierten Gruppen (und somit zwischen deren einzelnen Mitgliedern) ist deutlich erkennbar.“ (Geertz 1987: 235 ff).

Was hier beschrieben wird, ähnelt sehr – sicher zufällig – dem Spiel um die „Bewässerungsanlage“ im Dorf Balinda in der Provinz Erbil. Auch im kurdischen Dorf Balinda stehen vier Familien im Mittelpunkt, im Folgenden »die vier Ursprünglichen« genannt, die miteinander rivalisieren und auch die »wichtigsten Parteien« des Dorfes bilden. Auch in Balinda verbünden sich diese vier Familien – die eingegangenen Allianzen folgen jedoch einem sehr pragmatischen Muster, d.h. je nach Situation ändern sich die Fronten. Die Mehrheit der Bewohner von Balinda ist vor der Deportation von 1975 aus anderen Dörfern nach Balinda gekommen – und werden im Folgenden »Familien fremden Ursprungs« genannt. Sie besitzen kein Land. Zwischen einer Familie der vier Ursprünglichen und den anderen drei Familien besteht eine Blutfehde, weswegen diese Familie das Dorf lange Zeit vor den Deportationen hatte verlassen müssen. Als Balinda ab 1991 wieder besiedelt wurde, war die mit den anderen in Fehde liegende Familie, die später das Amt des Dorfältesten übernehmen sollte, noch nicht aus dem iranischen Exil zurückgekehrt.

DhK organisierte ab Oktober 1991 in diesem Dorf Hilfe zum Wiederaufbau. Schnell wurde klar, dass die Ermunterung zur landwirtschaftlichen Aktivität notwendig war, um die Selbstversorgung zu sichern. Es wurden umfassende Gespräche mit allen Familien geführt und man einigte sich auf zwei Sofortmaßnahmen: Getreideanbau und die Verteilung von Schafen. Schafe sollten überwiegend die Witwenfamilien erhalten, während der Getreideanbau durch alle Familien betrieben werden sollte. Die Viehzucht und der Ackerbau sind im Übrigen die Hauptbeschäftigungsfelder in den traditionellen kurdischen Dörfern, weshalb diese beiden Maßnahmen gewählt wurden.

Im März 1992 trugen die Dorfältesten die Idee vor, die Felder zu bewässern und damit die landwirtschaftliche Tätigkeit zu intensivieren. Nach umfassenden Beratungen mit der Dorfgemeinschaft, einigen NROs und den Lokalbehörden wurde die Entscheidung

getroffen, im Dorf eine Bewässerungsanlage zu errichten. Die Entscheidung wurde umgehend umgesetzt und am 21. Juni 2002 konnte die Anlage in Betrieb genommen werden. Die Möglichkeit zur Bewässerung der Felder wurde mit Begeisterung wahrgenommen, weil sie große Möglichkeiten des Anbaus und der Produktion von Obst und Gemüse bot. Bis dahin war dieser Anbau nur in äußerst geringem Umfang unterhalb der Dorfquelle durch die vier Ursprünglichen betrieben worden.

Durch die Bewässerungsanlage musste eine wichtige und letztendlich entscheidende Frage entschieden werden: sollten die »Familien fremden Ursprungs« ihre Felder auch bewässern dürfen oder nicht? DhK blieb die Tragweite dieser Frage lange verborgen. Nach Recherchen im Dorf stellte sich heraus, dass gemäß einer Stammestraktion ein Stück Land in den Besitz derjenigen Familie übergeht, die es etwa zehn Jahre landwirtschaftlich genutzt und in dieser Zeit Bäume angepflanzt hat. Vor dem Hintergrund der Sorge, die »Familien fremden Ursprungs« könnten aufgrund dieser Tradition Besitzansprüche auf große Landflächen erheben, wurde infrage gestellt, ob sie überhaupt das Recht hätten, die Felder zu bewässern und somit landwirtschaftlich zu nutzen.

Die Situation konnte entschärft werden, nachdem der Vorschlag präsentiert worden war, die »Familien fremden Ursprungs« könnten ihre Landwirtschaft und den Obstanbau auf den Feldern eines religiösen Ordens bestellen. Denn dies barg nicht die Gefahr, dass sie dort Eigentumsrechte erwerben konnten, weil natürlich niemand es wagen würde, das Eigentum des Ordens für sich zu beanspruchen.

Die bereits im Dorf ansässigen drei Familien der »Vier Ursprünglichen« und die »Familien fremden Ursprungs« waren sich über diesen Vorschlag einig. Dieser Kompromiss hielt, bis die vierte Familie der »vier Ursprünglichen«, die mit den anderen in Blutfehde lag, schließlich aus dem iranischen Exil in ihr Dorf zurückkehrte und ihr ältestes Familienmitglied das Amt des Dorfältesten übernahm. Da die Blutfehde noch nicht endgültig aufgearbeitet war, wurde die Rückkehr dieser Familie wegen der Rehabilitierung durch die Stammesleitung in Barzan unterstützt und die Übernahme des Amtes des Dorfältesten durch sie bewilligt. Die Stammesleitung im Rücken begann die neue Rückkehrerfamilie den Landbesitz in Frage zu stellen. Die vier Ursprünglichen stritten also um den Landbesitz, wenn auch nicht öffentlich. Da es in dem Dorf nur noch wenige „weise“ alte Männer gab, konnte keine der Parteien mit letzter Autorität entscheiden, welche Felder welchen Familien gehören.

Erschwerend kam hinzu, dass die »Familien fremden Ursprungs« nicht mit Gewissheit beweisen konnten, welche Felder sie früher bestellt hatten und welche Felder sie dementsprechend nun wieder bestellen durften. Dennoch bestellten sie weiterhin die Felder mit Einwilligung der drei Familien der vier Ursprünglichen, was nun aber durch die neue Familie in Frage gestellt wurde. Obwohl alle Dorfbewohner samt der drei Familien der vier Ursprünglichen die Errichtung der Bewässerungsanlage sehr gewünscht hatten und auch den Kompromiss eingegangen waren, dass die »Familien fremden Ursprungs« die Felder bewirtschaften und bewässern durften, waren sie jetzt auffallend zurückhaltend und ließen den neuen Bürgermeister ohne Gegenwehr gegen

die »Familien fremden Ursprungs« vorgehen. Diese Wendung in der Allianz führte dazu, dass die Bewässerungsanlage am Ende abgebaut wurde, weil ja die »Familien fremden Ursprungs« doch keine Felder bewässern durften und deshalb die Bewässerungsanlage überflüssig geworden war.

An diesem Beispiel wird deutlich, wie alte Traditionen und zwischen-familiäre Konflikte in diesen Dörfern wirken und wie Nutzung und Entfaltung der lokalen Potentiale dadurch erschwert werden. Das Beispiel zeigt auch deutlich die Undefiniertheit in der liminalen Phase. Das Bodenrecht des Saddam-Regimes war weggebrochen und ein neues Recht gab es noch nicht. Genau in dieser Nische der Undefiniertheit, des Machtvakuum, entfaltet Tradition ihren entwicklungshemmenden Einfluss. So scheiterte das aus Sicht der Wiederaufbauhelfer so sinnvolle und zukunftsweisende Teil-Projekt „Bewässerungsanlage für Balinda“ an Konflikten, die aus der Vergangenheit noch fortwirkten sowie an der Rückbesinnung auf die alten Traditionen in einer Liminalitätsphase. Auch auf der gesamtgesellschaftlichen Ebene Irak-Kurdistan existiert dieser Widerspruch, dass die Tradition, die mit den Deportationen scheinbar zerschlagen wurde, nach der Rückkehr der Bevölkerung wieder unangefochtene Gültigkeit erlangt hat. Dabei hat die kurdische Politik den Einfluss und das tatsächliche Wirken dieser Tradition unbeachtet gelassen und unbeirrt versucht, moderne Verwaltungsstrukturen aufzubauen.

8 Die Entwicklung in der Region Berwari Bala

Berwari Bala ist die Bezeichnung eines Teils des Stammes Berwari¹¹⁷. In diesem Kapitel wird das Gebiet zwischen Begova und Kani Mase thematisiert, das Berwari Bala, das Obere Berwari, umfasst, Karte 8 . Die Dorfgemeinschaften des Gebietes waren vor der Zerstörung mehrheitlich kurdische Siedlungen mit traditionellen Subsistenzwirtschaften und Stammesstrukturen. Eine beachtliche Minderheit assyrischer Herkunft lebte sowohl in eigenen, als auch in mit den Kurden gemischten Dörfern, (siehe Tabelle 6, nächste Seite). Das Gebiet bekam die ersten Straßen und die ersten Schulen in den 1960er Jahren und die erste Landambulanz in den 1980er Jahren. Durch diese infrastrukturellen Maßnahmen wurde die Modernisierung des Gebietes eingeleitet. Wie weit sich die bestehenden Subsistenzwirtschaften durch diese Maßnahmen dem Markt öffneten und die damit verbundenen Veränderungen vorstättengingen, kann heute nicht mehr im Einzelnen beurteilt werden. Dafür gibt es schlicht keine Datenbasis. Auch genaue Angaben über Bevölkerung und Bevölkerungsstruktur zum Beginn der Deportationen aus dem Gebiet fehlen. Der Grund ist, „daß die Regierung seit 1978 keine vollständigen statistischen Zeitreihen mehr veröffentlicht hat.“ (Sluglett 1991: 327). Es steht jedoch fest, dass die zu der Zeit vorhandenen sowohl wirtschaftlichen wie auch sozialen Dorfstrukturen durch die Deportationen aufgehoben und die Dörfer von der Landkarte gestrichen wurden.

8.1 Eine kurze Geschichte des Gebietes

Die Dörfer des Gebiets Berwari Bala wurden zwischen 1978 und 1988 zerstört und die Bevölkerung in die Zwangssiedlungen deportiert. Nach der Errichtung der Schutzzone im Nordirak durch die UNO wurde auch für die früheren Bewohner von Berwari Bala der Weg frei, in ihre Dörfer zurückzukehren.

Die kurze Geschichte der Zerstörung: das Dorf Bêtkar

Nach Informationen von Abdulla Selim Saleh aus dem Dorf Bêtkar lebten in seinem Dorf 100 bis 130 Familien, als das Dorf 1978 zerstört wurde, das nordöstlich von Kani Mase an der Grenze zur Türkei liegt. Viele dieser Familien zählten 10 Personen und mehr. Die Familie von Abdulla Selim Saleh bestand aus 15 Personen, als sie nach Begova deportiert wurde. In Begova wurden der Familie 3 kleine Häuser zur Verfügung gestellt. Der Vater und seine zwei Söhne wurden als „Reis-Aile“ behandelt, d.h. als Familienoberhäupter. Heute umfasst diese Großfamilie 60 Personen. Davon leben zwei Familien mit ca. 11 Personen in Dohuk, die restlichen weiterhin in Begova. Viele Familien aus diesem Dorf leben heute - wie auch die Familie von Abdulla Selim Saleh - in verschiedenen Ortschaften, manche sogar in Europa.

¹¹⁷ Der Berwari-Stamm besteht aus zwei Teilen: Berwari Bala (Oberes Berwari) und Berwari Jeri (Unteres Berwari). Das Untere Berwari liegt 35 km östlich von Dohuk und gehört zum Kreis Çemankê, Distrikt Amadiya.



Foto 8: Zwangssiedlung Begova, BB, 2009

Quelle: Sinemillioglu, 2009

Begova war ein kleines Dorf des westlichen Nachbarstammes Gulî. Das Dorf wurde zur Zwangssiedlung für den Berwari Bala Stamm umfunktioniert, während die ursprünglichen Dorfbewohner weiterhin im Dorf blieben (Karte 8 auf Seite 22). Die Bewohner der Dörfer Bêtkar, Spindar, Berborî, Avsarkê, Terwanis, Serzêrî und Helwe sind als erste Deportierte nach Begova gebracht worden. Begova war darauf vorbereitet worden, d.h. es wurden kleine Häuser für die Deportierten erbaut und an die deportierten Familien verteilt. Die Geschichte der Zerstörung der anderen Dörfer nördlich der Straßenverbindung von der Grenzstadt Zacho zur Kreisstadt Kani Mase ist ähnlich verlaufen. Diese im Folgenden „Hauptstraße“ genannte Straßenverbindung hatte das Saddam-Regime für militärische Zwecke bauen lassen.

Die Dörfer südlich der Hauptstraße waren 1988 während der „Anfal-Kampagne“ zerstört worden. Wie der nachfolgenden Tabelle zu entnehmen ist, existierten alle Siedlungen dieser Region nach 1988 nicht mehr.

DÖRFER	ZERSTÖRT	WIEDERAUFGEBAUT
Gesamt	69	46
Assyrische Dörfer	13	12
Gemischte Dörfer	11	8
Kurdische Dörfer	45	26

Tabelle 6: Zerstörte und wiederaufgebaute Dörfer im Gebiet Berwari Bala.

Quelle: Eigene Darstellung, Stand 5.12.2009 Die Tabelle basiert auf Informationen im Dokument 1 im Anhang

Die deportierten Familien bekamen eine Entschädigung in Höhe von ca. 3000 bis 4000 Dinare pro Großfamilie (damals ca. 1000 USD), wie die Bewohner der damaligen Dörfer berichten. Im Gegenzug wurde ihr Landbesitz in ihrem Ursprungsdorf konfisziert und gehörte danach dem Staat. Die Häuser in den Dörfern wurden zerstört und verbrannt. Die deportierten Familien durften ihre Haustiere mitnehmen, mussten sie jedoch meist unter Wert verkaufen, weil in Begova kein Weideland für die Tierhaltung der deportierten Familien zur Verfügung stand, da das Land ja nicht ihnen gehörte. Es war ihnen nicht erlaubt, die Brücke zu Habur, Richtung Osten nach Berwari Bala, zu passieren. Die Deportierten wurden als Billigarbeitskräfte in verschiedenen Bereichen meist als Tagelöhner eingesetzt. Nur wenige wurden als Hilfs- und Putzpersonal dauerhaft in den Ämtern angestellt.

Viele Deportierte aus Berwari Bala wurden auch in den Zwangssiedlungen Batufa, Bêrsivê, Derkar, Hîzava und Tilkeber (alle im Distrikt Zacho), Kwanê und Qadis im Distrikt Amadiya angesiedelt. Die Kommunikation unter den verschiedenen Zwangssiedlungen, in denen die Deportierten aus Berwari Bala lebten, wurde zwar erlaubt, aber durch viele Kontrollen stark eingeschränkt. Während der o.g. „Anfal-Kampagne“ 1988 sind viele Menschen aus diesen Zwangssiedlungen in die Türkei geflohen und blieben dort in Flüchtlingscamps von Diyarbakir, Mardin und Mus, bis sie schließlich 1992/1993 zurückgeführt wurden. Während dieses Aufenthaltes in der Türkei sind viele Flüchtlinge von den dortigen Camps in die USA oder nach Europa emigriert. Die meisten jedoch sind auch wieder zurückgekehrt.

Ein kurzer Umriss zu dem früheren Dorfleben

Aus Gesprächen mit den Bewohnern der Dörfer geht hervor, dass das frühere Dorfleben auf Subsistenzerhalt basierte (siehe Dokument 1 im Anhang). Wasserquellen hätten den Anbau von Reis, Sesam und Gemüse sowie allen ortsüblichen Sorten von Obst ermöglicht. Felder wurden mit Ochsen gepflügt. Maultiere dienten als Transportmittel. Jede Familie habe auch mehrere Kleintiere und bis zu drei Kühe gehalten. Imkerei sei sehr verbreitet gewesen. Grenzhandel mit der Türkei sei möglich, aber illegal und deshalb gefährlich gewesen. Amadiya war ein Handelszentrum für die Bauern. Sie hätten Tiere, Tierprodukte, Nüsse, getrocknetes Obst, Sesam und Getreide verkauft. Vom Dorf Bêtkar nach Amadiya und zurück brauchten die Bauern zwei Tage. Ein Paar Schafe [die ortsübliche Verkaufseinheit von zwei Schafen] konnten damals für einen halben Dinar verkauft werden, womit man „reichlich einkaufen konnte“ [O-Ton].

Diese Beschreibung der Lebensbedingungen zeigt, dass das Gebiet weitgehend in der Tradition lebte, und dass moderne Lebensbedingungen im Alltagsleben noch keinen großen Einfluss hatten. Das Gebiet hatte noch keine befahrbaren Straßen, keine Schulen und keine Gesundheitszentren, selbst Bêtkar nicht. Dies ist auch ein wichtiger Faktor, der später die Rücksiedlung erheblich erschwerte, weil viele frühere Dörfer nicht mit modernen Transportmitteln erreichbar waren und damit die nötigen Materialtransporte nicht durchgeführt werden konnten (siehe auch Abschnitt 8.3.3)

8.2 Begründung zur Auswahl der Region

Mit den oben aufgezählten Eigenschaften repräsentiert das Gebiet Berwari Bala die typische Entwicklung im ländlichen Raum in Kurdistan/Irak seit 1975, dem Zusammenbruch des von M. M. Barzani geleiteten Kampfes gegen die Zentralmacht in Bagdad. Ein weiterer Grund zur Auswahl dieser Region ist das Engagement des Vereines DhK seit dem Jahr 2000 in diesem Gebiet. Der Verfasser verfügt über einen umfassenden Informations-Zugang, unter anderem auch durch mehrere ausgedehnte Reisen durch Kurdistan/Irak.

Ein weiterer Grund für diese Auswahl ist die Tatsache, dass Berwari Bala keinen Sonderstatus in der kurdischen Politik hat. Ein Beispiel dafür ist die Situation des Gebietes Barzan. Da die Führungselite der KDP aus diesem Gebiet stammt, genießt das Gebiet Barzan einen Sonderstatus. Ähnliches gilt für Berwari Bala nicht. Es gab zwar aus Berwari Bala eine Ministerin der Kurdischen Regionalregierung (KRG). Doch ihre Möglichkeiten waren sehr begrenzt, weil die Entscheidungsmacht in erster Linie bei der politischen Partei liegt und die einzelnen Ministerien nur die Amtsgeschäfte führen.

Einschränkende Bemerkungen

Da in den Kapiteln 6 und 7 die wesentlichen Merkmale der Rückkehrer bzw. des Rückkehrprozesses beschrieben wurden, wird in diesem Kapitel nicht mehr darauf eingegangen, es sei denn, es ist für die Verständlichkeit erforderlich. Für die Informationen in diesem Kapitel gibt es im Wesentlichen folgende Quellen: Interviews mit den Bewohnern aus dem Gebiet (Dokument 1 im Anhang), die Gespräche mit den verschiedenen Beamten von Amadiya und Kani Mase, u.a. mit den Distrikt- und Kreisverwaltern sowie Erfahrungen während verschiedener Aufenthalte des Verfassers in diesem Gebiet.



Foto 9: Qumri, BB, 2009

Quelle: Sinemillioglu, 2009

8.3 Wiederaufbau der Dörfer

Wie in anderen Regionen kamen die Flüchtlinge aus Berwari Bala, die vor 1991 das Land verlassen mussten, in ihre früheren Dörfer zurück. Da sie meist in der Türkei in Exillagern gelebt hatten, musste ihre Rückkehr durch den UNHCR organisiert werden. Diese Rückkehrer wurden 1992 zu ihren Dörfern gebracht, weil sie nirgendwo anders Bleibemöglichkeiten hatten. Auch in Berwari Bala wurde diese Aktion ohne vorbereitende Maßnahmen durchgeführt.

Dennoch konnten nicht alle in die früheren Dörfer gebracht werden. Ein Teil der Rückkehrer wurde in die Städte Zacho und Dohuk sowie in Zwangssiedlungen gebracht, wobei zwei Faktoren eine Rolle spielten:

- a. Die ursprünglichen Dörfer hatten keine Straßen-Anbindung. Damit war es nicht möglich, die Rückkehrer dorthin zu transportieren.
- b. Grenznahe Dörfer, z.B. Bêtkar, konnten nicht wiederaufgebaut werden, weil vielseitige Konflikte zwischen PKK, den lokalen politischen Parteien und der Türkei die Wiederansiedlung verhindert hat

Tabelle 6 zeigt, dass seit 1992 insgesamt nur 46 von 69 Dörfern wieder aufgebaut wurden. Heute leben nach Schätzung des Verfassers etwa 10 000 Menschen in diesen 46 wiederaufgebauten Dörfern. Es gibt keine veröffentlichten statistischen Angaben über Bevölkerung und Bevölkerungsstruktur. Viele Familien leben im Sommer in ihren Dörfern und im Winter in den Städten, fast wie die früheren Halbnomaden, die im Sommer auf die Alm zogen und im Winter in ihre festen Quartiere und betreiben Gemüse- und Obstanbau zur Selbstversorgung in den Dörfern. Die dreimonatigen Schulferien begünstigen diese Tendenz. Wie im Abschnitt 8.5.2 näher beschrieben wird, wohnen Teile der Familien in den Städten, auch wegen der schulischen Ausbildung ihrer Kinder.

8.3.1 Ausgangsbedingungen, Akteure und finanzielle Ressourcen

Die im Kapitel 6 beschriebenen allgemeinen Ausgangsbedingungen gelten auch für Berwari Bala. Es existierte nur die Hauptstraße. Die Felder waren verwildert, die Wasserquellen zerstört und die früheren Bewässerungsanlagen verfallen. Der Wiederaufbau ist, wie in allen anderen Regionen mit Dorfzerstörungen, auch hier ein vollkommen neuer Beginn, die Neuerschließung eines unbewohnten Gebietes.

In diesem Gebiet gab es auch keine Verwaltungsstrukturen, auch nicht einmal in den Zwangssiedlungen, weil sich der irakische Staat hatte zurückziehen müssen (state failure). Lediglich einige Peschmerga-Einheiten der KDP waren im Gebiet präsent. Ein in Batufa¹¹⁸ ansässiges Komitee dieser Partei übernahm alle Funktionen der Verwaltung. Die war jedoch auf das Allernotwendigste und auf die innere Sicherheit beschränkt. Dieses KDP-Komitee war der wichtigste Repräsentant der neuen kurdischen Lokalverwaltung und damit der Ansprechpartner für alle Organisationen, die im Gebiet Hilfe leisteten.

Die Alliierten-Kräfte, die UN-Organisationen und die internationalen NGOs waren

118 Batufa ist das Zentrum des gleichnamigen Kreises und gehört zum Distrikt Zacho, (Karte 6 auf Seite 19)

die internationalen Akteure, die das Geschehen begleiteten und organisierten. Die Alliierten-Kräfte haben das Geschehen beobachtend begleitet und im Wesentlichen den Schutz vor dem Saddam-Regime gewährleistet, woraus die Flüchtlinge die Zuversicht auf eine sichere Rückkehr schöpften. Es gab auch einige wenige lokale NGOs, die bei der Wiederansiedlung mitgewirkt haben. Alle diese Organisationen operierten von Dohuk oder vom Distrikt-Zentrum Zacho aus. Keine der Hilfsorganisationen unterhielt Vertretungen in Berwari Bala.

Der Rücktransport aus den Flüchtlingslagern in der Türkei wurde durch den UNHCR organisiert, wobei die internationalen Hilfswerke in Berwari Bala vor Ort eine wichtige Rolle übernommen haben. Da die politischen organisatorischen Strukturen der kurdischen Seite noch kaum entwickelt waren, konnten sie keine nennenswerte Rolle spielen. Die Rückkehr des vertriebenen Bauernvolkes entsprach aber den ausdrücklichen Wünschen der kurdischen Politik. Deshalb entstand zwischen den Helfenden und der Zielgruppe eine starke Verbindung ohne Mittler, die auf gegenseitigem Vertrauen basierte und damit eine funktionierende Kommunikation zwischen beiden Seiten bewirkte - eine gute Voraussetzung für die Abwicklung dieses Prozesses.

Diese Kommunikation wurde auf der Seite der Dorfgemeinschaften durch deren Sprecher wahrgenommen. Offensichtlich wurden zu Beginn der Rückführung die früheren Strukturen der Dorfgemeinschaften wieder zum Leben erweckt, obwohl die früheren Dorfgemeinschaften weder im Exil noch in den Zwangssiedlungen die früheren Gemeindestrukturen hatten aufrechterhalten können. Offensichtlich überlebte die Zusammengehörigkeit früherer Dorfgemeinschaften die Deportationen und diese überkommene Dorfältestenfunktion wurde nahtlos in den neuen Dorfgemeinschaften übernommen und in ihnen fortgesetzt¹¹⁹. Dies ist ein wichtiger Indikator dafür, wie die frühere Tradition fortlebte und die frühen Dorfgemeinschaften noch immer zusammenhielten. Diese Kontinuität der traditionellen Dorfgemeinschaften bildete die Grundlage der relativ reibungslosen Kommunikation der UN-Organisationen und der internationalen NGOs mit den entstehenden Dörfern.

Diese Kommunikation ersetzte teilweise die Rolle der vor Ort fehlenden Verwaltungen. Sie war dennoch ein einseitiges Geschehen. Die Informationen und Wünsche wurden durch mobile Teams der Hilfsorganisationen bei den Rückkehrern gesammelt, die dann die dadurch vorbestimmten Hilfsgüter erhielten. Eine partizipative Entscheidungsfindung kam nicht zustande. In diesem Sinne waren die Rückkehrer passiv, während die UN-Organisationen und die anderen Hilfswerke die aktive Seite darstellten. Die zu treffenden Entscheidungen betrafen nicht die grundsätzlichen Fragen wie Standortfindung, Entwicklung von Siedlungsplänen, Fragen des Landbesitzes, Grundsätze der regionalen Entwicklung oder ähnliches. Diese Fragen wurden nie gestellt – vielmehr wurde von einem existierenden System ausgegangen, wie Beobachtungen belegen. Das existierende System ergab sich aus einer räumlichen Kontinuität. Die

119 Diese Schlussfolgerung wurde durch die Bewohner dem Verfasser gegenüber bestätigt. Siehe auch das Interview am 5.12.2009 in Qumri, Dokument 1 im Anhang.

Rückkehrer-Familien haben sich in der Regel auf dem Gemeinschaftsland des früheren Dorfes niederlassen wollen.

Finanzielle Ressourcen

Die Rückkehrer verfügten über keine finanziellen Mittel. Nur die UN-Organisationen und die internationalen NGOs verfügten über finanzielle Ressourcen. Die internationalen NGOs hatten die Hauptlast zu tragen. Diese Mittel waren jedoch grundsätzlich nur für Nothilfe vorgesehen. Die Rückkehrer bekamen in der Regel lediglich Sachmittel wie Lebensmittel- und Baustoffrationen, in seltenen Fällen auch einen kleinen Geldbetrag. Auch in Berwari Bala war das wichtigste Ziel, die Not der Menschen zu lindern und Unterkünfte zu errichten. Im Vordergrund stand die Linderung der humanitären Not, nicht aber die Aufbauarbeit.

Auch wenn Informationen fehlen, wie viel Geld zur Verfügung stand und wie effektiv diese Mittel eingesetzt wurden, waren der Umfang und die Komplexität der Wiederaufbauarbeit enorm. Erst durch das Off-Programm hat sich die Lage entspannt. Das wurde aber erst ab Ende 1996 sichtbar. Durch dieses Programm konnten die Lebensmittelhilfe und im begrenzten Umfang auch der Bau von Schulen, Gesundheitszentren und von Straßen finanziert werden. Es gab kaum Hilfen zum Bau von besseren Unterkünften und Häusern oder sogar für Existenzgründungen.

8.3.2 Planung und Vorgaben für Siedlungsgründungen

In Berwari Bala gab es keine Planungen für Siedlungs-Neugründungen. Gar eine organisierte staatliche oder institutionelle Tätigkeit, die die Neugründungen der Dörfer leitete, gab es nicht. Der Plan bestand lediglich darin, das Vorhaben der deportierten Bauern, sich nämlich in ihren früheren Dörfern eine Existenz aufzubauen, geschehen zu lassen. Dieser Plan existierte unausgesprochen in den Vorstellungen der Rückkehrer. Die Rückkehrer haben in dieser Hinsicht selbst entschieden, was zu tun ist, in der Hoffnung, ihre Wünsche würden verwirklicht. (siehe auch Abschnitt 8.5).

Aus dem, was in Berwari Bala geschah, wird ersichtlich, dass die UN-Organisationen und die Alliierten-Kräfte weder für die Neugründungen, d.h. zum Wiederaufbau der ländlichen Regionen, noch für den Verwaltungsaufbau im Gebiet bestimmte Vorstellungen gehabt haben. Die Verwaltungen sind erst viel später nach der Wiederansiedlung der Dörfer entstanden. Die Kreisverwaltung in Kani Mase, die für Berwari Bala zuständig ist, entstand erst 1995 mit der Ernennung eines Kreisverwalters. Auch die Grundschulen und Gesundheitszentren konnten erst später errichtet werden.

Die (Planungs-)Vorgaben wurden für bestimmte Bereiche der sozialen Dienstleistungen, insbesondere für Wasser- und Gesundheitsversorgung und für Grundschulbildung, aus den Bestimmungen von UN-Organisationen übernommen, die durch die MOUs mit der irakischen Regierung vereinbart waren. Aber Neugründungen waren in diesen MOUs nicht vorgesehen. Möglicherweise sollten hier nur die Millennium-Entwicklungsziele (MDGs) erfüllt werden. So wurden in den neuen Dörfern zwar nach und

nach Wasseraufbereitungssysteme installiert und schrittweise Gesundheitszentren und Schulen gebaut. Doch trotz vieler Anstrengungen mussten die Dorfgemeinschaften darauf meist lange warten.

Ein grundlegendes Problem lag darin, dass die neu entstehenden Ortschaften recht klein waren; ihre Größe lag zwischen 20 Familien (Dorf Seferiya) und 80 Familien (Dorf Qumri). Dies entspricht etwa 122 bzw. 488 Einwohnern (die durchschnittliche Familiengröße betrug nach Ermittlungen von DhK 5,6 Personen). Damit mussten auch in vielen kleinen Siedlungseinheiten Schulen und Wasserversorgung gebaut werden, was einen großen Aufwand für die Helfer bedeutete und oft gar nicht möglich war.

8.3.3 Dorfgründungen

Der Hauptstraße entlang wurden die Rückkehrer-Familien möglichst nah bei ihren jeweiligen früheren Dörfern in den neuen Ortschaften verteilt. Die früher vorhandenen Straßen waren unbefestigte Wege, die nur schwer zu befahren waren. Ein sehr großes Risiko waren zudem die vielen Minen, die das Saddam-Regime entlang der Grenze zur Türkei verlegt hatte. Außerdem gab es Aktivitäten der PKK in diesem Gebiet, so dass das türkische Militär ständig Luft-Angriffe flog. Deshalb haben UN-Organisationen es immer strikt abgelehnt, unbefestigte Straßen zu benutzen. Darauf zu verzichten wurde auch von den NGOs verlangt. Deshalb wurden Versorgungsgüter nur entlang der Hauptstraße geliefert und verteilt.

Viele Rückkehrer konnten deshalb ihre früheren Dörfer nicht wieder besiedeln. Das führte zu zwei Konsequenzen:

1. An den Dörfern entlang der Hauptstraße gab es für die Rückkehrer keine Besitzprobleme; sie ließen sich auf dem Besitz ihres früheren Dorfes nieder, wie z.B. in Qumri. Das Dorf Qumri wurde als erstes Dorf wiederbesiedelt; es liegt ca. 7 km östlich der Zwangssiedlung Begova. Das ursprüngliche Dorf lag ca. 2 km nördlich des jetzigen Dorfes. Da es keine Straße dorthin gab, haben sich die Rückkehrer für den neuen Standort entschieden. Weil nicht alle Familien zeitgleich ankamen, gab es eine auf Zufall basierende Parzellierung. Es gab keinen Bebauungsplan, der die Dorfstruktur und damit auch die Parzellierung vorgegeben hätte. Dieser ungeplante Dorf-Aufbau hat später für die Weiterentwicklung der Dorfstruktur zusätzliche Probleme geschaffen. Die Dorfstraßen waren teilweise sehr eng und verursachten Versorgungsschwierigkeiten. Baumaterial etwa für Neubauten konnte nicht geliefert werden. Darum entstanden entlang der Hauptstraße Siedlungen mit linienförmigen Strukturen.
2. Die Dörfer abseits der Hauptstraße, deren Gebäude und Felder in großem Abstand von der Hauptstraße standen, hatten keine befahrbaren Zufahrtsstraßen. Für die Bewohner gab es keine Möglichkeit, neue Standorte zu bestimmen. Sie wären nicht in der Lage gewesen, bäuerliche Tätigkeiten aufzunehmen, wenn sie nicht in der Nähe ihrer Felder sein konnten. Außerdem konnten sie sich nicht auf dem Gebiet anderer Dörfer niederlassen, wenn in diesen Dörfern die alten

Dorfstrukturen übernommen worden waren. Aber bei dieser Gruppe, mit alten Dorfstrukturen, gab es ein anderes Problem. Durch das Bevölkerungswachstum gab es mehr Familien, die nun bei der Neuansiedlung zusätzlich Platz brauchten. Wenn auch nicht alle Familien zurückkamen, konnten die Rückkehrer dennoch nicht einfach den Besitz der noch nicht zurückgekehrten Familien übernehmen. Diese hätten ja zu einem späteren Zeitpunkt noch zurückkehren können. Hier spielt gleichzeitig die Unantastbarkeit des Landbesitzes eine Rolle, wie im Abschnitt 8.4 näher erläutert wird.

Wie schon oben ausgeführt, war in den Dörfern entlang der Haupttrasse der Transport von Versorgungsgütern kein Problem. Bei den abgelegenen Dörfern war die Versorgung weit schwieriger. Wegen der fehlenden befestigten Verbindungsstraßen mussten die Rückkehrer den Transport von Lebensmitteln und Baumaterialien ab der Hauptstraße selbst durchführen. Dies geschah meist mit Hilfe von Lasttieren, die aber nicht für jede Familie zur Verfügung standen. Dies erschwerte den Wiederaufbau dieser Dörfer erheblich und führte dazu, dass viele Familien lange zögerten, zu ihren Dörfern zurückzukehren oder noch abwarteten in der Hoffnung, in naher Zukunft zurückkehren zu können.

Trotz der Probleme herrschte dennoch eine allgemein optimistische Stimmung auch in Berwari Bala zum Beginn des Wiederaufbaus. Zusätzlich zu diesen Gefühlen der Befreiung von der Tyrannei des Saddam-Regimes gab es für die Rückkehrer in Berwari Bala einen weiteren Grund zur Freude. Sie hatten zum größten Teil in Flüchtlingslagern in der Türkei unter extrem schwierigen Bedingungen gelebt, wie die Rückkehrer ausführlich und eindrucksvoll berichteten. Offensichtlich stellten sie zu Beginn ihrer Rückkehr gar nicht die Frage, wie es weitergehen wird und soll. Auch in Berwari Bala mussten die Rückkehrer alle Kraft darauf verwenden, ihr Überleben zu sichern. Ein wichtiger Bestandteil dieses neuen Lebens war nun, ihre Unterkünfte zu bauen, was gleich ihre sämtlichen Energien verlangte.

8.3.4 Infrastruktur und soziale Dienstleistungen

Die Dörfer entstanden nur mit einer minimalen Infrastruktur. Das Fehlen der Verkehrsverbindungen erschwerte den Materialtransport vor allem für den schnellen Bau von Unterkünften, aber auch für die Einrichtung öffentlicher Gebäude wie Schulen und Gesundheitszentren. Die neuen Dörfer entstanden zuerst ohne Wasser- und Gesundheitsversorgung sowie ohne Schulen und ohne Müllentsorgung. Zusätzlich zu den knappen Mitteln gab es Kapazitätsprobleme, weil die Krise und die militärischen Auseinandersetzungen die Wirtschaftskraft des Landes erheblich geschwächt hatten. Auch die strukturellen Probleme waren erheblich: der irakische Staat hatte die wirtschaftliche Tätigkeit kontrolliert und die nun zusammengebrochene Wirtschaftstätigkeit und staatliche Hilfe konnte nicht schnell ersetzt werden. Die UN-Verwaltung unterstützte die Privatinvestoren; diese waren jedoch noch zu schwach,

um die anstehenden Aufgaben zufriedenstellend zu übernehmen. Eine Elektrizitäts-Versorgung in den entstehenden Dörfern war zunächst überhaupt nicht vorstellbar.

Die Gesundheitsversorgung wurde für das ganze Gebiet zuerst durch das kleine Krankenhaus in Batufa übernommen. Da diese Klinik geplündert worden war, wurde sie zuerst nur mit dem Allernötigsten ausgestattet. Auch neues Personal musste eingestellt werden. UNICEF stellte Medikamente bereit und bis 1996 hat das deutsche Hilfswerk Arbeiter Samariter Bund (ASB) das Personal bezahlt. Das erste Gesundheitszentrum in Berwari Bala wurde 1996 in Kani Mase in Betrieb genommen. Dies ist erst durch das Off-Programm möglich geworden.

Das Fehlen der Schulen wurde zunächst nicht weiter vermisst. Es wurde hingenommen, dass für das laufende Schuljahr in den neu entstehenden Dörfern kein Unterricht gegeben wurde. Viele Kinder sind in den Städten oder in den Zwangssiedlungen bei ihren Verwandten geblieben und wurden meist dort unterrichtet, soweit dort überhaupt Schulunterricht aufgenommen werden konnte.

Dass die neuen Dörfer Schulen brauchen, wurde erst zu Beginn des Schuljahres im September 1992 deutlich. In wenigen Dörfern wie in Baz wurde aus eigener Kraft Schulunterricht organisiert, weil es dort eigene Lehrer gab. Die erste reguläre Grundschule entstand erst 1994 im Dorf Qumri. Die erste weiterführende Schule gab es ebenfalls im Dorf Qumri 2001¹²⁰



Foto 10: Schulkinder mit Lehrer in Baz, BB, 2009

Quelle: Sinemillioglu, 2009

120 Diese Schule wurde im Rahmen eines vom BMZ mitfinanzierten Programms durch den Verein DhK errichtet. In ihr wurden Kinder aus 12 umliegenden Dörfern unterrichtet.

Entscheidend für das Leben und Arbeiten war die Trinkwasserversorgung in den entstehenden Dörfern. Da gab es große Engpässe und für lange Zeit kein sauberes Trinkwasser, was für die Gesundheit der Rückkehrer große Risiken barg. Insbesondere für die Dörfer entlang der Hauptstrasse war die Trinkwasserversorgung ein entscheidendes Problem, das dringend gelöst werden musste. Das traditionelle Dorf hat in der Regel eine Dorfquelle, meistens im Zentrum oder am Rande des Dorfes. Da die entstehenden Dörfer weit entfernt von den früheren Standorten angelegt wurden, musste das Wasser von der Quelle zum neuen Standort des Dorfes geleitet werden. UNICEF und die NGOs versuchten, dieser Aufgaben Herr zu werden. Ohne Trinkwasserversorgung waren die dauerhafte Existenz der neuen Siedlungen und die Gesundheit der Rückkehrer, vor allem der Kinder und der Alten, nicht gesichert. Auch in den abgelegenen Dörfern gab es erhebliche Probleme mit der Wasserversorgung, da viele Dorfquellen zerstört oder verfallen waren.

Infrastruktur für landwirtschaftliche Tätigkeit

Landwirtschaftliche Tätigkeit war am Anfang nicht möglich. Die Notlage der Menschen ließ dafür keinen Raum. Dementsprechend wurde für die landwirtschaftliche Nutzung zu Beginn der Wiederansiedlung nichts unternommen. Das ganze Ausmaß dieses Versäumnisses kam erst nach einem Jahr zum Vorschein. Für die landwirtschaftliche Tätigkeit fehlte da alles Notwendige. Nach dem Errichten der Shelter, mussten die Familien feststellen, dass die Urbarmachung der Felder einen massiven Einsatz brauchte. Den Bauern fehlten Gerätschaft, Arbeitskraft und Geld.

In dem Gebiet wurde traditionell viel bewässerte Landwirtschaft betrieben. Die früheren Bewässerungsanlagen waren unbrauchbar geworden. Darüber hinaus zeigte sich das Problem der Wasserknappheit. Sie wurde teilweise dadurch verursacht, dass die neuartigen Trinkwasserversorgungs-Systeme der Landwirtschaft zu viel Wasser entzogen haben. Der Grund: die Quellen wurden nun für Trinkwasser aufbereitet und in die neuen Siedlungen geleitet. Dort verleitete die einfache Nutzung die Verbraucher ohne Rücksicht auf die Knappheit, das Wasser verschwenderisch in Anspruch zu nehmen. Dass dadurch Wasser für die Entwicklung der Pflanzen fehlte, war den „neuen“ Bauern nicht bekannt¹²¹.

8.4 Bäuerliche Tätigkeitsfelder, Existenzgründungen und Landrechte

Aus den allgemeinen Bedingungen des Wiederaufbaus geht hervor, dass den Rückkehrern zu Beginn ihrer Wiederansiedlung außer der landwirtschaftlichen Tätigkeit keine anderen Beschäftigungsfelder zur Verfügung standen. Traditionell waren Tierhaltung und Obstanbau, insbesondere Apfelproduktion, die zwei wichtigsten Felder

¹²¹ In den früheren Dörfern haben die Familien mit Eimern das Wasser aus der Quelle zu den Haushalten transportiert. Dadurch blieb die verbrauchte Wassermenge in Grenzen. Das übrige Wasser konnte auf die Felder geleitet werden.

der wirtschaftlichen Tätigkeit gewesen. Diese Bereiche könnten auch die Grundlage der neuen Existenzgründungen bilden, wenn das ländliche Leben eine Zukunftsperspektive bieten sollte.



Foto 11: Verwilderte Bewässerungsanlage in Baz, BB, 2008

Quelle: Sinemillioglu, 2008

Die Rückkehrer haben auch dementsprechend gehandelt und nach dem Bau ihrer Unterkünfte fingen sie an, ihre Felder zu bewirtschaften. Dennoch haben die Rückkehrer feststellen müssen, dass hier Investitionen und vorbereitende Maßnahmen notwendig waren, für die weder sie noch die neue kurdische Verwaltung über Mittel verfügten: es gab keine Landwirtschaftsgeräte, keine funktionierenden Bewässerungsanlagen, keine Setzlinge, kein Saatgut und keine Tiere.

Darüber hinaus gab es eine grundlegend neue Entwicklung: die frühere Subsistenzwirtschaft als bäuerliche Tätigkeit konnte so nicht fortgesetzt werden. Die Rückkehrer mussten nun für den Markt produzieren. Diese Notwendigkeit mussten sie von vornherein einplanen, wenn sie die bäuerliche Tätigkeit aufnehmen wollten. Dies ist eine der wichtigsten Diskontinuitäten, die im Wiederaufbauprozess zu beobachten ist. Auch in Berwari Bala waren viele für die landwirtschaftliche Arbeit unerlässliche Fähigkeiten und Fertigkeiten, bei der neuen Bauern-Generation unbekannt (Kapitel 7).

Neben den fehlenden Mitteln für Investitionen gab es auch krisenbedingte Barrieren für die landwirtschaftliche Tätigkeit. Die angehenden Bauern konnten ihre Produkte nicht verkaufen, da, bedingt durch das Embargo und die Lebensmittelverteilung der UNO, es faktisch keinen funktionierenden Markt geben konnte. Auch wenn diese Bedingung für die potentiellen Produkte aus Berwari Bala - wie Fleisch, Milch und Obst - weniger hinderlich hätten sein können, war ein weiteres Hindernis die offene Grenze zur Türkei. Durch sie strömten preisgünstige Versorgungsgüter ins Land, gegenüber denen die

einheimischen Produkte kaum konkurrenzfähig waren. Das gilt auch für die Produkte aus Berwari Bala. Die folgende Tabelle fasst die Bedingungen für Existenzgründungen zusammen.

BEDINGUNGEN UND VORAUSSETZUNGEN	WIRKUNGSWEISE
Fehlende Institutionen und Richtlinien	Keine Klarheit über die Bedeutung und Rolle der ländlichen Regionen
Fehlende Investitionen und Mittel	Existenzgründung nicht möglich, da Investitionsgüter, Kredite und Arbeitsmittel nicht zur Verfügung stehen
Embargo und Lebensmittelverteilung	Fehlende Anreize zur Erzeugung von Landwirtschaftsprodukten
Offene Grenze	Billigimporte verhindern den Absatz lokaler Güter, auch in der Landwirtschaft

Tabelle 7: Bedingungen der Existenzgründung in Berwari Bala

Quelle: Eigene Darstellung

Landbesitz und Rechtslage

In Berwari Bala, wie überhaupt in den ländlichen Regionen Kurdistans, herrschte vor den Dorfzerstörungen weitgehend das Stammesrecht, wonach das Land dem Stamm gehört, wie bereits im Kapitel 2 beschrieben. Es gibt in diesem Rahmen Nutzungsrechte für urbar gemachtes Land. Diese Rechte sind vererbbar. Das übrige Land, einschließlich Wald und Gewässer, ist Gemeinschaftsland. Meist wird dieses Land als Weide benutzt und dient zur Beschaffung von Bau- und Brennholz.

Das Land in Berwari Bala wurde nach den Deportationen in Staatsbesitz überführt. Das war die Rechtslage bis zur Krise von 1991. Durch die Machtübernahme der Kurden wurde diese Rechtslage - zwar nicht rechtlich abgesichert - so doch de facto wieder rückgängig gemacht. Auch wenn die Rechtslage ungeklärt blieb (und noch immer ungeklärt ist), begannen die Rückkehrer dort mit dem Wiederaufbau, wo sie ihre Dörfer hatten verlassen müssen, und nahmen ihren Landbesitz wieder in Anspruch. Dies stellt einen der wichtigsten Kontinuitäten im Wiederaufbauprozess dar.

Da das Gelände bergig ist, kann Landwirtschaft nur begrenzt betrieben werden, auch weil bewässertes Land sehr knapp war. Deshalb konnte kein neues Ackerland erschlossen und den neu gegründeten Familien zugewiesen werden. Auch in diesem Bereich wurde an das traditionelle Landrecht angeknüpft: die neu gegründeten Familien hatten Anspruch auf einen Familienbesitz auf Gemeinschaftsland. Damit aber wurde die Fläche des von allen nutzbaren Gemeinschaftslandes immer kleiner. Es gibt keine veröffentlichten Daten über die Größe der Felder. Die eigene Recherche des Verfassers

ergab folgendes Bild: der Besitz der Feldgröße liegt zwischen 0,1 bis 2 ha für bewässertes Land und 5 bis 15 ha für Trockenanbau.

8.5 Anspruch und Wirklichkeit: Berwari Bala heute

Seit dem Beginn der Wiederbesiedelung der Dörfer 1992 wurden 46 Dörfer wiederaufgebaut (Tabelle 6 auf Seite 156). Heute, 2009, nach 17 Jahren, gibt es gravierende Probleme:

- Immer noch haben die meisten der neuen Bauernfamilien keine stabilen Häuser.
- Die Dorfgemeinschaften verfügen über keine soliden Wirtschaftsgrundlagen.
- Der Trockenanbau liegt brach,
- die Bewässerung der Felder leidet unter Wasserknappheit und dem fehlenden Wassermanagement.
- Die landwirtschaftliche Tätigkeit steckt in einer dauerhaften Sinnkrise wegen der undifferenzierten Lebensmittelverteilung und der fehlenden Verarbeitungs- und Vermarktungsmöglichkeiten der Produkte.
- Die sozialen Dienstleistungen, insbesondere die Schulbildung und die Gesundheitsversorgung, entsprechen nicht den Erfordernissen.
- In den Dörfern gibt es keine kommunalen Dienste wie Dorfverwaltung, Trinkwasserversorgung, Abfall- und Abwasserentsorgung u.a.
- Transportsystem und Fernmeldewesen sind unzureichend; Instandhaltung von Straßen, Schulen und anderen öffentlichen Gebäuden ist nicht gewährleistet.

Dies alles wird dem fehlenden Engagement des Staates angelastet. Vom Staate wird die Lösung aller Probleme erwartet. Die kommunale Tätigkeit der Dorfgemeinschaften begrenzt sich auf die Kommunikation der Dorfvorsteher mit den Behörden in der Stadt.

8.5.1 Erwartungen der Rückkehrer und ihre Möglichkeiten.

Über die Erwartungen der Rückkehrer gibt es bis heute keine Forschung und vieles ist unbekannt.

Diese im Exil oder in Zwangssiedlungen lebenden Menschen hatten eine ungewisse Zukunft, als ihnen die Möglichkeit zur Rückkehr in ihre früheren Ortschaften urplötzlich gegeben wurde. Wie im Kapitel 6 beschrieben, war die Rückkehr auch nach Berwari Bala *ein spontaner Aufbruch in eine ungewisse Zukunft*. In der Tat waren die Flüchtlinge aus Berwari Bala in den Camps in der Türkei von der Nachricht überrascht worden, als sie erfuhren, in ihre alten Dörfer zurückkehren zu dürfen. Auch die Flüchtlinge in den Bergen an der Grenze zur Türkei, die einen täglichen Kampf ums Überleben führten, überraschte die Nachricht, nicht nur in die Zwangssiedlungen, sondern auch in ihre früheren Dörfer zurückkehren zu dürfen. Diese Nachrichten lösten eine unendliche Freude aus, da die Menschen Hoffnung schöpften, aus ihrer Misere herauszukommen.

Die Identitätswahrnehmung aus ihrem früheren Leben bestimmt auch weitgehend in Berwari Bala die Erwartungen. Dennoch lebten die Deportierten und Flüchtlinge aus

Berwari Bala bis zu 13 Jahre lang in einer räumlich wie sozial völlig fremden Umgebung. Ihr Leben in dieser neuen Umgebung unterschied sich grundlegend von ihrem früheren traditionellen Dorfleben. Andererseits haben auch die Eindrücke und Bilder aus dieser neuen Welt die Erwartungen der Rückkehrer mitbestimmt.

Auf diesem Hintergrund der gemischten Leitbilder haben die Rückkehrer ihre konkreten Erwartungen gehegt, die sich aus dem jeweiligen realen Leben ableiteten. Sie wollten Hilfen bekommen, die sie in die Lage versetzt:

- als Bauern tätig zu werden,
- eine funktionierende Gesundheitsversorgung zu haben,
- Schulbildung für ihre Kinder zu bekommen und
- in modernen Häusern zu leben.

Ob diese Erwartungen berechtigt waren, ist eine Frage, die hier nicht beantwortet werden kann¹²². Fest steht, dass diesen Erwartungen nicht entsprochen wurde. Was für die Rückkehrer geleistet wurde, blieb im Rahmen der humanitären Nothilfe, die durch UN-Organisationen und die internationalen NGOs geleistet und organisiert wurde. Diese haben auch in Berwari Bala nicht die Frage gestellt, wie diese Nothilfe mit der mittel- und langfristigen Entwicklung verbunden werden kann.

Damit waren die Möglichkeiten der Rückkehrer in Berwari Bala erschöpft, weiterhin auf zukunftsweisende Hilfe zu warten. Es stand ihnen nur das »natural capital« zur Verfügung, wie im Kapitel 7 beschrieben wurde.

Das »human capital« war nicht weit entwickelt. Hierfür gibt es drei wesentliche Gründe:

- Erstens sind die Erfahrungen, Kenntnisse und Fähigkeiten der Gruppe 1 nicht aus dem ländlichen Leben erwachsen. Diese Gruppe muss in diesem Raum ihre Kenntnisse und Fähigkeiten noch gewinnen, ihre Erfahrungen machen und sich den neuen Bedingungen anpassen.
- Zweitens basieren die Kenntnisse und Fähigkeiten der Gruppe 2 auf den Subsistenzwirtschaften der früheren traditionellen Dörfer. Diese Kenntnisse und Fähigkeiten sind nur bedingt geeignet für die Erfordernisse der neuen Situation. Die Menschen dieser Gruppe haben meist keine Schulbildung bekommen, sie sind Analphabeten.
- Drittens bleibt die Gruppe 4, die Gruppe der Gebildeten. Sie leben nun in den Städten. Dadurch fehlen den dörflichen Rückkehrern moderne Kenntnisse und Fähigkeiten.

Das »physical capital«, die Infrastruktur (Transport-, Kommunikations- und Wohnungswesen, Trinkwasser- und Energieversorgung, Bewässerungsanlagen) sowie Produktionsmittel (Landwirtschaftsgeräte, Haustiere etc.) fehlen fast vollkommen (nur die Hauptstraße existiert).

¹²² Z.B. war nirgends thematisiert worden, ob den deportierten Bauern Entschädigungen zustehen. Die Rückkehrer haben nie dahingehend ihre Forderungen formuliert. Dennoch fühlen sie sich „ungerecht behandelt“, wie aus den Gesprächen mit den Bauern zu entnehmen ist.

Das »financial capital« ist ebenfalls sehr gering, da durch die Fluchtbewegung die Rückkehrer ihr Hab und Gut verloren haben und durch das Zusammenbrechen der Staatsstruktur Geld- und Kreditwesen nicht mehr funktionsfähig war. Die Rückkehrer aus den türkischen Lagern waren Geld- und besitzlos.

All diese Bedingungen waren Hindernisse für die Gestaltung des neuen Lebensraumes für die Rückkehrer in Berwari Bala.

8.5.2 Rückkehr der »Rückkehrer« und Teilung der Familien

Die Besiedlung der Dörfer fing mit dem Bau von Shelters an, der viel Kraft kostete. Die neuen Dorfgemeinschaften begannen anschließend mit den landwirtschaftlichen Arbeiten. Diese waren am Anfang noch sehr begrenzt, weil die neuen Bauern noch keine Haustiere, keine Landwirtschaftsgeräte und kein Saatgut hatten. Durch die Lebensmittelverteilung gab es auch keine Notwendigkeit, Getreide anzubauen. Die Arbeit der Bauern war auf die Bewässerung von Feldern konzentriert. Damit konnten sie Gemüse und Obst produzieren. Diese Arbeiten sind mühsam, könnten aber dennoch in nächster Zukunft zu einer Geldeinnahmequelle werden, weil es im Rahmen der Lebensmittelverteilung weder Obst noch Gemüse gibt.

Tierhaltung hat sich viel später und sehr langsam entwickelt. Immer noch ist der Bestand an Haus- und Nutztieren sehr gering. Den Bauernfamilien fehlen die Mittel, einen stabilen Tierbestand aufzubauen. Auch deshalb konnte ein Relikt aus dem früheren Dorfleben, eine oder mehrere Tierherden mit Hirten als Aufpasser, nicht wiederbelebt werden. Dadurch wiederum ist extensive Tierhaltung nicht möglich. Die intensive Tierhaltung braucht Kapital, Know-how und nicht zuletzt Infrastruktur.

Kinder im Grundschulalter konnten zunächst nicht unterrichtet werden. UNICEF und andere Hilfswerke unterstützten den Aufbau von Grundschulen. Jedoch dauerte dieser Aufbau-Prozess mehrere Jahre. Ein zusätzliches Problem bestand darin, dass zu wenig Lehrpersonal zur Verfügung gestellt wurde. Außerdem fehlten Schulen der Sekundarstufe vollständig.

Gesundheitsversorgung war ebenso nicht gewährleistet. Das erste Gesundheitszentrum entstand erst 1996 in Kani Mase. Da die entlegenen Dörfer schwer erreichbar waren, konnte vor allem die Versorgung der Kinder, der Alten und der werdenden Mütter nicht gewährleistet werden.

All diese Versorgungsengpässe sorgten für Ernüchterung. Der neue ländliche Raum hatte noch erhebliche funktionale Defizite. Darauf haben die Familien eine kreative wie praktische Antwort entwickelt: die Teilung der Familien. Die Rückkehrer versuchten, einen Teil ihrer Familie in die Städte, meist nach Zacho und Dohuk und in wenigen Fällen nach Erbil, zu schicken. Dies wurde aus folgenden Gründen für notwendig erachtet:

1. Arbeit und Beschäftigung: In den neuen Dörfern fehlten Geldeinnahmequellen. Dies konnte durch Gelegenheitsjobs und durch Handel kompensiert werden.

2. Bildung: Schulische Bildung konnte noch nicht gewährleistet werden. Die Kinder und Jugendlichen konnten ihre schulische Ausbildung nur in den Städten wahrnehmen bzw. fortsetzen.
3. Gesundheit: die Gesundheitsversorgung musste noch entwickelt werden. In den Städten war ein Mindestmaß vorhanden.

Auch wenn diese Entwicklung durch die neue kurdische Verwaltung nicht gern gesehen wurde und die Wohnungs-Situation in den Städten dadurch äußerst angespannt war, fanden die Familien Wege, sich in den Städten einzurichten. Hier halfen die Familienbindungen, viele nahmen die schlechten Wohn- und Lebensbedingungen in Kauf. Familien aus den Zwangssiedlungen hatten dort ihre Wohnungen behalten und einen Teil ihrer Familie auch wieder dorthin geschickt. Damit entstand ein Geflecht von drei Siedlungsräumen: die neu entstandenen Dörfer, die Zwangssiedlungen und die Städte.

Diese „Rückkehr der Rückkehrer“ war eine Antwort auf die Erfordernisse des modernen Lebens, die die Rückkehrer nach den Deportationen, in den Zwangssiedlungen oder auch im Exil außerhalb des Landes erlebt hatten.

Dieser Prozess dauert an. In den zurückliegenden 17 Jahren hat sich das Leben in diesem Gebiet in allen Bereichen weiterentwickelt. Dennoch sind die Arbeit- und Beschäftigungsmöglichkeiten weiterhin sehr begrenzt. Die Lebensmittelverteilung wird fortgesetzt. Vermarktung der bäuerlichen Produkte steckt deshalb in einer Krise. Und weit wichtiger:



Foto 12: Verlassenes Haus in Cem Seyida, Berwari Bala, 2008

Quelle: Sinemillioglu, 2008

Die Probleme des dörflichen Wohnungswesens gibt es auch weiterhin. Der Wohnungsbestand stammt aus der akuten Krisenperiode vom 1991 bis 1996. In dieser Periode entstanden die meisten Shelters, die mit wenig Material, sehr einfach und nicht sehr stabil gebaut worden sind. Viele von diesen Häusern sind bereits verfallen. Ihre Besitzer hatten keine andere Möglichkeit, als in die Städte zu ziehen. Der Verfallsprozess des Wohnungsbestandes dauert an.

Damit wird die Rückkehr der Rückkehrer beschleunigt. Dennoch ist die beschriebene „mehrteilige Familie“ weiterhin eine Möglichkeit, das Familienleben im Dorf zu unterstützen und gegebenenfalls zu stabilisieren.

9 Lehren aus dem ländlichen Wiederaufbau in Kurdistan

Wie in den Kapiteln 6 und 7 beschrieben, haben die Ex-Deportierten, soweit möglich, sich in ihren früheren Dörfern wieder angesiedelt. Da die Ansiedlung in allen zerstörten Dörfern nicht möglich war, haben sich viele der aus dem Exil zurückkehrenden Familien in den Städten bzw. in den Zwangssiedlungen niedergelassen. Damit wurde die vor dem Krieg 1991 bestehende Raumordnung und Siedlungsstruktur erneut grundlegenden Veränderungen unterzogen. Die Städte und Zwangssiedlungen wuchsen und durch die Entstehung neuer Dörfer wurde der ländliche Raum neu erschaffen, dessen Rolle und Bedeutung deshalb auch neu definiert werden muss.

Ausgangspunkt ist, dass die bäuerlichen *Communitas* nach allen Seiten verletzbar sind. Hier fehlt die Tradition, die die Turnersche *Communitas* umrahmt. Dieser Rahmen muss erst entstehen, er ist selbst in die Rolle des *Communitas* geschlüpft. Dies ist die Besonderheit der Nachkrisenzeit in Kurdistan, die sich vor allem von dem Zustand der Nachzüglergesellschaften unterscheidet. Es gibt hier keinen Staat als Herrschaftssystem mit all seinen politischen und sozialen Einrichtungen. Es ist vielmehr ein Territorium entstanden, in dem ein Herrschaftssystem erst noch entstehen soll, das unter dem Einfluss einer Mischung von vor allem *exogenen Anleihen* geformt wird. Diese Anleihen standen zudem *frei* im Raum – es fehlten Institutionen der Besatzungsmacht, vergleichbar mit der Nachkriegszeit Deutschlands, einer Besatzungsmacht, die die Umsetzung dieser Anleihen begleiten müssen.

Eine ähnliche Entwicklung ist in den osteuropäischen und zentralasiatischen Ländern zu beobachten, wo die herrschenden Strukturen zusammenbrachen. Dennoch sind dort die Rahmenbedingungen anders als in Kurdistan. Auch gibt es in diesen Ländern international anerkannte Herrschaftsgrenzen, die es erlauben, die Kräfte des Wandels zu bündeln. Trotz dieses grundlegenden Unterschiedes gibt es bemerkenswerte Ähnlichkeiten zur Entwicklung in Kurdistan. Die Autoren Neubert & Herrfahrdt schreiben über Usbekistan:

„Die nach dem Ende der Sowjetunion offiziell angestrebte Demokratisierung hat bisher kaum zu Dezentralisierung geführt, sondern alte zentralistische Strukturen erhalten. Außerdem ging sie nicht mit einer zunehmenden Beteiligung der Zivilgesellschaft und einer Aufwertung bislang nicht oder kaum repräsentierter Akteure einher.“ (Neubert & Herrfahrdt 2005: 238).

Trotz vieler Unterschiede ist eine ähnliche Entwicklung auch in Kurdistan zu beobachten, wo die kurdische Politik die vorhandenen zentralistischen Verwaltungsstrukturen des irakischen Staates übernommen hat. Der Vergleich gründet darin, dass Systemwechsel bei den politischen Herrschaftsstrukturen nach einer Krise ähnlich verlaufen. Hier besteht das grundsätzliche Problem, wie das Zusammenspiel von „Modellen“ aus Vergangenheit und Zukunft entstehen kann. Abbildung 11 beschreibt dieses prinzipielle Zusammenspiel, das grundsätzlich zwei Verlaufspfade haben kann:

1. wie im Falle Deutschland, Kosovo oder Osttimor (siehe Kapitel 4) eine *organisierte* oder *überwachte* Entwicklung;
2. wie im Falle Kurdistans eine *sich selbst überlassene* Entwicklung.

Dieses *Sich-Selbst-Überlassen-Sein* erschwert prinzipiell die Zielsetzung für die Entwicklung in der Nachkrisenperiode. Denn in diesem Falle ist es nicht gesichert, dass die *Modelle für Wirklichkeit* klar definiert sind: weder für die Rückkehrer noch für die Politik, deren Auftrag es ist, den Rahmen und die Zielrichtung der Gesamtentwicklung zu definieren.

Für die Rückkehrer in den ländlichen Regionen Kurdistans sind *Modelle von Wirklichkeit* klar definiert: das Modell aus der Zeit vor den Deportationen, das die Tradition und die Subsistenzwirtschaften beschreibt (insbesondere für die Gruppe 2 im Kapitel 7 – die Gruppe der älteren Generation). Die Modelle für Wirklichkeit sind hingegen nicht klar beschrieben – diese sind jedoch teilweise aus jüngerer Zeit von den Deportationen geprägt – insbesondere für die Gruppe 1, aber auch teilweise für die Gruppe 2. Hier ist ein wesentliches Merkmal im Sinne des sozialen Wandels zu beobachten: in den entstehenden Dörfern möchten die Angehörigen der Gruppe 1 ihre Bilder der Moderne verwirklicht sehen – dementsprechend sind ihre Erwartungen. Die Gruppe 2 handelt nach einer Mischung aus Vorstellungen von ihrem früheren Leben und dem neuen Leben nach den Deportationen. Diese Gruppe 2 hat eine aktive Position bei der Gestaltung des Wiederaufbaus eingenommen, denn sie besitzt das Know-How aus ihrem früheren Leben, insbesondere aus den Bereichen Häuserbau und Landwirtschaft.

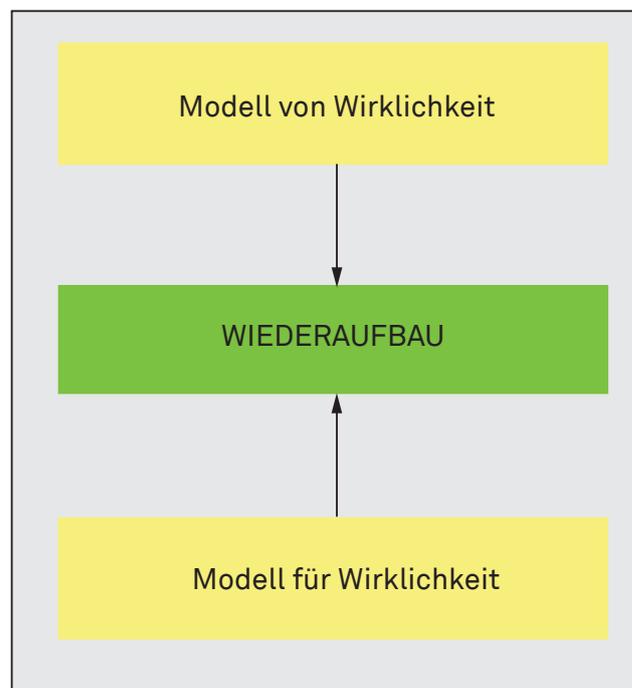


Abbildung 11 : Zusammenspiel von bestehenden Modellen und zukünftigen Leitbildern

Quelle: Eigene Darstellung

Für die kurdische Politik gilt fast das gleiche. Sie konnte keine klare Orientierung finden; ihre Orientierung stand unter dem starken Einfluss von „Modellen von Wirklichkeit“.

Wenn die *Modelle für Wirklichkeit* nicht klar definiert sind, bleibt die Zielrichtung des Wiederaufbaus im Unklaren. Aus diesem Grund sollten Antworten auf die Fragen der Rahmenbedingungen und der Bedeutung des ländlichen Raumes gesucht, die planerischen Instrumente und die Fragen des Überganges von Subsistenztätigkeit zur Marktorientierung geklärt werden. – Dies sind Handlungsbereiche, für die zukunftsweisende Richtlinien zur Verfügung stehen müssen.

Die Darstellung der Ziele, die zum Wiederaufbau führen sollen, speisen sich im Wesentlichen aus zwei Bereichen, wie die Abbildung 12 unten demonstriert:

1. Analyse zur Frage der Kontinuitäten und Diskontinuitäten, ergänzt durch eine Bestandsaufnahme der vorhandenen Ressourcen. Insbesondere spielen hier die lebendigen Elemente der sozialen Struktur vor der Krise eine wichtige Rolle, wie Besitzverhältnisse oder lokale Identitäten.
2. Die Ausarbeitung der normativen Vorgaben. Dieser Bereich soll die Elemente der Erneuerung liefern; im Wesentlichen ist das eine Aufgabe, die im Feld der Kulturdiffusion zu suchen ist und die insofern die externen Einflusskräfte herausfordert.

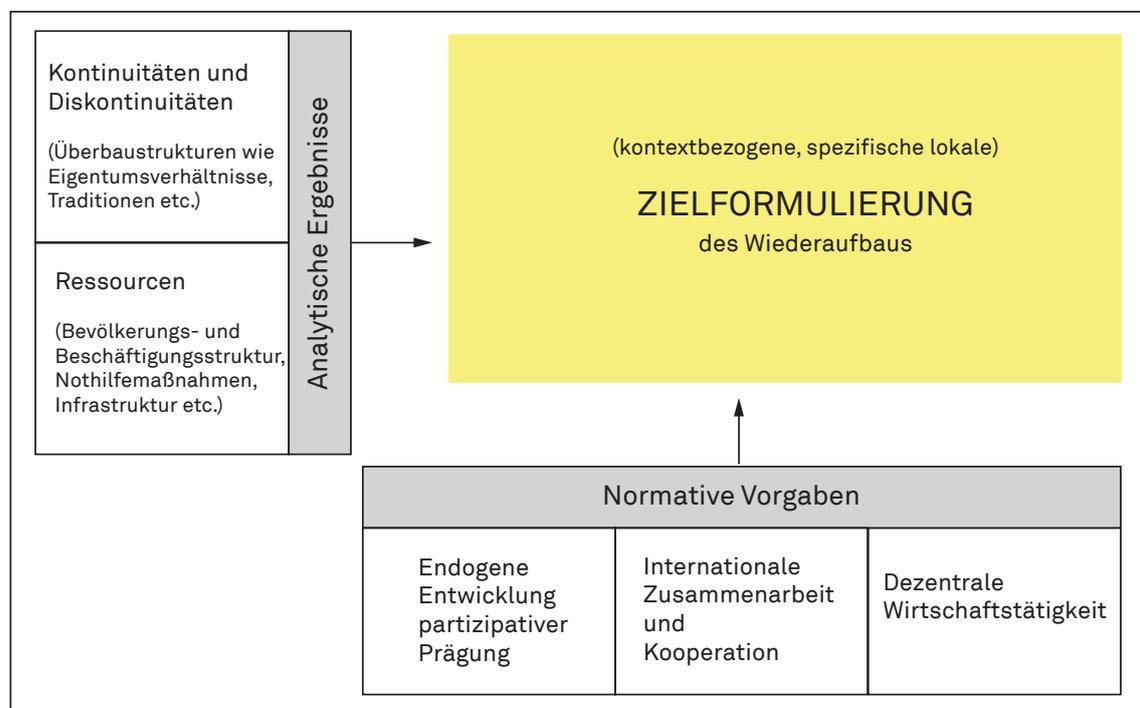


Abbildung 12 : Zielformulierung des Wiederaufbaus

Quelle: Eigene Darstellung

Im Folgenden soll nun diese Aufgabe für die Entwicklung der ländlichen Regionen in Kurdistan unter den besonderen Bedingungen des Wiederaufbaus umrissen werden.

9.1 Politische Rahmenbedingungen

Wie in den Kapiteln 3 und 4 beschrieben, ist die größte Herausforderung nach einer Krise, wie in Kurdistan, Kosovo und Osttimor, dass, weil die »Tiefenstrukturen« fehlen, folglich die Menschen »die Arkadien des Stammes« suchen, wie Ralf Dahrendorf es formuliert. Die Tiefenstrukturen sind, streng genommen, die politisch-institutionellen Rahmenbedingungen, die auch mit den Gewohnheiten der Bevölkerung im Einklang stehen. Dies scheint ein wesentliches Feld der Modernisierung zu sein und ist in der neueren Diskussion um die Entwicklungspolitik ein wichtiges Thema. (Messner & Scholz 2005). In einem Beitrag hebt dazu Jörg Faust hervor:

„In der letzten Dekade ist es ein weitgehender Konsens zwischen Gesellschaftswissenschaftlern unterschiedlicher Disziplinen darüber entstanden, dass politisch-institutionelle Rahmenbedingungen einen entscheidenden Einfluss auf die sozioökonomische Entwicklung von Gesellschaften nehmen. (...) Hierbei geht es somit um die Frage nach Good Governance als normativ erstrebenswertem Zustand. Good Governance als Zustand beschäftigt sich mithin mit der Frage, welche institutionellen Arrangements, die in einem Herrschaftsverband den Prozess kollektiv verbindlicher Entscheidungen regeln, dazu geeignet sind, erstrebenswerte Kollektivgüter zu erreichen.“ (Faust 2005: 159).

Ohne diese »institutionellen Arrangements« kann das Bündel der notwendigen Entscheidungen nicht behandelt werden. In diesem Sinne muss die in den Kapiteln 3 und 7 behandelte *Dualität* der Machtverhältnisse in Kurdistan-Irak berücksichtigt werden und für die neuen politischen Entwicklungen muss eine effektive Beratung zur Seite stehen. Denn es werden, wie oben erwähnt wurde, die vorhandenen zentralistischen Strukturen übernommen und das erschwert eine neue Orientierung auf allen gesellschaftlichen Feldern.

Vor diesem Hintergrund muss die *Demokratisierung und Entmilitarisierung der Gesellschaft* als oberstes Ziel definiert werden. Die neuen Strukturen und Institutionen müssen sich mit den Gesetzen der Vorkrisenzeit auseinandersetzen und diese im Sinne einer Demokratisierung durchforsten und gegebenenfalls außer Kraft setzen. Dabei kommt der Legislative eine besondere Rolle zu. Hier konkretisiert sich die Rolle der Alliierten-Kräfte im Sinne von „exogenen Architekten“. Die kurdische Politik und Gesellschaft braucht Hilfen zur Institutionalisierung der parlamentarisch-demokratischen Strukturen, insbesondere in Bezug auf das Gewaltmonopol des Staates.

Die Entmilitarisierung muss die Neutralität der staatlichen Einrichtungen sicherstellen und die Entwicklung von zivilen Organisationen erlauben. Insbesondere

die Entmilitarisierung der politischen Parteien wird erst die Voraussetzungen für eine Demokratisierung schaffen. Mit den vorhandenen Strukturen der Parteien aus der Zeit vor der Krise ist dieses Ziel nicht zu erreichen, wie der innerkurdische Krieg von 1994 demonstriert hat.

Klärung der Besitzverhältnisse

Die Neuorientierung muss sich mit den Kontinuitäten, insbesondere mit den Besitzverhältnissen, auseinandersetzen. Der Wiederaufbauprozess ist von den im Kapitel 7 beschriebenen unklaren Besitzverhältnissen zu befreien. Diese Entwicklung muss die Konfiszierung des Besitzes von Kleinbauern rückgängig machen; darüber hinaus müssen auf die Frage zum konfiszierten Stammesbesitz Antworten gesucht werden. Hier könnten das traditionelle Stammesrecht bezüglich des Landbesitzes modernisiert und die Gemeinden mit Landbesitz ausgestattet werden. Damit wären die Kommunen für die künftige Entwicklung mit einem wichtigen Handlungsinstrument ausgestattet.

Sicherung der finanziellen Ressourcen

Ein weiteres Problemfeld stellen die fehlenden finanziellen Ressourcen dar. Die entstehende Regionalverwaltung braucht einen Teil der Ressourcen des Staates. Der bürokratische Apparat kann nur funktionieren, wenn die Staatsbediensteten bezahlt werden können. Die größten Hindernisse sind hier nicht die Bestrebungen der kurdischen Politik, eine Autonomie zu errichten, sondern die zwischen UN und Irak ausgehandelten MOUs, die die kurdischen Gebiete von den Ressourcen des Landes trennte.

Die Sicherung einer funktionsfähigen Verwaltung ist eine der wichtigsten Voraussetzungen, die Entwicklung von Parallelstrukturen zu vermeiden. Parallelstrukturen sind ein Hindernis für die Entwicklung lokaler Kapazitäten und für die Sicherung des Know-how, das aus diesen Tätigkeiten resultiert. Parallelstrukturen verhindern auch die Bündelung von Maßnahmen verschiedener Akteure. UN und die Alliierten-Kräfte hatten hier Spielräume, die von diesen nicht in Betracht gezogen wurden.

9.2 Kommunale Selbstverwaltung und regionale Identitätsbildung

Die Übernahme von Vorkriseninstitutionen der Verwaltung stellt den Wiederaufbauprozess in den ländlichen Regionen vor vielseitige Probleme. Ein großes Problem ergibt sich aus dem traditionell grundsätzlich patriarchalisch orientierten kulturellen Rahmen, der sich mit der Top-Down-Entscheidungsstruktur der irakischen Verwaltung deckt. Dieses kulturelle Umfeld stärkt auch bei den Rückkehrern die tief verankerte Erwartungshaltung, dass alle Fragen des Zusammenlebens durch den Staat zu entscheiden, alle Probleme durch den Staat zu lösen sind. Die Erwartung und Akzeptanz einer Top-down-Entscheidungsstruktur ist also bei den Rückkehrern tief verankert,

sodass Eigeninitiative nicht oder kaum vorhanden ist. Diese grundlegende Tendenz der fehlenden Eigeninitiative von Rückkehrern wurde durch deren Lebensbedingungen der nahen Vergangenheit begünstigt und verstärkt. Im Wesentlichen sind hierfür zwei Gründe zu benennen:

1. die Deportationen haben die Lebensbedingungen der späteren Rückkehrer grundlegend verändert. Hier wurde eine auf Subsistenzwirtschaften basierende Selbstversorgung durch die Lebensmittelversorgung seitens des Staates ersetzt und damit die prinzipiell mögliche Selbstversorgung in Frage gestellt.
2. auf der Flucht und während des Exillebens waren die späteren Rückkehrer ständig ums Überleben bemüht, sodass die Versorgung durch andere Instanzen, z. B. durch UN-Organisationen, zur Normalität wurde.

Ein weiteres Problemfeld ist der Organisationsgrad der Rückkehrer. Auch wenn traditionelle Kultureigenschaften wie Zugehörigkeitsgefühl zu einem bestimmten Stamm oder Dorf relativ stark ausgeprägt waren, sind die Rückkehrer unorganisiert geblieben. Sie haben keine Vertreter oder gar Gremien, die ihre Interessen über die Dorfgemeinschaft hinaus formulieren und nach außen vertreten. Dementsprechend fehlen lokale Selbstverwaltungsstrukturen, die den Wiederaufbauprozess begleitet hätten.

Diese grundsätzlichen Handikaps verlangen nach Auswegen. Hier gibt es zwei wesentliche Voraussetzungen, die die Entstehung von Selbstverwaltungsstrukturen begünstigen:

1. der im Kapitel 6 beschriebene Enthusiasmus der Rückkehrer ermöglicht eine im höchsten Maße vorhandene Offenheit und Aufnahmefähigkeit für Neuerungen.
2. die »Versorger« in dieser Periode der Not sind *ausschließlich* Internationale Kräfte und Institutionen, die die Kräfte der Selbstorganisation freisetzen und organisieren könnten, weil noch keine Verwaltungsvorschriften vorhanden sind.

Dies würde die Entfaltung der endogenen Potentiale durch den Austausch von exogenen Anleihen bedeuten wie Long es als »initial impetus to modernization« beschreibt:

“Another aspect that must be considered is the nature of initial impetus to modernisation. This can vary enormously. In some cases it has been provided by various groups internal to the society, like the protestant entrepreneurs of Western Europe (Weber, 1904) or the Meiji oligarchs of Japan (Bellah 1957), but more usually in the Third World it has been the result of the impact of the various external forces such as colonial expansion, and the spread of technical innovations or cultural movements.” (Long 1977: 13).

Dafür gibt es konkrete Beispiele aus der Tätigkeit von DhK (siehe Kapitel 7.4.2 und 11.2.2 – das Beispiel von Welati Jeri) und die Tätigkeit der UN-Organisationen in Kurdistan.

Die kommunale Selbstverwaltung als Ziel kann durch mannigfache Wege institutionalisiert werden – eins von vielen Beispielen liefert das Community Development Centre (CDC) in Berwari Bala. Dabei darf das neue Dorf nicht als isolierte Einheit betrachtet werden. Es muss in einem überschaubaren Gebiet in die Selbstverwaltung eingebunden sein – wie in dem genannten Fall, in dem das CDC mehr als 30 Dörfer ansprechen will. Die Größe der neuen Dörfer ist maßgeblich durch die traditionellen Besitzverhältnisse zustande gekommen. Daraus aber ergeben sich vielfach Fragen aus dem Bereich der Versorgung und der sozialen Dienstleistungen. Aus diesem Grunde würde die Einordnung von mehreren Dörfern als »kommunale Einheit« auch die Siedlungsstruktur der Zukunft beeinflussen. Hier gibt es in Kurdistan einen erheblichen Handlungsbedarf, weil jeder Vorschlag, der das Beispiel von Zwangssiedlungen in Erinnerung rufen könnte, im höchsten Maße problematisch ist. Dennoch stellt die Größe der wieder aufgebauten Dörfer, die meist zwischen 20 bis 50 Familien umfassen, die Überlebensfähigkeit dieser Siedlungen in Frage. Auch wenn Untersuchungen fehlen, die die Grenze der Überlebensfähigkeit für diese Region definieren, muss davon ausgegangen werden, dass auf Dauer die Gewährleistung von sozialen Dienstleistungen für so kleine Siedlungseinheiten nicht möglich sein wird. Die Entwicklung größerer kommunaler Einheiten, die mehrere Dörfer zusammenfasst, wird die Chance mit sich bringen, zukünftige größere Siedlungseinheiten zu formen. Dies wird sich in einem Entwicklungsprozess ergeben und muss nicht per Dekret von oben entschieden werden.

Diese kommunalen Einheiten können mit der Verwaltung von regionalen Zentren verbunden und demokratisch legitimiert werden. Dadurch würden die neu entstehenden Regionen den zentralen Entscheidungsstrukturen gegenüber mit repräsentativen Vertretungen ausgestattet werden. Diese Herangehensweise wird der Stärkung der Zivilgesellschaft insgesamt dienen, denn sonst werden weiterhin die lokalen Befehlsstrukturen der paramilitärisch organisierten Parteien die Macht ausüben und für die Regionen entscheiden.

Hier könnte auf der untersten Ebene der Verwaltung, auf der Nahiye-Ebene also, eine Identitätsstiftende Neuerung vorgenommen werden. Die Nahiyes umfassen meist ein oder zwei Stammesgebiete. Die Nahiye kann von der zentralen Verwaltung losgelöst und als Zentrum der Selbstverwaltung des Gebiets ausgebaut werden. Der Ausbau der Selbstverwaltung würde die Identität des Gebiets stärken: wir sind die „Berwari Bala“ oder die „Doski“ oder die „Barzan“ etc. Das würde den Bewohnern Halt bieten wie J. Friedmann es hervorhebt:

“People tend to identify their life spaces which become, as it were, an extension of themselves. Where do you live? Where do you come from?” (Friedmann 1988: 240)

Regionale Identität bzw. „Identifikation der Menschen mit ihrer Region“ (Jasper 1997: 27) kann auf die Kontinuität setzen, die ihre traditionellen Bindungen zum Ausdruck bringt. Hier ist ein Dialog mit den Bauern im Sinne von Habermas notwendig.

9.3 Fragen der Raumordnung und der Stadt-Land-Beziehungen

Raumordnung „wird häufig auch mit dem Begriffspaar Raum- und Siedlungsstruktur umschrieben. Gemeint ist damit die Verteilung der Städte, Ortschaften und Standorte, von Einrichtungen im Raum, ihre Vernetzung untereinander sowie ihre Einbettung in die umgebenden Nutzungsformen und Freiräume. (...) Raumordnung als staatliche oder regionale Aufgabe ist derjenige Teil der Raumplanung, in dem *überörtliche* und *fachübergreifende* Entwicklungsvorstellungen formuliert ... werden.“ (ARL 2005: 863).

Durch die neu entstehenden ländlichen Regionen wurde die Raum- und Siedlungsstruktur massiv verändert. Es entsteht eine starke Verschiebung von der bestehenden Raumordnung mit Zwangssiedlungen als kontrollierten Ortschaften, die eine wenig differenzierte Nutzungsstruktur haben, und Städten hin zu einer Raumordnung mit mehr ländlichen Regionen, die nun potentiell eine erheblich erweiterte landwirtschaftliche Nutzung mit sich bringen. Auch die Struktur der bestehenden Siedlungen und Ortschaften erfährt durch die Rückführung und die Inlandsflüchtlinge starke Veränderungen. Diese Verschiebung, aber auch die Zunahme der Einwohner in den Zwangssiedlungen und in den Städten, stellt die vorhandene Nutzungsstruktur in Frage.

Unter diesen Umständen muss der Entwicklung im ländlichen Raum eine besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Die Nutzungsform in den neuen Dörfern kann nicht darauf beschränkt bleiben, wie es sich zurzeit darstellt, eine Einrichtung zur massenhaften Unterbringung der Menschen zu sein. Ländlicher Raum muss als Chance für die Entwicklung des Landes begriffen werden,- insbesondere zur Lebensmittel- und Beschäftigungssicherung.

Das ist auch aus Gründen der Vermeidung einer Überbelastung der städtischen Dienstleistungen notwendig. Wie sich in der Praxis erwiesen hat, führt die Nichtbeachtung der Erfordernisse in dem entstehenden ländlichen Raum dazu, dass viele Familien die städtischen Dienstleistungen in Anspruch nehmen und dies dann auch zum Anlass nehmen, sich in den Städten ganz niederzulassen.

Für die neuen ländlichen Regionen müssen in den Bereichen Beschäftigung, Infrastruktur und Wohnungswesen Entwicklungsvorstellungen formuliert werden. Erst dann wird es möglich sein, die Land-Stadt-Beziehungen zu regeln, die dann auch auf die Fragen zu den ländlichen Zentren eine Antwort ermöglichen. Kunzmann, Diaw, Olima und Banimb befürworten ländliche Wachstumszentren: “Supporting the development of rural growth centres and small urban settlements at suitable locations ... improve the urban-to-rural export of information and the rural-to-urban export of rural products.” (Kunzmann u.a. 1992: 21).

Hier muss notwendigerweise die Rolle der Zwangssiedlungen thematisiert werden. Wie im Kapitel 7 am Beispiel Shela Dize diskutiert wurde, waren die Vorstellungen der kurdischen Politik, die Zwangssiedlungen aufzulösen, nicht realisierbar. Bei der Entwicklung von regionalen Zentren müssen Lage und Potentiale der Zwangssiedlungen berücksichtigt und ergebnisoffen entschieden werden, ob diese die Rolle von

Regionalzentren übernehmen könnten. In Abhängigkeit von wirtschaftlicher Bedeutung und sektoraler Zielsetzung wird auch die Bedeutung von regionalen Zentren definiert. Das kann Antworten auf die Versorgung der neuen Dörfer als kleine Einheiten liefern, weil die Versorgung von vielen kleinen Dörfern durchaus die vorhandenen begrenzten Kapazitäten übersteigen und damit eine effektive Ressourcennutzung verhindern würde.

9.4 Sektorale Zielsetzung

Idriss Jaiziry, seinerzeit Präsident des "International Fund for Agricultural Development (IFAD)", schreibt in seinem Vorwort zu "Ghana under Structural Adjustment" folgendes:

"Rural smallholders figure among Ghana's poorest social groups. These same smallholders, however, are also one of Ghana's richest resources. With their potential to increase food production, smallholders can make the difference between national food security and self-sufficiency or continued food dependency." (Sarris & Shams 1991: xxi)

Prinzipiell gilt das auch für die kurdischen Rückkehrer. Beim Wiederaufbau des ländlichen Raumes in Kurdistan muss aus diesem Grunde Landwirtschaft als Wirtschaftssektor Vorrang haben. Dennoch muss die Rolle der Landwirtschaft in der Gesamtwirtschaft betrachtet werden. Über die klassischen Inputs der wirtschaftlichen Tätigkeit, nämlich Land, Kapital und Arbeitskraft hinaus, spielen bei der sektoralen Zielsetzung bestimmte Rahmenbedingungen eine große Rolle, wie die bisherige Orientierung der wirtschaftlichen Tätigkeit und Externalitäten wie das Bildungsniveau.

Irak war vor dem Krieg dabei, eine Industrie aufzubauen, und das mit beachtlichem Erfolg; das Land verfügte neben Ölressourcen über ein leistungsfähiges Bildungswesen. Diese Standards fehlten aber teilweise oder ganz in den kurdischen Gebieten. Außer den Dienstleistungen und dem Handel war der kurdische Nordirak wenig entwickelt. In den neu entstehenden ländlichen Regionen sind jedoch zusätzlich besondere Bedingungen zu berücksichtigen. Dazu gehören:

1. die Rückkehrer haben nach den Deportationen keine dauerhafte wirtschaftliche Tätigkeit ausgeübt,
2. Bildungsniveau und Arbeitsqualifizierung der Rückkehrer sind überwiegend sehr niedrig,
3. Gruppe 1 und Gruppe 2 der Rückkehrer haben vollkommen unterschiedliche Beschäftigungshintergründe und Arbeitserfahrungen,
4. das Land muss erneut urbar gemacht werden,
5. es gibt keine Wirtschafts- und Finanzinstitutionen,
6. es fehlen technische Ausrüstung und Kapital.

Wenn neben diesen Besonderheiten auch die Bedingungen des doppelten Embargos berücksichtigt werden, wird deutlich, dass die landwirtschaftliche Tätigkeit einer der Schwerpunkte der sektoralen Entwicklung des Landes sein sollte. Aus den oben genannten Gründen 1) bis 6) und aus den Gründen des Generationenkonfliktes zwischen Gruppe 1 und Gruppe 2 muss der Schluss gezogen werden, dass die traditionelle Subsistenzwirtschaft längerfristig nicht den Erfordernissen der landwirtschaftlichen Tätigkeit entsprechen wird. Die Teilen der Rückkehrer vertraute Technik aus der Zeit der Subsistenzwirtschaften wurde in einigen Gebieten schnell eingesetzt. Dabei gibt es vier wesentliche Hindernisse, diese Technik erfolgreich zu nutzen:

1. Traditionell wird in Kurdistan die Feldarbeit von Männern übernommen. In einigen neu entstehenden Regionen fehlen die Männer, die diese Technik beherrschen;
2. die neueren Generationen kennen und beherrschen die alte Technik nicht, was mit dem dritten Hindernis verbunden ist;
3. die Akzeptanz der alten Technik ist bei der neueren Generation weitgehend sehr niedrig; und schließlich
4. diese Technik wird nicht produktiv genug sein, um die Versorgung der Bevölkerung mit Lebensmitteln zu sichern.

Bei der Entwicklung landwirtschaftlicher Tätigkeit müssen Existenzgründungen im Sinne von für den Markt produzierenden Bauern ermutigt und organisiert werden. Dies verlangt eine institutionelle Unterstützung und Beratung der Existenzgründer wie auch ein langfristig organisiertes Kreditwesen.

In den neu entstehenden Regionen ist der Bedarf an Häusern groß. Der durch UN-Organisationen und NGO's unterstützte Bau von Häusern war eine Antwort auf die Not, aber keine Antwort auf die Erfordernisse eines Wohnungswesens¹²⁴ für die Zukunft. Hier müssen die erforderlichen Regelungen, Kompetenzen und Fragen der Finanzierung erarbeitet werden. Dieser Bereich würde eine rege Bautätigkeit anstoßen und damit einen wichtigen sektoralen Schwerpunkt bilden. Die Bautätigkeit kann Arbeitsplätze schaffen und neben Existenzgründungen eine wichtige Quelle von Einkommenssicherung sein.

Diese beiden Bereiche, nämlich Bau- und landwirtschaftliche Tätigkeit, können längerfristig für Beschäftigung und Einkommenssicherung nicht genügen. Wie Dalal-Clayton, Dent und Dubois hervorheben, wird die »income diversification« für die ländlichen Regionen notwendig sein, (Dalal-Clayton u.a. 2003: 24f). Auch in den neu entstehenden ländlichen Regionen müssen längerfristige Einkommensquellen entwickelt werden. In diesem Rahmen werden der Tourismus, das Transportwesen, kleine bis mittlere Verarbeitungsbetriebe (für die lokalen landwirtschaftlichen Produkte wie Äpfel, Tiere etc.) und nicht zuletzt dezentrale Energieversorgungseinrichtungen weitere Bereiche sein, die dauerhafte zusätzliche Arbeitsplätze schaffen werden.

124 „Das »Wohnungswesen« umfasst die Gesamtheit der Institutionen, Aktivitäten und Regelungen zur Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum. Zum Wohnungswesen gehören insbesondere die Wohnungsbestände, die Wohnungswirtschaft, die staatliche und kommunale Wohnungspolitik sowie die Haushalte als Bedarfsträger bzw. Nachfrager von Wohnraum.“ (ARL 2005: 1298).

Tourismus scheint ein potentiell wichtiger Bereich werden zu können. Das kann aus der Vorkriegszeit abgelesen werden: in den Sommern war der Massentourismus aus dem Süden des Iraks in den nördlichen Regionen üblich. Dieser Sektor wird mit all seinen Dienstleistungen längerfristig eines der wichtigen Beschäftigungsfelder werden.

9.5 Infrastruktur und Kommunikation

Infrastruktur ist im Allgemeinen ein nicht unproblematischer Bereich bei der wirtschaftlichen Entwicklung, da ihre »Bedeutung für die Raumentwicklung« doppeldeutig ist – d.h.: „Von der Infrastruktur können *Entleerungseffekte* ausgehen.“ (ARL 2005: 469ff). Dennoch ist es eine allgemeingültige Annahme, dass die Infrastruktur „Voraussetzung für die Herstellung, Verteilung und Verwendung von Waren und Dienstleistungen ist“. (ibid.).

In den neu entstehenden ländlichen Regionen Kurdistans fehlt bis auf wenige Straßen die gesamte physische und soziale Infrastruktur. Diese Tatsache verlangt eine rasche Bestimmung von kurzfristigen Maßnahmen und langfristigen Zielen in diesem Bereich. Kurzfristig muss die Erreichbarkeit in einem Mindestmaß gesichert werden, um die Bautätigkeit, die Basisversorgung der Bevölkerung und die Kommunikation sicher zu stellen. Dazu gehören Maßnahmen zum Straßenbau, der Bereitstellung von Transportmitteln, der Gewährleistung sowohl von Grundschulunterricht als auch von Gesundheitsversorgung.

Auf dem Gebiet der Kommunikation scheint eine Lösung gefunden: das mobile Netz ermöglicht eine gute Kommunikation im privaten Bereich. Die Dorfbewohner sind jedoch noch nicht in der Lage, die notwendigen Behördenkontakte auf diesem Wege zu erledigen. Noch nicht ausgebaut ist die Festnetzverbindung, die auch einen Internetzugang ermöglichen könnte. Ein funktionsfähiges Postwesen gibt es nicht mehr, obwohl es vor der Krise gut entwickelt war.

Kommunikation findet weitgehend mündlich statt. Dass das Postwesen nicht wieder aufgebaut wurde, aber das Mobilnetz gut funktioniert, hat im Wesentlichen zwei Gründe: Mobilfunk wird privatwirtschaftlich organisiert. Das Ausmaß schriftlicher Kommunikation ist gering – ein Indikator hierfür ist die Lage der Medien: Fernsehen ist weit verbreitet, während Print-Medien kaum Beachtung finden.

Für die nachhaltige Entwicklung der ländlichen Regionen ist eine langfristige Planung der Infrastruktur notwendig. Gesundheits- und Schulwesen, Straßen-, Strom- und Kommunikationsnetze gehören zu den Aufgaben, die die Lebensstandards in den neu entstehenden Regionen sicherstellen und stabilisierend wirken. Eine langfristige Aufgabe für die ländlichen Regionen ist die Wasserversorgung einschließlich der Bewässerung landschaftlich genutzter Flächen.

9.6 Raumplanerische Instrumente und Methoden zur Umsetzung

Die Anfangsbedingungen des Wiederaufbaus – vor allem die Belange der Nothilfe mit langfristiger Entwicklungsplanung zu verknüpfen – und die vielseitigen Aufgaben, die aus den Entwicklungsvorstellungen der Raumordnung hervorgehen, verlangen eine Herangehensweise, die verschiedene Aspekte und Notwendigkeiten des Wiederaufbaus berücksichtigt und miteinander verbindet. Horst Zierold begründet in einem Beitrag zu »20 Jahre Raumplanung« diese Orientierung wie folgt: „Aufgrund der Veränderungen gesellschaftlicher Rahmenbedingungen ist eine verstärkte Nachfrage nach komplexen, integrierenden Lösungskonzepten feststellbar.“ (Zierold 1990:94). Dies ist im Allgemeinen eine akzeptierte Orientierung in der neueren Theorie und Praxis der Raumplanung¹²⁵ und liefert einen umfassenden Katalog von Planungsinstrumenten.

Natürlich darf nicht angenommen werden, dass gute Konzepte das Problem der ländlichen Entwicklung allein lösen können. Auch eine Aneinanderreihung von Konzepten reicht nicht aus, wie Dalal-Clayton, Dent, Dubois feststellen:

„In developing countries, rural planning is expected to achieve an eclectic mixture of goals.“ (Dalal-Clayton u.a. 2003: xv).

Solche Ziele sind zahlreich, wie auch die genannten Autoren an der Stelle betonen. In dieser Aneinanderreihung von Zielen bleiben vor allem das Empowerment und die partizipative Entwicklung auf der Strecke. Deswegen ist hervorzuheben, dass vielmehr ein Gesamtrahmen notwendig ist, der das Zusammenspiel der verschiedenen Konzepte im Sinne einer Zielformulierung platziert und dirigiert. Beispielsweise zeigt die Diskussion um das „Integrated Water Resources Management (IWRM)“, siehe Kasten, dass ohne „politische, institutionelle und ökonomische Reformen“, d.h. ohne einen funktionierenden Gesamtrahmen, die besten Konzepte nicht weiter helfen, wie Susanne Neubert und Elke Herrfahrtd hervorheben:

“Das neue Leitbild des integrierten Wasserressourcenmanagements geht davon aus, dass die Wasserkrise nicht in erster Linie hydrologisch zu verstehen ist. Sie wird vor allem als Managementproblem gesehen, sollte aber darüber hinaus auch als Governance-Problem verstanden werden (...). Das entscheidende Problem ist nicht die absolute Wasserarmut, sondern schwache Institutionen, fragmentierte sowie ineffektive Politikeinsätze und die Dominanz auf einzelne Sektoren begrenzter Programme. Für den guten Umgang mit Wasser sind damit tiefgreifende politische, institutionelle und ökonomische Reformen entscheidend.“ (Neubert & Herrfahrtd 2005: 239).

125 Es gibt eine Fülle von Veröffentlichungen, die diese neue Orientierung thematisieren. In dieser Arbeit wird insbesondere auf die Werke von Dalal-Clayton, Dent, Dubois, Kroës, Kreibich und Schmidt-Kallert Bezug genommen.

Integriertes Wasserressourcenmanagement (IWRM)

Integriertes Wasserressourcenmanagement (Integrated Water Resources Management – IWRM) ist ein flexibler, prozessorientierter und ganzheitlicher Ansatz zur optimalen Entwicklung von Wasser, Land und der damit in Beziehung stehenden Ressourcen. IWRM zielt auf die Maximierung des gesellschaftlichen Wohles aus der Ressourcennutzung unter Betonung von deren Nachhaltigkeit. Der Ansatz ist inzwischen - auch durch die Unterstützung der deutschen EZ - zum international anerkannten wasserpolitischen Leitbild geworden. Als solches ist er auch für das deutsche Engagement im Wassersektor verbindlich.

IWRM hat im Einzelnen zum Ziel, dass

- Wasser optimal zwischen den verschiedenen Sektoren aufgeteilt und effizient genutzt wird (sektorale Effizienz der Wasserallokation),
- Wasserressourcen für künftige Generationen nachhaltig gesichert werden (intertemporale Effizienz),
- Konflikte zwischen den verschiedenen Nutzern friedlich und rational gelöst werden (Krisenprävention),
- der Zugang der Armen zu sauberem Trinkwasser und adäquaten Sanitäreinrichtungen zu sozialverträglichen Preisen gesichert ist (Sozialverträglichkeit),
- wasserinduzierte Krankheiten eingedämmt werden (Gesundheit),
- Ökosysteme ihre lebenswichtigen Funktionen erhalten und entfalten können (Artenvielfalt).

Aus: Der Wassersektor in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit, BMZ-Materialien Nr. 154, Bonn 2006

Box 2: IWRM - Integrated Water Resources Management.

Für Kurdistan, und insbesondere für die Wiederentstehung der ländlichen Regionen, werden die einzelnen Konzepte allein nicht helfen. Die raumplanerischen Konzepte müssen im Rahmen der Zielformulierung angepasst werden.

Diese Zielformulierung muss im Wesentlichen vier Stützen haben, die miteinander im Zusammenhang stehen - wie in der Abbildung 10 nächste Seite dargestellt:

1. Institutionelle Unterstützung und Beratung
2. Lokale Selbstverwaltung
3. Nutzung von lokalen Ressourcen
4. Kreditwesen

In diesen Bereichen können dann die Konzepte wie „Integrierte Entwicklungsplanung“ des BMZ, „Sustainable Livelihoods“ des DFID, das oben erwähnte internationale Konzept des IWRM sowie das Konzept von „Linking Relief, Rehabilitation and Development“, LRRD, angewendet werden.

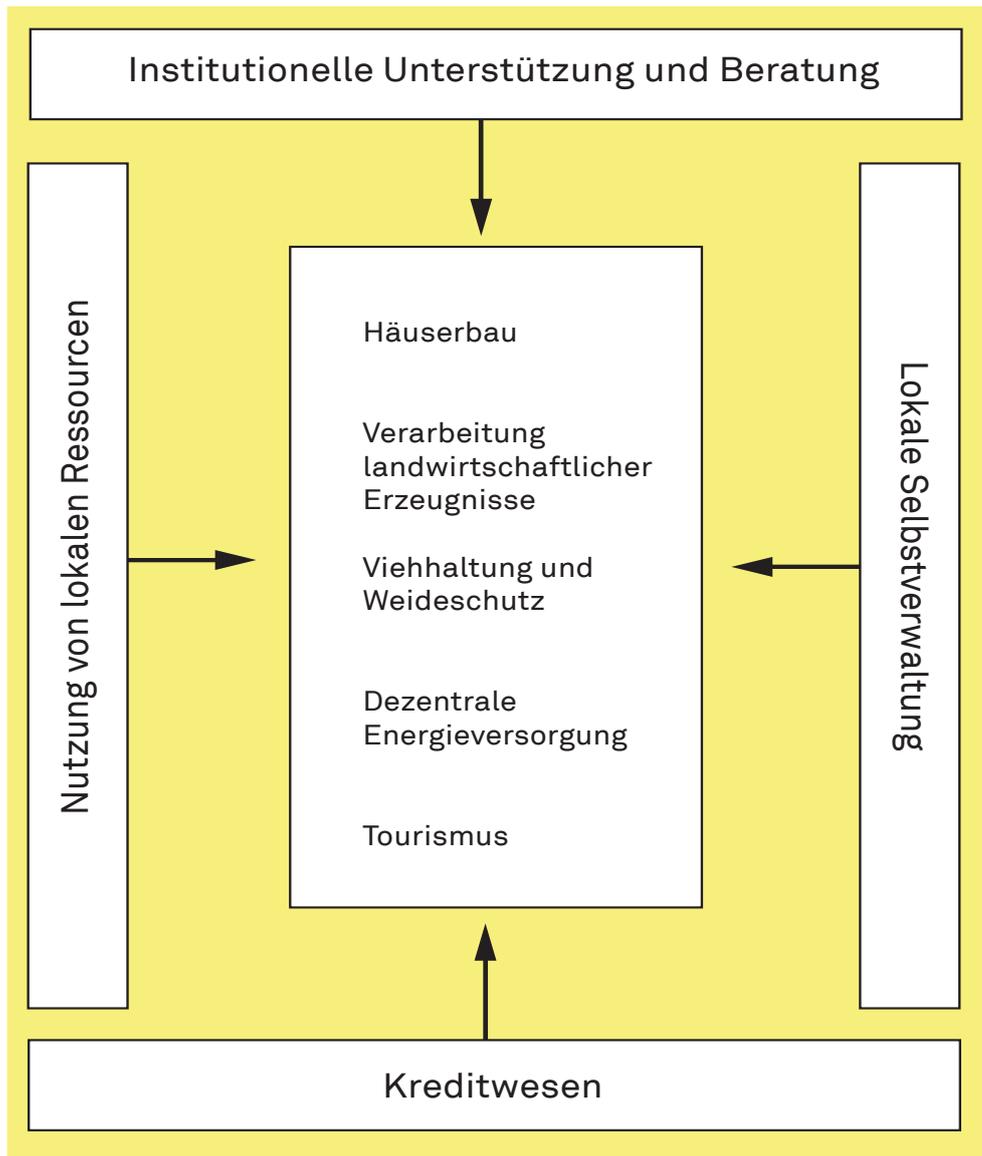


Abbildung 10 : Rahmenbedingungen endogener Entwicklung
Quelle: Eigene Darstellung

10 Ein anderes Berwari Bala: Möglichkeiten und Orientierungen für den Wiederaufbau

In diesem Kapitel soll das im Kapitel 9 vorgeschlagene Rahmenkonzept der Zielvorstellungen zum Wiederaufbau am Beispiel Berwari Bala diskutiert werden.

Für die Entwicklung des ländlichen Raumes werden in der neueren Literatur insbesondere zwei Konzepte thematisiert. Das sind einmal das Konzept des »regional rural development« der deutschen Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ), das in den 80er Jahren entwickelt wurde und zum anderen das »sustainable livelihood« Konzept, das vom englischen Department for International Development (DFID) seit 1997 vorgestellt wurde. (Dalal-Clayton u.a. 2003: 14 ff). Diese Konzepte können Anhaltspunkte zum Wiederaufbau liefern; jedoch muss berücksichtigt werden, dass der ländliche Raum in Berwari Bala erst im Entstehen begriffen ist, und damit die Anwendung ähnlicher Konzepte erst geprüft werden muss.

Bei dem Konzept *sustainable livelihood framework*, (ibid.: 15), stehen die Carney'schen »capital assets« im Mittelpunkt. Diese wichtigsten Aktivposten sind: natural capital, social capital, human capital, physical capital und financial capital. (ibid.:16). Für die Rückkehrer in Berwari Bala sind keine von diesen existent, eventuell noch das erste, nämlich das *natural capital*, das aber erst noch zugänglich gemacht werden muss. Diese Sachlage verlangt eine viel tiefergehende Konzeption, denn »the livelihood« muss sich erst konstituieren. Auch wenn der ganze Wiederaufbauprozess eine Art Volksbewegung war, darf nicht übersehen werden, dass die Rückkehrerfamilie als Grundeinheit dieser Bewegung relativ autonom gehandelt hat. Weder den einzelnen Dörfern noch dem Gebiet standen Institutionen oder ad-hoc Organisationen zur Seite, die das Gemeinwesen in den Vordergrund gestellt haben. Insofern können Aktivitäten zur Förderung der ländlichen Entwicklung nicht bei der Gemeinde ansetzen, sondern müssen auf der Ebene der Familie beginnen. Dieses Faktum wird in der folgenden Diskussion stets zu berücksichtigen sein. Familienförderung in den Bereichen Existenzgründung, Wohnungsbau und Kreditwesen, verknüpft mit der regionalen Entwicklung, wird zielführend sein. Ein weiterer Schritt, der zeitlich später folgen muss, ist die Erhöhung der Organisationsfähigkeit und Konstituierung der Dorfgemeinden. Im Folgenden werden diese Themenbereiche behandelt.

Große Beachtung muss außerdem der Frage des Landbesitzes gelten. Denn eine Voraussetzung für die oben erwähnten Konzepte ist die Klarstellung der Besitzverhältnisse. Die unsicheren politischen Bedingungen, die unmittelbar nach der Krise herrschen, schaffen bei den Rückkehrern starke Verunsicherungen, die für den Wiederaufbauprozess alles andere als förderlich sind. Die Rückkehrer benötigen möglichst rasch eine Bestätigung von offizieller Seite, dass sie ihren angestammten Landbesitz erneut beanspruchen können. Bei den Dorfgründungsaktivitäten in Balinda, 1992, hat ein Rückkehrer die DhK-Mitarbeiter mit folgender Frage konfrontiert: „Ich habe bisher sieben Mal ein Haus gebaut, das am Ende wieder zerstört wurde. Woher

nehme ich die Gewissheit, dass mein Haus, das ich jetzt mit Ihrer Hilfe baue, nicht auch zerstört wird?“

Bei solchen Unsicherheiten fehlt eine verlässliche Grundlage für Existenzgründungen – diese Unsicherheiten müssen durch konkrete Maßnahmen zerstreut werden.

10.1 Potentiale des Gebietes

Berwari Bala ist ein Gebiet, das noch weitgehend unerschlossen und auch unerforscht ist. Die Tätigkeit der Menschen bis zu den Vertreibungen und Deportationen unterschied sich kaum von denen vor tausend Jahren, wenn man von den militärischen Aktivitäten verschiedener Prägung absieht. Die jetzige Entwicklung durch die Wiederansiedlung brachte zwar moderne Produkte in dieses Gebiet, die jedoch im Wesentlichen Konsumgüter waren. Auch die bäuerliche Arbeit wird überwiegend von Hacke und Schaufel geprägt. Maschinen werden noch kaum eingesetzt.

Die Frage ist also berechtigt, aus welcher Perspektive die Potentiale eines Gebietes betrachtet werden. Hier zwei Fragen zur Orientierung:

1. »natural capital«: Was kann Berwari Bala in Kurdistan, im Irak und im Großraum Nahost anbieten, was ist seine Rolle in diesem Zusammenhang?
2. »human capital«: Welche endogenen Kräfte können freigesetzt werden, um die im ersten Punkt angesprochene mögliche Rolle spielen zu können?

Aus dieser Perspektive werden die Bevölkerungsstruktur und die natürlichen Ressourcen betrachtet.

10.1.1 Bevölkerungsstruktur

Über die Bevölkerungsstruktur gibt es für dieses wie auch über die übrigen Gebiete kaum veröffentlichte Daten. Wie im Kapitel 2.2 erläutert, ist die Bevölkerung sehr jung. Dies gilt auch für Berwari Bala. Mit konkreten Daten kann das jedoch nicht belegt werden. Die vorhandenen Daten sind nicht nur veraltet, sie sind auch für die wiederaufgebauten Dörfer nicht übertragbar. Es existieren keine Prognosen für die Bevölkerungsentwicklung, keine Daten über Geburtenrate und Migrationszahlen. Aus diesem Grunde basieren die folgenden Schätzungen auf Beobachtungen des Verfassers während seiner Aufenthalte in diesem Gebiet.

In den 46 Dörfern von Berwari Bala leben ca. 10 000 Menschen. Der Altersdurchschnitt ist etwas höher als die Gesamtbevölkerung Kurdistans, weil viele junge Menschen im Schulalter zwischen 13 und 18 Jahren in den Städten oder in den früheren Zwangssiedlungen zur Schule gehen (Familienteilung). Teilweise besuchen auch die Grundschul Kinder die Schule in diesen Zentren. Zurzeit gibt es Anstrengungen, in dem Gebiet weiterführende Schulen der Sekundarstufe - I und - II zu etablieren. Trotz großer Anstrengungen ist die Qualität meist geringer als in den Städten. Oft fehlen sowohl Lehrkräfte als auch Lehrmaterial. Das beeinträchtigt die Motivation der Schüler und die der Lehrkräfte und daraus folgend auch die Leistung der Lernenden. Aus diesem Grunde

haben die Absolventen dieser Schulen kaum Chancen, an den Hochschulen einen Platz zu bekommen. Das wiederum stärkt die Tendenz, die Kinder in die Schulen der größeren Zentren zu schicken. Dies hat aber den Effekt, dass diese jüngeren Menschen nach Schulabschluss nicht in ihre Dörfer zurückzukehren wollen.

Die oben beschriebene Einschätzung betrifft die Jungen eher als die Mädchen. Die Mädchen bleiben nach der Grundschule häufiger zu Hause, während die Jungen eher zu einer weiterführenden Schule geschickt werden. Dies bewirkt, dass die junge Dorfbevölkerung immer weiblicher wird.

Hinzu kommt, dass Frauen über 30 und Männer über 40 überwiegend Analphabeten sind.

Da die Bildungsschicht (Gruppe 4) nicht in die Dörfer zurückgekehrt ist, wird die Bevölkerung von Berwari Bala insgesamt einen erheblichen Bildungsrückstand bekommen.

Zusammenfassend kann geschlossen werden, dass die Bevölkerung dieser 46 Dörfer sich erheblich von der des Landesdurchschnitts unterscheidet. Es ist zu vermuten, dass die Dorfbevölkerung zunehmend älter wird und immer mehr junge Menschen die Dörfer verlassen. Damit ist das Potential an Fähigkeiten und Fertigkeiten der Bevölkerung in dieser Region stark gefährdet.

10.1.2 Natürliche Ressourcen: Klima, Wasser und Land, Sonne und Wind

Berwari Bala ist eine der fruchtbarsten Regionen des Landes. In dieser bergigen Landschaft gibt es im Winter viel Schnee und im Frühling viel Regen. Da es in den heißen Sommermonaten, sie dauern in der Regel von Juni bis Oktober, kaum Niederschlag gibt, ist der Trockenanbau recht schwierig. Wegen der Wasserknappheit in dieser Zeit sind Fauna und Flora in einer schwierigen Situation. Dieses Gebiet gehört zwar zu dem historisch berühmten »fruchtbaren Halbmond«, doch hat die menschliche Nutzung durch Jahrtausende die Wälder erheblich dezimiert; eine starke Erosion und eine dezimierte Fauna sind die Folge, (Sinemillioglu 2001: 8ff).

Trotz seiner Fruchtbarkeit ist kultivierbares Land knapp. Die Nutzung von Wasser verlangt einen behutsamen Umgang, andernfalls ist die Bewässerung gefährdet. Zudem zeigt die Trockenheit der letzten Jahre deutlich, dass das Wasser mit den bisher praktizierten Techniken kaum mehr für die Bewässerung der Felder ausreicht.

Ein Handikap für die Nutzung der Felder ist auch ihre Größe. Die Tendenz geht hin zu weiterer Verkleinerung der Felder. Eine Flurbereinigung hat bisher nicht stattgefunden.

Im Vergleich zu den südlichen Teilen des Iraks ist diese Region auch im Sommer kühler und für die Menschen viel verträglicher. Daraus ergibt sich ein erhebliches Potential für Inland- und Regionaltourismus. In den letzten Jahren haben Städter ihren Sommerurlaub in den gebirgigen nördlichen Teilen des Landes verbracht, unter anderem auch im historischen Amadiya.

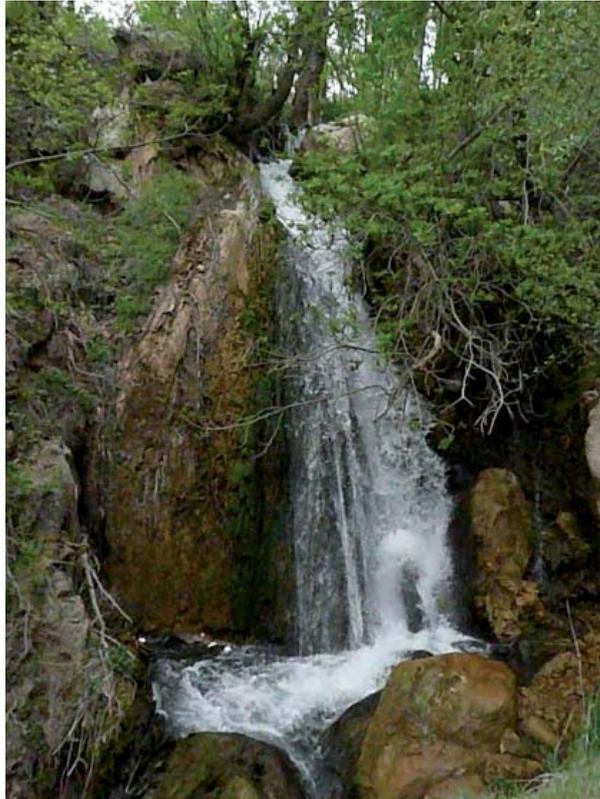


Foto 13: Wasser, eine wichtige Ressource, Adine, BB, 2008

Quelle: Sinemillioglu, 2008

Das Gebiet Berwari Bala birgt große Potentiale für erneuerbare Energien, insbesondere aus dem Bereich der Sonnen- und der Windenergie. Trotz der chronischen Knappheit von Strom und Heizenergie gibt es derzeit aber keine erkennbaren Absichten und Vorhaben, in diesem Bereich aktiv zu werden.

10.2 Tragende Säulen des bäuerlichen Lebens: Existenzgründungen und soziale Dienstleistungen

Im Gebiet Berwari Bala muss die Wiederaufbauarbeit die bäuerlichen Existenzgründungen in den Mittelpunkt stellen und diese wenigstens durch ein Minimum von sozialen Dienstleistungen ergänzen. Die Rückkehrerfamilien müssen durch Existenzgründungen die Möglichkeit schaffen können, längerfristig sich selbst zu versorgen. Die Grunddienstleistungen, d.h. die Gesundheitsversorgung auf einem Minimum und die schulische Grundausbildung für Kinder, müssen gesichert sein, damit sich die Familien in ihrer neuen Lebenswelt einrichten können. Die Erfahrung der DhK-Arbeit zeigt, dass das Fehlen der Grunddienstleistungen die Bedeutung von Existenzgründungen in den Hintergrund schiebt. Das Fehlen dieser Leistungen bedeutet Diskontinuität, die nicht hinnehmbar ist. Möglichkeiten, diese Diskontinuität zu umgehen, gibt es: Teilung der Familie oder nur eine temporäre Rückkehr – beides würde die Entstehung der neuen Dörfer schwächen und damit den Wiederaufbauprozess des Gebietes stören.

10.2.1 Sicherung der bäuerlichen Existenzgründungen

Die Rückkehrerfamilie muss in der Lage sein, für ihre Existenz zu sorgen. Damit sie das können, müssen die Familienmitglieder Beschäftigungsmöglichkeiten bekommen. Natürlich müssen diese Beschäftigungsfelder auf lange Sicht im Sinne von Diversifizierung der Arbeitsfelder gestaltet werden. Dennoch wird zum Beginn des Wiederaufbaus im Wesentlichen die landwirtschaftliche Tätigkeit im Mittelpunkt stehen müssen. Denn dafür stehen die »natural assets« zur Verfügung, die praktisch sofort zur Nutzung bereit stehen. Dies ist zum Beginn des Wiederaufbaus der einzige Beschäftigungsbereich, für den die Rückkehrerfamilien in einem gewissen Umfang Fähigkeiten und Fertigkeiten mitbringen.

Zu diesem Feld gehören eine sofortige Bestandsaufnahme der Möglichkeiten der Rückkehrerfamilien in den Bereichen Ackerbau und Viehhaltung. Für den Ackerbau muss gesichert sein, dass die Existenzgründer Landwirtschaftsgeräte, Saatgut und das Instrumentarium für die Instandsetzung von Bewässerungsanlagen bekommen. Für die Viehhaltung müssen eine Tierbank gegründet, die potentiellen Viehhalter geschult und Stallungen vorbereitet werden.

Zu Beginn dieser Maßnahmen muss die Selbstversorgung im Vordergrund stehen. Die Vermarktung der bäuerlichen Erzeugnisse kann mittelfristig angegangen werden, denn die Stabilisierung des Marktes und die Entstehung von lokalen Zentren werden zu Beginn des Wiederaufbaus noch nicht zur Verfügung stehen. Dennoch muss es stets Teil der längerfristigen Strategie sein, die Vermarktung der bäuerlichen Erzeugnisse möglich zu machen.

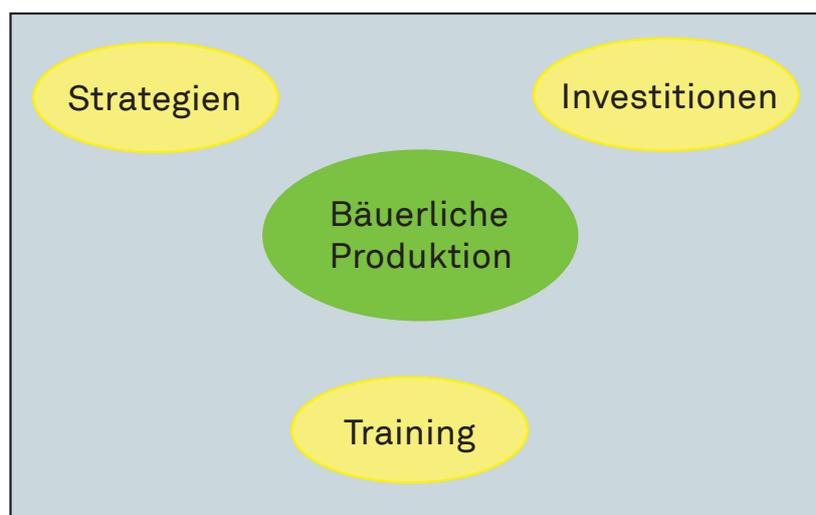


Abbildung 13 : Stützen bäuerlicher Produktion in Berwari Bala

Quelle: Eigene Darstellung

Einen Teil dieser Strategie stellen Beratungs- und Schulungsmaßnahmen für die Existenzgründer dar, wie in der Abbildung 28 dargestellt wird. Die Abbildung zeigt die drei Säulen der zur längerfristigen Entwicklung führenden Tätigkeiten in neuen Dörfern.

10.2.2 Aufbau und Entwicklung der Dienstleistungen im Gesundheits- und Bildungswesen

Das Bildungs- und Gesundheitswesen als staatliche Dienstleistung muss eine Grundschulbildung ermöglichen und die Gesundheitsversorgung auf einem Minimum sicherstellen. Ohne die verlässliche Bereitstellung dieser Dienstleistungen werden die Rückkehrer nicht in der Lage sein, sich dauerhaft in den neuen Dörfern eine Existenz aufzubauen. Nach den Deportationen haben die früheren Bewohner der Dörfer ein modernes Gesundheits- und Schulwesen kennengelernt – in diesem Bereich also konnten ausschließlich die Modelle für Wirklichkeit wirken. Ohne eine Schule für seine Kinder wäre niemand dauerhaft bereit und in der Lage, in den neuen Siedlungen zu leben. Ebenso ist es notwendig, dass ein Minimum an Gesundheitsversorgung gewährleistet wird.

Die notwendigen Maßnahmen müssen für die gesamte Region konzipiert werden, weil die entstehenden Siedlungseinheiten nicht immer die nötige Einwohnerdichte haben. Diesem Sachverhalt kann dadurch Rechnung getragen werden, dass eine Gruppe von Dörfern zusammengefasst wird, um die nötigen Dienste zur Verfügung zu stellen, wie in der Abbildung 14 auf Seite 199 dargestellt. In dem Gebiet wird andererseits bereits praktiziert, dass die Dienste auch zu den Dörfern gebracht werden können. Das setzt jedoch voraus, dass die Straßenverbindungen zu den entlegenen Siedlungseinheiten führen.

Ein zu lösendes Problem ist die Bereitstellung der medizinischen und schulischen Fachkräfte. Für diese Kräfte müssen genügend Anreize geschaffen und Möglichkeiten zum Pendeln zwischen den Siedlungen geprüft werden. Der Einsatz von lokalen Fachkräften, der temporäre Einsatz von Staatsbediensteten oder Freiwilligendiensten können ergänzende Möglichkeiten sein. Diese kurz- und mittelfristigen Einsatzmöglichkeiten müssen die Basis für längerfristige Planungen sein.

10.3 Die Rolle des Wohnungsbaus

Zum Beginn des Wiederaufbaus war das dringendste Problem die Versorgung von Rückkehrerfamilien mit Unterkünften bzw. Wohnraum. Angesichts der Schwere der Not, der Begrenztheit der Mittel, aber auch aufgrund fehlender Konzepte konnte das Problem des Wohnungsbaus nicht gelöst werden. Dabei gibt es ein Potential, das nicht erkannt wurde. Die Rückkehrer haben ohne jeglichen Widerspruch akzeptiert, ihre Unterkünfte selbst zu bauen, wenn man ihnen Baumaterial gab. Dies war eine gute Grundlage für partizipative Planung. Wie im Kapitel 7 erläutert, wurden die Rückkehrer allerdings nur als Hilfsempfänger behandelt. Das Problem wurde nicht zusammen mit der Zielgruppe

diskutiert, auch wurde nicht gemeinsam nach Lösungsansätzen gesucht; vielmehr wurde ein Bedarf »festgelegt« und danach das Material verteilt.

Zudem hätte der Bau von mehreren hunderttausend Wohnungen ein großes Potenzial für die lokale Bauwirtschaft dargestellt. Die Entwicklung und Nutzung von lokalen Baustoffen hätte nicht nur Beschäftigung gefördert, sie hätte auch die Entwicklung von lokaler Wirtschaft vorangebracht. Auch die Frage des klimagerechten Bauens hätte in diesem Rahmen behandelt werden können.

10.3.1 “An Englishman’s home is his castle” – die kurdische Familie und ihr Haus: Status und Lebensqualität

Wie in den Kapiteln 7 und 9 dargestellt wurde, haben die Modelle für und von Wirklichkeit, die Befriedigung des Wohnbedarfs betreffend, beim Wiederaufbauprozess eine große Rolle gespielt. Vor den Deportationen haben die Familien in der Regel ihr eigenes Haus besessen und diese Orientierung wurde nach den Deportationen prinzipiell beibehalten. In Zwangssiedlungen gab es keine Mehrfamilienhäuser, wie es auch in den kurdischen Städten prinzipiell wenige Mehrfamilienhäuser gegeben hat. Kulturell bedingt ist ein Haus ein Statussymbol – und je größer dieses Haus ist, desto wohler fühlt sich der Eigentümer. Das englische Idiom „an Englishman’s home is his castle“ beschreibt treffend auch die Bedeutung des Hauses für die kurdischen Bauern.

Diese kulturelle Eigenschaft hat sich erhalten – auch in Berwari Bala. Die Erfahrungen der Arbeit von DhK zeigen, dass die Rückkehrer einen großen Wert darauf gelegt haben, ein großes Haus mit einem möglichst großen Vorzeigezimmer zu bauen, auch wenn diesem Wunsch nicht immer entsprochen werden konnte, weil die Voraussetzungen nur den Bau von kleinen Unterkünften erlaubten.

Im früheren Dorfleben hat es wirtschaftliche Gründe gegeben, dass eine Familie ihr eigenes Haus haben musste. Ein kurdisches Dorfhaus war gleichzeitig eine Produktionsstätte zur Selbstversorgung. Diese Notwendigkeit erwuchs aus den Bedingungen der Subsistenzwirtschaft. Hier ist ein Haus mit einem Stall verbunden, Wintervorräte werden gehortet und es werden Nutzungsgegenstände wie z. B. Teppiche produziert. (Sinemillioglu 2001: 27 ff). Das traditionelle Haus wurde mit den lokalen Baustoffen gebaut, mit einem Flachdach, dessen Pflege im Winter schwere Arbeit war. Darüber hinaus war das traditionelle Haus an die klimatischen Bedingungen angepasst. Dieses Bild wirkte als Modell noch immer im Hintergrund, doch die Vorstellung von der Art der Baumaterialien war eine völlig neue: die Familien wollten Zement als Baumaterial eingesetzt wissen. Bauen mit Zement gilt als »modern« - eine Vorstellung, die sie aus der Zeit nach den Deportationen von den Zwangssiedlungen oder Städten mitgebracht haben.

Die Auseinandersetzung mit diesen Vorstellungen – das Wirken der Modelle von Wirklichkeit und der Modelle für Wirklichkeit – schafft grundsätzlich die Möglichkeit, die Bau- und Siedlungsform zukunftsorientiert zu gestalten – wie am Beispiel von Sarke, einem durch die Arbeit von DhK 1997 wiederaufgebauten Dorf im Gebiet Zebar,

praktiziert wurde. Diese Auseinandersetzung muss auf folgende Frage Antworten liefern: Wie soll die Form und die Rolle des Hauses in den neu entstehenden kurdischen Dörfern aussehen?

Es gibt also bei den Rückkehrern beim Häuserbau einen Modernisierungsbedarf. Ohne die folgenden Fragen zu beantworten, wird der Wohnungsbau nicht zufriedenstellend gestaltet werden können:

- Welche Funktionen der Häuser aus der Zeit vor den Deportationen sollen übernommen werden?
- Welche Elemente des Baustils des traditionellen Bauens können übernommen werden?
- Wie soll die Siedlungsstruktur gestaltet werden – kann das frühere Dorfmodell übernommen werden?
- Welche Baustandards müssen berücksichtigt werden?

Diese Fragen suchen in Berwari Bala noch immer ihre Antworten.



Foto 14: DhK - Cidide, BB, wieder aufgebaut, 2002

Quelle: Sinemillioglu, 2004

10.3.2 Potential oder Problem: Lokale Ressourcen und Bautätigkeit

Faktum ist, dass in den neu entstehenden Dörfern keine Häuser standen. Die Rückkehrer haben in Zelten leben müssen, bis sie ihre Unterkünfte fertiggestellt hatten. Diese Anfangsbedingungen stellen zwar ein Problem dar, aber sie beinhalten eigentlich auch eine große Chance, denn die Schaffung von Wohnraum verlangt eine Bautätigkeit, Arbeitskräfte, Kapital und Baustoffe. Die Organisation dieser Bautätigkeit schafft die Grundlage für

- a. eine partizipative Zusammenarbeit und Planung,
- b. nachhaltige Entwicklung und Nutzung von lokalen Baustoffen,
- c. Schaffung von Arbeitsplätzen und damit die Entfaltung von Einkommensmöglichkeiten sowie
- d. Befriedigung von Wohnbedarf.

Eine auf die Region gerichtete Politikbestimmung könnte einen Rahmen schaffen, in dem die Bautätigkeit eine Säule der regionalen Gesamtentwicklung ist. Das bedeutet, dass in den folgenden zwei Bereichen Handlungsbedarf besteht:

1. Die Bestimmung von Bau-Standards für die ländlichen Regionen, die vor allem Klimagerechtes Bauen in den Mittelpunkt stellt, und
2. die Finanzierung der ländlichen Bautätigkeit.

Die Bautätigkeit umfasst auch öffentliche Gebäude, wie Schulen und Gesundheitszentren, aber auch die Verwaltungsgebäude in den Nahiyes. Die Praxis der Bautätigkeit von DhK bei der Gründung der Dörfer Cidide und Seferiya sowie beim Bau von Schulen zeigt, dass diese Herangehensweise zielführend ist. Hier wurden mit vergleichsweise wenig Mitteln Wohnhäuser und Schulen gebaut, die im argumentativen Austausch mit den Betroffenen entworfen wurden. Durch die Beteiligung der Familien wurde die Größe der Häuser bestimmt, die mindestens 10 qm Wohnfläche pro Person vorsahen. Durch die Nutzung von überwiegend lokalen Baustoffen wurden hunderte von Arbeitsplätzen geschaffen, wenn auch nur temporär befristet.

Langfristig muss die Rolle, die DhK gespielt hat, durch die lokalen Institutionen übernommen werden. Das verlangt vor allem, dass der Rahmen der Finanzierung geklärt werden muss. Darüber hinaus müssen Hilfen zur Verfügung stehen, die die unternehmerische Tätigkeit trainieren und fördern.

10.4 Notwendige finanzielle Rahmenbedingungen: ein Kreditwesen für Wohnungsbau, Landwirtschaft, ländliche Dienstleistungen

Ohne die Schaffung von Finanzierungsmöglichkeiten wird der Wiederaufbau scheitern. Die Nothilfemaßnahmen können allein nicht ausreichen, weil diese auf der Basis von Schenkungen nur eine temporäre Sicherstellung der Versorgung gewährleisten. Dennoch schafft diese Nothilfe Existenzmöglichkeiten in einer Übergangszeit, in der sich produktive Tätigkeit entwickeln kann. Dabei ist jedoch zu berücksichtigen, dass die Trennung von Nothilfemaßnahmen auf der einen Seite von Maßnahmen zur

Ankurbelung von produktiver Tätigkeit auf der anderen Seite erkennbar gemacht werden müssen. Die Rückkehrer neigen dazu, möglichst viel Hilfe ohne jede Gegenleistung zu bekommen – das gilt auch für Berwari Bala, weil sich diese Menschen immer noch in einer unsicheren Umwelt befinden. Auch die kulturelle Einstellung, dass alles, was vom Staat kommt, nichts kostet, ist tief verwurzelt. Dieser Versorgungsmentalität muss entgegengesteuert werden.

Die Rückkehrer haben keine Entschädigungen bekommen, weshalb sie erwarten, dass alle geleistete Hilfe eine wohlverdiente Schenkung ist. Aus der Arbeit von DhK wird ersichtlich, dass die Rückkehrer die Vertreter dieses Vereins als Vertreter des deutschen Staates betrachteten. Dieser Erwartungshaltung musste gegengesteuert werden. Die Entfaltung eigener Möglichkeiten und Fähigkeiten der Rückkehrer muss in den Mittelpunkt gestellt werden, damit eine Zusammenarbeit entsteht, die die partizipative Gestaltung von Entscheidungen ermöglicht. Die Rückkehrer müssen für ihre Probleme selbst die Verantwortung übernehmen.

Eine weitere Maßnahme ist die Schaffung von Rückkehrer- oder Dorfvertretungen, damit es Kommunikatoren zwischen externen Akteuren und den Rückkehrern geben kann. Wenn die Rückkehrer ihre Interessen nicht durch eigene Vertretungen äußern und begründen können, wird jede Kommunikation scheitern, die für partizipative Zusammenarbeit unverzichtbar ist. Die Möglichkeit dazu bieten sowohl die Mughtars als auch ad-hoc-Komitees, die sich um den Mughtar herum bilden. Das Problem ist, dass die Vertretungen der NGO's selbst die Haltung der Rückkehrer akzeptiert und verinnerlicht haben müssen. Diese hatten die Rückkehrer nicht als Partner betrachtet, sondern als arme Bedürftige, für die etwas Gutes getan werden musste. Die Rückkehrer-Vertretungen können auch die Keimzellen für die zukünftige kommunale Entwicklung bilden. Damit würde eine Institution geschaffen, die bei der Entwicklung von mittel- und langfristigen Maßnahmen mitwirken und die Umsetzung von Entscheidungen sicherstellen könnte.

Das Ankurbeln produktiver Tätigkeit muss in Zusammenarbeit mit den Vertretungen von Rückkehrern auf der Basis von Krediten geleistet werden. Die Kredite sollen Perspektiven für die Familien eröffnen, damit der Erfolg ihrer Arbeit in ihren eigenen Händen liegt – mit der beratenden Unterstützung von Kreditgebern.

10.5 Die lernende Region

In den letzten zwei Jahrzehnten ist eine Tendenz zu beobachten, die die regionale Betrachtung in der Planung insbesondere der ländlichen Regionen in den Vordergrund stellt. So steht z. B. in einer FAO-Publikation:

„There has been a resurgence of regionalism and of regional development strategies in European countries to support rural development in recent years.“
(Schmidt-Kallert 2005: 4).

Diese Tendenz war Ausdruck des Willens dieser Länder, der weiteren Schwächung ländlicher Regionen etwas entgegen zu setzen und durch spezielle Programme die Struktur dieser Regionen zu verbessern. PRIDE, LIEDER I & II, REGIONALE und ähnliche Programme sind zu diesem Zweck konzipiert und mit nicht geringem Erfolg umgesetzt worden. (Westholm et al. 1999). Ähnliches beobachten wir in Japan, wo zwischen den 1960er und 1980er Jahren ein starker Zustrom aus den ländlichen Regionen in die Städte zu beobachten war und infolgedessen eine neue Orientierung zur strukturellen Verbesserung der ländlichen Regionen versucht wurde. (Yoshitake & Deguchi 2008).

In den Entwicklungsländern wird das Thema seit Ende der 1960er Jahre thematisiert, seine Bedeutung ist immer noch aktuell. Landflucht, regionale Disparitäten bzw. Ungleichheiten, Degeneration natürlicher Ressourcen sind Themen, die die Gesellschaften wie die Wissenschaft beschäftigen. (Dalal-Clayton u.a. 2003: 9). Die richtigen Entscheidungen zu treffen, um diesen Tendenzen entgegen zu wirken - durch Verbesserung der Schul- und Gesundheitsversorgung, Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, durch Umweltschutz und vieles mehr - verlangen eine neue Orientierung. Diese neue Orientierung wird oft im Rahmen von Dezentralisierung und partizipativer Planung diskutiert, in dem die Rolle einer Region bzw. ihre Selbständigkeit hervorgehoben wird. Schmidt-Kallert stellt das Dorf in die unterste Ebene einer hierarchischen Ordnung und schließt daraus, dass horizontale Netzwerke neue Chancen eröffnen könnten, um die Lebensbedingungen der Menschen in den ländlichen Regionen zu verbessern. (Schmidt-Kallert 2005: 4).

Diese neue Tendenz und *die Besinnung auf den ländlichen Raum* gibt auch Hinweise darauf, wie die Wieder-Entstehung des ländlichen Raumes in Kurdistan gestaltet werden könnte. Und das *Neu-Entstehen* bietet naturgemäß eine Chance, die richtigen Entscheidungen zu treffen. Selbst in Verbindung mit der folgenden Frage würden die neu entstehenden Regionen eine wichtige Rolle in der Entwicklung spielen: warum haben die Rückkehrer ihre Zukunft nicht in den Städten gesucht? Diese hatten zu dieser Zeit für die Rückkehrer keinerlei Perspektiven. In die Städte zogen nur diejenigen, die nicht in ihre ursprünglichen Ortschaften zurückkehren konnten. Sie wurden in öffentlichen Einrichtungen wie Schulen oder Verwaltungsgebäuden untergebracht und lebten in Armut. Die Städte waren noch keine aufstrebenden Zentren und verfügten nicht über leistungsfähige Industrien, die Arbeitskräfte benötigten.

Die Region Berwari Bala muss ihre eigene Rolle in einem Lernprozess finden, aus dem ein Netzwerk der Dörfer und die Diversifizierung der wirtschaftlichen Tätigkeit hervorgehen kann.

10.5.1 Das Dorf als Einheit im »Netzwerk Region«

Die Dörfer in Berwari Bala haben eine Größe zwischen nur wenigen bis zu 80 Familien. Die kleinen Dörfer können nicht optimal versorgt werden, weil in solchen Siedlungen die sozialen Dienstleistungen unverhältnismäßig teuer sind. Die Verordnungen des

Landes lassen dies auch nicht zu¹²⁶. Jedoch werden für eine bessere Nutzung in dem gebirgigen Gelände von Ackerbau und Viehhaltung und der Nähe zu Äckern und Weiden auch solche kleineren Einheiten nicht zu vermeiden sein. Außer der Tatsache, dass traditionell solche Weiler existierten, gibt es noch zusätzliche Faktoren, die eine hohe Anzahl solcher kleineren Siedlungen begründen. Neben anderen ist zu nennen, dass die politische Instabilität wegen der Nähe zur türkischen Grenze viele Familien nicht in ihre Dörfer zurückkehren ließ. Auch waren die schwierige Erreichbarkeit und fehlende Schulen in den Weilern Gründe, dass die Rückkehrerzahl gering blieb. Dies bedeutet, dass in Zukunft unter günstigeren Bedingungen das Problem weniger ins Gewicht fallen wird. Dennoch werden auch in Zukunft nicht alle größeren Dörfer mit allen Diensten versorgt werden können.

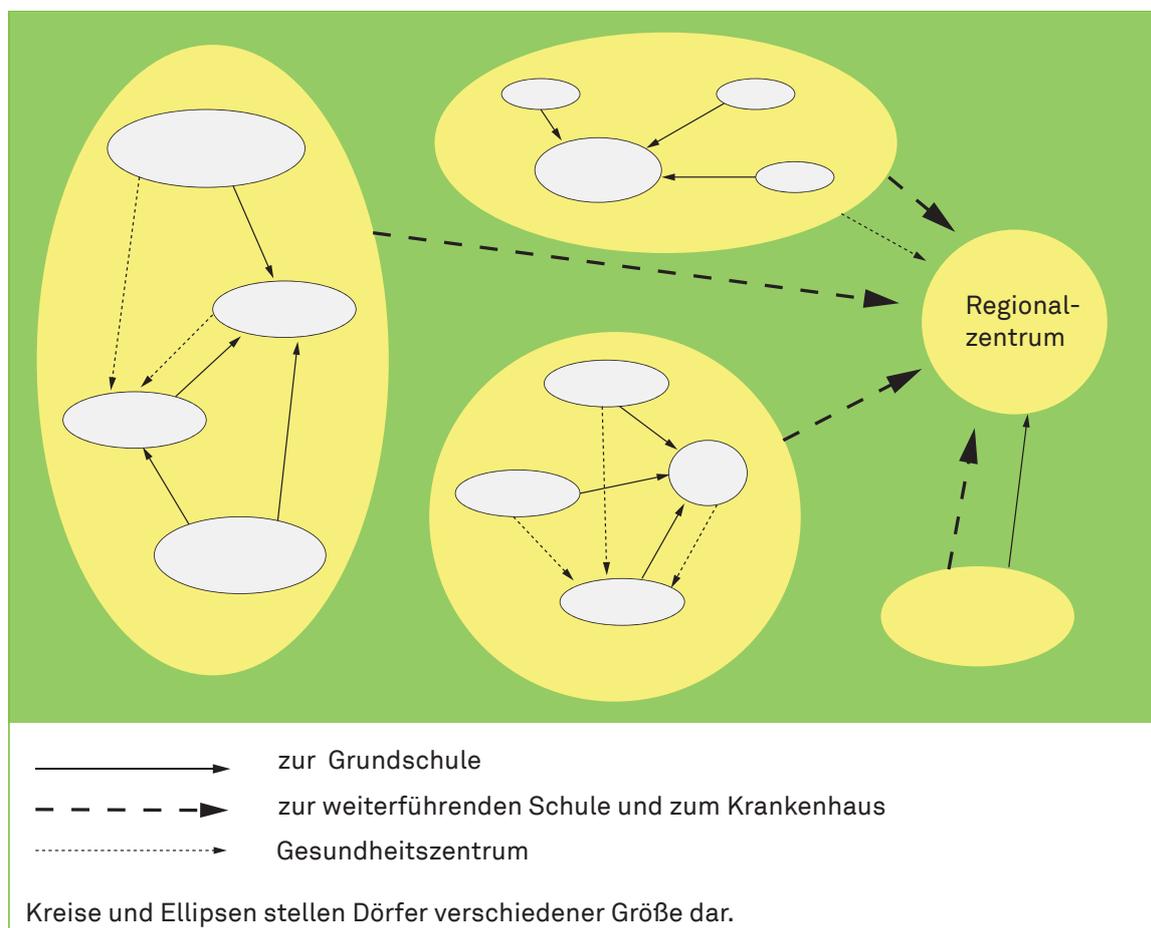


Abbildung 14 : Mögliche Netzwerke im Kreis Kani Mase (Regionalzentrum)

Quelle: Eigene Darstellung

¹²⁶ Die Verordnungen für die Gesundheitsversorgung sehen vor, dass zum Bau und zur Unterhaltung einer Landambulanz in einem Umkreis von 5 km mindestens 1000 Menschen leben müssen.

Es müssen Netzwerke von Schulen, von Gesundheitsstationen, von Vermarktungsstationen, Lagerhäusern und Verarbeitungsbetrieben aufgebaut werden, die das gesamte Territorium dieser Dörfer umspannen, wie in Abbildung 14 auf Seite 199 dargestellt. Dieses Netz für verschiedene Nutzungen wird einen vielseitigen Austausch ermöglichen und auch auslösen. Damit werden auch die Grundlagen geschaffen, dass das Gebiet kommunikativ verbunden ist und die partizipativen Gebietsgremien gefordert werden, in allen diesen Bereichen Entscheidungen zu fällen. Die Grundlagen für ein solches Netz muss im Kreditwesen für Existenzgründungen, im Netz von Dienstleistungen und in der Förderung partizipativer Kommunalverwaltung gefunden werden.

Für die Entwicklung und Stärkung dieser Netzwerke müssen soziale Lernprozesse, "social learning" wie Friedmann es nennt (Friedmann & Weaver 1979: 202f), initiiert werden. Diese Aufgabe kann von einem Entwicklungszentrum übernommen werden. Am Ende dieses sozialen Lernprozesses steht die Region als eine kommunale Selbstverwaltungseinheit mit der Nahiye als Zentrum, das alle Fäden zusammenführt und die demokratische Selbstverwaltung repräsentiert. Hier wäre die Nahiye nicht die unterste Ebene der staatlichen Verwaltungsinstitution, sondern die breite Ebene der Gemeindevertretung.

10.5.2 Diversifizierung der Tätigkeitsfelder und Beschäftigungsstruktur:

Selbstversorgung, Kleinunternehmertum und Marktorientierung,
Erholungsraum und Umweltschutz

Die Tätigkeitsfelder des Gebietes und seiner Dörfer können mittel- und langfristig nicht auf die Landwirtschaft beschränkt bleiben. Es muss eine Diversifizierung angestrebt werden, die die Potentiale des Gebietes entfaltet und Beschäftigungsmöglichkeiten erweitert. Dies muss als Prozess verstanden werden, der perspektivisch von der anfänglichen Selbstversorgung hin zur Marktorientierung führt.

Hier sind in zwei Bereichen Maßnahmen möglich, wie John Friedmann es formuliert:

„In predominantly agrarian societies, diversification has two possible meanings: first, diversifying agricultural production (...), and, second, augmenting the level of industrial production and service activities in rural areas.” (Friedmann & Weaver 1979: 199f).

Dies bedeutet für Berwari Bala, dass zunehmend weitere Tätigkeitsfelder außerhalb der Landwirtschaft und Viehhaltung entwickelt werden müssen. Die Potentiale des Gebietes erlauben dies: Apfel- und Milchproduktion ermöglichen kleine Verarbeitungsbetriebe.

Ein großes Potential schlummert im Bereich des Inlandtourismus, weil die heißen Sommer des Südens die Menschen in die höheren Lagen treiben. Vor dem Krieg von 1991 war der Distrikt Amadiya eines der begehrtesten Ziele des Inlandtourismus.

Das Gebiet kann damit zumindest in den folgenden *fünf Bereichen* eine Wirtschaftstätigkeit aufbauen: Obst- und Gemüse- sowie Milchproduktion; kleine Verarbeitungsindustrie; Transportwesen; Bauwirtschaft; Inlandtourismus. Diese Entwicklung braucht jedoch drei Voraussetzungen:

- a. Ein funktionierendes Wassermanagement.
- b. Ein Kreditwesen sowie
- c. Fortbildungs- und Trainingsmaßnahmen insbesondere in den Bereichen moderne Produktionstechniken und Vermarktungs-Mechanismen.



Foto 15: Community Development Centre (Entwicklungszentrum) als Initiator und Mediator
Quelle: Sinemillioglu, 2008

11 Veränderungsprozesse, Diskontinuitäten und Chancen in ländlichen Regionen Kurdistans

Krisen verdichten und beschleunigen Veränderungsprozesse, wenngleich insbesondere die wegen eines Nationalitäten-Konfliktes entstehenden Krisen zerstörerische Folgen mit sich bringen. Das Ausmaß dieser Zerstörungen verdeckt oft den Tiefgang der Veränderungen und verhindert damit eine zukunftsorientierte Suche aus der Krise – oder verschiebt diese Suche auf später. Meistens sind die betroffenen Gesellschaften selbst nicht in der Lage, diesen Tiefgang der Veränderungen zu begreifen und/oder sie sind nicht in der Lage, aus eigener Kraft die Folgen der Krise zu bewältigen – mit anderen Worten: diese liminale Phase zu überwinden.

Die Entwicklung in Kurdistan ist ein typisches Beispiel dafür. Umfang, Dauer und Tiefgang der Krise, gepaart mit der vorhandenen internationalen und regionalen Machtkonstellation, ließ der kurdischen Gesellschaft keinen Handlungsraum für eine zukunftsorientierte Entwicklung. Diese Gesellschaft konnte nicht aus eigener Kraft „Modelle für Zukunft“ entwerfen. Ihr fehlten die materiellen, also „die sozialen und finanziellen Ressourcen“ (Weber), diese „Modelle für Zukunft“ umzusetzen. Besonders ist dies beim Wiederaufbau des ländlichen Raumes zu beobachten. Hier haben die Rückkehrer fast ausschließlich nach „Modellen von [ihrer früheren] Wirklichkeit“ gehandelt. Die *materiellen* Möglichkeiten fehlten weitgehend, wobei die finanziellen Ressourcen faktisch nicht existierten.

Räumlicher Neustrukturierung der ländlichen Regionen wurde damit die Grundlage entzogen. Die räumliche Entwicklung konnte nicht neue ländliche Regionen stabilisieren und damit die Siedlungsstruktur neu gestalten. So konnte sich die bäuerliche Tätigkeit nicht entfalten, die Migration der Rückkehrer aus den wiederaufgebauten Dörfern in die Städte wurde begünstigt.

11.1 Wiederaufbau und Modernisierung in Kurdistan – Bauern als Partner

Der Wiederaufbau der ländlichen Regionen in Kurdistan verlief parallel zu den anderen Teilen des Gesamtprozesses. Dass die Rolle des ländlichen Raumes im Prozess der Gesamtentwicklung undefiniert blieb, erklärt einerseits, warum der Wiederaufbau der Dörfer im Sinne von „Rekonstruktion“ der alten räumlichen wie sozialen Strukturen verstanden wurde; andererseits lieferte es den Grund, warum dieser Prozess nicht nachhaltig und tragend sein konnte. Folgerichtig wurde die Rolle der Bauern im Prozess der gesamtgesellschaftlichen Neuorientierung vernachlässigt, weil der Schwerpunkt auf die Beseitigung der Obdachlosigkeit gelegt wurde. Dies ist der Ausdruck der eingangs dieses Kapitels formulierten Aussage, dass das Ausmaß der Zerstörung die langfristige Orientierung auf später verschoben hat. Hier hätte die aus dem Enthusiasmus der Rückkehrer freigewordene Energie mit wenig Mitteln und Anstrengung in Richtung der Selbstversorgung durch Förderung von Existenz-Gründungen nutzbar gemacht werden können.

Paradoxerweise bedeutete „Modelle von Wirklichkeit“ aber auch, dass die Menschen bereit waren, Subsistenzwirtschaften aufzubauen, d.h. sie waren bereit zu arbeiten und ihre eigene Versorgung selbst in die Hand zu nehmen. Dies hätte vielen Menschen Arbeit verschafft und sie auch an die Dörfer gebunden. Im Vergleich zu China (Senghaas 1996: 84), könnte auch in Kurdistan die Tätigkeit in der Landwirtschaft die Arbeitslosigkeit abfedern, was dringend notwendig wäre.

Hier fehlten die Strategien, die von der kurdischen Politik nicht geliefert werden konnten. Die Strategien der UN- bzw. internationalen Hilfsorganisationen haben nicht die Selbstversorgung (d.h. Beschäftigung), sondern die Versorgung in den Mittelpunkt ihrer Arbeit gestellt. Dabei wurde nicht mit den »communitas« zusammen gearbeitet, sondern es wurde »für sie« entschieden. Im Dialog mit den Betroffenen hätten die durch den Enthusiasmus der Rückkehrer freigewordenen Energien genutzt werden können. Dies ist Teil des sozialen Kapitals und verlangt grundsätzlich, die Bauern als Partner zu begreifen, um dieses soziale Kapital dem Prozess des Wiederaufbaus zur Verfügung zu stellen.

Die Problematik liegt außer bei der Haltung der UN-Organisationen auch in der Sozialstruktur der kurdischen Gesellschaft, in der die starke hierarchische Ordnung Gehorsam nach oben verlangt, gepaart mit starken Erwartungen an Entscheidungen und Hilfen von oben; die Entscheidungsstruktur wie auch die Erwartungshaltung sind also top-down orientiert. Das Oben jedoch gab es nicht mehr, die Zentralstruktur war durch die Krise außer Kraft gesetzt. Hier war eine Lücke entstanden, die nun dezentrale Lösungsansätze begünstigte. Die Arbeit von DhK demonstriert hervorragend die Möglichkeit, dass die Zusammenarbeit mit den Betroffenen tatsächlich bottom-up Strukturen schaffen kann, womit auch eine effiziente Nutzung von begrenzten finanziellen Mitteln ermöglicht wird. Eine auf Dialog basierende Zusammenarbeit mit den Bauern birgt also enormes Potential, wie im folgenden Abschnitt dargestellt wird.

11.2 Steigerung der Organisationskapazität: Selbstverwaltung stärken

Das große Defizit des Wiederaufbaus war, dass die herkömmlichen Strukturen nicht mehr funktionsfähig waren, wenn auch das „Modell von Wirklichkeit“ die Orientierung bestimmte. Diese Modelle waren durchaus nicht aktuell, sondern stammten aus der Periode des Dorflebens vor den Deportationen. Da zukunftsweisende Modelle nicht zur Verfügung standen, verlief der Wiederaufbau ohne Managementstrukturen. Hier fehlten Richtlinien, Orientierungshilfen, Vor-Ort-Strukturen, die eine nachhaltige Entwicklung erst ermöglicht hätten. In einer solchen Situation besteht die Notwendigkeit von neuen Strukturen, die konzeptionell entworfen und entwickelt werden müssen. Die konzeptionelle Herangehensweise kann als „Strukturen Entwerfen, Entwickeln, Stärken“, kurz SEES genannt, werden. SEES kann auf die vorhandenen traditionellen Konzepte zurückgreifen und neue Modelle entwerfen – und die beiden kombinieren. Dies würde Kontinuitäten schaffen, die durch moderne Orientierungshilfen weiter entwickelt werden können. Elemente dieser Vorgehensweise werden im Folgenden erläutert.

11.2.1 Tradition der Dorfverwaltung: Dorfältestenfunktion zwischen Stammesleitung und Staat

Zum Beginn der Rückkehrbewegung sind die früheren Strukturen aus der Zeit vor der Deportation wieder aufgelebt. Die Funktion des Dorfältesten wurde wieder eingeführt. Dieser nahm die Position des Dorfverwalters, des Muxtars, vergleichbar mit dem Amt eines Bürgermeisters, ein. Dies geschah zuerst ohne Wahlen, was zeigt, dass die alten Strukturen noch fortwirkten. Durch Wahlen legitimiert, würde diese Funktion sich wandeln und nicht nur als repräsentatives Amt, sondern als ein gestalterisches Bürgermeisteramt aufgewertet werden. Der Muxhtar würde dann nicht als Bittsteller vor den Regierungsstellen stehen. Dies verlangt jedoch eine gesetzliche Grundlage, durch die das Amt mit bestimmten Befugnissen ausgestattet und gestärkt wird. Das Dorf als Verwaltungseinheit muss über eigene finanzielle Ressourcen verfügen, die auch eigenständig verwaltet werden.

Diese Herangehensweise setzt auf Kontinuität und liefert damit eine Grundlage der Akzeptanz zur weiteren Entwicklung im Sinne einer zukunftsorientierten Stärkung der Dorfgemeinde.

11.2.2 »Bottom-up« entwickeln, »top-down« zähmen

Die traditionell starke Rolle des Staates lässt die Entwicklung und Entfaltung der lokalen Potentiale nicht zu. Der Staat hat nicht nur die Richtlinienkompetenz, sondern kontrolliert auch die Wirtschaft und damit die finanziellen Ressourcen. Diese Rolle muss geschwächt werden, was ja ansatzweise auch durch Dezentalisierungsmaßnahmen angestrebt wird. Die Stärkung der Rolle der Verwaltungsbezirke ist ein Beispiel dafür. Diese neue Orientierung stärkt allerdings eher die Rolle der Gouverneure, als die der Selbstverwaltung, die auch institutionell noch am Anfang steht. Abgesehen von der starken Tradition des „Herrschens“, die auch auf der Ebene der Verwaltungsbezirke unvermindert weiter wirkt, würde eine Selbstverwaltung auf lokaler Ebene auch Managementkompetenzen verlangen, die noch nicht vorhanden sind. In diesem Sinne befindet sich die Selbstverwaltung der Kommunen noch auf Neuland.

Es gibt ermutigende Beispiele aus der Zeit nach dem Krieg, als die Verwaltungstätigkeit praktisch noch nicht vorhanden war. In dieser Zeit konnten die Hilfswerke weitgehend direkt mit den Betroffenen zusammen arbeiten. Das Beispiel von Welati Jeri (WJ), das später erläutert wird, liefert Belege dafür, wie Keime für Managementkompetenzen entstehen. Solchen Keimen sollte man Gelegenheit geben, sich weiter zu entwickeln. Die Funktion der Gemeinde würde damit durch Gremien erweitert. Der Muxhtar als Bürgermeister einzelner Dörfer bekäme Unterstützung, aber auch Kontrollinstanzen. Das Ergebnis ist, dass die liminale Phase die Entwicklung dieser Art zulässt, ja sie ermöglicht erst, die Strukturen zu verändern. In dem vorliegenden Fall hätte diese Entwicklung ein starkes Element des „bottom up“-Konzeptes hervorgebracht.

Die „top down“-Konzepte können geschwächt werden, wenn funktionierende

Gegenkonzepte vorhanden sind. Da in Kurdistan diese neue Möglichkeit nicht genutzt wurde, hat sich die traditionell starke Rolle des Staates in vollem Umfang wieder belebt und damit die Möglichkeiten des »bottom up«-Konzeptes stark eingeschränkt.

11.2.3 Beispiel »Welati Jeri«: Gebietskomitee als Entwicklungsmanager und Ressourcenverwalter

Das Gebiet Welati Jeri (WJ) hatte keine Straßenverbindung und war offiziell, d.h. nach den UN-Kriterien, nicht zugänglich. Dementsprechend konnten die Rückkehrer in diesem Gebiet zunächst keine Wiederaufbauhilfe in Anspruch nehmen. DhK setzte sich über diese Einschätzung hinweg und organisierte im Gebiet eine Hilfe, die finanziell klein aber konzeptionell umfassend war. Da DhK seine Hilfe direkt in Abstimmung mit den Bauern organisierte, aber die 9 Dörfern im Gebiet einzeln aufzusuchen sehr aufwendig und fast nicht machbar war, gründeten die Vertreter dieser 9 Dörfer ein Komitee, das die Hilfe von DhK mitbestimmte.

Daraus entstand eine völlig neue Situation. Nicht ein Dorf war Ziel der Aufbau-Aktivitäten, sondern ein ganzes Gebiet. Damit wurde die Hilfstätigkeit für die Dörfer übergreifend geplant. Das führte dazu, dass die vorhandenen Möglichkeiten von DhK an erster Stelle für Maßnahmen Verwendung fanden, die für das ganze Gebiet von Bedeutung waren. Erst danach konnten in einem zweiten Schritt für einzelne Dörfer Mittel verteilt werden, also im Rahmen der Entscheidungen, die für das ganze Gebiet gefällt worden waren. Beispielsweise wurde entschieden, eine Fußgängerbrücke über den Fluss Reshin zu bauen und für den Transport innerhalb des Gebietes Maultiere anzuschaffen. Diese Maultiere wurden dann nach Größe der Dörfer im Gebiet verteilt.

Auch die Maßnahmen insgesamt wurden diskutiert und dabei nicht der Häuserbau in den Mittelpunkt gestellt. Die Ankurbelung der Landwirtschaft, der Bau eines Gesundheitszentrums, der Bau von zwei Wassermühlen und der Zugang zum Gebiet bzw. der Transport der Waren wurden zuerst behandelt. In einer zweiten Phase wurden für das ganze Gebiet 5 Schulen, eine Straße innerhalb des Gebietes und die Erweiterung des Häuserbaus geplant. Nachdem diese Entscheidungen getroffen worden waren, ging die Umsetzung der Maßnahmen sehr schnell voran. Als die Lasttiere verteilt und die Fußgängerbrücke gebaut war, bekam der Wiederaufbau der Dörfer einen großen Schub.

Diese effektive Zusammenarbeit zeigt, dass das Potential zum Auf- und Ausbau der sozialen Kapazität zur Selbstverwaltung grundsätzlich vorhanden ist. Diese Entwicklung braucht aber einen Initiator und finanzielle Ressourcen. Der Katalysator der Entwicklung in WJ war dann das Gebietskomitee, in dem die einzelnen Dörfer durch ihre Muxtars vertreten wurden. Damit war eine höhere Organisationseinheit geschaffen. Die erfolgreiche Umsetzung der durch den Verein DhK gelieferten Konzepte wurden kontinuierlich diskutiert. Die daraus gefolgerten Maßnahmen wurden gemeinsam entschieden. Dadurch hat dieses Komitee an Ansehen und in seiner Arbeit Effektivität gewonnen. Damit konnten im Gebiet die Nachteile der kleinen Siedlungsgröße überwunden und übergreifende Strukturen geschaffen werden.

Die Komitees sind zuerst informelle Institutionen und brauchen natürlich eine legale Grundlage. Dies ist eine Aufgabe, die im Rahmen einer neuen Gemeindeordnung zu lösen ist. Auch hier gilt das Prinzip: gebraucht wird ein Initiator. Die „alliierten Architekten“ müssten diese Aufgabe übernehmen, um die Rahmenbedingungen abzustecken.

Im Rahmen der oben angesprochenen Entscheidung zur Dezentralisierung könnte die unterste Verwaltungsebene, die Ebene der Nahiye, von der Staatsverwaltung abgekoppelt und nach dem Vorbild der Kreisverwaltungen in Deutschland neu gestaltet werden. Damit würden die ländlichen Regionen eigene Verwaltungsstrukturen bekommen und die Selbstverwaltung würde entschieden gestärkt.

11.2.4 »Change agent« - ein Entwicklungszentrum als Strukturhilfe: Mediator und Koordinator

Die Initiatoren-Rolle kann nicht dem Zufall überlassen werden. Die Bestimmung der Rahmenbedingungen allein wird nicht reichen. Es müssen institutionelle Hilfen zur Verfügung stehen, die die „bottom up“ strukturell begleiten. Die Entstehung der Dörfer ging nicht mit dem Aufbau von Strukturen einher, die den Erfordernissen eines Gemeinwesens entsprechen. Sie verlangen Antworten für das moderne Leben, es fehlen Konzepte im Rahmen von „Modellen für Wirklichkeit“. Hier braucht die regionale Neustrukturierung eine Art „change agent“, der kontinuierlich vor Ort agiert. Dieser muss in der betreffenden Region eingerichtet werden, um Dialog und Austausch mit den Rückkehrern zu ermöglichen und die räumliche Nähe zu sichern.

Ein Entwicklungszentrum könnte diese Aufgabe übernehmen. Das oben für WJ beschriebene Gebietskomitee hat die Arbeitsebene vom Dorf auf das Gebiet angehoben. Die einengende Dorfebene wurde verlassen und damit wurden neue Perspektiven sichtbar. Das Entwicklungszentrum wird eine ähnliche Rolle spielen, weil das ganze Gebiet als eine Einheit betrachtet wird. Durch verschiedene Aktivitäten im Entwicklungszentrum werden Dorfgruppen oder alle Dörfer zusammen angesprochen. Auch wird das Gebiet eine Interessenvertretung schaffen, wie das Gebietskomitee in WJ, die das ganze Gebiet nach außen vertreten wird. Das Zentrum wird die langwierigen Behördengänge teilweise oder ganz überflüssig machen, wenn es als Element der regionalen Entwicklung von den beteiligten Akteuren akzeptiert wird. Hiermit würde ein Instrument geschaffen, das sämtliche Funktionen der verschiedenen sektoralen Einrichtungen des Staatsapparates im Gebiet bündeln kann.

Die Tätigkeit des Entwicklungszentrums wird auch eine Plattform der Wissens- und Knowhow-Vermittlung sein. Bei Existenzgründungen sollen nicht nur die modernen Produktionstechniken vermittelt werden, sondern auch moderne Management- und Vermarktungsmöglichkeiten. Die regionale Entwicklung birgt enorme Potentiale, aber auch große Gefahren: Wasserknappheit, sorgloser Umgang mit Pestiziden und Düngemitteln, auch Überweidung sind Themen, die im Rahmen der Existenzgründungen, insbesondere in der landwirtschaftlichen Tätigkeit, behandelt werden müssen. Das Entwicklungszentrum wird im Rahmen der Knowhow-Vermittlung auch die genannten

Gefahren thematisieren und für die Sensibilisierung der Bevölkerung gegenüber diesen Fragen Sorge tragen.

Eine gezielt organisierte Frauen- und Jugendarbeit wird auch ermöglichen, die traditionelle Rolle der Frau zu überdenken. Dass die Frauen systematisch und kontinuierlich zusammenkommen, an verschiedenen Fortbildungskursen teilnehmen und die Möglichkeit haben, in bestimmten Bereichen des Familienlebens beraten zu werden, wird die Möglichkeit schaffen, die Frauen an der Gebietsentwicklung zu beteiligen. Insbesondere werden gezielte Aktivitäten für Jugendliche dazu beitragen, die Rolle der Geschlechter aus der Tradition zu lösen. Dies wird insbesondere bei der Schulbildung der Mädchen förderlich sein.

Das Entwicklungszentrum kann auch in der Weiterbildung von Staatsbediensteten im Gebiet eine Rolle spielen. Für Lehrer und Gebietsverwalter bzw. –beamte werden damit Anreize geschaffen und auch ein Dialog mit der Bevölkerung ermöglicht. Dies wird den Verantwortlichen, d.h. den Vertretern des Staates, dabei helfen, sich als Teil der Region zu verstehen und nicht als »Regierungsleute«, die den Menschen Entscheidungen von oben aufzwingen.

11.3 Institutioneller Wirkungsrahmen der internationalen Gemeinschaft beim Wiederaufbau in Krisenregionen

Das Dilemma des Wiederaufbaus in Kurdistan war, dass das Herrschaftsgebiet bis zur Verfassung vom Oktober 2005 undefiniert blieb. Dabei muss ein Rahmen des Herrschaftsgebietes vorhanden sein, ohne den eine funktionierende *Herrschaft des Rechts* (Dahrendorf) nicht möglich ist. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, wem in Krisenregionen aufgrund eines Nationalitätenkonfliktes die Aufgabe zufällt, das Herrschaftsgebiet zu bestimmen oder einen Rahmen zu definieren, der die Road-Map zur Bestimmung des Herrschaftsgebietes absteckt.

Auch aus Sicht der Kulturosoziologie gibt es Aspekte, die die Bestimmung von „Herrschaftsgebiet“ unumgänglich machen:

„Kulturosoziologisch kann man sagen, dass Gesellschaften, die in »Bewegung« kommen, in eine gleichsam heiße, kräfteentladende, »spannende« Phase ihrer Existenz eintreten; zwar spielt Kultur, als Orientierungsressource, im Dasein eine immer grundsätzliche Rolle. Über rituelle Aktualisierungen hinaus, die die bestehende Ordnung von Zeit zu Zeit nur bestätigen, wird Kultur zum akuten sozialen Ereignis aber dort, wo sich die Entwicklungen komplizieren und sinnvolle neue Ordnungen zur Debatte stehen.“ (Lipp 1991: 350)

Diese „sinnvollen neuen Ordnungen“ müssen im Sinne von Parsonsschen „Prozessen der Kulturdiffusion“ bzw. exogenen »Anleihen« interpretiert und im Sinne von „Modellen für Wirklichkeit“ (Geertz) gestaltet werden.

Auch wenn die Frage der Berechtigung keine eindeutige Antwort findet, gibt es

bei den Kurden wie bei den Kosovaren und den Bewohnern von Osttimor eine große Akzeptanz gegenüber der Intervention von außen. Diese Akzeptanz bildet die Grundlage für eine wirksame Gestaltung von *Kulturmustern* durch die Intervenierer.

Abbildung 21 beschreibt den Zusammenhang zwischen Interventionsgrad und Akzeptanz der Betroffenen in den Konfliktregionen. Die problematischen Felder sind „niedrige Akzeptanz / hoher Interventionsgrad“ und „hohe Akzeptanz / niedriger Interventionsgrad“. Beim ersteren können neue Konfliktfelder gegen die Intervenierer entstehen; während beim letzteren die Resignation ebenso neue Konfliktfelder produzieren kann, wenn auch nicht gegen die Intervenierer – sondern eher innerhalb des Interventionsgebiets.

Die Abbildung zeigt, dass Interventionen im Bereich „Hohe Akzeptanz/Hoher Interventionsgrad“, wie dies in Kosovo und in Osttimor der Fall ist, gute Voraussetzungen haben, eine effektive Zusammenarbeit zu gestalten. Der Bereich „Hoch/Hoch“ beschreibt auch Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg, wo die Akzeptanz unmittelbar nach der Besetzung zwar gering war, doch im Laufe der Jahre die neuen Kulturmuster mit Erfolg umgesetzt wurden, weil die Akzeptanz zunahm. Schließlich übernahm Deutschland als Teil der westlichen Machtsphäre beim Wiederaufbau Westeuropas sogar eine wichtige Rolle.

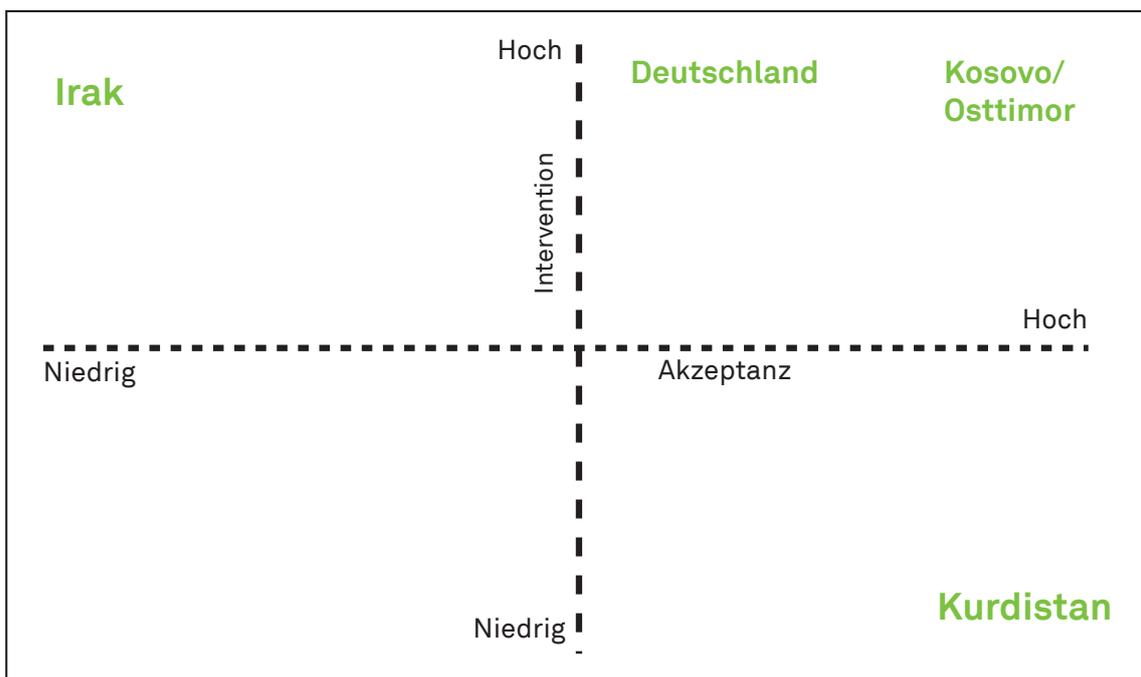


Abbildung 15 : Wechselwirkung von »Intervention« und »Akzeptanz«

Quelle: Eigene Darstellung

Im Bereich hoher Akzeptanz, gepaart mit geringer Intervention, kann sehr schnell Resignation entstehen, weil Erwartungen nicht erfüllt werden. Dieser Bereich birgt Gefahren für die zukünftige Entwicklung, weil die Krise wiederkehren kann (protracted

conflicts). Die kriegerische Auseinandersetzung zwischen den zwei kurdischen Parteien 1994 – 1998 ist ein Paradebeispiel für einen solchen Verlauf.

Der Bereich „Niedrig/Hoch“ beschreibt die Intervention gegen Irak 2003, weil die Akzeptanz weder im Lager der Unterstützer des Saddam-Regimes noch bei weiten Teilen der schiitischen Opposition vorhanden war. Das Fehlen der Akzeptanz verursachte einen zerstörerischen inneren Konflikt. Die bestehenden Herrschaftsstrukturen wurden beseitigt, jedoch keine Grundlagen geschaffen, auf der eine neue Herrschaft entstehen konnte. Auch wenn die im Oktober 2005 angenommene neue Verfassung ein bedeutender Schritt für die Beilegung des Konfliktes mit der kurdischen Bevölkerung war, offenbarte die Intervention weitere Konfliktfelder im Land selbst, sie trug die internationalen Aspekte der Kulturkonflikte in das Land hinein. Damit zeigte diese Intervention, wie wichtig die Rolle der Akzeptanz ist¹²⁸.

Bemerkenswert ist, welchen Platz Kurdistan und Irak auf der Abbildung einnehmen. Während im Irak die Akzeptanz sehr niedrig, aber der Interventionsgrad sehr hoch ist, ist für die kurdischen Gebiete ein umgekehrtes Bild zu sehen. Hier wird noch einmal die im Kapitel 6 angesprochene Dualität deutlich, die sich auch in dieser Abbildung wiederfindet. Das heißt, dass im Falle ähnlicher Konstellationen wie Kurdistan-Irak, Osttimor-Indonesien und Kosovo-Jugoslawien die Intervention auf fruchtbaren Boden fällt. Die Besonderheit in Kurdistan ist, dass die Intervention, wie im Kapitel 6 und 7 beschrieben, eine primär nicht geplante und damit eine unstrukturierte ohne klare Ziele war.

Ein besonderes Problemfeld ist der Dialog zwischen den Intervenierern (internationalen Akteuren) und den endogenen Kräften im Interventionsfeld. Die exogenen und endogenen Kräfte müssen zu einem „kooperativen Deutungsprozess“ (Habermas) kommen, um ihre gemeinsamen Aktivitäten zu koordinieren und zu organisieren. Aber die unterschiedlichen Entwicklungsstufen zwischen den Transformations-Gesellschaften (oder Nachzügler-Gesellschaften) und den entwickelten Gesellschaften verursachen Kommunikationsprobleme, die einen fruchtbaren Dialog zwischen exogenen und endogenen Akteuren erschweren.

Im Falle Kurdistans ist insbesondere die Unorganisiertheit der Rückkehrer ein großes Hindernis für die Verständigung, also für die Gestaltung eines „kooperativen Deutungsprozesses“. Die Unorganisiertheit der Rückkehrer lässt ein kommunikatives Handeln nicht zu, da der dafür nötige kooperative Deutungsprozeß nicht zustande kommt. Die Rückkehrer bestehen aus Einzel-Familien, die als isolierte Aktore handeln und keine übergreifende Interessenvertretungen haben. Dies erschwert grundsätzlich einen Austausch zwischen den Rückkehrern einerseits und den externen Akteuren andererseits;

128 Die Intervention der USA im Irak war auch international umstritten bzw. es gab kein eindeutiges UN-Mandat für die militärischen Aktionen. In Deutschland wurden Parallelen zwischen dieser Intervention und dem 2. Weltkrieg gezogen. Allerdings liegt in diesen Fällen die Ausgangslage weit auseinander und weitere Untersuchungen wären erforderlich, um diesen Vergleich tiefergehend zu beleuchten. Siehe dazu den Beitrag von Jürgen Habermas „Was bedeutet der Denkmalsturz? Verschließen wir nicht die Augen vor der Revolution der Weltordnung: Die normative Autorität Amerikas liegt in Trümmern.“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17. April 2003), und das Buch von Uta Gerhardt (Gerhardt 2005, Kapitel VI.1).

in diesem Falle den Alliierten-Kräften, UN-Organisationen und internationalen NGOs. Damit ist die Einbeziehung der Rückkehrer in die Entscheidungsprozesse faktisch nicht möglich. Unter diesen Voraussetzungen sind die Rückkehrer keine gleichberechtigten Partner für ein kommunikatives Handeln, sondern Weisungsempfänger.

Hier ist aber das Beispiel WJ wegweisend. Dieses Beispiel zeigt, dass zwischen dem externen Akteur (DhK) und den Rückkehrern eine gemeinsame »Situationsdefinition« (Habermas) gefunden werden konnte. Hier sind zuerst einmal „die Rückkehrer von WJ“ als eine Einheit definiert worden. Diese sind also nicht mehr die einzelnen Familien, sondern eine organisierte Einheit, die mit einem externen Akteur in einen Dialog treten. Abgeleitet von diesem Beispiel kann folgendes Handlungsschema vorgeschlagen werden, das in der Abbildung 16 dargestellt wird.

Die Abbildung stellt den Dialog zwischen den Rückkehrern und den externen Institutionen in den Mittelpunkt. Gemeinsam werden Maßnahmen entwickelt. In diesen Prozess kann auch die Steigerung der Organisationsfähigkeit der Rückkehrer eingebettet werden, die für die weitere Zusammenarbeit notwendig ist. Eine gemeinsame Diskussion über die Finanzierung der Massnahmen wird herausfinden, welche endogenen Potentiale freigesetzt werden können. Die Umsetzungsstrategien würden dann als Ergebnis der gemeinsamen Planungen und Diskussionen den Weg aufzeigen, wie der Wiederaufbau zu gestalten ist. Eine Rückkoppelung ermöglicht die notwendigen Modifizierungen der Strategien.

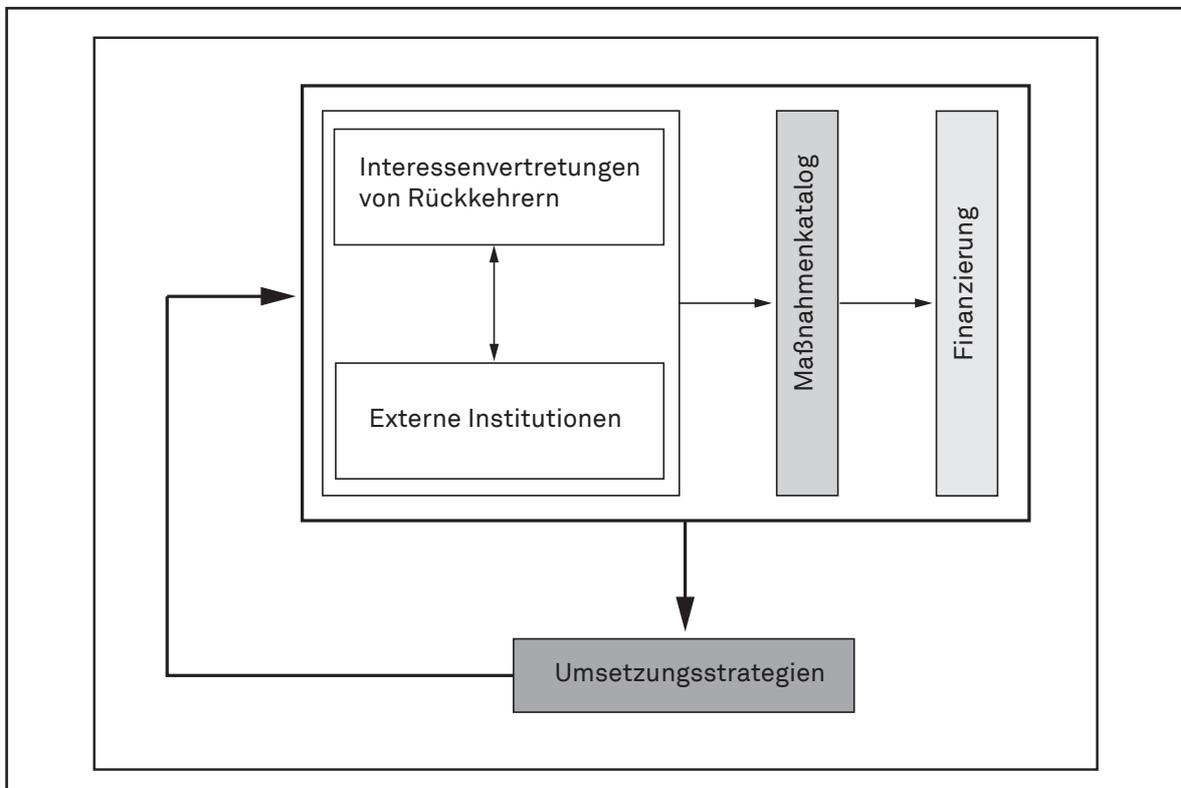


Abbildung 16 : Dialog zwischen Rückkehrern und Institutionen

Quelle: Eigene Darstellung.

11.4 Forschungsbedarf zum Thema

Gesellschaftliche Veränderungsprozesse verlangen neue Antworten, auch in der Raumplanung. Insbesondere in Krisen- und Katastrophenregionen beschleunigt sich der soziale Wandel. Dieser verdichtete Prozess der Veränderungen produziert »communitas«, die Ausdruck der nicht mehr tragfähigen Strukturen sind. Der schnelle, ja plötzliche Wegfall der herrschenden Strukturen in einem Herrschaftsgebiet hinterlässt eine undefinierte Phase, in dieser Arbeit *liminalität* genannt, in der vielfältige Fragen zur weiteren Entwicklung beantwortet werden müssen. Bei der Suche nach einer neuen Orientierung konkurrieren die »Modelle von Wirklichkeit« mit den »Modellen für Wirklichkeit«. Diese Auseinandersetzung ist in vieler Hinsicht problematisch, weil letztere sehr oft nicht zur Verfügung stehen. In den Krisenregionen, in denen die traditionellen Strukturen in Frage gestellt werden, fällt den exogenen Anleihen eine besondere Rolle zu. Wenn aber Strukturen fehlen, die diese Rolle konkretisieren können, sind meist ebenfalls exogene Kräfte gefragt.

Hieraus entsteht ein vielseitiger Bedarf an Forschung. Insbesondere sind drei Bereiche von Bedeutung:

- Räumliche Perspektiven in der liminalen Phase – Fragen der Kontinuitäten und Diskontinuitäten
- Rolle der »Modelle für Wirklichkeit« im Transformationsprozess der traditionellen Gesellschaften in der liminalen Phase
- Die Rolle der externen Kräfte, insbesondere die der UNO, bei der Bestimmung von Herrschaftsraum und Herrschaftsstrukturen.

Daraus ergibt sich eine breite Palette von Forschungsbereichen und Themen für Kurdistan und für den Irak:

- Wege zur Herstellung der „Herrschaft des Rechts“ im Irak
- Überregionale Vernetzungen als Form neuer Herrschaftssysteme zur Vorbeugung von Nationalitätenkonflikten um Kurdistan
- Ressourcen als Konfliktbeschleuniger – wie das Öl die Entwicklung hemmt und den sozialen Wandel erschwert
- Was ist die neue Rolle der Zwangssiedlungen unter den neuen Bedingungen Kurdistans in Friedenszeiten?
- Neue Wege zur Nutzung von Wasser als knappes Gut
- Die Dezentralisierung und Entwicklung von partizipativen Konzepten »Entwicklung von unten«

Die Theorien der räumlichen Entwicklung müssen den Ausgangsbedingungen der Nachkrisenperiode mehr Aufmerksamkeit schenken. Insbesondere aufbauend auf der neueren Diskussion um die Nachkriegsentwicklung in Deutschland kann die räumliche Entwicklung in Krisenregionen neu beleuchtet werden.

11.5 Fazit und Ausblick

Die Nachkrisenperiode ist ein Übergang, der zwischen den nicht funktionierenden oder weggebrochenen alten Strukturen und noch nicht entstandenen oder aufkeimenden neuen Strukturen steht – die Phase der „Anti-Struktur“ oder der „Liminalität“. Der Wiederaufbauprozess des ländlichen Raumes in Kurdistan wurde vom Prozess des Neuaufbaus der kurdischen Autonomie überlagert – ein Neuaufbau, der den Rahmen des ländlichen Wiederaufbaus liefern sollte. Wie alle Nachkrisengesellschaften braucht auch Kurdistan eine direkte Assistenz, eine Art Hebammenfunktion, um die exogenen Anleihen zu formen und anzupassen und die endogenen Potentiale effektiv einzusetzen. Hierbei geht es im Wesentlichen darum, geeignete Modelle für Wirklichkeit zeitnah zu entwickeln und sich mit den Kontinuitäten, d.h. mit den überkommenen Modellen von Wirklichkeit auseinanderzusetzen.

Für Nachkrisengesellschaften wie Kurdistan kann die Entwicklung in Deutschland nach dem zweiten Weltkrieg wegweisend sein. Deutschland kann durch seine Entwicklung nach dem zweiten Weltkrieg in vielen Bereichen der gesellschaftlichen Entwicklung wertvolle Erfahrungen vorweisen: Dezentralisierung, kommunale Verwaltung, Finanzierungsbestimmungen der drei Verwaltungsebenen, hochgradig effiziente Rechtsnormen – und nicht zuletzt die Erfahrungen aus dem Strukturwandel der 80er Jahre des vergangenen Jahrhunderts (z. B. im Ruhrgebiet). All diese Erfahrungen in Deutschland wurden nach der Wende von 1989 und der Wiedervereinigung von 1990 abermals erweitert. Raumplanerische Konzepte wie partizipative Planung, Flächennutzungsplan, Integrierte Entwicklungsplanung u.a. können Hinweise liefern, wenn eine ernstzunehmende Assistenz vorhanden ist, die sich um die Entwicklung von institutionellen Rahmenbedingungen kümmert, wie es in Deutschland der Fall war. Diese Bemühungen um die Umsetzung von den genannten raumplanerischen Konzepten werden wichtige Hinweise zur Intensivierung von Kapazitätsbildungsmaßnahmen liefern.

Liminalität und *Communitas* entstehen zu jeder Zeit – unter verschiedenen krisenhaften Bedingungen; sie sind ein ständiges Produkt der modernen globalisierten Gesellschaft. Raumplanung müsste dieser Tatsache Rechnung tragen. Je mehr sich die Raumplanung mit den „Schwellenzuständen“ beschäftigt, desto größer wird ihr Repertoire an Antworten, die Energien freisetzen können, welche die Raumplanung für die räumliche Gestaltung benötigt.

12 Quellenverzeichnis

- Abelshausen 1975 Abelshausen, Werner: Wirtschaft in Westdeutschland 1945-1948 – Rekonstruktion und Wachstumbedingungen in der amerikanischen und britischen Zone
Deutsche Verlags-Anstalt GmbH, Stuttgart 1975
- Abelshausen 2005/1 Abelshausen, Werner: Deutsche Wirtschaftsgeschichte seit 1945, Bundeszentrale für Politische Bildung, Schriftenreihe Band 460, Bonn 2005
- Abelshausen 2005/2 Abelshausen, Werner: Aufbau West: Der Januskopf der nordrhein-westfälischen Nachkriegswirtschaft, in: Kift, Dagmar (Hg.): Aufbau West. Neubeginn zwischen Vertreibung und Wirtschaftswunder, Ausstellungskatalog, Klartext Verlag, Essen 2005, S. 34 - 39
- AbL 1997 Leitfaden zur Regionalentwicklung
AbL – Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (Hrsg.), Jasper, Ulrich; Schievelbein, Claudia; u.a., Rheda-Wiedenbrück, 1997
- Adamsen 1981 Adamsen, Heiner R.: Investitionshilfe für die Ruhr: Wiederaufbau, Verbände und Soziale Marktwirtschaft 1948-1952
Peter Hammer Verlag, Wuppertal : Hammer 1981
- Al-Azm 1999 Al-Azm, Sadik Jalal: Der Islam, der Laizismus und das westliche Zerrbild, in: Le Monde Diplomatique September 1999; Seiten 12-13
- Almond 1969 Almond, Gabriel A.: Politische Systeme und politischer Wandel, in: Zapf, Wolfgang (Hrsg.): Theorien des sozialen Wandels, Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln, Berlin 1969, Seiten 211 – 227
- Almond 1973 Almond, Gabriel A.: Approaches to Developmental Causation, in: Almond, Gabriel A.; Flanagan, Scott C.; Mundt, Robert J. (Editors): Crisis, Choice and Change – Historical Studies of Political Development. Little, Brown and Company, Boston 1973 – pp 1 - 42
- Almond, Flanagan, Mundt 1973 Almond, Gabriel A.; Flanagan, Scott C.; Mundt, Robert J. (Editors): Crisis, Choice and Change – Historical Studies of Political Development. Little, Brown and Company, Boston 1973
- Ambrosius 1977 Ambrosius, Gerold: Die Durchsetzung der Sozialen Marktwirtschaft in Westdeutschland 1945 – 1949
Deutsche Verlagsanstalt, Stuttgart 1977
- ARL 2005 Akademie für Raumforschung und Landesplanung (Hrsg.): Handwörterbuch der Raumordnung. Verlag der ARL, Hannover 2005

- Artz 2007 Artz, Verena: Pocket Zeitgeschichte – Deutschland 1945-2005, Bundeszentrale für Politische Bildung, Bonn, 2007
- Aziz 1997 Aziz, Namo: Spielball der Parteien, Kurden im Norden des Irak leiden unter der Feindschaft ihrer Führer FAZ, 25. August 1997
- Balabkins 1964 Balabkins, Nicholas: Germany Under Direct Controls – Economic Aspects of Industrial Disarmament 1945 – 1948 Rutgers University Press, New Brunswick, 1964
- Bayly 2004 Bayly, Christopher Alan: The Birth of the Modern World, 1780-1914. Oxford (Blackwell Publishers) 2004. In Le Monde Diplomatique: Die Entstehung der Modernen Welt, Mai 2006, Deutsche Ausgabe.
- Beardsley u.a. 2006 Beardsley, Kyle C.; Quinn, David M.; Biswas, Bidisha and Wilkenfeld, Jonathan: Mediation Style and Crisis Outcomes, in: Journal of Conflict Resolution 2006; Vol. 50 No. 1, February 2006 pp. 58-86, Sage Publications; Online version: <http://jcr.sagepub.com/cgi/content/abstract/50/1/58>, October 2008
- Beck 2005 Beck, Ulrich: Europäisierung – Soziologie für das 21. Jahrhundert, in: Aus Politik und Zeitgeschichte (APuZ), bpb-Heft 34-35/2005, 22. August 2005, Seiten 3 - 11
- Bendix 1969 Bendix, Reinhard: Modernisierung in internationaler Perspektive, in: Zapf, Wolfgang (Hrsg.): Theorien des sozialen Wandels, Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln, Berlin 1969, Seiten 505 – 512
- Benevolo 1983 Benevolo, Leonardo. Die Geschichte der Stadt, Büchergilde Gutenberg, Frankfurt a.M. 1983. ISBN 3 7632 31166 8
- Ben-Yehuda/Sandler 2003 Hemda Ben-Yehuda & Shmuel Sandler: Magnitude and Endurance in Interstate and Ethnic-State Crises: The Arab-Israeli Conflict, 1947–2000, in: Journal of Peace Research, Vol. 40 No. 3, 2003, pp. 271 – 285, Sage Publications; Online version: <http://jpr.sagepub.com/cgi/content/abstract/40/3/271>, 29. Oktober, 2008
- Benz 2005 Benz, Wolfgang: Infrastruktur und Gesellschaft im zerstörten Deutschland – in bpb Heft 259, Überarbeitete Neuauflage 2005, Bonn, S. 16 -25
- Berend 2007 Berend, Ivan T.: Markt und Wirtschaft – Ökonomische Ordnungen und wirtschaftliche Entwicklung in Europa seit dem 18. Jahrhundert. Vandenhoeck und Ruprecht, Göttingen 2007

- Binder 1947 Binder, Gottlob (Hrsg.): Grundfragen des Aufbaus in Stadt und Land,
Die Referate und Aussparachen der Kölner Arbeitstagung im April 1947
Verlag von Julius Hoffmann in Stuttgart, Aufbau Sonderhefte, Heft 2, September 1947
- BMZ 2006 Der Wassersektor in der deutschen Entwicklungszusammenarbeit, BMZ-Materialien Nr. 154, Bonn 2006
- Boin u.a. 2004 Boin, Arjen; Kofman-Bos, Celesta; Overdijk, Werner: Crisis Simulations: Exploring Tomorrow's Vulnerabilities and Threats, in: Simulation & Gaming, Vol. 35 No. 3, September 2004, pp. 378 - 393, Sage Publications; Online vesion: <http://sag.sagepub.com/cgi/content/abstract/35/3/378>, 29. Oktober, 2008
- Bollerey 2002 Bollerey, Franziska: Auf der Suche – Internationale Architekturvorbilder, in: Framke, Gisela (Hrsg.): Das Neue Dortmund. Planen, Bauen, Wohnen in den fünfziger Jahren – Dokumentation zur Ausstellung vom 15. September bis 8. Dezember 2002, Museum für Kunst und Kulturgeschichte, Dortmund 2002, Seiten 37 – 49
- Bollnow 1966 Bollnow, Otto Friedrich: Krise und Neuer Anfang, Beiträge zur pädagogischen Anthropologie
Quelle & Meyer, Heidelberg 1966
- Borodzicz 2004 Borodzicz, Edward P. : The Missing Ingredient is the Value of Flexibility, in: Simulation & Gaming, Vol. 35 No. 3, September 2004, pp. 414 - 426, Sage Publications; Online vesion: <http://sag.sagepub.com/cgi/content/abstract/35/3/414>, 29. Oktober, 2008
- Bourdieu 1987 Bourdieu, Pierre: Die feinen Unterschiede, Übersetzung aus dem Französischen von Bernd Schwibs und Achim Russer, Suhrkamp, Erste Auflage, Frankfurt/a.M. 1987
- bpb
Informationen,
Heft 256 Deutschland in den fünfziger Jahren; Informationen zur politischen Bildung, Heft 256 - Neudruck 2003, Bundeszentrale für Politische Bildung, Bonn
- bpb
Informationen,
Heft 259 Deutschland 1945 - 1949; Informationen zur politischen Bildung, Heft 259 – Überarbeitete Neuauflage 2005, Bundeszentrale für Politische Bildung, Bonn
- Brauer 2003 Brauer, Dieter: Bruttosozialglück als Entwicklungsziel: Bhutan geht einen anderen Weg: In Entwicklung und Zusammenarbeit (E+Z), Heft 7, Juli 2003:

- Braun u.a. 2007 Braun, Hans; Gerhardt, Uta; Holtmann, Everhard: Die »lange Stunde Null«: Exogene Vorgaben und endogene Kräfte im gesellschaftlichen und politischen Wandel nach 1945, in: Braun, Hans; Gerhardt Uta; Holtmann, Everhard (Hrsg.): Die lange Stunde Null, Gelenkter sozialer Wandel in Westdeutschland nach 1945. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2007, S. 7 - 26
- Braun, Gerhardt, Holtmann 2007 Die lange Stunde Null, Gelenkter sozialer Wandel in Westdeutschland nach 1945. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2007
- Brinkerhoff 2007 Brinkerhoff, Derick W. (Editor): Governance in Post-Conflict Societies, Rebuilding fragile states. Routledge, London and New York 2007
- Brinkerhoff 2007 Brinkerhoff, Derick W.: Governance Challenges in Fragile States, in: Brinkerhoff, Derick W. (Editor): Governance in Post-Conflict Societies, Rebuilding fragile states. Routledge, London and New York 2007, pp 1 – 21.
- Bruinessen 1989 Bruinessen, M.M. van. Agha, Sheich und Staat – Politik und Gesellschaft Kurdistans. Edition Parabolis, Berlin 1989
- Buchheim 1993 Buchheim, Christoph: Marshall Plan and Currency Reform, in: Diefendorf, Jeffry M., Frohn, Axel, Rupieper, Hermann-Josef (Editors): American Policy and the Reconstruction of West Germany, 1945-1955. German Historical Institute, Washington, D.C. and Cambridge University Press, New York / Oakleigh, 1993, Seiten 69 – 83
- Bührer 2003 Bührer, Werner: Wirtschaft in beiden deutschen Staaten – in bpb Heft 256, Neudruck 2003, Bonn, S. 32-45
- Bundesamt 1988 Länderbericht Irak 1988, Statistik des Auslandes, Statistisches Bundesamt, Wiesbaden 1988
- Burger, D.; Mayer, C., 2003 Making Sustainable Development a Reality: the Role of Social and Ecological Standards. Eschborn: GTZ
- Büttner/Scholz 1993 Büttner, Friedmann; Scholz, Fred: islamisch-orientalische Welt: Kulturtradition und Unterentwicklung, in: Nohlen, Dieter; Nuscheler, Franz (Hrsg): Handbuch der Dritten Welt, Band 6 – Nordafrika und Naher Osten. Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn 1993, 3. Auflage, S. 16 – 66
- Cairncross 1991 Cairncross, Sir A.: Reconversion, 1945 – 51, in: Crafts, N.F.R. & Woodward, N.W.C. (Editors): The British Economy since 1945, Oxford University Press, New York 1991, S. 25-51

- Çelebi 1999 Çelebi, Nilgün: Sosyoloji Ders Kitaplarında Köy ve Kente Bakis, in: Bilanço 1923 – 1998, Türkiye Cumhuriyetinin 75 Yılına Toplu bir Bakis, Uluslararası Kongre, II. Cilt Ekonomi, Toplum, Çevre, İstanbul 1999, S. 199 - 215
- Chaliand 1988 Chaliand, Gérard: Die nationale Frage und die Rechte der Minderheiten, in: Chaliand, Gérard (Hrsg.): Kurdistan und die Kurden. Band 1. Gesellschaft für bedrohte Völker, Göttingen 1988 - Reihe pogrom 105/106, S. 19 – 36
- Chambers, Robert Chambers, Robert: Rural Development: Putting the Last First Longman Scientific & Technical, 1983
(John Wiley & Sons, New York, 0-470-20439-7)
- Cipolla 1986 Cipolla, Carlo M.: Europäische Wirtschaftsgeschichte: in 5 Bd., Band 5 – Die europäischen Volkswirtschaften im zwanzigsten Jahrhundert, Fischer, Stuttgart 1986
- Clausen, Geenen und Macamo 2003 Clausen, Lars; Geenen Elke M., Macamo, Elísio (Hrsg.): Entsetzliche soziale Prozesse – Theorie und Empirie der Katastrophen. LIT Verlag, Münster 2003
- Crafts & Woodward 1991 Crafts, N.F.R. & Woodward, N.W.C. (Editors): The British Economy since 1945, Oxford University Press, New York 1991
- Dahrendorf 1969 Dahrendorf, Ralf: Zu einer Theorie des sozialen Konflikts, in: Zapf, Wolfgang (Hrsg.): Theorien des sozialen Wandels, Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln, Berlin 1969 - Seiten 108 - 123
- Dahrendorf 2004 Dahrendorf, Ralf: Der Wiederbeginn der Geschichte. Vom Fall der Mauer zum Krieg im Iran. Reden und Aufsätze, Verlag C.H.Beck, München 2004
- Dalal-Clayton u.a. 2003 Dalal-Clayton, Barry; Dent, David; Dubois, Olivier: Rural Planning in Developing Countries Supporting Natural Resource Management and Sustainable Livelihoods, Earthscan, London, 2003
- Delaney 1999 Delaney, Carol: The Rise and Demise of Village Life in Turkey, in: Bilanço 1923 – 1998, Türkiye Cumhuriyetinin 75 Yılına Toplu bir Bakis, Uluslararası Kongre, II. Cilt Ekonomi, Toplum, Çevre, İstanbul 1999, S. 191 - 198
- Diefendorf u.a. 1993 Diefendorf, Jeffry M., Frohn, Axel, Rupieper, Hermann-Josef (Editors): American Policy and the Reconstruction of West Germany, 1945-1955. German Historical Institute, Washington, D.C. and Cambridge University Press, New York / Oakleigh, 1993

- Dilger 2007 Dilger, Gerhard: Der süße Wahn des Sozialismus; Die Tageszeitung (TAZ), 17.4.2007, Seite 4
- Duden-Oxford 1999 Duden-Oxford - Großwörterbuch Englisch. 2. Aufl. Mannheim 1999. [CD-ROM].
- Eisenstadt 1969 Eisenstadt, Shmuel N.: Sozialer Wandel, Differenzierung und Evolution , in: Zapf, Wolfgang (Hrsg.): Theorien des sozialen Wandels, Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln, Berlin 1969, Seiten 75 – 91
- Epd 2002 Epd - Nr. 7: Evangelischer Pressedienst, Tagungsdokumentation "Kurden im Irak und Iran – Chancen sowie Perspektiven von Autonomie und Selbstverwaltung - vom 30. November bis 2. Dezember 2001", Nr. 7, Frankfurt a.M. 2002
- Erker, Paul & Pierenkemper, Toni Deutsche Unternehmer zwischen Kriegswirtschaft und Wiederaufbau, Studien zur Erfahrungsbildung von Industrie-Eliten R. Oldenburg Verlag, München 1999
- Evans 2008 Evans, Gareth: Die Lizenz zum Helfen, wie die internationale Gemeinschaft auf Verbrechen gegen die Menschlichkeit reagieren sollte, in: Süddeutsche Zeitung, Rubrik ‚Aussenansicht‘, 24.10.2008, Seite 2
- Farquharson 1985 Farquharson, John E.: The Western Allies and the Politics of Food: Agrarian Management in Postwar Germany, Berg Publishers Ltd, Warwickshire / New Hampshire 1985
- Faust 2005 Faust, Jörg: Good Governance als Entwicklungspolitisches Zielsystem – Verteilungs- und Koordinationsprobleme im Transformationsprozess; in: Messner, Dirk; Scholz, Imme (Hrsg.): Zukunftsfragen der Entwicklungspolitik. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2005, S. 159 – 170
- Fisher 2006 Fisher, W.B.: Iraq, Physical and Social Geography In The Middle East and North Africa, 52nd edition, Routledge, 2006; pages 471-523
- Flaig 2007 Flaig, Egon: Eine Katastrophe definieren. Versuch einer Skizze. In: Historical Social Research, Vol. 32 (2007) No. 3, pp 35 – 43.
- Flanagan 1973 Flanagan, Scott C.: Models and Methods of Analysis, in: Almond, Gabriel A.; Flanagan, Scott C.; Mundt, Robert J. (Editors): Crisis, Choice and Change – Historical Studies of Political Development. Little, Brown and Company, Boston 1973 – pp 43 - 102

- Forsberg/
Pursiainen 2006 Forsberg, Tuomas and Pursiainen, Christer: Crisis Decision-Making in Finland: Cognition, Institutions and Rationality, in: Cooperation and Conflict: Journal of the Nordic International Studies Association, Vol. 41(3): pp. 235–260, Sage Publications; Online version: <http://cac.sagepub.com/cgi/content/abstract/41/3/235>, Oktober 29, 2008
- Foucault 1981 Foucault, Michel: Archäologie des Wissens, Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft 356, Frankfurt a.M., erste Auflage 1981
- Framke 2002 Framke, Gisela (Hrsg.): Das Neue Dortmund. Planen, Bauen, Wohnen in den fünfziger Jahren – Dokumentation zur Ausstellung vom 15. September bis 8. Dezember 2002, Museum für Kunst und Kulturgeschichte, Dortmund 2002
- Friedmann &
Weaver 1979 Friedmann, John; Weaver, Clyde: Territory and Function – The Evolution of Regional Planning
Edward Arnold (Publishers) Ltd., London 1979
- Friedmann 1988 Friedmann, John: Life Space and Economic Space
- Essays in Third World Planning
Transaction Books, New Brunswick 1988
- Galbraith 2006 Galbraith, Peter W.: Kurdistan in a Federal Iraq, in: O’Leary, Brendan; McGarry, John; Salih, Khaled (Editors): The future of Kurdistan in Iraq. University of Pennsylvania Press, Pennsylvania 2006, pp 268 - 281
- Gantner 2007 Gantner, Gösta: Das Ende der «Deutschen Philosophie» - Zäsuren und Spuren eines Neubeginns bei Karl Jaspers, Martin Heidegger und Theodor W. Adorno, in: Braun, Hans; Gerhardt Uta; Holtmann, Everhard (Hrsg.): Die lange Stunde Null, Gelenkter sozialer Wandel in Westdeutschland nach 1945. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2007, S. 141 - 173
- Geertz 1987 Geertz, Clifford: Dichte Beschreibung – Beiträge zum Verstehen kultureller Systeme. Erste Auflage, Suhrkamp, Frankfurt a.M. 1987
- Gerhardt 2005 Gerhardt, Uta: Soziologie der Stunde Null – zur Gesellschaftskonzeption des amerikanischen Besatzungsregimes in Deutschland 1944-1945/1946
Suhrkamp Verlag, Frankfurt a.M. 2005
- Ghassemlou 1988 Ghassemlou, Abdul R.: Bericht über Iranisch-Kurdistan, in: Chaliand, Gérard (Hrsg.): Kurdistan und die Kurden. Band 1. Gesellschaft für bedrohte Völker, Göttingen 1988 - Reihe pogrom 105/106, S. 183 – 228.

- Goldsmith 2007 Goldsmith, Arthur A.: Does Nation Building Work?, in: Brinkerhoff, Derick W. (Editor): Governance in Post-Conflict Societies, Rebuilding fragile states. Routledge, London and New York 2007, pp 25 – 44.
- Habermas 1995a Habermas, Jürgen: Theorie des kommunikativen Handelns, Band 1 – Handlungsrationilät und gesellschaftliche Rationalisierung. Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft 1175, Erste Auflage, Frankfurt a.M. 1995
- Habermas 1995b Habermas, Jürgen: Theorie des kommunikativen Handelns, Band 2 – Zur Kritik der funktionalistischen Vernunft. Suhrkamp Taschenbuch Wissenschaft 1175, Erste Auflage, Frankfurt a.M. 1995
- Hahn 1993 Hahn, Erich J.: U.S. Policy on a West German Constitution, in: Diefendorf, Jeffry M., Frohn; Axel, Rupieper; Hermann-Josef (Editors): American Policy and the Reconstruction of West Germany, 1945-1955, German Historical Institute, Washington, D.C. and Cambridge University Press, New York / Oakleigh 1993, S 21 - 44
- Hahne 1985 Hahne, Ulf: Regionalentwicklung durch Aktivierung intraregionaler Potentiale: zu den Chancen „endogener“ Entwicklungsstrategien, (Schriften des Instituts für Regionalforschung der Universität Kiel, Bd. 8) Verlag Floretz, München 1985
- Hamilton 2010 Hamilton, Archibald Milne: Road through Kurdistan: Travels in Northern Iraq. Taurus Parke Paperbacks, New York 2010
- Hardach, Karl Deutschland 1914-1970, in Europäische Wirtschaftsgeschichte: in 5 Bd. Band 5 – Die europäischen Volkswirtschaften im zwanzigsten Jahrhundert, Fischer, Stuttgart 1986
- Harttung 1991 Harttung, Arnold (Hrsg.): Die VN-Resolutionen zum Nahost-Konflikt, Band 2: 1978 – 1990, Berlin Verlag, Berlin 1991
- Hartwich 1977 Hartwich, Hans-Hermann: Sozialpostulat und gesellschaftlicher status quo, 2. Auflage, Westdeutscher Verlag, Opladen 1977
- Hazell, Peter Last Chance for the Small Farm? www.ifpri.org, 22.01.2010
- Hippel 2006 Hippel, Karin von: State-Building After Saddam: Lessons Lost, in: O’Leary, Brendan; McGarry, John; Salih, Khaled (Editors): The future of Kurdistan in Iraq. University of Pennsylvania Press, Pennsylvania 2006, pp 251 – 267

- Hippler 2005 Hippler, Jochen: Failed States und Globalisierung. Essay in ApuZ, bpb, 28-29/2005, Seiten 3 – 5
- Holtmann 2007 Holtmann, Everhard: Demokratische Transformation im frühen Nachkriegsdeutschland: Abrupter Systemwechsel oder lang anhaltender Prozess? Lokale Erscheinungsformen in der Demokratisierung nach 1945 in der britischen Besatzungszone, in: Braun, Hans; Gerhardt Uta; Holtmann, Everhard (Hrsg.): Die lange Stunde Null, Gelenkter sozialer Wandel in Westdeutschland nach 1945. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2007, S. 7 - 26
- Holtmann 1986 Holtmann, Everhard: Politische Positionseliten in der „Stunde Null“ – Versuch einer lokalen Typisierung, in: 1945 – Die Stunde Null? Beiträge zum Symposium im Rahmen der Ossietzky-Tage '85 am 3. Mai 1985, Bibliotheks- und Informationssystem der Universität Oldenburg 1986, S 87 – 110
- HRW 1992 Human Rights Watch, World Report 1992, http://www.hrw.org/legacy/reports/1992/WR92/MEW1-02.htm#P209_89569, 27.02.2009
- HRW 1993 Human Rights Watch, World Report 1993, http://www.hrw.org/legacy/reports/1993/WR93/Mew-04.htm#P230_105786, 27.02.2009
- HRW 1994 Human Rights Watch, World Report 1994, http://www.hrw.org/legacy/reports/1994/WR94/Middle-04.htm#P259_140509: 27.02.2009
- Hutchins 2008 Hutchins, Holly M.: What Does HRD Know About Organizational Crisis Management? Not Enough! Read on, in: Advances in Developing Human Resources Vol. 10, No. 3 June 2008, pp. 299-309, originally published online, April 7, 2008; Online vesion: <http://adh.sagepub.com/cgi/content/abstract/10/3/299>, October 29, 2008
- IHDP IHDP - International Human Dimensions Programme on Global Environmental Change, www.ihdp.org Annual Report 2003/2004, Bonn 2004
- Inbal & Lerner 2007 Inbal, Aliza Belman; Lerner, Hanna: Constitutional Design, Identity, and Legitimacy in Post-Conflict Reconstruction, in: Brinkerhoff, Derick W. (Editor): Governance in Post-Conflict Societies, Rebuilding fragile states. Routledge, London and New York 2007, pp 45 – 63.
- ISS 2001a UNCHS/HABITAT's Programme in Northern Iraq During the Last Four Years: Independent Technical Evaluation Part I – General Reports, The Hague, January 2001

- ISS 2001b UNCHS/HABITAT's Programme in Northern Iraq During the Last Four Years: Independent Technical Evaluation Part II – Sectoral Reports, The Hague, January 2001
- Jasper 1997 Jasper, Ulrich: Eigenständige Regionalentwicklung; in: Leitfaden zur Regionalentwicklung AbL – Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (Hrsg.), Rheda-Wiedenbrück, 1997
- Jawad 1982 Jawad, Sa'ad: Recent Developments in the Kurdish Issue, in: Niblock, Tim (Editor): Iraq: The Contemporary State, Struktur. Martin's Press, New York 1982, pp 47 - 61
- Jwaideh 2006 Jwaideh, Wadie: The Kurdish National Movement: its origins and development. Syracuse University Press, New York 2006
- Kassel 1946 Kassel, Peter: Wiederaufbau durch Selbsthilfe Kyrios Verlag, Meitingen 1946
- Kendal 1988a Kendal: Die Kurden unter der Osmanischen Herrschaft, in: Chaliand, Gérard (Hrsg.): Kurdistan und die Kurden. Band 1. Gesellschaft für bedrohte Völker, Göttingen 1988 - Reihe pogrom 105/106, S. 37 – 80.
- Kendal 1988b Kendal: Türkisch Kurdistan, in: Chaliand, Gérard (Hrsg.): Kurdistan und die Kurden. Band 1. Gesellschaft für bedrohte Völker, Göttingen 1988 - Reihe pogrom 105/106, S. 81 – 182.
- Kennan 1968 Kennan, George F.: Memoirs 1925 – 1950 Hutchinson of London, London 1968
- Khalil 1990 Khalil, Fadel: Kurden Heute, Europa Verlag GesmbH, 2., aktualisierte Auflage, Wien 1990
- Kift 2005 Kift, Dagmar: Aufbau West in Nordrhein-Westfalen, in: Kift, Dagmar (Hg.): Aufbau West. Neubeginn zwischen Vertreibung und Wirtschaftswunder, Ausstellungskatalog, Klartext Verlag, Essen 2005, S. 12 - 21
- Kirkpatric u.a. 2002 Kirkpatric, Colin; Clarke, Ron; Polidano, Charles: Handbook on Development Policy and Management Edward Elgar, Cheltenham, UK, 2002
- Kleeberg 2008 Kleeberg, Michael: Hat Marcel Proust gelacht?, in: die Tageszeitung (TaZ), 13./14. Dezember 2008, S. 17
- Kleinert 1988 Kleinert, Uwe: Flüchtlinge und Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen 1945-1961, Arbeitsmarkt – Gewerbe – Staat, - 1. Auflage - Schwann, Düsseldorf 1988

- Klennert 2005 Klennert, Klaus (Editor): Achieving Food and Nutrition Security - Actions to Meet the Global Challenge
A Training Course Reader, InWEnt, Feldafing 2005
- Kleßmann 1986 Kleßmann, Christoph: Die doppelte Staatsgründung – Deutsche Geschichte 1945 – 1955.
Bundeszentrale für politische Bildung, Band 193, Bonn 1986, 4. ergänzte Auflage
- Köchling 1995 Köchling, Martina: Demontagepolitik und Wiederaufbau in Nordrhein-Westfalen.
Klartext Verlag, 1. Auflage, Essen 1995
- Kraiker 1986 Kraiker, Gerhard (Hrsg.): 1945 – Die Stunde Null? Beiträge zum Symposium im Rahmen der Ossietzky-Tage '85 am 3. Mai 1985, Bibliotheks- und Informationssystem der Universität Oldenburg, 1986
- Kramer 2002 Kramer, Dr. Heinz: ???, in: Epd - Nr. 7: Evangelischer Pressedienst, Tagungsdokumentation "Kurden im Irak und Iran – Chancen sowie Perspektiven von Autonomie und Selbstverwaltung - vom 30. November bis 2. Dezember 2001", Nr. 7, Frankfurt a.M. 2002, Seiten ???
- Krauss 2007 Krauss, Marita: Amerikanische Besatzungskultur und »konstruktive« Transformation im Jahr 1945, in: Braun, Hans; Gerhardt Uta; Holtmann, Everhard (Hrsg.): Die lange Stunde Null, Gelenkter sozialer Wandel in Westdeutschland nach 1945
Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2007, S. 59 - 89
- Kreckel 2009 Kreckel, Reinhard: Geschlechtssensibilisierte Soziologie. Können askriptive Merkmale eine vernünftige Gesellschaftstheorie begründen?, in: Zapf, Wolfgang (Hrsg.): Die Modernisierung moderner Gesellschaften: Verhandlungen des 25. Deutschen Soziologentages in Frankfurt am Main 1990. Campus Verlag, Frankfurt am Main 1991 – Seiten 370 - 382
- Kreiser 2008 Kreiser, Klaus: Atatürk, eine Biographie. Verlag C.H.Beck oHG, München 2008
- KRG 2010 About the Kurdistan Regional Government.
http://www.krg.org/uploads/documents/Fact_Sheet_About_Kurdistan_Regional_Government_KRG__2010_05_15_h13m42s9.pdf, 5.6.2010.
- Kroës 2006 Kroës, Günter: What's Planning about: „Theory and Practice“, Lecture at 1st International Conference in Planning, 20 – 22 November, Jordan, Al-Salt 2006

- Krüger u. Walther 2005 Krüger, Thomas Walther, Monika: Innovative Ansätze zur Entwicklung der ländlichen Räume - Ländliche Struktur- und Entwicklungsanalyse und Markt Treff-Konzept in Schlesweig-Holstein, in: Raumplanung 118, Februar 2005, Seiten 11-16
- Kunzmann u.a. 1990 Kunzmann, Klaus R.; von Petz, Ursula; Schmals Klaus Moderne (HG.): 20 Jahre Raumplanung in Dortmund. IRPUD, Blaue Reihe Nr. 50, Dortmund 1990
- Kunzmann u.a. 1992 Kunzmann, Klaus R.; Diaw, Kofi; Olima, Washington; Banimb, Mbom: Rural-Urban Linkages – A discussion paper IRPUD - Arbeitspapier 109, Dortmund 1992
- Lawrence 2009 Lawrence, Quil: Invisible Nation – How the Kurds' quest for statehood is shaping Iraq and Middle-East. Walker & Company, New York 2009.
- Lipp 1991 Lipp, Wolfgang: Europa als Kulturprozeß. In: Zapf, Wolfgang (Hrsg.): Die Modernisierung moderner Gesellschaften: Verhandlungen des 25. Deutschen Soziologentages in Frankfurt am Main 1990. Campus Verlag, Frankfurt am Main 1991, Seiten 349 - 360
- Long 1977 Long, Norman: An Introduction to the Sociology of Rural Development, Tavistock Publications, London 1977
- Macamo 2003 Macamo, Elísio: Nach der Katastrophe ist die Katastrophe, Die 2000er Überschwemmung in der lokalen Wahrnehmung in Mosambik. In: Clausen, Lars; Geenen, Elke. M.; Macamo, Elísio (Hrsg.): Entsetzliche soziale Prozesse, Theorie und Empirie der Katastrophen. LIT Verlag, Münster 2003
- Mai 1993 Mai, Günther: American Policy toward Germany and the Integration of Europe, 1945 - 1955 in: Diefendorf, Jeffrey M., Frohn, Axel, Rupieper, Hermann-Josef (Editors): American Policy and the Reconstruction of West Germany, 1945-1955, German Historical Institute, Washington, D.C. and Cambridge University Press, New York / Oakleigh 1993, S 85 -109
- Meiselas 2008 Meiselas, Susan: Kurdistan in the Shadow of History, Second Edition, Random House of Canada Ltd., Toronto 2008
- Menck 1992 Menck, Karl Wolfgang: HWWA-Report Nr. 96 – Wirtschaftspolitische Prioritäten für den Wiederaufbau und für den Strukturwandel im Nahen und Mittleren Osten, HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung-Hamburg, 1992
- Messner & Scholz 2005 Messner, Dirk; Scholz, Imme (Hrsg.): Zukunftsfragen der Entwicklungspolitik. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2005

- Messner & Scholz 2005a Messner, Dirk; Scholz, Imme: Zukunftsfragen der Entwicklungspolitik; in: Messner, Dirk; Scholz, Imme (Hrsg.): Zukunftsfragen der Entwicklungspolitik. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2005, S. 15 – 38
- Michalon 2003 Michalon, Thierry: Sieben Säulen für Afrika, Konsensdemokratie als Modell
Le Monde Diplomatique – die Tageszeitung, Dezember 2003
- Milliken & Krause 2003 Milliken, Jennifer; Krause, Keith: State Failure, State Collapse, and State Reconstruction: Concepts, Lessons and Strategies, in: Milliken, Jennifer (Editor): State Failure, Collapse and Reconstruction. Blackwell Publishing, Malden, Oxford, Melbourne, Berlin 2003, pp 2 – 21.
- Milliken 2003 Milliken, Jennifer (Editor): State Failure, Collapse and Reconstruction. Blackwell Publishing, Malden, Oxford, Melbourne, Berlin 2003
- Möller 1961 Möller, Hans: Zur Vorgeschichte der Deutschen Mark, Die Währungsreformpläne 1945 – 1948
Kyklos-Verlag Basel, J.C.B. Mohr (Paul Siebeck) Tübingen, 1961
- Neubert & Herrfahrdt 2005 Neubert & Herrfahrdt: Integriertes Wasserressourcen-Management – Ein realistisches Konzept für Entwicklungs- und Transformationsländer?; in: Messner, Dirk; Scholz, Imme (Hrsg.): Zukunftsfragen der Entwicklungspolitik. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2005, S. 237 – 252
- Niblock 1982 Niblock, Tim (Editor): Iraq: The Contemporary State, Struktur. Martin's Press, New York 1982
- Nohlen & Nuscheler 1974 Nohlen, Dieter; Nuscheler, Franz (Hrsg): Handbuch der Dritten Welt, Band 1 –Theorien und Indikatoren von Unterentwicklung und Entwicklung.
Hoffmann und Campe Verlag, Hamburg 1974, 1. Auflage
- Nohlen & Nuscheler 1992 Nohlen, Dieter; Nuscheler, Franz (Hrsg): Handbuch der Dritten Welt, Band 1 – Grundprobleme, Theorien, Strategien.
Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn 1992, 3. Auflage
- Nohlen & Nuscheler 1992a Nohlen, Dieter; Nuscheler, Franz: Entwicklungsindikatoren, in: Nohlen, Dieter; Nuscheler, Franz (Hrsg): Handbuch der Dritten Welt, Band 1 – Grundprobleme, Theorien, Strategien.
Verlag J.H.W. Dietz Nachf., Bonn 1992, 3. Auflage, S. 14 – 108
- NRW 1992a NRW-Winter- und Wiederaufbauhilfe für Irakisch-Kurdistan 1992. Bericht über die Reise von Beamten des Innenministeriums NRW in den Nord-Irak vom 29.01.1992 bis zum 09.02.1992. Nicht veröffentlichtes Dokument.

- NRW 1992b Presse-Information. Innenministerium des Landes NRW. Düsseldorf, 18.03.1992.
- O’Leary u.a. 2006 O’Leary, Brendan; McGarry, John; Salih, Khaled (Editors): The future of Kurdistan in Iraq. University of Pennsylvania Press, Pennsylvania 2006
- Osten-Sacken 2002 Osten-Sacken, Thomas von der: ???, in: Epd - Nr. 7: Evangelischer Pressedienst, Tagungsdokumentation “Kurden im Irak und Iran – Chancen sowie Perspektiven von Autonomie und Selbstverwaltung - vom 30. November bis 2. Dezember 2001“, Nr. 7, Frankfurt a.M. 2002, Seiten ???
- Oxford 2000 Oxford Advanced Learner’s Dictionary of Current English, Sixth edition, Oxford University Press 2000
- Parsons 1969a Parsons, Talcott: Das Problem des Strukturwandels: eine theoretische Skizze, in: Zapf, Wolfgang (Hrsg.): Theorien des sozialen Wandels, Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln, Berlin 1969, Seiten 35 – 54
- Parsons 1969b Parsons, Talcott: Evolutionäre Universalien der Gesellschaft, in: Zapf, Wolfgang (Hrsg.): Theorien des sozialen Wandels, Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln, Berlin 1969, Seiten 55 – 74
- Pickel 2001 Pickel, Andreas: Between Social Science and Social Technology - Toward a Philosophical Foundation for Post-Communist Transformation Studies, in: Philosophy of the Social Sciences 2001; 31; P 459 – 487, SAGE Publications; Online version: <http://pos.sagepub.com/cgi/content/abstract/31/4/459> - October 29, 2008
- Pitt 2002 Pitt, William Rivers mit Ritter, Scott: Krieg gegen den Irak – was die Bush-Regierung verschweigt. Kiepenheuer & Witsch, Köln 2002, 2. Auflage
- Plato 1986 Plato, Alexander von: Neue Anfänge und Alte Traditionen, in: 1945 – Die Stunde Null? Beiträge zum Symposium im Rahmen der Ossietzky-Tage ’85 am 3. Mai 1985, Bibliotheks- und Informationssystem der Universität Oldenburg 1986, S 52 - 72
- Radermacher 2008 Radermacher, Prof. Dr. Dr. F. J.: Nichtregierungsorganisationen als Mitgestalter der Zukunft. Vortrag bei Bengo, Bonn 4. November 2008
- Raim 2007 Raim, Edith: Der Wiederaufbau der westdeutschen Justiz unter alliierter Aufsicht und die Verfolgung von NS-Verbrechern, in: Braun, Hans; Gerhardt Uta; Holtmann, Everhard (Hrsg.): Die lange Stunde Null, Gelenkter sozialer Wandel in Westdeutschland nach 1945. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2007, S. 141 - 173

- Rapley 2002 Rapley, John: Understanding Development - Theory and Practice in the Third World. Lynne Rienner Publishers, Boulder, London 2002
- Rasoul 1988 Rasoul, Fadil: Großmachtpolitik und Freiheitskampf – Kurdistan und die sowjetische Nahost-Politik, 1. Auflage, Junius Verlag, Wien 1988
- Rauch 2002 Rauch, Theo: Partizipation in der Entwicklungszusammenarbeit auf dem Weg von der Spielwiese hin zum demokratischem Recht für alle. In Peripherie, Münster(Westf.) 2002, Nr. 88, Seiten 496-522
- Rechmann 2007 Rechmann, Annika : Von Kriegsverächtern und Kriegsverfechtern. Die Berichterstattung über den Irak-Krieg 2003 in deutschen und amerikanischen Qualitätszeitungen. Deutscher Universitäts-Verlag, Wiesbaden 2007
- Rist 2002 Rist, Gilbert: The History of Development – from Western Origins to Global Faith. Zed Books, London & New York 2002
- Rittberger 1971 Rittberger, Volker: Über sozialwissenschaftliche Theorien der Revolution, Politische Vierteljahresschrift der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft – Sonderheft, Vol. 12, Nr. 4, Wiesbaden 1971, Seiten 492 - 529
- Rokkan 1969 Rokkan, Stein: Der vergleichende Analyse der Staaten- und Nationenbildung: Modelle und Methoden, in: Zapf, Wolfgang (Hrsg.): Theorien des sozialen Wandels, Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln, Berlin 1969, Seiten 228 – 252
- Roosevelt 1988 Roosevelt Jr., Archie: Die kurdische Republik Mahabad, in: Chaliand, Gérard (Hrsg.): Kurdistan und die Kurden. Band 1. Gesellschaft für bedrohte Völker, Göttingen 1988 - Reihe pogrom 105/106, S. 229 – 257.
- Rudel/Hooper 2005 Rudel, Thomas K. and Hooper, Linda: Is the Pace of Social Change Accelerating? Latecomers, Common Languages, and Rapid Historical Declines in Fertility, in: International Journal of Comparative Sociology 2005; Vol 46(4), pp. 275–296, Sage Publications; Online vesion: <http://cos.sagepub.com/cgi/content/abstract/46/4/275>, October 29, 2008
- Rupieper 1993 Rupieper, Hermann-Josef: Die Wurzeln der westdeutschen Nachkriegsdemokratie - Der amerikanische Beitrag 1945-1952, Westdeutscher Verlag, Opladen 1993
- Saidi 1993 Prof. Dr. Khosrow Saidi, „Deutsche Humanitäre und Wiederaufbauhilfe für Kurdistan-Nordirak“, Bericht im Auftrage des Auswärtigen Amtes, Referat 301, August 1993

- Sammeth 2005 Sammeth, Frank: Der Wiederaufbau und die wirtschaftliche Entwicklung Westdeutschlands (BRD) und Frankreichs im Vergleich. 1944/45 bis 1963, Dissertation, Verlag Dr. Kovas, Hamburg 2005
- Saraçbasi & Minnetoslu 2002 Saraçbasi, M. Ertusrul; Minnetoslu, sbrahim: Örnekli ve açıklamalı Türk Atasözleri Sözlüsü. Bilge Sanat Yapım Yayınları, Istanbul 2002
- Sarris & Shams 1991 Sarris, Alexander; Shams, Hadi: Ghana under structural Adjustment: the impact on agriculture and rural poor. International Fund for Agricultural Development (IFAD), by New York University Press 1991
- Schenk / Engels 2007 Schenk, Gerrit Jasper; Engels, Jens Ivo (Eds): Historical Disaster Research. Concepts, Methods and Case Studies / Historische Katastrophenforschung. Begriffe, Konzepte u Fallbeispiele. In: Historical Social Research / Historische Sozialforschung, HSR No. 121, Vol. 32 (2007) 3, Part I: Spezial Issue, pp 9 – 236.
- Schenk 2007 Schenk, Gerrit Jasper: Historical Disaster Research. Concepts, Methods and Case Studies. In: Historical Social Research, Vol. 32 (2007) No. 3, pp 9 – 31.
- Scheuch 2009 Scheuch, Erwin K.: Schwierigkeiten der Soziologie mit dem Prozess der Modernität, in: Zapf, Wolfgang (Hrsg.): Die Modernisierung moderner Gesellschaften: Verhandlungen des 25. Deutschen Soziologentages in Frankfurt am Main 1990. Campus Verlag, Frankfurt am Main 1991 – Seiten 109 - 139
- Schildt 2003a Schildt, Axel: Gesellschaftliche Entwicklung – in bpb Heft 256, Neudruck 2003, Bonn, S. 3-10
- Schildt 2003b Schildt, Axel: Politische Entscheidungen und Einstellungen – in bpb Heft 256, Neudruck 2003, Bonn, S. 10-23
- Schildt 2003c Schildt, Axel: Kultur im Wiederaufbau – in bpb Heft 256, Neudruck 2003, Bonn, S. 4548
- Schlumberger 2005 Schlumberger, Oliver: Strukturreformen und patrimonialer Kapitalismus in der arabischen Welt; in: Messner, Dirk; Scholz, Imme (Hrsg.): Zukunftsfragen der Entwicklungspolitik. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2005, S. 361 – 375
- Schmidt-Kallert / Sinemillioglu 2008 Schmidt-Kallert, E.; Sinemillioglu, H.: Development and Reconstruction Strategies in Kurdistan Federal Region / Iraq, Proposal for the Kurdistan Regional Government (KRG) / Iraq; Dortmund University of Technology, Faculty of Spatial Planning, February 2008 – Unveröffentlichter Projektantrag

- Schmidt-Kallert 2005 Schmidt-Kallert, Einhard: A Short Introduction to Micro-Regional Planning. FAO, Budapest, 2005
- Schmidt-Kallert 2009 Schmidt-Kallert, Einhard: A New Paradigm of Urban Transition: Tracing the Livelihood Strategies of Multi-Locational Households; in: DIE ERDE 140 2009 (3) – Special Focus “Amenity Migratin”, pp. 319 - 336
- Schulz 1994 Schulz, Günter: Wiederaufbau in Deutschland Die Wohnungspolitik in den Westzonen und der Bundesrepublik von 1945 bis 1957 Droste Verlag, Düsseldorf 1994
- Schulz 2002 Schulz, Bernhard: Industriestadt im Grünen – der Wiederaufbau Dortmunds, in: Framke, Gisela (Hrsg.): Das Neue Dortmund. Planen, Bauen, Wohnen in den fünfziger Jahren – Dokumentation zur Ausstellung vom 15. September bis 8. Dezember 2002, Museum für Kunst und Kulturgeschichte, Dortmund 2002, Seiten 17 – 33
- Schüttler 1996 Schüttler, Klaus: Ländliche Entwicklung – Ansätze und Erfahrungen aus der Sicht eines Bundeslandes In: Informationen zur Raumentwicklung, Heft 11/12.1996, S. 823-831
- Senghaas 1996 Senghaas, Dieter: Wie geht es mit China weiter?, in: Leviathan, Band 1 - 1996, S. 78-92
- Sinemillioglu 1991 Vortrag beim „Verein für Internationale Freundschaften“ in Dortmund; veröffentlicht in der Broschüre des „Frieden AG am Käthe Kollwitz Gymnasium“, 1991
- Sinemillioglu 2001 Sinemillioglu, Hasan: Ausbildung von PlanerInnen in Kurdistan/ Nordirak - eine Untersuchung über Notwendigkeit und Wege -, Diplomarbeit, August 2001, Fakultät Raumplanung, Universität Dortmund
- Sinemillioglu 2008 Sinemillioglu, Hasan: unveröffentlichte Reisenotizen, April 2008 in Kurdistan
- Sinemillioglu 2009 Sinemillioglu, Hasan: Reconstruction in Kurdistan and the role of international community, in: Hill, Alexandra; Weiß, Katrin (Eds.): Spatial Planning with Obstacles, 40 Years of Spatial Planning in Crisis Regions and developing Countries. Blaue Reihe 133, Fakultät Raumplanung, Universität Dortmund, Dortmund 2009, pp. 193-201
- SLE 2001 SLE – Seminar für Ländliche Entwicklung (Hrsg.): Conflict – Threat or Opportunity? Land Use and Coping Strategies of War-affected Communities in Trincomalee, Sri Lanka; Berlin/Trincomalee, December 2001

- Sluglett & Farouk-Sluglett 1991 Sluglett, Peter; Farouk-Sluglett, Marion: Der Iraq seit 1958: Von Revolution zur Diktatur, Suhrkamp, erste Auflage, Frankfurt a.M. 1991
- Springhart 2007 Springhart, Heike: »dass es ein Hoffnung gibt für Deutschland« - Religion und Kirchen im Nachkriegsdeutschland als gesellschaftliche Institutionen der Reeducation, in: Braun, Hans; Gerhardt Uta; Holtmann, Everhard (Hrsg.): Die lange Stunde Null, Gelenkter sozialer Wandel in Westdeutschland nach 1945 Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2007, S. 91 - 114
- Stein 1981 Stein, Werner: Der große Kulturfahrplan, Herbig, München 1981. ISBN 3-7766-1116-2
- Strohmeyer & Yalçin-Heckmann 2010 Strohmeyer, Martin; Yalçin-Heckmann, Lale: Die Kurden, Geschichte, Politik, Kultur. Verlag C.H.Beck, München 3. Auflage 2010
- Taylor 2000 Taylor, Peter J.: Havens and Cages: Reinventing States and Households in the Modern World-System
Journal of World-System Research, VI, 2, Summer/Fall 2000, 158
Special Issue: Festschrift for Immanuel Wallerstein – Part I
<http://csf.colorado.edu/jwsr>, ISSN 1076-156x
- Tiryakian 1963 Tiryakian, Edward A. (Editor): Sociological Theory, Values and Sociocultural Change - Essays in Honor of Pitirim A. Sorokin, Harper & Row, New York, 1963
- Tomlinson 2003 Tomlinson, B.R.: What is the Third World?, in: Journal of Contemporary History, 2003, Vol. 38 (2), pp. 307–321, Sage Publications; Online vesion: <http://jch.sagepub.com/cgi/content/abstract/38/2/307>, October 29, 2008
- Turner 1989 Turner, Ian D. (Editor): Reconstruction in Post-War Germany – British Occupation Policy and the Westrn Zones, 1945-55, Berg Publishers Limited, Oxford, New York, Munich 1989
- Turner 2005 Turner, Victor: Das Ritual – Struktur und Anti-Struktur, Campus Verlag, Frankfurt/Main, Neuauflage 2005
- Turner 2005 Turner, Victor: Das Ritual – Struktur und Anti-Struktur, Campus Verlag, Frankfurt/Main, Neuauflage 2005
- UN 1945 Charta der Vereinten Nationen und Statut des Internationalen Gerichtshofs. Aus: Bundesgesetzblatt 1973 II. Tag der Ausgabe: Bonn, den 9. Juni 1973, S. 505-531

- UN 1994 Resolutionen Und Beschlüsse Des Sicherheitsrats 1992,
Sicherheitsrat Ofttzielles Protokoll: Siebenundvierzigstes Jahr,
Vereinte Nationen, New York 1994
Dokument-Nr.: S/INF/48 in deutscher Sprache
- UN 2000 United Nations Millennium Declaration, 8. September 2000,
<http://www.un.org/millennium/declaration/ares552e.pdf>,
- UN 2009 <http://www.un.org/aboutun/unhistory/>, 23.05.2009
- UN 2011 [http://www.lgp-iraq.org/publications/index.cfm?CatId=73&dom
ainStartNode=73&showStartNode=1](http://www.lgp-iraq.org/publications/index.cfm?CatId=73&domainStartNode=73&showStartNode=1), 20.05.2011
- UN 2011a United Nations Population Division, Department of Economic
and Social Affairs, World Population Prospects: The 2010 Revi-
sion. <http://esa.un.org/unpd/wpp/Excel-Data/population.htm>,
28.07.2011
- UN MOU-1991 UNITED NATIONS, Security Council S/22513, 22 April 1991, Eng-
lish. Das Dokument Nr. ??? ist im Anhang zu finden.
- UNDG/WB 2003 UNDG/World Bank joint needs assessment: housing and ur-
ban management sector report, Iraq, Full Report - September
2003, <http://www.unhabitat.org/list.asp?typeid=3&catid=203>,
15.01.2011
- UN-Irak_sr687
1991 http://www.un.org/depts/german/sr/sr_91/sr687-91.pdf,
30.4.2009
- UN-Irak_sr986
1995 http://www.un.org/depts/german/sr/sr_95/srb95-06.pdf,
30.4.2009
- UNMIK 2010 Mission der Vereinten Nationen zur Übergangsverwaltung des
Kosovo (UNMIK) - Mandat, Befugnisse, Ziele, Aufbau, Tätig-
keit, in: <http://www.unric.org/html/german/kosovo/unmik.htm>,
14.9.2010
- UNO_S/Inf/55
1999 Resolutionen und Beschlüsse des Sicherheitsrates 1999, [http://
www.un.org/Depts/german/sr/sr_99/s-inf-55.pdf](http://www.un.org/Depts/german/sr/sr_99/s-inf-55.pdf), 14.9.2010
- UNO-SR_Osttimor
2007 Report of the Security Council mission to Timor-Leste,
24 to 30 November 2007, Dokument-Nr. S/2007/711, 6 De-
cember 2007, in: [http://www.un.org/ga/search/view_doc.
asp?symbol=S/2007/711](http://www.un.org/ga/search/view_doc.asp?symbol=S/2007/711), 16.9.2010
- UNO-SR_Osttimor
2010 Timor-Leste - Dokumente des Sicherheitsrates in deutscher
Übersetzung, in: [http://www.unric.org/de/frieden-und-sicher-
heit/65](http://www.unric.org/de/frieden-und-sicherheit/65), Tuesday, 14.9.2010

- Urban 21 2000 Hall, Peter / Pfeifer, Ulrich: Urban 21 - Der Expertenbericht zur Zukunft der Städte. Deutsche Verlags-Anstalt, Stuttgart, München, 2000
- US-GOV 2009 <http://www.state.gov/r/pa/ei/bgn/6804.htm>, 27.02.2009
- Vanly 1986 Vanly, Ismet Chérif: Kurdistan und die Kurden. Band 2. Gesellschaft für bedrohte Völker, Göttingen 1986 - Reihe pogrom 124/125
- Vanly 1988a Vanly, Ismet Chérif: Kurdistan im Irak, in: Chaliand, Gérard (Hrsg.): Kurdistan und die Kurden. Band 1. Gesellschaft für bedrohte Völker, Göttingen 1988 - Reihe pogrom 105/106, S. 259 – 392
- Vanly 1988b Vanly, Ismet Chérif: Kurdistan und die Kurden. Band 3. Gesellschaft für bedrohte Völker, Göttingen 1988 - Reihe pogrom 142
- Venro 2006 VENRO: Linking relief, rehabilitation and development - Ansätze und Förderinstrumente zur Verbesserung des Übergangs von Nothilfe, Wiederaufbau und Entwicklungszusammenarbeit venro – Arbeitspapier Nr. 17, Bonn 2006
- Wahrig 2001 Wahrig, Gerhard: Deutsches Wörterbuch, neu herausgegeben von Dr. Renate Wahrig-Burfeind, Bertelsmann Lexikon Verlag GmbH, Gütersloh/München 2001
- Wala 1993 Wala, Michael: "Ripping Holes in the Iron Curtain": The Council of Foreign Relations and Germany, 1945-1950, in: Diefendorf, Jeffry M., Frohn, Axel, Rupieper, Hermann-Josef (Editors): American Policy and the Reconstruction of West Germany, 1945-1955, German Historical Institute, Washington, D.C. and Cambridge University Press, New York / Oakleigh 1993, S 1 - 20
- Walker 2000 Walker, Stephen P.: Editorial, in: Accounting History NS Vol 5, No 2 - 2000, pp. 5 – 12, Sage Publications; Online version: <http://ach.sagepub.com>, October 29, 2008
- WB_Osttimor 1999 East Asia and Pacific Region, The World Bank: Background Paper Prepared For The Information Meeting On East Timor, September 29, 1999
- WCED 1987 World Commission on Environment and Development (WCED) - Bruntland Commission (1983-1987) "Our Common Future"(Final Report) 1987
- Weber 2006 Weber, Max: Politik und Gesellschaft. Verlag Zweitausendeins, Frankfurt a.M. 2006

- Weber 2008 Weber, Max: Wirtschaft und Gesellschaft, Grundriss der verstehenden Soziologie. Verlag Zweitausendeins, Frankfurt a.M. 2008
- Weizsäcker 1988 Weizsäcker, Carl Friedrich von: Bewußtseinswandel. Carl Hanser Verlag, München, Wien 1988
- Weizsäcker 2001 Weizsäcker, Richard von: Drei Mal Stunde Null? 1949,1969,1989 – Deutschlands europäisches Zukunft. Siedler, Berlin 2001
- Westholm et al. 1999 Westholm, Erik; Moseley, Malcolm; Stenlås, Niklas (Editors): Local Partnerships and Rural Development in Europe -A literature Review of Practice and Theory. Dalarna Research Institute and others, Falun, 1999
- Wiki_Kosovo 2010 <http://de.wikipedia.org/wiki/Kosovo>, 14.9.2010
- Wiki_Osttimor 2010 <http://de.wikipedia.org/wiki/Osttimor>, 14.9.2010
- Wolfrum 2007 Wolfrum, Edgar: Täterbilder – die Konstruktion der NS-Täter durch die deutsche Nachkriegsjustiz, in: Braun, Hans; Gerhardt Uta; Holtmann, Everhard (Hrsg.): Die lange Stunde Null, Gelenkter sozialer Wandel in Westdeutschland nach 1945. Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2007, S. 117 - 139
- Wolz 2005 Wolz, Axel: The Role of Agriculture and Rural Development in achieving the Millennium Development Goals - A joint donor narrative; Bonn, Germany, GDPRD MDGs and RD September 2005
- Yoshitake & Deguchi 2008 Yoshitake, Tetsunobu; Deguchi, Chikashi: Social capital development in a rural community based on exchange management with outsiders – The case of Akimoto, a small mountainous settlement in Japan, in: TPR, 79 (4), 2008, pp. 427 – 462
- Zapf 1969 Zapf, Wolfgang (Hrsg.): Theorien des sozialen Wandels Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln, Berlin 1969
- Zapf 1991 Zapf, Wolfgang (Hrsg.): Die Modernisierung moderner Gesellschaften: Verhandlungen des 25. Deutschen Soziologentages in Frankfurt am Main 1990. Campus Verlag, Frankfurt am Main 1991
- Zapf 1994 Zapf, Wolfgang: Modernisierung, Wohlfahrtsentwicklung und Transformation – Soziologische Aufsätze 1987 bis 1994, WZB – Edition Sigma, Berlin 1994

- Zapf 1996 Zapf, Wolfgang: Die Modernisierungstheorie und unterschiedliche Pfade der gesellschaftlichen Entwicklung, in: Leviathan, Band 1 - 1996, S. 63-77
- Zierold 1990 Zierold, Horst: Leistungsfähigkeit und Einsatzfelder der Planung heute, in: Kunzmann, Klaus R.; von Petz, Ursula; Schmals Klaus Moderne (HG.): 20 Jahre Raumplanung in Dortmund. IRPUD, Blaue Reihe Nr. 50, Dortmund 1990, Seiten 88 - 94
- Zilleßen 1986 Zilleßen, Horst Dr., 1945 – Die Stunde Null?, in: Kraiker, Gerhard (Hrsg.): 1945 – Die Stunde Null? Beiträge zum Symposium im Rahmen der Ossietzky-Tage '85 am 3. Mai 1985, Bibliotheks- und Informationssystem der Universität Oldenburg, 1986, Seiten 12 - 14
- Zolling 2005 Zolling, Peter: Deutsche Geschichte von 1971 bis zur Gegenwart. Bundeszentrale für Politische Bildung, Carl Hanser Verlag, München, Wien 2005

Anlagen

Dokument 1: Interviews in Berwari Bala

Dokument 2: Interviews in Shela Dize

Dokument 3: Dokumente über die Entscheidungen des ersten kurdischen Parlamentes, 1992

Dokument 4: MOU vom April 1991 zwischen UN und Irak

Dokument 5: Bevölkerung- und Siedlungsdaten von Dohuk, Erbil und Sulaimania, 1996

Dokument 6: Die UN- und Hilfsorganisationen in Kurdistan / Nordirak, Januar 1995

Dokument 1

Interviews in Berwari Bala

5.12.2009, 11 Uhr, in Begova.

Begova ist eine Zwangssiedlung an dem westlichen Flussufer des Habur, auf der Verbindungsstraße Zacho - Kani Mase, etwa 50 km östlich von Zacho liegend. Die Siedlung gehört zum Distrikt Zacho. (Bild: 05122009_Begova_BerwariBala (2)).

Fotos mit den Frauen und Männer in einem verkommenen früheren Schulgebäude. Sie gehören zum Stamm der Guli. Tiefe Armut ist zu spüren. Sie warten auf Hilfe, von wo auch immer!

Frauen berichten von ihren Problemen; es sind Alltagsprobleme, Probleme mit behinderten Kindern, Einkommens-, Wohnungsprobleme ... sie wollen Hilfe. Sie meinen, ich sei von einer offiziellen stelle, der ihnen zu Hilfe gekommen ist.

Das Schulgebäude wurde nach dem Zusammenbruch des Regimes 1991 durch die obdachlosen Rückkehrer besetzt und diente als Wohnraum. Das Gebäude verfällt aber nach und nach, weil niemand sich für die Pflege und Reparaturen zuständig fühlt. Die Frauen bemängelten, dass niemand für sie die Reparaturen erledigt.

Der Schulhof ist von Ställen umgeben. Die Familien betreiben Selbstversorgung durch Tierhaltung: mehrere Kleintiere, ein Paar Kühe und viele Hühner.

Es folgt der Wortlaut der Äußerungen von Informanten. Erklärungen sind in „[]“ gesetzt.

Befragter: Naif Ali, geb. 1963, aus dem Dorf Demka, Gulî Stamm, 1988 in die TR geflohen. 1992 wurde er aus dem Flüchtlings-Camp in Diyarbakir, TR, in den Nordirak durch die UNHCR gebracht, er kam anschließend nach Begova, er bekam keine Starthilfe. Das Dorf Demka wurde 1987 zerstört, einige Familien sind nach Begova gebracht worden; andere sind in den Norden des Landes geflohen, wo die Peschmerga die Kontrolle hatte.

Befragter: Heci Hesên, geb. 1943, ist aus dem Dorf Serkê Bêsilê, vom Berwari Bala Stamm. Er ist der Bürgermeister des Quartiers „Qismê Mahallê Sehîda“ in Begova. Telefoninterview; weil er nach Batufa gefahren war, musste er telefonisch befragt werden. Begova ist 1978 für die Deportierten aus dem Gebiet BB gegründet worden. Viele Deportierte sind nach Begova, aber auch nach Batufa, Zacho und Dohuk gebracht worden.

Befragter: Abdulla Selim Saleh, geb. 1952, stammt aus dem Dorf Bêtkar, er ist vom Berwari Bala Stamm. Begova war ein kleines Dorf des Stammes der Gulî. Das Dorf wurde als Zwangssiedlung für den Berwari Bala-Stamm ausgebaut. Die eigentlichen Dorfbewohner blieben auch weiterhin im Dorf. Die Bewohner der Berwari Bala-Dörfer Bêtkar, Spindar, Berborî, Avsarkê, Terwanis, Serzêrî und Helwe wurden nach Begova gebracht. Die Siedlung wurde vorher vorbereitet, d.h. es wurden kleine Häuser für die Deportierten gebaut und diese unter den deportierten Familien aufgeteilt.

Die deportierten Familien bekamen eine Entschädigung in der Höhe von ca. 3000 bis 4000 Dinare pro Großfamilie [ca 1000 bis 1300 USD zu der Zeit]. Dafür wurde ihr Landbesitz in ihrem Ursprungsdorf konfisziert.

Die Häuser in den Dörfern wurden zerstört bzw. verbrannt.

Die Deportierten Familien durften ihre Haustiere mitnehmen – jedoch haben sie sie billig verkaufen müssen, weil in Begova für diese Tiere kein Weideland zur Verfügung stand.

1987 wurden die Bewohner der Dörfer des Gulî – Stammes Zirêzer, Demka, Serê Bêsile, Girê Bîyê, Narmikê, Kanî ya Tûyê, Sîvê und Nizdorê nach Begova deportiert.

Es wurde ihnen nicht erlaubt, die Haburbrücke [Richtung Osten, nach Berwari Bala] zu passieren. Die Deportierten wurden als Billigarbeitskräfte in verschiedenen Bereichen meist als Tagelöhner eingesetzt; wenige als Hilfs- und Putzpersonal dauerhaft in den Ämtern angestellt.

Viele Deportierte aus BB wurden zu den Zwangssiedlungen Batufa, Bêrsivê, Derkar, Hîzava und Tilkeber, alle im Distrikt Zacho; Kwanê und Qadis im Distrikt Amadiya angesiedelt.

Die Kommunikation unter den verschiedenen Zwangssiedlungen, in denen die Deportierten aus BB lebten, war zwar erlaubt, aber durch die vielen Kontrollen stark eingeschränkt.

Während der Anfal-Kampagne 1988 sind viele Menschen in die Türkei geflohen. Sie sind bis 1992/1993 in den Flüchtlings-Camps von Diyarbakir, Mardin und Muş, alle in der Türkei, geblieben. Während dieser Zeit sind viele Flüchtlinge von den

Camps in die USA oder nach Europa emigriert. Die meisten von ihnen jedoch sind in den Jahren 1992 und 1993 nach Kurdistan/Irak zurückgekehrt.

Ein Teil dieser Rückkehrer sind in die Städte Zaho und Dohuk gegangen; einige in die Zwangssiedlungen und einige in ihre früheren Dörfer, soweit diese für sie zugänglich waren, weil zwei Faktoren die Rückkehr in die Dörfer meist verhindert haben:

Die Dörfer waren verkehrstechnisch nicht erschlossen;

die Dörfer waren aus politischen Gründen nicht mehr aufgebaut worden, weil vielseitige Konflikte zwischen der PKK, den lokalen politischen Parteien und der Türkei dies verhindert hat. In Bêtkar z.B. gibt es keine Familien mehr. Ebenso in vielen anderen Dörfern. [siehe dazu die Liste der Dörfer unten].

Bêtkar als Beispiel:

Als das Dorf Bêtkar 1978 zerstört wurde, lebten dort 100 bis 130 Familien. Viele dieser Familien zählten 10 Personen und mehr. Abdulla's Familie bestand aus 15 P, als sie nach Begova deportiert wurde. In Begova wurden der Familie 3 kleine Häuser zur Verfügung gestellt. Der Vater und seine zwei Söhne zählten als „Reis-Aile“, d.h. Familienoberhäupter. Heute umfasst diese Großfamilie 60 P. Zwei Teil-Familien von ihnen, ca. 11 P, leben in Dohuk – die restlichen weiterhin in Begova, .

Die Familie von Feriq Hesen, geb. 1949, zählte damals 15 P. Heute ist sie ca. 36 P. stark. 2 Fam. leben in Begova, 5 in Dohuk.

Beschäftigung und Besitzverhältnisse [heute] in Begova:

Es gibt keine reguläre Arbeit. Einige Menschen arbeiten als Gelegenheitskräfte, viele sind als Peschmerga beschäftigt, wenige sind Lehrer oder regulär im Staatsdienst als Putzkraft oder Aufpasser.

Das Land gehört den Familien, die ursprünglich [vor den Deportationen] aus Begova stammen. Es gibt keine Möglichkeit zur LW-Beschäftigung.

200 m² Land für Häuserbau [in Begova] kostet ca. 4000 [viertausend] USD.

Es gibt keine großen Konflikte zwischen den Angehörigen der Stämme Gulî und Berwari.

Beschäftigung im alten Dorf [vor Deportationen]:

Das Dorf hat[te] reichlich Wasser[quellen]; dadurch war der Anbau von Reis, Sesam, Gemüse und allen ortsüblichen Sorten von Obstanbau möglich.

Felder wurden mit Hilfe von Ochsen gepflügt. Maultiere dienten dem Transport. Jede Familie hielt auch mehrere Kleintiere und bis zu drei Kühe. Die Bienenhaltung war sehr verbreitet.

Subsistenzwirtschaft war der Rahmen aller wirtschaftlichen Tätigkeit. Grenzhandel war möglich aber illegal. Amadiya war das eigentliche Handelszentrum. Sie sind geritten oder zu Fuß unterwegs gewesen, um die nötigen Waren zu verkaufen /kaufen. Die Reise dauerte vom Dorf nach Amadiya hin- und zurück zwei Tage.

Ein Paar Schafe [die ortsübliche Verkaufseinheit von zwei Schafen] kostete einen halben Dinar. Damit konnte reichlich eingekauft werden!

5.12.2009, 14 Uhr, im Dorf Qumri

Befragte:

- Omer Sidik Ibrahim [der Peschi – dieses Wort ist die Verkleinerungsform von Peschmerga –, da dieser früher ein Peschmerga war, wird er danach genannt], geb. 1957,
- Omer Kamil Eli, geb. 1967, Saban Abdulhekîm Sukrî, geb. 1977;

alle Interviewpartner sind Bewohner des Dorfes Qumri

1976 bis 1978 seien alle Dörfer zerstört worden. In den Flüchtlingslagern in der TR habe es Bewohner der meisten Dörfer gegeben, aber keine Assyrer! [Die Assyrer sind entweder in Zwangssiedlungen untergebracht worden, oder sind sie in die Städte eingewandert. Welche konkreten Umstände dieser Gruppe die Wanderung in die Städte ermöglicht hat, war nicht zu ermitteln.]

Zur Funktion des Dorfältesten nach der Zerstörung der Dörfer: diese hätten weiterhin die Bewohner ihrer Dörfer bei verschiedenen sporadischen Angelegenheiten vertreten. Manche der Dorfältesten fungierten als „Mahalle-Muchtar“. [„Mahalle“ ist die unterste Verwaltungseinheit in den größeren Ortschaften, die einen „Belediye“-Status haben.]

[Es folgen die Namen der Dörfer]

Dorfnamen, vom Osten nach Westen

1	Helwe Jorî		
2	Helwe Jêrî	A	X
3	Melexde,	A,K	X
4	Tirwanis,		X
5	Dîrê,	A	X
6	Berbîrê,		
7	Smaila,	A	X
8	Îyatê,	A	X
9	Kanî Masê,	A,K	X
10	Bigdawuda,		
11	Dêriskê,	A,K	
12	Maye Seri (Kurd),		X
13	Maye Bini (Asuri),	A	X
14	Bêdê,		
15	Binaviye,		
16	Hedêne,		
17	Ore,		
18	Serero,		X
19	Edin,		X
20	Dêsês,		X
21	Kanî Sarkê,		
22	Tûler Serî,		
23	Tûler Binî,		

24	Urmedawda,		
25	Urmana,		X
26	Ravina,		X
27	Batifa Seydo,		X
28	Elküsk,		X
29	Ekmalê,		
30	Mêrkaciya	A,K	
31	Hêsê,		
32	Xirabeyî,		
33	Xankê,		X
34	sêlaza,		
35	Gîlka,		
36	Qesirkê,		
37	Dergel a Muse Beg,		X
38	Asihê,		X
39	Dergelkê,		X
40	Bêqolkê,	A,K	X
41	Cididkê,	A	X
42	Seferîya,		X
43	Mîzka,	A,K	X
44	Bêsîl,		
45	Tusembikê,	A,K	X
46	Çembilkê,	A,K	X
47	Kanî Mezinê,		X
48	Bazê,	A,K	X
49	Bêlîzanê,		X
50	Hetirsê,		
51	Çem Seyîda,		X
52	Xisxas,		X

53	Tisîs,	A	X
54	Qumrî,		
55	Aqar Sor (jetzige Qumrî),		X
56	Girka,		X
57	Brifka,		X
58	Çemîkê,	A	
59	Bazîvê,		X
60	Çeqela Serî,	A	X
61	Çeqela Binî,	A	X
62	Hrorê,		X
63	Çelkê,		X
64	Aqarê çelkê (Asurî),	A,K	X
65	Kêste,		X
66	Barzankê,	A,K	
67	Serdestê,	A	X
68	Klî,	A	X
69	Germikê		X

Anmerkungen:

Die Assyrischen (A) und von Assyren und Kurden gemischt bewohnten Dörfer (A,K) sind gekennzeichnet.

Die mit (X) gekennzeichnete Dörfer sind wiederaufgebaut.

Zusammenfassung der Tabelle:

69 Dörfer insgesamt, davon 13 Assyrische, 11 gemischte und 45 kurdische. 46 Dörfer wurden wiederaufgebaut, davon 12 assyrische, 26 kurdische und 8 gemischte Dörfer.

	ANZAHL	WIEDER- AUFGEBAUT	BEMERKUNGEN
Gesamt Dörfer	69	46	In diesen Dörfern leben teilweise nur wenige Familien, wie eine Erkundungsreise des Verfassers am 11. März 2011 durch das Gebiet gezeigt hat.
Assyrische Dörfer	13	12	
Gemischte Dörfer	11	8	
Kurdische Dörfer	45	26	

12.3.2011, 10 Uhr, im Dorf Qumri

Befragter: Xelat Xelil Teli, geb. 1979 in der Zwangssiedlung Tilkeber, wohnt seit 1992 in Qumri.

Wortlaut:

Wir flohen im August 1988 aus Baz in die Türkei. Nach Baz waren wir etwa 1983 aus Tilkeber umgesiedelt – wir waren vor den Repressionen von Saddam geflohen. Mein Vater, Xelil Teli, wollte nicht zum Militärdienst während der Zeit des Krieges zwischen Iran und Irak, darum sind wir nach Baz geflohen, wo Saddam keine Kontrolle hatte. In Baz gab es viele Familien aus verschiedenen Dörfern, aus Qumri, Dêşêş, Bedihe, Binaviye und Baz, die alle aus den gleichen Gründen die Zwangssiedlung verlassen und nach Baz gekommen waren.

In die Türkei sind wir nach Aruse, nahe der Grenze gegangen, zu Fuß, von wo aus wir weiter nach Mardin gebracht wurden. Dort wurde für uns ein Flüchtlingscamp errichtet und wir blieben in diesem Camp bis 1992. In Mardin besuchte ich die Schule, die ersten zwei Klassen. Etwa im Oktober 1992 wurden wir von den Türken zum Grenzübergang Ibrahim Xelil [Habur auf der türkischen Seite] gebracht und dort den Umum Muttahid [die Bezeichnung von UN auf Arabisch] übergeben. Ich war damals 13 Jahre alt.

Umum Muttahid brachte uns zum jetzigen Dorfplatz. Wir haben kleine Hütten gebaut, ohne dass uns irgendjemand geholfen hätte.

1993 gab es Hilfe zum Schelterbau, 2 t Zement, eine LKW-Ladung Sand und etwa 30 Balken. Wir bauten ohne Sanitätsanlagen.

Wir waren froh, zurück im Dorf zu sein. Es gab eine Schule in einer kleinen Hütte, die die Dörfler aus eigener Initiative errichtet und darin mit dem Schulbetrieb angefangen hatten. 1993 habe ich angefangen, wieder die Schule zu besuchen. Bis 1998 war ich Schüler, das Schuljahr 1998/99 habe ich nicht weitergemacht, einfach so. Es machte keinen Spaß, ich habe zu Hause geholfen – wir hatten ein paar Tiere, die ich gehütet habe. Heute habe ich ca. 30 Tiere.

Mein Vater, meine Mutter, zwei Brüder, meine Frau und meine zwei Kinder leben zusammen in einem Haushalt. Ich heiratete 2006 eine Frau aus Derişki. Außer den Tieren haben wir ca. 200 Apfelbäume und ca. 500 Weinstöcke [auf Kurdisch: „bin e rez“].

Wir waren voller Hoffnung, dass wir Hilfe bekommen; Häuser, Wasser, Strom... Strom ist gekommen. Ich habe kein eigenes Haus, ich muss mit meinem Vater zusammen in einem Haus leben, das in schlechtem Zustand ist. Wasser [für Bewässerung] haben wir immer noch nicht.

12.3.2011, 16 Uhr, im Dorf Baz

Befragter: Husen Said Muhemmed, 1963, Muxtar von Baz informiert:

Die Dörfer

Ekmal, Merka Jiya, Hêsê, Xirabe, Şîyaleza, Asihê, Xanke, Dergel Muse Beg, Gulka, B êşilê, Mizka, Tuşembik, Çimbilkê, Kani Mezin, Baz, Belizan, Hatirse, Çem Seyida, Xişxaş, Seferiya, Girka, Ravina, Bativa, Alkişkê, Ormana, Ormadade, Kani Mase, Dehişke, Dure wurden bis 1988 nicht zerstört. Die Bauern aus diesen Dörfern sind im August 1988 in die Türkei geflohen. Anschließend haben die Soldaten Saddams die Dörfer zerstört.

Die Straße wurde 1976 gebaut. Ab 1977 gab es in Cem Seyida die Landambulanz und die Schule. In Kani Mase soll es seit 1923 eine Schule gegeben haben.

In Baz wurde die Grundschule, 6 Stufen, 1968 erbaut. 1976 wurde sie wieder geschlossen; die Schüler mussten nach Cem Seyida gehen und dort die Schule besuchen.

Im September 1992 wurden diese Dörfler aus den Camps in der Türkei zur irakischen Grenze gebracht; die Türken übergaben sie dort an Umum Muttahida [UN], die sie dann zu ihren Dörfern transportierten. Sie haben dann dort ihre Häuser selbst gebaut. 1992 und 1993 haben sie von der Caritas Häuserhilfe bekommen.

Dokument 2

Interviews in Shela Dize

Shela Dize, 2.12.2009, 9:00 Uhr

Interviewpartner (Befragte):

- Ingeuneur Nazi Muhemmed Eshed, geb. 1957, Direktor der Abteilung „Technische Dienste – Kism ê Teknikî“ der Stadtverwaltung von Shela Dize. Er gehört dem Stamm Rêkan an und ist wohnhaft in Shela Dize.
- Murat Taha Murat, geb. 1957, aus dem Dorf Eltis, Doski-Stamm, beschäftigt als Fahrer bei der Stadtverwaltung von Shela Dize, wohnhaft im gleichen Ort.
- Omer Selim, geb. 1971, aus dem Dorf Kokêr, Rêkan-Stamm, Beschäftigter der Stadtverwaltung von Shela Dize, wohnhaft im gleichen Ort.

Das Gespräch dauert 2 und 1/2 Stunden, vom 9 bis 11:30 Uhr, vor bzw. in dem Gebäude der Stadtverwaltung von Shela Dize.

Im Folgenden werden die Schilderungen der Interviewpartner sinngemäß zusammengefasst:

Der Ort Shela Dize liegt im Tal des Großen Zab, auf Kurdisch „Deşt ê Zê“ – Zab Ebene, zwischen dem Metin-Gebirge im Norden und dem Gara-Gebirge im Süden. Shela Dize war bis 1977 ein kleines Dorf des Stammes Rêkan mit ca. „25 bis 30 Familien“ (Murat Taha Murat). 1977 wurde das Dorf in eine Zwangsansiedlung umfunktioniert.

Heute (Dezember 2009) hat der Ort ca. 22 000 Einwohner. Shela Dize zählte unmittelbar vor dem Krieg von 1991 ca. 8000 Einwohner mit etwa 1200 Haushalten.

Der Ort wächst stark. Die Infrastruktur ist im Entstehen begriffen. Das Abwasser wird ohne Klärung in den Großen Zab eingeleitet. Die Stadtverwaltung ist im Wesentlichen mit der Aufrechterhaltung der technischen Infrastruktur beschäftigt. Dazu gehören die Reparaturen der Straßen, die Müllabfuhr, das offizielle Genehmigungsverfahren für Bauobjekte und das Einziehen der Gebühren für Wasser- und Stromverbrauch.

Die Wasserversorgung liegt in der Hand des Wasseramtes der Gouvernerate von Dohuk (Reveberê Avê Dohukê). Die Interviewpartner konnten nicht sagen, welchem Ministerium dieses Amt untersteht.

Das Schulwesen untersteht dem Schulamt der Gouvernerate von Dohuk, welches wiederum vom Bildungsministerium (Ministry of Education) geleitet wird.

Für die Gesundheitsversorgung ist das Gesundheitsamt der Gouvernerate von Dohuk zuständig, welches seinerseits dem Gesundheitsministerium (Ministry of Health) untersteht.

Im Ort entsteht eine neue „Bank of Shela Dize“, die der Auszahlung der Gehälter und Renten der Staatsbediensteten dienen soll. Welchem Ministerium diese Bank

untersteht konnten die Interviewpartner nicht sagen. [Wahrscheinlich wird die Bank durch das Finanzministerium betrieben.]

Es gibt keine Koordinierungsstelle für all diese Ämter in dem Ort. Alle nötigen Anregungen, Beschwerden und Anfragen müssen zuerst in Amedi [Amadiya], in der für Shela Dize zuständigen Bezirksverwaltung des Regierungsbezirks Dohuk, vorgebracht werden. All diese Angelegenheiten werden zuerst nach Dohuk, und gegebenenfalls auch weiter an das zuständige Ministerium in Erbil weitergeleitet.

In dem Ort fehlen Beschäftigungsmöglichkeiten. Viele Menschen sind arbeitslos. Vor allem den jungen Menschen fehlt eine Perspektive. Die vorhandenen Beschäftigungsmöglichkeiten finden sich vorwiegend im Staatsdienst. Im Bereich des Handels gibt es einige wenige Möglichkeiten – sonst sind viele junge Männer Peschmerga [d.h. bei der Armee], da sie sonst keine Arbeit haben.

Über die Beschäftigungssituation der Frauen wurden kaum Angaben gemacht – da selbstverständlich angenommen wird, dass diese nach ihrer Heirat meist als Hausfrau tätig sind. Die ledigen jungen Frauen arbeiten meistens im elterlichen Haushalt mit. Nur wenige haben im Staatsdienst eine Beschäftigung.

Die jüngste Geschichte des Gebietes nördlich von Shela Dize und des Ortes seit 1976

1976 wurden zahlreiche Dörfer zerstört und ihre Bewohner nach Shela Dize oder in den Ort Bamernê, ca. 15 km westlich von Amadiya, deportiert: sechs Dörfer des Stammes Rêkan, an der Grenze zur Türkei, nämlich Xarî, Qasirkê, Pîr Avdalê, Bêdelê, Eltis und Nervasî;

und

neun Dörfer des Stammes Doski Jorî bzw. einige Dörfer des Stammes Nîrve, ebenfalls an der Grenze zur Türkei, und zwar: Êltis, Nirve, Zêwe, Titim, Ertis, Bîrê, Şetûnis, Çemê Tûyê und Şêx Mema.

Die Bewohner von Êltis wurden direkt nach Shela Dize geschickt. Der Informant Herr Murat Taha Murat aus diesem Dorf erzählt dazu: „Die Häuser wurden verbrannt, die Bauern mussten aus eigener Kraft nach Shela Dize gehen. Nur die Haustiere konnten wir mitbringen, alles andere mussten wir zurücklassen. Ca. ein Drittel der Bewohner ist in die Türkei geflohen – heimlich.“

Shela Dize als Zwangsansiedlung

Gleichzeitig wurde Shela Dize als Zwangsansiedlung vorbereitet und 1977 die sämtlichen Bewohner der zerstörten 57 von 75 Dörfern des Stammes Rêkan wurden dorthin deportiert. Die nicht zerstörten Dörfer sind Urexer, Bawa, Sorîya, Sîda, Çemecu, Rençbiraxe, Rêperxa, Şihaca, Duhîk, Sîte, Bêstepe, Kavilka, Bêbekrê, Sarkê, Baxila, Bîyarê, Xalka und Hiryaşk. Die Bewohner dieser 18 Dörfer haben beim Anfalkampagné (1998) ihre Dörfer verlassen und teilweise nach Shela Dize gezogen. Teile von ihnen sind nach den Zwangsansiedlungen Sirîye, Derelok und Bagêra gebracht worden.

Die Deportationen erfolgten teilweise mit Hubschrauber. Die Familien erhielten vom Staat ein Haus und eine Einmalzahlung von 1500 (Eintausendfünfhundert) Dinare pro Familie. Die meisten Haustiere wurden gegen Entgelt konfisziert.

Eine Tätigkeit in der Landwirtschaft bzw. Tierhaltung war nicht mehr möglich. Die männliche Arbeitskräfte wurden als Billigtageelöhner eingesetzt.

Dokument 3

Die Übersetzung der Parlamentsdokumente. Die Dokumente im Original sind im Anschluss beigefügt:

Seite 1:

LAWS ENACTED FOR THE YEAR 1992			
No.	DATE	SUBJECT	PAGE NUMBER
1	08-04-1992	The election law for the national council of Iraqi Kurdistan (issued by the Kurdistan Front)	1
2		Law on Election of the commander of the Kurdish liberation movement (issued by the Kurdistan front)	11
3	16-09-1992	The law of the council of ministers for the Kurdistan region	14
4	20-09-1992	The law of the ministry of education for Kurdistan Region	22
5	01 -10 -1992	The law of the ministry of Peshmerge affairs	31
6	01-10-1992	The law of protecting foreigners and staff working with UN agencies and humanitarian organizations in the region	35
7	14 -11 -1992	The law of endowments and Islamic affairs in Kurdistan Region	37
8	14 – 11 -1992	The penalty law of possession, ,manufacture and usage of explosives	43
9	14 – 11 -1992	Law of honoring and compensating martyrs and disables of Peshmerga	44
10	14 – 11 -1992	The law of the ministry of agriculture and irrigation in Kurdistan region	47
11	19 -11 – 1992	The law of the ministry of culture in Kurdistan region	52
12	12 – 11 – 1992	The law of the ministry of justice in Kurdistan region	59
13	23- 11 -1992	The law of the ministry of economics and finance in Kurdistan region	64
14	28-12 -1992	The judiciary law of Kurdistan region	69

15	28 -12 -1992	The law of the ministry of tourism and municipalities in Kurdistan region	104
16	31 – 12 – 1992	Law of returning the money confiscated because of the Kurdish liberation movement to their original owners	110
LAWS ENACTED FOR THE YEAR 1992			
No.	DATE	SUBJECT	PAGE NUMBER
1	15 – 07 – 1992	Connecting check points and internal security forces to the ministry of interior in the region	116
2	15 – 07 – 1992	Preventing the sales and exports of all types of grains to outside the region	117
3	27 -07 – 1992	Returning the officers, police and military ranks to their positions (jobs)	118
4	29 – 07 – 1992	Authorizing the ministry of Agriculture to form a committee for reviewing the implemented agriculture legislations	119
5	01 – 08 – 1992	Authorizing the council of ministers to perform the general census for people in the region	120
6	11- 08 - 1992	Obliging the official bodies to deal with the cloned copied currency	121
7	11 – 08 – 1992	Abolishing all immovable money purchase and sale transactions	122
8	18 – 08 – 1992	Assigning the ministry of construction and development the process of accelerating providing the needs of IDPs and Returnees.	123

Seite 2:

LAWS ENACTED FOR THE YEAR 1992			
No.	DATE	SUBJECT	PAGE NUMBER
9	24 – 08 – 1992	Accepting the resignation of three members of the green list from the parliament membership	124
10	24 – 08 – 1992	Subrogating three candidates to substitute the resigned ones for the parliament membership	125
11	31 – 08 – 1992	Obliging the ministries to study the laws and decisions issues by the regime	126
12	31 – 08 – 1992	Non permitting the ministries to grant any registration for parties	127
13	03 – 09 -1992	Identifying the salaries of the parliamentarians and the ratio of contribution	128
14	14 – 09 -1992	Establishing the University of Duhok	129
17	22 – 09 -1992	Preventing the allocation of funds until after the budget formulation and ratification	131
18	22 – 09 – 1992	Returning of all administrative units previously canceled by the former regime	132
21	04 -10 – 1992	Preventing exporting machines and vehicles to outside the borders of Iraqi Kurdistan region	133
22	04 -10 – 1992	Confirming the declaration Federation statement (with a copy of the statement)	135
23	07 – 10 - 1992	Continuing the exercise of the authority of the federal authorities	140
24	07 -10 – 1992	Preventing the staff of the financial directories to trade dealing with Banknotes	141
25	18 – 10 – 1992	Accepting the resignation of four members from the membership of the National Council of the Iraqi Kurdistan	142

26	18 - 10 – 1992	Subrogating four candidates to substitute the resigned ones for the national council of Iraqi Kurdistan	143
27	31 – 10 - 1992	Accepting the resignation of three members from the membership of the National Council of the Iraqi Kurdistan	144
28	31 – 10 – 1992	Subrogating three candidates to substitute the resigned ones for the national council of Iraqi Kurdistan	145
29	31 – 10 – 1992	Re – opening of Sulaimaniya University	146
32	14 – 11 – 1992	Upgrade court judges in the Iraqi Kurdistan region	147
35	14 – 11 – 1992	Abolition of the Supreme Court of the Kurdish revolution	148
37	21- 11 – 1992	Considering March 16 th the day of Martyrs	149
40	17 – 12 – 1992	Refusing the project of changing the name of Salahaddin University	150
41	14 – 12 – 1992	Accepting the resignation of (Tariq Saeed Jumbaz) from the membership of the National council	151
42	19 – 12 – 1992	Refusing the project of changing the name of the ministry of endowments	152
43	28 – 12 - 1992	The right of a member of the National Council of Iraqi Kurdistan in the possession and carrying of weapons	153
46	28 – 12 - 1992	Modifying the paragraph (2) of resolution number (21) issued from the national council of the Iraqi Kurdistan.	154
47	28 – 12 - 1992	Identifying the official holidays for the Christians in the Iraqi Kurdistan region	155
48	30 – 12 – 1992	Exception the appointment of the Chairman and members of the Appellate Court of the Kurdistan Region from the provisions of the Judiciary Act number (160) / for the year 1979	156

Auswertung:

LAWS ENACTED FOR THE YEAR 1992

Entscheidungen der Kurdistanfront

No.	DATE	SUBJECT	PAGE NUMBER
1	08-04-1992	The election law for the national council of Iraqi Kurdistan (issued by the Kurdistan Front)	1
2		Law on Election of the commander of the Kurdish liberation movement (issued by the Kurdistan front)	11

Regierungsgründung

3	16-09-1992	The law of the council of ministers for the Kurdistan region	14
4	20-09-1992	The law of the ministry of education for Kurdistan Region	22
5	01 -10 -1992	The law of the ministry of Peshmerge affairs	31
7	14 -11 -1992	The law of endowments and Islamic affairs in Kurdistan Region	37
10	14 - 11 -1992	The law of the ministry of agriculture and irrigation in Kurdistan region	47
11	19 -11 - 1992	The law of the ministry of culture in Kurdistan region	52
12	12 - 11 - 1992	The law of the ministry of justice in Kurdistan region	59
13	23- 11 -1992	The law of the ministry of economics and finance in Kurdistan region	64
15	28 -12 -1992	The law of the ministry of tourism and municipalities in Kurdistan region	104
22	04 -10 - 1992	Confirming the declaration Federation statement (with a copy of the statement)	135
23	07 - 10 - 1992	Continuing the exercise of the authority of the federal authorities	140

Parlamentsinterne Entscheidungen

9	24 – 08 – 1992	Accepting the resignation of three members of the green list from the parliament membership	124
10	24 – 08 – 1992	Subrogating three candidates to substitute the resigned ones for the parliament membership	125
13	03 – 09 -1992	Identifying the salaries of the parliamentarians and the ratio of contribution	128
25	18 – 10 – 1992	Accepting the resignation of four members from the membership of the National Council of the Iraqi Kurdistan	142
26	18 - 10 – 1992	Subrogating four candidates to substitute the resigned ones for the national council of Iraqi Kurdistan	143
27	31 – 10 - 1992	Accepting the resignation of three members from the membership of the National Council of the Iraqi Kurdistan	144
28	31 – 10 – 1992	Subrogating three candidates to substitute the resigned ones for the national council of Iraqi Kurdistan	145
41	14 – 12 – 1992	Accepting the resignation of (Tariq Saeed Jumbaz) from the membership of the National council	151
42	19 – 12 – 1992	Refusing the project of changing the name of the ministry of endowments	152
43	28 – 12 - 1992	The right of a member of the National Council of Iraqi Kurdistan in the possession and carrying of weapons	153

Sicherheit

1	15 – 07 – 1992	Connecting check points and internal security forces to the ministry of interior in the region	116
6	01-10-1992	The law of protecting foreigners and staff working with UN agencies and humanitarian organizations in the region	35
8	14 – 11 -1992	The penalty law of possession, ,manufacture and usage of explosives	43
14	28-12 -1992	The judiciary law of Kurdistan region	69

Rückkehrer

8	18 - 08 - 1992	Assigning the ministry of construction and development the process of accelerating providing the needs of IDPs and Returnees.	123
---	----------------	---	-----

Verhinderung Maschinen und Fahrzeuge ins Ausland zu verkaufen

21	04 -10 - 1992	Preventing exporting machines and vehicles to outside the borders of Iraqi Kurdistan region	133
46	28 - 12 - 1992	Modifying the paragraph (2) of resolution number (21) issued from the national council of the Iraqi Kurdistan.	154

Wiedergutmachung

3	27 -07 - 1992	Returning the officers, police and military ranks to their positions (jobs)	118
9	14 - 11 -1992	Law of honoring and compensating martyrs and disables of Peshmerga	44
16	31 - 12 - 1992	Law of returning the money confiscated because of the Kurdish liberation movement to their original owners	110
18	22 - 09 - 1992	Returning of all administrative units previously canceled by the former regime	132

Wirtschaft

2	15 - 07 - 1992	Preventing the sales and exports of all types of grains to outside the region	117
6	11- 08 - 1992	Obliging the official bodies to deal with the cloned copied currency	121
7	11 - 08 - 1992	Abolishing all immovable money purchase and sale transactions	122
17	22 - 09 -1992	Preventing the allocation of funds until after the budget formulation and ratification	131
24	07 -10 - 1992	Preventing the staff of the financial directories to trade dealing with Banknotes	141

Gründung der Universitäten Dohuk und Sulaimania

14	14 - 09 -1992	Establishing the University of Duhok	129
29	31 - 10 - 1992	Re - opening of Sulaimaniya University	146

Anderes

No.	DATE	SUBJECT	PAGE NUMBER
4	29 – 07 – 1992	Authorizing the ministry of Agriculture to form a committee for reviewing the implemented agriculture legislations	119
5	01 – 08 – 1992	Authorizing the council of ministers to perform the general census for people in the region	120
11	31 – 08 – 1992	Obliging the ministries to study the laws and decisions issues by the regime	126
12	31 – 08 – 1992	Non permitting the ministries to grant any registration for parties	127
32	14 – 11 – 1992	Upgrade court judges in the Iraqi Kurdistan region	147
35	14 – 11 – 1992	Abolition of the Supreme Court of the Kurdish revolution	148
37	21- 11 – 1992	Considering March 16th the day of Martyrs	149
40	17 – 12 – 1992	Refusing the project of changing the name of Salahaddin University	150
47	28 – 12 - 1992	Identifying the official holidays for the Christians in the Iraqi Kurdistan region	155
48	30 – 12 – 1992	Exception the appointment of the Chairman and members of the Appellate Court of the Kurdistan Region from the provisions of the Judiciary Act number (160) / for the year 1979	156

Es folgen die Dokumente im Original, 2 Seiten.

القوانين الصادرة لسنة ١٩٩٢			
رقم الصفحة	الموضوع	التاريخ	الرقم
١	قانون انتخاب المجلس الوطني لكوردستان العراق(صادر من الجبهة الكوردستانية).	١٩٩٢/٤/٨	١
١١	قانون انتخاب قائد الحركة التحررية الكوردية(صادر من الجبهة الكوردستانية).		٢
١٤	قانون مجلس وزراء اقليم كوردستان .	١٩٩٢/٩/١٦	٣
٢٢	قانون وزارة التربية لأقليم كوردستان .	١٩٩٢/٩/٢٠	٤
٣١	قانون وزارة شؤون البيشمركة .	١٩٩٢/١٠/١	٥
٣٥	قانون حماية الاجانب والعاملين مع منظمات الأمم المتحدة والمنظمات الإنسانية في الأقليم .	١٩٩٢/١٠/١	٦
٣٧	قانون وزارة الأوقاف والشؤون الاسلامية في أقليم كوردستان العراق .	١٩٩٢/١١/١٤	٧
٤٣	قانون معاقبة حيازة وصنع وأستعمال المتفجرات والمفرقات .	١٩٩٢/١١/١٤	٨
٤٤	قانون تكريم شهداء ومعوقى البيشمركة .	١٩٩٢/١١/١٤	٩
٤٧	قانون وزارة الزراعة والري لأقليم كوردستان العراق .	١٩٩٢/١١/١٤	١٠
٥٢	قانون وزارة الثقافة لأقليم كوردستان العراق .	١٩٩٢/١١/١٩	١١
٥٩	قانون وزارة العدل لأقليم كوردستان العراق .	١٩٩٢/١١/١٢	١٢
٦٤	قانون وزارة المالية والأقتصاد لأقليم كوردستان العراق .	١٩٩٢/١١/٢٣	١٣
٦٩	قانون السلطة القضائية لأقليم كوردستان العراق .	١٩٩٢/١٢/٢٨	١٤
١٠٤	قانون وزارة البلديات والسياحة لأقليم كوردستان العراق .	١٩٩٢/١٢/٢٨	١٥
١١٠	قانون إعادة الأموال المصادرة بسبب الحركة التحررية الكوردستانية لمالكها الأصليين .	١٩٩٢/١٢/٣١	١٦
القرارات الصادرة لسنة ١٩٩٢			
رقم الصفحة	الموضوع	التاريخ	الرقم
١١٦	ربط السيطرة وقوى الامن الداخلي بوزارة الداخلية للأقليم .	١٩٩٢/٧/١٥	١
١١٧	منع بيع وتصدير كافة انواع الحبوب الى خارج الأقليم .	١٩٩٢/٧/١٥	٢
١١٨	إعادة ضباط ومراتب الجيش والشرطة الى وظائفهم .	١٩٩٢/٧/٢٧	٣
١١٩	تحويل وزارة الزراعة تشكيل لجنة لإعادة النظر في التشريعات الزراعية المنقذة .	١٩٩٢/٧/٢٩	٤
١٢٠	تحويل مجلس الوزراء صلاحية إجراء الإحصاء العام للسكان في الاقليم .	١٩٩٢/٨/١	٥
١٢١	الزام الجهات الرسمية التعامل بالعملة المستنسخة(الطبع) .	١٩٩٢/٨/١١	٦
١٢٢	ابطال كافة معاملات بيع وشراء الاموال غير المنقولة .	١٩٩٢/٨/١١	٧
١٢٣	تكليف وزارة الاعمار والتنمية الاسراع بتوفير حاجيات المرحلين العائدين الى اماكنهم .	١٩٩٢/٨/١٨	٨

القرارات الصادرة لسنة / ١٩٩٢			
رقم الصفحة	الموضوع	التاريخ	الرقم
١٢٤	قبول استقالة ثلاثة أعضاء من القائمة المختصرة من عضوية البرلمان .	١٩٩٢/٨/٢٤	٩
١٢٥	إحلال ثلاثة مرشحين محل ثلاثة مستقلين من عضوية البرلمان .	١٩٩٢/٨/٢٤	١٠
١٢٦	إلزام الوزارات بدراسة القوانين والقرارات الصادرة من قبل النظام .	١٩٩٢/٨/٣١	١١
١٢٧	عدم جواز منح اجازة الاحزاب من قبل الوزارات .	١٩٩٢/٨/٣١	١٢
١٢٨	تحديد رواتب اعضاء البرلمان ونسبة التبرع .	١٩٩٢/٩/٣	١٣
١٢٩	استحداث جامعة دهوك .	١٩٩٢/٩/١٤	١٤
١٣١	منع تخصيص مبالغ الابدع وضع الميزانية وتصديقها .	١٩٩٢/٩/٢٢	١٧
١٣٢	إعادة كافة الوحدات الادارية الملغاة سابقاً من قبل النظام .	١٩٩٢/٩/٢٢	١٨
١٣٣	منع تصدير المكائن والمركبات الى خارج حدود كردستان العراق .	١٩٩٢/١٠/٤	٢١
١٣٥	إقرار بيان اعلان الاتحاد الفيدرالي (مع نسخة من البيان) .	١٩٩٢/١٠/٤	٢٢
١٤٠	الاستمرار في ممارسة صلاحيات السلطات الفيدرالية .	١٩٩٢/١٠/٧	٢٣
١٤١	منع موظفي الدوائر المالية من التعامل بتجارة الاوراق النقدية .	١٩٩٢/١٠/٧	٢٤
١٤٢	قبول استقالة اربعة أعضاء من عضوية المجلس الوطني لكوردستان العراق .	١٩٩٢/١٠/١٨	٢٥
١٤٣	احلال اربعة مرشحين محل اربعة أعضاء مستقلين من عضوية المجلس الوطني .	١٩٩٢/١٠/١٨	٢٦
١٤٤	قبول استقالة ثلاثة أعضاء من عضوية المجلس الوطني لكوردستان العراق .	١٩٩٢/١٠/٣١	٢٧
١٤٥	إحلال ثلاثة مرشحين محل اربعة أعضاء مستقلين من عضوية المجلس الوطني .	١٩٩٢/١٠/٣١	٢٨
١٤٦	إعادة فتح جامعة السليمانية .	١٩٩٢/١٠/٣١	٢٩
١٤٧	ترقية قضاة المحاكم في إقليم كردستان العراق .	١٩٩٢/١١/١٤	٣٢
١٤٨	إلغاء المحكمة العليا للثورة الكوردية .	١٩٩٢/١١/١٤	٣٥
١٤٩	إعتبار يوم (١٦/آذار) يوماً للشهيد .	١٩٩٢/١١/٢١	٣٧
١٥٠	رفض مشروع تغيير اسم جامعة صلاح الدين .	١٩٩٢/١٢/١٧	٤٠
١٥١	قبول استقالة (طارق سعيد جمباز) من عضوية المجلس الوطني .	١٩٩٢/١٢/١٤	٤١
١٥٢	رفض مشروع قرار تغيير اسم وزارة الاوقاف .	١٩٩٢/١٢/١٩	٤٢
١٥٣	حق عضو المجلس الوطني لكوردستان العراق في حيازة وحمل السلاح .	١٩٩٢/١٢/٢٨	٤٣
١٥٤	تعديل الفقرة (ثانياً) من القرار رقم (٢١) الصادر من المجلس الوطني لكوردستان العراق .	١٩٩٢/١٢/٢٨	٤٦
١٥٥	تحديد أيام العطل الرسمية للمسيحيين في إقليم كردستان العراق .	١٩٩٢/١٢/٢٨	٤٧
١٥٦	إستثناء تعيين رئيس وأعضاء محكمة تمييز إقليم كردستان من أحكام قانون التنظيم القضائي رقم (١٦٠) لسنة / ١٩٧٩ .	١٩٩٢/١٢/٣٠	٤٨

Dokument 4

Das Dokument heißt

UNITED NATIONS, Security Council S/22513, 22 April 1991, English

und besteht aus 7 Seiten. Das MOU beginnt in Seite 4 mit folgenden Bemerkungen:

S/22513

English

Page 4

Memorandum of Understanding signed on 18. April 1991

This memorandum summarizes the results of discussions held in Baghdad between the Government of the Republic of Iraq, in the context of its request to the Secretary-General of the United Nations in relation to the suffering of the Iraqi population affected by recent events and Security Council resolution 688 of 5 April 1991, which has not been accepted by the Government of Iraq

Both sides agree that the measures to be taken for the benefit of the displaced persons should be based primarily on their personal safety and the provision of humanitarian assistance and relief for their return and normalization of their lives in their places of origin.

Es folgt das Dokument im Original: MOU_April_1991_N9112741

UNITED
NATIONS



Security Council

Distr.
GENERAL

S/22513
22 April 1991
ENGLISH
ORIGINAL: ARABIC

S

LETTER DATED 21 APRIL 1991 FROM THE PERMANENT REPRESENTATIVE OF
IRAQ TO THE UNITED NATIONS ADDRESSED TO THE SECRETARY-GENERAL

On instructions from my Government, I have the honour to transmit herewith the letter dated 21 April 1991 addressed to you by the Minister for Foreign Affairs of Iraq, Mr. Ahmed Hussein, together with its annex containing the memorandum of understanding signed with your representative on 18 April 1991. In the letter, Iraq requests the United Nations, in accordance with the agreement concluded at Baghdad on 18 April 1991 between the Government of Iraq and the United Nations, to assume responsibility for the relief centres established in the Zakhou region in northern Iraq by United States armed forces and the forces of other foreign States cooperating with them.

I should be grateful if you would arrange for the text of this letter and its annex to be circulated as a document of the Security Council.

(Signed) Abdul Amir A. AL-ANBARI
Ambassador
Permanent Representative

S/22513
English
Page 2

ANNEX

Letter dated 21 April 1991 from the Minister for Foreign
Affairs of Iraq addressed to the Secretary-General

As you are certainly aware, United States armed forces and the forces of other foreign countries cooperating with them have entered the Zakhou region in northern Iraq. The objective of this operation has been stated to be the establishment in Iraqi territory of centres for assisting displaced Iraqi citizens in Turkey. You are also aware that the Government of Iraq is opposed to this measure, since it would constitute a serious, unjustifiable and unfounded attack on the sovereignty and territorial integrity of Iraq.

This measure was announced at a time when the Iraqi Government had made significant progress in its negotiations with Prince Sadruddin Aga Khan, the representative to whom you have entrusted responsibility for relief operations. Steps to carry out the above-mentioned measure were taken on 20 April 1991, even though the Government of Iraq had signed a comprehensive agreement with your representative on 18 April, which provided for the establishment of humanitarian centres throughout Iraq, and in particular in the northern part of the country, with a view to undertaking the assistance operations necessary to induce Iraqi citizens displaced outside Iraq's frontiers to return in complete security to their places of residence in Iraq. It should be pointed out that the Government of Iraq, while opposing the steps taken by United States forces and the foreign forces cooperating with them for the reasons stated above, has not hindered these operations because it is not opposed to the provision of humanitarian assistance to Iraqi citizens who are in need of it and because it wishes to avoid any complication that may prevent the return of all Iraqi citizens in security to their places of residence.

Because the measures taken by the United States forces and the forces cooperating with them constitute a flagrant violation of Iraq's sovereignty and territorial integrity, and bearing in mind our opposition to the creation of centres under United States control inside Iraqi territory and our belief that the agreement which our Government concluded with your representative on 18 April 1991 has made it possible to define all relief operations in Iraq in an integrated and balanced manner, particularly those targeted to Kurds who are Iraqi citizens in such a way as to avoid the realization of the alleged objectives of the United States centres and to remove any justification for the establishment of such centres, which would in one way or another impair Iraq's sovereignty, the Government of Iraq, in pursuance of the above-mentioned agreement, is approaching you to request the United Nations to assume responsibility for the centres referred to above and to have the coordinator appointed by your representative, who is at the present time in Baghdad, immediately to take the measures necessary for the achievement of the purpose which we have described above. I can assure you that my Government

/...

S/22513
English
Page 3

will provide you with all necessary assistance in accordance with the above-mentioned agreement. Please find enclosed the memorandum of understanding signed with your representative on 18 April 1991.

(Signed) Ahmed HUSSEIN
Minister for Foreign Affairs of Iraq

Baghdad, 21 April 1991

/...

S/22513
English
Page 4

Enclosure

[Original: English]

Memorandum of Understanding signed on 18 April 1991

This memorandum summarizes the results of discussions held in Baghdad between the Government of the Republic of Iraq, in the context of its request to the Secretary-General of the United Nations in relation to the suffering of the Iraqi population affected by recent events and Security Council resolution 688 of 5 April 1991, which has not been accepted by the Government of Iraq, and:

(a) From 13 to 18 April 1991, the United Nations Mission led by Mr. Eric Suy, Personal Representative of the United Nations Secretary-General, and

(b) From 16 to 18 April, the United Nations Inter-Agency Mission led by Prince Sadruddin Aga Khan, Executive Delegate of the United Nations Secretary-General for the United Nations Humanitarian Programme for Iraq, Kuwait and the Iraq/Iran and Iraq/Turkey Border Areas.

Both Missions have been welcomed by the Government of Iraq.

1. Both sides recognize the importance and urgency of adequate measures, including the provision of humanitarian assistance, to alleviate the suffering of the affected Iraqi civilian population.

2. The Government of the Republic of Iraq welcomes the United Nations efforts to promote the voluntary return home of Iraqi displaced persons and to take humanitarian measures to avert new flows of refugees and displaced persons from Iraq. It pledges its full support to and cooperation with the United Nations and its specialized agencies and programmes in this regard.

3. Both sides agree that the measures to be taken for the benefit of the displaced persons should be based primarily on their personal safety and the provision of humanitarian assistance and relief for their return and normalization of their lives in their places of origin.

4. For this purpose, the Government of the Republic of Iraq agrees to cooperate with the United Nations to have a humanitarian presence in Iraq, wherever such presence may be needed, and to facilitate it through the adoption of all necessary measures. This shall be ensured through the establishment of United Nations sub-offices and Humanitarian Centres (UNHUCs), in agreement and cooperation with the Government of Iraq.

5. Each Centre will be staffed by United Nations civilian personnel which, in addition to the regular staff members of the relevant United Nations agencies, may also include staff co-opted from the non-governmental organizations, the International Committee of the Red Cross and the League of

/...

S/22513
English
Page 5

Red Cross and Red Crescent Societies. The Red Crescent Society of Iraq shall be called upon to play a role in the implementation of humanitarian assistance and relief projects.

6. UNHUCs shall facilitate the provision of humanitarian assistance to the needy and would include, inter alia, food aid, medical care, agricultural rehabilitation, shelter and any other humanitarian and relief measures geared to the speedy normalization of life, in conformity with the principles of this memorandum. UNHUCs shall also monitor the overall situation in this regard to advise the Iraqi authorities regarding measures needed to enhance their work.

7. Routes of return, with relay stations along the way as well as logistic back-up capabilities, will be set up urgently in cooperation with the Iraqi authorities to provide to civilians, particularly the women and children as well as the aged and the sick going back to their home areas, the food aid, shelter and basic health care they will need along the way. United Nations staff will accompany such groups, as required.

8. The United Nations shall take urgent measures, in cooperation with the Government of Iraq, for the early stationing of staff as well as the provision of assistance and relief in all designated centres and, as a matter of priority, those close to the Iraqi borders with its neighbouring countries. For this purpose, the United Nations may, in agreement and cooperation with the Government of Iraq, organize air lifts to the areas concerned, as required, as well as transportation by road of humanitarian assistance and relief goods from and through the neighbouring countries under United Nations or other humanitarian auspices. The Government of the Republic of Iraq shall adopt the necessary measures in order to render such aid in a speedy and effective manner.

9. United Nations humanitarian assistance and relief shall be provided simultaneously to the displaced persons, returnees as well as all other populations covered by the relief Programme in order to encourage a speedy normalization of life.

10. The basic framework for United Nations humanitarian action outlined above is intended to facilitate the task of coordination, effective implementation and monitoring of humanitarian assistance and relief operations. Further specifications are contained in the paragraphs which follow.

11. It is agreed that humanitarian assistance is impartial and that all civilians in need, wherever they are located, are entitled to receive it.

12. All Iraqi officials concerned, including the military, will facilitate the safe passage of emergency relief commodities throughout the country.

/...

S/22513
English
Page 6

13. The Government will establish forthwith, together with the United Nations, a relief distribution and monitoring structure to permit access to all civilians covered by the relief Programme, as soon as possible.

14. A Coordinator, at the Assistant Secretary-General level, has been assigned to Baghdad to coordinate, under the Executive Delegate's direction, the implementation of the Humanitarian Relief Programme. He will have permanent access to a high-level government official responsible for emergency activities in the country, to discuss and resolve policy and operational issues that may arise during the implementation of the Programme.

15. The Government of Iraq shall cooperate in granting United Nations field staff access to the parts of the country requiring relief, by air or road as needed, to facilitate the implementation and monitoring of the Programme.

16. Intergovernmental organizations, NGOs and other relief agencies will be encouraged to participate in the implementation of the Programme, in close cooperation with the United Nations and under clearly defined terms of association agreed with the Government.

17. The Government of Iraq will help in the prompt establishment of United Nations sub-offices in support of UNHUCs and other programmes in towns. These will be selected so as to facilitate the relief Programme when required, to encourage the voluntary return of, and to provide essential assistance to, internally and externally displaced, as well as to local populations covered by the Programme.

18. A United Nations radio communication system which is an indispensable instrument for the success of relief and rehabilitation activities will be set up. The system will cover communications requirements within Baghdad and other cities covered by the relief Programme and within and outside the country, as appropriate.

19. In order to facilitate implementation of, and resource mobilization for, the relief Programme, the Government will make available cash contributions in local currency to help cover in-country operational costs while pursuing discussions regarding the establishment of a special exchange rate for relief operations carried out by the agencies and organizations participating in the Programme.

20. The implementation of the above-mentioned principles shall be without prejudice to the sovereignty, territorial integrity, political independence, security and non-interference in the internal affairs of the Republic of Iraq.

/...

S/22513
English
Page 7

21. The above-mentioned principles shall apply for a period ending on 31 December 1991. Two weeks before the expiration of the said period, the principles and their operational modalities shall be reviewed with a view to assessing any further need for their operation.

Done at Baghdad on 3 Shawal 1411 of the Hijri, corresponding to 18 April 1991 A.D.

FOR THE GOVERNMENT OF
THE REPUBLIC OF IRAQ

(Signed) H.E. Ahmed HUSSEIN
Minister of Foreign Affairs
of the Government of the
Republic of Iraq

FOR THE UNITED NATIONS

(Signed) H.E. Sadruddin Aga KHAN
Executive Delegate of the
United Nations Secretary-General
for the United Nations Humanitarian Programme
for Iraq, Kuwait and the Iraq/Iran
and Iraq/Turkey Border Areas

Dokument 5

Bevölkerung- und Siedlungsdaten, UN-Iraqi Relief Cordination Unit, 1996

2 Seiten

UNITED NATIONS
Department of Humanitarian Affairs



Iraq Relief Coordination Unit
Northern Iraq

NORTHERN REGION BASIC DATA
March 1996

In the absence of fully active government statistical units in northern Iraq, the following data has been gathered from various sources. Agencies are requested to offer updated data to UNIRCU to be considered for inclusion in subsequent reports. Thank you.

(Note: data for Suleimaniyah governorate includes the Darbandikhan region.)

1. Population

governorate	cities/towns	collective towns	villages	total
Dohuk	470,000 (63%)	180,000 (24%)	95,000 (13%)	745,000 (23%)
Erbil	694,764 (62%)	275,262 (25%)	147,094 (13%)	1,117,120 (34%)
Suleimaniyah	926,267 (65%)	291,121 (19%)	200,762 (14%)	1,418,150 (43%)
TOTAL	2,091,031 (64%)	746,383 (22%)	442,856 (13%)	3,280,270 (100%)

2. Population Centers

governorate	cities/towns	collective towns	total villages	destroyed villages	resettled villages
Dohuk	14	35	1,200	867 (72%)	600 (69%)
Erbil	22	28	1,238	1,025 (83%)	868 (85%)
Suleimaniyah	41	15	2,021	1,994 (99%)	1,004 (50%)
TOTAL	77	78	4,459	3,886 (87%)	2,472 (64%)

3. Health Facilities

governorate	hospitals	health centres	total
Dohuk	5	69	74
Erbil	10	96	106
Suleimaniyah	14	216	230
TOTAL	29	381	410

- 2 -

4. Basic Education Facilities (kindergartens, primary schools)

governorate	schools	teachers	boys	girls	total
Dohuk	476	3,123	69,766 (61%)	44,913 (39%)	114,679
Erbil	818	10239	100,828(57%)	76,513 (43%)	177341
Suleimaniyah	890	8712	138,940 (57%)	106,010 (43%)	244,950
TOTAL	2,014	17,908	315,027 (58%)	227,243 (42%)	536970

5. Safe Water Projects, Population Covered

governorate	cities/towns	rural	total	population
Dohuk	204	307	511	542,897 (73%)
Erbil	387	475	862	931,739 (83%)
Suleimaniyah	152	706	858	970,702 (68%)
TOTAL	785	1,488	2,273	2,445,338 (75%)

Note: cities/towns include collective towns.

6. Humanitarian Agencies

In the region, there are 69 international and 25 local agencies involved in humanitarian activities in addition to local public service units

governorate	int'l.	local	total
Dohuk	38	7	45
Erbil	39	11	50
Suleimaniyah	43	21	64

Note: International agencies include intergovernmental organizations (UN agencies) international nongovernmental organizations (NGOs), donor agencies (OFDA, ECHO), and components of the International Red Cross and Red Crescent Movement.

Dokument 6

Die UN- und Hilfsorganisationen in Kurdistan / Nordirak, Januar 1995, 2 Seiten



UNIRCU-Suleimaniyah

INTERNATIONAL HUMANITARIAN AGENCIES IN NORTHERN IRAQ
January 1995

no.	acronym	name	country	governorate
01	UNIRCU	UN Iraq Relief Coordination Unit		DHK,ERB,SUL
02	UNICEF	UN Children's Fund		DHK,ERB,SUL
03	WFP	UN World Food Programme		DHK,ERB,SUL
04	FAO	UN Food & Agriculture Organization		DHK,ERB,SUL
05	UNESCO	UN Educational, Scientific & Cultural Organization		ERB,SUL
06	UNHCR	UN High Commissioner for Refugees		DHK,ERB,SUL
07	UNGCI	UN Guard Contingent in Iraq		DHK,ERB,SUL
08	UNAU/E	UN Administrative Unit/Erbil		ERB
09	WHO	UN World Health Organization		DHK,ERB,SUL
10	ACORN	A Community Oriented Rehabilitation Network	Netherlands	SUL
11	ACS	Association for Development Cooperation	Italy	SUL
12	AMI	Aide Medicale Internationale	France	ERB
13	APS	Association for Participation in Development	Italy	ERB
14	ASB	Arbeiter Samariter Bund	Germany	ERB
15	BD	Broederlijk Delen	Belgium	SUL
16	CA	Christian Aid	UK	DHK
17	CARE	CARE-International	Australia	DHK,ERB,SUL
18	CFK	Concern For the Kurds	USA	DHK
19	CFTK	Care For The Kurds	USA	SUL
20	CRA	Children's Relief Association	Germany	DHK,SUL
21	CICS	International Centre for Cooperation and Development	Italy	ERB
22	DAC	Disaster Aid Centre-UK	UK	DHK
23	DC	Dutch Consortium	Netherlands	SUL
24	DCA	Danish Church Aid	Denmark	SUL
25	DhK	Dortmunder helfen Kurden	Germany	DHK
26	DK	Diakonia	Sweden	DHK
27	ECHO	European Community Humanitarian Office	EU	ERB,SUL
28	EQU	EquiLibre	France	DHK,ERB,SUL
29	ERC	English Resource Centre	Switzerland	ERB

30	FHRA	The Foundation of Human Rights in Asia	Japan	SUL
31	FL	France-Libertés	France	ERB,SUL
32	GP	Global Partners	USA	DHK,SUL
33	HAD	Humanitarian Aid & Development Organization	Germany	SUL
34	HELP	HELP	Germany	ERB
35	HI	Handicap International	Belgium	SUL
36	HIInt	Horizon International	USA	DHK
37	ICMC	International Catholic Migration Commission	USA	DHK,SUL
38	ICRC	International Committee of the Red Cross	Switzerland	DHK,ERB,SUL
39	ICRS	International Churches Relief Services	Cyprus	DHK
40	IIRO	International Islamic Relief Organization	Saudi Arabia	DHK,ERB,SUL
41	ITI	Impact Teams International	USA	ERB
42	KHRW	Kurdistan Human Rights Watch	USA	DHK,SUL
43	KLA	Kurdish Life Aid	ERB,SUL	
44	MAG	Mines Advisory Group	UK	ERB,SUL
45	MDM	Medecins Du Monde	France	SUL
46	MEDICO	Medico International	Germany	SUL
47	MEDS	Middle-East Development Services	UK	ERB
48	NWMT	Northwest Medical Teams International	USA	DHK,ERB
49	OFDA	U.S. Office of Foreign Disaster Assistance	USA	DHK,ERB,SUL
50	OPM	Operation Mercy	Sweden	DHK
51	OXFAM	OXFAM	UK	ERB,SUL
52	PSF	Pharmaciens sans Frontières	France	DHK,ERB,SUL
53	QANDIL	QANDIL	Sweden	DHK
54	4R's	Response, Relief, Resettlement, Rehabilitation	UK	DHK,SUL
55	SCF/SWD	Save the Children Fund/Sweden	Sweden	ERB
56	SCF/UK	Save the Children Fund/UK	UK	ERB,SUL
57	SNI	Shelter Now International	USA	DHK,ERB,SUL
58	SRC	Swedish Red Cross	Sweden	ERB
59	TRCS	Turkish Red Crescent Society	Turkey	DHK,ERB,SUL
60	TWDO	Third World Development Organization	Canada	ERB
61	VRD	Voluntary Relief Doctors	Germany	ERB
62	WADI	WADI	Germany	SUL
63	WIN	World in Need	UK	DHK
64	WOL	Wells of Life	USA	ERB